

Hrsg. Karin Jeschke / G

[108]

icht

Mai - 1849

Tagungsband

D R E S D E N

ddp goldenbogen

Hrsg. Karin Jeschke / Gunda Ulbricht

# Dresden, Mai 1849

## Tagungsband

Wissenschaftliche Tagung

*Mai 1849*

*Barrikaden in Dresden - Ursachen, Akteure, Ziele*

7. und 8. Mai 1999, Dresden

Veranstalter:

Verein für regionale Politik und Geschichte Dresden e.V.  
und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

**ddp**  
goldnenbogen  
Dresden

**Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme**

**Mai 1849 – Dresden / Wissenschaftliche Tagung:  
Mai 1849 Barrikaden in Dresden – Ursachen, Akteure, Ziele  
am 7. und 8. Mai 1999 in Dresden.  
Hrsg. Karin Jeschke ; Gunda Ulbricht. –  
Dresden : ddp goldenbogen, 2000  
ISBN 3-932434-10-2**

**I. Auflage 2000**

**© 2000 by ddp goldenbogen**

**Bildnachweis: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, Meßbildarchiv S. 87, 88  
SLUB Dresden, Dezernat Deutsche Fotothek S.91  
Satz: Gunda Ulbricht, ddp goldenbogen  
Druck: Druckhaus Dresden GmbH  
Printed in Germany**

**ISBN 3-932434-10-2**

Gefördert durch den Freistaat Sachsen  
Mit freundlicher Unterstützung  
der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung  
und der Stadtsparkasse Dresden

## **Inhalt**

<b>Vorwort</b>	<b>8</b>
<b>Gerhild Schwendler</b> <b>Grußwort</b>	<b>12</b>
<b>Walter Schmidt</b> <b>Zur Analyse der historischen Literatur zum 150. Jubiläum</b> <b>der Revolution von 1848/49</b>	<b>14</b>
<b>Rolf Weber</b> <b>Krisen und Konflikte vor der Maierhebung 1849</b>	<b>30</b>
<b>Jörg Ludwig</b> <b>Die sächsische Wirtschaft und die Revolution von 1848</b>	<b>38</b>
<b>Erhard Hexelschneider</b> <b>Ernst Keil und Michail A. Bakunin</b>	<b>48</b>
<b>Wolfgang Eckhardt</b> <b>Die Dresdner Bakuninakten. Geschichte eines Koffers</b>	<b>58</b>
<b>Bernd Kramer</b> <b>O nein Bruder! Der Deutsche ist ein zivilisierter Mensch ...</b>	<b>71</b>
<b>Volker Knüpfer</b> <b>Karl Ernst Richter – Der liberale Wortführer von 1830</b> <b>und der Dresdner Maiaufstand 1849</b>	<b>76</b>
<b>Heidrun Laudel</b> <b>Was trieb Gottfried Semper auf die Dresdner Barrikaden ?</b>	<b>83</b>
<b>Johanna Ludwig</b> <b>Dresdner Frauen in und nach dem Maiaufstand</b>	<b>92</b>
<b>Susanne Schötz</b> <b>Louise Ottos Dresdner, Leipziger und Rochlitzer »Schwestern«:</b> <b>Zum Diskurs über Frauenarbeit im sächsischen Schneiderhandwerk 1848/49</b>	<b>101</b>
<b>Kurt Kranke</b> <b>Amokläufer gegen den Freimaurerorden.</b> <b>Advokat Eduard Emil Eckert, Sachsens Freimaurer</b> <b>und die Dresdner Mairevolution</b>	<b>108</b>

Ines Werner Identität in der Krise: Die Dresdner Stadtverordneten und der Maiaufstand	117
Ralf Pröve Bürger, Gemeinde, Volk und Obrigkeit: Bürgerwehren und Kommunalgarden 1848/49	127
Solvejg Höppner Juden in Sachsen während der Revolution 1848/49	134
François Melis Die Berichterstattung über den Dresdner Barrikadenkampf im Mai 1849 durch die »Neue Rheinische Zeitung«	144
Ansgar Reiß Der Dresdner Maiaufstand in der Presse. Mit einem Seitenblick auf Baden	153
Rolf Dlubek Sachsen im badisch-pfälzischen Aufstand 1848/49	161
Roland Jäger Ludwig Schreck und die Unterstützung des Dresdner Maiaufstands aus Leipzig	169
Joanna Magacz Sachsen – Ein bedeutender Mittelpunkt deutsch-polnischer Kooperation	175
Jana Englová Die Idee der mitteleuropäischen Revolution in der Vorbereitung des Dresdner und Prager Maiaufstandes in den Jahren 1848/49	180
Irmtraud Götz von Olenhusen Der Dresdner Maiaufstand und seine Revolutionsmythen	187
Reinhard Kühnl Zum Weiterwirken der Revolution von 1848 in Deutschland	195
Diskussion	201
Josef Matzerath Gegen die historiographische Selbstzufriedenheit	203

## Vorwort

»Verkniffene Revolutionen bekommen schlecht; die Revolution von 1848/49 hat sich nicht durchsetzen können, und das geht dem deutschen Volke bis heute nach.« So lautete die Bilanz, die der Historiker Veit Valentin am Ende seiner zweibändigen »Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849« zog. Das Werk erschien in den Jahren 1930 und 1931. Damals lag die Weimarer Republik, die sich auf die Tradition der Paulskirche berief, bereits in den letzten Zügen, und so war Valentins Diktum überschattet von der Ahnung, daß auch das zweite Experiment mit der Demokratie in Deutschland schlecht ausgehen würde. Die 1849 nicht in der politischen Wirklichkeit realisierten Ideen der Paulskirche strahlten nicht nur auf die Reichsverfassungen von 1871 und 1918 aus, sondern auch auf die Verfassungsdiskussionen 1948/49 in Ost- und Westdeutschland. Die Gedenkfeiern zur deutschen Revolution von 1848/49 vor 150 Jahren gehörten deshalb weithin in den Bereich der Vergangenheitspolitik.

In einem gesamteuropäischen Diskurs entstanden in den Jubiläumsjahren jedoch eine Vielzahl herausragender wissenschaftlicher Arbeiten, die den bisherigen Forschungsstand sowohl auf europäischer, wie auf nationaler und regionaler Ebene erweitert, modifiziert und um neue Fragestellungen bereichert haben.<sup>1</sup> Die Geschichtswissenschaft stieß dabei auf das Problem, daß sich das Wesen der 1848/49er-Revolution in seiner Gesamtheit nicht ohne weiteres von dem andersartigen Zustand der heutigen Gesellschaft der Bundesrepublik her erfassen läßt. Von daher wurden ambivalente, auch kontroverse Wertungen im politischen Spektrum getroffen, die durchaus auch die Chance zum fruchtbaren Diskurs boten.<sup>2</sup> Die Kontroversen waren auch begründet in der Tatsache, daß die Revolution selbst verschiedene Gruppen und Personen bündelte, deren Eigenheiten die bisherige Forschung in viel zu geringem Maße herausgeschält hatte.<sup>3</sup> Gerade die Erfassung dieser Facetten ist aber für das tiefere

<sup>1</sup> Dieter Dowe, H. G. Haupt und D. Langewiesche vermitteln in Europa 1848 (Bonn: Dietz) ein breites Bild der Revolution als gesamteuropäisches Ereignis. Christian Jansen und Thomas Mergel stellen in ihrer Edition die Erfahrungen der Zeitgenossen und Nachgeborenen in den Mittelpunkt. (Die Revolution 1848/49, Erfahrung, Verarbeitung, Deutung; Göttingen: Vandenhoeck). Daneben steht die provozierende These Manfred Hettlings: Totenkult statt Revolution (Frankfurt/M.: Fischer). Wolfgang J. Mommsen (1848 – Die ungewollte Revolution; Frankfurt/M.: Fischer) und Irma Traut Götze von Olenhusen (1848/49 in Europa und der Mythos der französischen Revolution; Göttingen: Vandenhoeck) versuchen Neudeutungen der bisherigen Erkenntnisse, während der von Walter Schmidt herausgegebene Sammelband Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution (Berlin: Fides) sich neben der Präsentation neuer Forschungen überaus kritisch mit den Axiomen der DDR-Geschichtswissenschaft bezüglich der Revolution von 1848/49 auseinandersetzt. Darüberhinaus erschien eine Anzahl Übersichtswerke (Walter Grab: Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation. Stuttgart: Reclam; Ulrich Speck: 1848. Chronik einer deutschen Revolution. Frankfurt/M., Leipzig: Insel; Wolfgang Hardtwig (Hrsg.) Revolution in Deutschland und Europa 1848/49. Göttingen: Vandenhoeck; Dieter Hein: Die Revolution von 1848/49. München: Beck) und die Regionalstudie Die Revolution von 1848/49 in Thüringen, hrsg. von Hans-Werner Hahn und Werner Greiling (Rudolstadt: Hain). Das oben genannte Werk von Veit Valentin wurde neu aufgelegt. Für eine ausführliche Literaturanalyse sei auf den Beitrag von Walter Schmidt in diesem Band verwiesen.

<sup>2</sup> Man vergleiche auf politischer Ebene z. B. die Debatte um ein Denkmal für die Berliner Barrikadenkämpfer und die Namensgebung des Platzes am Brandenburger Tor, auf wissenschaftlicher Ebene die kontroversen Auffassungen von Wolfgang Mommsen und Reinhard Kühnl (Blätter für internationale Politik 3/1998).

<sup>3</sup> Der bisherige Forschungsstand ist umfassend dokumentiert bei Dieter Langewiesche: Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft. Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: Archiv für Sozialgeschichte 21(1981), S. 458ff. und Ders.: Die deutsche Revolution und die vorrevolutionäre Gesellschaft, ebenda, 31(1991), S. 331ff. sowie bei Walter Schmidt: Forschungen zur Revolution

Verständnis des historischen Phänomens notwendig. Die Interaktionen, die Wandlung der Ansichten durch die Ereignisse der Revolution selbst und die gegenseitige intellektuelle Beeinflussung waren bis auf ganz wenige Personenstudien bisher völlig vernachlässigt worden, obwohl aus der Protestforschung vielversprechende Anregungen kamen.

Die französische Februarrevolution von 1848 löste an den europäischen Fürstenhöfen einen tiefen Schock aus, während die Bevölkerung von einer Welle der Begeisterung erfaßt wurde, die sofort in revolutionäre Aktionen umschlug und überall in den deutschen Staaten zur Gewährung der Märzforderungen durch die Regierungen führte. Schon sehr bald freilich zerstob die Illusion, daß der »Völkerfrühling« des Frühjahrs 1848 einen Aufbruch in eine neue Ära freiheitlicher Nationen bringen werde, die in Frieden miteinander leben wollten. (W. Mommsen) Nach der Ablehnung der Kaiserkrone für einen deutschen Nationalstaat am 3. April 1849 durch den preußischen König und der Nichtanerkennung der Reichsverfassung durch weitere deutsche Monarchen kam es in Dresden, im Rheinland, in der Pfalz und in Baden zu bewaffneten Volksaufständen für die Anerkennung der Paulskirchenverfassung. Sie wurden durch die Konterrevolution und preußisches Militär blutig niedergeschlagen.

Das Verfassungswerk der konstituierenden deutschen Nationalversammlung, die 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche tagte, steht in der Kontinuität der politischen Ideengeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Dieses Experiment, politische Ideen in die Praxis umzusetzen, wurde getragen von Volksvertretern aller politischen Schattierungen – nicht nur der verschiedenen Strömungen des Liberalismus, sondern auch des gemäßigten Konservatismus, des demokratischen Radikalismus und des politischen Katholizismus. Deshalb wirkte die Reichsverfassungskampagne in besonderer Weise und für durchaus verschiedene politische Inhalte im weiteren Verlauf der deutschen Geschichte traditionsbildend, erschienen die Kämpfer, besonders in Baden und der Pfalz, je nach aktueller politischer Zielrichtung als unverantwortliche Gewalttäter, Revoluzzer oder Helden.

Der 150. Jahrestag des Dresdner Maiaufstandes wurde in der Stadt selbst mit einer ganzen Anzahl von Ausstellungen und Publikationen begangen.<sup>4</sup> In der neueren deutschen historischen Literatur wird er dagegen immer noch als Marginalie betrachtet, die bestenfalls einen Nebensatz wert ist. Das ist insofern bemerkenswert, als sich Mitte/Ende der 80er Jahre eine Richtung durchzusetzen schien, die ihn in einer weniger preußenzentrierten Sicht als einen

1848/49 in der DDR. Versuch eines historischen Überblicks und einer kritischen Bilanz. In: Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Berlin 1998, S. 11–80.

<sup>4</sup> Immer noch grundlegende Forschungsergebnisse bei Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen 1848/49. Berlin 1970. Dem Jahrestag 1999 sind einige bemerkenswerte Neuerscheinungen zu verdanken, die aber ebenfalls insgesamt die noch bestehende Forschungslücke nicht schließen können: Jörg Ludwig, Andreas Neemann: Revolution in Sachsen 1848/49. Hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung und dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden. Dresden 1999, beinhaltet eine sehr aufschlußreiche Dokumentation aus den Beständen des Sächsischen Hauptstaatsarchivs und des Stadtarchivs Dresden, die auf einer Ausstellung zum gleichen Thema beruht; ferner: 1848. Laß Recht und Freiheit nicht verderben. Zum 150. Jahrestag der Deutschen Revolution von 1848/49 in Sachsen. Hrsg. von Volker Rodekamp. Leipzig 1998, auf der Basis der Ausstellung des dortigen Stadtmuseums, sowie: Der sächsische König und der Dresdner Maiaufstand. Tagebücher und Aufzeichnungen aus der Revolutionszeit 1849/49. Hrsg. von Josef Matzerath. Köln, Weimar, Wien 1999. Die Beteiligung von Frauen an der Revolution beleuchtet: Frauen in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Hrsg. von Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt und Susanne Schötz, Bonn 1999. Durch den Arbeitskreis für sächsische Militärgeschichte wurde im Stadtmuseum Dresden die Ausstellung »Zwischen Eid und Gewissen – Der Maiaufstand in Dresden vom 3.–9. Mai 1849 und das sächsische Militär« organisiert. Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde befinden sich ebenfalls im Druck.

der letzten Höhepunkte der Revolution ansah. Zweifellos waren die entscheidenden Wendungen bereits vollzogen. Dennoch bündelte Dresden noch einmal wichtige Problemfelder: Wie die gesamte Revolution war auch der Maiaufstand durch starke Ambivalenzen geprägt, durch gemeinsames Handeln aus unterschiedlichen Motiven, durch Ziel- und Mittelkonflikte und Verschränkung von traditionellen und modernen Bewegungen. (Siemann: Basisrevolution) Ferner fand man alle Institutionen, die während des Jahres 1848 erst im Entstehen sind, als fertige Optionen vor, so daß die Frage danach, was nach dem Aufstand aus der Gesellschaft werde, zugleich die Frage nach dem bereits in der Revolution Gewordenen implizierte. Drittens war der gesamte Reichsverfassungskampf internationalisiert, so daß breitere Zusammenhänge sichtbar wurden, als noch 1848. Schließlich stellt die Behandlung des Maiaufstandes die Frage – und stellte sie wohl auch den Akteuren – nach den in der Revolution gereiften Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzung, die sich für die Konfliktbewältigung der Zukunft eigneten – Parteien, Verbände, Wahlen, Presse. (Siemann: politische Emanzipationskrise) Die eigentlichen revolutionären Prozesse fanden dabei nicht nur in Dresden selbst statt, sondern erfaßten das gesamte Land. In den Stadt- und Gemeinderäten, in den Stadt- und Gemeindeverordnetenkollegien, in den Führungen der Kommunalgarden wurde entschieden, ob die Provisorische Regierung zu unterstützen sei oder nicht.

Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse der Tagung »Mai 1849 – Barrikaden in Dresden – Ursachen, Akteure, Ziele«, die am 7. und 8. Mai 1999 aus Anlaß des 150. Jahrestages des Dresdner Maiaufstandes durch den Verein für regionale Politik und Geschichte Dresden e. V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. veranstaltet wurde. Am Ende der langen Reihe von Konferenzen, Kolloquia und Veröffentlichungen der beiden Jubiläumsjahre stellte sich der Dresdner Maiaufstand als besonders geeignetes Beispiel dar, um auch den genannten, desiderat gebliebenen Fragen nachzugehen.

So bildeten die verschiedenen Akteure des Aufstandes selbst und seiner Vorbereitung den Fokus der Diskussion. Personengeschichtliche Beiträge von Erhard Hexelschneider, Volker Knüpfer, Bernd Kramer, Heidrun Laudel und Johanna Ludwig spürten Intentionen der Einzelnen nach, Leben und Gesundheit, Karriere und Existenz aufs Spiel zu setzen, ihren Motiven und Zweifeln, ihrem Umgang mit der Niederlage. Es wurde dabei deutlich, daß eine starre Einordnung menschlichen Lebens und Handelns in abstrakte Kategorien zu kurz greift, daß schnelle gesellschaftliche Entwicklungen auch rapide Veränderungen im Denken und Handeln der Menschen hervorbringen können und daß ihre Entscheidungen immer individuell bestimmt sind.

Mit Fragen der Organisationen und der Artikulation der Teilnehmer der Revolution von 1848/49 in Sachsen und mit den Folgen des Maiaufstandes für verschiedene Formen gesellschaftlicher Strukturen beschäftigten sich die Beiträge von Solvejg Höppner, Kurt Kranke, Ralf Pröve, Susanne Schötz und Ines Werner.

Einen zweiten Schwerpunkt der Tagung bildete die neue Öffentlichkeit, die für den Maiaufstand hergestellt wurde, wie Ansgar Reiß eindrucksvoll darlegte. Im Mittelpunkt seiner Untersuchungen stand, wie auch bei Rolf Dlubek, Roland Jäger und François Melis, die direkte oder indirekte Kommunikation über die Dresdner Ereignisse. Jana Englová und Imtraud Götz von Olenhusen legten neue Erkenntnisse zu ideengeschichtliche Aspekten der Revolution von 1848/49 dar, die während des Maiaufstandes von Bedeutung waren.

Gerahmt wurde das Programm von den grundlegenden Ausführungen Rolf Webers und Jörg Ludwigs zu ökonomischen, politischen und sozialen Basisprozessen der Revolutionsjahre sowie Walter Schmidts, der die Tagung in den Zusammenhang einer Gesamtbilanz der For-

schungserträge beider Jubiläumsjahre stellte, und Reinhard Kühnls, der das Weiterwirken der 1849 ungelöst gebliebenen Probleme analysierte.

Für diesen Band erreichten uns zwei weitere personengeschichtliche Studien, in denen Wolfgang Eckhardt Einblick in bisher unbekannte Archivalien zur Flucht Bakunins aus Dresden gibt und Joanna Magacz zur Mitwirkung polnischer Emigranten an der Militärorganisation des Aufstandes.

Es zeigte sich, daß die Diskussion über Einzelfragen hinaus besonders drei wesentliche Komplexe immer wieder berührte, so daß wir uns zu einem Resümee am Ende des Bandes entschlossen, dem ein Beitrag von Josef Matzerath zur auf der Tagung in Kontroverse zu Rolf Weber offengebliebenen Frage innovativer historiographischer Ansätze beigefügt ist.

Jedem, der uns bei der Konzipierung, Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Tagung und bei der Bearbeitung des Tagungsbandes unterstützt hat, sei herzlich gedankt: dem Regierungspräsidium Dresden, der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, der Stadtparkasse Dresden, der Freimaurerloge »Zu den drei Schwertern«, HATiKVA e. V., den Mitgliedern des Vereins für regionale Politik und Geschichte Dresden e. V., besonders aber den Helferinnen und Helfern im Tagungsbüro: Anja Jeschke, Heike Kadner, Juliane Krumbdsdorf, Petra Liehm, Heike Liebsch, Ingrid Töpfer, Andreas Hempel, Wolfgang Theobald, Matthias Nistel, sowie Ulrike Hünecke, Dr. Gerd Laudel und dem Verlag ddp goldenbogen für ihre Hilfe bei der Entstehung dieses Bandes.

Karin Jeschke  
Gunda Ulbricht

**Gerhild Schwendler**  
**Grußwort**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen,

im Namen der Veranstalter, des »Vereins für regionale Politik und Geschichte Dresden e. V.« und der »Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.« heiße ich Sie zur Konferenz »Mai 1849 - Barrikaden in Dresden. Ursachen, Akteure, Ziele« herzlich willkommen.

Besonders begrüßen möchte ich alle Referenten, die heute und morgen zum Thema der Konferenz sprechen werden. Das Ihnen vorliegende Programm verspricht nicht nur eine Vielzahl interessanter Beiträge zu grundlegenden Fragen der revolutionären Bewegung in Sachsen 1848/49 und ihrem Höhepunkt, der Maierhebung 1849, sondern auch, und aus meiner Sicht besteht darin der besondere Reiz der Tagung, zu vielen Detailfragen. Als Frau freue ich mich, die Herren mögen mir das nicht verübeln, daß sich darunter auch zwei Beiträge zur Rolle der Frauen in der revolutionären Bewegung von 1848/49 befinden.

Unser Dank gebührt der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, ihrem Leiter, Herrn Dr. Legall, für die kollegiale Unterstützung; dafür, daß wir in diesem Haus unsere Tagung durchführen können. Ich möchte im Namen der Veranstalter auch all jenen danken, die die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Konferenz bewerkstelligten; insbesondere den Akteuren des Vorbereitungskomitees.

Mit dieser Tagung, die fast auf den Tag genau 150 Jahre nach dem denkwürdigen Dresdner Maiaufstand stattfindet, wird ein historisches Ereignis gewürdigt, das nicht nur »Höhepunkt und Endpunkt« der revolutionären Erhebungen in Sachsen war, sondern in einer Reihe mit den großen Volksaufständen des Jahres 1848 in Berlin und Wien und des Jahres 1849 im preußischen Rheinland, in Baden und in der Pfalz steht.

Als im vergangenen Jahr vielerorts des 150. Jahrestages gedacht wurde, konnte man sich oft des Eindrucks nicht erwehren, daß die Niederlage der »48er« im Nachhinein doch noch in einen Erfolg bzw. Sieg umgemünzt werden sollte. Minister schwenkten Heckerhüte, kommunale Würdenträger enthüllten Gedenktafeln und Plaketten, historische Museen und Städte wetteiferten mit der Schaustellung von »Revolutions-Reliquien«. Mit Kostüm- und Volksfesten wurde eine Art »Revolutionstourismus« betrieben. Ja, die Jubiläumsfeierlichkeiten wurden zu einer Art Megajubiläum hochstilisiert, frühere Gedenkfeierlichkeiten völlig in den Schatten stellend. Eigentlich machte dabei nur eine Stadt eine Ausnahme - Berlin. Es schien so, als schämten sich die Regierenden noch immer der Freiheits- und Verfassungsfreunde von 1848; ganz zu schweigen von der vertanen Chance, aus der neuen deutschen Hauptstadt vor aller Welt nachhaltig kundzutun, daß das demokratische Erbe deutscher und internationaler Geschichte Mahnung und Verpflichtung für das wiedervereinigte Deutschland ist. Über diese Lücke können auch die zahlreichen wissenschaftlichen Veranstaltungen, die sich dem demokratischen Erbe und seiner Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart verpflichtet fühlten, nicht hinwegtäuschen.

Zugegeben, gemessen an ihren Zielen ist die Revolution von 1848/49 in Deutschland und Europa gescheitert. Aber trotz ihrer Niederlage hat sie vielfältige zukunftssträchtige Entwicklungen in den deutschen Landen angestoßen und letztendlich auch erzwungen. Der Übergang zum Verfassungsstaat, der Mentalitätsbruch mit dem alten Regime, der Abschluß der Agrarreform, das Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit, das politische Vereinswesen, die Parteiengründung und die Arbeiterbewegung sind dafür beredtes Zeugnis.

Das Deutsche Reich hat in seiner Gedenkkultur die Erinnerung an den Sündenfall der gescheiterten Revolution verdrängt. Während der Weimarer Republik überschatteten Kaiserreich und Reichskanzler das Erinnern an die Kämpfe und Kämpfer von 1848/49; während sich die Nazis allenfalls auf die großdeutschen Aspirationen von »Achtundvierzigern« bezogen. Doch der Triumph der Herrschenden über die Liberalen und Demokraten von 1848/49 wurde, und das schlägt als positives Ergebnis der Jubiläumsveranstaltungen zu Buche, gebrochen. Die Öffentlichkeit ergriff mit den unterschiedlichsten Veranstaltungen von der Revolution als von einem Kapitel deutscher Geschichte Besitz, das scheinbar jenseits von Gut und Böse, von Schuld und Sühne liegt. Sie betrachtete es als ein Ereignis, das offenbar außerhalb jener historischen Kausalität steht, die in die Katastrophe mündete.

Unsere heute und morgen stattfindende Tagung, damit komme ich nochmals auf meinen Ausgangspunkt zurück, steht faktisch am Ende der Veranstaltungen zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, den Maiaufstand in Dresden 1849 und »seine namenlosen und berühmten« Akteure zu würdigen; die Erkenntnisse über Vorgeschichte und Verlauf des Aufstandes unter den verschiedensten Aspekten zu bilanzieren und neue weiterführende Fragestellungen aufzuwerfen und zu debattieren.

Ich wünsche der Konferenz im Auftrag der Veranstalter einen erfolgreichen Verlauf. Ich wünsche uns eine streitbare, eine konstruktive, eine historisch-kritische Debatte. Und ich wünsche uns viele neue Erkenntnisse und Einsichten u.a. auch über die in der Voreinladung gestellte Frage: »ob und inwieweit von 1848/49 für Sachsen demokratische Kontinuitätslinien ausgingen«?; und lassen sie mich ergänzen: »Kontinuitätslinien«, die in die Gegenwart und Zukunft des Freistaates wirken.

Historische Jubiläen haben seit eh und je die Geschichtswissenschaft herausgefordert und sind in der Regel von einer größeren Zahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen begleitet. Das gilt natürlich auch und in besonderem Maße für das 150. Revolutionsjubiläum von 1848/49 im vergangenen Jahr. Es läßt sich heute schon sagen, daß bislang keines der markanten, von der Öffentlichkeit stets begangenen 1848er Jubiläen eine solche Masse an wissenschaftlich ernstzunehmender historischer Literatur hervorgebracht hat wie der 150. Jahrestag im Jahre 1998. Das mag verschiedene Gründe haben, auf die hier ebensowenig näher eingegangen werden kann wie auf die in den verschiedenen Regionen zwar recht unterschiedlichen, im ganzen aber überaus beachtlichen geschichtskulturellen Aktivitäten.<sup>2</sup> Letzteres müßte – auch wegen der Masse des zu verarbeitenden Materials – Gegenstand eines gesonderten Vortrags sein. Sicher spielt eine Rolle, daß einmal die seit den siebziger Jahren sich auf neue Weise der 1848er Revolution zuwendende, namentlich sozialgeschichtliche Forschung mächtig vorgearbeitet hatte und zum anderen das Ende der europäischen wie deutschen Systemkonfrontation frühere – bis zum 125. Jahrestag 1973 in der Bundesrepublik noch deutlich spürbare – Aversionen gegenüber dieser Revolution in den Hintergrund treten ließ und größerer Unbefangenheit Raum gab. Dabei wirkte sich gewiß auch aus, daß Deutschland nach mehr als vier Jahrzehnten Teilung seit knapp einem Jahrzehnt zumindest staatlich wieder vereinigt ist. Die Situation in der Geschichtsforschung ist zunächst einmal dadurch gekennzeichnet, daß seit einem knappen Jahrzehnt offiziell wieder nur eine deutsche Geschichtswissenschaft existiert. Die marxistische Revolutionsforschung in der DDR-Historiographie, aus der ich selbst komme und der man bis 1990 von bundesdeutscher Seite wie international nicht geringe Anerkennung gezollt hatte, heute freilich – bis auf wenige Ausnahmen – mit Verschweigen begegnet, wurde Anfang der neunziger Jahre »abgewickelt« und so aus dem institutionalisierten Wissenschaftsbetrieb weitgehend ausgeschlossen. Soweit Revolutionsforscher aus der untergegangenen DDR ohne institutionelle Bindung und finanzielle Stützung gleichsam »ehrenamtlich« und auf eigene Kosten weiter arbeiten, tun sie dies gegenwärtig vor allem im Rahmen der – wie jüngst definiert wurde – »zweiten Wissenschaftskultur« in Deutschland.<sup>3</sup> Sie sind indes – ob akzeptiert oder nicht – faktisch zu einem Teil der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft geworden und verstehen sich auch so. Zumeist, aber keineswegs ausschließlich von marxistischen Positionen ausgehend, suchen sie, bisherige Forschungen kritisch fortführend und mit neuen Fragestellungen und Forschungsansätzen verbindend, sich mit eigenen Beiträgen in den allgemeinen nationalen wie internationalen geschichtswissenschaftlichen Diskurs einzubringen.

<sup>1</sup> Der Vortrag stützt sich in Teilen auf einen Abschnitt meiner Untersuchung: »Das Erbe der Revolution von 1848/49 in den Jubiläumsjahren 1948, 1973 und 1998. Geschichtsforschung und Geschichtspolitik«, In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 27, Berlin 1998, H. 8.

<sup>2</sup> Vgl. dazu neben der obengenannten Untersuchung von mir Helmut Bleiber, Der Umgang mit dem Jahr 1848 in Deutschland: Fröhliches Allotria und Hecker-Hüte für Südwestler, In: Neues Deutschland, 14./15.2.1998; Manfred Gailus, Deutsche Revolutionsfeierlichkeiten 1998. Zwischenbemerkungen zu Politik und Kultur der Erinnerung an 1848, In: Werkstatt Geschichte, 20, Köln und Weimar 1998, S. 59 ff.; Rüdiger Hachtmann, 1848 – Bilanz eines Jubeljahres. Anmerkungen zum Problem der Traditionsbildung, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1998, H. 12, S. 1489 ff.

<sup>3</sup> Martin Koch 1998, Plädoyer für eine zweite Wissenschaftskultur. Leibniz-Sozietät blickt auf eine fünfjährige erfolgreiche Arbeit zurück. In: Neues Deutschland, 27.7.1998, S. 15.

Die von beiden Seiten bis 1989 erkannten und im großen und ganzen – zumindest für die 1848er Revolutionsforschung – auch recht positiv bewerteten gegenseitigen wissenschaftlichen Herausforderungen und Anreize im durchaus politisch motivierten »Streit ums Erbe« von 1848 – wie dies einst Günter Wollstein treffend formulierte<sup>4</sup> – existieren auf dem Hintergrund der eigenartigen *conjunctio silentiae* gegenüber der gewesenen DDR-Historiographie zur Zeit eigentlich nicht mehr, oder sind nur noch marginal spürbar und wirksam, was freilich nicht unbedingt so bleiben muß. Gleichwohl sind Nachwirkungen dieser – so meine ich – produktiven Auseinandersetzungen um das 1848er Revolutionsbild auch in den Jubiläumsschriften nicht zu verkennen.

Das Mitte der achtziger Jahre in der DDR in Angriff genommene Projekt, zum 150. Jubiläum mit einer dreibändigen Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49 an die Öffentlichkeit zu treten, mußte mit der Auflösung des Akademieinstituts für deutsche Geschichte und der Entlassung fast aller Autoren 1990 abgebrochen werden. Anfang der neunziger Jahre bildete sich ein bescheidener kleiner »Gesprächskreis 1848«, der in kritischer Analyse früherer eigener Forschungen und bei produktiver Rezeption neuer Forschungsansätze der internationalen Historiographie die wissenschaftliche Kommunikation aufrechtzuerhalten sich bemüht. Er trat 1998 mit einem eigenen Jubiläumssammelband zu »Liberalismus, Demokratie und Konterrevolution« 1848/49<sup>5</sup> sowie in Zusammenarbeit mit mehreren Bildungsvereinigen auch mit einem wissenschaftlichen Kolloquium zu »Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49«<sup>6</sup> und mit einigen weiteren Kolloquien zu Problemen der Revolution, so zu Themen wie »Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke« und »Bürgerliche Umwälzung – Bauern – Nation«<sup>7</sup> an die Öffentlichkeit und will in Fortsetzung der beiden 1970 und 1987 erschienenen Biographienbände »Männer der Revolution von 1848«<sup>8</sup> eine dritte Publikation dieser Reihe den »Frauen und Männern der Revolution von 1848« widmen.

Die im Umfeld des 150. Revolutionsjubiläums erschienene historische 1848er Literatur ist – wie schon gesagt – außerordentlich umfangreich. Sie hält quantitativ nicht nur Schritt mit den zu früheren Jahrestagen jeweils vorgelegten Publikationen, sondern übertrifft diese deutlich. Eine gewiß noch ganz unvollständige Bibliographie zählt immerhin bereits weit mehr als 100 selbständige Veröffentlichungen, von der Vielzahl von wissenschaftlich anspruchsvollen Aufsätzen in Zeitschriften zum 1848er Thema ganz abgesehen.

Darunter sind zunächst mehrere Reprints zeitgenössischer Quellen, sowie Nachdrucke frühe-

<sup>4</sup> Günter Wollstein, 1848 – Streit ums Erbe. In: Neue Politische Literatur, 20, 1975, H. 4, S. 491 ff.

<sup>5</sup> Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, hg. von Walter Schmidt, Berlin 1998.

<sup>6</sup> Karlen Vesper, Im Westen doch mal was Neues. Kolloquium über die Revolution 1848/49 mit höchst aktuellen Bezügen. In: Neues Deutschland, 11.6.1998, S. 14; Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 6. und 7. Juni 1998 in Berlin, hg. von Helmut Bleiber, Rolf Dlubek und Walter Schmidt, Berlin 1999.

<sup>7</sup> Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines wissenschaftlichen Ehrenkolloquiums anlässlich des 70. Geburtstags von Helmut Bock am 15. Mai 1998, hg. von Walter Schmidt, Berlin 1999; Demokratie, Agrarfrage und Nation in der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland. Wissenschaftliches Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstags von Helmut Bleiber am 28. November 1998, hg. von Walter Schmidt, Berlin 1999.

<sup>8</sup> Männer der Revolution von 1848, Bd. I, hg. vom Arbeitskreis Vorgeschichte und Geschichte der Revolution von 1848/49. Redaktion: Karl Obermann, Gerhard Becker, Siegfried Schmidt, Peter Schuppan, Rolf Weber, Berlin 1970; Bd. II, hg. von Helmut Bleiber, Walter Schmidt und Rolf Weber, Berlin 1987.

rer Revolutionsdarstellungen und Arbeiten zur Revolution,<sup>9</sup> aus denen ein erneuter Nachdruck von Veit Valentins berühmtem Werk herausragt (der zweite nach 1945 übrigens, was dafür spricht daß diese 1930/31 Furore machende Revolutionsgeschichte ungeachtet umfangreicher neugewonnener Aspekte und Erkenntnisse immer noch keineswegs überholt ist) Hinzu kommen einige Quellensammlungen und Dokumentationen,<sup>10</sup> von denen ich des Potsdamer Archivars Gebhard Falk Sammlung über die Revolution von 1848/49 in Brandenburg, und Hans Fenskes Quellen zur deutschen Revolution 1848–1849 herausheben möchte. Neben einer umfangreichen Bibliographie lieferte der deutsche Südwesten ein bemerkenswertes Archivinventar, eine – in dieser Form einmalige – Quellenaufbereitung zu den Akteuren der badischen Revolution: Heinrich Raabs unter dem Titel »Revolutionäre in Baden 1848/49« in Druck und CD-Rom erschienenes Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg.<sup>11</sup>

Die Zahl der Übersichtsdarstellungen, unter denen Wolfgang J. Mommsens Buch über 1848 als »ungewollte Revolution« wohl den ersten Platz einnimmt, hält sich in recht engen Grenzen;<sup>12</sup> auch schlagen sich in ihnen die Ergebnisse und Deutungsangebote der jüngsten Revolutionsforschungen nur partiell nieder. Das biographische Genre ist besonders stark mit einigen Sammlungen und mehreren Spezialbiographien vor allem zu Akteuren aus dem südwestdeutschen und Rhein-Neckar-Raum, aber auch zu Berlin vertreten;<sup>13</sup> genannt seien

<sup>9</sup> Franz Boll »Freut euch, ihr Mecklenburger!« Mecklenburg im Jahre 1848. Bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von Arnold Hückstädt, Neubrandenburg 1998; Ernst Elsenhans, Der Festungs-Bote. (Rastatt 1849) Reprint Rastatt 1997; Hecker, Friedrich, Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848 (Basel 1848). Reprint. Köln 1997; Emma Herwegh, Im Interesse der Wahrheit. Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris von einer Hochverräterin, 1849. Neudruck Konstanz 1998, mit einem Nachwort von Horst Brandstätter; Gustav und Amalie Struve, Heftiges Feuer. Die Geschichte der badischen Revolution. Mit einer Einführung von Irmgard Götz von Olenhusen und einem Nachwort von Thea Bauriedl. Rombach 1998; Schieber, Konstanzer Freiheits-Chronik vom Jahre 1848. Konstanz 1848. Neudruck Konstanz 1998; Jodocus D.H. Temme, Augenzeugenberichte der deutschen Revolution. Ein preußischer Richter als Vorkämpfer der Demokratie, hg. von Michael Hettinger. Darmstadt 1998; Theodor Heuß, 1848. Die gescheiterte Revolution. (Neudruck von 1948) München 1998; Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849. (Neudruck von 1930/31) Weinheim 1998.

<sup>10</sup> Wilhelm Amann, In den Casematten zu Rastatt. Erinnerungen eines Neunundvierziger Kriegsgefangenen. Aus dem Manuskript des Stadtarchivs Rastatt übertragen und erläutert von Heinz Holeczek. Rastatt 1997; Gebhard Falk, Die Revolution von 1848/49 in Brandenburg. Eine Quellensammlung. Bearbeitet von Gebhard Falk. Frankfurt a.M. 1998; Hans Fenske (Hg.), Quellen zur deutschen Revolution 1848–1849, Darmstadt 1996; Walter Grab (Hg.), Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation. Stuttgart 1998; Dieter Vorsteher, 1848. Politik, Propaganda, Information und Unterhaltung aus der Druckerpresse. Saur München 1998 (CD ROM, Nr. 12).

<sup>11</sup> Thomas Krächer, Bibliographie zur Revolution 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung Südwestdeutschlands. Stuttgart 1998; Heinrich Raab, Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg. Bearbeitet von Alexander Mohr. Stuttgart 1998 (Druck und CD ROM).

<sup>12</sup> Dieter Hein, Die Revolution von 1848/49. München 1998; Wolfgang J. Mommsen, 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849. Frankfurt a.M. 1998; Heinz Rieder, Die Völker läuten Sturm. Die europäische Revolution 1848/49. Bearbeitet von Wolfgang Froese. Gernsbach 1997; Ulrich Speck, Chronik einer deutschen Revolution. Frankfurt a.M. 1998.

<sup>13</sup> Wolfgang Duffner, Der Traum der Helden. Erinnerung an zwölf im Sommer und Herbst 1848 hingerichtete Kämpfer der badischen Revolution. Lahr 1997; Frank Engehausen/Armin Kohnte (Hg.), Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung. Verlag Regionalkultur 1998; Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848. Revolutionäre und ihre Gegenspieler. Hg. vom Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck mit Beiträgen von Hans Fenske und Erich

hier nur die Hecker-Biographie Sabine Freitags, Hans Fenskes und Erich Schneiders Sammlung von Revolutionären und deren Gegenspielern aus dem Rhein-Neckar-Raum, Peter Hanks dreibändige Struve-Biographie und die zumeist Berliner Porträts aus der Revolution von Bärbel Holtz und Dieter Weigert.

Der historiographische Erkenntnisgewinn der letzten zweieinhalb Jahrzehnte findet sich indes vor allem in mehreren, teilweise sehr umfangreichen Sammelschriften,<sup>14</sup> unter denen das von Dieter Dowe, Heinz Gerhard Haupt und Dieter Langewiesche herausgegebenen Werk: »Europa 1848. Revolution und Reform« wegen der durchweg europäischen Sicht auf 1848 und des vergleichenden revolutionsgeschichtlichen Ansatzes fraglos einen besonderen Platz einnimmt. Die Sammelschriften geben, so will mir scheinen, am klarsten Auskunft über Stand und Entwicklungstrends der deutschen historischen 1848er Revolutionsforschung. Gleiches kann jedoch auch von der Mehrzahl der zahlreichen regional- und lokalgeschichtlichen Untersuchungen gesagt werden, die mehr als ein Drittel der Publikationen ausmachen. Den ersten Platz hat sich hier wiederum der deutsche Südwesten (Baden und Württemberg) erobert,<sup>15</sup> gefolgt vom Rheinland und dem Rhein-Maingebiet,<sup>16</sup> während Ostdeutschland,

Schneider. Ubstadt-Weiher 1998; Sabine Freitag, Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners. München 1998; dies. (Hg.), Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49. München 1998; Peter Hank, Gustav Struve. Erstes Buch: Der vergessene Visionär. Freiburg 1997; Bd. 2: Der Aktivist der Revolution. Freiburg 1998 [angekündigt für 1999 Bd. 3: Der Exilant]; Emma Herwegh, die Frau eines Revolutionärs. Bearb. von Michael Krausnick. Hrsg. von der Deutschen Schillergesellschaft. Marbach 1998; Bärbel Holtz und Dieter Weigert (Hrsg.), Frei und Einig! Porträts aus der Revolution von 1848. Mit einem Beitrag von Ernst Benda. Berlin 1998; Bernhard Mann, Biographie Ferdinand Nägeles. Schlossermeister in der Nationalversammlung [angekündigt]; Dorothea Minkels, 1848 ein Barrikadenheld. Aus dem Leben des Tierarztes Friedrich Ludwig Urban (1806–1879). Berlin 1998; Wolfgang Reiß, Peter Hank, Heinz Holeczek, Martina Schilling, Ernst Elsenhans (1815–1849). Ein schwäbischer Revolutionär in Rastatt. Rastatt 1998; Paul Sauer, Gottlieb Rau und die revolutionäre Erhebung in Württemberg im September 1848. Balingen 1998; Eckhard Trox, Albert Grün (1822–1904). Lüdenscheid 1997; ders., Karl Grün (1817–1887). Lüdenscheid 1997; Theo Unkel und Elfried Hagelstein, Christian David Unkel. Revolutionär 1848/49. Karlsruhe 1997; Franz X. Vollmer, Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution. Karlsruhe 1997; Martin Walser, Der edle Hekker. Mit 10 Lithographien von Johannes Grützke. Eggingen 1998.

<sup>14</sup> 1848 und der deutsche Vormärz. Forum Vormärz Forschung. Jahrbuch 1997, 3. Jg. Bielefeld 1997; Christoph Dipper und Ulrich Speck (Hg.), 1848. Revolution in Deutschland. Frankfurt a. M. 1998.; Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform. Bonn 1998; Hans-Werner Hahn, und Werner Greiling (Hg.), Die Revolution von 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume – Handlungsebenen – Wirkungen. Rudolstadt und Jena 1998; Wolfgang Hardtwig (Hg.), Revolution in Deutschland und in Europa 1848/49. Göttingen 1998; Christian Jansen und Thomas Mergel (Hg.), Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung. Göttingen 1997; Johannes Klotz (Hg.), Revolution in Deutschland. Radikale Kräfte 1848/49. Heilbronn 1998; Dieter Langewiesche (Hg.), Demokratische Bewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen. Karlsruhe 1998; Imtraut Götz von Olenhusen (Hg.), 1848/49 in Europa und der Mythos der Französischen Revolution. Göttingen 1998; Projekt: »Konservatismus und Wissenschaft« e.V. (Hg.), Studentische Verbindungen und die Revolution von 1848. Marburg 1998; Walter Schmidt (Hg.), Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49. Berlin 1998; Heiner Timmermann (Hg.), 1848. Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 87). Berlin 1999.

<sup>15</sup> Eine Zusammenstellung der »Neuerscheinungen zur Revolution von 1848/49 in Baden und Württemberg (Auswahl)« von Rolf Dlubek, für deren Übermittlung ich ihm danke, zählt allein 43 Arbeiten, zumeist selbständige Veröffentlichungen; 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden [Landesausstellung im Karlsruher Schloß vom 28.2. – 2.8.1998.] Hrsg. vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe. Baden-Baden 1998; Ausstellungskatalog des Rosengartenmuseums Konstanz (Hg.): Gert Zang/ Elisabeth von Gleichenstein: Die Revolution

soweit bis jetzt zu erkennen, lediglich, aber immerhin, wenigstens mit drei Darstellungen, mit der hervorragenden Berliner Revolutionsgeschichte von Rüdiger Hachtmann, einer Geschichte der Revolution im preußischen Regierungsbezirk Frankfurt/Oder von Volker Klemm und einer Geschichte der Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt aus der Feder des Magdeburger Historikers Mathias Tullner aufwarten kann.<sup>17</sup> Zum 1848er Revolutionsgeschehen östlich von Oder und Neiße liegt lediglich die Studie Helmut Bleibers über die re-

1848/49 am See. »Die jüngere Klasse ist mehrheitlich für die Republik.«, Konstanzer Museumsjournal 1998; Peter Blasenbren, Mannheim in der Revolution 1848/49, Mannheim 1998; Heinz Bothien (Hg.), Die Exilantendruckerei bei Konstanz 1840–1848, Weidenfeld 1998; Stadt Bruchsal und Justizvollzugsanstalt Bruchsal (Hrsg.), 1848/49, Revolution und Zuchthaus in Bruchsal, Ubstadt-Weiher 1998; Ute Faath/Hansgeorg Schmidt-Bergmann, Literatur und Revolution in Baden 1848/49, Hg. im Auftrag der Literarischen Gesellschaft (Scheffelbund), Mannheim 1998; Hans-Joachim Fliedner/Michael Friedman und Wolfgang M. Gall (Bearbeiter), 150 Jahre Deutsche Revolution, Ergebnisse des Offenburger Kolloquiums vom 8. Oktober 1993, Offenburg 1994; Alfred Georg Frei/Kurt Hochstuhl, Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49, Der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997; Für die Freiheit streiten! 150 Jahre Revolution im Südwesten 1848/49, Sonderheft der Zeitschrift: Kultur, Leben, Natur in Baden-Württemberg, Karlsruhe 1998; Gerhard Fritz und G.G. Reinhold, Stätten der Demokratiebewegung 1848 in Baden und Württemberg 1997; Ute Grau/Georg Hertweck/Jürgen Schuhladen-Krämer, Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, Hrg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997; Wolfgang von Hippel, Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49, Stuttgart 1998; Peter Hank, Der Turner ist ein freier Mann. Politische Geschichte des Rastatter Turnvereins in Vormärz und Revolution vor dem Hintergrund der deutschen Turnbewegung, Rastatt 1997; Kurt Hochstuhl, Schauplatz der Revolution in Baden, Gernsbach 1847–1849, Gernsbach 1997; Hansjörg Probst/ Karin v. Welck, Mit Zorn und Eifer. Karikaturen aus der Revolution von 1848/49, Der Bestand des Reiss-Museums Mannheim, Mannheim-München-Berlin 1998; Ulrike Rödling/Heinz Siebold, Der Münstergeneral, Menschen und Ereignisse in Freiburg 1848/49, Lahr 1998; Karl Schweizer, Lindau und die Zeit der Bürgerrevolution 1848/49, Lindau 1998; Stadtarchiv Stuttgart (Hg.), Für Freiheit und Demokratie – Badische Parlamentsgeschichte 1818–1933, Stuttgart 1997; Franz X. Vollmer, Offenburg 1848/49, Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, Karlsruhe 1997; Hans Georg Wehling u.a., Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten, Stuttgart 1998; Hermann Reiter, Die Revolution 1848/49 in Bayern, Bonn 1998.

<sup>16</sup> Jörg Becker/Karl-Heinz Tekath (Hg.), Schwarz-Rot-Gold. Die deutsche Revolution und der untere Niederrhein, Goch 1998; Fritz Biltz und Klaus Schmidt (Hg.), Das war 'ne heiße Märzzeit. Revolution im Rheinland 1848/49, Köln 1998; Otfried Dascher und Eberhard Kleinertz (Hg.), Petitionen und Barrikaden – Rheinische Revolutionen 1848/49, bearbeitet von Ingeborg Schnelling-Reinicke und Eberhard Illner, Münster 1998; Elisabeth Dühr (Hrsg.), »Der schlimmste Punkt in der Provinz«. Demokratische Revolution 1848/49 in Trier und Umgebung, Katalog-Handbuch, Trier 1998; Hans Fenske und Erich Schneider, Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848. Revolutionäre und ihre Gegenspieler, Hg. von Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck, Ubstadt-Weiher 1998; 150 Jahre Revolution und Turnerbewegung, Hanau 1848, Hanau 1998; Jürgen Herres, 1848/49, Revolution in Köln, Köln, 1998; Stephan Lennartz und Gerhard Mölich (Hrsg.), Revolution im Rheinland. Veränderungen der politischen Kultur, Bielefeld 1998; Klaus Schmidt, Kanzel, Thron und Demokraten. Die Protestanten und die Revolution 1848/49 in der preußischen Rheinprovinz, Köln 1998; Gast Mannes und Josiane Weber, Zensur im Vormärz (1815–1848) Literatur und Presse in Luxemburg unter der Vormundschaft des Deutschen Bundes [Begleitbuch zur Ausstellung »Zensur im Vormärz in Luxemburg (1815–1848) in der Nationalbibliothek Luxemburg], Luxemburg 1998.

<sup>17</sup> Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997; Volker Klemm, Das Revolutionsjahr 1848 im ehemaligen preußischen Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder, Weimar 1998; Mathias Tullner, Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, Halle 1998; Heinz Warnecke, Barrikadenstandorte 1848, Berlin 1999. Die 1848er Revolution in Sachsen behandelt auch Hartmut Zwahr, Revolutionen in Sachsen. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte (= Geschichte und Politik in Sachsen, hg. von Ulrich von Hehl, Wieland Held, Günther Heydemann und Hartmut Zwahr, Bd. 1), Weimar 1998.

volutionären Märzerhebungen der schlesischen Bauern vor.<sup>18</sup> Einige Spezialstudien gelten der Frankfurter Nationalversammlung, von denen hier nur auf Wilhelm Ribhegges bemerkenswerte Studie über das Parlament als Nation verwiesen sei.<sup>19</sup>

An Spezialmonographien liegen – soweit ein erster Überblick ein Urteil zuläßt – lediglich eine Dissertation über die Soldaten in der Revolution (Sabrina Müller), eine Untersuchung der Reflexion der europäischen Revolutionen durch die deutsche katholische Presse (Bernhard Schneider), eine Studie zu Mode und Revolution 1848 in Deutschland (Isabella Belting) und eine Analyse des 1848er Totenkults (Manfred Hettling) vor.<sup>20</sup> Untersucht wird in mehreren Artikeln und Vorträgen nicht zuletzt die Rezeptionsgeschichte von 1848.<sup>21</sup> Was die Autorschaft betrifft, so dominieren mit erdrückender Mehrheit die altbundesdeutschen Historiker. Aus originär ostdeutscher Feder stammen nur wenige, kaum zehn der mehr als hundert Veröffentlichungen, also etwa 7–8 %.

Da bislang nur ein geringer Teil der Arbeiten über Bibliotheken bereits zugänglich ist, nur wenige als Rezensionsexemplare greifbar wurden und wohl kaum jemand sich alle Publikationen finanziell leisten kann, muß eine umfassende und ganz ausgewogene inhaltliche Bilanzierung der umfangreichen historischen Jubiläumsliteratur sicher einer späteren Analyse

<sup>18</sup> Helmut Bleiber, Bauern und Landarbeiter der preußischen Provinz Schlesien in der Märzrevolution 1848. In: Walter Schmidt (Hg.), Liberalismus, Demokratie und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49. Berlin 1998, S. 81 ff.

<sup>19</sup> Frank Engehausen und Frieder Hepp (Hg.), Der Weg zur Paulskirche. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848. Heidelberg 1998; Frank Engehausen und Armin Kohnte (Hg.), Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der Nationalversammlung 1848/49. Heidelberg 1998; Johannes Grütze, Paulskirche. Der Zug der Volksvertreter. Hg. von Klaus Gallwitz. Frankfurt a.M. 1998; Günter Mick, Die Paulskirche. Streiten für Einigkeit und Recht und Freiheit. Frankfurt a. M. 1997; Wilhelm Ribhegge, Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848. Düsseldorf 1997.

<sup>20</sup> Isabella Belting, Mode und Revolution. Deutschland 1848/49. Hildesheim/Zürich/New York 1998; Manfred Hettling, Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer. Frankfurt a.M. 1998; Sabrina Müller, Soldaten in der deutschen Revolution 1848/49. Diss. phil. München 1997; Bernhard Schneider, Katholiken auf die Barrikaden? Europäische Revolutionen und deutsche katholische Presse 1815–1848. Paderborn 1998.

<sup>21</sup> Helmut Bleiber, Der Umgang mit dem historischen Erbe. Zur Rezeptionsgeschichte von 1848/49 in der BRD und in der DDR. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 34, Juni 1998, S. 129 ff.; ders., Ablehnen oder umarmen. Vom schwierigen Umgang mit dem Erbe von 1848. In: Junge Welt, 8.6.1998, S. 10–11; Beatrix W. Bouvier, Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter: Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März In: Öffentliche Festkultur in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, hg. v. Dieter Düding, Peter Friedemann, Paul Münch, Reinbek 1988, S. 334 ff.; dies., Zur Tradition von 1848 im Sozialismus. In: Europa 1848. Revolution und Reform, hg. v. Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche, Bonn 1998, S. 1169 ff.; Jürgen Elvert, Die Revolution 1848/49 in der historiographischen Rezeption der Zwischenkriegszeit. In: Timmermann, 1848. Revolution in Europa (wie Anm. 14), S. 467 ff.; Manfred Hettling, Nachmärz und Kaiserreich. In: 1848. Revolution in Deutschland, hg. v. Christof Dipper und Ulrich Speck, Frankfurt/M. 1998, S. 11 ff.; Jürgen Kocka, Arbeit und Freiheit. Die Revolution von 1848. In: Die Revolution von 1848. Akademievorträge von Jürgen Kocka und György Konrád, gehalten am 17. März 1998, hg. v. der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1998; Dieter Rebenitsch, Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution. Heidelberg 1998; Wolfram Siemann, Die Revolution von 1848 zwischen Erinnerung; Mythos und Wissenschaft: 1848–1998. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU), 1998, H. 6/7, S.272 ff.; Martin Vogt, Weimar und die NS-Zeit. In: 1848. Revolution in Deutschland, hg. v. Christof Dipper und Ulrich Speck, Frankfurt/M. 1998, S. 25 ff.; Edgar Wolfrum, Im Klammergriff der DDR. Tradition in Ost und West. In: Frankfurter Rundschau, 18.5.1998, S. 16.

vorbehalten bleiben. Allerdings zeigt schon ein erster grober Überblick namentlich auf der Grundlage der Sammelschriften, zumal wenn man auch die seit den endsiebziger Jahren erschienenen 1848er Arbeiten einbezieht, daß Neuansätze oder gar ein Paradigmawechsel in der Forschung nicht zu erkennen ist. Wohl aber haben die im Umfeld des 1973er Jahrestags sichtbar gewordenen neuen Forschungslinien und konzeptionellen Einordnungen der 1848er Revolutionsvorgänge eine wesentliche Ausbildung und forschungsmäßige Untermauerung erfahren. Die neuen Aspekte, Forschungstrends und Wertungen der achtziger und neunziger Jahre kommen in den tragenden Arbeiten zum Revolutionsjubiläum weitgehend zur Geltung. Ohne daß traditionelle Themen wie Nationalversammlung und Liberalismus und generell die Politikgeschichte von 1848/49 ganz in den Hintergrund getreten wären, zeichnen sich – in meiner Sicht – doch eine Reihe bemerkenswerter Tendenzen in der Revolutionsforschung ab. Ich erkenne im großen und ganzen sechs wichtige Trends.

Erstens. Studien zur sog. institutionalisierten Revolution, namentlich zum Frankfurter Nationalparlament und zur liberalen Regierungspolitik nehmen durchaus keinen vorderen Platz mehr ein, weisen aber einige neue Momente auf. Die bisher wohl detaillierteste und gründlichste Analyse der Politik der Liberalen sowohl in der Paulskirche als auch in der ersten bürgerlichen Märzregierung in Preußen, dem Ministerium Camphausen-Hansemann, kamen in den achtziger Jahren aus marxistischer Feder (von Jürgen Hofmann und Gunther Hildebrandt)<sup>22</sup> und bezeugten das gewachsene Interesse der DDR-Historiographie an einer differenzierten, Leistungen wie Grenzen kritisch würdigenden Sicht auf den deutschen 48er Liberalismus. Immer noch gänzlich unerforscht ist bis heute leider die – weit entschiedener als die Frankfurter Paulskirche auftretende – preußische Verfassungsgebende Versammlung. Die altbundesdeutsche Historiographie trug in fünf Richtungen zur weiteren Aufhellung dieser Handlungsebene bei. Mit sozialwissenschaftlichen Methoden wurde – vor allem durch Heinrich Best – erstens eine vergleichende Strukturanalyse der Frankfurter und Pariser Nationalversammlung von 1848 vorgenommen; zweitens suchte Wolfram Siemann bereits 1976 die Politik der Nationalversammlung zwischen demokratischem Liberalismus und konservativer Reform näher zu bestimmen; drittens legte Rüdiger Mollenhauers Veröffentlichung der Protokolle des Volkswirtschaftlichen Ausschusses einen bestimmten Spezialbereich in der Tätigkeit der Parlamentsarbeit bloß,<sup>23</sup> viertens ging jüngst Wilhelm Ribhegge den nationsbildenden Wirkungen des Deutschen Nationalparlaments nach. Langjährige Forschungen mündeten im letzten Jahrzehnt fünftens schließlich in zwei von Koch und Best/Weege herausgegebene gewichtige biographische Handbücher der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, die die Arbeit auch zum Fortwirken der 1848er Tradition auf neue Grundlagen stellen.<sup>24</sup> Um so stärker vermißt man, daß ein solches Handbuch für die Preußischen

<sup>22</sup> Gunther Hildebrandt, Politik und Taktik der Gagem-Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Berlin 1989; ders., Die Paulskirche. Parlament in der Revolution. Berlin 1986; Jürgen Hofmann, Das Ministerium Camphausen-Hansemann. Zur Politik der preußischen Bourgeoisie in der Revolution von 1848/49. Berlin 1991.

<sup>23</sup> Wolfram Siemann, Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 zwischen demokratischem Liberalismus und konservativer Reform. Bern/Frankfurt a.M. 1976.; Heinrich Best, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich. Düsseldorf 1990; Rüdiger Moldenhauer (Bearbeiter), Die Protokolle des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Mit ausgewählten Petitionen. Hg. von Werner Conze und Wolfgang Zorn. Boppard 1992.

<sup>24</sup> Rainer Koch (Hg.), Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung. Kelkheim 1989; Heinrich Best/Wilhelm Wee-

Versammlung von 1848 total fehlt.

Die unmittelbare Jubiläumsliteratur zu den Parlamenten ist hingegen auffallend spärlich. Sie liefert lediglich einiges Material zur Vorgeschichte der Nationalversammlung und zu den Abgeordneten aus Heidelberg und sucht – wie schon erwähnt – die nationsbildende Funktion des Parlaments herauszustellen. Eine Gesamtdarstellung zur Nationalversammlung blieb aus. Die hauptsächlichlichen Forschungsleistungen zu diesem Thema liegen durchweg weit im Vorfeld des Jubiläums, in den siebziger und achtziger Jahren.

Zweitens. Mehrere größere Studien über revolutionäre Volksbewegungen an der Basis weisen aus, daß in den letzten Jahrzehnten die »Revolution der Straße«, die vielfältigen sozial unterschiedlichen, nicht selten auch in gegensätzliche Richtung zielenden spontanen wie bewußt organisierten revolutionären Aktivitäten der Bauern und übrigen Dorfbewohner, der Arbeiter und der Handwerker gegenüber der institutionalisierten Revolution an Gewicht im modernen Revolutionsbild gewonnen haben. Daran hatte die DDR-Historiographie vor allem durch Forschungen zu den Bewegungen des Landvolks einen beträchtlichen Anteil. Die altbundesdeutschen Protestforschungen haben das Verdienst, erstmals den Anteil spontaner Aktionen und Bewegungen »von unten« am Revolutionsgeschehen recht weitgehend ans Licht gebracht zu haben. Darin ist vielleicht überhaupt der wichtigste Fortschritt in der Revolutionsforschung der letzten Jahrzehnte zu sehen. Zahlreiche Beiträge in den Sammel-schriften bezeugen nachdrücklich diese Trendwende.<sup>25</sup> Auch in vielen der zahlreichen Ausstellung scheint die frühere Aversion gegenüber den revolutionären Aktionen überwunden zu sein. Dies hat in manchen Publikationen bis zu der sicher überhöhten These geführt: »Als Bewegung von unten dürften die Revolutionen von 1848/49, was die Breite der politischen Mobilisierung und die Zahl der an politischen Aktivitäten Beteiligten angeht, sogar in der gesamten europäischen Geschichte ohnegleichen sein.« (So bei Mergel/Jansen: Von der »Revolution« zu »den Revolutionen«: Probleme einer Interpretation von 1848/49, S. 9.) Es versteht sich indes, daß mit einer unverkrampften, mehr oder weniger positiven Haltung zu den revolutionären Aktivitäten der Massen in Stadt und Land das elementar-demokratische Element im Revolutionsbild zwangsläufig ein wesentlich stärkeres Gewicht erhielt. Nicht zuletzt haben die lokal- und regionalgeschichtlichen Forschungen zu diesem Erkenntniszu-gewinn beigetragen.

Zur spontanen Revolution in den Städten ragen aus mehreren Regional- und Lokalstudien – nicht zuletzt wegen ihrer methodologischen und konzeptionellen Bedeutung – vier Arbeiten heraus:<sup>26</sup> Die Monographie Michael Wettengels über die Revolution im Rhein-Main-Gebiet, die vor allem das politische Vereinswesen und das Alltagsleben im Revolutionsjahr dieser Region detailliert erschloß; die konzeptionell angelegte und theoretisch verarbeitete Unter-

ge, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf 1996. Siehe auch: Peter Kaupp, Burschenschafter in der Paulskirche, hg. im Auftrag der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V., o. O. 1999.

<sup>25</sup> Zahlreiche Beiträge in den genannten Sammel-schriften (vgl. Anm. 14) bezeugen nachdrücklich diese Trendwende, so bei Dowe/Haupt/Langewiesche die Artikel über die Bewegungen in Stadt und Land, S. 455 ff. sowie von Siemann, Gailus und Tacke, S. 1007 ff.; bei Dipper/Speck die Aufsätze von Nolte, Rupieper, Hachtmann, Häusler, Herres, Wettengel, Gailus, Wegert, S. 53 ff. sowie Zwahr und Ries, S. 248 ff.; bei Jansen/Mergel die Studien von Hachtmann, Lipp, Eifert, S. 75 ff. und Rouette, S. 190 ff.

<sup>26</sup> Michael Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und der freien Stadt Frankfurt. Wiesbaden 1989; Manfred Gailus, Strasse und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten, unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847–1849. Göttingen 1990.

suchung der Protestbewegungen am Vorabend und in der Revolution in Preußen von Manfred Gailus, die ein breites neues Material zu den verschiedenen Formen sozialer und politischer Widerstandsaktionen an der Basis bietet, und die am Jahresende 1997 erschienene erste Gesamtdarstellung der Revolutionsentwicklung in Berlin von Februar bis Dezember 1848 von Rüdiger Hachtmann, konzipiert und realisiert als »Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution«, in der die gesellschaftliche Strukturanalyse und die Aktionen der Berliner »Unterschichten« einen zentralen Platz einnehmen und die Rolle der Berliner Demokraten wie in keiner früheren Arbeit umfassend dargestellt ist. Und schließlich Volker Klemms Studie über die Revolution im preußischen Regierungsbezirk Frankfurt/Oder, die erstmals die demokratischen Aktivitäten in diesem Raum sichtbar werden läßt.

Drittens. Im letzten Vierteljahrhundert gewann die Forschung qualitativ neue Erkenntnisse über die politischen und sozialen Organisationsbestrebungen der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte in der Revolution. Arbeiter und kleinbürgerliche Demokraten waren die Pioniere in diesem die bürgerliche sog. Zivil-Gesellschaft wesentlich mitgestaltenden Prozeß, der 1848/49 in Deutschland einen ersten Höhepunkt erlebte. Die Begründung des politischen Vereinswesens und die damit verbundenen Anfänge der Parteibildung wurden zunächst von den Demokraten und den Arbeitern vorangebracht. Im Gegensatz zur älteren Forschung, die die Entstehung politischer Parteien vor allem, wenn nicht ausschließlich an die Parlamentsfraktionen band, wies die neuere Forschung in Ost wie West nach, daß die elementaren Organisationsleistungen im außerparlamentarischen Bereich die eigentliche Basis der Parteibildungen abgaben.

Viertens. In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten nahm sich die Forschung bis dahin nicht beachteter oder vernachlässigter Bereiche der Revolutionsgeschichte an. Revolutionsalltag und -kultur wurden Gegenstand von speziellen Untersuchungen, in denen der durch die Revolution ausgelöste Politisierungsprozeß größerer Teile der Bevölkerung, die verschiedenen Formen des politischen Engagements von Massen und ihre Anteilnahme am öffentlichen Leben im Revolutionsjahr herausgearbeitet wurden. Gebrochen wurde mit der herkömmlichen Vorstellung, daß die Revolution allein eine Sache der Männer gewesen sei.<sup>27</sup> Die Frauenforschung eroberte sich auch die Revolution und konnte nachweisen, daß mit 1848 zwar der Anfang einer spezifischen Frauenbewegung datiert, das Interesse der Frauenvereine indes nicht so sehr spezifischen Frauenfragen, sondern allgemeinen politischen Problemen galt. Nachgegangen wurde ebenso der Geschichte der Juden. Auch der Rolle der konservativen Eliten und ihren Bemühungen um die Gewinnung von Masseneinfluß wandte sich die Forschung stärker zu.

Bereits 1983 hatte Dieter Langewiesche darauf aufmerksam gemacht, daß das Revolutionsbild bereits viele neue Facetten erhalten hat, »die zum Teil sich ergänzen, zum Teil aber auch miteinander konkurrieren« und die neueste Forschung eine »Vielfalt an Informations-

<sup>27</sup> Vgl. u.a. Frauen und Revolution. Strategien weiblicher Emanzipation 1789 bis 1848, hg. von Frauen und Geschichte. Haus der Geschichte. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Tübingen 1998. Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, hg. von Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt und Susanne Schötz, o. O. u. J. [Dresden 1999]; ferner Johanna Ludwig und Rita Jorek (Hg.), Louise Otto-Peters. Ihr literarisches und publizistisches Werk, Leipzig 1998; Johanna Ludwig und Katharina Middell (Hg.), »... der Menschheit Hälfte blieb noch ohne Recht«. Menschenrechte für Frauen – Frauen für Menschenrechte. 1991 Olympe de Gouges. 1848/49 Louise Otto-Peters, Leipzig 1998. Vgl. auch den Prospekt der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. in Leipzig.

und Interpretationsangeboten« bereithält.<sup>28</sup> Die Jubiläumsliteratur bestätigt voll und ganz diesen Befund. »Das Bild der Revolution ist in Bewegung geraten«, heißt es treffend im Vorwort der Sammelschrift von Dipper/Speck.<sup>29</sup> Die Revolutionsforschung hat seit den siebziger Jahren in Ost und West die vorrangig national- und politikgeschichtliche Sicht auf 1848/49 aufgebrochen, und sie ist dabei, das Revolutionsbild gesellschaftsgeschichtlich zu fundieren und auszubauen. War in der DDR-Forschung das Interesse an den Volksbewegungen von vornherein besonders stark, dabei aber zunächst recht allgemein-pauschal gefaßt, auch eng politikbezogen und überdies vornehmlich auf die Rolle der Arbeiter fixiert, konzentrierte sich die bundesdeutsche Forschung – freilich erst seit den ausgehenden sechziger Jahren – in wachsendem Maße auf die elementaren politikfernen, eigenständigen Bestrebungen, Bewegungen und Aktionen zunächst auch der Arbeiter und seit den endsiebziger Jahren generell auf die sog. unterbürgerlichen Schichten in Stadt und Land und nahm sich in den achtziger Jahren der konkreten Lebenswelten, der Alltagserfahrungen mit ihren politisierenden Konsequenzen an. Bezog die DDR-Forschung seit den sechziger Jahren zunehmend die Agrarbewegungen und – freilich in geringerem Maße – die der kleinbürgerlichen Schichten in den Städten ein, so hat in der westdeutschen Forschung vor allem die Orientierung auf sozial- und alltagsgeschichtliche Prozesse im lokalen und regionalen Bereich, die Beachtung der Aktivitäten der sog. Unterschichten, der Arbeiter und Handwerker, der Bauern wie der Landarmut den Weg freigemacht für die Ausbildung eines in vielem neuen Revolutionsbildes, das nicht nur die vielfältigen regionalen Unterschiede der revolutionären Vorgänge sichtbar macht, sondern auch die unterschiedlich revolutionsbereiten Träger der Revolution und ihren Anteil am Revolutionsgeschehen sowie die verschiedenen Handlungsräume und -ebenen, in und auf denen sich die revolutionären Entwicklungen vollzogen, zur Geltung bringt.

Das führte bis zu der im Jubiläumsjahr erneut vehement und prononciert vorgetragene Auffassung, die bisherige Vorstellung von einem zusammenhängenden, bei aller Differenziertheit doch einheitlichen, von antifeudal-bürgerlichen Zielen determinierten Revolutionsprozeß sei generell in Frage zu stellen zugunsten eines Verständnisses von 1848/49, das von mehreren regional wie sozial nebeneinander laufenden Revolutionen geprägt sein müsse.

Am klarsten hatte dies schon 1990 Gailus in seiner Monographie »Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten, unter besonderer Berücksichtigung Preußens« ausgesprochen. Vertreten wird diese Sicht auf 1848 jetzt ganz nachdrücklich von Mergel und Jansen in der Einleitung zu ihrem Sammelband, die sehr deutlich und bekenntnishaft unter dem Titel steht: Von »der Revolution« zu »den Revolutionen«. (Jansen/Mergel, S. 7 ff.) Gänzlich neu und originär sind die Bestrebungen, den einheitlichen Revolutionsprozeß aufzulösen in eine Vielzahl unterschiedlicher, ja gegensätzlich verlaufender Teilbewegungen, in der internationalen Geschichtswissenschaft freilich nicht. Ähnliche Versuche waren bereits in den sechziger und siebziger Jahren in der französischen Historiographie am Beispiel der Großen Französischen Revolution festzustellen.

Dieter Langewiesche, neben Wolfram Sieman gegenwärtig der namhafteste und theoretisch produktivste deutsche 1848er Revolutionshistoriker, hat sich seit längerem mit dieser Problematik auseinandergesetzt, die Ergebnisse und Überlegungen der Protestforschung aufgegriffen und theoretisch-konzeptionell einzuordnen gesucht. In seinem jüngsten grundsätzlichen Beitrag »Revolution in Deutschland. Verfassungsstaat – Nationalstaat – Gesellschafts-

<sup>28</sup> Dieter Langewiesche, Einleitung. Das Revolutionsbild im politischen Wandel. In: Die deutsche Revolution von 1848/49, hg. v. Dieter Langewiesche, Darmstadt 1983, S. 1 ff.

<sup>29</sup> Christoph Dipper und Ulrich Speck (Hrsg.), 1848. Revolution in Deutschland. Frankfurt a.M. 1998, S. 7.

reform« im erwähnten Jubiläumsband »Europa 1848«<sup>30</sup> hat er sich der Ansicht angeschlossen, daß die deutsche 1848er Bewegung zwar 1849 »bürgerlicher« geworden sei, »als sie es 1848 gewesen ist«, als »Gesamtprozeß« aber »keine bürgerliche Revolution« war. Ihre Komplexität, ihre Verlaufsformen und ihre Ziele verböten »einlinige Charakterisierungen«. Zugrunde liegt diesem Konzept seine Aufteilung der 1848er Bewegung in eine »Institutionen-« oder »National-« bzw. »Verfassungsrevolution«, die wesentlich von bürgerlichen Kräften getragen oder zumindest geführt worden sei, und eine »elementare Revolution«, worunter die zumeist sozial motivierten, rein spontanen und bisweilen antikapitalistischen Protestaktionen der nicht- bzw. unterbürgerlichen Schichten, namentlich der Bauern, der Landbevölkerung generell, wie der städtischen pauperisierten proletarischen Elemente verstanden werden.<sup>31</sup> Neu an dem schon früher eingeführten Begriff der »institutionellen Revolution« ist gegenüber der anfänglichen Begriffsbestimmung, daß damit nicht nur das Wirken der durch die Revolution erzwungenen Institutionen – der Parlamente und der liberalen Regierungen – erfaßt wird, sondern auch alle politisch organisierten Bewegungen und Aktionen zugechnet werden, also auch die außerparlamentarischen liberalen und demokratischen Organisationen und deren zielgerichtete Aktionen an der lokalen Basis und in den Regionen, die politisch wie sozial organisierte Arbeiterbewegung bis hin zu den Aufständen und militärischen Kämpfen in den Reichsverfassungskämpfen, die in der Tat einen relativ höheren Grad an Organisiertheit und politischer Bewußtheit aufwiesen als die 1848er Märzbewegungen. Auf diese Weise wird faktisch der revolutionäre Druck von unten, die gesellschaftlich relevanten Aktivitäten der nichtbourgeois Klassen und Schichten der sich formierenden bürgerlichen Gesellschaft gleichsam aufgespalten in weitgehend unpolitische, rein sozial orientierte Proteste, die angeblich nichts mit bürgerlicher Zielorientierung am Hut hatten, einerseits und politisch bewußtes Handeln für eine gesellschaftspolitische Neugestaltung der Gesellschaft im Sinne einer kapitalistisch bestimmten Ökonomie- und Sozialstruktur und einer bürgerlichen parlamentarisch-politischen Demokratie als Ziel bzw. (von der Arbeiterbewegung) als akzeptierter Durchgangspunkt zu einer sozialistischen Gesellschaft. Ohne sich auf eine Infragestellung des bürgerlichen Charakters der Revolution einzulassen, hat auch Jürgen Kocka die Widersprüche und Konflikte zwischen liberaler, teils demokratischer Bürgerbewegung und der Volksbewegung, die freilich allen Revolutionen auf dem Wege zur bürgerlichen Gesellschaft wesenseigen sind, scharf herausgestellt und zurecht mit dem Scheitern der Revolution in Zusammenhang gebracht.<sup>32</sup>

Die bei Langewiesche und Jansen/Mergel aufscheinende Konzeption von nebeneinander herlaufenden verschiedenen »Revolutionen«, das Auseinanderreißen von »institutioneller« und »elementarer« Revolution im Jahre 1848 ist in meiner Sicht in mehrfacher Hinsicht problematisch. Den Agrarunruhen ihren bürgerlichen Charakter abzuspochen, erscheint zumindest aus zwei Gründen nicht akzeptabel.

Erstens war deren Ziel die Beseitigung feudaler Abhängigkeit im ökonomischen und sozialpolitischen Bereich (Patrimonialgerichtsbarkeit), positiv ausgedrückt die Herstellung freien bürgerlich-bäuerlichen Grundeigentums sowie die politisch rechtliche Gleichstellung der Landbewohner als Staatsbürger, was beides unbestreitbar Wesenselemente der modernen bürgerlichen Gesellschaft sind. Natürlich richtete sich der Hauptstoß der Erhebungen der Bauern und Landarmut gegen den sie unmittelbar bedrückenden Großgrundbesitz; aber des-

<sup>30</sup> Dowe/Haupt/Langewiesche, Europa 1848 (wie Anm. 14), S. 189–191.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 180 ff.

<sup>32</sup> Jürgen Kocka, Arbeit und Freiheit. (wie Anm. 21), S. 22 ff.

sen ökonomische Schwächung und politische Entmachtung bedeutete nichts weniger, als die Durchsetzung der Herrschaft des Bürgertums im politischen Raum zu begünstigen und zu erleichtern und der modernen bürgerlichen Gesellschaft auf dem Lande eine relativ starke Basis zu verschaffen. Helmut Bleiber hat in seinen Arbeiten wiederholt auf diesen durchaus bürgerlichen Zielansatz der Bauern- und Landvolkbewegungen aufmerksam gemacht.<sup>33</sup>

Zweitens aber war den Bauern sehr wohl auch bewußt – und dies schlug sich in ihren Forderungen an die Regierungen und vor allem an die Parlamente nieder –, daß die zum Teil elementar bereits durchgesetzte Entfeudalisierung ihrer gesetzlichen, also durchaus politischen Sanktionierung bedarf. Vielleicht brauchten die Bauern zur Verwirklichung ihrer ökonomisch-sozialen Anliegen nicht unbedingt die Nation – wie Langewiesche betont<sup>34</sup> –, aber eine die bürgerliche Gesellschaft fördernde Politik benötigten sie wohl, die sie von den neuen Parlamenten und Regierungen erwarteten. Und daß die dann siegreiche Konterrevolution genau in diesem Sinne agierte, ist unbestritten.

Schließlich bleibt zu bedenken, in welche der beiden Revolutionskategorien die Märzrevolutionen von 1848 einzuordnen wären. Wenn es denn – was anzunehmen ist – »elementare Revolutions«aktionen waren, die aber namentlich in den Städten ausgesprochen politische Ziele verfolgten, dann ist doch unbestreitbar, daß sie der wichtigste gesellschaftliche Druckfaktor dafür waren, daß sich die auf Nationseinheit und Verfassungsstaat hinwirkende institutionelle Revolution überhaupt erst ausformen konnte, und von ihnen mithin der ausschlaggebende Beitrag zur Einleitung von sozialen und politischen Neugestaltungen hin zu einer bürgerlichen Gesellschaft geleistet wurde. Diese Zusammenhänge, die – in meinen Augen – für den bürgerlichen Charakter der Gesamtbewegung von 1848/49 entscheidend sind, sollten, so meine ich, durch die stringente Gegenüberstellung von institutioneller und elementarer Revolution nicht marginalisiert oder gar eskamotiert werden. Zwischen den beiden vorgeschlagenen Kategorien von Revolution gab es – wie vor allem die Entwicklung der außerparlamentarischen Organisationsbewegungen der politisierten Massen anschaulich werden läßt – durchweg fließende Übergänge.

Ich habe daher volles Verständnis für Wolfram Siemanns in einem Jubiläumsartikel 1998 in diesem Zusammenhang geäußerte besorgte Frage, »ob darüber nicht das Verständnis für die Einheit der Revolution als eines historischen Vorgangs aus dem Blickfeld gerät, mit anderen Worten: sich die Revolution möglicherweise bei allen Differenzierungen in eine Vielzahl von Einzelereignissen auflöst.«<sup>35</sup> Aus marxistischer Sicht hat bereits 1992 Helmut Bleiber in seiner Rezension des Buches von Gailus seine starken Bedenken gegen die Aufsplitterung des Revolutionsgeschehens in eine Vielzahl von Teilrevolutionen und die Infragestellung ihres bei allen Differenzierungen doch letztlich bürgerlichen Charakters geäußert und sich für die klare Bewertung der 1848er Prozesse als einer im ganzen gesehen bürgerlichen Revolution ausgesprochen.<sup>36</sup>

Gleichwohl und resümierend: Die neuerliche Auffassung von mehreren nebeneinanderlaufenden »Revolutionen« ist – in meiner Sicht – zwar stark überzogen und verdient sicher nachdrücklichen Widerspruch, sollte aber im wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß wohl als ein vielleicht unvermeidlicher Durchgangspunkt zu einem neuen, wesentlich veränderten, vor

<sup>33</sup> Zuletzt Helmut Bleiber, Pro und Kontra? Zur Rolle der Bauern in der deutschen Revolution 1848/49. In: Timmermann, 1848. Revolution in Europa (wie Anm. 14), S. 335 ff.

<sup>34</sup> Dowe/Haupt/Langewiesche, Europa 1848, (wie Anm. 14), S. 188.

<sup>35</sup> Wolfram Siemann 1848 zwischen Erinnerung; Mythos und Wissenschaft (wie Anm. 21), S. 272 f.

<sup>36</sup> Deutsche Literaturzeitung, 113, 1992, H. 5/6, Sp. 390 ff.

allem differenzierteren 1848er Revolutionsbild bewertet werden.

Die Heterogenität der Revolution ist zu einem Hauptthema geworden. Und das ist ohne Frage ein bedeutender Fortschritt. Die Revolution wird mehr und mehr als ein ebenso komplexes wie kompliziert-widersprüchliches Phänomen erfaßt, als ein Vorgang, der alle Bereiche der Gesellschaft betraf und durchdrang und in ihnen, oft latent, fortdauernde Veränderungen bewirkte. Die Forschungsleistungen des Jubiläumsjahrs, namentlich die Beiträge in den Sammelschriften lassen erkennen, daß die sozial- und gesellschaftsgeschichtlichen Neuansätze der letzten Jahrzehnte in der Revolutionsbetrachtung umgesetzt wurden und sich wohl auch weitgehend durchgesetzt haben. Sie bieten so in beeindruckender Weise eine Zwischenbilanz der bisherigen Forschung wie des wissenschaftlichen Diskurses über die deutsche Revolution von 1848/49.

Fünftens. Aber noch in einer anderen Richtung gewann das Revolutionsbild neue Qualität, die in den Jubiläumsveröffentlichungen gleichermaßen deutlich in Erscheinung tritt. Seit längerem schon befaßte sich der internationale historische Diskurs mit dem internationalen Charakter der 1848er Revolution. Als geradezu einzigartig erscheint deren geographische Reichweite. »1848«, so lautet jetzt eine vielleicht etwas überhöhte These, »wurden mehr Staaten auf dem europäischen Kontinent von der Revolution erfaßt als je zuvor und jemals danach.«<sup>37</sup> Gerade die weite europäische Dimension des 1848er Revolutionsgeschehens provozierte aber auch dazu, den Revolutionsvergleich stärker als je zuvor zu praktizieren.<sup>38</sup> Die DDR-Geschichtswissenschaft hatte mit dem Leipziger Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung unter Walter Markov und Manfred Kossok, in dem Neuzeithistoriker der allgemeinen wie der deutschen Geschichte aus der ganzen DDR zusammenwirkten, seit den ausgehenden sechziger Jahren fraglos Pionierarbeit auf dem Felde des historischen Vergleichs neuzeitlicher Revolutionen geleistet.<sup>39</sup> Die konzeptionellen Ausgangspositionen einer Revolutionskomparation zwischen traditioneller und marxistischer Historiographie waren sicher grundsätzlich verschieden. Gab auf marxistischer Seite das Konzept der Gesellschaftsformation die Grundlage ab, so galt der westlichen Debatte die Formierung der »Moderne«, einer pluralistischen, demokratisch-parlamentarisch organisierten modernen bürgerlichen Gesellschaft als Bezugspunkt, wobei deren kapitalistisches Wesen häufig in den Hintergrund trat. Gemeinsam war jedoch beider Herangehensweise insofern, als der Übergangs-, genauer Transformationscharakter der gesellschaftlichen Prozesse im Zeitalter seit der Großen Französischen Revolution von 1789 im Zentrum stand.

Für mehrere Jubiläumspublikationen ist die vergleichende Analyse der verschiedenen, den europäischen Kontinent 1848 erschütternden Revolutionen ein nicht zu übersehendes Kennzeichen. Das gilt schon für den im Vorfeld des Jubiläums erschienenen und von Mieck, Möller und Voss auf der Grundlage der Materialien eines deutsch-französischen Kolloquiums herausgegebenen Sammelband zum Vergleich der Hauptstädte Paris und Berlin in der 1848er Revolution.<sup>40</sup> Die systematisch-analytisch angelegte Arbeit des Amerikaners Jonathan Sperber »The European Revolutions 1848–1851«<sup>41</sup> zeichnete sich dadurch aus, daß die nationalen Revolutionen nicht – wie oft in früheren Darstellungen – einfach nebeneinan-

<sup>37</sup> Dowe/Haupt/Langewiesche, Europa 1848, (wie Anm. 14), S.12.

<sup>38</sup> Vgl. Helmut Reinalter, Die Europäische Revolution von 1848/49 in der neueren Forschung. In: Timmermann, 1848. Revolution in Europa (wie Anm. 14), S. 25 ff.

<sup>39</sup> Vgl. die von 1969 bis 1990 erschienenen 11 Bände »Studien zur Revolutionsgeschichte.«

<sup>40</sup> Ilja Mieck/Horst Möller/Jörg Voss, Paris und Berlin in der Revolution 1848. Sigmaringen 1995.

<sup>41</sup> Jonathan Sperber, The European Revolutions, 1848–1851. Cambridge 1994.

der, gleichsam in Buchbindersynthese – abgehandelt werden, sondern daß die inneren Verschränkungen im Ablauf der Ereignisse und die sich in allen Ländern offenbarenden neuen Erscheinungen und Probleme ins Zentrum der Darstellung kommen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang dann vor allem zwei zum Jubiläum von Dieter Langewiesche herausgegebene bzw. mitherausgegebene Sammelschriften. In dem schon wiederholt genannten voluminösen Band »Europa 1848. Revolution und Reform« werden erstmalig in einzigartiger Weise – meist auch schon historisch vergleichend – querschnittartig Ursachen und Verlauf sowie mehrere Handlungsebenen und Problemfelder des Revolutionsgeschehens wie das politische System, die »Revolution der Straße«, das Verhältnis von Nation und Internationalität, von Stadt und Land, die Gesellschaft im Umbruch und die Folgen und Wirkungen der Revolution untersucht und dabei überzeugend nachgewiesen, wie es im Einleitungsartikel von Haupt und Langewiesche heißt: »Revolution, Revolutionsabwehr und Gegenrevolution verbanden 1848 Europa zu einer Einheit. In der Revolution und durch sie wuchs der Kontinent zu einem Kommunikations- und Handlungsraum zusammen und erreichte eine neue, zuvor nicht gekannte Informationsdichte, geographisch, sozial und auch über die Politikgrenzen hinweg, welche traditionell die Frauenräume von der Männeröffentlichkeit trennte.«<sup>42</sup> Der zweite Langewiesche-Band<sup>43</sup> untermauert die internationalen Aspekte der Revolution weiter und liefert mannigfache Belege für die europäischen Verbindungen ihrer Akteure. Schließlich ist ein von der Europäischen Akademie in Otzenhausen auf der Grundlage einer Konferenz herausgegebener Band vorrangig der europäischen Dimension der 1848er Revolution sowie ihren Folgen und Wirkungen gewidmet und stellt sich auch dem Problem der historischen Revolutionskomparation.<sup>44</sup>

Der entscheidende Fortschritt und die neue Qualität auf dem Felde der Revolutionskomparation besteht in meiner Sicht darin, daß die abstrakt-theoretische Ebene eines Revolutionsvergleichs verlassen wurde und die Strukturen und Entwicklungen in einzelnen Bereichen der Gesellschaft in verschiedenen Ländern bzw. auch die Vorgänge in deren unterschiedlichen Regionen konkret untersucht und miteinander verglichen werden. In dieser Beziehung haben der Paris-Berlin-Städtevergleich, Sperbers Darstellung, die Otzenhausener Revolutions sammelschrift und namentlich der Band »Europa 1848« geradezu paradigmatische Bedeutung. Es steht außer Frage, daß die konkret-komparative Untersuchung der verschiedenen Felder des Revolutionsgeschehens in den einzelnen Ländern bzw. in deren Regionen die nationalgeschichtliche Enge überwindet und so Voraussetzungen für ein neues, differenziertes europäisches Revolutionsbild schafft.<sup>45</sup>

<sup>42</sup> Dowe/Haupt/Langewiesche, Europa 1848, (wie Anm. 14), S. 13.

<sup>43</sup> Dieter Langewiesche (Hrsg.), Demokratische Bewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen. Karlsruhe 1998.

<sup>44</sup> Timmermann, 1848. Revolution in Europa (wie Anm. 14). Siehe auch die problematisierende Studie von Hartmut Kaelble, 1848: Viele nationale Revolutionen oder eine europäische Revolution? In: Hartwig, Revolution in Deutschland und in Europa 1848/49 (wie Anm. 14), S. 260 ff.

<sup>45</sup> Die historiographischen Aktivitäten zum 1848er Jubiläum in anderen europäischen Ländern bedürften einer gesonderten Materialerschließung und Untersuchung. Internationale Konferenzen zum Thema, die auf Revolutionskomparation schließen ließen, fanden nach bisheriger Kenntnis im Jubiläumsjahr kaum statt. Bekannt sind einige Unternehmungen österreichischer Historiker: Die Anfänge des Liberalismus und der Demokratie in Deutschland und Österreich 1830 bis 1848/49. Internationale Tagung der Innsbrucker Forschungsstelle »Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850« und der Siebenpfeiffer-Stiftung Homburg/Saar vom 10.–12. Oktober 1997; Die Arbeitsgemeinschaft »Wege zur Civil Society in Österreich« der österreichischen Forschungsgemeinschaft und »Die Presse« führten vom 21.–23. Mai 1898 einen Workshop zu 1848 durch. »1848 – Revolution in Wien« war eine Veranstaltungsreihe der

Sechstens. Mehrere Überblicksdarstellungen der letzten Jahrzehnte zur deutschen Revolution (Siemann, Wollstein, *Illustrierte Geschichte*)<sup>46</sup> und Revolutionskapitel in Werken über die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts (Nipperdey, Wehler, Lutz, Bd. 4 der *Deutschen Geschichte*)<sup>47</sup> bzw. zu Revolutionen der Weltgeschichte (Kossok)<sup>48</sup> haben einige der neuen Forschungsansätze wie -ergebnisse bereits zur Geltung zu bringen gesucht. Deutlicher als frühere Revolutionsgeschichten hat vor allem Siemann erstmals die verschiedenen Handlungsebenen und Aktionsbereiche der Revolution sichtbar gemacht und ebenso wie Nipperdey und die »Illustrierte Geschichte« Alltag und Kultur in der Revolution eingebracht und mit der politischen Geschichte zu verschränken gesucht, was Nipperdey fraglos bisher am besten gelungen ist. Mehr Platz ist den spontanen revolutionären Aktionen und Bewegungen mit ihren unterschiedlichen, nicht selten gegenläufigen Zielen und den politischen Organisationsbemühungen an der Basis zugewiesen worden. Die frühere offen-militante oder auch latente Aversion gegen die »Revolution der Straße« scheint einer gelassenen Behandlung dieser Handlungsebene als notwendige Normalität zu weichen. Eine Aufwertung dieser von den Massen getragenen Aktionsphären ist nicht mehr zu übersehen. Das wird auch in den zahlreichen Ausstellungen und den dazu erschienenen Katalogen sichtbar.<sup>49</sup> Auffallend ist die durchweg positivere Bewertung der transformatorischen Funktion der Revolution. Ihr wird – wie schon seit langem in der neueren marxistischen Revolutionsforschung – neben der industriellen Revolution die entscheidende Rolle nicht nur bei der Konstitutionalisierung des politischen Raums, sondern generell bei der bürgerlich-kapitalistischen Modernisierung der Gesellschaft zugewiesen. Am klarsten zuletzt von Hans Ulrich

Wiener Vorlesungen. In Paris wurde im Februar 1998 in der Assemblée nationale eine europäisch konzipierte Ausstellung zu 1848 eröffnet mit einem zweibändigen Katalog: »Les révolutions de 1848. L'Europe des images«, die im Herbst 1998 im Nürnberger Germanischen Museum zu sehen war. Siehe dazu auch Siemann (wie Anm. 21), S. 280.

- <sup>46</sup> Wolfram Siemann, *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt am Main 1985; Günter Wollstein, *Deutsche Geschichte 1848/49. Gescheiterte Revolution in Mitteleuropa*. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1986; Walter Schmidt, Gerhard Becker, Helmut Bleiber, Rolf Dlubek; Siegfried Schmidt, Rolf Weber, *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49*. 3. erg. und überarb. Aufl. Berlin 1988.
- <sup>47</sup> Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*. München 1983; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: 1815–1845/49. München 1987; Heinrich Lutz, *Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866*. Berlin 1985; Walter Schmidt, Gerhard Becker, Helmut Bleiber, Helmut Bock, Harald Müller, Siegfried Schmidt, Heinrich Scheel, Rolf Weber, *Deutsche Geschichte* Bd. 4: *Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871*. Berlin 1984.
- <sup>48</sup> Manfred Kossok, In *Tyrannos. Revolutionen der Weltgeschichte. Von den Hussiten bis zur Commune*. Leipzig 1989.
- <sup>49</sup> Für den Verfasser zugänglich waren: Elisabeth Dühr (Hg.), »Der schlimmste Punkt in der Provinz«. Demokratische Revolution 1848/49 in Trier und Umgebung. Katalog-Handbuch, Trier 1998; Lothar Gall (Hg.), 1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49. Berlin 1998; dazu die – gerade in Hinblick auf die Darstellung der Volksaktionen – kritische Besprechung von Stein, Peter, »1848 – Aufbruch zur Freiheit« – Revolution als Installation. Ein Rückblick auf die Frankfurter Ausstellung. In: *Forum Vormärz Forschung, Jahrbuch 1998*. Bielefeld 1999, S. 203 ff.; Michael Knieriem (Hg.), *Michels Erwachen – Emanzipation durch Aufstand? Studien und Dokumente zur Ausstellung*. Wuppertal 1998; Werner H. Preuß, 1848. Aus Lüneburgs Biedermeier- und Revolutionszeit. Lüneburg 1998; *Revolution der deutschen Demokraten in Baden* [Landesausstellung im Karlsruher Schloß vom 28.2. – 2.8.1998.] Hg. vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe. Baden-Baden 1998; Gert Zang, Elisabeth von Gleichenstein, *Die Revolution 1848/49 am See. »Die jüngere Klasse ist mehrheitlich für die Republik.«* (Ausstellungskatalog des Rosengartenmuseums Konstanz). Konstanz 1998.

Wehler ausgesprochen.<sup>50</sup> Während zu den Ursachen des Scheiterns der Revolution kaum neue Aspekte ins Feld geführt werden – Überforderung durch Problemkumulation bleibt als Hauptgrund –, wird die frühere pauschale These von einer generellen oder gar totalen Niederlage der Revolution nun auch für Deutschland mehr denn je in Frage gestellt.

Die Jubiläumsarbeiten bilden in gewisser Weise eine Zwischenbilanz in der seit geraumer Zeit stattfindenden Diskussion um den historischen Standort der 1848er Revolution, namentlich in der deutschen, aber auch in der europäischen Geschichte. Eine Aufwertung der Revolution unter dem Aspekt ihrer mittel- und langfristigen Wirkungen ist nicht zu verkennen. Die Negativbewertung, die in der DDR anfangs unter der »Misere«-Sicht, in der Bundesrepublik später im Rahmen der »Sonderwegsdebatte« im Vordergrund stand, ist deutlich zurückgetreten. Nicht mehr das Scheitern, dessen verhängnisvolle Folgen durchaus im Blick bleiben (Jürgen Kocka hat ausdrücklich und zurecht davor gewarnt, »unter der Hand die blutige Niederlage in einen Sieg umzudeuten. Es war eine Niederlage.«)<sup>51</sup>, sondern die Grenzen des Scheiterns und die erzwungenen und irreversibel gewordenen Fortschritte im gesellschaftlichen Umbau der Gesellschaft finden größeres Interesse, werden thematisiert und diskursiv erörtert; ganz abgesehen von den – nicht nur negativen – Langzeitwirkungen. Daß dabei auch außerwissenschaftliche Aspekte der Gegenwart ins Spiel kommen, also der Blick auf 1848 von der Warte der neugewonnenen staatlichen Einheit der Deutschen – durchaus auch kritisch im Hinblick auf noch Uneingelöstes auf dem Wege eines »erneut begonnenen Prozesses innerer Nationsbildung« (wie es bei Langewiesche nachdenklich heißt)<sup>52</sup> – gerichtet wird, verwundert den kaum, der sich des Beziehungsgeflechts von Politik und Geschichte bewußt ist.

Bei allen diesen – ohne Frage beachtlichen – Fortschritten in der 1848er Revolutionsforschung darf ein Defizit nicht übersehen werden. Ein großes, die seit Valentins Zweibänder erreichten Forschungsleistungen verarbeitendes und Valentins Schrift an die Seite zu stellendes Werk – wie es die DDR-Historiographie versucht und bereits in Angriff genommen hatte, aber nicht vollenden konnte – ist zum Jubiläum nicht zustande gekommen und von der bundesdeutschen 1848er Revolutionsforschung auch gar noch nicht anvisiert worden. Offensichtlich ist die Zeit für ein solches, auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse und Sichtweisen ruhendes Werk über die deutsche Revolution von 1848/49 noch nicht reif. Und da – im Unterschied zur DDR-Historiographie – in der traditionellen bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft Kollektivarbeiten zu solcher Thematik keinerlei Tradition haben und von Wissenschaftlern auch nicht angestrebt werden, sondern ausschließlich als Werk eines einzelnen möglich erscheinen, wird es wohl geraume Zeit dauern, bis Valentin zu einem Nachfolger kommt.

<sup>50</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution« 1815–1845/49, München 1987, S. 660 ff.

<sup>51</sup> Jürgen Kocka, *Freiheit und Arbeit* (wie Anm. 21), S. 22.

<sup>52</sup> Dowe/Haupt/Langewiesche, *Europa 1848*, (wie Anm. 14), S. 40.

## Rolf Weber

### Krisen und Konflikte vor der Maierhebung 1849<sup>1</sup>

Gegenstand meines Beitrages sollen einige Aspekte der politischen und sozialen Voraussetzungen der Maierhebung 1849 sein. Gestatten Sie mir aber zuvor einen vielleicht etwas ungewöhnlichen Einstieg in die Thematik unserer Tagung unter einem familiär-persönlichen und einem personengeschichtlichen Gesichtspunkt.

Der 4. Mai 1849 war in Dresden ein Tag äußerster politischer Spannungen. Allerdings gab es keine Gewaltszenen wie tags zuvor beim Zeughaussturm und wie am folgenden Tag mit dem Beginn der Barrikadenkämpfe. Mit dem ihm verbliebenen Ministern Beust und Rabenhorst war der König zur Festung Königstein geflohen, das Land war ohne Regierung, die Bevölkerung Dresdens lebte in panischer Furcht vor einer Invasion preußischer Truppen. Ein Sicherheitsausschuß rief die Kommunalgarden der umliegenden Orte sowie Freiwillige aus dem ganzen Land dazu auf, nach Dresden zu eilen, um für die Anerkennung der Reichsverfassung einzustehen und sich gegen eine preußische Intervention zu wappnen. Zwischen dem Militärgouverneur und dem Sicherheitsausschuß war ein auf 24 Stunden befristeter Waffenstillstand geschlossen worden. Am Nachmittag wählten Landtagsabgeordnete eine aus drei Politikern bestehende provisorische Regierung. Diese ging davon aus, daß es noch immer gelingen könne, den Monarchen, wie in Württemberg geschehen, zum Einlenken zu bewegen und die akute Krise friedlich, mit Unterstützung des ganzen Landes und für die Volkskräfte erfolgreich zu überwinden.

Als Mitglied der Kommunalgarde seines Ortes begab sich an diesem Tag auch mein Urgroßvater, Ernst Friedrich Weber, ein 37jähriger Glasermeister aus Wilsdruff, Vater von 13 Kindern, auf den Weg in die Residenz. Wenig wahrscheinlich ist, daß er lange in Dresden verblieb; er dürfte wohl spätestens am folgenden Tag, als die Dresdner Szene wieder blutigen Charakter annahm, in seinen Heimatort zurückgekehrt sein, ähnlich zahlreicher Mitglieder anderer Bürgerwehren und Kommunalgarden, die zunächst dem Ruf nach Dresden gefolgt waren.

In der Tendenz ähnlich war das politische Engagement eines anderen Urgroßvaters, des Urgroßvaters zweier heute hochangesehener Geschichtswissenschaftler, des Urgroßvaters zweier heute hochangesehener Geschichtswissenschaftler. Die Rede ist von dem damals in Leipzig lehrenden außerordentlichen Professor für römisches Recht Theodor Mommsen. An diesem 4. Mai eilte der damals 32jährige, linksliberal eingestellte und politisch äußerst aktive Gelehrte zusammen mit den ihm befreundeten Professoren Haupt und Jahn durch Leipzigs Straßen mit dem Ruf: Bürger heraus! Aufgefordert wurde die Bevölkerung zur Teilnahme an einer Volksversammlung. Mit ihr sollten die messepäpstlichen Behörden gezwungen werden, nach Dresden ziehende Freischärler mit Waffen, Munition und Geldmitteln zu versehen. Auch an der Bewaffnung von Studenten beteiligte sich Mommsen. Als allerdings am späten Nachmittag die Nachricht von der Einsetzung der provisorischen Regierung in Leipzig eintraf, änderte sich das Verhalten der Liberalen. Mommsen schrieb nun im Namen des Deutschen Vereins eine Erklärung, in der es hieß, mit der Wahl einer provisorischen Regierung unter führender Beteiligung des radikal-demokratischen Abgeordneten Tzschimmer sei der Charakter des Konfliktes ein anderer geworden. Nicht mehr um die

<sup>1</sup> Literatur: Rolf Weber, *Die Revolution in Sachsen 1848/49. Entwicklung und Analyse ihrer Treibkräfte*, Berlin, Akademie-Verlag, 1970; Andreas Neemann, *Kontinuitäten und Brüche aus einzelstaatlicher Perspektive. Politische Milieus in Sachsen 1848 bis 1850*, in: Christian Jansen, Thomas Mergel (Hrsg.), *Erfahrung – Verarbeitung – Deutung*. Göttingen 1998, S. 172–189. Hermann-Josef Rupieper: *Sachsen*, in: Christof Dipper, Ulrich Speck, 1848. *Revolution in Deutschland*, Frankfurt am Main, Leipzig, 1998, S. 69–81.

Durchsetzung der Reichsverfassung ginge es jetzt, sondern um die Errichtung einer Republik. Von nun an handelten Leipzigs Liberale nur noch im Einklang mit dem Stadtrat und den Stadtverordneten, die ihrerseits die Messestadt im Ringen um die Reichsverfassung für neutral erklärten.

Dennoch entging Mommsen nicht der Rache der Reaktion. Nach einem spektakulären Prozeß wurde er im Oktober 1850 zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und verlor sein Lehramt. Er ging, wie viele Revolutionsteilnehmer, danach nach Zürich. Mein Urgroßvater konnte, als er 63jährig starb, als Resultat seines Lebens auf eine insgesamt 27köpfige Kinderschar zurückblicken; Mommsen dagegen errang wissenschaftlichen Weltruhm und wurde als erster Deutscher Nobelpreisträger.

Beiden Vorfahren blieb das Schicksal vieler erspart, die am Aufstand teilnahmen oder in Dresden lebten oder dort weilten. An keinem anderen Ort wurde in Deutschland während der Reichsverfassungskampagne so erbittert gerungen wie in der Sachsenmetropole. Mit größter Brutalität gingen Soldaten des sächsischen, aber besonders des preußischen Militärs gegen Aufständische und Unbeteiligte vor. Von der älteren Landesgeschichtsschreibung sind diese Vorgänge häufig übergangen oder bagatellisiert worden. Die Frage nach der politischen Verantwortung für die Massaker, nach der Schuld an ihnen wurde kaum jemals gestellt, und wenn es dennoch geschah, dann fiel die Schuldzuweisung auf Bakunin, auf polnische Offiziere oder gar auf die Arbeiter, die mit Verbissenheit für utopische Phantasien gekämpft hätten.

Vergegenwärtigen wir uns: Auf Seiten der Aufständischen und der Bevölkerung gab es 250 Tote, ihnen standen 30 getötete Soldaten gegenüber. Eindeutig ist bezeugt, daß Soldaten, die in Gefangenschaft geraten waren, ehrenhaft behandelt und meist gegen Ehrenwort wieder freigelassen wurden. Dagegen hatte der Militärgouverneur von Dresden am 6. Mai eine Weisung erlassen, nach der die königliche Regierung nicht wünsche, mit zu vielen Gefangenen belästigt zu werden. Die nirgends widerlegten Tatsachenberichte von August Röckel, dem Theologiestudenten Auerswald und den Leipziger Kaufleuten Isbary und Ludwig Schreck schildern die Grausamkeiten, die vom Militär begangen wurden, in allen Einzelheiten.

Nur drei Beispiele: In der Schuhmachergasse wurden 14 Wehrlose mißhandelt, erschossen und vom 4. Stockwerk auf die Straße geworfen. In der Frauengasse erschoss man alle Verwundeten eines Lazarets. Und nach dem Eingeständnis des Kommandeurs der preußischen Invasionstruppen, Graf von Waldersee, warfen Soldaten 50 Verwundete, Tote und Gefangene in die Elbe. Bei Röckel ist nachzulesen, wie man mit den Gefangenen in der Frauenkirche, im Gewandhaus, im Justizgebäude, in der Reiterkaserne und schließlich im Zuchthaus Waldheim umgegangen ist. Viele Entsetzlichkeiten geschahen mit Billigung von Offizieren. Wenden wir uns nun der Vorgeschichte der Erhebung zu und fragen wir, welche hauptsächlich Ursachen ihr zugrunde lagen. Es geht um das politische Kräfteverhältnis im Lande, das sich im Frühjahr 1849 herausgebildet hatte, um die Stimmung der öffentlichen Meinung, um die Stärke der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, um den Grad der Politisierung der Bevölkerungsmehrheit und um die strategischen Ziele der am Konflikt beteiligten Kräfte.

Mein Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß im Königreich Sachsen seit September 1848 eine sich allmählich entwickelnde und sich dann in mehreren Phasen dramatisch zuspitzende politische Krise bestand. Ihr Hintergrund war sozialer Natur, er bestand in der tiefen materiellen Notlage breiter arbeitender Schichten und bestimmter Gruppen von Intellektuellen, in der anhaltenden Arbeitslosigkeit von Handwerksgehilfen, Tagelöhnern, lohnabhängigen Kleinmeistern und städtischer Handwerkerkreise sowie in dem nach wie vor auf klein- und be-

stimmten mittelbäuerlichen Schichten lastendem Druck durch noch nicht abgelöste Feudalleistungen.

Dazu kam die zunehmende tiefe Enttäuschung über Hoffnungen, die man an die Verheißungen und an gewisse Sozialreformkonzepte der Märzregierung geknüpft hatte. Sachsen war damals kein Agrarland mehr, sondern ein Staat, in dem schon die Hälfte der Bevölkerung von gewerblicher Wirtschaft, von der fortgeschrittenen frühkapitalistisch-industriellen Entwicklung lebte. Daher wogen die Momente der Desillusionierung besonders schwer.

Festmachen lassen sich die Schritte der Vertiefung der Krise an den Septembervorgängen, an der Ermordung Robert Blums und ihren Wirkungen, an den Dezemberwahlen zum Landtag, an der permanenten Konfrontation von Parlament und Krone im Frühjahr 1849 und am rapiden Aufschwung der republikanischen Demokratie und Arbeiterbewegung.

Vorausschicken möchte ich, daß die Entwicklung der Revolution dieser Monate in Sachsen sich durch herausragende Besonderheiten gegenüber anderen deutschen Territorien auszeichnete. Diese Entwicklung war jedoch untrennbar in den gesamtdeutschen Revolutionsprozeß integriert, und dessen Resultate beeinflussten die innersächsischen Politikmöglichkeiten entscheidend. Koordinaten deutscher Politik dieser Monate waren die Niederschlagung der Erhebung der Wiener Arbeiter und Kleinbürger im Oktober, der Staatsstreich der Konterrevolution in Preußen im November 1848 und die Beschlüsse des deutschen Parlaments in Frankfurt. Hinzu kamen Geschehnisse im gesamteuropäischen Raum, insbesondere die Stellung des zaristischen Rußland, der Krieg der Ungarn um staatliche Unabhängigkeit und Demokratie, die italienischen Revolutionsbewegungen sowie vor allem der Blick auf Paris und Frankreich, von denen neue revolutionäre Impulse erwartet oder befürchtet wurden.

In Sachsen war die Septemberkrise, die am Beginn des unmittelbaren Entwicklungsweges zum Maiaufstand steht, auch nationalgeschichtlich intendiert. Dieser Aspekt trat jedoch hinter dem innersächsischen Konfliktpotential, das zur Entladung drängte, zurück. Es gab zwei Handlungsstränge: einen organisiert verlaufenden und einen spontanen. Am 3. September ergriff die Dresdner Generalversammlung der Vaterlandsvereine die Initiative, um eine Protest- und Kundgebungswelle auszulösen, mit der der Versuch unternommen wurde, auf außerparlamentarischem Wege die vormärzliche Ständeversammlung aufzulösen, die liberale Märzregierung zu stürzen, den vermeintlich demokratischen Innenminister Martin Oberländer zum Ministerpräsidenten zu machen und dem Land durch die Er kämpfung eines demokratischen Wahlgesetzes moderne Verfassungsstrukturen zu geben. Bei dieser Kampagne fanden in größeren Städten und in vielen Kleinstädten Westsachsens und des unteren Erzgebirges mehr als 30 Volksversammlungen mit bis zu 10 000 Teilnehmern statt. Parallel dazu lief eine spontane Bewegung der Straße, ein Aufbegehren städtischer Unterschichten gegen die Drangsale ihrer Not, gegen soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung. Diese Bewegung gipfelte am 12. September im Chemnitzer Arbeiteraufstand, der zu einem mehrstündigen Barrikadenkampf gegen herbeigerufene Truppen führte. Wenig später ließ die Dresdner Regierung das Vogtland militärisch besetzen und demokratische Akteure verhaften, wobei sie vor allem aus Sorge vor einer Verbrüderung zwischen Soldaten und Arbeitern handelte.

Die Septemberereignisse führten zu gravierenden Veränderungen in der Binnenstruktur der Demokratiebewegung. Auf der Dresdner Generalversammlung siegten in der Abstimmung über Programmfragen die Republikaner, und sie errangen damit die Führung in der demokratischen Opposition. Die Bewegung der Vaterlandsvereine spaltete sich, auch organisatorisch. Die Moderaten, die prinzipiell oder aus taktischen Gründen konstitutionell gesinnten Demokraten bildeten einen eigenen Landesverband. An Einfluß auf die Gesamtbewegung

geriet dieser gegenüber den Republikanern immer mehr ins Hintertreffen. Allerdings waren die Führungen beider Gruppierungen klug genug, sich von Zeit zu Zeit zu konkreten Aktionsvereinbarungen zusammenzufinden, auch seit Dezember für einige Monate wieder zu fusionieren.

Andere Aspekte der strukturellen Veränderungen waren geographischer und sozialer Natur. Die sächsische Demokratie gewann neue Schwerpunkte. Nicht mehr Leipzig und Dresden waren die dominierenden Zentren, sondern dies wurden die süd- und westsächsischen Landesteile. Damit verbunden war ein sich immer mehr durchsetzender Wandel der Sozialstruktur der Demokratiebewegung. Zu ihren sozialen Hauptstützen wurden nunmehr eindeutig Arbeiter, Handwerksgesellen auch kleinerer Industrieorte, Kleinmeister der textilen Hausindustrie und besonders Teile der kleinen Bauernschaft. Es war vor allem die seit Herbst erhobene Forderung nach unentgeltlicher Aufhebung der Feudallasten, die es den Republikanern ermöglichte, ihre politische Operationsbasis entscheidend zu erweitern. Dabei fiel auch die Tatsache ins Gewicht, daß liberal gesinnte Honoratioren, die bisher eine wichtige Rolle in der Leitung örtlicher demokratischer Vereine gespielt hatten, nunmehr aus Protest gegen den Dominanzgewinn der Republikaner die Demokratiebewegung verließen.

Schließlich sei noch auf einen weiteren Gesichtspunkt aufmerksam gemacht, der deutlich werden läßt, warum sich die politischen Gewichte im Lande seit September so rasch verändern konnten, warum die öffentliche Meinung weit mehr als bisher demokratisch geprägt wurde. Es war die Rolle der Presse, die gegenüber den ersten Monaten der Revolution einen qualitativ neuen Stellenwert gewann. Die Republikaner gründeten eine Anzahl neuer Blätter oder gewannen Einfluß auf die Redaktionen bestehender Zeitungen. Damit erreichte die republikanische Agitation auch die Provinzpresse. Am einflußreichsten wurden die »Dresdner Zeitung« und die von August Röckel gegründeten »Volksblätter«.

Die gewachsene Kampagnefähigkeit der Demokratie trat deutlich bei zwei Ereignissen in Erscheinung: bei der Ermordung Robert Blums und bei den Dezemberwahlen zur Landesvertretung. Die standrechtliche Erschießung Blums, des Vaters der sächsischen Demokratie, löste im Lande einen Schrei des Entsetzens aus. Man wurde gewahr, was bevorstehen konnte, wenn die militärisch-halbfeudale Konterrevolution überall in Deutschland siegen würde. In vielen Städten organisierten die Vaterlandsvereine stark besuchte Trauerfeiern, die den Charakter von Protestkundgebungen annahmen. Gefordert wurde auf ihnen u. a. der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Österreich, die Rückberufung aller sächsischen Abgeordneten aus der Frankfurter Paulskirche und vielerorts die sofortige Organisation der Volksbewaffnung. In Leipzig versuchten Demonstranten, das österreichische Konsulat zu stürmen. Minister sahen sich gezwungen, an der Totenfeier in der Dresdner Frauenkirche teilzunehmen.

Der sächsische Außen- und Kultusminister von der Pfordten, ein strammer Konservativer, der sich liberal getarnt hatte und der als Vertrauter der Wettiner das eigentliche Haupt des Märzkabinetts war, schrieb am 16. November 1848 in einem Brief: »Das standrechtliche Verfahren gegen Robert Blum hat in ganz Sachsen eine Aufregung hervorgebracht, wie kein anderes Ereignis seit den Märztagen. Seine zahlreichen politischen Freunde und vor allem die arbeitenden Klassen feiern in ihm den Märtyrer der Freiheit, den Kämpfer für das Volk.« Und in einem anderen Brief traf er die Feststellung: »Zehn lebende Blums hätten uns nicht so viel geschadet wie dieser eine tote.«

Was das zweite Ereignis, die Dezemberwahlen, angeht, so zeigten deren Resultate den bereits radikal vollzogenen Wandel der politischen Stimmung im Lande. Der Sieg der Linksfrente bei den nach dem Mehrheitswahlsystem durchgeführten Wahlen war schlechthin eklatant. Von den insgesamt 75 Mandaten in der Zweiten Kammer entfielen 66 auf die Demo-

kraten, sieben auf die Liberalen und nur zwei auf die Konservativen. Ähnlich lagen die Relationen in der Ersten Kammer, für deren Wahl ein Vermögenszensus galt. Aufschlußreich ist auch die Höhe der Wahlbeteiligung. Hatte sie bei den Maiwahlen zum Frankfurter Parlament im Landesdurchschnitt knapp 40 %, im Vogtland nur 10 % betragen, so lag sie nunmehr bei 90 %.

Durch den Wahlausgang besaß die demokratische Partei in beiden Kammern die absolute Mehrheit. Damit lag eine wichtige Institution des Staates, die Volksvertretung, das Organ, durch das gemäß dem parlamentarischen System die Souveränität des Volkes hätte seinen Ausdruck finden müssen, in den Händen der Demokratie, in dieser Eindeutigkeit ein ziemlich singuläres Ereignis in der deutschen 1848er Revolution.

Eine der Ursachen für den Wahlsieg lag zweifellos in der von der Demokratie vertretenen programmatischen Wahlplattform. Als konkrete Forderungen waren darin u. a. aufgeführt: Aufhebung des Adels, Abschaffung aller Standesvorrechte, Übertragung der Polizeigewalt an die Gemeinden, Abschaffung des Pensionswesens für Staatsbeamte, Beseitigung unnötiger Hofchargen, Minderung der königlichen Zivilliste und vor allem, wie bereits erwähnt, die entschädigungslose Aufhebung der verbliebenen Feudallasten. Dazu kamen als verfassungspolitische Postulate: Einkammersystem, das Initiativrecht für die Landesvertretung und vor allem eine Beschränkung der Prärogative des Monarchen auf ein suspensives Veto. Mit diesen konkreten Zielen war ziemlich eindeutig die Richtung angedeutet, in der die weitere Entwicklung verlaufen sollte, nämlich auf die schrittweise Einschränkung der Macht der Krone.

Fragen wir nun, was die Demokratie mit diesem parlamentarischen Erfolg anfangen konnte, ob und welche Chancen sich ihr boten und wie sich die Märzregierung und die Wettiner verhielten.

Als der Landtag Mitte Januar 1849 zusammentrat, lebten für kurze Zeit die Demokraten in der Illusion, sie hätten nun das Instrument, um den Umbau des sächsischen Staates schrittweise und gewaltlos im Geiste demokratischer Volksfreiheit vollziehen zu können. Man hoffte, ein Beispiel für ganz Deutschland zu schaffen. Da Sachsen im 16. Jahrhundert Vorreiter der Reformation gewesen war, gab es viele Stimmen in der Publizistik, die davon ausgingen, daß Sachsen nunmehr auch beim Sieg der Demokratie im 19. Jahrhundert vorangehen würde. Unverkennbar war, daß man demokratischerseits den Widerstandswillen der herrschenden Kreise unterschätzte.

Von dem unerwarteten Wahlergebnis geschockt, forderten Konservative und Liberale einen Staatsstreich, die sofortige Auflösung der Kammern. Da wenig später eine Adresse Leipziger Liberaler das Parlament als Sitz des blanken Unverständes denunzierte, wurde der Landtag nunmehr von seinen Gegnern als »Unverständslandtag« diffamiert, ein Begriff, der sogar noch heute zuweilen in der wissenschaftlichen Literatur auftaucht.

Auf Druck des Königs fand sich die Märzregierung bereit, das Parlament politisch zu blockieren. Ihm wurde keine einzige konstitutionelle Konzession gemacht. Ihm blieb das Initiativrecht vorenthalten und damit die Möglichkeit, Gesetzentwürfe einzubringen, sie zu beraten und zu beschließen. Der Verbleib des alleinigen Initiativrechts bei der Regierung bzw. der Krone hatte zur Folge, daß dem Landtag in den Monaten bis zur Maierhebung kein einziges Gesetz mit innenpolitischer Substanz zugeleitet wurde. Für inopportun hielt man seine sofortige Auflösung, da man ihn für die Forterhebung der Steuern benötigte.

Vom Monarchen mit der Bändigung der demokratischen Volksvertretung beauftragt, erklärte sich das Ministerium Braun/von der Pfordten schon Ende Januar für überfordert, vier Wochen später trat es zurück und wurde vom Beamtenkabinett Held/Beust ersetzt. Im Gegen-

satz zu seinem Vorgänger akzeptierte dieses Ministerium die von der Frankfurter Paulskirche verabschiedeten Grundrechte, aber allein aus dem Grund, um die Landtagsmajorität zu spalten und die Gemäßigten auf seine Seite zu ziehen. Dieses Konzept ging zwar nicht auf, dennoch kam es in den Kammern zu einer Differenzierung zwischen einer Linken und einer äußersten Linken, die jeweils unterschiedliche Erwartungen hegten und verschiedenartige Handlungsperspektiven besaßen.

Da für die Vorgeschichte der Mairevolution vor allem die äußerste Linke von erheblicher Relevanz ist, wollen wir unsere Aufmerksamkeit allein auf sie, auf ihr Politikkonzept, ihre Ideologie und ihren Einfluß im Lande lenken. Die äußerste Linke, die in der Zweiten Kammer des Landtages nur 21 Abgeordnete zählte und die unter der Führung des Bautzener Rechtsanwalts Samuel Erdmann Tzschirner und des Dresdner Justizbeamten Wilhelm Adolf von Trützschler stand, gewann durch ihre republikanische Grundorientierung und ihre offensive politische Strategie die Hegemonie in der demokratischen Gesamtbewegung des Landes. Ihr parlamentarisches wie außerparlamentarisches Wirken stand unter dem Gesichtspunkt, daß eine politische Wende in Sachsen nur im Gefolge einer zweiten Revolution möglich ist. Diese Erhebung sollte eine gesamtdeutsche sein und mit Revolutionsbewegungen in anderen europäischen Ländern gekoppelt werden. Man nahm an, sie könne ihren Ausgangspunkt und ihr Zentrum in Berlin haben.

Die Protagonisten der zweiten Revolution waren Sozialrepublikaner, die sowohl von Ideen des Jakobinertums wie von sozialistischen Auffassungen französischer Prägung beeinflußt waren. Ihr Ziel, eine soziale oder rote Republik, sollte von kleinbürgerlichen Intellektuellen geführt und von den verschiedenen sozialen Unterschichten getragen werden. Dieses Konzept ging von einer kritischen Reflexion des bisherigen Revolutionsverlaufs aus und erstrebte die gewaltsame Überwindung des bisherigen Herrschaftssystems des Adels, der Beamten- und Militärkaste und des Großbürgertums.

Damit stand die Frage bewaffneter Kräfte im Raum. Programmatisch hatten die Demokraten die Militärfrage unter Verweis auf das Milizsystem der Schweiz beantwortet, also Abschaffung der stehenden Heere und Errichtung einer Volkswehr. Konkret konnte es aber zunächst nur darum gehen, Anstrengungen zur demokratischen Unterwanderung des Heeres zu unternehmen, um es als Waffe einer Konterrevolution untauglich zu machen. Um politische Diskussionen in der Armee auszulösen, lief seit Anfang Januar 1849 eine Kampagne der Demokraten, in deren Mittelpunkt die Forderung stand, die Kriegsartikel, denen die Soldaten unterworfen waren, zu revidieren und insbesondere die Verpflichtung der Soldaten abzuschaffen, ihren Vorgesetzten gegenüber auch außerhalb des Dienstes Gehorsam zu leisten.

Sogleich erkannten Krone und Regierung die Gefahr. Ein neuer Kriegsminister, Oberst Rabenhorst, ein militärischer Betonkopf, wurde berufen, der das tat, was um ihre Machterhaltung besorgte Regime in der Geschichte in Extremsituation oft zu tun pflegen: er erhöhte den Sold der Unteroffiziere und Soldaten. Und zum anderen wurden im März 1849 die Einheiten des sächsischen Heeres, von denen man annahm, sie seien am stärksten demokratisch infiziert – es handelte sich um die Hälfte der Armee –, nach Schleswig-Holstein zum Einsatz im Krieg gegen Dänemark verlegt. Dies geschah auf Anforderung der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß Sachsens Regierung ein entsprechendes Angebot unterbreitet hatte. Und was ebenso bedeutsam war: Seit März nahm Außenminister Freiherr von Beust Kontakte zur Regierung in Berlin auf, die das Ziel hatten, sich für den Notfall preußischer Militärhilfe zu versichern.

In dieser Lage erkannte die radikale Linke die Notwendigkeit, ihre militärpolitischen Aktionen kurzfristig zu verändern. Da die propagandistische Bearbeitung der vorwiegend königstreuen

Militäreinheiten aussichtslos geworden war, entschloß man sich zu dem Versuch, aus den Kommunalgarden und Bürgerwehren, die bisher im wesentlichen als kommunale Polizeiinstitutionen unter der Führung liberaler Honoratioren gedient hatten, bewaffnete Abteilungen zu machen, die geeignet sein sollten, die Verfassung zu schützen und Staatsstreichversuchen vorzubeugen.

Erstrebt wurde der Aufbau demokratischer Bürgerwehrvereine, die Einfluß auf die Wahlen zu den Kommandostellen der Kommunalgarden nehmen sollten. Obwohl z. T. mit Nachdruck verfolgt, u. a. durch die Herausgabe einer »Sächsischen Bürgerwehr-Zeitung« und durch die Einberufung einer Generalversammlung dieser Vereine Anfang April in Dresden, mußte dieser Versuch scheitern, und zwar sowohl am Zeitfaktor als auch an der Tatsache, daß die Anzahl der Angehörigen sozialer Unterschichten in den Kommunalgarden zu gering war. So kam es lokal nur zur Bildung bzw. zur Aktivierung von Turnerwaffenscharen und Freikorps, die in der Maierhebung den Rückhalt der Aufstandsbewegung bildeten.

Auf ein für die Vorgeschichte des Dresdner Aufstandes wichtiges Thema, auf die Frage nach der Existenz und dem Ausmaß konspirativ-organisatorischer Vorbereitungen sächsischer Republikaner auf die erhoffte zweite Revolution möchte ich nur kurz eingehen. In Verbindung mit der Bakunin-Problematik wird sie auf unserer Tagung wohl eine eingehendere Erörterung erfahren. Unbestritten ist, daß die sächsischen Akteure einer solchen Konspiration – ich nenne nur die Namen Röckel, Tzschirner, Trützschler, Jäkel, Böttcher, Kirbach, Kieselhausen und vor allem Ludwig Wittig und Richard Wagner – nie die Absicht hatten, den Aufstand in Dresden, wie er sich seit dem 3. Mai entwickelte, vorzubereiten oder gar auszulösen.

Von der Überlegung ausgehend, einen Sieg der Konterrevolution durch aktiv-revolutionäres Handeln unbedingt zu verhindern, gab es seit der Jahreswende 1848/49 unter radikalen Republikanern mehrerer deutscher Staaten Kontakte und Absprachen, die darauf hinausliefen, für den Fall einer zu einem günstigen Zeitpunkt ausbrechenden neuen Revolution ein weit hin gemeinsames Handeln zu gewährleisten. Die Initiative dazu ging ganz offensichtlich von dem auf dem zweiten Demokratenkongreß Ende Oktober in Berlin gewählten deutschen Zentralausschuß und vom sächsischen Zentralausschuß der Republikaner aus. Im Rahmen der sächsischen Demokratie lassen sich solche Bestrebungen vor allem in Dresden, Leipzig und Chemnitz feststellen. Es bestanden auch Querverbindungen zur Führung der deutschen Arbeiterverbrüderung und zu sozialistischen Gruppen in Leipzig.

Als Bakunin in Sachsen eintraf, waren diese Kontakte bereits vorhanden. Was durch ihn Neues hinzukam, war einmal ein Intensivierungsschub und zum anderen die Ausweitung der Konspiration ins Internationale, sowohl was die auf Südost- und Osteuropa gerichtete Zielsetzung als auch die Einbindung tschechischer, ungarischer und polnischer Revolutionäre betraf.

Neue Probleme warf der Beginn der Reichsverfassungskampagne auf, und sie stellte neue taktische Herausforderungen. Nach Ablehnung der Kaiserkrone und der Paulskirchenverfassung durch Preußen war auch in Sachsen der Weg frei für die Bildung einer breiten Koalition aller progressiven Kräfte, die das Ziel verfolgten, durch öffentlichen Druck auf Krone und Regierung die Annahme der Reichsverfassung zu erzwingen.

Keine Schwierigkeiten mit einer Verfassung, die ein Kleindeutschland unter einer preußischen Erbmonarchie vorsah, hatten die Liberalen. Sie erblickten in ihr das ersehnte Resultat der Revolution und zugleich das Instrument, mit dessen Hilfe sich befürchtete demokratisch-republikanische Aufstandsbewegungen verhindern ließen.

Neuen Zündstoff brachte dagegen die Verfassungskampagne in die Reihen der Demokraten.

Während die gemäßigte Linke, die in beiden Abgeordnetenkammern das zahlenmäßige Übergewicht besaß, wieder Vertrauen in die Führerrolle der Frankfurter Nationalversammlung gewann, lehnten die entschiedenen Republikaner die Verfassung aus radikal-demokratischen und großdeutschen Gründen ab.

Auf der 5. Generalversammlung der sächsischen Vaterlandsvereine am 22. April 1849, also kurz vor der Dresdner Erhebung, kam es erneut zur Spaltung. Die Minderheit der Gemäßigten, unter ihnen Politiker wie Heubner, Joseph und Schaffrath, verließen die Versammlung und sammelten ihre Anhänger im Blumschen Vaterlandsverein. Dieser begrüßte und unterstützte die von den Liberalen inzwischen in Gang gebrachte Adressenkampagne. Sie sollte den sächsischen Monarchen zur Akzeptanz der Reichsverfassung und zur Einsetzung eines parlamentarischen Regierungssystems im Lande veranlassen.

Die äußerste Linke dagegen versuchte, die innenpolitische Krise zuzuspitzen und zu vertiefen. Auf der Generalversammlung faßte sie den Beschluß, die erste Landtagskammer aufzufordern, dem Ministerium die Steuern zu verweigern, und der Zweiten Kammer empfahl sie, die sächsische Regierung durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zu zwingen.

Am 30. April schließlich, als inzwischen die sächsischen Kammern vom König aufgelöst worden waren und als man vom Erfolg der württembergischen Demokraten erfahren hatte, vollzogen die Radikalrepublikaner den Schwenk zur Teilnahme an der Kampagne für die Durchsetzung der Reichsverfassung. Dies geschah natürlich aus taktischen Gründen, aus der Überlegung heraus, im Einklang mit der Volksbewegung zu handeln, für die die Paulskirchenverfassung zum Banner des Widerstands gegen autoritär-monarchistische Politik geworden war.

Es ist noch opportun, darauf hinzuweisen, daß die 5. Generalversammlung der Vaterlandsvereine in Sachsen eine beeindruckende Heerschau der sächsischen Demokratie darstellte. Sie machte den hohen Grad der Politisierung und Aktivierung der Bewohner des Landes offenkundig; sie verdeutlichte, daß mehrheitlich die politisch ansprechbaren Sachsen hinter der Demokratie standen und daß im Lager der Demokraten die Radikalen das Übergewicht besaßen.

Im Königreich Sachsen gab es am Beginn der Dresdner Erhebung insgesamt 280 Vaterlandsvereine, die Zahl hatte sich seit der Septemberkrise verdreifacht. Die Mitgliederzahl dieser Vereine betrug 75 000, im September hatte sie noch 27 000 betragen. Und was besonders aufschlußreich ist: Setzt man diese Zahl ins Verhältnis zur Gesamtzahl der erwachsenen männlichen Bevölkerung, die 480 000 betrug, so ergibt sich, daß jeder sechste über 21 Jahre alte Landesbewohner einem Vaterlandsverein angehörte. Diese Zahlen vermitteln eine Sicht auf ganz Sachsen; in den verschiedenen Regionen konnte das Kräfteverhältnis ganz unterschiedlich sein, vor allem in Garnisons- und kleinen Zunfthandwerkerstädten gab es gar keine Vaterlandsvereine.

Notwendig wäre eigentlich, noch einen Blick auf die sächsische Arbeiterbewegung zu werfen. Ich will darüber nur so viel sagen: die eng mit der kleinbürgerlichen Demokratie politisch und ideologisch verzahnten und vorwiegend in der von Stephan Born geleiteten Arbeiterverbrüderung zusammengeschlossenen Arbeitervereine stellten ein gewichtiges Potential innerhalb der Demokratiebewegung dar. Mit 52 Arbeitervereinen dürfte Sachsen an der Spitze aller deutschen Länder gestanden haben.

Als Fazit aus den hier erörterten Aspekten der Vorgeschichte des Aufstandes ergibt sich indes eine Schlußfolgerung: Trotz beeindruckender organisatorischer und politischer Erfolge war Anfang Mai 1849 die Demokratie Sachsens nicht in der Lage, innerhalb weniger Tage aktionsfähig zu werden und geschlossen zu handeln.

**Jörg Ludwig**

## **Die sächsische Wirtschaft und die Revolution von 1848**

Für die Untersuchung von Revolutionen sind wirtschaftliche Strukturen von besonderem Interesse. Ihre Kenntnis ermöglicht ein genaueres Verständnis der ökonomischen Existenzbedingungen verschiedener sozialer Gruppen und Schichten und läßt bestimmte Aufschlüsse über deren Interessen, Handlungsmotive und Handlungen zu. Unter diesem Aspekt hat sich auch die Historiographie zur Revolution von 1848 in Deutschland wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen zugewandt, wie etwa Studien von Jürgen Bergmann<sup>1</sup> zeigen. Obwohl diese Studien bereits die wichtigsten Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre und Ausbruch, Verlauf und Ende der Revolution von 1848 herausgearbeitet haben, ist es nützlich, diese Zusammenhänge am Beispiel Sachsens neuerlich zu prüfen:

1. hat die bisherige Geschichtsschreibung zur Revolution in Sachsen wirtschaftsgeschichtliche Aspekte eher zurückhaltend in ihre Untersuchungen einfließen lassen (womit die sächsische Wirtschaft das Schicksal anderer gesellschaftlicher Bereiche, Handlungsfelder und Akteure der Revolution von 1848 in Sachsen teilt, für die keine bzw. keine neueren Studien vorliegen).<sup>2</sup>

2. muß der Verlauf der wirtschaftlichen Gesamtkonjunktur in Deutschland (wie er z.B. aus den von Reinhard Spree<sup>3</sup> vorgelegten Daten hervorgeht) nicht mit der wirtschaftlichen Lage in Sachsen übereinstimmen, woraus sich eventuell auch neue Erklärungsmöglichkeiten für die auffällige Diskrepanz zwischen der politischen Entwicklung Sachsens 1848/49 im Vergleich mit anderen deutschen Staaten gewinnen lassen könnten.

Der vorliegende Beitrag stellt sich unter diesem Aspekt zwei Aufgaben: a) Skizzierung der wirtschaftlichen Situation Sachsens zwischen 1847 und 1850; b) Darstellung von Konsequenzen der wirtschaftlichen Lage für die Entwicklung der Revolution von 1848 in Sachsen. Der angesprochene Vergleich mit der gesamtdeutschen Konjunktur sollte zwar weiterhin Ziel einer entsprechenden Studie sein, kann aber wegen der unzureichenden Forschungslage für Sachsen noch nicht unternommen werden.

Der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens um 1848 läßt sich wohl am besten mit dem Begriff »Wirtschaft im Übergang« fassen. Dies bezieht sich auf den Übergang von der vor-industriellen zur industriellen Wirtschaft. Entsprechende Ansätze zur Industrialisierung gehen auf die Zeit um 1800 zurück und verstärken bzw. verdichten sich nach 1830 erheblich. Dies hing nicht nur – und vielleicht weniger, als man glauben könnte – mit den sächsischen Reformen von 1831/32 zusammen, sondern vor allem auch mit einer allgemein günstigen Wirtschaftskonjunktur für größere Zeitabschnitte der 1830er und 1840er Jahre, wie sie sich aus der Bildung des Zollvereins, einer steigenden Binnennachfrage und positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergaben. Besonders der Fortschritt der mit der Industrialisierung verbundenen Sektoren war eklatant: In Sachsen stieg die Steinkohlenprodukti-

<sup>1</sup> Vgl. u.a. Jürgen Bergmann, *Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49*, Stuttgart 1986.

<sup>2</sup> Für die Revolution von 1848 in Sachsen fehlen u.a. neue Studien über die Rolle der liberalen Vereine, der Bauernbewegung, der Bewegung der städtischen Unterschichten oder der Kirchen und Religionsgemeinschaften, aber auch über die Politik der Regierungen und der Landtage, das Wirken des Militärs, der Konservativen, der Handwerker- oder der Frauenbewegung.

<sup>3</sup> Reinhard Spree, *Wachstumstrends und Konjunkturzyklen in der deutschen Wirtschaft von 1820 bis 1913*, Göttingen 1978.

on von 137 924 t (1834) auf 497 417 t (1848), die Länge der Eisenbahnstrecken wuchs von 14 km (1837) auf 417,2 km (1848), die Maschinenproduktion der bedeutenden Chemnitzer Firma Hartmann erhöhte sich von 36 014 Taler (1840) auf 275 564 Taler (1848).<sup>4</sup> Dabei ist hervorzuheben, daß ab der Mitte der 1830er Jahre einige neue Wirtschaftssektoren einen starken Aufschwung erlebten, so der Eisenbahn- und der Maschinenbau. Die neuen Sektoren überholten in ihrer Dynamik den bisherigen Führungssektor der sächsischen Industrialisierung, die Baumwollmaschinenspinnerei, wo die Anzahl der Spindeln von 490 325 (1837) bis zum Jahr 1848 lediglich auf 541 868 gesteigert werden konnte.<sup>5</sup> Diese unterschiedlichen Dynamiken der »alten« und »neuen« Industrialisierung sind insofern von Bedeutung, als sie auf die wirtschaftliche und politische Strategie der schutzzöllnerisch eingestellten Industriellen der sächsischen Baumwollspinnerei einerseits und einer Gruppe freihändlerischer Leipziger Unternehmer andererseits, die sich vor allem im Eisenbahnbau, im Finanzsektor und auch im Maschinenbau engagierten, einwirkte.

Die beeindruckenden Steigerungsraten des jungen industriellen Sektors dürfen freilich nicht den Blick darauf verstellen, daß die sächsische Wirtschaft insgesamt noch eher von vorindustriellen Strukturen und Technologien geprägt war, und daß die Mehrzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung in Handwerk, Landwirtschaft und im »alten« Dienstleistungsgewerbe beschäftigt war. Von diesen Bereichen erlebte die Landwirtschaft mit einer Ertragssteigerung von 653 322 t (1830) auf 2 304 470 t (1848) eine fast unglaublich positive Entwicklung<sup>6</sup>, jedoch ist nicht klar, welche Agrarbetriebe und Regionen am meisten von dieser Entwicklung profitierten. Im Unterschied zu Industrie und Landwirtschaft kann das Handwerk und seine wirtschaftliche Entwicklung im Vormärz statistisch nur sehr schlecht untermauert werden. Fest scheint nur zu stehen, daß durch das relativ hohe Bevölkerungswachstum im vormärzlichen Sachsen auch die Zahl der Handwerksmeister und -gesellen stieg, was in Bereichen mit hoher Nachfrage und günstiger wirtschaftlicher Lage (z. B. im Bau- und Nahrungsmittelgewerbe) leichter zu verkraften war als in vielen Sektoren mit problematischer wirtschaftlicher Situation (z.B. im Textilbereich). Für die schwierige Lage der heimgewerblichen Textilproduktion – zumindest in der Leinwandfertigung – spricht, daß die bedeutende Herrnhuter Firma Abraham Dürminger & Co. zwischen 1834 und 1848 zwar Gewinne in Höhe von 100 134 Taler, Verluste jedoch in Höhe von 257 409 Taler auswies.<sup>7</sup>

Die zumindest für einige neue und dynamische Bereiche der sächsischen Wirtschaft feststellbare günstige Entwicklung wurde Ende der 1840er Jahre von einer »Doppelkrise« in Frage gestellt. Es handelte sich dabei um die Überlagerung einer »vormodernen« (d.h. einer aus Mißernten hervorgegangenen Hunger- und Teuerungskrise) und einer »modernen« Krise (einer gewerblichen Überproduktions- und Absatzkrise). Auslöser für die Agrarkrise waren zwei aufeinanderfolgende Mißernten (1845/46). Die Angebotsverknappung bei einer Reihe von wichtigen Agrarprodukten, die daraus resultierte, konnte der Agrarhandel nicht ausgleichen, so daß es zu ruckartig steigenden Preisen auf den Agrarmärkten kam. (Abbildung 1)<sup>8</sup>

Die Agrarkrise hatte zwei Hauptwirkungen:

a) »Innerlandwirtschaftlich« führte sie zu einer starken Differenzierung bei den agrarischen

<sup>4</sup> Die Zahlen wurden entnommen: Hubert Kiesewetter, *Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert*, Köln/Wien 1988, passim.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 451.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 284.

<sup>7</sup> Hans Wagner, *Abraham Dürminger & Co. 1747-1939*, Herrnhut 1940, S. 210.

<sup>8</sup> Die Daten wurden entnommen: *Leipziger Intelligenz-Blatt 1846-1849*; Hubert Kiesewetter, S. 284.

Einkommen. Von den hohen Preisen profitierten vor allem die großen Landwirtschaftsbetriebe, denn bei ihnen übertrafen die Einkommenszuwächse durch die gestiegenen Preise für Agrarprodukte die Verluste infolge der Mißernte bei weitem.<sup>9</sup> Mittlere Betriebe vermochten ein noch relativ akzeptables Betriebsergebnis zu erzielen, während die Ernteverluste bei den kleinbäuerlichen Wirtschaften so hoch waren, daß diesen nicht nur keine Agrarprodukte zur Vermarktung zur Verfügung standen, sondern sie gezwungen waren, zur Eigenversorgung selbst Nahrungsmittel zu hohen Preisen anzukaufen. Aus der daraus resultierenden finanziellen Misere dürfte sich großenteils das Erstarken der antifeudalen bzw. antigrundherrlichen Agrarbewegung und die Forderung nach ersatzlosem Wegfall der verbliebenen Feudallasten, z. T. aber auch das Stocken der Ablösungsverhandlungen und -zahlungen erklären, denn der großen Masse der kleinbäuerlichen Betriebe stand für die Zahlungen an Grundherren und Landrentenbank sehr viel weniger Geld zur Verfügung als zuvor.

b) Die Agrarkrise wirkte sich aber auch negativ auf die gewerbliche Wirtschaft Sachsens aus. Die steigenden Preise für Agrarprodukte ließen in vielen Haushalten diejenigen Einkommensanteile, die für den Einkauf von Nahrungsmitteln benötigt wurden, steigen, womit sich bei gleichbleibenden Einkommen die Nachfrage nach Gewerbeprodukten auf dem innersächsischen Markt sowie auf anderen deutschen Märkten vermindern mußte. Sollte es – was wenig glaubhaft ist – zum Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten im gewerblichen Sektor zu Lohnsteigerungen gekommen sein, so hätte sich dies ungünstig auf die Herstellungskosten der sächsischen Gewerbeprodukte ausgewirkt. Durch sinkende Nachfrage oder – optional – steigende Produktpreise wurde die Absatzkrise des gewerblichen Sektors jedoch verstärkt. Außerdem flossen infolge der höheren Agrarpreise Kapitalien in die Landwirtschaft ab, die dem Gewerbe fehlten und die Kreditwirtschaft unter Druck setzten.

Nur auf den ersten Blick paradox ist, daß die beiden guten Ernten von 1847 und 1848 zunächst zu keiner, zumindest jedoch zu keiner durchgreifenden Verbesserung der wirtschaftlichen Situation beitrugen. Die sinkenden Nahrungsmittelpreise ermöglichten zwar potentiell das Sinken jenes Einkommensanteils, der für den Ankauf von Agrarprodukten erforderlich war, doch sollte nun gerade die Absatzkrise für Gewerbeprodukte, die im Frühjahr/Sommer 1848 in Sachsen ihren Höhepunkt erreichte<sup>10</sup>, infolge von Lohnkürzungen, Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit in der gewerblich tätigen Bevölkerung zu Einkommensverlusten führen, wodurch sich der Vorteil der niedrigen Nahrungsmittelpreise stark relativierte. Verschlimmert wurde diese Situation insofern, als die guten Ernten zu einem enormen Preisverfall auf den sächsischen Agrarmärkten führten. Damit gestaltete sich nicht nur die Erholung der Agrarbetriebe eher schleppend, sondern es verminderte sich auch die Nachfrage aus dem Agrarbereich nach gewerblichen Produkten.

Die Gewerbekrise, die die Sektoren der gewerblichen Wirtschaft offenbar in unterschiedlicher Intensität traf (was für Sachsen jedoch nur teilweise nachweisbar ist), setzte Mitte/Ende

<sup>9</sup> Die Argumentation folgt hier Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1, München 1987, S. 78ff.

<sup>10</sup> Der französische Gesandte berichtete am 5. Mai 1848 aus Sachsen: «La crise industrielle et financière devient chaque jour plus grave en Saxe. A Chemnitz, la troisième ville et la plus manufacturière du royaume, plusieurs chefs de fabrique ont dû suspendre leurs travaux et congédier leurs ouvriers. Il en résulte naturellement de grands dangers pour la tranquillité publique: une députation s'est rendue, il y a deux jours, à Dresde pour réclamer l'assistance du Gouvernement et en obtenir les moyens d'occuper et de nourrir les milliers d'ouvriers qui se trouvent aujourd'hui sans travail.», vgl. Hellmut Kretzschmar/Horst Schlechte (Hrsg.), *Französische und sächsische Gesandtschaftsberichte aus Dresden und Paris 1848-1849*, Berlin 1956, S. 94.

1847 ein und erstreckte sich bis in das Jahr 1849. Für diese Krise stehen uns verschiedene Daten zur Verfügung, die allerdings nicht die »Kernbereiche« (Beschäftigung, Produktion, Warenabsatz, Produktpreise etc.) betreffen, sondern die Auswirkungen eher indirekt widerspiegeln. Dies gilt u.a. für den Anteil Sachsens an den Zöllen des Zollvereins für die Jahre 1842–1852.<sup>11</sup>

Nach Ausweis des sächsischen Zollanteils (auf dessen Entwicklung – wie ersichtlich - die Einfuhrzölle den entscheidenden Einfluß hatten) trübte sich die Gesamtkonjunktur des sächsischen Handels und Gewerbes nach den relativ guten Jahren 1845 und 1846 im Jahr 1847 ein, erreichte 1848 einen Tiefpunkt und erholte sich erst 1851/52 wieder. Auffällig ist die unterschiedliche Entwicklung der import- und der exportorientierten Wirtschaftszweige in den Jahren 1847 (wo die Exporteure Gesamttrend noch einmal ein relativ gutes Ergebnis erzielten) und 1850/52, was jeweils zu unterschiedlichen Stimmungen in beiden Lagern geführt haben dürfte.

**Anteil Sachsens an den Eingangs-, Ausgangs- und Transitzöllen des Zollvereins  
(in Talem)**

Jahr	Eingang	Ausgang	Durchgang	Summe
1842	1889568	37623	70848	1998039
1843	1861747	37968	73324	1973039
1844	1820505	44028	90323	1954856
1845	2137640	49457	81978	2269075
1846	2014846	28908	42531	2086285
1847	1836111	35205	40759	1912075
1848	1697603	28027	26823	1752453
1849	1804519	52131	40808	1897458
1850	1894098	47681	43944	1985723
1851	2119847	43656	51189	2214692
1852	2023793	37636	92580	2154009

Während damit die Lage der nicht wenigen außenwirtschaftlich orientierten Unternehmen Sachsens widerspiegelt wird, läßt sich die Situation der binnenmarktorientierten Firmen statistisch viel weniger gut untermauern, da der Warenverkehr innerhalb des Zollvereins nur sehr schwierig nachweisbar ist. Die Zahlen für den Eingang sächsischer Waren zu den Leipziger Messen, die sich nach 1834 mehr und mehr zur »Handelsmesse des Zollvereins« entwickelten<sup>12</sup>, bieten nur bedingt Ersatz, wobei zu beachten ist, daß vom bloßen Wareneingang noch keineswegs auf den tatsächlichen Messeabsatz geschlossen werden kann. Im wesentlichen bestätigen sie die sich seit 1846/47 ergebende ungünstige wirtschaftliche Entwicklung, zumal die ansteigende Zufuhr sächsischer Waren zu den Leipziger Messen im

<sup>11</sup> Statistische Uebersichten über Waaren-Verkehr und Zoll-Ertrag im deutschen Zoll-Vereine für das Jahr ..., Berlin 1844ff.

<sup>12</sup> Jörg Ludwig, Die Leipziger Messe in den ersten Jahrzehnten des Zollvereins (1834-1860). In: Leipzigs Messen 1497-1997, hrsg. von Hartmut Zwahr, Thomas Topfstedt und Günter Bentele, Teilband 1, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 351ff.

Jahr 1847 wohl weniger aus einer erfreulichen Steigerung der Binnennachfrage resultierte, als vielmehr aus dem Bestreben der Fabrikanten, in Leipzig Ausgleich für den entgangenen Absatz bei ihren gewöhnlichen Abnehmern im In- und Ausland zu suchen.

Eingang sächsischer Waren zu den Leipziger Messen (in Zentnem)<sup>13</sup>

Jahr	Eingang sächsischer Waren zu den Leipziger Messen
1844	103369
1845	102167
1846	109465
1847	111240
1848	90386
1849	99887
1850	108582
1851	119780
1852	115311

Ein etwas detaillierteres Bild für die Entwicklung wichtiger Wirtschaftssektoren während der revolutionsnahen Jahre 1847-49 zeigt die Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen in Sachsen, für die seit Ende 1846 Zahlen vorliegen.<sup>14</sup>

Zunächst weist der beachtlich hohe »Gründungsüberschuß« (Saldo zwischen Anmeldungen und Abmeldungen von Firmen) im Frühjahr/Sommer 1847 auf eine relativ gute Lage der gewerblichen Wirtschaft hin, die sich dann aber bereits im Herbst 1847 zu verschlechtern begann. Der wirtschaftliche »Tiefpunkt« lag in der Zeit von Mai bis Dezember 1848, wobei selbst hier wesentlich mehr Firmenanmeldungen als -abmeldungen zu verzeichnen sind. Ab Anfang 1849 setzte eine leichte wirtschaftliche Erholung ein, die aber nur sehr langsam in einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung übergehen sollte.

Setzte die Gewerbekrise damit also bereits vor Februar 1848 ein, so wurde sie durch den Ausbruch der Revolution in Europa erheblich verschärft. Negative Auswirkungen trafen in Sachsen vor allem den Außenhandel, den Finanzsektor und die Exportgewerbe, die sich nicht allein einer allgemeinen wirtschaftlichen Verunsicherung gegenübersehen, sondern vor allem auch großen Schwierigkeiten auf den traditionellen Bezugs- und Absatzmärkten (vor allem in Ost- und Südosteuropa, in Deutschland und infolge der Mitte 1848 einsetzenden dänischen und englischen Blockaden in der Nordsee auch in Übersee).

<sup>13</sup> Leipzigs Handel und Messen seit Eintritt Sachsens in den Zollverein. In: Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königlich-Sächsischen Ministeriums des Innern, Nr. 1 und 2/1861, S. 9.

<sup>14</sup> Die Statistik beruht auf regelmäßigen Veröffentlichungen in der Leipziger Zeitung, die von den Vorstehern der Leipziger Börse auf Grund der »Verordnung, die Erlassung einer allgemeinen Firmen- und Procura-Ordnung betreffend« vom 28. Juli 1846 vorgenommen wurden, vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen, 1846, S. 179ff. Meldepflichtig – und damit von der Statistik erfaßt – waren Bank-, Handels- und Fabrikunternehmen, während Handwerks- und Agrarbetriebe nicht berücksichtigt wurden. Die schwankenden Erfassungszeiträume (vier, fünf bzw. drei Monate) resultierten daraus, daß die Veröffentlichung jeweils von den Leipziger Neujahr-, Oster- bzw. Michaelismessen zu erfolgen hatte.

**Anmeldungen und Abmeldungen von Bank-, Handels- und Fabrikunternehmen in Sachsen  
1847-1850**

Monate/Jahr	Neuentstandene Firmen	Erlöschene Firmen	»Gründungsüberschuß«
12/1846 - 04/1847	65	20	45
04/1847 - 09/1847	121	46	75
09/1847 - 12/1847	76	18	58
12/1847 - 04/1848	86	44	42
04/1848 - 09/1848	74	43	31
09/1848 - 12/1848	66	38	28
12/1848 - 04/1849	85	50	35
04/1849 - 09/1849	104	56	48
09/1849 - 12/1849	82	32	50
12/1849 - 04/1850	68	35	33
04/1850 - 09/1850	148	70	78
09/1850 - 12/1850	94	54	40

Der vielleicht beste Indikator für die Auswirkungen der europäischen Revolutionen auf die sächsische Wirtschaft (bzw. auf einige ihrer wichtigen Sektoren) sind die Kurse der Leipziger Börse (Abbildung 2)<sup>15</sup>. Dies gilt ungeachtet eines aus heutiger Sicht eher gemächlichen und wenig entwickelten Handels mit Aktien und Obligationen<sup>16</sup> und einer relativ geringen Bedeutung der Leipziger Börse, vergleicht man sie mit den Börsen in Wien und Berlin, ganz zu schweigen von Paris oder London.

Wenn man die Kursentwicklung in Leipzig im Frühjahr/Sommer 1848 betrachtet, so wird vom Ausbruch der Februarrevolution in Frankreich bis hin zur Pariser Juniinsurrektion eine langgestreckte Baisse erkennbar. Dabei ist der Kursverfall vor allem für die ausgewählten Aktien (Leipzig-Dresdner Eisenbahn, Magdeburg-Leipziger Eisenbahn, Sächsisch-Schlesische Eisenbahn, Riesa-Chemnitzer Eisenbahn und Leipziger Bank) auszumachen, während die Rentenkurse (zwei sächsische Staatsanleihen und eine Anleihe der Stadt Leipzig) viel weniger nachgegeben haben.

Der Gang der Aktienkurse ist in zweierlei Hinsicht von Interesse:

1. Er zeigt sehr anschaulich die europäische Leitfunktion der Revolution in Frankreich, deren Verlauf – vermittelt wohl auch über die Pariser Börse – sich auch in den Leipziger Kursen widerspiegelt.
2. Er weist auf Phasenverschiebungen zwischen Ökonomie und Revolution hin, wie sie sich im Mit- und Nebeneinander von Revolutionsverlauf, Aktienkursen und konjunktureller Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft zeigen. Dies betrifft zum einen den Umstand, daß der Niedergang der Börsenkurse (Ende Februar 1848) dem Beginn der Gewerbekrise von 1847 um Monate verspätet folgte und dagegen offensichtlich sehr eng an den Ausbruch der Re-

<sup>15</sup> Die Daten wurden der Leipziger Zeitung 1847-1849 entnommen.

<sup>16</sup> Der zudem nicht annähernd die Aktien aller sächsischen Aktiengesellschaften umfaßte, da sich viele dieser Aktien (z.B. der Leipziger Kammgarn-Spinnerei-AG) in festen Händen befanden und mit ihnen kein Börsenhandel stattfand.

volution in Paris gekoppelt war. Andererseits erholten sich die Kurse Anfang/Mitte 1849 nicht, obwohl es in der gewerblichen Wirtschaft zu einem neuerlichen Aufschwung kam und die Revolution in Sachsen beendet wurde.

Angesichts der Dominanz des Eisenbahn- und Finanzsektors an der messestädtischen Börse kommen aber auch die spezifischen Interessen der in beiden Sektoren engagierten Leipziger »Vereinbarer«-bourgeoisie ins Spiel, auf deren ökonomischen Aktivismus wie politischen Konservatismus bereits H. Zwahr hingewiesen hat.<sup>17</sup> Speziell für ihre gegenrevolutionäre Haltung scheinen die Leipziger Aktienkurse ein zusätzliches wichtiges Indiz zu sein.

Wenn die Leipziger Kurse ziemlich deutlich dem europäischen (zunächst primär französischen) Revolutionsverlauf folgten, bleibt allerdings merkwürdig, wie wenig sie - besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1848 - auf die politischen Ereignisse in Deutschland und Österreich bzw. in Sachsen reagierten. So schlägt sich der Sieg der Gegenrevolution in Wien und Berlin nicht oder nur kaum in den Kursen nieder, obwohl das positive Echo, das der Sieg der Gegenrevolution in Wien und Berlin unter der sächsischen Unternehmerschaft fand<sup>18</sup>, ziemlich gut nachweisbar ist, ganz zu schweigen von der Niederschlagung des Dresdner Maiaufstandes<sup>19</sup>.

Die Kurse der Leipziger Börse sind jedoch auch im Hinblick auf das Verhältnis von Aktienmarkt und wirtschaftlicher Entwicklung von Interesse. Denn während wir anhand von Einschätzungen in der Wirtschaftspresse<sup>20</sup>, in amtlichen Berichten<sup>21</sup> und der bereits angeführten Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen bereits im Frühjahr 1849 einen allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung ausmachen können, folgte der Anstieg der Aktien- und Rentenkurse mit mehrmonatiger Verzögerung. Die Börse (nicht nur in Leipzig) gab damit politischen Indikatoren ein größeres Gewicht als wirtschaftlichen, und erst nach dem Ende der Revolution in Baden, Italien und Ungarn setzte eine vorsichtige Hausse ein.

Wenn wir uns im zweiten Teil dieses Beitrages der Frage zuwenden, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die Vorgeschichte, den Verlauf und den Ausgang der Revolution von 1848 in Sachsen ausgewirkt hat, so läßt sich zunächst sicher sagen, daß die Überlagerung

<sup>17</sup> Vgl. Hartmut Zwahr, Vereinbarer und Bourgeoisrepublikaner 1848-49. In: Ders., Revolutionen in Sachsen. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 1), Weimar, Köln, Wien 1996, S. 109ff.

<sup>18</sup> So erwähnt der spätere sächsische König Johann in seinen Memoiren die Freude des Dresdner Bankiers Kaskel über das Ende des Wiener Aufstandes, vgl. Lebenserinnerungen des Königs Johann von Sachsen, hrsg. von Hellmut Kretzschmar, Göttingen 1958, S. 203. Aufschlußreich ist auch ein Bericht aus Hamburg in der Leipziger Zeitung v. 11. Dezember 1848: »Die jüngsten Vorgänge in Wien und Berlin haben auf die Stimmung unserer Börse einen besonders wohlthuenden Einfluß geäußert und ist dem Geschäftsgang anzusehen, daß man jetzt hier der Zukunft völlig beruhigt entgegengehen zu können glaubt.«, vgl. Leipziger Zeitung, 1848, S. 7956.

<sup>19</sup> Aus den Tagebüchern von Heinrich Brockhaus, hrsg. von Rudolf Brockhaus, 2. Bd., Leipzig 1884, S. 237ff.

<sup>20</sup> »Das Jahr 1849 hat sich in gewerblicher Beziehung recht günstig angelesen und besonders seit 1-2 Monaten in unseren Fabrikorten eine Rührigkeit hervorgerufen, die von der Zukunft das Beste erwarten läßt. Ein großer Theil der Verfertiger von sächsischen Manufacturwaaren, wie von wollenen Tuchen und anderen derartigen Artikeln, arbeiteten bisher fast nur auf Bestellungen und haben deren noch so viel rückständig, daß die Läger zur bevorstehenden Messe ziemlich schwach ausfallen dürften, zumal Mangel an Garnen ist und die Preise der Twiste so gestiegen sind, daß nur für den nächsten Bedarf gesorgt wird. Noch mehr Mangel an Material aber empfinden die Tuchfabriken.«, vgl. Leipziger Zeitung, 1849, S. 1394 (Bericht v. 21. März 1849).

<sup>21</sup> Vgl. die Berichte von den Leipziger Messen des Jahres 1849 in: Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Loc. 39792, Acta, Die Leipziger Messen und den Waarenverkehr während derselben betr., Bd. 7, 1849ff.

von Agrar-, Gewerbe- und Finanzkrise in den Jahren 1846-48 die Destabilisierung des vorwärtlichen Regimes und den Ausbruch der Revolution wesentlich befördert haben. Die Regierung Körneritz mühte sich 1846/47 redlich, durch Ankauf böhmischen Getreides, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und durch Aufrufe zu privaten Spenden die Wirtschaftskrise und den Hunger zu mildern. Sie konnte jedoch weder die Chemnitzer Hungerkrawalle von 1847 verhindern noch die wachsende Unzufriedenheit im Lande dämpfen. Der ausbleibende Erfolg der Regierungsmaßnahmen (die im übrigen gar nicht erfolgreich sein konnten) wurde von der liberalen Opposition als Versagen der bestehenden Regierung ausgelegt und ebnete der Revolution den Weg.

Kann die schlechte wirtschaftliche Lage von 1847 somit als »revolutionsfördernd« interpretiert werden, ist weitaus schwieriger zu beurteilen, welche Konsequenzen sich aus der andauernden Wirtschaftskrise für den Verlauf der Revolution ergaben, nachdem diese ausgebrochen war. Für den Agrarsektor ist bereits bemerkt worden, daß sich die Mißernten von 1845/46 auf große, mittlere und kleine Betriebe unterschiedlich auswirkten. Die großen Betriebe (also die Rittergüter) profitierten von ihnen, mittlere Betriebe erlitten relativ geringe Verluste, während die kleinbäuerlichen Wirtschaften schwer geschädigt wurden. Ebenso differenziert waren die Auswirkungen guter Ernten, jedoch dreht sich nun die Reihenfolge um, so daß große Wirtschaften schwer einbüßten, mittlere Wirtschaften gering, während kleine Wirtschaften Gewinne erzielten.<sup>22</sup> Bei den kleinen Betrieben dürften die guten Ernten von 1847, 1848 und 1849 die Verluste von 1845/46 jedoch nur langsam ausgeglichen haben, so daß die Unzufriedenheit der kleinen Bauern auch während der Revolution anhielt und der antifeudalen Agrarbewegung eine Basis gab; zugleich ging es ihnen aber 1848/49 ökonomisch so gut, daß sie sich den Widerstand leisten konnten. Die guten Ernten seit 1847 und die damit verbundene Agrarpreisdepression (vgl. Abbildung 1) setzten die großen Betriebe wirtschaftlich unter Druck. Zusammen mit den Einkommensverlusten, die den Rittergütern durch Abgabenverweigerungen seitens der bäuerlichen Bevölkerung entstanden, waren das bedeutsame ökonomische Argumente für eine gegenrevolutionäre Haltung der Rittergutsbesitzer. Für mittelgroße Wirtschaften lassen sich solche Zusammenhänge nicht ableiten: Für sie waren mittlere Ernten ökonomisch am günstigsten, während sie bei überdurchschnittlich schlechten oder überdurchschnittlich guten Ernten mehr oder weniger in gleichem Umfang leichte Verluste hinnehmen mußten, so daß sich der unvermittelte Übergang von Mißernten mit hohen Agrarpreisen zu sehr guten Ernten mit starkem Preisverfall bei ihnen wirtschaftlich viel weniger stark ausgewirkt haben dürfte.

Ähnlich wie im Agrarsektor müßten die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im gewerblichen Bereich auch nach der Größe und vor allem der Kapitalausstattung der Betriebe differenziert werden. Generell läßt sich wohl sagen, daß bei größeren Unternehmen, die über eine genügend große Kapitaldecke verfügten, weniger wirtschaftliche Schwierigkeiten auftraten, als bei mittleren und kleineren, die auf Kredite angewiesen waren (die 1847/48 nur begrenzt zur Verfügung standen). Für genauere Aussagen fehlen für Sachsen jedoch noch die entsprechenden wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen.

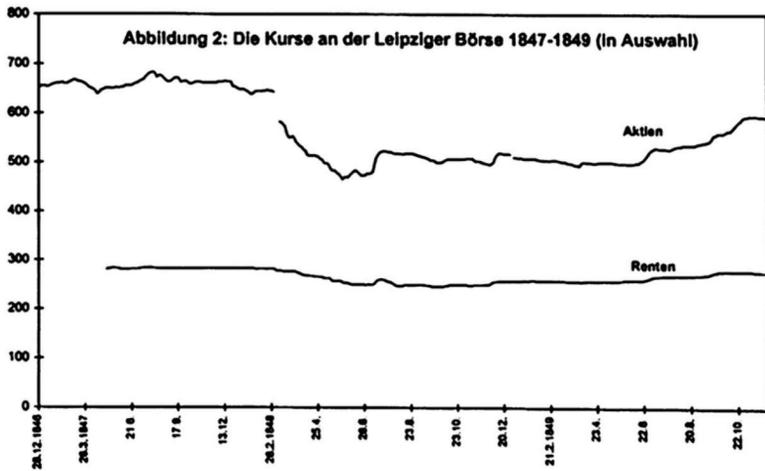
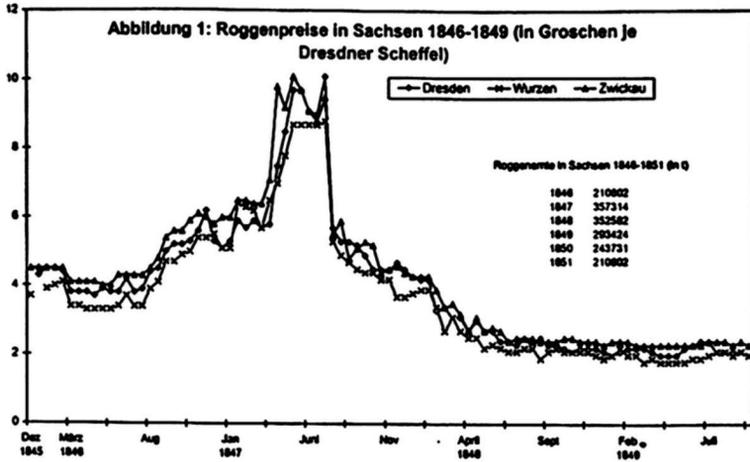
Eine ähnliche Differenzierung betrifft jedoch auch sektorale Aspekte: So begann die wirtschaftliche Erholung im Frühjahr 1849 vor allem in jenen Branchen, die ihre Produkte auf dem

<sup>22</sup> Das von H.-U. Wehler vorgestellte Modell (vgl. Anm. 9) sollte freilich für Sachsen anhand entsprechender Untersuchungen zu den agrarischen Einkommen empirisch überprüft werden. So ist durchaus denkbar, daß – auch in Abhängigkeit von der Spezialisierung und Arbeitsproduktivität der Betriebe – weitreichende Ausnahmen von der Regel möglich waren.

deutschen Binnenmarkt absetzten (zumal in Preußen, wo »Ruhe und Ordnung« weitestgehend wieder hergestellt waren, aber auch in den »befriedeten« Teilen der Habsburger Monarchie). Zu diesen Sektoren zählte u.a. die sächsische Tuchfertigung. Die auf den außerdeutschen Export angewiesenen Gewerbe folgten mit bedeutendem zeitlichen Abstand, wie er sich aus dem Ende der dänisch-englischen Nordseeblockade bzw. die Niederschlagung der Revolution in Italien und Ungarn ergab. In der Mitte des Jahres 1849 bestand in binnenmarktorientierten Branchen der sächsischen Gewerbewirtschaft bereits Arbeitskräftemangel (z.B. in der Zigarrenmacherei), während in anderen noch Arbeitslosigkeit zu beklagen war.

Insgesamt ist es sicher gerechtfertigt, wenn man die schlechte wirtschaftliche Lage Sachsens im Jahr 1848 als Faktor ansieht, der letztlich den radikalen Vaterlandsvereinen nutzte, da sie der liberalen Regierung vorwerfen konnten, nicht genug für die wirtschaftliche Erholung des Landes bzw. für die Linderung der wirtschaftlichen Not getan zu haben (ähnlich hatte die liberale Opposition in den Jahren 1846/47 gegenüber der konservativen Regierung Könneritz argumentieren können). Große Teile der wahlberechtigten Bevölkerung, die mit ihrer wirtschaftlichen Situation unzufrieden waren, wählten auch deswegen bei den Landtagswahlen im Dezember 1848 die Vertreter der Vaterlandsvereine. Seit Anfang 1849 kontrastierte die politische Radikalisierung in Sachsen allerdings mit einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung. Dabei dürfte die wiederanlaufende Konjunktur die radikalen Tendenzen eher abgedämpft und im gewerblichen Bereich zu einer Entpolitisierung beigetragen haben, schon aus dem einfachen Grund, weil weniger Handwerker und Arbeiter un- oder unterbeschäftigt waren. In Bezug auf die Arbeiter, vor allem aber auch auf die Handwerkserschaft könnte gefragt werden, ob der Maiaufstand in Dresden nicht eine stärkere Unterstützung im Land gefunden hätte, wenn die Gewerbekrise bis dahin in unverminderter Stärke angehalten hätte, bzw. ob die Unterstützung des Aufstandes in Exportgewerberegionen sich von jener in binnenwirtschaftlich orientierten Gewerbezentren unterschied. Ähnliche Untersuchungen – jedoch mit anderer Fragestellung – ließen sich auch für das Wirtschaftsbürgertum anstellen.

Abschließend muß allerdings betont werden, daß die Kenntnis der wirtschaftlichen Lage Sachsens während der Revolution von 1848, für sich genommen, nicht ausreicht, um den Revolutionsverlauf und die Aktivitäten der verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten sowie der politischen Parteien zu erklären. Hierzu müssen politik-, sozial-, kultur- oder mentalitätsgeschichtliche Aspekte berücksichtigt werden, die erst im Zusammenhang auch mit der Kenntnis der ökonomischen Lage neue und sichere Einsichten zu vermitteln vermögen. Wie bedeutsam in diesem Faktorenensemble wirtschaftliche Faktoren gewesen sind, wird sich aber erst dann zeigen können, wenn die sächsische Geschichtsforschung der 1848er Revolution wesentlich mehr Aufmerksamkeit schenkt als bisher.



**Erhard Hexelschneider**  
**Ernst Keil und Michail A. Bakunin\***

Anfang 1862 konnte man in einer deutschen Zeitschrift unter der Rubrik »Blätter und Blüten« eine (nicht in allem exakte) Information aus London über Bakunins Flucht aus Sibirien mit folgendem Inhalt lesen:

»Gewiß wird es Viele in Deutschland interessieren zu hören, daß der Mann, dem man in Österreich Ketten an die Füße legte, und den man mit einer Kette um den Leib an die Wand schmiedete, den man an Rußland auslieferte, wo er in den feuchten Gefängnissen der Schlüsselburg (tatsächlich: der Peters-Pauls-Festung in St. Petersburg. E. H.) am Scorbut die Zähne verlor, dann endlich seit 1857 in Sibirien als Verbannter lebte – daß er all diese Qualen überstanden hat und noch kräftig an Körper, besonders aber unverwüstlich frisch und energisch an Geist und Herz, sich endlich wieder in Freiheit auf englischem Boden befindet. Von seiner interessanten Flucht, den Amur hinunter, über Japan, den stillen Ozean, Californien, Panama (was nicht stimmte. E. H.), New York und das atlantische Meer bis hierher (nach London. E. H.), hoffen wir aus eigener Feder bald Mehreres zu hören«<sup>1</sup>.

Dieser Text sowie weitere Informationen voller Sympathie über Bakunins Begrüßung in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien finden sich in der »Gartenlaube«, jenem populären Journal für ein breites Lesepublikum, das 1853 von Ernst Keil gegründet und herausgegeben wurde. Das erstaunt, gilt doch die »Gartenlaube« im allgemeinen intellektuellen Bewußtsein als Vorläufer der modernen Massen- und Familienillustrierten und steht trotz seiner ursprünglichen Bildungsintentionen spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in dem Ruch der Unseriosität. Nun ist es hier nicht Aufgabe, die Leistungen der »Gartenlaube« zu bewerten, die ein Jahr nach dieser Notiz (also 1863) bereits 157 000 Abonnenten hatte und die so zum wichtigsten Organ der deutschen Unterhaltungsjournalistik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgestiegen war.<sup>2</sup> Bemerkenswert für unser Thema ist etwas anderes: Sowohl der Herausgeber der »Gartenlaube« Ernst Keil als auch der Druckereibesitzer Alexander Wiede waren seit langem mit Bakunin gut bekannt und schätzten ihn, ja sympathisierten mit ihm.

Die Beziehungen dieser beiden Männer zu Bakunin gehen auf das Jahr 1848 zurück, wobei Keil sicherlich wichtiger ist als Wiede, über den wir aber möglicherweise einfach zu wenig, genauer: fast nichts, wissen. Erst in letzter Zeit ist bekannt gemacht geworden, daß Bakunin und Keil auch nach der Zeit der Verbannung des russischen Revolutionärs wieder miteinander in Kontakt getreten sind, ein Kontakt, der offenbar nach der Flucht Bakunins und seiner Ankunft in London erneuert worden sein muß. Bakunin hatte bereits aus dem sibirischen Irkutsk versucht, noch vor seiner geplanten Flucht nach Europa seine Erlebnisse zu notieren

\* Als die Materialsammlung und die konzeptionelle Arbeit zu diesem Beitrag abgeschlossen waren, wurde ich mit dem Aufsatz von Frank Wagner, »Dass ich wieder lebendig und frei ...« Ein Brief Michail Bakunins an Ernst Keil. In: Buchhandelsgeschichte. Beilage zum Börsenblatt des deutschen Buchhandels, 1999/1, S. B 19 – B 30 (im folgenden: F. Wagner, Ein Brief Bakunins), bekannt, dessen Erkenntnisse hinsichtlich der slawischen Beziehungen Keils an einigen Punkten ergänzt werden.

<sup>1</sup> Michael Bakunin. In: Die Gartenlaube 1862, Nr. 3, S. 48.

<sup>2</sup> Zur »Gartenlaube« und Keils ursprünglicher Intention besonders B. Wendt, Ein Beitrag zum politisch-religiösen Glaubensbekenntnis Ernst Keils, des Gründers des Familienblattes »Die Gartenlaube«. In: Archiv für Geschichte des Buchwesens, Bd. 13 (1972), Sp. 1639–1648; D. Barth, Das Familienblatt – ein Phänomen der Unterhaltungspresse im 19. Jahrhundert. In: Archiv für Geschichte des Buchwesens, Bd. 15 (1975), Sp. 121–316, zu Keil Sp. 165–200 mit weiterer Literatur.

und verlegerisch zu vermarkten. Am 8. Dezember 1860 wandte er sich an Alexander Herzen in London mit der Mitteilung, daß er »in Bälde ein ausführliches Journal, meiner *faits* und *gestes*« schicken wolle; er verband es mit dem Ersuchen, ihm dafür einen Verleger in Frankreich zu finden, was auch geschehen sein soll.<sup>3</sup>

Aber parallel dazu bemühte sich Bakunin um Wiederherstellung früherer verlegerischer Kontakte und meldete sich deswegen bei Ernst Keil in Leipzig, der offenbar sofort und positiv reagierte. Diese Briefe sind nicht erhalten bzw. vielleicht bisher nicht gefunden, wohl aber die darauf folgende Antwort Bakunins an Keil vom 4. Februar 1862, geschrieben bereits aus London, die unlängst von Frank Wagner mit einem ausführlichen Kommentar publiziert worden ist.<sup>4</sup> Keil machte offenbar Bakunin ein sehr kulantem Angebot, das dieser auch realisieren wollte. Bakunin schrieb (und da diese Publikation noch weitgehend unbekannt sein dürfte, zugleich aber auch eine Vorstellung von Bakunins Deutschkenntnissen vermittelt, sei sie auszugsweise zitiert):

»Geehrter Herr u[nd] guter, alter Freund – Dass ich wieder lebendig u[nd] frei in dem einzig freien Theile Europa's von freien Landsbrüder umringt dastehe, ist eine Thatsache die ich selbst nicht mehr bezweifeln kann, u[nd] die, hoffe ich, bald von unseren gemeinsamen Feinden auch ein klein wenig gefühlt wird. – Ich bin den Überzeugungen u[nd] den Freundschaften meiner Jugend vollkommen treu geblieben, u[nd] Ihr wohlwollender Brief ist mir ein Beweis dass die guten alten Freunde mich ebensowenig vergessen haben. – Ihr Anerbieten nehme ich mit Dankbarkeit an; nur möchte ich mir das Recht ausbieten, meine Memoiren, – wenn ich die vorbedachte Schrift so nennen soll, in derselben Zeit englisch, französisch u[nd] russisch herausgeben zu dürfen. Schreiben Sie mir, lieber Freund, ob Sie sich damit einverständigen können, – wohl unterstanden dass ich Sie nicht einen Tag früher erscheinen lassen werde. Jetzt schreibe ich einen kurzen Aufsatz für den Kolokol, die Glocke, – eine Art von Send-Schreiben an die Rußen, Polen u[nd] Slaven<sup>5</sup>. Sogleich aber werde ich die Memoiren anfangen u[nd] Sie Ihnen, wenn Sie wünschen, häftweise zuschicken. Ich beabsichtige eine kurze Schilderung meines Thuns u[nd] Wirkens, mit meiner Erfahrungen, seit meiner Hinausweisung von Paris in 1847, bis zu meiner Gefangennehmung im Mai 1850 u[nd] dann meine Kerkererlebnisse in Sachsen, Östreich u[nd] Rußland bis 1857, endlich mein vierjähriges Leben in Siberia von 1857 – bis Juni 1862, u[nd] meine Flucht von Irkutsk die Hauptstadt Ost-Siberien's durch Transbaikalien, den Amur-Fluss, Japan, S<sup>t</sup> Francisco, New-York, Boston u[nd] den Atlantischen Ocean zu schildern. – Wie viele Bogen diess ausmachen wird werde ich Ihnen schwerlich voraussagen können, da ich in Solches zu wenig Erfahrung habe. Nur eins will ich versprechen: ich werde keine unnütze Worte machen u[nd] mich soviel wie möglich an die reinen Thatsachen, ohne weitläufiges u[nd] immer langweiliges Raisonements, halten. – Jetzt schreiben Sie mir güthigst ob Sie sich mit alldem einverständigen können oder nicht«<sup>6</sup>.

Aber es kam nicht dazu. Bakunin stürzte sich nach seiner Flucht in den Strudel des westeu-

<sup>3</sup> Michail A. Bakunin, Sozial-politischer Briefwechsel mit Alexander Iw. Herzen und Ogarjow, hrsg. v. Michael Dragomanow, Stuttgart 1895, S. 35 und S. LXVIII (im folgenden: M. Dragomanow).

<sup>4</sup> F. Wagner, Ein Brief Bakunins, S. B 19–30. Die Handschrift, Chiffre MS 01021, befindet sich in der Handschriftenabteilung der Bibliotheca Albertina der Universität Leipzig.

<sup>5</sup> Gemeint ist: Michail A. Bakunin, Russkim, pol'skim i vsem slavjanskim druž'jam (Den russischen, polnischen und allen slawischen Freunden). In: Kolokol. Gazeta A. I. Gercena i N. P. Ogarëva, Bd. 5, London 1862 (ND Moskau 1962), Nr. 122–123 vom 15. 2. 1862, S. 1021.

<sup>6</sup> F. Wagner, Ein Brief Bakunins, S. B 28f. Meine Übertragung der Handschrift differiert in einigen Positionen mit der von Wagner.

ropäischen revolutionären Geschehens und verzichtete auf eine ausführliche Darstellung seiner Erlebnisse. Aber Anfang 1862 (das beweist die eingangs zitierte Passage aus der »Gartenlaube«) hoffte Keil noch, Bakunins Memoiren veröffentlichen zu können und nutzte die anonyme Korrespondenz aus London für eine erste Ankündigung des Vorhabens.

In diesem Brief schrieb Bakunin aber auch den bemerkenswerten Satz: »Die Zeit die ich mit Ihnen zusammen in Leipzig verbracht habe, werde ich nie vergessen«<sup>7</sup>. Sicher, so ernst darf man derartige Feststellungen wohl nicht nehmen, denn einen ähnlichen Satz hatte er auch an den Verleger Otto Wigand am 8. Januar 1843 geschrieben: »Niemals werde ich vergessen die wenige Tage die wir in Leipzig zusammen erlebt haben«<sup>8</sup>. Dennoch bleibt angesichts solch euphorischer Feststellungen die Frage nach den näheren Umständen der Bekanntschaft und den Beziehungen zwischen Keil und Bakunin im Raum stehen. Um sie genauer zu beleuchten, müssen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Rolle Leipzigs im Vormärz werfen.

Leipzig war spätestens seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Verlags- und Buchstadt, die »Hauptstadt der Bibliopolie« (Otto Wigand)<sup>9</sup>, nicht zuletzt durch die jährliche Buchmesse zu Ostern als Treffpunkt der Verleger mit den Buchhändlern. Es sind drei Aspekte, unter denen Leipzig für das slawische Thema von Belang ist: als Drehscheibe des europäischen Markts für den Buchvertrieb nach Osten; als Verlagsort für Titel über Rußland und zunehmend für Übersetzungen aus der russischen Literatur und als Stadt, in der man am ehesten Drucke in kyrillischen Lettern realisieren konnte. Und genau hier war der Ansatz für Bakunin. Leipzig galt in der Zeit des Vormärz als »Vorposten des bürgerlichen Liberalismus und mitteldeutsches Zentrum der demokratischen »Umsturzpartei«<sup>10</sup> und besaß als Handels- und Verlagsmetropole eine große Strahlkraft. Zwischen 1830 und 1849 kamen etwa 15 Prozent der deutschen Buchproduktion aus Leipzig; hier erschienen etwa 500 Periodika, die hinsichtlich ihrer Stellung zu Geschichte und Gegenwart Ost- und Südosteuropas bislang fast nicht erforscht sind.<sup>11</sup>

In Leipzig trafen sich liberal und demokratisch gesinnte Intellektuelle, Deutsche aus allen Landesteilen und viele Slawen, die hier durch die Verlage, die Messe und auch die Universität sowie den Buchhandel günstige Möglichkeiten fanden, um sich von Sachsen aus für die Befreiung und Unabhängigkeit ihrer Länder von den russischen und habsburgischen Monarchien sowie von der türkischen Herrschaft einzusetzen und über Drucke und Publizistik einen Beitrag zur kulturellen Identitätsfindung ihrer Nationen und Nationalitäten zu leisten. Eberhard Wolfgramm sprach von Leipzig geradezu als einer »Fluchtburg« und einem Sammelpunkt des Liberalismus, vor allem für die Slawen der Habsburger Monarchie.<sup>12</sup> Für die Südslawen stehen in dieser Zeit nach Vuk Karadžić in den zwanziger Jahren vornehmlich der serbische Dichter und Historiker Sima Milutinović, der bulgarische Journalist Ivan Bogorov sowie (nichtslawisch) der rumänische Journalist Johann Michael Kerestesy Rosetti,

<sup>7</sup> Ebenda, S. B 29.

<sup>8</sup> Michail A. Bakunin, *Sobranie sočinenij i pisem* (Sammlung der Werke und Briefe), Moskau 1935, Bd. 3, S. 172. – Den deutschen Originaltext verdanke ich Gerhard Ziegengast (Berlin) nach dem Bestand des ehem. Instituts für Marxismus-Leninismus Moskau, f. 206, op. 1, Nr. III 4820.

<sup>9</sup> Zit. nach: Andreas Herzog (Hrsg.), *Das literarische Leipzig*, Leipzig 1995, S. 167.

<sup>10</sup> Eberhard Wolfgramm, *Die Rolle der Universität Leipzig bei der nationalen Wiedergeburt der slawischen Völker, besonders in der Periode des Vormärz*. In: *Karl-Marx-Universität Leipzig 1409–1959, Beiträge zur Universitätsgeschichte* Bd. 1, S. 224.

<sup>11</sup> Tomas Kittan, *Hochburg freiheitlichen Geistes*. In: *Merkur & die Musen. Schätze der Weltkultur aus Leipzig*. Ausstellungskatalog, Leipzig, Wien 1989, S. 54.

<sup>12</sup> E. Wolfgramm, S. 225.

für die Tschechen Ignaz Kuranda mit seinen »Grenzböten« und Karl Herloßsohn mit seinem »Kometen« (der lebhaft auf die polnischen Ereignisse reagierte) sowie natürlich die gewaltige Zahl polnischer Emigranten, die gerade zu Beginn der dreißiger Jahre auf der Flucht vor russischen Repressionen auch durch Leipzig zogen und von denen sich einige herausragende Persönlichkeiten wie die späteren Verleger Jan Nepomucen Bobrowicz und Erazm Łukasz Kasprowicz in der Stadt niederließen. Nur prominente russische Namen sind für diese Zeit nicht zu nennen. Die russische revolutionäre Emigration der vierziger Jahre siedelte sich vorwiegend in Paris und London an. Eine Ausnahme bildete Bakunin.

Michail Alexandrowitsch Bakunin (1814–1876) war nach einem Kurzaufenthalt im Sommer 1841, wo er die Bekanntschaft mit dem Linkshegler Arnold Ruge gesucht hatte, von April 1842 bis Januar 1843 für einige Zeit in Sachsen ansässig geworden und besuchte in dieser Zeit auch Leipzig. Es gelang ihm, dank seiner vielfachen, fast täglichen Begegnungen Ruge so für sich einzunehmen, daß er seinen ersten Artikel in der deutschen Presse im Oktober 1842 unter dem Titel »Die Reaction in Deutschland« in dessen »Deutschen Jahrbüchern für Wissenschaft und Kultur« drucken konnte, wengleich noch unter dem Pseudonym Jules Elysard. Aber schon in dieser Zeit suchte Bakunin Kontakte zu deutschen Verlegern, die er vor allem in Leipzig zu finden wußte. So machte er die Bekanntschaft von Otto Wigand, den er freundschaftlich als »Papa Blücher« erwähnte, dann von Jan Bobrowicz, dem wichtigsten Verleger polnischer Literatur in Deutsch und Polnisch in der Messestadt, später mit dem Buchhändler Ludwig Schreck<sup>13</sup> und wohl auch mit dem Demokraten und Polenfreund Robert Binder. Mit Keil sollte er erst später bekannt werden.

Ernst Keil (1816–1878)<sup>14</sup> hatte in Weimar gelernt und seit 1840 in dem auf demokratische Verlagsprodukte orientierten Comptoir Carl Ferdinand Philippis in Grimma als Gehilfe gearbeitet, dessen jüngerer Bruder Robert Lippert bereits 1840 in dem Leipziger Verlag von Wilhelm Engelmann eine sehr wichtige zweibändige Auswahl von A. S. Puschkins »Dichtungen«<sup>15</sup> herausgebracht hatte. Bei dem freiheitlich-liberal denkenden Philippi, der ständig von der Zensur bedrängt wurde und der auch gegen den Zarismus gerichtete oppositionelle Schriften sowie Werke mit slawophiler Richtung verlegte, wird bei der ohnehin republikanischen Haltung Keils der Blick für den Osten mit seinen politischen Problemen geöffnet und geschärft worden sein, zumal ihm seit 1838 die Redaktion der Zeitschrift »Unser Planet« (später »Wandelstern«) übertragen wurde.<sup>16</sup> Keil machte sich bald (wenn auch ohne übermäßig große finanzielle Rücklagen) selbständig und eröffnete am 3. August 1845 in Leipzig seine Verlagsbuchhandlung. Von besonderer Bedeutung sollte zunächst seine radikaldemokratische Zeitschrift »Der Leuchtturm« werden, die frühere Editionen wie »Unser Planet« in Aufmachung und Tendenz fortsetzte.

Unserhört folgenreich sollte Keils Zusammenarbeit mit dem Sorben Jan Pětr Jordan (1818–1891) werden<sup>17</sup>, der Anfang Juni 1841 nach Leipzig gekommen war und zur slawischen Zen-

<sup>13</sup> Vgl. den Beitrag von Roland Jäger im vorliegenden Band.

<sup>14</sup> Über Keil vor allem Karl Feißkohl, Ernst Keils publizistische Wirksamkeit und Bedeutung, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1914, ferner M. A. Bakunin, Bd. 3, S. 532ff.

<sup>15</sup> Eberhard Reißner, Deutschland und die russische Literatur. 1800–1848, Berlin 1970, S. 191ff. und 325f.

<sup>16</sup> Als einzige knappe Übersicht dazu bisher Othmar Feyl, Ernst Keil – vor und außerhalb der »Gartenlaube«. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel Leipzig (bbb), 145. Jg. (1978), H. 13 v. 28. März 1978, S. 206.

<sup>17</sup> Über die Leipziger Zeit Jordans die sorbische Publikation von Herman Šleca, Jan Pětr Jordan, jeho žiwjene a skutkowanjje (Jan Pětr Jordan, sein Leben und Wirken), Bautzen 1926, S. 92–143, Wilhelm Zeil, Jan Pětr Jordan. 1818–1884. In: Eduard Winter, Günter Jarosch, Wegbereiter der deutsch-slawischen Wechselseitigkeit, Berlin 1983, S. 273–281; E. Wolfgramm, S. 227f.

tralfigur im Leipzig des Vormärz werden sollte. Eberhard Wolfgramm charakterisierte Jordan als »Vertrauensmann der tschechischen Liberalen und Demokraten« und sogar als den »inoffiziellen, slawischen Konsul« in Leipzig.<sup>18</sup> Jordan war begeisterter Anhänger der panslawischen Ideen (freilich nicht im offiziellen russischen Sinn), zugleich aber hatte er die nationale Wiedergeburt der slawischen Völker und die Überwindung der kulturellen Kluft zwischen Ost und West in Europa auf sein Panier geheftet. Um diese Ideen auch wirksam werden zu lassen, ging er zwei Wege: den des Verlegers und den des Wissenschaftsjournalisten. Zugleich aber suchte er gerade in Sachsen, in einem Land mit einem besonderen slawischen Erbe (der polnisch-sächsischen Union und der sorbischen Minderheit) die slawistischen Studien als Lehrfach an der Universität in Leipzig zu etablieren und war von 1842 bis 1848 öffentlicher Lektor für slawische Sprachen und Literatur, freilich noch ohne Bezüge; er verteidigte am 19. März 1843 die erste slawistische Dissertation an der Leipziger Universität und legte mit seiner Arbeit den Grundstein für die Entwicklung der akademischen Slawistik in der Stadt. Sicher ist Wolfgramms Auffassung übertrieben, Jordans Zielstellung sei es gewesen, »die Messestadt zu einem organisatorischen und geistigen Zentrum der slawischen Bildungs- und Kulturbewegung zu machen«<sup>19</sup>. Dennoch sind die Versuche Jordans, zwischen den slawischen Nationalbewegungen und dem deutschen Liberalismus zu vermitteln und für Versöhnung zu werben, evident.

Nach verschiedenen gescheiterten Versuchen (so beim Brockhaus-Verlag) gründete Jordan, finanziell wenig abgesichert, seine berühmten »Jahrbücher für slawische Literatur, Kunst und Wissenschaft«. Sie erschienen zunächst im Verlag des Buchhändlers Robert Binder, mit dem er 1842/1843 auch eine »Bibliothek neuer slawischer Erzählungen und Romane« edieren wollte, in der als einzige Ausgabe aber nur Jordans Übersetzung der »Bilder aus dem Kosakenleben« des Polen Michał Czajkowski erschien. Jordans »Jahrbücher« waren das erste deutschsprachige slawenkundliche Fachorgan überhaupt. Es trat mit dem Epigraph »Verständigung! Versöhnung! Vereinigung!« an die Öffentlichkeit. In der programmatischen Einleitung bezeichnete Jordan sein Projekt als »ein Vermittlungsorgan zwischen Deutschland und dem Slawenthum«<sup>20</sup>; er wollte der historisch gewachsenen Haltung des Spotts und der Verachtung alles Slawischen in Deutschland begegnen und an ihre Stellung gründlichere Kenntnisse setzen. Die Finanzierung erfolgte zunehmend über Keil, der Jordan offenbar auch auf polygraphischem Gebiet behilflich war, seine eigene Buchhandlung, die »Slawische Buchhandlung«, aufzubauen, so daß der 4. Jahrgang der »Jahrbücher« bei »Ernst Keil & Co. Slawische Buchhandlung« erschien. Das alles muß noch genauer untersucht werden. Die Zeitschrift konnte sich aber auf Dauer nicht auf dem Markt behaupten und mußte 1849 unter dem Druck der gegenrevolutionären Kräfte zwangsläufig ihr Erscheinen einstellen; eine Fortsetzung erschien dann (nun schon ohne Jordan) in drei Jahrgängen ab 1852–1856 unter der Redaktion von J. E. Schmalzer.

Darüber hinaus machte sich Keil daran, in seinem eigenen Verlag selbständig Schriften zu historischen und aktuellen Themen der Politik und Kultur der Slawen zu verlegen. Dazu zählten vor allem die anonym erschienene, von Jordan übersetzte und in den »Jahrbüchern« edierte »Geschichte der russischen Literatur. Nach den Quellen bearbeitet« (1846)<sup>21</sup>, deren

<sup>18</sup> E. Wolfgramm, S. 238.

<sup>19</sup> E. Wolfgramm, S. 227.

<sup>20</sup> Jahrbücher für slawische Literatur, Kunst und Wissenschaft I (1843), S. 3.

<sup>21</sup> Michail P. Alekseev, Zur Geschichte russisch-europäischer Literaturbeziehungen, Berlin 1974, S. 281–299.

Verfasser niemand anderes als der berühmte russische Literaturkritiker Wissarion Belinski ist; ferner František Palackýs Schrift »Die Vorläufer des Hussitentums in Böhmen. Aus Quellen bearbeitet« (1846), eine Reihe von Schriften über die Entwicklung in Galizien, Böhmen, Ungarn (was zu schweren Zusammenstößen mit der Leipziger Zensur führte) sowie eine Polemik des Polen Andreas Moraczewski mit dem Leipziger Historiker Wuttke »Sendschreiben an Herrn Heinrich Wuttke, die polnische Sprache betreffend« (es ging um Wuttkes Buch »Polen und Deutsche. Politische Betrachtungen«, (Schkeuditz 1846 bei Blomberg); aus der schönen Literatur ist das Drama »Irydion« des Polen Zygmunt Krasinski in deutscher Übersetzung (1847) zu nennen. Die Probleme Ost- und Südosteuropas nahmen in den Jahren 1846–1849 auch im »Leuchtturm« (der in diesen Jahren der Zensur wegen sechsmal den Verlagsort wechselte) einen nicht unerheblichen Platz ein. Der Anteil von Beiträgen zu Rußland ist zwar (im Unterschied etwa zur Behandlung Polens, Galiziens und Böhmens) verhältnismäßig gering, allerdings unerhört polemisch-antizaristisch.

Keil wurde mit Bakunin Ende 1848 persönlich bekannt. Dieser war seit Beginn der europäischen revolutionären Erhebungen ruhelos durch Mittel- und Westeuropa gereist und hatte auch mehrfach Sachsen berührt. Bei seinem Pendeln zwischen Leipzig und Dresden gab es einen Ruhepunkt: das anhaltinische Köthen. Hier schrieb der Russe etwa zwischen Mitte Oktober und Mitte November, teils Französisch, teils Deutsch seinen berühmten »Aufruf an die Slaven, von einem russischen Patrioten Michael Bakunin, Mitglied des Slavenskongresses in Prag«; die deutsche Fassung ist wohl von Hermann Müller-Strübing, der außer mit Bakunin auch engen Kontakt zu Iwan Turgenew hielt, sprachlich-stilistisch geglättet worden.<sup>22</sup> Aber wo konnte man es drucken? Bakunin wandte sich deshalb erneut nach Leipzig. Es kann durchaus sein, daß er hier mit Jordan zusammentraf und von diesem auf Keil verwiesen wurde. Beide hatten sich während des Slavenskongresses in Prag im Frühjahr 1848 in einer seiner Kommissionen kennengelernt.<sup>23</sup> Letzte Beweise für diese Hypothese fehlen allerdings. Leider sind die Akten zu Keil im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden nicht mehr vorhanden.<sup>24</sup>

Die erste persönliche Begegnung zwischen Keil und Bakunin wird in den letzten Dezembertagen (wie der Verleger selbst angibt<sup>25</sup>) des Jahres 1848 im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den »Aufruf an die Slaven« erfolgt sein. Es kam zu einem erfrischenden und offenen Gespräch, das den Verleger um so mehr für den Russen einnehmen mußte, weil dieser kein Honorar einforderte. Keil kommentierte später: »Der Mann, dem die Herren der Gewalt so viele Hunde in die Weichen hetzten, der Mann mußte gut sein«<sup>26</sup>. Aus konspirativen Gründen wurde Köthen als Verlagsort angegeben, um keine Probleme mit der sächsischen Zensur zu erhalten, zumal Bakunin illegal nach Sachsen eingereist war. Allerdings ist anzunehmen, daß Keil das Manuskript bereits eher in Händen hielt, es für gut befand und in die Druckerei übergab. Denn schon am 8. Dezember 1848 schickte Bakunin den fertigen Druck an Georg Herwegh und meinte, die Broschüre sei Ausdruck seines Mutes: »Während diesen neun Monaten habe ich mich an Geduld, an Warten und an Ausdauer gewöhnt. ›J'at-

<sup>22</sup> M. A. Bakunin, Bd. 3, S. 531f. und H.-K. Tannewitz, M. A. Bakunins publizistische Persönlichkeit, dargestellt an seiner politisch-journalistischen Arbeit 1849 in Dresden, Diss. Berlin 1962, S. 64ff.

<sup>23</sup> M. Dragomanow, S. LIII, Anmerkung.

<sup>24</sup> SächsHStA, Mdl, Bd. 1, Nr. 265–268 lt. Bestellung vom 13. August 1997. – Die überarbeitete Dissertation von K. Feißkohl zu Keil bietet wenig aussagekräftiges Material zu Bakunin. Über Keil noch M. A. Bakunin, Bd. 3, S. 532ff.

<sup>25</sup> Ernst Keil, Die Mitarbeiter des Leuchtturms. In: Der Leuchtturm 1849, Nr. 37, S. 535.

<sup>26</sup> Ebd.

tendrai Monseigneur« – das ist meine Antwort auf die triumphierende Reaktion, – und die Anarchie, die Zerstörung der Staaten *wird doch bald kommen müssen*«<sup>27</sup>.

Ziel von Bakunins Arbeit in Leipzig war nach seinen eigenen Worten: »Mein Zweck ist, die Slaven der Reaktion zu entreißen, in die sie die Niederträchtigkeit ihrer verräterischen Führer, zugleich aber auch die Dummheit und die undemokratische Staatsbegründung bezweckende Gesinnung der Deutschen und der Magyaren geworfen haben«<sup>28</sup>. Ein größerer Teil der Auflage seiner Broschüre ging über Alexander Wiede nach Prag. Parallel zu dem deutschen Druck erschien auch eine polnische Übersetzung durch Juliusz Andrzejkowicz; bekannt sind Teildrucke in Deutsch, Französisch (»La Reforme«) und Tschechisch.

Keil muß Bakunin bis dahin vom Hörensagen gekannt haben. Schon im Frühjahr 1848 hatte der »Leuchthurm« gegen die Ausweisung Bakunins aus Preußen und Sachsen protestiert.<sup>29</sup>

Anfang 1849 erschien ein Auszug aus dem »Aufruf an die Slaven« unter dem beziehungsreichen Titel »Die Revolution in Rußland«<sup>30</sup>. In einer Anmerkung äußerte der Herausgeber Keil einige Positionen, die sein Verhältnis zu dem russischen Revolutionär und zu der gesamten Slawenproblematik verdeutlichen. Bakunin, dieser »vielfach genannte und verfolgte russische Flüchtling« verkündete in seiner Schrift folgendes Programm:

»In einer glühenden, hinreißenden Sprache fordert er [...] die Slaven auf, die Sache der *Demokratie* zu der ihrigen zu machen und mit der Reaction, die sie auch mißbrauche und betrüge, auf immer zu brechen. Nur Hand in Hand mit der Demokratie könne ein freies Slaventhum, ein freies Europa geschaffen werden«<sup>31</sup>.

Keil betonte den moderaten, auf Versöhnung und Ausgleich zielenden Ton Bakunins in diesem Aufruf, der den »unglückseligen Kampf zwischen Slaven- und Deutschthum nicht schürt«, setzte aber wie der Russe als überzeugter Republikaner, in völliger Verkennung der wirklichen russischen Zustände, voller Illusionen auf bald bevorstehende grundlegende Veränderungen in dem östlichen Riesenreich: »Nach seinen Mittheilungen dürfen wir vielleicht schon nächstens eine Revolution in Rußland erwarten, die das *kaiserliche* Rußland auf immer zu Boden stürzen und ein freies Volk der Slaven gründen wird«<sup>32</sup>.

Damit nicht genug: Im September 1849, *nach* der Niederschlagung des Maiaufstandes, veröffentlichte Keil im »Leuchthurm« eine ausführliche Biographie Bakunins (mit einem Foto) und seiner Rolle im Dresdner Aufstand.<sup>33</sup> Voller Begeisterung ließ Keil, der Bakunin bereits in den Kasematten in St. Petersburg wählte, seinen Artikel mit einer hinreißenden Charakteristik des Revolutionärs enden, die auf dem Hintergrund der beginnenden Bakunin-Verteufelung erst ihr Gewicht erlangt:

»*Bakunin* ist augenblicklich 34 Jahre alt, eine hohe imponirende und dabei höchst einnehmende Erscheinung. Hinreißend liebenswürdig im Umgang, geistsprühend im Gespräch und von einer Kraft und Energie des Charakters, die ihres Gleichen suchen, hat er sich trotz aller bitteren Erfahrungen ein so weiches Herz bewahrt, daß sein Mitleid für die Armuth oft bis zur Schwärmerei ausartet. Er ist ein durch und durch nobler Charakter, in allen Dingen ein Ehrenmann, den man, auch wenn man nicht in allen Fragen mit ihm übereinstimmt, doch die

<sup>27</sup> Marcel Herwegh, 1848. Briefe von und an Georg Herwegh, Paris, Leipzig, München 1896, S. 225. Kursiv E. H.

<sup>28</sup> Ebd., S. 229. Kursiv E. H.

<sup>29</sup> Über Michael Bakunin. In: Der Leuchthurm, 1848 Nr. 30, S. 541f.

<sup>30</sup> Ebd., 1849, Nr. 3, S. 65–67.

<sup>31</sup> Ebd. S. 65, Anmerkung. Kursiv bei Keil (wie in allen anderen Fällen) gesperrt.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Michael Bakunin. In: Der Leuchthurm, 1849, Nr. 29, S. 429f.

vollste Hochachtung nicht versagen kann«<sup>34</sup>.

Diese Idealisierung setzte Keil in seinem wenig später erschienenen Sendschreiben über »Die Mitarbeiter des Leuchthturms« fort, in dem er in scharfen Worten Front machte gegen die Behauptungen der reaktionären Presse, daß Bakunin an der Spitze einer großen Geheimeschwörung gestanden habe: »Nur das ist wahr, daß er durch Zufall in die Dresdner Revolution verwickelt, dort bald an der Spitze derselben stand und für seine Überzeugung ehrlich gekämpft hat«<sup>35</sup>.

So ist es kaum noch verwunderlich, daß Keil auch den auf der sächsischen Festung Königstein in Haft einsitzenden russischen Revolutionär mit von der Zensur genehmigten Büchern versorgte, deren Inhalt wir zwar nicht kennen, aber von denen einige vielleicht Grundlagen für seine spätere Verteidigungsschrift geworden sein könnten. Später freilich sollte sich das Verhältnis Keils zu Bakunin in bestimmter Weise ändern, offenbar aufgrund von dessen Verwicklungen in die sog. Netschajew-Affäre. Das beweist die Notiz »Ein alter Agitator« von 1870. Keil meinte, Bakunin habe, »wie man auch über ihn denken mag, stets eine fabelhafte Energie und Kühnheit entwickelt und nur neuerdings durch seine überspannten und rohen communistischen Ideen in den Augen seiner früheren Parteigenossen sehr an Bedeutung eingebüßt«<sup>36</sup>. Seine Gesinnungsgenossen aus dem Leipziger »Goldenen Hahn« von 1849 würden ihn kaum noch wiedererkennen. Bakunins Foto führte Keil zu der Meinung: »Damals war Bakunin ein durch seine Lebenswürdigkeit und hinreißende Beredtsamkeit mächtig wirkende Persönlichkeit – jetzt ist er fast ein gebrochener Greis«<sup>37</sup>, der sich in wahnsinnigen Proklamationen und lächerlichen Angriffen gegen das Eigentum gefiele. Auch wenn Bakunin in der Notiz als »fanatische(r) Slavist« dargestellt wird, gilt er für Keil zugleich als »Führer der Dresdener Revolution«. Sein Ziel sei 1849 gewesen:

»Entzündung eines Brandes aller europäischen Staaten, um aus deren Trümmern das slavische Weltreich hervorgehen zu lassen. Mit erstaunlicher Beweglichkeit war er damals überall, wo etwas los war, schrieb, sprach und kämpfte rastlos. Alles für seinen großen slavischen Plan, und entwickelte namentlich beim Kampf in Dresden die rücksichtsloseste Energie«<sup>38</sup>.

Seine Flucht bewertete Keil als Odyssee, die – wiederum kam er auf das Memoirenprojekt zurück – unbedingt erzählt werden müsse. Zum Ableben Bakunins reagierte die »Gartenlaube« dann freilich nicht mehr.

Aber Keil geriet nicht nur wegen seiner Publikationen über deutsche Demokraten und den Russen Bakunin in Polizeiverdacht. Das zeigt folgendes Beispiel. In den Jahren 1850/1851 war die russische Regierung über ihre Gesandtschaft in Dresden aktiv geworden, um eine in russischer Sprache abgefaßte, in 3000 Exemplaren verbreitete Flugschrift unter dem Titel »Katechismus für das russische Volk« (Katechizis russkogo naroda, Paris 1849) durch die sächsischen Behörden verfolgen und verbieten zu lassen.<sup>39</sup> Durch die Anzeige der russischen Gesandtschaft sollte verhindert werden, daß diese Schrift nach Leipzig kommen sollte, wo als Vermittler die Buchhandlungen von Brockhaus und J. P. Meline galten, die gleichzeitig noch über Köthen die Flugschrift »Plan zur Revolutionierung und Republikanisierung

<sup>34</sup> Ebd. S. 430.

<sup>35</sup> Ernst Keil, Die Mitarbeiter des Leuchthturms, Ebd. 1849, Nr. 37, S. 536.

<sup>36</sup> Ein alter Agitator. In: Die Gartenlaube, 1870, Nr. 4, S. 64.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> SächsHSt Dresden, Außenministerium Nr. 4212. Russische Gesandtschaft 1850 und 1851, Nr. 665. Alle Zitate nach dieser Akte.

Deutschlands« von Heintzen erhalten sollten. Die russische Regierung drang auf energische Maßnahmen gegen den Versand dieser Materialien nach Rußland. Heinrich Brockhaus wurde darüber hinaus verdächtigt, Schriften von Ledrun-Rollin zu drucken.

Daraufhin erfolgten im Auftrag des sächsischen Innenministeriums Anfang Februar 1851 Haussuchungen und Befragungen bei Brockhaus, Meline und auch bei Keil: »Gewöhnlich ist es der Buchhändler Keil in Leipzig, welcher sich derartiger Versuchungen unterzieht«, hatte Ministerpräsident Beust an das Innenministerium mitgeteilt. Der Leipziger Ratsaktuar Thorbeck vernahm Heinrich Brockhaus, der »hörte mich – wie es schien – mit unwilligem Erstaunen an, versicherte, daß er sich nie mit dergleichen Sendungen befaßte und von mir das erste Mal von der Existenz abgedachter beider Preßerzeugnißen höre.« Auch Keil (bei dem man freilich zwei polnischsprachige Broschüren fand), »versicherte hoch und theuer, von den gedachten beiden Druckstücken weder Kenntniß, noch davon etwas in Vorrath zu haben.« Eine Durchsuchung der Buchhandlung Meline blieb (wie die gesamte Aktion) ohne Ergebnis. Angesichts dieser Ergebnisse (gleich ob es sich dabei um Wahrheit oder um verlegerische Finten handelte) wurden die Untersuchungen ohne greifbare Resultate niedergeschlagen. Zwar forschte man auch noch bei der Buchhandlung Camillo Dost in Zwickau nach, weil die russische Gesandtschaft darauf beharrte, es sei eine russische Buchsendung in Leipzig eingetroffen, aber »um die Wachsamkeit der Behörden zu hintergehen und zu täuschen«, nach Zwickau umgeleitet worden. Und der russische Gesandte wußte auch zu melden, daß ein derartiges »Übertretungsmittel« sowohl von Brockhaus als auch von Keil bereits öfter angewandt worden sei.

Wie auch immer – gerade dieser Vorfall zeigt, daß nicht allein der Achtundvierziger Keil, sondern auch der liberale Heinrich Brockhaus sich mit verschiedenartigsten Mitteln gegen die Eingriffe der russischen Zensur in ihre Geschäfte zur Wehr zu setzen wußten.

Keil selbst wurde 1852 wegen seiner revolutionären Haltung und Verstößen gegen die Zensurbestimmungen als »Staatsverbrecher« zu neun Monaten Haft verurteilt, wovon ihm drei erlassen wurden..

Mit der Gründung der Familienzeitschrift »Die Gartenlaube« am 1. Januar 1863 gelang Keil der große Wurf; dabei verzichtete er auch später nicht auf die Publikation slawischer bzw. russischer Materialien. Deshalb verdiente sein erfolgreiches Journal eine gründlichere Durchmusterung des Materials nach Slavica; aber es wäre auch genauer zu betrachten, wie Keil die Russen (wen kannte er außer Bakunin noch?) und Rußland, seine Kultur und Geschichte wahrgenommen hat. Hier seien nur einige, eher zufällige Beispiele angeführt: Außer ausführlichen Nachrichten über den Krimkrieg setzte die »Gartenlaube« ihre Informationen über progressive Persönlichkeiten aus dem Russischen Imperium fort. So erschien 1861 eine ausgesprochen positive Würdigung von Alexander Herzen unter dem Titel »Ein russischer Patriot«<sup>40</sup>; 1862 wurde (wenn auch etwas verspätet) der Tod des ukrainischen Nationaldichters Taras Schewtschenko angezeigt<sup>41</sup> und 1881 verfaßte Wilhelm Goldbaum eine ausführliche Darstellung über »Nihilismus und russische Dichtung«<sup>42</sup>. Allerdings war Keil gleichzeitig auch darauf bedacht, seinem Leser nicht allzuviel zuzumuten. Darum sagte er im November 1863 einem Petersburger Korrespondenten ab, der Aufsätze über die russischen revolutionären Demokraten Nikolai Tschernyschewski und Nikolai Dobroljubow abgedruckt

<sup>40</sup> Ein russischer Patriot. In: Die Gartenlaube, 1861, Nr. 48, S. 758–761.

<sup>41</sup> Ein russisches Dichterleben. In: Die Gartenlaube, 1862, Nr. 28, S. 437f.

<sup>42</sup> Wilhelm Goldbaum, Nihilismus und russische Dichtung. In: Die Gartenlaube, 1881, S. 51ff., 547ff., 549ff. und 578ff.

haben wollte. Grund: diese Persönlichkeiten seien trotz ihrer Bedeutung für die russische Journalistik dem deutschen Lesepublikum seiner Zeitschrift denn doch zu entfernt und böten deshalb nur ein verhältnismäßig geringes Interesse für einen Abdruck in der »Gartenlaube«<sup>43</sup>.

Keils erfolgreiches Journal wie sein Leben und Wirken verdiente – und das sollte hier gezeigt werden – eine weitere gründliche Untersuchung hinsichtlich der slawischen Bezüge.

<sup>43</sup> Ungedruckter Brief von E. Keil an Prof. Tischendorf, aufbewahrt in der Handschriftenabteilung der Bibliotheca Albertina der Universität Leipzig.

## Wolfgang Eckhardt Die Dresdner Bakuninakten. Geschichte eines Koffers<sup>1</sup>

### I. Bakunins Festnahme in Chemnitz

»Obwohl unser Rückzug ziemlich geordnet von statten ging, war unsere Mannschaft doch gänzlich demoralisiert [...]; alle waren erschöpft, verbittert und glaubten nicht mehr an einen Erfolg.«<sup>2</sup> faßte Bakunin im Jahre 1851 in russischer Haft die Situation am 9. Mai 1849 zusammen, als die Dresdner Aufständischen, die Einkreisung der Stadt durch sächsische und preußische Truppen befürchtend, sich über Tharandt nach Freiberg zurückgezogen hatten.

Als neuer Stützpunkt zur Reorganisation des Widerstands bot sich den Aufständischen Chemnitz an. Von dort erhielt Heubner,<sup>3</sup> das einzige auf seinem Posten verbliebene Mitglied der Provisorischen Regierung, eine flammende Unterstützungserklärung, in dem ihm »Im Namen von 15 000 gesinnungstüchtigen Männern« zugesichert wurde, »mit Ihnen zu siegen oder zu fallen und falls auch Dresden ruhmvoll in Schutt und Asche sinkt, Sie, meine Herren, aufzunehmen in seine muthige Mitte [...]. Die beiden Deputirten des Volkes, welche dieses Schreiben in Ihre Hände legen werden, haben die Instruction, Ihnen die entschiedene Parteistellung der Stadt Chemnitz mitzutheilen.«<sup>4</sup>

Nach eingehenden Beratungen erklärte Heubner gegenüber Bakunin, »man beabsichtige nach Chemnitz zu gehen, da die dortige Bürgerwehr erklärt habe, sie würde für die Reichsverfassung und gegen die Preußen auf Tod und Leben kämpfen.«<sup>5</sup> Am 9. Mai um 21 Uhr verließen Heubner und Bakunin daraufhin Freiberg und gelangten am Folgetag um 3 Uhr früh nach Chemnitz, wo sie sich todmüde im Gasthof »Zum Blauen Engel« einquartierten.<sup>6</sup> Ein im gleichen Gasthof abgestiegener Flüchtling, Stadtrichter Haußner, vernahm bald darauf für einige Augenblicke das Geräusch von Waffengeklirr und Soldatentritten,<sup>7</sup> die von einer Festnahme herrührten: Bakunin und Heubner waren von »Gendarmerie, Polizei, einem Theil der Bürgerwehr und mehreren Staatsbeamten« im Schlaf überwältigt worden und wurden gegen 4 Uhr früh, von Gendarmerie und anderen Bewaffneten begleitet, in drei Kut-

<sup>1</sup> Für ihre freundliche Hilfsbereitschaft danke ich Jörg Asseyer, Rudolf Franz, Frank Hartz, Thorsten Hinz, Bernd Kramer, Anke van der Moer und Bas Moreel.

<sup>2</sup> Michael Bakunins Beichte aus der Peter-Pauls-Festung an Zar Nikolaus I. Gefunden im Geheimschrank des Chefs der III. Abteilung der Kanzlei der früheren Zaren zu Leningrad. Mit Autorisation des Herausgebers der russischen Originalausgabe W. Polonski erstmalig in deutscher Sprache veröffentlicht von Kurt Kersten. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, S. 90 (erweiterter Reprint unter dem Titel »Brief aus dem Gefängnis«: Karin Kramer Verlag, Berlin 1988). Hier und im folgenden werden alle Zitate in Originalorthographie wiedergegeben.

<sup>3</sup> Otto Leonhard Heubner (1812-1893), Kreisamtmann in Freiberg, 1848 Mitglied der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtags und der Frankfurter Nationalversammlung.

<sup>4</sup> Die Fackel. Oppositionsblatt gegen Lüge und Unverstand, Grimma, Nr. 21, 26. Mai 1849, S. 180. Der Brief wurde Heubner bei seiner Verhaftung abgenommen.

<sup>5</sup> Aussage Bakunins vor der sächsischen Untersuchungskommission am 14. Mai 1849 (Acta wider den Literat Michael Bakunin. Vol. I<sup>o</sup> Ergangen vor der Criminal-Abtheilung des Stadtgerichts zu Dresden, 1849, Bl. 10 verso. In: Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii, Moskau, fond 192, opis' 1, delo 11).

<sup>6</sup> Kurt Meinel: Otto Leonhard Heubner. Sein Leben, seine tumgeschichtliche und politische Bedeutung. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig. Wilhelm Limpert-Verlag, Dresden 1928, S. 215.

<sup>7</sup> D. Heubner: Das Lebensbild O. L. Heubners. Für die Familie beschrieben von seinem Sohne. Druck von B. G. Teubner, Dresden o.J. [1917], S. 71.

schen aus der Stadt abtransportiert.<sup>8</sup>

Bakunin erinnerte sich in russischer Haft:

»In Chemnitz fanden wir statt der erhofften Hilfe Verrat. Reaktionäre Bürger verhafteten uns nachts in den Betten und brachten uns nach Altenburg, um uns dem preußischen Militär zu übergeben. Die sächsische Untersuchungskommission war erstaunt, daß ich mich gefangen gegeben und keinen Befreiungsversuch gemacht hatte. Es wäre in der Tat möglich gewesen, den Bürgern zu entkommen; aber ich war völlig erschöpft und kraftlos, nicht nur körperlich, sondern noch viel mehr seelisch und außerdem war es mir völlig gleichgültig, was aus mir werden würde. Ich vernichtete auf dem Wege mein Notizbuch und hoffte, daß man mich, nach dem Beispiele Robert Blums in Wien, binnen einigen Stunden erschießen würde.«<sup>9</sup> Dies wäre durchaus nach dem Geschmack der Reaktionäre gewesen: Der sächsische Innenminister Richard von Friesen erinnerte sich noch in seinen Memoiren, wie ein Korrespondent der reaktionären Neuen Preußischen Zeitung (»Kreuzzeitung«) »ganz außer sich [geriet], als er vernahm, daß die Gefangenen nicht vor ein Kriegsgericht gestellt und ohne Weiteres standrechtlich erschossen werden sollten.«<sup>10</sup> Der preußische Oberst Blumenthal, dem die Gefangenen in Altenburg übergeben worden waren, ordnete jedoch lediglich eine sofortige Leibesvisitation an, die bei Bakunin (nach Vernichtung seines Notizbuches) nur noch zwei Zettel sowie »dreizehn Thaler vierzehn Silbergroschen und 2 Pfennige« zu Tage förderten, wie noch am 10. Mai mit amtlicher Genauigkeit nach Dresden gemeldet wurde.<sup>11</sup>

## II. Die Dresdner Behörden auf der Suche nach Bakunins Koffer

Nähere Aufschlüsse über die Tätigkeit Bakunins vor und während des Maiaufstandes erhoffte sich die mit der Aufklärung der Ereignisse beauftragte Untersuchungskommission am Dresdner Stadtgericht von der Beschlagnahme der Privatpapiere Bakunins. Die durch den Sieg der konterrevolutionären Truppen mittriumphierende reaktionäre Publizistik, die Bakunin zum Diktator und bösen Dämon des Maiaufstands hochstilisierte,<sup>12</sup> mag die Untersu-

<sup>8</sup> Chemnitzer Bote, 1849, S. 707, zitiert nach Rudolph Strauß: Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Akademie-Verlag, Berlin 1960, S. 339.

<sup>9</sup> Michael Bakunins Beichte, S. 90-91.

<sup>10</sup> Richard von Friesen: Erinnerungen aus meinem Leben. Band 1. Wilhelm Baensch Verlagshandlung, Dresden 1880, S. 171. – Noch knapp fünfzig Jahre später ärgerte sich ein preußischer Generalleutnant: Bakunin und Heubner »kamen also mit dem Leben davon. – Schade!« (von Meyerinck: »Rückblick auf die Mai-Tage 1849 in Dresden«. In: Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine, Berlin, Band 104, Heft 3, Nr. 312, September 1897, S. 266)

<sup>11</sup> Acta wider den Literat Michael Bakunin. Vol. I<sup>a</sup>, Bl. 3 verso bis 4 verso – »gewiß keine große Summe für einen Mann, der zum Schluß die militärische Oberleitung des Aufstandes in der Hand hielt« (Josef Pfitzner: Bakuninstudien. Verlag der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik, Prag 1932, S. 196. Reprint mit Übersetzung der französischen und polnischen Quellentexte: Karin Kramer Verlag, Berlin 1977).

<sup>12</sup> In einer zeitgenössischen Schmähchrift hieß es zum Beispiel: »Das eigentliche Haupt der Verschwörung aber war der Russe Bakunin, der bald nach Ernennung der provisorischen Regierung mit dem schrecklichsten Terrorismus selbst die provisorische Regierung knechtete [...]. Bakunin glich, wie er mit großen Schritten immer im Zimmer [der provisorischen Regierung] auf- und niedereilte, einem nach Rache schnaubenden Dämon – er, der Verfehlmte, Verfolgte, auf dessen Kopf die russische Regierung eine Prämie von 1000 Ducaten gesetzt hat, hatte die Fäden der deutschen Revolutionen, die zum 20. Mai ausbrechen sollten, in seinen Händen. Dieser Teufel kannte keine Schonung [...].« (zitiert nach Michael Bakunin: Ausgewählte Schriften. Herausgegeben von Wolfgang Eckhardt. Band 2: »Barrikadenwetter« und »Revolutionshimmel«. Artikel in der »Dresdner Zeitung«. Karin Kramer Verlag, Berlin 1995, S. 173). – Noch heute spinnen Halbinformierte in ähnlicher Weise den Mythos über Bakunin weiter, siehe zum Beispiel den bizarren Vortrag von Helmut

chungskommission zusätzlich angespornt haben, nach, wie man hoffte, möglichst drastischen Belegen und belastenden Materialien gegen den »hochgefährlichen Russen« zu recherchieren – wenn Journalisten die Nachricht von dem Fund sensationeller Schriftstücke nicht gleich selbst fabrizierten: Ein Schreiber der reaktionären »Kreuzzeitung« zauberte etwa am 19. Mai fünf völlig phantastische Dokumente aus dem Hut, die »der Revolutionair ex officio Bakunin bei sich führte, und die daher auch wahrscheinlich (!) gefunden worden sind«<sup>13</sup> – eine für die Zeitumstände durchaus charakteristische Falschmeldung. In Wirklichkeit hatten die Behörden außer den bei Bakunin gefundenen zwei Zetteln vorerst nichts gegen ihn in Händen.

Da Bakunin ebenso wie Heubner in Chemnitz ohne alles Gepäck angekommen war, vermuteten die Beamten Bakunins Gepäckstücke (»Effecten«) zunächst in der Wohnung Heubners in Freiberg. Am 27. Mai 1849 ersuchte das Dresdner Stadtgericht das Königliche Kreisamt in Freiberg, die 24 Jahre alte Gattin Heubners »über das Verhalten des, mit ihrem Ehemann am 9. des Mts. in ihrer Wohnung abgestiegenen Russen Bakunin speciell zu befragen und derselben Bakunins etwa dort zurückgelassene Effecten und Papiere abzufordern.«<sup>14</sup> So machte sich am 2. Juni 1849 ein Freiburger Kreisamtsaktuar in Begleitung von drei Kreisamtsgerichtsbeisitzern auf den Weg zu Cäcilie Louise Heubner, um sie zu diesen Fragen eidlich zu vernehmen – Frau Heubner gab jedoch an, keine Papiere oder Gepäckstücke bei Bakunin gesehen zu haben.<sup>15</sup>

Unterdessen versuchte Bakunin, die Beamten auf eine falsche Spur zu locken. Bereits während seines ersten Verhörs am 14. Mai hatte er angegeben, daß er noch am 4. Mai eigentlich geplant habe, Basil von Ghika, einen Gutsbesitzer aus der Walachei, der gerade nach Malta hatte abreisen wollen, auf seiner Fahrt bis in die Schweiz zu begleiten.<sup>16</sup> Bakunins Koffer sei bereits in der Kutsche verstaut gewesen,<sup>17</sup> als Ghika am Abend des 4. Mai ohne Bakunin aus Dresden abgefahren sei und womöglich erst in Leipzig sich des überflüssigen Gepäcks entledigt habe. Der Beamte, der dieser Spur nachzugehen hatte, mußte jedoch bald in den Akten vermerken:

»Die durch die Polizei auf Antrag des Stadtgerichts angestellte Recherche wegen des möglicherweise von Fürst Ghika, nach Bakunins Angabe, im Hôtel Pologne zu Leipzig zurückgelassenen Effecten Bakunins hat einen Erfolg nicht gehabt.«<sup>18</sup>

Folgerichtig wandte sich die Untersuchungskommission nun an das königlich sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit der Bitte, ein Schreiben an die englische Civilbehörde zu Malta aufzusetzen, in dem um ein Verhör des auf Malta vermuteten Ghika über seine Beziehungen zu Bakunin gebeten wurde und «if he possesses the property of Bakunin, to reclaim it and send it to Dresden as soon as possible».<sup>19</sup>

Dahmer auf einem Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. Oktober 1995 in Dresden (gedruckt in: Michael Bakunin, Gottfried Semper, Richard Wagner und der Dresdner Mai-Aufstand 1849. Bonn 1995, S. 25-37).

<sup>13</sup> Folgende fünf »Dokumente« wurden hierbei genannt: »1) das Original des Schlacht- und Brandplans für Berlin zum 12. November 1848 [...]; 2) das Original eines Plans zum allgemeinen blutigen Aufstand für die polnische Sache [...]; 3) die sämtlichen Papiere über den Aufstand in Erfurt; 4) einen Originalbrief des Geh. Ober-Tribunals-Raths Waldeck an das Mitglied der Dresdener provisorischen Regierung, Todt [...]; 5) wichtige Papiere über die polnischen Verbindungen.« (Neue Preußische Zeitung, Berlin, Nr. 114, 19. Mai 1849, dritte Meldung in der Rubrik »Berliner Zuschauer« auf der Titelseite)

<sup>14</sup> Acta wider den Literat Michael Bakunin. Vol. I<sup>a</sup>, Bl. 14 verso.

<sup>15</sup> Ebd., Bl. 21 bis 24.

<sup>16</sup> Ebd., Bl. 9.

<sup>17</sup> Ebd., Bl. 19.

<sup>18</sup> Ebd., Bl. 18 verso.

<sup>19</sup> To the English Civil-Magistrate at Malta. Criminal-Department of the Town-Court, Dresden, 1<sup>st</sup> of June 1849. In: ebd., Bl. 138. – Am 8. Oktober 1849 setzte das sächsische Außenministerium das Dresdner

Im Zuge weiterer Recherchen gelang es Gerichtsassessor Gustav Hammer jedoch am 6. Juli, Ghikas 17jährigen Neffen Nikolaus zu vernehmen, der zu Protokoll gab, er habe »von meinem Onkel, den ich Sonnabend, oder Sonntag vor seiner Abreise zum letztenmal sah, als Ziel seiner Reise »Marseille« nennen hören.«<sup>20</sup> Diese Angabe bestätigte sich kurz darauf, als den Gerichtsbehörden ein vom 22. Juni datierter Brief Ghikas, der den Absender »Marseille, poste restante« trug, in die Hände fiel,<sup>21</sup> so daß sich Gerichtsassessor Hammer entschloß, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu bitten, sich wegen eines Verhörs Ghikas und der Auslieferung von Bakunins Koffer nunmehr an die französischen Behörden zu wenden.

Der Philosoph Alexis de Tocqueville, der 1849 für kurze Zeit als französischer Außenminister amtierte, lehnte jedoch in seiner Antwort auf die Bitte anerkannter Weise für die französische Regierung jede Beteiligung an politischen Prozessen wie dem gegen Bakunin in Sachsen ab. In einem an den sächsischen Botschafter in Paris gerichteten Schreiben erklärte er:

«Monsieur, j'avais transmis à M<sup>r</sup>. le Ministre de la Justice la commission rogatoire que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser, le 17. du mois dernier, ayant pour objet d'obtenir la déposition du S<sup>r</sup>. Basile de Ghyka et la remise d'un coffre dont il serait dépositaire.

J'ai le regret de Vous annoncer que mon collègue n'a pas cru pouvoir y donner suite. Le motif de cette décision est que l'accusé, auquel se référerait la déposition du S<sup>r</sup>. Ghyka, est poursuivi pour avoir pris part à l'insurrection qui a eu lieu à Dresde, au mois de Mai dernier; or le principe qui interdit non seulement l'extradition des accusés, mais encore l'exécution des commissions rogatoires, en matière politique, ayant toujours été suivi en France, M<sup>r</sup>. le Ministre de la Justice ne saurait s'en écarter dans une affaire dont les circonstances sont tout à fait étrangères à la justice criminelle ordinaire.

Recevez etc. etc.

Paris, le 11. Août 1849.

(signé:) A. de Tocqueville.

A Monsieur de Bose,

Chargé d'affaires de Saxe à Paris»<sup>22</sup>

### III. Der Fund

Auf die richtige Spur zu Bakunins Koffer brachte die Untersuchungskommission jedoch ausgerechnet ein Freund und Mitangeklagter Bakunins: Karl August Röckel.<sup>23</sup> Bei einer Mitte Mai abgehaltenen Durchsuchung von Röckels Wohnung in der Friedrichstraße 29 in Dresden war auf dem Schreibtisch im Arbeitszimmer eine Handgranate<sup>24</sup> gefunden worden;

Stadtgericht davon in Kenntnis, daß nach Angaben der Malteser Behörden »Keiner dieses Namens [Ghika] in neuerer Zeit dahin gekommen sey.« (ebd., Bl. 136)

<sup>20</sup> Ebd., Bl. 50 verso.

<sup>21</sup> Ebd., Bl. 58. – Am 10. Juli teilte schließlich auch das Dresdner Paßbüro mit, daß Ghika »über Straßburg nach Marseille« gereist sei (ebd., Bl. 67).

<sup>22</sup> Ebd., Bl. 74.

<sup>23</sup> Karl August Röckel (1814-1876), Musiker aus Graz, 1843-1848 Musikdirektor der Königlichen Kapelle in Dresden, ab August 1848 Herausgeber der radikal-demokratischen Volksblätter. 1849 gehörte Röckel zu den engsten politischen Freunden Bakunins in Dresden. Bei Ausbruch des Dresdner Maiaufstands befand sich Röckel mit einem Auftrag Bakunins in Prag, kehrte aber sofort nach Dresden zurück und wurde Kommandant eines Barrikadendistrikts. Bei dem Versuch, einen bewaffneten Zuzug nach Dresden zu führen, wurde er in der Nacht vom 7. zum 8. Mai 1849 gefangengenommen.

<sup>24</sup> Zur Handgranatenaﬀäre, die noch weitere Kreise zog, vgl. Bernd Kramer: »Laßt uns die Schwerter ziehen, damit die Kette bricht ...«. Michael Bakunin, Richard Wagner und andere während der Dresdner Mai-Revolution 1849. Karin Kramer Verlag, Berlin 1999, S. 63-67.

über diesen Gegenstand wurde Röckel in einem Verhör vom 27. Juni 1849 derart in die Enge getrieben, daß er sich zu der Aussage hinreißen ließ, »daß diese Handgranate, wenn sie ungefüllt sei, in seinem Besitz gewesen, sollte dieselbe jedoch gefüllt sein, so wäre es möglich, daß dieselbe sich unter Bakunins Effecten – Bakunin habe zwei Monate vor dem Aufstande zwei Tage bei ihm gewohnt und einen schwarzen ungewöhnlichen Koffer dort zurückgelassen – befunden habe und dort herausgenommen worden sei.«<sup>25</sup>

Sofort nach Röckels Aussage setzte eine fieberhafte Suche nach dem »schwarzen ungewöhnlichen Koffer« ein, der am Folgetag (28. Juni) »endlich nach vielfachen vergeblichen Bemühungen« gefunden wurde. Wie polizeilich festgestellt wurde, war der Koffer aus Röckels Wohnung zunächst in das Logis des polnischen Grafen Mirzaiwky (dem Schwiegervater von Röckels Bruder Eduard) in der Ostraallee geschafft worden und von da aus in die Wohnung des Instrumentenmachers Stange, Töpfergasse 3, 2 Treppen, wo er vom Gerichtsassessor Hammer entdeckt wurde.<sup>26</sup>

Die Nachricht von dem sensationellen Fund durcheilte wenige Tage später die Zeitungen und ließ selbst russische Regierungskreise frohlocken. Am 8. Juli 1849 meldete die Gattin des russischen Staatskanzlers von Nesselrode ihrem Mann:

«Les journaux prétendent qu'on a mis la main sur un grand nombre de papiers appartenant à Bakounine; cela peut mener à des découvertes utiles.»<sup>27</sup>

Zum Verdruß der sächsischen Untersuchungskommission stellte sich jedoch bald heraus, daß ihnen nur einer von insgesamt zwei Koffern Bakunins ins Netz gegangen war: Aufgrund eines Amtshilfeersuchens wurde am 3. Juli Franziska Hänsel, ein zusammen mit Röckels Gattin Caroline nach Weimar gereistes Dienstmädchen der Familie Röckel, von der Weimarer Kriminalgerichtsstelle vernommen. Sie gab an, »den Russen Michael Bakunin nicht zu kennen«. Drei bis vier Wochen vor dem Aufstande, erinnerte sie sich jedoch, seien zwei Herren zu Röckel zu Besuch gekommen, von denen einer »eine Nacht, der andere zwei Nächte« geblieben sei. Letzterer habe zwei Koffer bei sich gehabt, von denen er, als er fortging, einen wieder mit sich genommen habe.<sup>28</sup>

Zu dem unauffindbaren zweiten Koffer vermerkte der mit der Untersuchung beauftragte Gerichtsassessor Hammer am 9. Juli:

»In der gegen den Russen Michael Bakunin hier anhängigen Untersuchung hat sich durch fortgesetzte Recherchen des Untersuchungsgerichts herausgestellt, daß Bakunin, außer dem bereits aufgefundenen großen Koffer, in Besitz eines kleineren Koffers gewesen [ist], welchen er in der von ihm getheilten Wohnung des Juljusz Andrzejkowicz aus Wilna I: Zwingenstraße No. 4. :l am 4. Mai dieses Jahres zurückgelassen und nach seiner Angabe dem [?] Andrzejkowicz mit der Aufforderung, solchen sofort zu dem Marienstraße No. 9. wohnhaften Bojar Basil von Ghika aus Kodeesti in der Moldau schaffen zu lassen, übergeben hat.

Die weiter angestellten Erörterungen begründen die Vermuthung, daß der erst am 10<sup>ten</sup> Mai dieses Jahres mit Gouvernialpaß von hier und zunächst nach Hannover gereiste Juljusz

<sup>25</sup> Acta wider den Musikdirektor Karl August Röckel aus Dresden wegen Hoch- und Staatsverrats, 1849, Bl. 26. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Amtsgericht Dresden, Nr. 1633.

<sup>26</sup> Acta wider den Literat Michael Bakunin. Vol. I<sup>a</sup>, Bl. 49.

<sup>27</sup> Lettres et papiers du chancelier Comte de Nesselrode 1760-1856. Extraits de ses archives. Herausgegeben von A. de Nesselrode. Band 9: 1847-1850. A. Lahure, Imprimeur-Editeur, Paris o.J., S. 264.

<sup>28</sup> Jörg Heyne: Richard Wagner und Karl August Röckel in weltanschaulicher und künstlerischer Auseinandersetzung unter den Bedingungen des kleinbürgerlichen Demokratismus der nachrevolutionären Periode (1849 bis 1876). Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1985, S. 18.

Andrzejkowicz den Koffer Bakunins nicht abgegeben, sondern mit fortgenommen habe.«<sup>29</sup>  
»Bei der möglichen Wichtigkeit des Inhalts dieses Koffers für die Untersuchung« empfahl der Beamte, über das Außenministerium Kontakt mit der Russischen Gesandtschaft in Dresden aufzunehmen, um des russischen Untertans Andrzejkowicz habhaft werden und über ihn in den Besitz des zweiten Koffers Bakunins gelangen zu können.<sup>30</sup> Tatsächlich gelangten die Nachrichten über Andrzejkowicz bald nach Petersburg, woraufhin der Chef der russischen Geheimpolizei in einem Bericht an den Zaren vorschlug, eine Verfügung ins Ausland abgehen zu lassen, nach der Andrzejkowicz festzunehmen und mit allen seinen Papieren den zaristischen Behörden auszuliefern sei; Zar Nikolaus I. versah diesen Bericht mit dem Kommentar: »vernünftig.«<sup>31</sup> Trotz all dieser Bemühungen ist der zweite Koffer Bakunins bis heute nicht wieder aufgetaucht.

Der Inhalt des beschlagnahmten Koffers erwies sich allerdings als reichhaltig genug. Die große Menge der darin enthaltenen Papiere kann in folgende Gruppen eingeteilt werden:

1. Briefe an Bakunin aus der Zeit von März bis Dezember 1848 (von Juljus Andrzejkowicz, Gustav Julius, Leslaw Lukaszewicz, Hermann Müller-Strübing, Adolf Reichel, Enno Sander, Heliodor Skórzewski, H. Stahlschmidt, Ludovít Štúr und anderen).
2. Manuskripte und Briefentwürfe in der Handschrift Bakunins und anderer (unter anderem mit Entwürfen und Varianten zu Bakunins Broschüren »Aufruf an die Slaven« und »Russische Zustände«, mit Briefentwürfen an George Sand, Karl Marx, Adolf Reichel, Arnold Ruge und anderen).
3. Drucksachen (Einlaßkarten, Zeitungen, Aufrufe, Plakate usw.).

Alle Papiere aus dem Koffer wurden in fünf Aktenbänden unter dem Titel »Beweisstücke zur Untersuchung gegen den Literat Michael Bakunin« in Dresden archiviert (Amtsgericht Dresden, Signatur: 1285<sup>f</sup> bis 1285<sup>k</sup>).<sup>32</sup> Denselben Umfang nehmen die eigentlichen Untersuchungsakten gegen Bakunin ein, die amtliche Vermerke und Berichte ab dem Zeitpunkt der Übergabe Bakunins an preußisches Militär am 10. Mai 1849, Abschriften der behördlichen Korrespondenz, Protokolle der Aussagen Bakunins vor der Untersuchungskommission usw. enthalten und noch einmal fünf Bände füllen (Amtsgericht Dresden, Signatur: 1285<sup>h</sup> bis 1285<sup>e</sup>). Die Verhöre Bakunins beziehen sich dabei nicht nur auf die Hintergründe des Maiaufstandes und seine eigene Beteiligung, sondern auch auf unklare Schriftstücke – zum Beispiel Briefe ohne Adresse und Absender – aus dem aufgefundenen Koffer.<sup>33</sup> Möglicherweise im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurden alle diese Akten vom Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden übernommen.<sup>34</sup>

<sup>29</sup> Den Aufruhr in Dresden betr., 1850, Bl. 199. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Justizministerium, Nr. 545/9.

<sup>30</sup> Ebd., Bl. 199 verso bis 200.

<sup>31</sup> A. S. Nifontow: Rußland im Jahre 1848. Rütten & Loening, Berlin 1954, S. 252.

<sup>32</sup> Siehe das Verzeichnis der Bakuninakten mit alten und neuen Signaturen im Anhang zu diesem Artikel.

<sup>33</sup> So wurde Bakunin etwa am 16. Oktober 1849 auf Intervention der russischen Gesandtschaft in Dresden ein Dokument nach dem anderen aus seinem Koffer vorgelegt mit der Aufforderung: »Klären Sie dessen Inhalt auf.« (Acta die, auf Antrag der Kaisrl. Königl. Ruß. Gesandtschaft u. Intervention der Kaisrl. Königl. Oester. strafgerichtlichen Commission zu Dresden geführte Untersuchung wider den Literat Michael Bakunin wegen Hoch- und Staatsverrath betr. Vol. III. Ergangen vor der Criminalabtheilung des Stadtgerichts zu Dresden, 1849, Blatt 60 verso. In: Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii, Moskau, fond 192, opis' 1, delo 14)

<sup>34</sup> Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 5: Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden und Landesarchive Bautzen, Glauchau und Leipzig. Verlag des Ministeriums des Innern, Berlin-Wilhelmsruh o.J. [1961], S. XVI.

#### IV. Erschließung der Akten

Der Inhalt dieser Akten – die Papiere aus dem Koffer Bakunins und insbesondere die Protokolle der Aussagen Bakunins – stellen eine biographische Quelle allerersten Ranges dar, ohne deren Kenntnis kaum stichhaltige Aussagen über Bakunin in den Jahren 1848/49 möglich sind. Umso überraschender ist es, daß bisher nur in geringem Umfang Teile daraus in der Originalsprache publiziert worden sind.

Die erste Auswertung der Akten erfolgte noch nicht einmal im Rahmen der Bakunin-, sondern der Wagnerforschung: In seiner 1892 unter dem Titel »Richard Wagners geistige Entwicklung« erschienenen überarbeiteten Dissertation versprach Hugo Dinger, »Licht in eine Angelegenheit« zu bringen, »welche bisher Gegenstand der widersprechendsten Vermutungen, Meinungen und Übertreibungen gewesen ist«: Wagners Beteiligung am Maiaufstand. Er könne sich dabei, erklärte Dinger, auf zeitgenössische Darstellungen, Memoiren von Beteiligten und »auf die Einsicht in die Wagners Beteiligung am Mai-Aufstand betreffenden Untersuchungsakten des Dresdener Stadtgerichts stützen, welche durch die Munifizienz [Großmut] eines hohen Königlichen Justiz-Ministeriums ermöglicht wurde.«<sup>35</sup> Die Bakunin-akten spielten hierbei nur insoweit eine Rolle, als sie Material für die Wagner gewidmete Darstellung enthielten.<sup>36</sup> Forschern, die einer mehr politischen Fragestellung im Zusammenhang mit dem Maiaufstand nachgingen, blieben während des Kaiserreiches die Akten sogar ganz verschlossen – so zum Beispiel Walter Schinke, der ohne sie auskommen mußte, »da gemäß der vom Königlichen Gesamtministerium für das Hauptstaatsarchiv erlassenen Geschäftsordnung neuere (!) über das Jahr 1831 herabreichende Akten der öffentlichen Benutzung nicht zugänglich sind.«<sup>37</sup>

Dies änderte sich erst in der Weimarer Republik. Im Juli 1925 wurde der Antrag des sowjetischen Bakuninforschers Polonskij,<sup>38</sup> die Akten über Bakunin und andere Beteiligte des Maiaufstandes im Sächsischen Hauptstaatsarchiv einsehen zu dürfen, nach vorheriger Konsultation der Sächsischen Staatskanzlei ohne Vorbehalte genehmigt. Offenbar unter Hinweis auf die Wagnerforschung erklärte der damalige Direktor des Hauptstaatsarchivs zu Polonskij's Gesuch:

»Das archivalische Material über Bakunin ist bereits wiederholt von deutschen Forschern benutzt worden. Ich stehe von jeher unter Ausschaltung jeder parteipolitischen Stellungnahme auf dem Standpunkt, daß unsere sächsische Mairevolution wie überhaupt die Wirren der vierziger Jahre für uns heute rein geschichtliche Vorgänge sind, deren Kenntnisnahme nicht nur unbedenklich ist, sondern deren genaue Durchforschung nur förderlich sein kann, um die noch vielfach vorhandenen z.T. recht einseitigen, z.T. recht dummen Urteile über jene Zeiten und Dinge zu klären und zu berichtigen; deshalb habe ich seit Anbeginn meiner Leitung des sächs. staatlichen Archivwesens mit vollster Unbefangenheit auch derartige

<sup>35</sup> Hugo Dinger: Richard Wagners geistige Entwicklung. Versuch einer Darstellung der Weltanschauung Richard Wagners mit Rücksichtnahme auf deren Verhältnis zu den philosophischen Richtungen der Junghegelianer und Arthur Schopenhauers. Band 1: Die Weltanschauung Richard Wagners in den Grundzügen ihrer Entwicklung. Verlag von E. W. Fritsch, Leipzig 1892, S. 152-154.

<sup>36</sup> Dasselbe gilt auch für die 1919 erschienene Wagnerstudie des Ratsarchivars Georg Hermann Müller: Richard Wagner in der Mai-Revolution 1849. Oscar Laube Verlag, Dresden 1919.

<sup>37</sup> Walter Schinke: Der politische Charakter des Dresdener Maiaufstandes 1849 und die sächsischen Parteien während des Aufbruchs und seiner unmittelbaren Folgen. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, Druck von Heinrich John, Halle (Saale) 1917, S. 74.

<sup>38</sup> Vjačeslav Polonskij [d.i. Vjačeslav Pavlovič Gusev] (1886-1932), zuerst Menschewik, schloß sich 1918 den Bolschewiki an. Polonskij verfaßte Bücher über Gorki, Majakovskij und Bakunin und wirkte als Herausgeber und Mitarbeiter verschiedener historischer Zeitschriften.

Akten der Forschung erschlossen.«<sup>39</sup>

Im August 1925 und ein weiteres Mal im Jahre 1927 hatte Polonskij in Dresden Gelegenheit zur Auswertung der Akten. Aufgrund der Fülle des einschlägigen Materials wurden für ihn sogar Abschriften erstellt, die er für mehrere umfangreiche Aktenpublikationen über Bakunin in den historischen Zeitschriften *Krasnyj Archiv* und *Proletarskaya Revolucija* verwendete, die gesammelt und mit einer Reihe von Ergänzungen versehen im zweiten Band der von ihm herausgegebenen Reihe ›Materialy dlja biografii M. Bakunina‹ in russischer Übersetzung erschienen.<sup>40</sup>

In der deutschen Originalfassung wurden dagegen bis heute nur im Rahmen von zwei Buchveröffentlichungen eine Handvoll Dokumente aus den Akten publiziert: im Anhang zur deutschen Ausgabe von Bakunins ›Beichte‹<sup>41</sup> und in den ›Bakuninstudien‹ von Josef Pfitzner.<sup>42</sup> In den ›Bakuninstudien‹ sind eine Reihe von Einzeluntersuchungen über Bakunin bis zum Jahre 1851 gesammelt, die zum Teil aufgrund der akribischen Recherchen des Autors in den Archiven von Berlin, Breslau, Dresden, Wien, Paris, Brüssel, Warschau, Lemberg, Krakau, Prag bis heute den letzten Forschungsstand markieren. Aus den Dresdner Bakunin-akten veröffentlichte Pfitzner in diesem Buch ausgewählte Originaldokumente – allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne die Kriterien seiner Auswahl zu nennen. Boris Nikolaevskij, ein weiterer Bakuninforscher, der Ende der 20er Jahre die Dresdner Akten studiert hat,<sup>43</sup> gab diesen Kritikpunkten in einer Rezension folgenden Ausdruck:

»Eine erschöpfende genaue Veröffentlichung dieses Materials wäre äußerst wichtig für eine Untersuchung von Bakunins Lebenslauf in dieser Zeitspanne und Pfitzner hatte durchaus recht, wenn er dieser Gruppe von Schriftstücken soviel Aufmerksamkeit zuwandte. Leider

<sup>39</sup> Zitiert nach Rudolf Franz und Reiner Groß: ›Wissenschaftliche Beziehungen zwischen sowjetischen und deutschen Archiven in den Jahren 1917-1933‹. In: Archivmitteilungen. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens, Berlin, 16. Jg., Heft 3, 1966, S. 83.

<sup>40</sup> *Materialy dlja biografii M. Bakunina*. Herausgegeben von Vjačeslav Polonskij. Band 2: *Po delam gosudarstvennych archivov Moskvy, Pragi, Drezdena, Veny. Gosudarstvennoe social'no-ekonomičeskoe izdatel'stvo, Moskau, Leningrad 1933.* – In Band 1 der ›Materialy‹ (*Po archivnym delam B.b. III. otdelenija i morskogo ministerstva. Gosudarstvennoe izdatel'stvo, Moskau, Petrograd 1923*) hatte Polonskij bereits einige Dokumente aus Bakunins Koffer publiziert, allerdings nicht nach den Dresdner Originalakten, sondern nach Abschriften und Übersetzungen, die für die zaristischen Behörden angefertigt worden waren. Deren Zuverlässigkeit ist jedoch fraglich, da sie »seinerzeit voller Fehler von ungebildeten Beamten angefertigt wurden und daher für eine Verwertung wenig geeignet sind«, wie Boris Nikolaevskij kritisierte (*Zeitschrift für slavische Philologie*, Leipzig, Band 11, Heft 3/4, Dezember 1934, S. 458). Leider wurden auch für die bisher umfangreichste russische Werkausgabe Bakunins (*M. A. Bakunin: Sobranie sočinenij i pism. Herausgegeben von Ju. M. Steklov. 4 Bände. Izdatel'stvo vsesojuznogo obščestva politkatoržan i ssyl'no-poselencev, Moskau 1934-1935*) nur diese in den zaristischen Archiven aufgefundenen Abschriften und Übersetzungen benutzt.

<sup>41</sup> Michael Bakunins Beichte, S. 97-104. In dieser Ausgabe finden sich auch einige Fotoreproduktionen aus den Dresdner Bakuninakten. – Über die mißratene Einleitung des Herausgebers Kurt Kersten zu dieser Ausgabe der ›Beichte‹ siehe Wolfgang Eckhardt: *Michail A. Bakunin (1814-1876). Bibliographie der Primär- und Sekundärliteratur in deutscher Sprache*. Libertad Verlag, Berlin, Köln 1994, Einleitung, S. 17.

<sup>42</sup> Josef Pfitzner: *Bakuninstudien*, a.a.O. – Pfitzner (1901-1945), sudetendeutscher Historiker, Professor an der deutschen Universität in Prag. Politisch gehörte er zu den Protagonisten der vom Naziregime unterstützten Henleinbewegung. Während der deutschen Besetzung war er stellvertretender Bürgermeister von Prag, wurde nach dem Krieg als Kollaborateur zum Tode verurteilt und am 6. September 1945 hingerichtet.

<sup>43</sup> Näheres über Nikolaevskijs Dresdner Recherchen in Michael Bakunin: *Ausgewählte Schriften*. Herausgegeben von Wolfgang Eckhardt. Band 2, Einleitung, S. 14.

unterließ er es aber, dieses Material vollständig zu veröffentlichen. Pfitzner zieht es nur teilweise heran, es ist dabei ganz unmöglich, das Prinzip, das Pfitzner bei seiner Auswahl bestimmte, zu erkennen.<sup>44</sup>

So blieb die Veröffentlichung der Dresdner Bakuninakten bis heute in Ansätzen stecken. Auch der anarchistische Historiker Max Nettlau (1865-1944), der beste Bakunin-Kenner seiner Zeit, dem die Kenntnis und Erhaltung einer Vielzahl von Zeugnissen von und über Bakunin zu danken ist, hat die Bakuninakten nicht zugänglich machen können: Er trat die Bearbeitung dieses Materials an Carl Grünberg ab, den Herausgeber des Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.<sup>45</sup> Grünberg scheint auch in Dresden recherchiert zu haben;<sup>46</sup> gesundheitliche Gründe hielten ihn jedoch von dem Publikationsvorhaben ab.

## V. Exkurs: Die Prager Bakuninakten

Im Zusammenhang mit den Dresdner Bakuninakten müssen auch die österreichischen Prozeßakten gegen Bakunin erwähnt werden. Bakunin wurde am 13. Juni 1850 aufgrund eines Auslieferungsantrags an das Kaiserreich Österreich überstellt und erst in Prag, später in Olmütz interniert, wo er einem erneuten Gerichtsverfahren unterworfen wurde. Die Akten dieses Verfahrens trugen die Bezeichnung »1849. 8. Corps. Acten des General-Commando, Prag. Prozess Michael Bakunin«<sup>47</sup> und wurden nach Beendigung des Gerichtsverfahrens und Bakunins Auslieferung an Rußland in den Archiven des Wiener Kriegsministeriums deponiert.<sup>48</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Archivbestand dieses Ministeriums aufgeteilt und das Böhmen betreffende Aktenmaterial der tschechoslowakischen Regierung übergeben. Darunter befanden sich auch die österreichischen Prozeßakten Bakunins, die in den folgenden Jahren von den Bakuninforschern Václav Čejchan, Josef Pfitzner und Vjačeslav Polonskij im Prager »Vojenský archiv RČS« (Militärarchiv der Tschechoslowakischen Republik) ausgewertet wurden. Die Akten enthielten unter anderem Protokolle von Verhören Bakunins (etwa vom 15. Juni 1850)<sup>49</sup> sowie persönliche Papiere Bakunins: mathematische Übungshefte, ein von September bis Dezember 1849 reichendes Tagebuch sowie Reisenotizen.<sup>50</sup> Aber noch eine weitere Gruppe von Dokumenten wurde hier archiviert: Während der Verhöre Bakunins in Prag ließen die österreichischen Untersuchungsbehörden im Juni 1850 verschiedene Materialien aus den Dresdner Akten nach Prag kommen, die später in Vergessenheit gerieten und nicht mehr nach Dresden zurückgegeben wurden. Darunter befanden sich unter anderem die Briefe des Anwalts Franz Otto an Bakunin während seiner Haft auf der

<sup>44</sup> Zeitschrift für slavische Philologie, Leipzig, Band 11, Heft 3/4, Dezember 1934, S. 458.

<sup>45</sup> »Eine Materialgruppe«, schrieb Nettlau im Jahre 1930, »fehlt mir noch besonders – das umfangreiche Aktenmaterial der Dresdner und Prager Untersuchungen, 1849 bis 1851. Dieses hatte Professor Grünberg zu bearbeiten sich vorgenommen, was seine sonstige Tätigkeit verzögerte und seine Krankheit leider unmöglich machte.« (Max Nettlau: »Aeltere und neuere Arbeiten über Bakunin«. In: Die Internationale. Zeitschrift für die revolutionäre Arbeiterbewegung, Gesellschaftskritik und sozialistischen Neuaufbau. Herausgegeben von der Freien Arbeiterunion Deutschlands (Anarchosyndikalisten), Berlin, 3. Jg., Heft 11, September 1930, S. 247)

<sup>46</sup> So heißt es jedenfalls im Vorwort zu Vjačeslav Polonskij (Hrsg.): »Bakunin pered saksonskoj sledstvennoj komissije«. In: Proletarskaja Revoljucija, Moskau, Leningrad, Nr. 7 (54), Juli 1926, S. 165.

<sup>47</sup> Vgl. Materialy dlja biografii M. Bakunina. Herausgegeben von Vjačeslav Polonskij. Band 2, S. 698.

<sup>48</sup> Václav Čejchan: Bakunin v Čechách. Příspěvek k revolučnímu hnutí českému v letech 1848-1849. S dvěma přílohami. Nákladem Vojenského archivu RČS, Prag 1928, S. 100.

<sup>49</sup> Vgl. Josef Pfitzner: »Michael Bakunin und Preußen im Jahre 1848«. In: Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven, Breslau, N.F. Band 7, Heft 1, 1931, S. 242.

<sup>50</sup> Vgl. Josef Pfitzner: Bakuninstudien, S. 199 und 206.

Festung Königstein, die Briefe von Adolf und Mathilde Reichel an Bakunin aus derselben Zeit und ein ›Meine Vertheidigung an Herrn Advokat Franz Otto‹ überschriebenes Schriftstück Bakunins, das in den ersten Monaten des Jahres 1850 niedergeschrieben wurde und Bakunins Verteidigung vor den sächsischen Richtern dienen sollte. Der tschechische Bakuninforscher Václav Čejchan entdeckte diese Schrift im Prager Militärarchiv und veröffentlichte sie im Jahre 1928 in der deutschen Originalfassung.<sup>51</sup>

Die österreichischen Prozeßakten Bakunins scheinen heute verschollen zu sein. Im August/September 1940 wurden sie nach Wien abtransportiert und in die Bestände des Wiener Heeresarchivs eingereiht, dann aber aus Sicherheitsgründen wegen des Bombenkrieges nach Südmähren ausgelagert.<sup>52</sup> Nach Auskunft des Österreichischen Staatsarchivs wurden nach dem Zweiten Weltkrieg alle erhalten gebliebenen Archivalien an die tschechoslowakischen Archive zurückgegeben. Nach einer am 30. November 1950 in Znaim gefertigten Übergabeliste befanden sich darunter auch die Akten der ›Untersuchungskommission Hradtschin 1849-1853‹ (5 Faszikel) – zu den Bakuninakten unterblieb jedoch jede genauere Angabe. Im Prager ›Historický ústav armády České Republiky‹ fehlen jedenfalls heute gerade die Bakunin betreffenden Akten.

#### VI. Die Dresdner Bakuninakten in Moskau

Obwohl die Dresdner Bakuninakten den Zweiten Weltkrieg und die Zerstörung Dresdens am 13./14. Februar 1945 unbeschadet überdauert hatten, blieben sie dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv doch nicht erhalten. Im November 1945 nahm M. V. Osipov, Mitarbeiter am Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der VKP (B), in Deutschland die gezielte Suche nach Archivalien auf, die im weitesten Sinne für die Marx-Engels-Forschung relevant sein könnten, und requirierte mit Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) bis Februar 1946 unter anderem mehr als 1000 Bücher aus der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin.<sup>53</sup> Ferner wurde eine Vielzahl von Archivalien aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv Berlin und aus dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden beschlagnahmt, nach Moskau ins Zentrale Parteiarchiv beim Marx-Engels-Lenin-Institut abtransportiert und unter Verschluss gehalten, darunter auch der Lassalle-Nachlaß, der bis 1991 als verschollen galt.<sup>54</sup> Auch die Dresdner Bakuninakten gehörten zu dem requirierten Archivbestand: In einer bibliographischen Studie über Bakunin aus dem Jahre 1947 schrieb Heinrich Butte: »Der Hauptbestand, etwa 9 schwere Bände Untersuchungsakten gegen Bakunin [...] ist zur Zeit noch von der Archivabt. der SMA Dresden, Nordallee, beschlagnahmt u. war mir nicht zugänglich.«<sup>55</sup> Im Moskauer Parteiarchiv – in den Jahren 1956–1991 unter der Bezeichnung Zentrales Parteiarchiv beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der

<sup>51</sup> Václav Čejchan, S. 101-189.

<sup>52</sup> Diese und die folgenden Informationen entnehme ich einer brieflichen Mitteilung von Hofrat Dr. Rainer Egger, Direktor des Kriegsarchivs im Österreichischen Staatsarchiv, Wien, vom 8. April 1999.

<sup>53</sup> Richard Sperl: ›Die Marginalien in den Büchern aus den persönlichen Bibliotheken von Marx und Engels: ihr Stellenwert für biographische und wissenschaftsgeschichtliche Forschungen – Möglichkeiten und Grenzen ihrer Edition«. In: editio. Internationales Jahrbuch für Editionswissenschaft, Tübingen, Band 9, 1995, S. 154.

<sup>54</sup> Kyrill Anderson und Juri Amiantov: ›Die Sammlungen des Russischen Zentrums zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten zur Neuesten Geschichte«. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Hamburg, 1995, S. 216 und 218.

<sup>55</sup> Heinrich Butte: Über Michael Bakunins Dresdner Zeit. Zusammenstellung archivalischer Quellen. Typoskript, Dresden 1947, S. [1].

KPdSU – wurden die Akten im fond 192 geführt, der ausschließlich aus ehemals zum Sächsischen Hauptstaatsarchiv gehörigen Materialien aus der Zeit von 1814–1933 besteht.<sup>56</sup>

Die Bakuninakten galten fortan – wie der Lassalle-Nachlaß – als verschollen. Weder sowjetischen Wissenschaftlern wie Natal'ja Pirumova und Vladimir Grafskij, die über Bakunin forschten, noch DDR-Historikern wie Rudolf Franz und Rolf Weber, die sich mit dem Dresdener Maiaufstand beschäftigten, waren die Akten zugänglich. Rudolf Franz versuchte daher im Rahmen seiner grundlegenden Dissertation über ›Die Rolle der Arbeiter während des Dresdner Maiaufstandes von 1849‹ Bakunins Anteil anhand der von Polonskij besorgten Aktenpublikationen zu rekonstruieren:

»Leider habe ich nach den gerichtlichen Untersuchungsakten über Bakunin (etwa 12 umfassende Faszikel) vergeblich gesucht. Dieses Aktenmaterial ist von kaum zu unterschätzendem Wert, da es nicht nur Aufschluß über wesentliche Seiten der Tätigkeit Bakunins in Deutschland, sondern auch über die Tätigkeit deutscher Revolutionäre geben kann. Nach langem vergeblichem Bemühen wurden mir im Herbst 1965 in der Slavischen Bibliothek in Prag die umfangreichen Forschungsarbeiten sowjetischer Historiker der zwanziger Jahre zugänglich. Besonders die umfangreiche Edition der Bakuninakten, die V. Polonskij bearbeitet und herausgegeben hat, bedeuteten eine große Hilfe für den Fortgang meiner Untersuchung. Leider sind diese Materialien nicht im deutschen Original, sondern nur in russischer Übersetzung erschienen. Die von mir vorgenommene Rückübersetzung kann nur als Notbehelf betrachtet werden.«<sup>57</sup>

Dieser ›Notbehelf‹ hat sich mit dem Bekanntwerden der Existenz der Dresdner Bakuninakten in Moskau heute glücklicherweise erübrigt: Die Leitung der Nachfolgeinstitution des Zentralen Parteiarchivs (ZPA) der KPdSU, das 1991 gegründete ›Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii‹ (RC) in Moskau, publizierte erstmals einen Führer durch die Bestände des Archivs und sieht es nach den Worten der Direktoren Anderson und Amiantov als ihre Pflicht an, »einem breiten Kreis von Wissenschaftlern seine Bestände zugänglich zu machen und damit alle Beschränkungen des ehemaligen ZPA aufzuheben.«<sup>58</sup>

Möglicherweise als ersten kam die Öffnung des Moskauer Archivs den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ›Bakunin on CD-ROM project‹ zugute. Die Anfang der 90er Jahre am ›Internationalaal Instituut voor Sociale Geschiedenis‹ (IISG), Amsterdam, gegründete Projektgruppe hat die Aufgabe, das Gesamtwerk Bakunins auf CD-ROM zu publizieren und erhielt 1994/1995 Mikrofilme der Dresdner Akten aus Moskau. Dem Vernehmen nach werden aus den Akten allerdings nur Bakunins Manuskripte und Briefentwürfe auf der CD-ROM Berücksichtigung finden – die Protokolle der Aussagen Bakunins, die zugehörigen amtlichen Schriftstücke und die Briefe an Bakunin sollen dagegen nicht publiziert werden. So wird wohl trotz der Verfügbarkeit der Akten in Moskau eine vollständige Publikation der Dresdner Bakuninakten auch in den kommenden Jahren noch auf sich warten lassen.

<sup>56</sup> Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii. Kratkij Putevoditel'. Fondy i kollekcii, sobrannye Central'nym partijnym archivom. Izdatel'stvo ›Blagovest‹, Moskau 1993, S. 177 und 202.

<sup>57</sup> Rudolf Franz: Die Rolle der Arbeiter während des Dresdner Maiaufstandes von 1849. Dissertation an der Historisch-Philologischen Fakultät der Pädagogischen Hochschule Potsdam, 1967, S. 12.

<sup>58</sup> Kyrill Anderson und Juri Amiantov, S. 215.

Anhang: Die Dresdner Bakuninakten in Moskau

Aktenbezeichnung	ehem. Signatur im HStA Dresden	heutige Signatur im RC Moskau
Acta wider den Literat Michael Bakunin. Vol. I <sup>a</sup> Ergangen vor der Criminal-Abtheilung des Stadtgerichts zu Dresden, 1849.	Amtsgericht Dresden 1285 <sup>a</sup>	фонд 192, опись 1, дело 11
Acta wider den Literat Michael Bakunin. Vol. I <sup>b</sup> Ergangen vor der Criminal-Abtheilung des Stadtgerichts zu Dresden, 1850.	Amtsgericht Dresden 1285 <sup>b</sup>	фонд 192, опись 1, дело 12
Acta die, von auswärtigen Behörden eingegangenen u. erledigten Requisitionen wegen des hier in Untersuchung befindlichen Literat Michael Bakunin. Vol. II Ergangen vor der Criminalabtheilung des Stadtgerichts zu Dresden, 1849.	Amtsgericht Dresden 1285 <sup>c</sup>	фонд 192, опись 1, дело 13
Acta die, auf Antrag der Kaisrl. Königl. Ruß. Gesandtschaft u. Intervention der Kaisrl. Königl. Oester. strafgerichtlichen Commission zu Dresden geführte Untersuchung wider den Literat Michael Bakunin wegen Hoch- und Staatsverrath betr. Vol. III Ergangen vor der Criminalabtheilung des Stadtgerichts zu Dresden, 1849.	Amtsgericht Dresden 1285 <sup>d</sup>	фонд 192, опись 1, дело 14
Fascicul Requisitionen der K. K. österreichischen strafgerichtlichen Untersuchungs-Commission aus Prag, Bakunin und Röckel betr.	Amtsgericht Dresden 1285 <sup>e</sup>	фонд 192, опись 1, дело 15
Beweisstücke zur Untersuchung gegen den Literat Michael Bakunin. Vol. I enth: Correspondenz in französischer, polnischer, ruthenischer und russischer Sprache.	Amtsgericht Dresden 1285 <sup>f</sup>	фонд 192, опись 1, дело 75
Beweisstücke zur Untersuchung gegen den Literat Michael Bakunin. Vol. II enth: Schriftliche Arbeiten in russischer, polnischer, französischer und serbischer Sprache.	Amtsgericht Dresden 1285 <sup>g</sup>	фонд 192, опись 1, дело 76

Beweisstücke zur Untersuchung gegen den Literat Michael Bakunin. Vol. III enth: Deutsche Correspondenz.	Amtsgericht 1285 <sup>h</sup>	Dresden	фонд 192, опись 1, дело 77
Beweisstücke zur Untersuchung gegen den Literat Michael Bakunin. Vol. IV enth: Schriftliche Arbeiten in deutscher Sprache.	Amtsgericht 1285 <sup>i</sup>	Dresden	фонд 192, опись 1, дело 78
Beweisstücke zur Untersuchung gegen den Literat Michael Bakunin. Vol. V enth: Namennotizen, Legitimationen, Notizen, anscheinend Generalbaßlehre betr., und Drucksachen in deutscher, französischer und polnischer Sprache.	Amtsgericht 1285 <sup>k</sup>	Dresden	фонд 192, опись 1, дело 79

Bernd Kramer

## O nein Bruder! Der Deutsche ist ein zivilisierter Mensch...

Bakunin erscheint als militärischer Kommandant in Dresden; der ehemalige Artillerieoffizier lehrt Professoren, Musiker und Pharmazeuten, die zu den Waffen gegriffen haben, das Kriegshandwerk, [...] er gibt ihnen den Rat, die ›Madonna‹ von Raphael und die Bilder von Murillo auf die Stadtmauern zu stellen und sich mit ihnen vor den Preußen zu schützen, die zu *klassisch gebildet* seien, um es zu wagen, auf Raphael zu schießen.<sup>1</sup> Als ihn jemand fragte, ob er ebenso handeln würde, wenn es gälte, sich vor der russischen Armee zu verteidigen, antwortete er: »O nein, Bruder! Der Deutsche ist ein zivilisierter Mensch, doch der Russe ein Wilder; er wird nicht nur auf Raphael schießen, sondern sogar auf die Mutter Gottes, wenn es die Vorgesetzten verlangen. Gegen russisches Militär mit seinen Kosaken wäre es sündhaft, solche Mittel zu gebrauchen – das Volk würde man nicht retten, und Raphael würde man zugrunde richten!«<sup>2</sup>

Bakunins grandiose Idee, die Sixtinische Madonna auf eine der Stadtmauern Dresdens zu plazieren, sie der Zerstörung durch preußischen Beschuß auszuliefern, wird in den Standardwerken zur Dresdner Mai-Revolution kaum bzw. gar nicht erwähnt.

Weshalb Bakunin nun seine Idee nicht realisierte, wer oder was ihn daran hinderte – wir wissen es bis jetzt nicht. So bleibt uns nur die Möglichkeit, darüber zu spekulieren, was die Realisierung seines Planes bedeutet hätte bzw. was wir davon zu halten haben, wenn ein Kunstwerk in politische Auseinandersetzungen hineingezerzt wird.

Die *Madonna*, ein Weib als Kugelfang ? Schnellblickend ist das nicht sehr charmant. Eine Dame dem kriegerisch öffentlichen Raum auszusetzen, diese magische Beschwörungsgeste, dieser Abwehrzauber, wird kriminologisch als »gemeinschaftliche Sachbeschädigung« bezeichnet – und ist strafwürdig.

Verweilen wir weiter bei Bakunins Idee: Aus der Intimität des Museums wird ein »unschätzbares Kunstwerk« in den profanen Raum gezerrt, sein Totalverlust riskiert. Eine psychologische Definition hierzu: »Die ›konstruktiven‹ Kunstzerstörer besitzen die subjektive Gewißheit, der ideelle Verlust, also der von ihnen (den Kunstzerstörern) angerichtete Schaden, werde bei weitem durch das eigene Anliegen aufgewogen, das sich mit der Tat verbindet.«<sup>3</sup>

Nun, hätte Bakunin das Bild der *Madonna* hochgehalten, das preußische Militär hätte es selbstverständlich mit Bleikugeln belegt. – »Kultische« Symbolzertrümmerungen sind nichts Neues. Ein Beispiel: 87 Jahre nach der Mai-Revolution 1849 wird berichtet, daß im Spanischen Bürgerkrieg 1936, während der Belagerung der Festung Alcázar bei Toledo, einige Milizionäre drohend eine Christusstatue hochhielten und den Faschisten innerhalb der Festung zuriefen: »Hier haben wir den ›Christo de la Vega! Wir werden ihn verbrennen. Wenn ihr Katholiken seid, dann kommt raus und kämpft mit uns. Wir würden euch daran hindern, wenn wir eine Statue von Lenin hätten.«<sup>4</sup>

Wir wissen: Raphaels Bild war für Kultushandlungen im klerikalen Raum bestimmt, für eine Gebetsgemeinschaft, denen dieses Bild zur Pflege an den Tod diene. Bakunin waren derartige nekrophile Ambitionen fremd. Aber er erlag der Magie des Bildes, war von ihr durch-

<sup>1</sup> Alexander Herzen, *Mein Leben. Memoiren und Reflexionen*, Band 3, Berlin 1962, S. 452.

<sup>2</sup> Hans-Karl Tannewitz, *M. A. Bakunins publizistische Persönlichkeit, dargestellt an seiner politisch-journalistischen Arbeit 1849 in Dresden*, Diss. Berlin 1962, S. 109.

<sup>3</sup> Peter Moritz Pickshaus, *Kunstzerstörer. Fallstudien. Tatmotive und Psychogramme*, rowohlt's enzyklopädie kulturen und ideen, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 208.

<sup>4</sup> Bruce Lincoln, *Revolutionäre Exhumierungen in Spanien – Juli 1936*, in: *Vom Wesen der Anarchie & Vom Verwesen der verschiedenen Wirklichkeiten*, Berlin 1989, S. 143 f.

drungen; er wollte also die Bilder auf die Stadtmauer stellen, muß also an die *Macht des Bildes* geglaubt haben. – So wird er eindeutig zum »Anti-Reformator«; im Gegensatz zu Luther, der an die »Vernunft« seiner Zeitgenossen appellierte – nicht das *Bild*, sondern das *Wort* habe im Mittelpunkt zu stehen (*Am Anfang war das Wort*) –, muß Bakunin intuitiv der Kraft des Bildes, der Bilder vertraut haben. Luther attackierte das Sehen, das Bild ist zu *sinnlich, verführt*. Er war gegen *Kultbilder*, weil sie »anstelle Gottes« verehrt würden. (Die hervorragendste antikerikale Malerei ist die des Meisters Rubens: Wer so prächtig barockes Fleisch auf die Leinwand bringt, der hat nur Gutes im Sinn, er ist *von Sinnen*).

Beachtenswert: Kunstwerke als Geiseln! Bakunin kannte den künstlerischen und materiellen Wert der Kunstwerke Raphaels und Murillos und dennoch plante er, sie in die direkte politische Konfrontation einzubeziehen. In seiner Vorstellung schienen die Bilder zwei Funktionen, zwei Aufgaben gehabt zu haben: Eine soziale und eine mythologische. Die soziale *Bindung*: das Außergewöhnliche, die Revolution und das Mythologische: Die *Bannung*, Schutz vor der Zerstörungswut der preußischen Armee.

Bindung und Bannung, welch wunderbare Idee des rabiaten Romantikers und militanten Mystikers. Platt und nach einem schalen Happening schmeckend dagegen z. B. die Forderung Marcel Duchamps: »Nimm einen Rembrandt als Bügelbrett.«<sup>5</sup> Ein weiteres Beispiel für den »sensiblen« Umgang mit Rembrandt: Sinngemäß soll Giacometti auf die Frage, ob ein berühmtes Gemälde wichtiger sei als ein Leben, geantwortet haben: »Wenn ein Haus in Flammen steht und in ihm befindet sich ein Rembrandt und eine Katze, ich würde die Katze retten.«<sup>6</sup>

Kritiker werden einwenden, Bakunins geplante Barbarei – der Transport der musealen Kunstwerke auf die Stadtmauer – hätte unweigerlich zu ihrer Zerstörung geführt, und die Frage wäre aufgetaucht: Wer waren die Täter? Bakunin oder die bewaffnete Staatsmacht? Bakunins Idee, Kunstwerke als Zitat, als Hinweise auf unhaltbare gesellschaftliche Zustände zu benutzen, zweidimensionale Bilder in den vierdimensionalen Raum, in die politische Zeit zerren zu wollen, das ist sein unvergeßlicher Verdienst.

Vielleicht hatte Bakunin während des Dresdner Aufstandes Zeit gefunden, über die *Sixtinsche Madonna* von Raphael<sup>7</sup> nachzudenken? Es könnte doch sein, denn links im Bild sehen wir Papst Sixtus II., in der Mitte die Madonna, den »Erlöser« quasi als Trophäe präsentierend, barfüßig auf dem Globus stehend, und rechts die Heilige Barbara, die Patronin der *Sterbenden*, Schutzheilige der *Artillerie* und der *Soldaten*. – Welches Bild hätte besser zu der aktuellen Situation in Dresden gepaßt? Sterbende – Soldaten – Artillerie.

Das Bild: »Das Kirchengebete erfleht ein Zeigen nach dem Erdenleben, also für einen Toten, damit ihm durch die Anschauung des Kindes neues Leben geschenkt werde. Damit zieht für uns der Todesgedanke, der in Barbara deutlich wurde und in Sixtus vielleicht lebt, nun auch in die Darstellung der Madonna mit dem Kinde herüber, und wir können die Erklärung der

<sup>5</sup> Peter Moritz Pickshaus, *Kunstzerstörer*, S. 18.

<sup>6</sup> Ich hatte in einem Brief an den Kölner Maler Harmut Lincke auf Bakunins Plan aufmerksam gemacht; daraufhin dieser Hinweis. Im Frühjahr 1989 gab es eine Ausstellung und einen Katalog: Harmut Lincke, *Körper ohne Echo. Zeichnungen und Bilder* zu Richard Wagner, Köln März-April 1989.

<sup>7</sup> Karl Marx: »Raffael, so gut wie jeder andere Künstler, war bedingt durch die technischen Fortschritte der Kunst, die vor ihm gemacht waren, durch die Organisation der Gesellschaft und die Teilung der Arbeit in seiner Lokalität und endlich durch die Teilung der Arbeit in allen Ländern, mit denen seine Lokalität im Verkehr stand. Ob ein Individuum wie Raffael sein Talent entwickelt, hängt ganz von der Nachfrage ab, die wieder von der Teilung der Arbeit und den daraus hervorgegangenen Bildungsverhältnissen der Menschen abhängt.« In: Karl Marx/Friedrich Engels, *Deutsche Ideologie*, MEW, Band 3, Berlin 1959, S. 378.

vier Personen dahin vereinigen, daß die Madonna auf Bitten der Barbara, der sich auch Sixtus anschließt, ihr Kind niederwärts trägt, um mit seiner Anschauung einen Toten zu beglücken. Bei dieser Annahme kann die Deutung, als solle die Madonna durch Schönheit wirken, nicht länger bestehen; in tiefem Ernst ist sie wie alles um sie herum getaucht: wir ahnen Todesnähe.<sup>8</sup>

Der kriegführende Papst Julius II., auch ein feinsinniger Mäzen, gab im Juni 1512 das Bild in Auftrag, (es kostete 25.000 scudi<sup>9</sup>), als die Vertreibung der Franzosen aus Oberitalien »abgeschlossen«<sup>10</sup> war.

Im Mai 1849 wäre beinahe die *Turnerin im Bademantel*<sup>11</sup> von den christlichen Preußen »erschossen« worden. – *Wir ahnen Todesnähe* = erschossen: Die Aufständischen.

Noch mal im Konjunktiv: Hätte Bakunin die Madonna<sup>12</sup> auf die Stadtmauer gestellt, vielleicht hätte es keine Toten gegeben ...

\*\*\*

Während meiner Recherchen stieß ich auf ein Fragment, in dem eine nicht namentlich genannte Zeitzeugin berichtet, Bakunin habe ein Zwiegespräch mit der *Sixtinischen Madonna* geführt; im Epilog schreibt sie:

»anno domini, des Jahres achtzehnhundertneundvierzig, wir schreiben den 4. Mai, sitzt der Russe Bakunin, abends gegen 9 Uhr, im Dresdner Rathhaus; Cigarre rauchend, an einem Pulverfaß gelehnt. Er und seine Kampfgefährten und Gefährten discutiren seinen unglaublich anmuthenden Plan, morgen, am Sonnabend in aller Frühe, Bilder aus der Gemäldegalerie zu holen, um sie auf die Stadtmauer zu placiren. Bakunin plädirt für das Bild von *Raphael von Urbino, der Sixtinischen Madonna*. Leichter Unmuth bei den Männern, aber die anwesenden Frauen nicken zustimmend. Heubner ist der gleichen Meinung wie Léon Blois, der einst spottete, diese Madonna sähe aus wie eine *Turnerin im Bademantel*. – Nach und nach verlassen die Anwesenden das Rathhauszimmer, nur Bakunin bleibt. Als er sich erhebt, um aus dem Actenschrank noch eine Flasche Wein und Cigarren zu holen, wird die gewaltige Flügelthüre geöffnet und die Sixtinische Madonna betritt den Raum. Mit einem leicht angedeuteten Hofknicks reicht sie ihm ihre blasse Hand. Sie lächelt. Spöttisch herablassend? Traurig? Wehmüthig? Sie bebiegt sich zum Canapé, setzt sich und streift ihre langen dunkelbraunen Haare aus der Stirne zurück.«<sup>13</sup>

Die Chronistin vermerkt zum folgenden Zwiegespräche, daß es im nötigen Ernst geführt worden sei.

<sup>8</sup> Raphael von Urbino. Leben und Werk, dargestellt von Wilhelm Kleber, Stuttgart 1979, S. 411.

<sup>9</sup> Das war eine gewaltige Summe: 1 scudo = 1 tallero = 1 zecchino. Die Zechine als Goldmünze mit ca. 34,82 – 35,2 Gramm 986/1000 Gold kann man zum aktuellen Goldwert selbst hochrechnen, ebenso den entsprechenden scudo in Silber mit 22,5 g fein. Vergleichbar ist er mit dem deutschen Taler, dessen Wert im Zeitraum von 1776–1818 mit 16,00 – 12,25 RM gerechnet wurde. 16 bzw. 12,25 = 10,4 Mio. DM bzw. 7,9625 Mio. DM. Für diese numismatische Recherche danke ich ganz herzlich U. E. G. Schrock (Hameln).

<sup>10</sup> Raphael von Urbino..., S. 411.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 131.

<sup>12</sup> Es gibt schon beinahe okkulte Zusammenhänge: Vom Juli 1760 bis zum 3. Mai 1763 befand sich die Sixtinische Madonna auf der Festung Königstein, in der Bakunin im »Zimmer« 9 inhaftiert war.

<sup>13</sup> Anonym, o. O., o. J.

»Das Zwiegespräch:

»Monsieur Bakounine. Es ist doch etwas anderes, Bilder in Museen hängen zu sehen; demnach ganz anderes ist es wohl, sie am Orte ihrer ursprünglichen Bestimmung oder gar noch in die Lebenszusammenhänge verwoben vorzufinden, für die diese Gemälde geschaffen wurden. Am fremden Orte sind sie wie abgehaene Glieder eines Organismus, in einem gewissen Sinne abstract. Ja selbst ich bin nicht das, was ich wäre, wenn ich der vor dem Sacrament erschauenden Gemeinde in den Wolken des aufsteigenden Weihrauchs erschiene. – Monsieur Bakounine! Ihre Idee, mich des Weihrauchs zu berauben und mich stattdessen in den aufsteigenden Pulverquahl und den Kartätschenkugelhagel der preußisch-protestantischen Peloten zu zerren, dies entbehrt sowohl des Anstandes, als auch der Etikette. Michael, erinnern Sie sich, Sie waren, nein Sie sind adeligen Geblüths; Ihr waaghalsiger Unsinn, der von der wirren Vorstellung gespeist wird, diese Preußen würden nicht *schießen*, dies ist die Unartheit eines Anarchisten. Wie eh und je: Sie sind zwar ein höflicher Atheist, aber dennoch ein miserabler Mystiker.

Bakunin schien gereizt, doch dem war nicht so. Er bot ihr ein Glas Wein an, welches sie allerdings, nicht unbedingt mit gezielter Geste, aber doch sanftbestimmt zurückwies.

»Madame, Sie wissen besser als ich, in welcher Gesellschaft Sie sich bewegen. Diese *Hunde Gottes*, diese *Dominikaner*, waren doch nicht von einem derartigen kindlichen Gemüthe wie Sie! Diese Gottesknechte verlangten für Raphaels Bild 36.000 scudi! Nun gut, man gab diesen Herrschaften dann immerhin noch 25.000, und vergessen Sie nicht die erheblichen Summen für Geschenke und für den Transport nach Dresden.

Ich kenne deren sakrale Mathematik: *zwei x zwei = GOTT*. Und, Verzeihung, hinter ihrem Rücken wurden Sie verhöhnt! Dieses Männerpack! Spottseifer lief denen von ihren ungekübten Lippen; man verspottete Sie, *auf dem Fußschemel Gottes, unserer Erde zu stehen!!!*

»Monsieur Bakounine, weshalb quälen Sie mich?«

»Madame, Goethe schrieb Ihnen doch:

*...der Erdball zu Füßen,  
im Arme den süßen,  
den göttlichen Knaben,*

und neben Ihnen lächelt die Heilige Barbara, die Pionierin der Sterbestunde; verlangen Sie bitte von mir keine aristokratische Zurückhaltung. Was predigen diese Hunde Gottes? *Durch Christi Mund wird ein Schwert gehen!*

Chère Madame, Sie haben es auf unbegreifliche Art und Weise – und ich muß, pardon, hinzufügen, auf unredlichem Grunde – besser als unsereins: Sie leben *ohne* Außenwelt! Sehen Sie sich Ihr Bild an!!! – Doch wir hier in Dresden an den Barrikaden, wir wissen, daß nicht Christus das Brod herbeischafft – sondern die Eisenbahn, und, nochmals pardon, daß die Sonne mehr vermag als Ihr HERR, Jesus Christus, oder? Ihnen ist doch sicherlich einleuchtend, es giebt keine christlichen Pflanzen, keinen christlichen Holunder, keinen christlichen Wein!«

»Monsieur! Ich bitte Sie, das ist blasphemisch!«

Nun schien Bakunin, gelinde ausgedrückt, unwirsch werden zu wollen, doch als er den elegischen Blick seines Gegenübers wahrnahm, erwiderte er sanftmüthig:

»Madame! Blasphemisch? Das sagen Sie in *dieser* Zeit?! Zu dieser Stunde?! *W i r* ahnen die *Todesnähe!* Bald werden wir mit Ihrer Gefährtin, der *Schutzpatronin*, vorliebnehmen müssen; denn, cara mia, Signora aus Piacenza, es wird bitter ernst: Der Kriegsminister, Oberst von **Rabenhorst** wird dem Oberleutnant **Funke**, ohne Beglaubigung, außer seiner Uniform, diesen Befehl (es ist übrigens nur ein *mündlicher*) geben: Funke soll auf der Eisenbahn nach

Burgsdorf (erste preußische Station der Röderau-Jüterbogker Bahn) fahren, die königlich preußischen Truppen, welche entweder daselbst oder doch in den nächsten Ortschaften in Bereitschaften sind, zu sofortiger Unterstützung der Dresdner Garnison requiriren, sodann nach Berlin eilen und daselbst die königlich preußische Regierung um die bereits zugesagte **ausgedehntere Truppen-Unterstützung ersuchen!**«

Kein aufwallendes Erschrecken, nur feingliedrige Schmerzsspuren umwölkten, bemächtigten sich ihrer zarten Gesichtszüge:

›Monsieur Bakounine, eines stimmt: Ich lebe ohne Außenwelt; und doch, die Welt hat mich. Was soll ich wundersames Weib denn tun? Wissen Sie, wer mich sah, mich kopierte, Sonnettes, Novellen, Gedichte, kunsthistorische Abhandlungen über mich verfaßte? Einige werden Sie bestimmt kennen. Oder? Sie wissen, ich weigere mich im Frühling das Alphabet auf einen Zettel zu schreiben, um gegen die Fallsucht gefeit zu sein; so nenne ich Ihnen meine Verehrerinnen und Verehrer, an die ich mich erinnern kann: Napoleon (ja, ja, auch ich mag ihn nicht), Thoedor Körner, Stendhal, E.T.A. Hoffmann, Kleist, Runge, Herder, Morgenstern, Schlegel, Sophie Mereau-Brentano, Goethe, Achim von Armin... – Sie sind verblüfft, nicht wahr?

Und außerdem, der Franzose Manet entlieh sich für sein Gemälde *Die Erschießung Maximilians* meine beiden Engel; der Deutsche Böcklin übernahm das Wolkenlicht und die Vorhänge für sein Triptychon *Mariensage* – und, um Ihre Skepsis zu mildern, der große Picasso kopierte oder besser ›zitierte‹ mich in seinem Bilde *Mutter und Kind*. Was sagen Sie nun?«

Michail Alexandrowitsch Bakunin, völlig übermächtig, ist eingeschlafen.«

**Volker Knüpfer**

**Karl Ernst Richter –**

**Der liberale Wortführer von 1830 und der Dresdner Maiaufstand 1849**

Als Robert Blum am 19. März 1848 auf dem Kornmarkt in Zwickau vor einer begeisterten Menschenmenge sprach, erwähnte er ausdrücklich einen Mann, dessen couragiertes Wirken für bürgerlichen Fortschritt nunmehr schon über 15 Jahre zurück lag, der aber noch immer große Popularität genoß. Die Rede war von dem Zwickauer Karl Ernst Richter. Ihn, der Mitte der 30er Jahre seine Heimat verlassen mußte, zunächst in die USA auswanderte und sich seit 1836 in der Schweiz aufhielt, feierte Blum als den eigentlichen Pionier der antifeudalen Opposition in Sachsen.

Karl Ernst Richter war bereits während des ersten großen gesellschaftlichen Modernisierungsschubs Anfang der 30er Jahre eine schillernde Persönlichkeit des politischen Lebens. Er kann als Vater des populären Frühliberalismus und Wegbereiter einer verbreiteten politischen Presse in Sachsen gelten.<sup>1</sup> Seine seit 1827 herausgegebene Wochenschrift »Die Biene« machte er zu einem viel gelesenen Kampfblatt für bürgerliche Emanzipation. Mit Beginn der Reformen gelangte Richter in wichtige politische Funktionen. In Zwickau wurde er 1832 Stadtrat und Vizebürgermeister, im gleichen Jahr wählten ihn seine zahlreichen Anhänger in die II. Kammer des konstitutionellen Landtages.

Das geistige Fundament und die politischen Basisideen Richters wurzelten tief im aufklärerischen Vernunftdenken.

Er stand fest in der Tradition eines liberalen, konsequenten Reformdenkens, das auch demokratische Zielstellungen nicht ausschloß. Stets trat er dem gewaltsamen revolutionären Umsturz entgegen. Nach seinem Verständnis waren rechtzeitige Reformen die wirkungsvollste Revolutionsprophylaxe. Am Beginn der sächsischen Reformära 1831 schrieb er voller Optimismus: »Reform ist die große Losung unserer welthistorisch wichtigen Zeit und sie wird Revolution, wo man ihr mit Trotz entgegentritt.«<sup>2</sup> Seine damalige politische Konzeption und der Versuch ihrer praktischen Umsetzung bedeuteten einen wichtigen Einschnitt in der Entwicklung der frühliberalen Strömung in Sachsen und zugleich eine Antizipation späterer Handlungsmuster und Ziele der liberalen und demokratischen Bewegung.

Karl Ernst Richter und sein Bruder, der Chemnitzer Advokat Moritz August Richter, waren nach 1830 jene intellektuellen Führungskräfte, die in Auseinandersetzung mit den auf Kompromiß beruhenden Staatsreformen die Herausbildung einer radikal-reformerischen Minderheit mit partiell demokratischen Ansätzen innerhalb der liberalen Strömung vorantrieben. Erstmals wurde jetzt auch in Sachsen in den Keimformen eine deutliche Differenzierung liberaler Kräfte sichtbar, die sich im späten Vormärz und besonders in der 48er Revolution voll ausprägen sollte.

Richters radikal-reformerisches Alternativkonzept zum gemäßigten Reformkurs der Regierung Lindenau zeigte sich 1832/33 am deutlichsten im Ringen um eine Agrarreform nach dem Prinzip der entschädigungslosen Aufhebung der Feudallasten, ein Prinzip, das im fun-

<sup>1</sup> Quellen- und Literaturangaben wurden auf ein Minimum reduziert. Die Angaben zu Richters Wirken bis 1835 stützen sich auf: Volker Knüpfer: *Presse und Liberalismus in Sachsen. Positionen der bürgerlichen Presse im frühen 19. Jahrhundert*, Weimar, Köln, Wien 1996; *Zur Biographie Richters (Schwerpunkt bis Mitte der 1830er Jahre)* vgl. auch Michael Hammer: *Karl Ernst Richter – ein früher sächsischer Liberaler zwischen Reform und Revolution*, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte*, Bd.66 (1996), S. 183–207.

<sup>2</sup> Karl Ernst Richter: *Der Prediger und unsere Zeit...*, Zwickau 1831, S. 3.

damentalen Gegensatz zum 1832 erlassenen Ablösungsgesetz und darüber hinaus zur gesamten gemäßigten Reformpolitik stand und das in Sachsen erst wieder unter dem Einfluß der Demokraten seit Herbst 1848 klar artikuliert wurde.

Die Strategie des liberalen Wortführers zielte hier auf radikale Reformen im legalen Rahmen bei klarer Ablehnung jeglicher revolutionärer Gewalt. Richter erwartete entsprechende Schritte zur Korrektur und Vertiefung der Reformen vom neuen, konstitutionellen Landtag. Zugleich aber orientierte er auf das Potential legaler oppositioneller Bewegungen außerhalb des Landtages. So initiierte er 1832/33 über seine Zeitschrift und im engen Zusammenwirken mit seinem Bruder Volksversammlungen auf Dörfern des Chemnitzer Umlandes sowie eine sich schnell ausbreitende Petitionsbewegung. Die so ausgelöste bäuerliche Protestwelle sollte den Landtag zur Verhandlung über völlig neue Agrarreformgesetze mit dem Grundsatz der entschädigungslosen Abschaffung der Feudallasten bewegen. Damit kam es in Sachsen zu einem ersten nennenswerten Versuch, im Rahmen der Kammerpolitik und zugleich unter gezielter Einbeziehung einer Volksbewegung konsequent antifeudale Reformen durchzusetzen. Obgleich es zu dieser Zeit nicht gelang, in Wechselwirkung von Volksbewegung und Kammeropposition den Reformprozeß zu vertiefen, verdient die Initiative Richters Hervorhebung; nahm sie doch in ihrer Verbindung von parlamentarischer Orientierung und außerparlamentarischer Bewegung Grundelemente späterer politischer Strategie demokratischer Kräfte in der Revolution 1848 vorweg.

Der Konflikt Richters mit dem gemäßigten Reformkurs der Regierung führte 1833 zur Unterdrückung seiner Zeitschrift und zu Berufsverbot sowie Gefängnis- bzw. Verbannungsurteil für den Altvorderen der Opposition.

Nach Ausbruch der Revolution zögerte Karl Ernst Richter nicht, wieder die politische Bühne in Sachsen zu betreten. Er kehrte nach Zwickau zurück und gab von Mitte Mai 1848 bis Ende 1849 erneut die »Biene« heraus. Es war vor allem seine nachhaltige Wirkung als Symbolfigur der frühen antifeudalen Opposition, die ihm schnell wieder größere Resonanz verschaffte. Aber auch die publizistische Auseinandersetzung mit der Politik der Märzregierung, die er zunehmend als »Politik des Stillstandes«, als »sogenannten faulen Frieden« kritisierte sowie seine konsequente Unterstützung der Bewegung für ein demokratisches Wahlgesetz und das Einkammersystem in Sachsen fielen auf fruchtbaren Boden.<sup>3</sup> So fand sein Blatt wiederum beachtliche Aufmerksamkeit. Im Sommer und Herbst 1848 lud man ihn als Redner in große, von den Vaterlandsvereinen getragene Volksversammlungen ein. Dort wurde der »Bienenater«, wie ein Zeitgenosse liebevoll schrieb, »mit der ungetheilten Freude« begrüßt.<sup>4</sup> Richter argumentierte hier wie in seiner Zeitschrift im Sinne der gemäßigten Kräfte und versuchte immer wieder den Brückenschlag zu den Liberalen. Als im Sommer 1848 innerhalb der Vaterlandsvereine die Auseinandersetzungen um die Staatsform einen ersten Höhepunkt erreichten, unterstützte er jenen Flügel der demokratischen Bewegung, der weiterhin auf die einzelstaatliche Monarchie setzte, sie aber in demokratische Staatseinrichtungen einzubinden beabsichtigte. So forderte Richter in der »Biene« im Juni 1848: »Reformieren wir alles was zu reformieren ist, säumen wir nicht, die »allerbreitesten demokratischen Grundlagen« unseren Monarchien unterzulegen...«.<sup>5</sup> Mit der Formel »Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage« zielte Richter auf den Schlußschluß mit den sächsischen Liberalen, die diesen Grundsatz in April 1848 in ihr Programm aufgenommen hatten.

<sup>3</sup> Die Biene, 1848, 23.5., S. 15; 1.6., S. 36; 6.6., S. 38; 22.6., S. 66.

<sup>4</sup> Die Biene, 1848, 21.9., S. 221f.

<sup>5</sup> Die Biene, 1848, 6. 6., S. 38.

Richter vermied es, sich politisch-organisatorisch zu binden. Einem Vaterlandsverein gehörte er nicht an, doch wurde er von der Anhängerschaft der Vaterlandsvereine des Reichenbacher Wahlkreises im Dezember 1848 in den Landtag gewählt.

Obwohl er die fehlende Bereitschaft der Märzregierung zur Kooperation mit dem demokratischen Landtag kritisierte, setzte sich Richter in seiner Zeitschrift für eine Vermittlung zwischen Kabinett und Landtag ein. Das entsprach der Taktik der linken Kammermajorität, die nicht sofort die Regierung mit einem massiven Forderungsdruck konfrontieren wollte.

Die Auseinandersetzungen um den weiteren Weg der Revolution in den ersten Monaten 1849 drängten auch Richter bald zu grundsätzlichen Positionsentscheidungen, Entscheidungen, die seine Haltung zum Maiaufstand wesentlich mit prägten.

Mit der Herausbildung und dem wachsenden Einfluß eines radikal-revolutionären Flügels im politischen Spektrum, grenzte sich Richter zunehmend von diesen äußersten Linken um Samuel Erdmann Tzschirner ab. Zunächst geschah das noch vorsichtig. Im März kritisierte die »Biene« zwar den Bruch der äußersten Linken mit den gemäßigten linken Landtagsabgeordneten als »politischen Fehltritt«, zugleich bewertete sie aber Tzschirners Auftreten im Parlament differenziert. Richter schrieb am 15. März 1849 in seinem Blatt: »Auch ich bedauere, daß der so tüchtige, mutige, beredte Tzschirner sich nicht ein wenig mehr mäßigen kann...«.<sup>6</sup>

Je deutlicher jedoch die äußersten Linken einen radikalen Standpunkt einnahmen, um so entschiedener trat Richter gegen sie auf. Anfang April 1849 erklärte er: »Was mich betrifft, so konnte ich mich nicht entschließen zu diesem Klub zu treten, weil ich die Art Demokratie entschieden verwerfe, wozu sich die Mitglieder desselben zur Zeit hinzuneigen scheinen.«.<sup>7</sup>

Richter begrüßte deshalb die nach der Generalversammlung der sächsischen Vaterlandsvereine im April 1849 erneut einsetzenden Bestrebungen zur Bildung einer eigenständigen Organisation des gemäßigten Teiles der Vaterlandsvereine. Zugleich griff er die Radikalen um Tzschirner scharf an. Von sich selbst meinte er: »... der Bienenvater ist wahrhaft glücklich, daß er vom demokratischen Standpunkte aus zuerst seine Granaten auf jene wilde Gesellschaft geschleudert hat.«.<sup>8</sup> Im Gegensatz zur radikal-revolutionären Gruppierung um Tzschirner, lehnte Richter, getreu seiner politischen Basisüberzeugung, jeden gewaltsamen Vorstoß zur Weiterführung der Revolution ab.

Mit der wachsenden Stärke radikaler Kräfte in den Vaterlandsvereinen verlor Richter im Frühjahr 1849 merklich an Zuspruch. Hatte er Anfang der 30er Jahre immer wieder gesellschaftlichen Veränderungswillen mobilisiert, so war seine jetzige Meinung, mit dem »relativ Guten« zufrieden zu sein, wenn das »absolut Beste« nicht auf einmal erreichbar ist, kaum geeignet, im Sinne der weiter drängenden Radikalen zu aktivieren.<sup>9</sup> Die »Biene« wurde nunmehr »in Masse aufgekündigt«. Aus seinem Wahlkreis mehrten sich seit März 1849 die kritischen Stimmen und Mißtrauensbekundungen. Man warf Richter zu gemäßigte Positionen vor und forderte ihn zur Unterstützung der äußersten Linken im Landtag auf, was er strikt ablehnte.<sup>10</sup>

Anfang 1849 befürwortete die »Biene« die »Grundrechte des deutschen Volkes« als bisher

<sup>6</sup> Die Biene, 1849, 15. 3., S. 126; 17. 3., S. 128.

<sup>7</sup> Die Biene, 1849, 4. 4., S. 157.

<sup>8</sup> Die Biene, 1849, 18. 4., S. 188.

<sup>9</sup> Die Biene, 1849, 28. 4., S. 186.

<sup>10</sup> Die Biene, 1849, 20. 3., S. 133ff.; 31. 3., S. 153ff.; 28. 4., S. 185ff.; Karl Ernst Richter: Reisen nach Nordamerika und zurück in den Jahren 1835 bis 1848..., Leipzig 1852, Bd. 2, S. 244f.

»wichtigste und beste Frucht unserer Nationalversammlung«. <sup>11</sup> Richter forderte – in Übereinstimmung mit der Kammermehrheit – ihre schnelle Anerkennung ohne alle Einschränkungen als geltendes Recht für Sachsen. Der Inhalt der »Grundrechte« lag ganz in seinem Sinne, schrieben sie doch einen Standard fest, der von Anfang an in der politischen Programmatik Richters eine zentrale Rolle spielte. Dazu zählten unbedingte Rechtsgleichheit, endgültige Aufhebung der aus dem Feudalsystem abgeleiteten Eigentumsbindungen und Hoheitsrechte sowie die Gewähr der Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Gleichwohl entsprach der Verzicht auf sozialstaatliche Sicherungsrechte voll und ganz Richters Denken.

Seit Richter wieder in das politische Leben getreten war, schaltete er sich in die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Reichsverfassung ein. Bereits die erste belegbare politische Äußerung nach seiner Rückkehr Mitte Mai 1848 richtete sich im Zusammenhang mit einer massiven Kritik an Dahlmanns Vorschlägen zur Bundesreform gegen einen »erblichen deutschen Kaiser«. <sup>12</sup> Während Richter hinsichtlich der Einzelstaaten stets an »monarchische Formen« auf »demokratischen Grundlagen« festhielt, sollte nach seiner Meinung »keine Monarchie« sein, »wo ... bis jetzt keine war«. <sup>13</sup> Im Grundsatz unterstützte Richter die Linke der Nationalversammlung in ihren Forderungen nach parlamentarisch-demokratischen Strukturen der Reichsgewalt. Die »Biene« warb für einen förderativen Bundesstaat mit einem republikanischen Wahlpräsidenten sowie für eine dem Parlament voll verantwortliche Exekutive. Damit war auch die Stellung zu einer Erbmonarchie mit dem preußischen König an der Reichsspitze klar umrissen. So rechnete Richter Anfang 1849 entschieden mit den kleindeutschen Liberalen ab, »jenen Dahlmann, Biedermann, kurz jenen gelehrten Hampelmännern, welche solchen alten Höllenputz wieder auf das Tapet bringen«. <sup>14</sup> Anfang April 1849 veröffentlichte die »Biene« den vollständigen Wortlaut der von der Nationalversammlung angenommenen Reichsverfassung. <sup>15</sup> Es war der publizistische Auftakt, mit dem Richter in die unmittelbaren Auseinandersetzungen um die Einführung der Verfassung einzugreifen versuchte. Im Einklang mit der Kammermehrheit forderte er ihre sofortige Anerkennung »durch unsere Staatsbehörden« und die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Man müsse jetzt »fest zu Frankfurt« und »der neuen Bundesverfassung« halten, »wenn auch mancher Schritt ... unserer Bundesversammlung nicht gefallen hat« schrieb Richter in seinem Blatt. <sup>16</sup> Die Kritik an der Festschreibung der erbkaiserlich-preußischen Lösung war so nicht zu übersehen, doch stellte sich Richter unzweideutig hinter den Verfassungskompromiß. Zugleich machte er Front gegen die ablehnende Haltung der äußersten Linken.

Richter war sich darüber im klaren, daß politischer Druck unerlässlich war, um die Krone zum Einlenken zu bewegen. Dieser sollte von einer kanalisierbaren und die legalen Bahnen nicht verlassenden Volksbewegung ausgehen. In der zugespitzten Situation Ende April/ Anfang Mai orientierte so Richters Blatt auf Mobilisierung und Begrenzung zugleich. »Gemeindebehörden«, »Bürgerwehr« und »politische Vereine« wurden aufgerufen, »unablässig in bester Form« für die Annahme der Reichsverfassung zu »petitieren«. <sup>17</sup> Dies war weit entfernt von einem auch nur indirekten Appell zur revolutionären Gewalt. »Haltet Maß in allen Dingen«–

<sup>11</sup> Die Biene, 1849, 9. 1., S. 13.

<sup>12</sup> Die Biene, 1848, 16. 5., S. 1f.

<sup>13</sup> Die Biene, 1848, 13. 6., S. 52.

<sup>14</sup> Die Biene, 1849, 11. 1., S. 19.

<sup>15</sup> Die Biene, 1849, 7.5., S. 162ff.; 11.4., S. 166ff.; 14.4., S. 169ff.

<sup>16</sup> Die Biene, 1849, 14.4., S. 171.

<sup>17</sup> Die Biene, 1849, 5. 5., S. 194.

so lautete der Leitspruch, den Richter in diesen Tagen der politischen Krise und Gärung immer wieder prägte. Am 2. Mai 1849 schrieb er in der »Biene«: »Keinesfalls verstehe ich mich aber zur Maßlosigkeit irgend einer Art, am wenigsten zur politischen. Es macht uns Sachsenland ja insgesamt die größte Ehre, das bei uns sich alles Volk ... in den Schranken der Mäßigung hielt, während fast in allen anderen deutschen Staaten mehr oder weniger getollt und getobt wurde.«<sup>18</sup>

Nach Auflösung des Landtages blieb Richter weiterhin in Dresden und erlebte so den Maiaufstand aus nächster Nähe. Am 4. Mai folgte er Tzschimers Aufruf an die Landtagsabgeordneten und versammelte sich mit etwa 15 ehemaligen Kammermitgliedern auf dem Dresdner Rathaus. Was für Richter den Ausschlag gegeben hatte, der Einladung des Führers der radikalen Linken zu folgen, ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Es war wohl vor allem sein Orientierungsbedarf angesichts der auch für ihn völlig »unklaren Machtverhältnisse«, wie er später die Situation beschrieb. Zur militanten Aktion drängte es ihn jedenfalls nicht. Auf dem Rathaus versuchte sich Richter bei dem Kommandanten der Kommunalgarde Heinze über die Lage zu informieren; ansonsten verhielt er sich passiv. Nach seiner Einschätzung waren die auf dem Rathaus Versammelten eine »bunte Gesellschaft«, in der er sich bald für »überflüssig« hielt. Als hier die Bildung der provisorischen Regierung beschlossen wurde, hatte Richter das Rathaus bereits wieder verlassen.<sup>19</sup>

Am 16. Mai meldete er sich erstmals nach der Niederschlagung des Aufstandes wieder in der Öffentlichkeit zu Wort. In der »Biene« schilderte er unter der Überschrift »Gang durch Dresden am 10. Mai« seine Eindrücke unmittelbar nach Beendigung der Kämpfe. Beklagt wurden vor allem die Opfer unter Aufständischen. Es war die Rede von »Karren voll Tote..., arme Bergarbeiter und Blusenmänner, die zuletzt ergriffen und sofort erschossen worden waren.«<sup>20</sup> In der gleichen Ausgabe der »Biene« begann Richter mit einer Artikelserie, in der er eine erste Einschätzung der Aufstandes versuchte. Hier brachte er wiederum seine politischen Grundüberzeugungen klar zum Ausdruck. Seine Warnung von 1831, daß Revolutionen entstehen, wenn Reformen »mit Trotz« verhindert werden, sah er voll bestätigt. Von diesem Standpunkt aus kritisierte er die Regierung, die nicht mit der »besonnenen Mehrheit« der Demokraten gegangen wäre. Nicht minder kritisch schätzte die »Biene« die Ablehnung der Reichsverfassung durch den König ein. Das Verbot friedlicher und legaler Bekundungen für die Verfassung, wie etwa die Unterdrückung der Parade der Dresdner Kommunalgarde, sah Richter als »ärgsten Staatsfehler, der wohl jemals unter anderen in Sachsen begangen wurde«. Dies hätte nur zur Radikalisierung und zur Stärkung der äußersten Linken geführt.<sup>21</sup> Das Blatt stellte die Petitionsinitiativen der Dresdner Stadtverordneten und der Kommunalgarde einerseits und die bewaffnete Auseinandersetzung andererseits diametral gegenüber. Es wertete die Bewegung bis zum Aufmarsch der Kommunalgarde auf dem Altmarkt am 3. Mai als »eine edle und vollkommen gerechtfertigte Erhebung der Dresdner Bürgerschaft für die Reichsverfassung«. Danach hätten die Vorgänge, wie Richter einschätzte, einen vom Ausgangspunkt »gänzlich verschiedenen Charakter«, »die falsche Richtung« angenommen. Die Verantwortung dafür sah vor allem bei Tzschimer, der zum Aufstand aufgerufen habe. Erinnernd an die ursprünglich ablehnende Haltung der äußersten Linken zur Reichsverfassung betonte die »Biene« die eigenständigen Ziele der Gruppierung um

<sup>18</sup> Die Biene, 1849, 2.5., S. 190f.

<sup>19</sup> Die Biene, 1849, 26.2., S. 118.

<sup>20</sup> Die Biene, 1849, 10.5., S. 101ff.

<sup>21</sup> Ebenda.

Tzschimer.<sup>22</sup> In diesem Zusammenhang verwies das Blatt besonders auf sozialrepublikanische Tendenzen. So war für Richter der Aufstand mehr sozialrevolutionäre Rebellion als Verfassungskampf. Die »Biene« stellte fest, daß die »feurige demokratische Jugend ... mit einer Wut« gekämpft habe, »welche nur der zum Fanatismus gesteigerte Sozialismus, nicht aber die Frankfurter Reichsverfassung erklärt«. Auf Bakunin verweisend, meinte die Zeitschrift weiter, »der Sozialismus und seine Bekenner begannen nun völlig rücksichtslos in der Altstadt zu gebieten«.<sup>23</sup>

Es ist auffallend, daß in der Zeit unmittelbar nach dem Maiaufstand Richters Polemik gegen frühsozialistische Strömungen und Ideen erheblich zunahm. So beklagte er die »Pariser sozialdemokratischen Phantasien ... in den Köpfen unserer armen Arbeiter«. Die »Biene« sprach von den »armen verblendeten Volkskämpfern auf den Barrikaden,« deren Ziel das »soziale Paradies« gewesen sei.<sup>24</sup> Es gab wohl vor allem zwei Gründe, die Richter zu dieser Frontstellung veranlaßten. Zum einen sollten die Auslassungen gegen sozialrevolutionäre und sozialistische Bestrebungen die Mehrheit der in die Maiaereignisse verwickelten bürgerlichen Kräfte angesichts der beginnenden Verfolgungen entlasten und sie im soweit wie möglich von der eigentlichen Aufstandsszene wegrücken. Zum anderen reflektierte die Aversion Richters gegen frühsozialistische Strömungen eine Stimmungslage in Teilen des Besitzbürgertums, aber auch des Kleinbürgertums, die bei der zunehmenden Artikulation eigenständiger Interessen der Arbeiterschaft und der sozialistischen Agitation in aller Öffentlichkeit von einer übertriebenen Furcht vor Existenz bedrohender sozialrevolutionärer Radikalisierung gekennzeichnet war. Für diese Kräfte hatte der Maiaufstand die in der sozialen Not angelegte Disposition der proletarisierten Unterschichten zum revolutionären Handeln erneut gezeigt. So sah sich Richter zu einer Grundsatzkontroverse herausgefordert, zumal auch die radikale bürgerliche Linke unverkennbar sozialrepublikanische Ideen aufnahm. In dieser Auseinandersetzung rekurrierte Richter im Kern auf das Ideal des frühliberalen Gesellschaftsmodells einer aufstiegsoffenen mittelständischen Eigentümergesellschaft. Die äußersten Linken würden sich jedoch der »sozialen Pariser Demokratie« »unverkennbar nähern« und die »Familie mit dem Eigentumsrecht« übersehen.<sup>25</sup> Die sozial integrierende Zielprojektion einer sich selbst regulierenden Bürgergesellschaft, an der Richter zeitlebens festhielt, spielte auch in seiner publizistischen Fehde unmittelbar nach dem Maiaufstand mit Karl Weller, einem führenden Mitglied des Sozialistischen Klubs in Leipzig eine substantielle Rolle. Im Streit mit Weller hob Richter das allgemeine liberale Postulat einer möglichst autonomen individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung hervor. Danach habe jedes Individuum die Pflicht, für seine Existenz selbst zu sorgen. Arbeiterproduktionsgenossenschaften auf der Grundlage von Staatshilfe oder Nationalwerkstätten nach Pariser Vorbild, wie sie Weller vorschlug, lehnte Richter deshalb ab.<sup>26</sup> Er verteidigte hier die liberale Grundauffassung von der Minimierung staatlicher Eingriffe, eine Auffassung, die bei ihm in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder auftauchte, so etwa auch bei der Ablehnung staatlicher Schutzzollpolitik zugunsten des Industrieunternehmertums.

Nach der Niederschlagung des Maiaufstandes sah Richter noch immer Chancen für die

<sup>22</sup> Die Biene, 1849, 23.5., S. 113ff.

<sup>23</sup> Die Biene, 1849, 16.5. S. 103; 26.5. S. 118.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Die Biene, 1849, 4. 4., S. 157.

<sup>26</sup> Die Biene, 1849, 12. 5., S. 197; Karl Weller war der Bruder von Emil Ottkar Weller, einem Initiator von frühsozialistischen und -kommunistischen Organisationen in Sachsen.

Reichsverfassung, für die in Sachsen nach seiner Einschätzung die »Begeisterung nicht nachgelassen« habe.<sup>27</sup> Diese betont optimistische Perspektive zielte in einer Situation der enttäuschten Hoffnungen und der einsetzenden Repressivmaßnahmen auf den Zusammenhalt und die Sammlung eines friedlich agierenden Kräftepotentials für das Verfassungswerk, ein Potential, das im gemäßigt demokratischen Milieu verankert war und das sich letztlich innerhalb der parlamentarischen Konfliktregelung bewegen sollte. So optierte Richter für ehemalige demokratische Landtagsabgeordnete und rief im Vorfeld der Neuwahl des sächsischen Landtags im Herbst 1849 zur »Wiederwahl von Männern« auf, denen das »Volk« das »Vertrauen bereits schenkte«. Der neue Landtag sollte den König erkennen lassen, daß die Bewohner Sachsens weiterhin an der Reichsverfassung festhielten.<sup>28</sup>

Doch bald mußte auch Richter die bittere Erfahrung machen, daß eine politische Aktivierung in seinem Sinne keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte. Das Verbot seiner Zeitschrift am Ausgang des Jahres 1849 bedeutete nicht nur für ihn das unwiderrufliche Ende aller Einflußnahme auf das tagespolitische Geschehen. Es war zugleich auch das Verstummen einer Stimme, die in der Revolutionszeit immer wieder einen gangbaren Weg zwischen rechtsliberaler Kooperation mit den alten Gewalten und Konfrontationspolitik der radikalen Linken suchte.

<sup>27</sup> Die Biene, 1849, 23. 5., S. 113.

<sup>28</sup> Die Biene, 1849, 27. 6., S. 256; 5. 10., S. 366.

**Heidrun Laudel**

## **Was trieb Gottfried Semper auf die Dresdner Barrikaden?**

Zumindest in den Kreisen der Kunsthistoriker ist Sempers Engagement in den Maitagen des Jahres 1849 lange Zeit geflissentlich übergangen worden. Es hielt sich mehr oder weniger zählebig die Auffassung von einer unglücklichen Episode mit freilich verheerenden Auswirkungen. So lag für den ersten Biographen, dem ausgesprochenen Verehrer der Semperschen Baukunst und späteren Nachfolger im Amt des Professors an der Dresdner Kunstakademie, Constantin Lipsius (1832-1894), die ganze Tragik in dem Umstand, daß Semper (1803-1879) zufällig in den Strudel der Ereignisse geraten war. »Anfänglich der Bewegung fernbleibend«, so schrieb er, habe er sich – »von seinen Freunden an der geeigneten Seite geschickt gefaßt« – nämlich seinem Interesse am Militär-Technischen, bestimmen lassen, »den Barrikadenbau zu leiten«.<sup>1</sup> Bei einer solchen Sicht der Dinge mußte unerschwinglich die allerdings nur rhetorisch zu stellende Frage mitschwingen: Was hätte Semper, der als Künstler unbestritten eine Ausnahmeerscheinung darstellte, alles zuwege bringen können, wenn er weniger leichtfertig gehandelt hätte und so nicht wertvolle Jahre seines Lebens unter kümmerlichen Bedingungen im Pariser und Londoner Exil hätte verbringen müssen ?

Seit einiger Zeit kann nun aber über die vielen Nachweise nicht mehr hinweggegangen werden, daß Semper keineswegs aus einer Augenblickslaune, sondern aus einem tiefverwurzelten inneren Bedürfnis heraus gehandelt hat. Einen wichtigen Anstoß zu neueren Forschungen hat der inzwischen verstorbene, seit 1932 in London ansässig gewesene Kunsthistoriker Wolfgang Herrmann gegeben. Was zunächst nur als bescheidenes Abfallprodukt der Bearbeitung des umfangreichen theoretischen Nachlasses von Gottfried Semper an der ETH Zürich entstanden war, und zwar eine dokumentarische Darstellung des Londoner Exils auf der Grundlage der Korrespondenz, erwies sich als Fundgrube für diejenigen, die die tieferen Beweggründe von Sempers politischen Engagement interessierten. Dazu zählte vor allem das in wichtigen Auszügen schon mehrfach zitierte Schreiben, das Semper – dem Drängen seiner Frau nachgebend – am 17. Juli 1849 an den sächsischen König sandte. Jene Eingabe, die in zwei Entwürfen im Zürcher Semperarchiv lagert<sup>2</sup> und dort von Wolfgang Herrmann entdeckt worden war, fand sich in Reinschrift in den Dresdner Akten des Ministeriums des Inneren<sup>3</sup>. Und auch das sei noch vorgeschaltet: Sie hat den König nie erreicht. Die Zwecklosigkeit des Anliegens erkennend, hat der zuständige Ministerialbeamte das Schreiben dem Empfänger vorenthalten. Dort heißt es nun: »Die Begeisterung, welche alle Deutschen seit dem Frühling des vorigen Jahres für die hohe Idee eines einigen Vaterlandes ergriff, fand auch in meinem Herzen den lebhaftesten Anklang, und obgleich ich an den Bewegungen der Zeit keinen aktiven Antheil nahm, und mir politische Umtriebe stets fern blieben, mein ganzes Streben vielmehr durch die wichtige Arbeit, mit welcher Ew. Majestät mich allergnädigst betraut hatten, gefesselt war, bekannte ich mich jedoch laut für die Sache des Parlamentes und fand mich tief und lebhaft davon ergriffen, alle die schönen Erwartungen einer großen nationalen Zukunft eine nach der anderen enttäuscht zu sehen. In dieser aufgeregten Stimmung befand ich mich, als die Ereignisse des Mai für mich ganz unerwartet, eintraten.

<sup>1</sup> Constantin Lipsius, Gottfried Semper in seiner Bedeutung als Architekt. Berlin 1880, S. 5.

<sup>2</sup> Semperarchiv der ETH Zürich: Zwei Entwürfe einer Eingabe Sempers an den sächsischen König. Zit. bei Wolfgang Herrmann, Gottfried Semper im Exil. Paris, London 1849-1855. Schriftenreihe des gta der ETH Zürich, Bd. 19, Basel, Stuttgart 1978, S. 15.

<sup>3</sup> Sächs. HStA Dresden: Ministerium für Volksbildung, Nr. 14.444, Bl. 93-94.

Unter ihrem lebhaften Eindrucke und unter der Herrschaft lokaler und zufälliger Umstände war es mir, nach meinem Charakter, unmöglich, bei dem eingetretenen Conflict mich den letzten Consequenzen meiner oft laut ausgesprochenen Ueberzeugung zu entziehen.«

Zunächst sei konstatiert, daß Semper kein Gnadengesuch verfaßt hat. So sehr er sich durch die Verzweiflung seiner in Dresden verbliebenen Familie dazu herausgefordert sah, er war nicht bereit, etwa reumütig einen Fehltritt einzugestehen und sich damit die Rückkehr nach Dresden zu erkaufen. Es gab für ihn nichts zu bereuen, denn – so schrieb er in diesen Wochen an einen Freund in New York – seine »republikanischen Gesinnungen konnten sich beim Ausbruch des Aufruhrs nicht verleugnen«<sup>4</sup>. Dafür spricht auch die Tatsache, daß er – als er auf dem Fluchtweg nach Paris ins Badische gelangte – einen kurzen Augenblick überlegte, ob er sich für die dort entstandene Demokratie einsetzen sollte. Mit Rücksicht auf seine Familie verwarf er diesen Gedanken. »Wäre ich zwanzig Jahre, hätte kein Weib und keine sechs Kinder und hätte Reichthum, dann würdet ihr mehr von mir hören«, schrieb er am 28. Mai 1849 an seinen Bruder Karl.<sup>5</sup>

Semper hatte in seinem Brief an den König auch ausdrücklich darauf verwiesen, daß ihn die »hohe Idee des einigen Vaterlandes [...] seit dem Frühling vergangenen Jahres ergriff«, d. h. seit jenem Zeitpunkt, da mit Paris, Wien, Berlin und anderen Städten fast ganz Europa in Flammen stand. Besonders diese Aussage war es, die die Dresdner Historiker im Vorfeld der Semper-Ehrung der DDR von 1979 zu tieferen Nachforschungen herausgefordert hat. Im Ergebnis stellte sich heraus, daß sich Semper bald nach dessen Gründung im Vaterlandsverein zu engagieren begann, daß er dort Anfang Januar 1849 in einer Versammlung zum Geschworenen der Pirnaischen Vorstadt ernannt wurde und daß er im Februar des Jahres zum Führungsausschuß der Scharfschützenkompanie zählte, die in den späteren Kämpfen eine bedeutende Rolle spielen sollte.<sup>6</sup> Dieses Engagement gipfelte schließlich in den Maitagen selbst in seiner direkten Beteiligung am Bau und der Verteidigung der Hauptbarrikade an der Wilsdruffer Gasse und der Barrikade Nr. 13 in der Waisenhausstraße, wobei er letztere sogar selbst befehligte. Semper hat es aber als Verleumdung derer empfunden, die daran Interesse hatten, wenn er im Nachhinein als Leiter des Barrikadenbaus bezeichnet wurde. Da sich dieser Punkt von den zeitgenössischen Berichten her durch die ganze Literatur zum Maiaufstand zieht, sei eine längere Passage aus dem Brief Sempers zitiert, den er am 17. Juli 1849 an Johann Gottlob Quandt (1787-1859) sandte: »Es ist unrichtig, wenn man von mir sagt, daß ich den Bau der Barrikaden geleitet habe. Ich leugne meinen Antheil an dem Kampfe durchaus nicht. Aber es war der eines gewöhnlichen Scharfschützen. Als man die Barrikade baute, stand ich als solcher vor dem Rathause Schildwache [...]. Als ich zufällig mich zu Hause befand, um auszuruhen, wurde eine Barrikade vor meinem Hause in Angriff genommen, wozu ich den Befehl der Ausführung erhielt. Zweifelhaft, diesem Befehl zu folgen oder nicht, bewog mich die Rücksicht für meine Familie zu ersterem. Ich überrede die Leute,

<sup>4</sup> Brief Sempers an einen Herrn Bayer aus Paris, undatiert. Semper-Archiv der ETH Zürich: 20-K-1849, zit. bei Wolfgang Herrmann, Gottfried Semper im Exil. Paris, London 1849-1855. Schriftenreihe des gta der ETH Zürich, Bd. 19, Basel, Stuttgart 1978, S. 10.

<sup>5</sup> Brief Sempers an seinen Bruder Karl vom 28. Mai 1849, Semper-Archiv der ETH Zürich: 20-K-1849-5-28, zitiert bei Wolfgang Herrmann, Gottfried Semper im Exil. Paris, London 1849-1855. Schriftenreihe des gta der ETH Zürich, Bd. 19, Basel, Stuttgart 1978, S. 12.

<sup>6</sup> Sächs. HStA Dresden: Min. des Innern, Nr. 1027, Bl. 39ff. Vgl. auch Sächs. HStA Dresden: Amtsgericht Dresden Nr. 1410b, Bl. 2'ff., angeführt bei Manfred Heirler, Gottfried Semper, Künstler, Lehrer und Studenten Dresdens, in: Gottfried Semper 1803-1879. Protokollband des Wissenschaftlichen Kolloquiums. Schriftenreihe der Sektion Architektur. Dresden 1979, S. 145f.

daß der Platz schlecht gewählt sei, und führe die Barrikade weiter abwärts von meinem Hause neben der Seegasse aus. [...] Ich kann und will nicht leugnen, bei dem Aufstande betheilig zu seyn. Auf das Mehr und Minder kommt es, moralisch genommen, gar nicht an. Aber da die Gerichte und auch die Menschen nach der Qualität die Theilnahme rechnen und richten werden, so muß ich, im Interesse der Meinigen und in meinem eigenen gegen falsche Beschuldigungen und Übertreibungen entschieden protestieren.«<sup>7</sup> Leiter des Barrikadenbaus ist Semper von Amts wegen nicht gewesen, aber sein Wirken kam dem faktisch nahe. Wir können mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß er nicht nur bei dieser einen Barrikade mit seinen Ratschlägen Hilfe geleistet hat. Semper besaß umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Militärtechnik, den Straßenkampf eingeschlossen. Sie haben ihn beispielsweise ein reichliches Jahr zuvor in die Lage versetzt, angesichts der Bedrohung seiner Heimatstadt Altona durch dänische Truppen, aus der Ferne detaillierte Angaben zu machen, wie Straße um Straße zu sichern sei.<sup>8</sup>

Das sei der knappe Abriss unseres gegenwärtigen Erkenntnisstandes. Es ist gar keine Frage, daß dem – etwa mit der weiteren Auswertung des in Zürich lagernden umfangreichen Briefwechsels – noch dieser und jener Baustein hinzugefügt werden kann. Nachzugehen wäre beispielsweise den Angaben des Direktors der Antikensammlung, des Altertumswissenschaftlers Heinrich Wilhelm Schulz, der Semper in seiner Eigenschaft als Sekretär der Kunstakademie Anfang August 1849 darüber Auskunft gab, wie die Dinge für ihn in Dresden standen, nämlich nicht gut.<sup>9</sup> Immerhin sei dem König nicht unbekannt geblieben, daß er schon »früher an öffentlichen Orten über den König und das Königthum gesprochen«. Dazu käme sein »Auftreten in der Post«, wo er die »die jungen Leute der technischen Legion zum Kampfe aufgefordert« habe. Aus der Memoirenliteratur wissen wir, daß es sich um ein im Bau befindliches Gebäude handelte, das die sich neutral verhaltenden Polytechniker besetzt hatten.<sup>10</sup> Es habe – so schreibt Schulz weiter – auch »das Zusammentreffen mit dem Englischen Gesandten« viel von ihm sprechen gemacht. Daß ihm gerade *das* zum Verhängnis werden könnte, hatte Semper selbst schon konstatiert, weil dazu eine Korrespondenz vorlag.<sup>11</sup> Schließlich sprächen – so endet die Liste der kursierenden Beschuldigungen – die Offiziere von seinen »früher bei Bauch zur Schau getragenen republikanischen Ansichten.« Das alles wäre noch genauer zu erfassen, ohne daß man davon eine spektakuläre Umdeutung erwarten kann. Es würde das Gesamtbild nur komplettieren, nicht aber verändern.

Anders steht es um die Frage: Was war es, was Semper im Innersten bewogen hat, sich den Maikämpfern anzuschließen. Oder kurz: Was trieb ihn auf die Dresdner Barrikaden?

<sup>7</sup> Semper an Johann Gottlieb Quandt am 17. Juli 1849. Semper-Archiv der ETH Zürich: 20-K-1849-7-17, abgedruckt bei Martin Fröhlich, Gottfried Semper. Zeichnerischer Nachlaß an der ETH Zürich. Kritischer Katalog, Basel, Stuttgart 1974, S. 69.

<sup>8</sup> Semper an seinen Bruder, undatiert, wahrscheinlich vom 28. März 1848. Semper-Archiv der ETH Zürich: 20-K-1849, zitiert bei Wolfgang Hermann, Gottfried Semper im Exil. Paris, London 1849-1855. Schriftenreihe des gta der ETH Zürich, Bd. 19, Basel, Stuttgart 1978, S. 11.

<sup>9</sup> Hofrat Dr. H. W. Schulz an Semper aus Dresden am 8. Aug. 1849. Semper-Archiv der ETH Zürich: 20-K-1849-8-8, zitiert bei Wolfgang Hermann, Gottfried Semper im Exil. Paris, London 1849-1855. Schriftenreihe des gta der ETH Zürich, Bd. 19, Basel, Stuttgart 1978, Anm. 36.

<sup>10</sup> Schnorr Carolsfeld, dessen Sohn Carl zu den »Polytechnikern« gehörte, hat davon in seinem Tagebuch berichtet. Julius Schnorr von Carolsfeld, Tagebücher, abgedruckt in Dresdner Geschichtsblätter, hrsg. vom Verein für Geschichte Dresdens 4(1895), S. 166-188.

<sup>11</sup> Er sei durch die schriftlichen Verhandlungen mit dem englischen Gesandten und durch eine von ihm gezeichnete Requisitionsrechnung kompromittiert, schrieb er am 15. Mai 1849 an seinen Bruder Karl. Semper-Archiv der ETH Zürich: 20-K-1849-5-15.

Die Antwort läßt sich auf die von Semper selbst und seinen Zeitgenossen verwendete Kurzformel bringen. Es war seine »republikanischen Gesinnung«. Von Interesse ist aber nun – zumal für die Bauhistorikerin – was sich dahinter konkret verbirgt.

Da wird man zunächst über jene Aussage Sempers im Brief an den König nachzudenken haben, ihm seien »politische Umtriebe stets« fern geblieben. Sein »ganzes Streben« wäre »vielmehr durch die wichtige Arbeit, mit welcher Ew. Majestät mich allergnädigst betraut hatten, gefesselt« gewesen. Der Verdacht liegt nahe, daß wir es hier mit dem Ansatz eines Kniefalles zu tun haben könnten. Doch wo man auch hinschaut, bestätigt sich, daß sich Semper zuerst und vor allem seiner Kunst und damit immer auch einem Auftraggeber verpflichtet sah.

So erklären sich die erstaunlich scharfen gesellschaftskritischen Töne, die aus seinen Schriften bekannt geworden sind, bei näherer Betrachtung stets in erster Linie aus dem Zukunftsbild, das er für die Baukunst vor Augen hat. Er denkt an die frei werdenden Mittel für öffentliche Bauten, wenn er in seiner Erstlingsschrift aus dem Jahre 1834 von »den stehenden Armeen« schreibt, die »das Mark des Landes« kosten und von »den Monumenten der Eitelkeit«, die sich »an den Stellen erheben, die dem öffentlichen Nutzen geweiht sein sollten«. <sup>12</sup> Jahre später – unter dem Eindruck der Londoner Weltausstellung – geht seine Kritik noch in eine andere Richtung. 1851 beklagt er die herrschende »Speculation«, durch die der Künstler gleichermaßen zum Sklaven des Brotherren und der Mode des Tages wird und die ihn dazu verdamme, für einen anonymen Markt zu arbeiten. <sup>13</sup> Hier erhalten seine Worte eine Aktualität, die dazu verführt hat, ihn als einen der Väter der sozialkritischen Strömung der »Klassischen Moderne« des 20. Jahrhunderts zu vereinnahmen. Es wird im weiteren noch davon die Rede sein, daß er das nun wirklich nicht war.

Semper verbindet mit seinen Bemerkungen ein Ziel, das letztlich für seine Zeit und darin wieder für die Schicht des gutsituierten und gebildeten Bürgertums, der er entstammt, charakteristisch ist. Er setzt auf die »neue Lehre«, gemeint ist der geistige Aufbruch, der von Frankreich her kam, mit dem »alte Willkür vernichtet, [...] das Interesse am Wohl des Ganzen erweitert« worden sei. Er setzt auf den »ganzem religiösen Enthusiasmus«, der sich »auf irdische Verhältnisse« richte, um sie zu veredeln. <sup>14</sup> Letztlich sah er die Anzeichen gegeben, daß einem neuen Zeitalter des Humanismus zum Durchbruch verholfen werden kann. Das war übrigens eine Hoffnung, die ihn zeitlebens erfüllte. Und wenn er 1863 von der »großartigen Überlegenheit der Renaissancebaukunst«, die sie selbst über die Kunst der Griechen stellt, sprach und hinzusetzte, sie habe »erst wohl die Hälfte ihrer Entwicklungsbahn« erreicht, dann suggeriert das den Gedanken der Vollendung. <sup>15</sup> Um diese Zeit klammert sich Semper förmlich an ein Ideal, dem angesichts der realen historischen Konstellation im Nachmärz weitgehend der Boden entzogen war.

Doch kehren wir zurück zu den Jahren vor der Revolution. Wenn es Semper darum ging, die »irdischen Verhältnisse [...] zu veredeln«, d. h. für ihn, sich den Zeiten der »Alten« anzunähern, dann bedurfte das der Emanzipation der Akteure. Dem Baukünstler den ihm gebührenden Rang und Handlungsraum zu verschaffen, das ist sein Ziel, dafür setzt er alle Kräfte ein.

<sup>12</sup> Gottfried Semper, Vorläufige Bemerkungen über bemalte Architektur und Plastik bei den Alten, Wiederabdruck in: Ders., Kleine Schriften, hrsg. von Hans und Manfred Semper, Stuttgart, Berlin 1884, S. 220.

<sup>13</sup> Gottfried Semper, Wissenschaft, Industrie und Kunst, Braunschweig 1852, S. 20, 24.

<sup>14</sup> Gottfried Semper, Vorläufige Bemerkungen über bemalte Architektur und Plastik bei den Alten, Wiederabdruck in: Ders., Kleine Schriften, hrsg. von Hans und Manfred Semper, Stuttgart, Berlin 1884, S. 218.

<sup>15</sup> Gottfried Semper, Der Stil in den technischen und tektonischen Künsten, Bd. 2, München <sup>2</sup>1879, S. 457.

Was der Hamburger Kaufmannssohn, der in Paris studiert und die Länder der Antike bereist hatte, in jenem deutschen Staat vorfand, in dessen Hauptstadt er 1834 die Professur für Baukunst erhielt, war weit entfernt von den Zuständen, die er sich für das Erblühen seiner Kunst erträumte. Trotz der stattgehabten politischen Veränderungen machte Dresden auf Leute vom Schlage Sempers einen äußerst provinziellen, wenn nicht gar verschlafenen Eindruck. Er mag ähnlich empfunden haben wie der junge Friedrich Pecht, der Weihnachten 1835 hier eintraf, um sich als Lithograph weiterzubilden. Pecht erschien die Stadt – im Vergleich zu München – »unendlich verzopft und überdies unleidlich sentimental.«<sup>16</sup> Ist es da ein Wunder, daß Semper mit kritischen Bemerkungen nicht sparte und sehr bald in den Verdacht geriet, ein Aufrihrer gegen König und Königtum zu sein? Jedenfalls hatte er schon 1839 Anlaß, auf einen offensichtlich allgemein kursierenden Vorwurf zu reagieren, es läge ihm das »Interesse des Königs nicht am Herzen«. In einem Brief an den Hofbaumeister Otto von Wolframsdorf (1803-1849) erklärte er ganz kategorisch: Er setze alle seine Kräfte darauf, »etwas Gutes in« seiner »Kunst zu leisten«. Diese »Leidenschaft« überwältige »alle anderen«. Hierin läge die Spezifik seiner Untertanentreue gegenüber dem König, den er – wie er ausdrücklich betonte – »als Mensch verehere«.<sup>17</sup>

Abb. 1



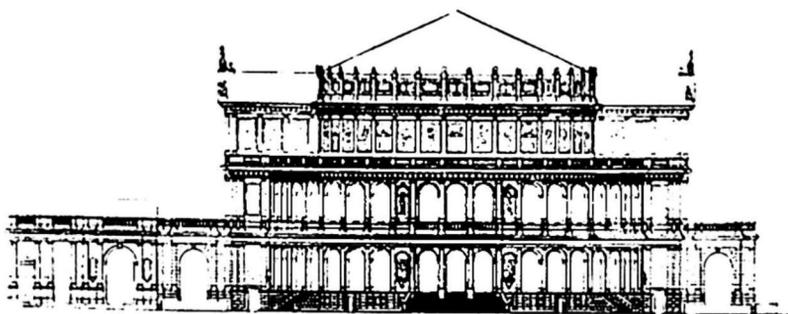
Sein stetes Streben, die Fesseln zu sprengen, die ihn in seinem Tätigkeitsdrang hinderten, kam schon bei einem seiner ersten Bauaufträge zum Tragen. Es empörte ihn, daß ihm für den Entwurf und die Bauüberwachung des Maternihospitals (Abb. 1) von der Stadt nur die Hälfte des verlangten Honorars zugewilligt wurde. Er hob keinen Bettelgesang an, führte nicht Existenzprobleme eines jungen Familienvaters ins Feld, sondern beschwerte sich über die Rückständigkeit von Verhältnissen, »die dem Architekten, der die Seele des Ganzen seyn muß, nur eine sekundäre Stelle einräumt«. Er konstatierte ganz prizipiell, daß dem Baukünstler hier in Sachsen nicht wie »in den meisten civilisirten Ländern üblich«, eine »ehrenvolle Stellung im bürgerlichen Leben gesichert« sei. Seine Zornesader schwoll vollends an, als ihm seitens des Stadtrates gar noch die Bescheidenheit des Baumeisters der Frauenkirche, George Bährs (1666-1738), vorgehalten wurde, dessen Leben – wie Semper hinzusetzte – freilich durch »Kargheit und Unbilligkeit [...] verkürzt worden ist.«<sup>18</sup> Er empfand es geradezu als Hohn, an Zeiten erinnert zu werden, die ihre großen Künstler in Armut und

<sup>16</sup> Friedrich Pecht, Aus meiner Zeit. Lebenserinnerungen, München 1894, Bd. 1, S. 138.

<sup>17</sup> Semper an Otto von Wolframsdorf am 2. Januar 1839 aus Paris. Semper-Archiv der ETH Zürich: 20-K-1839-1-2.

<sup>18</sup> Hier ist Sempers Einschätzung wohl etwas überzogen. Auch wenn über Bähr gesagt wird, er sei an Auszehrung gestorben, so sollte nicht ganz unberücksichtigt bleiben, daß der berühmte Stadtbaumeister mit 74 Jahren ein für seine Zeit ansehnliches Alter erreicht hat.

Abb. 2



Elend verschmachten lieben. Ihr Schicksal sei rührend, aber er »verzichte gern auf« die »Ehre mit diesen Märtyrern der Kunst und des Lebens, den Ruhm, so wie ihr Loos zu theilen.«<sup>19</sup> Es ist nicht die Besonderheit des städtischen Hospitalbaues, die Semper die zurückgebliebenen Zustände in Sachsen spüren läßt. Die Situation ist selbst bei jenem Bau nicht anders, durch den er mit einem Schlage berühmt wurde und der den Anschein erweckte, als habe er dort aus dem Vollen schöpfen können: beim Bau des ersten Hoftheaters in den Jahren 1838-1841. (Abb. 2) Doch seine Briefe zeugen von einem mühsamen Geschäft. Genau das, was andauernde Begeisterung ausgelöst hat, der ganze architektonische Reichtum, der sich im Äußeren in einer kräftigen Bogenarchitektur à la Kolosseum in Rom niederschlug, mußte er seinen Auftraggebern Schritt für Schritt abringen. Das bezieht sich nun ganz direkt auf den Generalintendanten Wolf Adolf August von Lüttichau (1785-1863), dessen Wesen ihm auf einer 1837/1838 gemeinsam unternommenen Reise zum Studium neuerer Theaterbauten in London, Paris, Mailand, Wien etc. immer unerträglicher wurde. Er konnte schließlich nicht mehr an sich halten kann und berichtete – zum Glück für uns Nachgeborene – darüber des langen und breiten nach Dresden. In dem schon erwähnten Brief vom Beginn des Jahres 1839 an Otto von Wolframsdorf schrieb er, es sei »schwer seine Unabhängigkeit gegenüber dem Geh. Rath zu behaupten, der eine materielle Politik vollkommen inne hat, die zwar ihren Zweck erreicht, aber nicht weit sieht, und die etwas Abstoßendes an sich hat; Ihm ist aus Mangel an Übung nicht gegeben, einen Bürgerlichen von Bildung gehörig zu faßen und zu nehmen, denn er brachte sein ganzes Leben, zwischen Herrschaften einerseits und Laquaien andererseits zu. So ist man beständig auf seiner Hut, und spielt immer, man mag sich noch so vorsichtig benehmen, eine höchst untergeordnete Rolle; ein Zustand, der mich ermüdet und betrübt. Wir Künstler sind in den Augen dieser Herrn doch nur graduirte Handwerker, die man gebraucht, bezahlt, (und zwar so schlecht wie möglich, damit der König den Eifer erkenne, womit für sein Interesse gesorgt wird und der Künstler in der gehörigen Demuth und Abhängigkeit verbleibe) und – laufen läßt.«<sup>20</sup> Man möchte meinen, daß Semper aus einem augenblicklichen Ärger heraus maßlos übertrieb, kann sich nicht vorstellen, daß das über einen Mann geschrieben worden ist, dessen Frau, Ida von Lüttichau (1798-1856), in den literarischen Zirkeln in dem Ruf stand, künstlerisch hochbegabt und umfassend gebildet

<sup>19</sup> Schreiben Sempers vom 19. April 1838 an den Rat der Stadt Dresden. Stadtarchiv Dresden. Ratsarchiv B XI 182a, Bl. 98, 98', 101, 101'.

<sup>20</sup> Semper an Otto von Wolframsdorf am 2. Januar 1839 aus Paris. SA der ETH Zürich: 20-K-1839-1-2.

zu sein.<sup>21</sup> Aber Lüttichau scheint tatsächlich ein typisches Exemplar des dienstbeflissenen Hofbeamten gewesen zu sein. Sempers Aussage wurde u. a. wenige Jahre später in einer anonym erschienenen Schrift an Schärfe noch übertroffen. Dabei spielte der Verfasser – wir wissen, daß es sich um den Musik- und Literaturkritiker des Dresdner Abendblattes, Julius Schladebach (1810-1872) handelt – generell auf die Art und Weise der Ämtervergabe an. Im Falle des »Hrn. Lüttichau« wies er auf dessen »frühere Jagdjunkerkarriere« hin, die wohl nicht eine »angemessene Vorbereitung auf den jetzigen Beruf« gewesen sei. Es habe »ein allbekannter Witz bei der Anstellung des jetzigen Intendanten [...] leider unbewußt prophetische Wahrheit« gewonnen. Man meinte damals nämlich, er werde die Böcke, welche er in seiner früheren Laufbahn gefehlt, jetzt zu schießen hinlängliche Gelegenheit haben ...«<sup>22</sup> Semper aber hatte in seinem Brief sein Anliegen auf den Punkt gebracht. Nicht gegen die Person des Königs richtete sich sein Zorn, sondern gegen die Hofcharge, ja das ganze Untertanenwesen, das sich an die Monarchie knüpfte.

Darin zeigte er sich radikal. Die seit 1842 stattfindenden Architektenversammlungen, die er ja eigentlich als Stärkung seiner Zunft hätte auffassen müssen, mied er auch wegen des dort spürbaren Lakaientums mehr und mehr. Auf dem ersten Treffen noch in den Vorstand gewählt, reiste er 1847 zu der in Gotha stattfindenden sechsten Versammlung erst am letzten Tag und zwar so spät an, daß er gerade noch am Festessen teilnehmen konnte. Aber auch das verließ er – wie er nach Hause berichtete – eines »servilen Baurates« wegen vorzeitig. Der konkrete Anlaß ist unerheblich. Es war die ganze Atmosphäre auf diesen Zusammenkünften, die Semper anwiderte. Sie bestätigte ihm die unangemessene Stellung, die den Architekten offensichtlich nicht nur in Sachsen eingeräumt wurde. Zu der verbreiteten Unsicherheit seiner Berufskollegen, ihrem ängstlichen Suchen nach einer ein für allemal gültigen und praktikablen Antwort auf die Frage »In welchem Style sollen wir bauen?« gesellten sich die altgewohnten Huldigungszeremonien, die den Tag mit einem begeisterten, den ganzen Saal erschütternden »Dreimal Hoch den deutschen Fürsten« ausklingen ließen.<sup>23</sup>

Den Diskussionen, ob nun Rundbogen, Architrav oder Spitzbogen die zeitgemäße Form sei, setzte er entgegen, es habe sich der Baukünstler mit Unbefangenheit und Selbstbewußtsein des ganzen Reichtums der Geschichte zu bedienen, um daraus Neues zu gewinnen. So empfahl er es seinen Schülern<sup>24</sup> und so praktizierte er es selbst. Semper ist durch seine Pariser Studienjahre, die dort geführten Debatten zu Politik und Kunst geformt worden. Als er nach Dresden kam, war sein Standpunkt weitgehend gefestigt, und zwar m. E. so stark, daß Einflüssen von außen, etwa den Gesprächen in den politischen Zirkeln, keine so große Bedeutung beizumessen ist, wie wir zuweilen geglaubt haben. Insofern erhält seine Aussage, er habe sich von »politischen Umtrieben« ferngehalten, noch eine besondere Akzentuierung.

Dafür gibt es einen interessanten Beleg aus der Geschichte seines theoretischen Hauptwer-

<sup>21</sup> Hans Robert Doering-Manteuffel, Dresden und sein Geistesleben im Vormärz, Dresden 1935, S. 21f., 32.

<sup>22</sup> Anonym. Dresden und die Dresdner oder Spiegelreflexe aus Dresdens Gegenwart, Leipzig 1846, S. 271-272. Julius Schladebach kritisiert in dieser Schrift nicht nur Lüttichau, sondern den Dresdner Adel insgesamt. Kennzeichnend ist für ihn, daß sich der Adel mit »engherziger Suffisance von den übrigen Ständen« absondere und ein »überzuckertes Wermuthsgesicht« zeige, wenn die »Berührung mit der bürgerlichen Creatur« unvermeidlich ist. Ebenda, S. 31, 32.

<sup>23</sup> Bericht über den zweiten Tag der 1. Versammlung deutscher Architekten und Ingenieure am 11. Sept. 1842 in der Allgemeinen Bauzeitung 7(1842), S. 383.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Sempers Schreiben an den in Paris weilenden Schüler Ottomar Glöckner vom 27. September 1840. Sächsische Landesbibliothek, Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, Handschriftensammlung: App. 1191, Nr. 793.

kes, des »Stil«. Semper hatte das, was er eine empirische Kunstlehre nannte, ganz ausdrücklich als Antithese zur »spekulativen Philosophie« entwickelt. Was lag da näher als an die Polemik der Junghegelianer zu denken. Denn sie waren es, die um 1840 den breiten Feldzug gegen das »spekulative«, rein im Begrifflichen verhaftete Denken bei Hegel geführt hatten. Und Semper hatte Gelegenheit, davon hautnah berührt zu werden. Immerhin war Dresden Anfang der 40er Jahre mit der Verlegung der Redaktion der »Jahrbücher«, dem Sprachrohr der Junghegelianer, durch Arnold Ruge und Theodor Echtermeyer zum zeitweiligen Zentrum der Hegelschen Linken geworden. Tatsächlich aber hat Semper diese geistige Verwandtschaft erst reichlich zehn Jahre später entdeckt, als er 1855 in Zürich dem Dichter Georg Herwegh begegnete. Eine Skizze zu seinem theoretischen Hauptwerk<sup>25</sup>, die er Herwegh zu lesen gab, war dem Dichter Anlaß, ihm zwei Blatt Papier mit eigenen Aufzeichnungen zu diesem Thema zu überreichen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit handelte es sich dabei um den Auszug aus einem hervorgekramten Manuskript, geschrieben in einer Zeit, da er als »eiserne Lerche« gefeiert und angegriffen wurde.<sup>26</sup> Was dort zur »spekulativen Ästhetik«, speziell auch auf die Baukunst bezogen, aufgeschrieben war, fand Semper so treffend, daß er die Passage komplett als »Worte eines Dichters und Kunstkenner« in die Prolegomena seines zweibändigen Werkes zum »Stil in den technischen und tektonischen Künsten« aufnahm<sup>27</sup> und so – kurioserweise – nach fast 20 Jahren das programmatische Bekenntnis eines Linkshegelianers zum Druck brachte.

Der Beispiele sind genug angeführt, um zu verdeutlichen, was Semper konkret vor Augen hatte, wenn er nach Freiheit ruft.

Wir haben Semper in die Rubrik der »revolutionären Demokraten«<sup>28</sup> eingeordnet und die Unschärfe des Begriffes in Kauf genommen. Was der Baumeister – und hier gilt es vielleicht besser zu sagen: was der in sich ruhende Bildungsbürger – selbst unter Demokratie verstand, hat er später recht deutlich zum Ausdruck gebracht, als er mit dem kritischen Blick auf die Schweizer Verhältnisse feststellte oder feststellen mußte, es sei seine Republik nicht die »der Vielregierenden«, nicht diejenige, »die dem Wichte dasselbe Gewicht beilegt wie dem Meister und diesen bis zur Verzweiflung« zur Rechenschaft zieht.<sup>29</sup>

Damit im Zusammenhang ist auch zu sehen, daß die soziale Problematik, durch die die Kämpfe von 1848/49 maßgeblich getragen waren, völlig außerhalb seines Betrachtens und Empfindens blieb. Es gibt noch nicht einmal irgendwelche konkreten Anzeichen, daß er durch sie *sein* Reich der Freiheit, das ein Reich der Kunst ist, bedroht sah. Er wagt nicht – wie Heinrich Heine – den nüchternen Blick in eine nicht allzu ferne Zukunft, wo sich »Lorbeerhaine in Kartoffelfelder verwandeln«, wo »Marmorstatuen der Schönheit erbarmungslos

<sup>25</sup> Es handelt sich dabei um den Aufsatz »Textile Kunst«, den Sempers Söhne 1884 in den »Kleinen Schriften« abdruckten, dort S. 3-15.

<sup>26</sup> Den freundlichen Hinweis auf die mögliche Herkunft des Manuskriptes gab mir die Herwegh-Kennerin Ingrid Pepperle, der dafür gedankt sei. Auch wenn sich gegenwärtig noch kein endgültiger Nachweis erbringen, daß Herwegh auf ein älteres Schriftstück zurückgegriffen hat, so spricht für eine Abschrift der Abschluß mit »usf«. Entscheidend aber dürfte sein, daß diese entschiedene linkshegelianische Position bei Herwegh vor 1848/49 voll ausgeprägt ist.

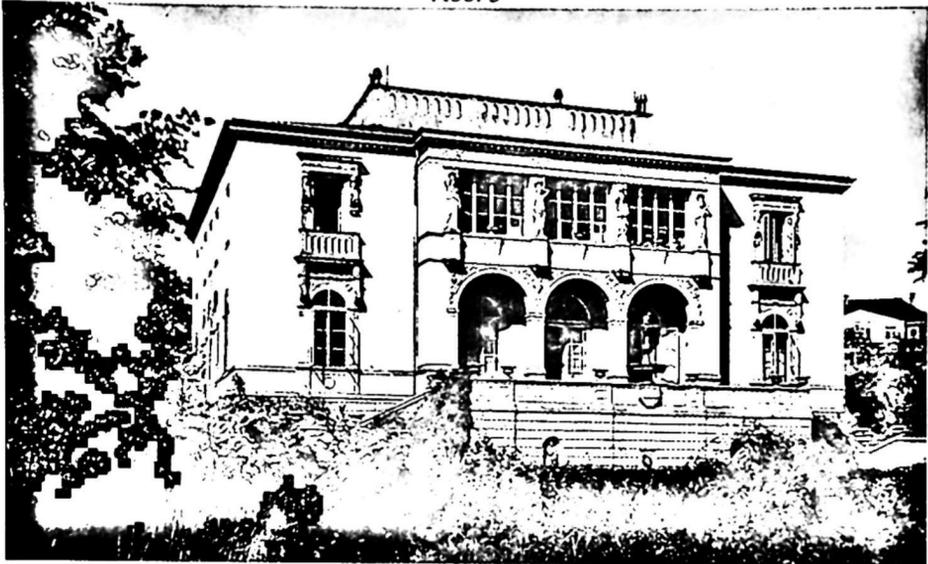
<sup>27</sup> Stil in den technischen und tektonischen Künsten, Bd. 2, München <sup>2</sup>1878, S. XIX-XX.

<sup>28</sup> So etwa zu finden im Untertitel des Konferenzthemas des 1979 an der TU Dresden veranstalteten Kolloquiums anläßlich des 100. Todestages von Gottfried Semper: »Sein Wirken als Architekt, Theoretiker und revolutionärer Demokrat.«

<sup>29</sup> Brieffragment Sempers aus dem Jahre 1857. Semperarchiv der ETH Zürich, 20-K-1868(5)-1.

zerbrechen« werden.<sup>30</sup> Er baut auf die Zinsen des Kapitals<sup>31</sup>, eingesetzt durch Förderer der Kunst, durch den Maccenas, den Medici des 19. Jahrhunderts. Mit ihnen gedachte er, Bauten zu errichten, die sich als steingewordene »monumentale Festlichkeiten« präsentieren.

Abb. 3



Unter seinen Dresdner Bauten ist nur *ein* Gebäude zu finden, mit dem er wirklich zufrieden war: die Villa Rosa, der 1839 entstandene Landsitz für den Berliner Bankier Martin Wilhelm Oppenheim am Neustädter Elbufer. (Abb. 3) Das lag zunächst erst einmal daran, daß es hier nicht die zermürbenden Querelen mit dem Auftraggeber gab. Zudem war das künstlerische Ideal, das Semper erstrebte, schon in der Bauaufgabe gegeben. Es war der Ort paradiesischer Freiheit zu gestalten. Vom »Genius italienischer Baukunst« hat Semper in bezug auf den Villenbau gesprochen. Mit der harmonischen Verbindung zum Garten, mit der Loggia und der oberen Pfeilerhalle hat er ihn einzufangen gewußt. Wie sehr es ihm mit der Villa Rosa gelungen war, den Ansprüchen einer stärker werdenden Schicht von Bauherren steinernen Ausdruck zu verleihen, läßt sich daran erkennen, daß diese Schöpfung des verfeimten Republikaners zum Initialbau geworden ist, der die Baukultur Dresdens der nachfolgenden Jahrzehnte geprägt hat. Die Neorenaissance-Villa wurde zum Inbegriff der »Dresdner Schule«, als die die Architektur der sächsischen Metropole im europäischen Maßstab hervortrat.

<sup>30</sup> Heinrich Heine, Vorwort zur französischen Ausgabe der »Lutetia«, verfaßt am 30. März 1855, in: Ders., Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, Leipzig 1959, S. 240-241.

<sup>31</sup> Sie führt Semper in seiner Erstlingsschrift als das Mittel an, mit dem »moderner Aufwand« zu bestreiten sei. Semper, Gottfried: Vorläufige Bemerkungen ... In: Ders., Kleine Schriften, S. 218.

## Johanna Ludwig Dresdner Frauen in und nach dem Maiaufstand

Am 13. Mai 1849, unmittelbar nach der Niederlage des Maiaufstandes, schreibt Louise Otto aus Meißen an ihre Dresdner Freundin Frau Hauptmann von Strauwitz: » ... Die Besiegte, die verfluchte Ketherin, kann nicht in das Haus der Aristokratin, der Sieger kommen – ich überlasse es nun Ihrem Ermessen und Willen, ob Sie mich, die Geächtete, jetzt sehen wollen oder damit warten, bis ich vielleicht wieder einmal zu Ehren oder wir beide zur Ruhe kommen. Ich werde mich heute so wie immer freuen Sie zu begrüßen – denn wir beide sind nicht Schuld an allen Schandtaten, die geschehen ... «.<sup>1</sup>

Zwei Wochen später, am 26. Mai 1849, schildert sie Ernst Keil, dem späteren Herausgeber der »Gartenlaube«, Eindrücke und Erlebnisse ihres inzwischen erfolgten Besuches in Dresden. Sie schreibt: » ... Ich war 8 Tage in Dresden, die verlassenen Frauen meiner Freunde zu trösten. Die Menschen wachsen mit ihrem Schicksal, das ist auch ein Trost – die Frauen von Todt u[nd] Blöde namentlich sind wahrhaft groß in ihrem Unglück. Und so viele! es ist nirgends ein feiges Wünschen, daß lieber Nichts geschehen wäre – es ist edler Stolz im Unglück u[nd] Haß gegen die Unglücksbringer ... Singende und lärmende Trupps durchzogen die Straßen; in einer Nacht vorm Schlag hatten sie einen Mann am Himmelfahrtstag erschlagen der auf sie geschimpft – ich weiß es gewiß aber wenn man's sagt, wird man eingesteckt. Vor ein paar Ta[gen] erhob sich im Anzeiger die erste Stimme gegen den Siegerübermuth die Blumen in den Anlagen wenigstens zu schützen! Es steht Strafe auf dem Abpflücken – aber das Militär schmückt sich ungestraft damit u[nd] reißt sie muthwillig ab. Es ward gefragt, ob dies auch zum »Kriegszustand« mitgehöre. – Die sächs[ischen] Soldaten haben mehr gemordet, die preuß[ischen] mehr gestohlen – man erfährt Geschichten von Gräueln wo die Wiener nichts dagegen sind. Und die ausgesprengten Lügen der Aristokraten!!! auch ...«<sup>2</sup>

Nicht auf die in diesem Brief erwähnten Freundinnen werde ich im folgenden eingehen, sondern auf andere – Auguste Scheibe, Auguste Herz, Cläre von Glümer, Marie Wolfhagen –, die nach der Niederlage des Maiaufstandes durch ihr Wirken die gerade gewonnenen Rechte und Möglichkeiten für Frauen mit höchstem persönlichen Einsatz zu wahren und verteidigen suchten, in Frauenvereinen, als Fröbelpädagoginnen und publizistisch für Frauenemanzipation wirkten. Noch immer sind ihre Namen kaum im öffentlichen Bewußtsein, ist das, was sie leisteten, dem Vergessen anheimgefallen, weil ihr Wirken für Frauenemanzipation und die Verfolgung dafür durch die sächsischen Behörden auch kaum erforscht sind. Und doch waren es diese Frauen, die die demokratischen Ideen der 48er Revolution verinnerlicht hatten und insbesondere für die Interessen ihres eigenen Geschlechtes auch nach der Niederlage des Maiaufstandes mutig eintraten und versuchten, der Reaktion Paroli zu bieten. Dabei war ihnen die am 21. April 1849 gegründete »Frauen-Zeitung« von Louise Otto von nicht zu überschätzendem Wert, wie sie es uns heute in einer anderen Art als historisches Dokument ist.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Zitiert nach Helene Lange: Louise Otto und die erste deutsche Frauenbewegung. In: Die Frau. Herausgegeben von Helene Lange u. Gertrud Bäumer. 34. Jahrgang, Heft 6, März 1927, S. 321.

<sup>2</sup> Zitiert nach »Louise Otto-Peters. Ihr literarisches und publizistisches Werk«. Herausgegeben von Johanna Ludwig und Rita Jorek, Leipzig 1995. Mit Ernst Keil und seiner Familie war Louise Otto schon seit 1844 bekannt. Sie schrieb auch während der Revolutionszeit für seinen »Leuchthurm«, in dem auch im Mai 1849 das erste bekannte Porträt von Louise Otto veröffentlicht wurde.

<sup>3</sup> Die gründliche Auswertung dieser Quelle wie auch der in den Archiven schlummernden Polizeiberichte steht offensichtlich weithin noch aus. Mit diesem kurzen Beitrag kann ich allenfalls Anstöße geben, Interesse wecken.

Wie sie in einem weiteren Brief am 7. Juni 1849 an Ernst Keil schrieb, wollte Louise Otto mit ihrer »Frauen-Zeitung« auf einem Gebiet wirken, das »niemand anderes sich die Mühe nimmt zu bebauen und dessen Vernachlässigung sich in Zeiten wie die unsern am ganzen Volke sich furchtbar rächt«.<sup>4</sup>

Bereits die 4. Nummer der »Frauen-Zeitung« erschien nach der Niederlage des Maiaufstandes. Also kein Wunder, daß das damit verbundene Geschehen aus Frauensicht reflektiert wurde. Darum, ehe ich auf die genannten Frauen eingehe, einige Worte zu Pauline Wunderlich, dem »Heldenmädchen« von Dresden. Über sie erschien in der »Frauen-Zeitung« Nr. 7 vom 2. Juni auf der Titelseite zunächst eine Novelle von Benno Haberland. Darin wurde von der Annahme ausgegangen, Pauline Wunderlich sei auf der Barrikade gefallen, was aber in der nächsten Nummer vom 9. Juni korrigiert wurde. Sie habe zwar (nach dem Tod des Verlobten) auf der Barrikade bis zum letzten Tag mitgekämpft, dann aber mit der Kolonne der Volkskämpfer Dresden verlassen, mit dieser Freiberg erreicht, und dann sei sie auf dem Weg nach Chemnitz in die Hände der Verfolger gefallen und nach Augustusburg ins Gefängnis gebracht worden. Pauline Wunderlich aus Weida im Fürstentum Reuß j. L. wurde in Sachsen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt – ein weit höheres Strafmaß als für gleiches Vergehen eines Mannes, offensichtlich zur Abschreckung von Frauen, sich in Männerangelegenheiten einzumischen. Sie verbüßte einen Teil der Strafe in der Frauenabteilung des Landgefängnisses Hubertusburg und wanderte nach ihrer Freilassung aus.

Im gleichen Gefängnis war auch Cläre von Glümer 1852 eingekerkert. Sie war zur Zeit des Frankfurter Parlaments Berichterstatterin für die »Magdeburger Zeitung«, seit 1850 in Dresden ansässig. Sie versuchte 1852, ihren Bruder aus dem Zuchthaus Waldheim zu befreien. Dafür mußte sie eine Haftstrafe von 4 Monaten verbüßen und wurde obendrein noch des Landes verwiesen. Erst 1859 erhielt sie die Erlaubnis, aus Wolfenbüttel wieder nach Dresden zurückzukehren.

Der »Frauen-Zeitung« Nr. 6 vom 26. Mai entstammt die Information, daß in den Schreckenstagen in Dresden »sich besonders ein Paar Frauen, Mutter und Tochter, als Krankenpflegerinnen in der Ratsbaderei« auszeichneten. »Es lagen dort während des siebentägigen Kampfes gegen neunzig schwerer und leichter Verwundete, zu deren Hilfe und Pflege nur ein einziger Arzt und die beiden Frauen da waren. Unter der größten Lebensgefahr, denn sie mußten selbst fortwährend auf den Knien bleiben, um nicht von den zu den Fenstern hereinfliegenden Kugeln getroffen zu werden, bereiteten diese Samariterinnen den armen Kranken alle nur möglichen Erleichterungen«.

Bereits in der Nummer 5 der »Frauen-Zeitung« findet sich die Information über die Gründung eines Demokratischen Frauenvereins in Dresden. Waren es auch Mitglieder dieses Vereines, die am 12. Mai als »Sächsische Frauen und Jungfrauen« den Gefallenen versicherten: »... Nie unsere Hand in die von Bruderblut triefende eines jener Söldlinge zu legen, nie Gemeinschaft zu haben mit einem solchen! – Euch aber, den treuen Streitem, den Märtyrem der Freiheit, werden Deutschlands Mütter Tempel erbauen in den Herzen ihrer Kinder und Kindeskinde. – Deutschlands Jungfrauen werden eure Gräber mit immer frischen Blumen schmücken, und immer neue Kämpfer werben der Sache, für die ihr gefallen«.<sup>5</sup>

Nach Kenntnis der Redaktion existierten nur in Oederan und in Mittweida bislang solche Demokratischen Frauenvereine. Die Redaktion äußerte den Wunsch, mehr Informationen darüber zu erhalten. Solche sind aber in der »Frauen-Zeitung« nicht zu lesen. Dafür aber Berichte über

<sup>4</sup> Louise Otto-Peters. Ihr literarisches und publizistisches Werk. S. 17.

<sup>5</sup> Frauen-Zeitung Nr. 6 vom 26. Mai 1849.

einen neuen Verein, der nach der Niederschlagung des Maiaufstandes entstand und das Ziel hatte, den zahlreichen Familien zu Hilfe zu kommen, die infolge des Dresdner Maiaufstandes ihrer Ernährer beraubt und in Not geraten waren. Solche Vereine entstanden auch andermorts, und sie verbreiteten Appelle, es ihnen nachzutun. Der Dresdner Verein wollte u. a. ein »Album« herausgeben und durch dessen Verkauf zu nötigem Geld kommen. In dem Buch sollten Beiträge deutscher Schriftsteller veröffentlicht werden. Auguste Scheibe, die führend beteiligt war, wandte sich um Rat an die Herausgeberin der »Frauen-Zeitung«, Louise Otto, in Meißen. Die sagte umgehend nicht nur einen »poetischen Beitrag« zu, sondern auch, daß sie zu jeder sonstigen Förderung des Unternehmens bereit sei und Auguste Scheibe auch zur Beratung zu ihr nach Meißen kommen könne, was umgehend Anfang Juli erfolgte.<sup>6</sup>

Auguste Scheibe, geboren am 28. Januar 1824 in Dresden, war die Tochter eines Zimmermeisters. Sie schildert unmittelbar nach der Begegnung in Meißen in einem Brief der neugewonnenen Gesinnungsgenossin Louise Otto ihren bisherigen Lebensverlauf.

Darin heißt es:

» ... Bald werden wir das Vergnügen haben, Sie als Gast in Dresdens Mauern zu begrüßen, u. dann werden Sie, Ihrem Versprechen zu Folge, auch ein Stündchen für mich übrig haben, doch nöthigt eben diese Erwartung mich, Ihnen einen kleinen Theil meiner Verhältnisse zu erklären, damit Sie nicht später in Versuchung kommen mich zu verurtheilen; u. bitte Sie daher um ein Wenig Geduld. Meine Eltern gehörten früher dem gewöhnlichen Arbeiterstande an, u. meine Erziehung war die aller Kinder der Arbeiter – ich besuchte wenig Stunden die Schule, wartete meine jüngeren Geschwister u. arbeitete die übrige Zeit für Geld.– Keine einzige Erholungsstunde war mir vergönnt und dadurch ein düsterer und unkindlicher Ernst in mir hervorgerufen ... Später wurde ich Arbeiterin, wie tausend Andere, fand aber auch hier unter meinen Genossinnen keine Freundin, denn die welche geistig unter mir standen genügten mir nicht, und ich war viel zu stolz, um eine Annäherung an eine mir Ueberlegene auch nur zu versuchen. Es war mir also jede Gelegenheit, mich durch Umgang zu erheben, abgeschnitten. Tag und Nacht arbeitete ich jetzt um mir Bücher zu beschaffen, endlich um Sprach- u. Musikstunden zu nehmen. Meine Eltern erhoben sich endlich durch eigene Kraft u. namenlose Anstrengung aus dem Stande der Proletarier in den der Bürger, und ich darf sagen, der geachteten Bürger.– Aber meines Vaters Grundsatz war und blieb: Der Mensch darf Nichts Anderen, er muß Alles sich selbst verdanken; u. so ward mir nicht die kleinste Unterstützung von seiner Seite.– Endlich kam ich so weit, eine Stelle in einem hochgräflichen Hause annehmen zu können, um dort den Kindern Elementarunterricht zu ertheilen, und glaubte nun die beste Gelegenheit zur Weiterbildung gefunden zu haben.– Wie sehr hatte ich mich getäuscht.– Es gibt nur einen Ausdruck, welcher meinen damaligen Zustand bezeichnen kann: Sklaverei u. ihren Fluch habe ich 2 lange Jahre getragen. Eingepfercht in die Kinderstube war ich weder Tag noch Nacht eine Minute frei. Kein Buch, außer meinen Unterrichts»Büchern«, kam in diesen 2 Jahren in meine Hand.– Keinen Menschen sah ich außer dem kein Wort deutsch verstehenden Dienstpersonal und der Gräfin (Name bzw. Abkürzung nicht lesbar, J. L.), welche es sich zum besonderen Vergnügen machte, täglich alle meine Menschenwürde, mein besseres Selbst, mein heiligstes Fühlen in den Staub zu treten.– Ich blieb dort, denn ich war ja arm! Der Körper war Slave, der Geist nie!– Durch besonderen Zufall kam ein deutsch-katholisches Buch in meine Hände, man sah es bei mir u. ich bekam meinen Abschied u. die Empfehlung: »wurde wegen religiösen Irrthümern aus meinem Hause entlassen.«–

<sup>6</sup> »Mein erster Besuch bei Louise Otto. Ein Gedenkblatt von Auguste Scheibe«. In: Neue Bahnen. Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. Nr. 6/ 1896, S. 45 ff.

Trotzdem bekam ich eine andere Stelle, u. ging in die weite Welt hinaus.– Doch in dieser Stellung war ich wieder, außer den Unterrichtsstunden, an eine halb wahnsinnige Dame gefesselt, bei welcher ich selbst des Nachts bleiben mußte und welche mich auf jeden Ausgang begleitete. Auch hier war mir also eine Fortbildung sowohl durch Umgang als auch durch Lecture zur Unmöglichkeit gemacht. In dieser Zeit lernte ich nun wohl die sogenannten höchsten Klassen der Gesellschaft kennen, aber auch ihre scheußliche Verdorbenheit u. ihre Heuchelei. Die welche ich für besser hielt haben sich mir nie genähert u. von den Andern wandte ich mich mit Abscheu ab. Als ich wieder ins elterliche Haus zurückkehrte, fand ich, daß ich durch meine veränderten Sitten u. Gewohnheiten, den Meinigen fremd geworden war.– Sie dachten u. handelten anders als ich, man fand mich lächerlich, geziert, überspannt u. die wenige Gesellschaft, welche ich bisweilen sah, traf dasselbe Urtheil.– Um den lieben Hausfrieden nicht zu stören, habe ich Allen entsagt u. stehe jetzt wo ich 24 Jahre alt bin noch ebenso allein, noch ebenso unbefriedigt da wie ich mit 14 Jahren stand u. bin heute wie damals Slave meiner Arbeit.– Nie hat sich ein Mensch meiner angenommen, nie Jemand mich belehrt oder aufgemuntert, nie konnte ich mich einer verwandten Seele anschließen; immer war ich von Sorgen niedergedrückt.– Kein Wunder also, wenn mein Wissen ein hier und da aufgegriffenes Stück- u. Flickwerk ist u. mein Können u. Wollen nie im Gleichgewicht steht, u. das nenne ich ein verfehltes Leben! Sie werden erstaunt sein, daß ich gerade Ihnen diese lange u. doch so gewöhnliche Geschichte erzähle! Hören Sie meine Antwort! – Hätte ich früher gewußt, wie sehr Sie geistig hoch stehen, ich würde Sie immer zuerst besucht haben. Trotzdem die mit u. bei Ihnen verlebten Stunden zu den wenigen, wirklich genußreichen meines Lebens gehören, würde ich doch sicher eine Annäherung vermieden haben,– da dieselbe sicher nur kurze Zeit bestehen kann, u. ich dann unglücklicher denn jemals sein werde.– Man wird Ihnen wenn Sie nach hier kommen erzählen, daß ich mit Leuten umgehe welche zu den niedrigeren Ständen gehören, daß ich fast in keiner Verbindung mit der sogenannten guten Gesellschaft stehe, oder sie doch wenigstens abgebrochen habe. Das Alles könnte ein zweifelhaftes Licht auf mich werfen.

Ich ziehe vor, Ihnen die ganze Wahrheit selbst zu sagen und es steht jetzt bei Ihnen, unser gegenseitiges künftiges Verhalten oder Nichtverhalten zu bestimmen. Ich hoffe, Ihre Achtung durch vorstehende Eröffnungen nicht verscherzt zu haben.

Genehmigen Sie, mein Fräulein die Versicherung meiner unbedingten Hochachtung.

Auguste Scheibe«<sup>7</sup>

Auguste Scheibe besaß ein großes Sprachtalent, sie unterrichtete zwanzigjährig die Kinder einer englischen Familie, mit der sie 1847 nach Paris gegangen war, von wo sie im Februar 1848 nach Deutschland zurückkehrte. In Frankfurt verfolgte sie die Sitzungen des Frankfurter Parlaments. Dort traf sie im Hause des Abgeordneten Dr. Wigard mit der bereits erwähnten Cläre von Glümer zusammen.<sup>8</sup> Als sie nach Dresden zurückgekehrt war, wurde sie mit der Fröbelpädagogin Auguste Herz bekannt. Nachdem sie mit der ebenfalls 25jährigen Frau näher bekannt geworden war, nahm sie in deren Kindergarten eine Ausbildung wahr und war danach ihre Mitarbeiterin.

<sup>7</sup> Der Brief von Auguste Scheibe an Louise Otto wurde offensichtlich im Juli 1850 mit bei der Hausdurchsuchung bei Louise Otto beschlagnahmt. SächsHStA Aktenbogen und Aktenlagen gemein- und staatsgefährliche Personen betr. S – Z. MdI No. 459.

<sup>8</sup> »Auguste Scheibe. Nach Aufzeichnungen von Cläre von Glümer und Auguste Schmidt«. In: Neue Bahnen. Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. 6/1898, S. 56.

Nach der Niederlage des Maiaufstandes bemühte sie sich insbesondere auch um die Befreiung von Gefangenen. So organisierte sie dem 28jährigen österreichischen sozialistischen Demokraten Ferdinand Kümberger, der nach der Niederschlagung der Wiener Revolution nach Dresden gekommen, am Maiaufstand beteiligt und in Gefangenschaft geraten war, nach dessen Entlassung aus der Gefängnishaft die weitere Fluchtroute. In einem Brief charakterisierte dieser Fräulein Scheibe als »auf der Höhe der Zeitbildung« stehend, die den »politischen und sozialen Fragen der Gegenwart gerecht« wurde und »das Ehrfurchtgebietende und Überraschende der weiblichen Geistesgröße und Charaktermacht« vereinigte. Nach Angaben der österreichischen Historikerin Gabriella Hauch war er bereits mit Aktivistinnen des Wiener demokratischen Frauenvereins bekannt gewesen, die er sehr bewunderte. Wie er schreibt, hätte die Begegnung mit Auguste Scheibe, sofern er noch ein vormärzliches Vorurteil gegen Frauenemanzipation gehegt hätte, dieses zum Verschwinden gebracht.<sup>9</sup>

Als sich in Dresden ein Frauenverein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien gegründet hatte, der um Vereinigung der Kräfte warb, zeichnete auch Komitee-Mitglied Auguste Scheibe mit ihrer Adresse, Antonstadt, Martinstr. 8.<sup>10</sup> Die Versammlungen des Vereins wurden, wie in der »Frauen-Zeitung« berichtet, im April 1850 verboten. Zur gleichen Zeit verstärkte sich der Druck auf aktive Frauen. »Man geht jetzt soweit, nicht nur Vereine, sondern auch einzelne Personen zu überwachen, und sie für alles, was sie reden und tun, wenn es nicht ganz ultramontan, reactionär oder schwarz-gelb ist, verantwortlich zu machen. Dies zeigte sich neulich bei einem Fall, der bei dem »Noth- und Hilfsverein« vorkam. Dieser Frauen-Verein ist einer der wohlthätigsten hiesiger Stadt, indem er besonders ganz heruntergekommener Familien sich annimmt ... Vorsteherin eines Zweigvereins hiervon war ein adeliges Fräulein, welches gern bei gemeinnützigen Thätigkeiten sich beteiligte, und durch Vorurtheilslosigkeit und Humanität schon immer vor den Damen ihres Standes sich ausgezeichnet hatte. Diese Dame erhielt einen Wink, und zwar auf ausdrückliche Veranlassung der Königin, ihre Stellung aufzugeben: eine so unchristliche Person wie Frl. v. , welche Mitglied der freien Gemeinde sei, könne nicht länger Vorsteherin in einem christlichen Verein sein.«<sup>11</sup> Auguste Scheibe, die Mitglied der deutsch-katholischen Gemeinde war, wurde von den sächsischen Behörden auch wegen ihrer freireligiösen Gesinnung observiert und drangsaliert.

Ihren Lebensunterhalt erwarb sie sich später vor allem als Übersetzerin aus dem Französischen, und Englischen unter dem Pseudonym S. Augustin. Besondere Anerkennung fanden ihre Übersetzungen Dickensscher Werke.<sup>12</sup>

In diesem Zusammenhang sei eine »Notiz« aus den Akten des sächsischen Innenministeriums wiedergegeben: »Nach Briefen, die bei der Auguste Scheibe gefunden worden sind, hat der Oberzollinspector Gravenhorst in Wolfenbüttel mit Auguste Scheibe correspondiert, zu dem

<sup>9</sup> Ferdinand Kümberger: Briefe eines politischen Flüchtlings, hrsg. von Otto Erich Deutsch. Leipzig, Grima 1920, Seiten 72–77. Zitiert nach Gabriella Hauch: Nichtswürdig – emanzipiert – geliebt. Geschlechtsspezifische Aktionen und Diskurse in den Revolutionen 1848/49. In: Frauen und Revolution. Strategien weiblicher Emanzipation 1789 bis 1848. Tübingen 1998.

<sup>10</sup> Frauen-Zeitung Nr. 30 vom 10. November 1849, S. 8. Als weitere Frauen, die Beitrittsanmeldungen auf Grund des Aufrufs vom 7. November 1849 entgegennehmen, werden genannt: Frau Julie Schmidt, geb. Schmidt, Gr. Meißner Gasse Nr. 11. Caroline Naumann, Gr. Brüdergasse Nr. 8, 2 Treppen. Auguste Rehfeld, geb. Peters, Hauptstr. Nr. 24. Pauline Klein geb. Gerlach, Kohlmarkt Nr. 4, 3 Treppen. Emilie Umbach, geb. Henckel, Seegasse Nr. 16, 1 Treppe.

<sup>11</sup> Frauen-Zeitung Nr. 17 vom 27. April 1850.

<sup>12</sup> »Auguste Scheibe. Nach Aufzeichnungen von Cläre von Glümer und Auguste Schmidt«. In: Neue Bahnen 6/1898, S. 56.

Zwecke, um der Clara von Glümer Geldunterstützungen, welche von einer Frau von Bennigsen herzurühren scheinen übermitteln zu lassen. Arlei, der im Septbr. u. Octbr. 1852 zu Frankfurt sich aufhielt, ... scheint die Verwendung bei Frau Bennigsen übernommen zu haben.«<sup>13</sup>

Cläre von Glümer, 1825 in Blankenburg geboren, verfaßte später ein Buch über die Sängerin Wilhelmine Schröder-Devrient<sup>14</sup>, die auch zu Louise Ottos Bekanntenkreis gehörte und mehr durch Zufall in den Maiaufstand verwickelt war. Die berühmte Sängerin gab ihrem Entsetzen, gerichtet an das sächsische Königshaus, laut Ausdruck, als sie von ihrer Herberge am Altmarkt aus den Abtransport des ersten Opfers des Dresdner Maiaufstandes miterlebte. Cläre von Glümer und Auguste Scheibe lebten gemeinsam zunächst in Wolfenbüttel und dann ab 1859 in Dresden-Blasewitz, Naumannstr. 1.

Nun zu Auguste Herz, die später auch wie Auguste Scheibe Mitglied des von Louise Otto-Peters 1865 in Leipzig gegründeten Allgemeinen deutschen Frauenvereins wurde. Wie die Bekanntschaft Louise Ottos mit der am 8. Juni 1824 in Leipzig geborenen Tochter eines Mechanikus und Geigenbauers zustande kam, ist mir nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, über deren Mann, den Philosophen und Privatgelehrten Dr. Heinrich Wilhelm Herz, der am 19. November 1848 in der Dresdner Frauenkirche zum Gedenken an den von Louise Otto so hochverehrten Robert Blum gesprochen hatte, dem »Klub der Linken« angehörte, Obmann des Vaterlandsvereines und Abgeordneter des Landtags war, als dessen Archivar er noch am 1. Mai 1849 eingesetzt worden war.<sup>15</sup>

Auguste Kachler, so der Mädchenname von Auguste Herz, war in ihrer Jugend eine bekannte Somnambule. Sie besuchte von Ostern 1834 bis Ostern 1838 die evangelische Freischule in Dresden. Nach Zeugnis des Oberlehrers Petermann gehörte sie im sittlichen Verhalten zu den besten Schülerinnen, fachlich dagegen habe sie hinter anderen Schülerinnen gestanden. Der Dresdner Künstler Karl Bähr malte das 17jährige Wunderkind, über deren Zustände und Heilung ein Buch erschien. Ihr Klavierlehrer war Friedrich Wieck, Clara Schumanns Vater, der in einem Gutachten einschätzte, daß sie zur Musik, namentlich zum Klavierspiel und Singen, mehr Neigung und Liebe habe als Talent. Im somnambulen Zustand sei ihre musikalische Leistung besser ... In der magnetischen Heilanstalt des ungarischen Menschenfreundes Franz Graf von Scapary, wo die 17jährige Auguste vom 20. Oktober 1841 bis zum 12. Januar 1842 betreut wurde, fand sie Gesundung. Am 6. November 1843 heiratete sie in der Kirche zu Plauen den 1814 geborenen Dr. Heinrich Wilhelm Herz. Am 1. Dezember 1844 kam ihr erstes Kind, Paul, zur Welt. Mit ihrem Mann, der inzwischen Verantwortlicher der im Oktober 1848 gegründeten »Dresdner Zeitung« war, besuchte sie im Herbst 1848 einen Kurs Friedrich Fröbels, der vorübergehend in dieser Zeit mit seiner Großnichte Henriette Beymann in ihrer Wohnung am Dippoldiswalder Platz wohnte. Bald gründete sie einen Kindergarten, den sie nach dem Fröbelschen System führte. Während des Maiaufstandes war Auguste Herz nicht in Dresden. Im Kindergarten wirkte später auch Auguste Scheibe. Die beiden Frauen organisierten einen Kurs zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen nach dem Fröbelschen System. 1851 wurden sowohl Kindergarten als auch der Kurs verboten, die Teilnehmerinnen, darunter Adele Erbe aus dem Herzogtum Altenburg,

<sup>13</sup> SächsHStA, MdI, Nr. 456, Bl. 939.

<sup>14</sup> Cläre von Glümer: Erinnerungen an Wilhelmine Schröder-Devrient. Leipzig 1862.

<sup>15</sup> Die Angaben zu Dr. Heinrich Herz und Auguste Herz entnahm ich, wenn nicht anders angegeben, der Publikation von Dr. Kurt Riedel: »Die Dresdner Kindergärtnerin Auguste Herz, geb. Kachler, erste bürgerliche Trägerin des Eisernen Kreuzes mit Rotem Kreuz«. Karl-Krause-Schriftkreis. Sondersende 3. Dresden 1941. 1. Anhang zu Reihe III: Krausetum und Fröbeltum.

des Landes verwiesen. Die Vorträge, die Auguste Herz dort hielt, erschienen 1851 bei Ernst Keil als Buch, von Diesterweg in einem Brief an die Verfasserin gelobt und in der »Frauen-Zeitung«<sup>16</sup> wohlwollend besprochen. Das Buch erhielt sogar Nachauflagen.

Auguste Herz' erbitterter Kampf, die Einrichtung weiterführen zu dürfen, blieb erfolglos. Adolf Diesterweg hatte in seinem Brief vom 24. Juli 1851 an sie betont: »Das Schicksal Ihrer Anstalt ist kein unerwartetes, und es steht nicht mehr allein da. Die Regierungen erblicken in den Kindergärten die Begründung des Communismus und Socialismus, und sie haben angefangen, dagegen einzuschreiten ...«

Den Einspruch von Auguste Herz gegen die Schließung ihres Kindergartens, gerichtet an den Stadtrat Dresdens, hat der Advokat Ernst Moritz Richter vertreten.<sup>17</sup>

Insbesondere setzte er sich mit der Begründung auseinander, daß »neuerdings in zuverlässige Erfahrung gebracht worden sei, daß auch die Dr. Herz der demokratischen Partei angehöre«. Der Kindergarten war Anfang 1849 gegründet und 2 Jahre von Auguste Herz geleitet worden. Während der Zeit ihrer Erkrankung, in der sie ab Ostern 1851 einige Wochen auf dem Land lebte, hatte vorübergehend Auguste Scheibe, die vorher bei ihr ausgebildet worden war, die Leitung in der Hand. Als Auguste Herz zurückkehrte, traf die »Verordnung der Königlichen Kreisdirektion Dresdens« vom 2. Juni ein, welche »der Fräulein Scheibe jede fernere Unterrichtserteilung« untersagte. Um die Angelegenheit zu klären, fand am 21. Juni ein persönliches Gespräch des Kultusministers mit Frau Herz statt. In dessen Wohnung und bei dessen Anwesenheit kam es am 23. und 24. Juni erneut zu Gesprächen mit Auguste Herz allerdings unbekanntem Herren. Auf Auguste Herz' Frage erklärte der Minister, sie möge nur die Anstalt wie früher weiterführen. Im Gegensatz dazu hat die Verordnung der Königlichen Kreisdirektion vom 19. August »dem Stadtrate das Mißfallen des Königlichen Kultusministeriums darüber zu erkennen gegeben«, daß derselbe das Fortbestehen des Kindergartens noch nach Eingang der Verordnung vom 2. Juni ohne Anfrage bei Kreisdirektion oder Kultusministerium geduldet habe. Zugleich wurde die Dresdener Schulinspektion angewiesen, »nunmehr die sofortige unbedingte Schließung des Kindergartens zu verfügen«. Was auch erfolgte.

Der Rechtsbeistand begründete in der Beschwerde, daß es nach der Gesetzeslage nicht zur Schließung des Kindergartens hätte kommen dürfen. Der Kindergarten habe 2 Jahre ungehorsam, wie auch andere, wirken können. Er brandmarkte insbesondere, daß die Schließung der Anstalt Ausdruck der Verfolgung einer Gesinnung sei und machte darauf aufmerksam, daß Angehörige der Regierung wie Innenminister v. Friesen, noch »nominell existierenden Vereinen« angehörten, die früher vaterländische Gedanken verbreitet hätten.

Der sächsische, später österreichische, Minister v. Beust entgegnete auf die Beschwerde u. a.: »Wenn indes die Behörde den Grund ihres Verbotes hauptsächlich in der politischen Gesinnung der Dr. Herz gefunden und dessen in der angefochtenen Verordnung kein Hehl gemacht, so kann nicht von einem Parteistandpunkt die Rede sein, auf welchen sich die Behörde hierbei ... gestellt haben soll, sondern lediglich von dem Standpunkt der Pflicht, von welchem aus dieselbe nur so, wie sie getan hat, und nicht anders verfahren konnte.«

Die »Frauen-Zeitung«, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Verbot in Sachsen im reußischen Gera erschien, kommentierte die Schließung der Anstalt und den Widerstand dagegen sarkastisch: » ... Man verbietet nicht, wie man es in Preußen tat – aber nicht ausführte – die Kindergärten überhaupt und an sich. Man verwirft nicht ein System, sondern einzelne Persönlichkeiten. Man hält nicht ein System für gefährlich, sondern nur die Art, wie es von dieser

<sup>16</sup> Frauen-Zeitung Nr. 32 vom 16. August 1851.

<sup>17</sup> Stadtarchiv Dresden, Ratsakte B VIII 202–2.

oder jener Person geltend gemacht werden könnte. Diese Bedeutung, welche man dadurch der Persönlichkeit, der Macht der Individualität gibt – hier speziell der weiblichen – muß nicht nur die Betroffenen, sondern alle sächsischen Frauen mit einem Selbstgefühl erfüllen, das unter andern Verhältnissen ihnen immer fremd geblieben sein mußte.<sup>18</sup>

Eine neue Existenzgrundlage für sich und ihre Familie schuf sich die 28jährige Auguste Herz 1852 in Buschbad bei Meißen, nachdem das Erteilen von Musikunterricht dazu nicht ausreichte. Sie baute dort eine Heilanstalt für behinderte Kinder auf und führte diese bis 1866, als Krieg und Cholera dazu zwangen, die Anstalt zu schließen. Dr. Heinrich Herz war nach der Verbüßung von 4 Jahren Haft in Hubertusburg vorzeitig entlassen worden und zeichnete der Form nach als Verantwortlicher für die Anstalt, später fand er bei Kammerherrn Georg von Miltitz, dem Besitzer der Familiengüter Siebeneichen und Schloß Scharfenberg, eine geeignete Anstellung.

In der Folgezeit vertiefte Auguste Herz ihre medizinischen Kenntnisse bei Prof. C. Bock in Leipzig und wurde schließlich in Altenburg berühmt für ihr heilpraktisches Können. Sie wurde wegen ihrer Fähigkeiten am sächsischen Königshof und in anderen Adelshäusern zu einer »sehr gesuchten Heilhelferin«. Am 1. Februar 1867 sprach sie im Hotel de Pologne in Dresden »über die erste leibliche Pflege der Kinder« – schon von 1845 – 1849 hatte sie mit körperbehinderten Kindern geturnt. Von 1868 bis 1875 war sie Leiterin einer Lehr- und Erziehungsanstalt in Altenburg, die bekannt wurde unter der Bezeichnung »Frauenfels«. In dieser Zeit war sie auch aktives Mitglied des Allgemeinen deutschen Frauenvereins. Sie starb 56jährig, 9 Kinder hinterlassend, am 6. Juni 1880 in Altenburg. Bei ihrem Begräbnis erwiesen ihr auch Hunderte von Armen Altenburgs, deren Kindern sie unentgeltlich mit Rat und Tat beigestanden hatte, die letzte Ehre, hieß es in einem Nachruf der »Gartenlaube«, der der Feder von Louise Otto-Peters entstammte.<sup>19</sup>

Eine weitere Dresdner Freundin Louise Ottos aus der Revolutionszeit, die ich wenigstens kurz nennen möchte, war Friederike Wolfhagen, bekannt unter ihrem Schriftstellerinnennamen Marie Norden. Die beiden Frauen kannten sich durch ihre Romane, die beide in Leipzig bei dem Verleger Adolph Wienbrack erschienen waren. Friederike hatte vor allem für verschiedene Dresdner Zeitungen »Bilder aus Schleswig-Holstein« geschrieben. Auch in der »Frauen-Zeitung« setzte sie sich für die schleswig-holsteinischen Interessen ein. Hervorzuheben ist ihr Roman »Dresdens Maitage«, ein getreues Zeitbild, wie Louise Otto-Peters im Nachruf für die 1878 Gestorbene einschätzt.<sup>20</sup>

Frauenvereine zu gründen war eines der großen Ziele von Frauen in der Revolution. Louise Otto faßte es in die Worte:

»Vereinigung! ein heilig Wort!  
Die Losung ist's der neuen Zeit.  
Es ist der Freiheit Fels und Hort;  
Drum hallt es durch die Lande weit–.

Vereinigung! ob Nord, ob Süd  
Vom deutschen Lande uns gebar,  
Wo schwarz-rot-gold die Fahne glüht,  
Und wo uns winkt der deutsche Aar!

Vereinigung! ob arm, ob reich,  
Wir drücken uns die deutsche Hand!  
Die Freiheit macht uns alle gleich,  
Die Gleichheit ist der Freiheit Pfand!

Vereinigung! ob Weib, ob Mann,  
Wir streben all' nach einem Glück,  
Die Freiheit nimmt sich aller an,  
Weist keinen Sterblichen zurück!<sup>21</sup>

<sup>18</sup> Frauen-Zeitung Nr. 47, vom 7. Dezember 1851.

<sup>19</sup> »Eine seltene Frau«. Gartenlaube Nr. 20/1880.

<sup>20</sup> Neue Bahnen 20/1878, S. 151.

<sup>21</sup> Frauen-Zeitung Nr. 1 vom 21. April 1849, S. 6.

**Der Schlag gegen die politischen Betätigungsmöglichkeiten, insbesondere auch von Frauen, nach der endgültigen Niederlage der Revolution von 1848/49 verfehlte nicht sein Ziel: Bis ins 20. Jahrhundert war es den Frauen in Deutschland verboten, sich in politischen Vereinen zusammenzuschließen und zu wirken.**

!

Susanne Schötz

Louise Ottos Dresdner, Leipziger und Rochlitzer »Schwestern«:

Zum Diskurs über Frauenarbeit im sächsischen Schneiderhandwerk 1848/49<sup>1</sup>

In den Neuerscheinungen zum 150jährigen Jubiläum der europäischen Revolutionen von 1848/49 fehlt es nicht an speziellen Kapiteln<sup>2</sup>, die die Beteiligung von Frauen an diesem Großereignis der Geschichte resümieren. Trotz unterschiedlicher Konzepte zur Deutung von Frauenaktivitäten in der Revolution<sup>3</sup> stimmen sie im Ergebnis weitgehend überein: der größte Teil der sich an der Revolution beteiligenden Frauen tat dies an der Seite der Männer, deren demokratische und nationale Ziele aufnehmend, unterstützend und meist in spezifisch weiblichen Aktionsformen<sup>4</sup> zu ihrem eigenen Anliegen machend.

Nur eine Minderheit der Frauen, so scheint es bisher, vertrat dagegen eigene emanzipatorische, d.h. frauenspezifische Interessen, die auf die Beseitigung der vielfältigen gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen gerichtet waren. Bekannt ist die große sächsische Achtundvierzigerin Louise Otto mit ihrer Frauenzeitung, bekannt sind vor allem aber auch die Forderungen nach dem Zugang von Frauen zur Universität, wie sie in Wien 1848 laut wurden und mit dem im selben Jahr in England gegründeten Queens College, der »Hamburger Hochschule für das weibliche Geschlecht« 1850–52 und auch der Gründung einer höheren Mädchenschule in Prag 1849 in Angriff genommen wurden. Hierher gehören als Aktionen lohnabhängiger Frauen, die eigene Ziele verfolgten, auch die Dienstmädchenversammlungen von Leipzig, Mainz und Wien.<sup>5</sup>

Ich werde im folgenden ein weiteres, bislang kaum bekanntes Beispiel für das selbstbewußte und couragierte Eintreten von Frauen für eigene Interessen in der Revolution von 1848/49 vorstellen, das m. E., soweit ich jedenfalls die Forschungen übersehe, für Deutschland einmalig ist. Ich plädiere damit nicht für eine Korrektur des bisherigen geschichtswissenschaftlichen Bildes über Frauen in dieser Revolution, wohl aber für die Fortsetzung und regionale Ausdehnung derartiger Forschungen. Denn bislang liegen nur für einzelne Orte oder Regionen Arbeitsergebnisse vor, für Sachsen<sup>6</sup> hat die Forschung über Frauen in der Revolution gerade erst begonnen.

<sup>1</sup> Eine umfassendere Analyse des Diskurses über Frauenarbeit, wie er im Revolutionsjahr 1848 in Sachsen stattfand, bietet nachfolgend genannter Aufsatz von mir, auf den dieser Beitrag zurückgeht: Susanne Schötz, Frauenarbeit im Diskurs der Revolution 1848/49: Die sächsische »Kommission für die Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse«, in: Johanna Ludwig/ Ilse Nagelschmidt/ Susanne Schötz (Hg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Bonn 1999.

<sup>2</sup> Siehe u. a. Gabriella Hauch, Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848, in: Dieter Dowe/ Heinz-Gerhard Haupt/ Dieter Langewiesche (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 841–900; Sabine Kienitz, Frauen, in: Christof Dipper/ Ulrich Speck (Hg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main und Leipzig 1998, S. 272–285 sowie Rüdiger Hachtmann, Frauen in der Revolution, in: Ders., Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 503–522.

<sup>3</sup> Vgl. vor allem Carola Lipp, 1848/49 – Emotionale Erhebung und neue Geschlechterbeziehung?, in: Johanna Ludwig/ Ilse Nagelschmidt/ Susanne Schötz (Hg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution 1848/49 sowie Gabriella Hauch, Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848, in: Dieter Dowe/ Heinz-Gerhard Haupt/ Dieter Langewiesche (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 841–900.

<sup>4</sup> Dazu gehören wohlthätige Sammlungen für revolutionäre Zwecke, der Einsatz in der Pflege Verwundeter und bei der Unterstützung Hinterbliebener, das legendäre Fahnensticken und die Teilnahme von Frauen an Fahnenweihen, aber z. B. auch die gemeinsame Teilnahme von Ehegatten an Volksversammlungen.

<sup>5</sup> Vgl. Gabriella Hauch, Frauenräume, S. 860 ff.

<sup>6</sup> Vgl. neben den Forschungen der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. vor allem Beate Klemm, Handlungsräume Leipziger Frauen im Umfeld der bürgerlichen Revolution 1848/49, in: Johanna Ludwig/ Ilse Nagelschmidt/ Susanne Schötz (Hg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution 1848/49.

## I. Anliegen und Quellengrundlage

Bereits am 3. April 1848, gerade zwei Wochen nach seiner Einsetzung, hatte der neue, liberal orientierte sächsische Innenminister Oberländer die Bildung einer »Commission für die Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse« angekündigt. Sie war dann im Sommer 1848 tatsächlich zustande gekommen und vereinte Räte und Mitarbeiter des Ministeriums sowie frei gewählte Mitglieder des Gewerbestandes, und zwar von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des zünftigen und unzünftigen Handwerks, der Hausindustrie, aus sogenannten geschlossenen Etablissements sowie Kaufleute. Ihre große Aufgabe bestand, vereinfachend gesagt, darin, die in Sachsen so dringend notwendige Gewerbereform vorzubereiten.

Zu diesem Zweck hat die Arbeiterkommission, wie sie in der Öffentlichkeit genannt wurde, einen detaillierten Fragebogen mit mehreren Hundert Einzelfragen zur Feststellung der gewerblichen Zustände und der dazu im Land verbreiteten Ansichten entwickelt und an die Ausschüsse der Gewerbetreibenden und Arbeiter versandt.<sup>7</sup> Sie erhielt aus ganz Sachsen fast 2000 Antworten, aus denen ein ca. 1100 Stellungnahmen umfassendes Verzeichnis der Eingaben aus dem Jahre 1848 zusammengestellt wurde.<sup>8</sup> Auf diesem Material beruhen die sogenannten historische Berichte der einzelnen Abteilungen, die zum Glück von HistorikerInnen im Sommer 1849 veröffentlicht worden sind und meine Quelle darstellen.<sup>9</sup> Sie referieren recht detailliert die in den Eingaben deutlich gewordenen Auffassungen zu bestimmten Frageschwerpunkten, auch zum hier interessierenden Gesichtspunkt 65, der Frage nach der Verbreitung und Bewertung der Frauenarbeit.

Im folgenden beschränke ich mich auf die äußerst kontroverse Diskussion um Frauenarbeit im Schneiderhandwerk. »Unter allen«, so der Bericht, »haben sich die Schneider am zahlreichsten auf dem Kampfplatze eingefunden«<sup>10</sup>, und so sind auch ihre Ansichten besonders ausführlich nachgezeichnet worden. Doch auch Schneiderinnen hatten sich auf das Schlachtfeld begeben, drei der insgesamt vier Eingaben von Frauen an die Kommission stammten von ihnen: den Frauenschneiderinnen aus Dresden und den sogenannten Nätherinnen aus Leipzig und Rochlitz. Bei der vierten Eingabe handelte es sich um die Stellungnahme von Louise Otto, auf die ich hier lediglich verweisen kann.<sup>11</sup>

## II. Zum Diskurs über Frauenarbeit im sächsischen Schneiderhandwerk 1848/49

In diesem Diskurs wurden vor allem vier Gesichtspunkte immer wieder aufgegriffen:

### 1. Die Berechtigung/Nichtberechtigung von Frauenarbeit angesichts historischer Innungsprivilegien

Die meisten Eingaben von Schneidermeistern forderten vehement eine Aufhebung des Mandates vom 3. Januar 1831, das für Frauen teilweise die Frauenschneiderei freigegeben hatte. Es berechtigte sie dazu, Kleidungsstücke »für Personen weiblichen Geschlechts und für Kinder

<sup>7</sup> Vgl. Paul Horster, Die Entwicklung der sächsischen Gewerbeverfassung (1780–1861), Krefeld 1908, S. 90–104.

<sup>8</sup> Siehe Verzeichnis der Eingaben betr. Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse 1848, Dresden 1849 (im folgenden: Verzeichnis der Eingaben).

<sup>9</sup> Vgl. ebd. Der Gesamtbericht umfaßt mehr als 500 Seiten.

<sup>10</sup> Ebd., S. 388.

<sup>11</sup> Siehe hierzu meine in Anmerkung 1 genannte Veröffentlichung.

beiderlei Geschlechts bis zum 14ten Jahre«<sup>12</sup> anzufertigen, umzuändern und auszubessern. Dabei durften nur alte Kleidungsstücke von Frauen und Kindern in den Wohnungen der schneidenden Frauen ausgebessert werden, während das Fertigen und Umändern neuer Kleidungsstücke allein in den Wohnungen der Kunden, für deren Hausbedarf und gegen Tagelohn gestattet war. Frauen hatten damit einen klar umgrenzten Freiraum für die eigenständige Gewerbeausübung erhalten, auch wenn sie weder eigene Werkstätten mit Gehilfen und Lehrlingen führen, noch Herrenkleidung anfertigen durften und auch nicht im Stücklohn für Dritte tätig werden sollten. Obgleich die Schneiderinnungen emsig die Einhaltung des Mandates vom 3. Januar 1831 seitens der schneidenden Frauen überwachten, war diese letztlich nicht durchsetzbar; die Frauen entwickelten vielfältige Strategien zur Umgehung einzelner Vorschriften.

So verlangten die meisten Schneidermeister und insbesondere die der Frauenschneiderei von der gesetzgebenden Gewalt, »daß sie das große Unrecht wieder gut machen, was das gestürzte und geächtete Regierungssystem an ihnen begangen hat, zum Ruin Hunderter von Familien«<sup>13</sup>: die Abschaffung der unseligen Verhältnisse der Gegenwart und Wiederherstellung der Rechtszustände der Vergangenheit.

Ganz ähnlich dachte die Mehrheit der Schneidergesellen, die sich vor allem über die durch die billigere weibliche Arbeit herabgedrückten Löhne beklagten. Minderheiten entwickelten allerdings grundsätzlich andere Vorstellungen, ohne daß das im Rahmen dieses Beitrages ausgeführt werden kann.<sup>14</sup>

Dagegen bestritten die in die Diskussion eingreifenden Frauenschneiderinnen entschieden das historische Recht des Innungswesens auf die ausschließliche Anfertigung von Frauenkleidern. »Nur die zum Hohne des Zeitgeistes in der Neuzeit straffer angezogenen Innungsartikel haben diese der Natur nach nicht männliche Beschäftigung mit Nadel und Zwirn in Anspruch genommen«, so die Frauenschneiderinnen. Ihre selbstbewußte Zukunftsforderung lautete daher, »die Frauenschneiderei gänzlich freizugeben, die Innungen der Frauenschneider aber, weil sie doch nur zum Nachtheil eines großen Theils des Publicums bestehen«<sup>15</sup>, aufzuheben.

## 2. Die Auswirkungen weiblicher Erwerbsarbeit auf Moral und Sittlichkeit der Gesellschaft

Für Schneidermeister wie -gesellen stand die Ungerechtigkeit und moralische Fragwürdigkeit des Mandates vom 3. Januar 1831 ihrem Berufsstand gegenüber außer Frage. »Durch Preisgebung einer bürgerlichen Nahrung, auf die eine große Anzahl Staatsbürger ausschließlich angewiesen ist« würde »liederlichen Frauenzimmern« »ein Auskunftsmittel an die Hand gegeben, um ihrem liederlichen und unmoralischen Lebenswandel eine gesetzliche Unterlage zu unterbreiten«.<sup>16</sup> Aber, so setzten sie hinzu, auch Frauenzimmer unbescholtenen Rufes, auch verheiratete Frauen, deren Ehemänner hinreichend auskömmliche Geschäfte hätten, häufig Beamtenfrauen, wendeten sich dem Gewerbe zu »um einem Hange zum Luxus besser frönen zu können«.<sup>17</sup> Gerade letzteren lägen jedoch »die Pflichten als Hausfrau

<sup>12</sup> Ausführlich bei Ulrike Kugel, *Leipziger Näherinnen in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Weibliche Erwerbsarbeit im Widerstreit mit der Schneiderinnung*, in: Susanne Schötz (Hg.), *Frauenalltag in Leipzig. Weibliche Lebenszusammenhänge im 19. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 1997, S. 79–100, hier insbesondere S. 91 f.

<sup>13</sup> Verzeichnis der Eingaben, S. 389.

<sup>14</sup> Vgl. dazu meinen in Anmerkung 1 genannten Aufsatz.

<sup>15</sup> Verzeichnis der Eingaben, S. 391 f.

<sup>16</sup> Ebd., S. 389.

<sup>17</sup> Ebd.

und Mutter viel näher, als ein Erwerbszweig, der ihnen entbehrlich sei und das Einkommen Anderer, die darauf angewiesen seien, kürze«. <sup>18</sup> »Eine Hauptsache« aber, so die Schneidermeister, sei »die Häuslichkeit, welche jetzt von der Frauenwelt so sehr vernachlässigt wird, so daß eine häusliche Frau für einen Bürger ein Lotterietreffer ist«. <sup>19</sup> Auch wäre die Sittlichkeit in Fabrikgegenden und größeren Städten allein durch die gewerbliche Arbeit von Frauen und Kindern tief gesunken. Andererseits mache die Frauenarbeit »zu einer kräftigen Fortpflanzung des Menschengeschlechtes untauglich«. <sup>20</sup>

Nach diesen Argumentationen untergrub Frauenarbeit nicht nur die bürgerliche Existenz vieler Staatsbürger, sondern gefährdete zugleich den sittlich-moralischen Zustand wie die biologische Existenz der Menschheit. So konnte das Fazit der Männer nur darin bestehen, die Regierung zum Einschreiten aufzufordern – zum Besten von allgemeiner Moral und Sittlichkeit.

Daß Gerechtigkeit, Moral und die Verantwortung des Staates aus Sicht der schneidernden Frauen andere Bedeutungen besaßen, belegen die Äußerungen der Frauen. Sie bezeichneten die Anträge der Schneiderinnen zur Aufhebung des Mandates vom 3. Januar 1831 »als ein ebenso ungerechtes als unmoralisches Verlangen«. <sup>21</sup> Es gäbe, so ihre Argumentation, nur höchst selten »geeignete Dienststellungen für solche Personen, die größtentheils Mädchen ohne Vermögen, aus den mittlern Ständen, Töchter von Gewerbetreibenden, Beamten, Gelehrten oder auch Witwen sind«. <sup>22</sup> Eben weil sie Angehörige der Mittelschichten seien, qualifizierten sie sich »zu geringern Diensten« wenig, auch wären solche Dienste ohnehin durch Bauerndimen vom Lande überfüllt. <sup>23</sup> Spinnen, Stricken, Sticken bezeichneten sie als Erwerbsquellen, die durch das Fabrik- und Maschinenwesen versiegt seien, »und die Fabrikarbeit« so die klageführenden Schneiderinnen, »ist gleichfalls für gebildete Bürgermädchen wenig geeignet. Für solche eignet sich als rechtschaffender Erwerb vorzugsweise die Frauenschneiderei, die für sie Seiten des Staates mit in Anspruch genommen werden muß. Oder wollen die Herren Schneidermeister etwa das außerdem noch einzig verbleibende Mittel, dem Hungertode zu entgehen, jenen Frauen und Mädchen anrathen, nämlich sich das Leben durch Unsittlichkeit zu fristen ?« <sup>24</sup>

Nicht in der weiblichen Erwerbsarbeit erblickten die Frauen die Quelle der Unsittlichkeit, sondern im Mangel an legitimen und angemessenen Arbeitsmöglichkeiten für unversorgte Frauen und Mädchen. Da Frauen »gleich den Männern dem Staate angehören«, besäße dieser die Pflicht, ihnen »die Möglichkeit des Erwerbes und die freie Wahl des Berufes nach den vorhandenen Möglichkeiten« zu sichern. <sup>25</sup> Das Recht auf Arbeit hätten »noch alle vernünftigen Staatsmänner dem Staatsbürger zugesprochen« <sup>26</sup>, einen weiteren Anspruch wollten sie an den Staat auch nicht machen. Leider kennen wir nicht den Hintergrund der letzten Bemerkung, wissen nicht, ob in den internen Diskussionen der Frauen auch weitergehende Ansprüche erhoben wurden. Die geschickte Argumentation der Frauen, die zugleich als Angehörige bürgerlicher Mittelschichten wie als Staatsbürgerinnen ihr Recht auf ein nützliches und sittliches Dasein durch angemessene Arbeit einforderten, läßt es vermuten.

<sup>18</sup> Ebd., S. 456.

<sup>19</sup> Ebd., S. 390.

<sup>20</sup> Ebd., S. 455.

<sup>21</sup> Ebd., S. 391.

<sup>22</sup> Ebd., S. 392.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Ebd., S. 461.

<sup>26</sup> Ebd.

### 3. Philosophische Gesichtspunkte: Sogenannte natürliche männliche und weibliche Fähigkeiten und Arbeiten

In den Diskussionen von Männern und Frauen über Frauenarbeit werden auch recht unmittelbare Anleihen an den oder Überformungen durch den Geschlechterdiskurs der klassischen deutschen Philosophie deutlich, der aus der unterschiedlichen natürlichen Beschaffenheit von Männern und Frauen verschiedenartige Fähigkeiten und Aufgabengebiete in Familie und Gesellschaft ableitete.<sup>27</sup>

Übereinstimmung herrschte in den Argumentationen der diskutierenden Männer darin, daß der Beruf der Hausfrau und Mutter für Frauen der bessere Beruf sei. Da es jedoch nun einmal unversorgte ledige Frauen und Witwen gäbe, die nicht mit der Unterstützung männlicher Familienangehöriger zu rechnen hätten, z. T. aber auch die Löhne der Männer so gering wären, daß sie davon unmöglich eine Familie ernähren könnten, wurden den Frauen Arbeiten empfohlen, die außerhalb des zünftigen Handwerks lagen: Hausarbeit und Kindererziehung und »tausend andere weibliche Beschäftigungen«, »welche nicht zünftig und der freien Ausbeutung überlassen sind, als: Weißnäherei, Putz- und Blumenfabrikation, Strohflechterei, Sticken und viele andere.«<sup>28</sup> So lautete eine Reihe von Anträgen, »daß man für andere und echt weibliche Beschäftigung anstatt der männlichen Sorge tragen möge.«<sup>29</sup> Von Handwerksgelesen sind solche Arbeiten auch als »Arbeiten, die nicht technischer Natur sind«, als »Neben- und Hilfsarbeiten in den Gewerben« bezeichnet worden.<sup>30</sup>

In diese Herabstufung weiblicher Arbeit paßt sich die Auffassung der Damenschneidermeister ein, daß »Pfuscherin« der »richtige Ausdruck« für schneidende Frauenzimmer sei. Denn während Meister durch stufenweise und langjährige Ausbildung und »namentlich durchs Wandern« dahin gelangt wären, den hohen Anforderungen der Gegenwart durch Leistung zu entsprechen, besäßen schneidende Frauenzimmer in der Regel nur höchst mangelhafte Vorbildung. Sie pfuschten auf gut Glück, »nach einem von irgend einem Meister erschlichenen Modell«.<sup>31</sup>

Frauenschneiderei sei keinesfalls die »natürlichste Beschäftigung der Frauenzimmer«, denn »jede weibliche Beschäftigung, welche in ihrer höhern Ausführung größeres Studium verlangt«, werde durch Männer verrichtet, »z. B. die Kochkunst u.a.m.«

Auch die Schneiderinnen betonten, daß »durch Naturgesetze der Kreis der weiblichen Arbeiten ohnehin enger gezogen« sei.<sup>32</sup> Gerade deshalb aber müsse die heilige Pflicht des Staates darin bestehen, ihn nicht noch weiter verengen zu lassen. »Der Frau«, so parierten sie voller Ironie, »gehört die Nadel in der Hand, dem Manne aber Hammer, Kelle, Hobel usw.«<sup>33</sup> Das Fertigen weiblicher Kleidungsstücke erfordere »weder männlichen Verstand, noch männliche Kraft«, das Anpassen von Frauenkleidern durch Männer wäre allemal ein Angriff auf das Zartgefühl von Frauen.<sup>34</sup>

<sup>27</sup> Hierzu ausführlich Karin Hausen, Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, S. 363–393 sowie Ute Frevert, Bürgerliche Meisterdenker und das Geschlechterverhältnis. Konzepte, Erfahrungen, Visionen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: Dies. (Hg.), Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, S. 17 bis 48.

<sup>28</sup> Verzeichnis der Eingaben, S. 390.

<sup>29</sup> Ebd., S. 394.

<sup>30</sup> Ebd., S. 457.

<sup>31</sup> Ebd., S. 390.

<sup>32</sup> Ebd., S. 461.

<sup>33</sup> Ebd., S. 392.

<sup>34</sup> Ebd., S. 461.

Auch von dem von den Männern hervorgehobenen Wert des Wanderns für die gewerbliche Ausbildung distanzierten sich die Frauen auf witzige, kluge Art und Weise: »Man hindere ... aber keinen Gesellen am Wandern, der einen Trieb zur Ausbildung in sich fühlt; wenn aber jeder Tölpel sich nach beendiger Lehrzeit den Reisepaß ausstellen läßt, unmittelbar vor dem Thore seiner Vaterstadt mit Betteln beginnt und sich wochenlang von einem Dorf zum andern schleppt, einmal ein paar Thaler verdient um dieselbe Laufbahn von neuem zu beginnen, so muß man sehr bescheidene Zweifel an dem Werth des Wanderns, namentlich an der dadurch erlangten Ausbildung hegen«. <sup>35</sup>

#### 4. Der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt: »der Vortheil fürs Publicum«

Dieser Gesichtspunkt ist von den schneidernden Frauen in die Diskussion eingebracht worden und ließ sich von den Männern nicht entkräften. Denn es ließ sich nicht bestreiten, daß die Arbeit der Frauen ungleich billiger und schneller war, »wenn sie zu den Kunden auf die Stube gehen, wo Mutter, Töchter, Dienstmädchen mit arbeiten helfen«<sup>36</sup>. Sie bereiteten so für zahlreiche unbemittelte Familien »eine große Wohlthat«, »anstatt daß dieselben die theure Fertigung beim Schneidermeister bezahlen müssen«<sup>37</sup>. Natürlich plädierten die Männer dafür, daß allein die Preise kein Motiv der Zulassung von Frauen sein dürften, »wenn einerseits Hunderte productiver Familien dem Ruin entgegengeführt werden, um andererseits den Consumenten einen geringen Vortheil zu gewähren, der aber zu unbedeutend«<sup>38</sup> sei, um den Ausschlag geben zu können. Doch in der Praxis hatten sich die Konsumenten längst zugunsten der billigeren Frauennarbeit entschieden, anders ist die große Zahl schneidernder Frauen kaum erklärbar.<sup>39</sup>

### III. Ergebnisse

Zwei Ergebnisse meiner Untersuchung seien abschließend besonders hervorgehoben, vermögen sie doch neue Akzente hinsichtlich der Rolle von Frauen in der 48er Revolution, aber auch hinsichtlich bürgerlicher Geschlechterkonzepte in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu setzen:

1. Eine Überraschung waren für mich die klaren, selbstbewußten Forderungen der Frauenschneiderinnen. Sie waren konkret auf die vollständige Freigabe der Frauenschneiderei für Frauen und auf die Abschaffung der männlichen Frauenschneiderzünfte gerichtet. Sie zielten nicht auf Teilhabe an unbezahlter Sozialarbeit oder auf wohlthätige Werke christlicher Nächstenliebe. Die Frauenschneiderinnen klagten als Staatsbürgerinnen und beim Staat die selbständige, auf eigenen Namen und auf eigene Rechnung erfolgende Gewerbeausübung für Frauen ein – auf Kosten und gegen den erbitterten Widerstand der Männer. Sie taten dies vorzugsweise als Angehörige kleinbürgerlicher Mittelschichten die ihren sozialen Status gesichert sehen wollten; die Forderung nach »angemessenem Erwerb« zielte auf Abgrenzung von lohnarbeitenden Unterschichtfrauen und -mädchen. Diese Frauen forderten das Recht der freien Wahl des Berufes nach den vorhandenen Möglichkeiten – nicht bürgerliche Frau-

<sup>35</sup> Ebd., S. 393.

<sup>36</sup> Ebd., S. 391.

<sup>37</sup> Ebd., S. 392.

<sup>38</sup> Ebd., S. 390.

<sup>39</sup> Handwerksgelesen beklagten, daß es in Leipzig 140 männliche Damenkleiderverfertiger, Meister und Gesellen zusammengerechnet, gäbe, aber ca. 600 schneidernde Frauen und Mädchen. Vgl. Verzeichnis der Eingaben, S. 455.

enberufe im Rahmen eines Konzeptes sozialer Mütterlichkeit.

Daß sie gerade in der Schneiderei eine Möglichkeit der freien Berufsausübung erblickten, hängt wohl damit zusammen, daß dieses Gewerbe eines der wenigen war, in denen Frauen eine Berufsausbildung erlangen konnten<sup>40</sup>, zumal bereits für Schulmädchen Handarbeitsunterricht obligatorisch war.<sup>41</sup> Außerdem mußte dieses Gewerbe den Angehörigen weniger wohlhabender Mittelschichten auch deshalb erstrebenswert erscheinen, weil es zur selbständigen Ausübung keine umfangreichen Ausgangskapitalien erforderte.

Louise Otto hatte nicht nur »Schwestern«, die es, wie sie es in ihrem offenen Brief formulierte, nicht wagten, »ihre Bitten und Wünsche öffentlich auszusprechen«, »wie es die Männer tun«, und für die sie deshalb eintrat. Sie hatte auch solche, die aufmerksam wie sie selbst das politische Geschehen verfolgten und sich mit eigenen, sachlich begründeten Forderungen, nicht Bitten, an der in Sachsen in Gang gekommenen demokratischen Mitbestimmung beteiligten. Die Eingaben der Frauenschneiderinnen, die mir allerdings nur auszugsweise im Zitat bzw. als Zusammenfassung der wesentlichsten Punkte in der Sicht der historischen Kommissionsberichte vorlagen, sind nicht in der Diktion demütiger Bittstellerinnen verfaßt. Es argumentierten sich als gleichwertige und gleichberechtigt verstehende Frauen, die auf kluge, geschickte, ja witzige Art und Weise eigene Interessen durchzusetzen suchten. Ich verstehe ihre deutlichen, auf die Abschaffung männlicher Vorrechte gerichteten Forderungen aus der großen, Männer wie Frauen erfassenden, Politisierung und Radikalisierung in der Revolution.

2. Das von bürgerlichen Meisterdenkern entworfene ideale bürgerliche Geschlechterkonzept mit der im Innern des Hauses wirkenden Gattin, Hausfrau und Mutter auf der einen Seite und dem außerhäuslich erwerbenden und in der Öffentlichkeit wirkenden Ehemann auf der anderen Seite ist nur von einer Minderheit (vor allem von Handwerksgesellen) nachdrücklich, und – so der Kommentar der Kommission – ohne »nach der praktischen Ausführbarkeit« zu fragen, verfochten worden.

Für die Mehrheit stand die Notwendigkeit weiblicher Arbeit in der Wirtschaft Sachsens außer Frage, und so wurde vor allem darüber gestritten, in welchen Bereichen, mit welchen Arbeiten und in welcher Form Frauen Beschäftigung finden sollten. Genau dies war der Diskussionspunkt, an dem alle Beteiligten in irgendeiner Weise das Gedankengut der Meisterdenker über »natürliche« Geschicklichkeiten von Männern und Frauen aufgriffen und im eigenen Interesse einsetzten. Gerade weil die Schneiderinnen offenbar plausibel argumentieren konnten, daß die Beschäftigung mit »Nadel und Zwirn« »weder männliche Kraft noch männlichen Verstand« erfordere, und »Näherinnen« weit weniger als Schneider »das Zartgefühl« der Kundinnen belasteten, erhielten ihre Eingaben beifällige Kommentare im veröffentlichten Kommissionsbericht.<sup>42</sup> Die Dumpingpreise der als *Staatsbürgerinnen* auftretenden Frauenschneiderinnen werden ein Übriges dazu beigetragen haben, daß das Mandat von 1831 nach 1848 in Kraft blieb, und Frauen weiterhin die beschränkte selbständige Gewerbeausübung gestattet war.

<sup>40</sup> Eine entsprechende Festlegung enthielt das Mandat vom 3. Januar 1831. Daneben erteilten aber auch Schneidermeister Frauen und Mädchen verbotenerweise Unterricht im Schneidern gegen ein entsprechendes Entgelt. Siehe Ulrike Kugel, *Leipziger Näherinnen*, insbesondere S. 91 und S. 99.

<sup>41</sup> Bei einer Analyse der Leipziger Adreßbücher, die in Zehn-Jahres-Schritten vorgenommen wurde, fand ich im Jahre 1800 zum ersten Mal bei der Ratsfreischule eine besondere Lehrerin »zum Unterricht im weiblichen Arbeiten« verzeichnet. Seitdem beschäftigten sowohl die öffentlichen, die Armen- als auch die Privatschulen entsprechende Lehrerinnen.

<sup>42</sup> Vgl. ausführlicher zum Kommissionskommentar bezüglich der Frauenarbeit in Sachsen meinen in Anmerkung I genannten Aufsatz.

## Kurt Kranke

### Amokläufer gegen den Freimaurer-Orden.

#### Advokat Eduard Emil Eckert, Sachsens Freimaurer und die Dresdner Mairevolution

Die Freimaurer ganz Deutschlands blickten im Frühjahr 1852 gespannt nach Dresden. Unter ihnen verschiedene Landesfürsten, die, anders als die katholischen Albertiner, innerhalb ihrer Landesgrenzen Freimaurerlogen als Protektoren beschützten. Spannung erregte das seltsame Schauspiel, das von Februar bis Mai 1852 auf der Bühne des sächsischen Landtages uraufgeführt wurde: Beide Kammern berieten den Antrag des Advokaten Eduard Emil Eckert auf Verbot des Freimaurerordens – in öffentlicher Verhandlung!<sup>1</sup>

Eckert wählte, den Schlüssel zur Erklärung der Mai-Revolution gefunden zu haben: Die Geburt der Revolution aus dem Geist freimaurerischer Verschwörung.

Eckert hatte nach der Revolution in Dresden die »Freimüthige Sachsen-Zeitung« gegründet. Ihr Motto: »Mit Gott für Thron und Vaterland!« Seitdem, so Eckert als ultrakonservativer Redakteur, »wurde das Studium der Revolution in Staat und Kirche... meine alleinige Lebensaufgabe.«<sup>2</sup> In seiner Beweisschrift heißt es: »Nirgends... finden diese Rebellionen... eine natürliche Erklärung, überall... stellen sie sich als Produkte eines Planes einer geheimen... Verschwörung dar.« Selbst der »Socialismus« – »forscht man nach diesem allgemeinen bösen, zerstörenden Dämon, so findet man, so viel man auch forschen mag, doch nur eine einzige Erscheinung..., und diese Erscheinung ist der Freimaurerorden.«<sup>3</sup> Die Beweisschrift, die Eckert im Selbstverlag herausgab, umfaßte, wie ein Redner im Landtag mißmutig feststellte, »362 vollgeschriebene Blätter«. Die wenigsten Landtagsabgeordneten hatten sie gelesen. Die Debatte verfestigte sich von Anfang an in juristische Formfragen. Ihr Verfasser dagegen erwartete, daß die Schrift »sorgfältigst« geprüft und der »Staatsregierung mit dem dringenden Gesuch überantwortet« werde, um »den Orden der Freimaurer in Sachsen aufzuheben, das Verbot mit Nachdruck durchführen zu lassen, und beim hohen Bundestag die allgemeine Aufhebung des Ordens in Deutschland zu beantragen.«<sup>4</sup>

Eckert »traktierte« auch Landesfürsten. Ihnen warf er vor, als Freimaurer gehörten sie in Wirklichkeit einem »Revolutionsbund« an. Sie wären, »obgleich scheinbar an der Spitze der Verbindung, nur Gelenke, nicht Lenker«.

Die Logen dagegen versicherten, in ihren Zusammenkünften nach alter selbstauferlegter Pflicht keine Diskussion über Politik und Religion zu führen. Schon gar nicht für eine revolutionäre Propaganda der Tat. Abgeschieden von Lärm der äußeren Welt suchten sie im Logenkreis ein Leben für Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit einzuüben. Der Bogen der Eckertschen vermeintlichen Kronzeugen reicht von Reden des Freimaurers Robert Blum, der bei der Trauerparade im August 1845 in Leipzig der »Welt die Revolution proclamiert« habe, über das Wormser Logenmitglied Ferdinand Freiligrath, nach Eckert einer der »verruch-

<sup>1</sup> Mittheilungen über Verhandlungen des Landtags I. Kammer, Nr.17 und 39, Dresden 1852; Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtags II Kammer, Nr. 73, Dresden 1852.

<sup>2</sup> Eduard Emil Eckert: Der Freimaurer-Orden in seiner wahren Bedeutung ... In zwei Schriften. (Beweisschrift), Dresden 1852 (Selbstverlag des Verfassers), S. V.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 10 f.

<sup>4</sup> Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtags I. Kammer am 20. Februar 1852, Nr. 17, S. 244 ff.; vgl. Eckert, S. 15.

testen Blutdichter«<sup>5</sup>, bis hin zu Freimaurer Baron Rothschild in London. Dort würden »Judengenossen« der eigentliche »Focus der Revolutionen der Gegenwart« sein.<sup>6</sup>

### Vaterschaftsstreit: Die Demokratie – ein Kind des Freimaurerordens?

Als Stütze seiner Verschwörungsthese zog Eckert ihm verräterisch erscheinende Freimaurer-Schriften heran. Besonderes Interesse zeigte der Advokat an der Festrede des Meisters Rudolph Richard Fischer (1801–1855), gehalten zum Gründungsjubiläum der »Loge Apollo« Ostern 1849 in Leipzig. Freimaurer Fischer war seit 1837 Diakon an der Leipziger Nikolai-Kirche.<sup>7</sup> Die deutsche Bruderschaft sei »nicht ohne Segen für die Menschheit« geblieben, resümierte er Ereignisse des Jahres 1848. Zu den Umbrüchen und Anteil der Bruderschaft führte Fischer (»Freimaurer-Zeitung« Nr.15 vom April 1849) aus:

»Selbst bei der mächtig veränderten Lage der Dinge in der Außenwelt sind Namen unseres Mitgliederverzeichnisses auf dem Reichstage zu Frankfurt, an der Spitze der Regierung und auf dem Landtage in Sachsen zu... finden. Das Streben ist der Demokratie geweiht..., den Volkswillen zur Herrschaft zu bringen...« Die Demokratie sei ein Ergebnis, zu dem die Freimaurerei »unter allen Umständen« hinführen mußte. Die Demokratie – »sie ist unser Kind! Erschrecken Sie nicht darüber! Es ist eine Frucht, deren wir uns nicht zu schämen brauchen... Seit länger als hundert Jahren haben wir in den Logen die Adelsdiplome und Ordensbänder unbeachtet gelassen, dem Range und Besitze jedes Vorrecht versagt, haben wir allen in unseren Kreisen... den Brudemamen gegeben, haben wir frei gewählt unsere Führer und Richter, haben wir uns selbst unsere Gesetze geschaffen..., die politische Meinung und den religiösen Glauben Jedem anheim gestellt.«<sup>8</sup>

Soweit aus dem freimaurerischen Credo des protestantischen Seelsorgers Fischer.

Zeitgeist: Das Freimaurer-Bekenntnis vom April 1849 konnte 1852 als »Beweis« für die revolutionäre Verschwörung in der Maurerei ausgegeben werden – fast ohne Widerspruch. Eine einschränkende Stimme kam aus Freimaurerkreisen selbst. 1851, zwei Jahre nach der Fischer-Rede. Zwar wären die Worte »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!« schon vor der 48er Revolution in den Hallen der Maurer gesprochen worden und die Demokratie werde man auch nach der Revolution nicht verleugnen – allein das Wort »Die Demokratie ist ein Kind der Maurerei« stamme aus einer im »Freiheitsrausche« der Zeit gehaltenen Rede. Deshalb werde es oft mißverstanden und übelgedeutet. So Hofrat Gotthard Oswald Marbach, Stuhlmeister der Loge Balduin zur Linde in Leipzig, in einem Logen-Rundschreiben (»Freimaurer-Zeitung« Nr. 2, Januar 1851, S.10 ff).

In der »Beweisschrift« (S.288/89) geht Eckert auch auf dieses Rundschreiben von 1851 ein. Doch er spart u. a. jenen Abschnitt aus, worin Marbach die Aussage über die Demokratie als alleiniges Kind der Freimaurerei relativiert. Eckert ignoriert auch Marbach's Feststellung: »Die

<sup>5</sup> Eckert S. 245 und 250. Robert Blum ist in der Matrikel der Leipziger Loge »Balduin zur Linde« (Leipzig 1876, Festschrift) unter der Nr. 655 registriert (Mitglied seit 1836).

<sup>6</sup> Zur Aufklärung der großen Freimaurer-Lüge: daß in den Logen weder Politik noch Religion behandelt werde. Eine Geheimschrift, als Manuskript gedruckt für Vertraute. (Herausgeber der antifreimaurerischen Schrift war Eduard Emil Eckert), Nr. XXV vom 15. April 1851, S. 100.

<sup>7</sup> Allgemeines Handbuch der Freimaurerei, Bd. 1, Leipzig 1900, S. 288.

<sup>8</sup> Vgl. Eckert, S.282 f. Die von Eckert öfter herangezogene »Freimaurer-Zeitung«, in Leipzig herausgegeben, ist Bestandteil der Akten des Ministeriums des Innern (Nr. 1172) im Sächsischen Hauptarchiv in Dresden – ein Hinweis darauf, daß nach Eckerts Verbotantrag vom Innenministerium die inkriminierte Zeitung besorgt wurde.

Waffe der Revolution ist die Gewalt, die Waffe der Freimaurerei ist die Selbstveredlung« des Menschen.<sup>9</sup>

Marbachs Relativierung der Fischer-Rede ist nicht als Denunziation zu bewerten. Nach der Französischen Revolution, während der Metternich-Restauration und auch im Vormärz hatten katholische Geistliche, Royalisten und Konservative den natürlichen Prozeß der Selbst-Aushöhlung der alten Ordnung immer wieder als Ergebnis einer Verschwörung ausgegeben.<sup>10</sup> Marbach wußte, daß mit Eckert die Komplott-Theorie erneut als Repressionsinstrument eingesetzt werden sollte.

### Vom Fieber stark angegriffen: Haß auf Aristokraten und republikanische Sehnsucht.

Die »Loge zu den drei Schwertern und Asträa zur grünenden Raute« sowie die »Loge zum goldenen Apfel« umfaßten damals in Dresden jeweils etwa zweihundert Mitglieder. Darin sind jene auswärtigen Freimaurer nicht enthalten, die zwar in der Residenzstadt lebten, doch nicht um »Einbrüderung« in eine der hiesigen Logen nachsuchten, so daß ihre Namen in den Mitgliederlisten nicht enthalten sind.

Die Dresdner Logen, noch um 1800 von Adligen, hohen Hofchargen und Militärs geprägt, hatten verstärkt seit 1831 nach Herkommen und Stand ihrer Mitglieder den Prozeß der Verbürgerlichung durchlaufen, so daß seitdem Kaufleute, Juristen, Lehrer, Künstler, Techniker, Ökonomen und Ärzte dominierten. Den klassischen Handarbeiter, bereits von Bruder Fischer als Mangel empfunden, gab es in den Logen nicht.

Die Bindung vieler Logenbeamten und -brüder an Hof- und Staatsämter, der Glaube der Maurer an die Kraft von gewaltfreien Reformen und ihr Treuebekenntnis zum König<sup>11</sup> – diese Aspekte führen zu dem Schluß: Die Freimaurerei als Organisation und die Logen als Versammlungsstätten waren keine revolutionären Zentren der Konspiration; ebensowenig Exekutivorgane der Vaterlandsvereine.

Wie in anderen sächsischen Logen, so gab es allerdings auch in Dresden eine Minderheit von Freimaurern (oft hier wahlbeheimatet), die nicht mehr an die alleinige Kraft von Reformen und bloße Selbstveredlung des Menschen glauben mochten. Das erschließt sich aus der »Freimaurer-Zeitung«, die im Oktober 1849 festhielt: Nur »wenige Logen sind mit der Er-

<sup>9</sup> Eckert (S.288/89) ignoriert nicht nur gewichtige Aussagen von Marbach, er gibt auch fälschlicherweise Fischer als Autoren des Rundschreibens an. Zudem zitiert Eckert verfälschend. Bei Marbach (»Freimaurer-Zeitung« Nr. 2/1851, S. 10) heißt es: »Ich weiß meine Brüder, den Tag, wo einer der Unseren ... das Wort aussprach — ‚die Demokratie ist ein Kind der Maurerei, und wir müssen sie anerkennen als unser Kind ...« Marbach fügt als Fußnote, ebd., hinzu: »Jenes Wort wurde gesprochen im April 1849... Jene mehrfach mißverständene und übelgedeutete Rede, die nicht weniger als ein im Freiheitsrausche des Jahres 1848 gesprochenes Wort war...« Eckert ignoriert das alles und stellt die Sache so dar, als ob Fischer 1851 genau dieselben Worte wiederholt hätte, die schon in der »Freimaurer-Zeitung« vom April 1849 zu lesen waren. Eckerts Zitatenfälschung ergibt sich aus dem Vergleich seiner Angaben in der »Beweisschrift« mit dem Original der »Freimaurer-Zeitung«.

<sup>10</sup> Helmut Reinalter: Die Verschwörungstheorie. In: Freimaurer. Solange die Welt besteht. Katalog der 165. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Eigenverlag der Museen der Stadt Wien, Wien 1992, S. 272 ff., vgl. dort auch S. 266.

<sup>11</sup> Ferdinand Runkel: Geschichte der Freimaurerei in Deutschland in drei Bänden, Dritter Band, Berlin 1932. Darin zur Geschichte der Großen Landesloge von Sachsen: »Die Ausschließung aus dem Bunde und Anzeige bei der Obrigkeit soll die unausbleibliche Folge einer bei genauer Untersuchung sich ergebenden Vernachlässigung der jedem Freimaurer so heiligen Gesetze der Religion, des Staats und der guten Sitten sein«, S. 377.

fahrung verschont geblieben, daß einzelne Mitglieder von dem Fieber aristokratischen Hasses und republikanischer Sehnsucht zu stark angegriffen wurden...«<sup>12</sup> In der Rückschau erwähnt die Schwerterloge mit nur einem einzigen Satze, daß verschiedene Brüder »in ihrem profanen Leben in die Tagesereignisse mit hineingezogen wurden und dies wieder auf die Loge zurückwirken mußte.«<sup>13</sup>

### Freimaurer Wolf August von Lüttichau hat Angst vor der Revolution

Anders als zu Eckerts Zeiten liegen heute Gesamtmitgliederverzeichnisse von Logen sowie zahlreiche Studien und Tagebücher vor. Somit kann ein widersprüchliches politisches Tun und Lassen damaliger Freimaurer im »profanen Leben« namentlich rekonstruiert werden. Das soll holzschnittartig geschehen.

Nehmen wir die »Dresdner Montagsgesellschaft«. Dieser Treffpunkt von Künstlern und Literaten von Rang und Namen in der Engelschen Gastwirtschaft am Postplatz ist (nach Historiker Siegfried Wollgast) ein »intellektueller Herd der Revolution« gewesen.<sup>14</sup> Dort gingen Freimaurer ein und aus.

Eduard Devrient (1801–1877), seit 1844 Oberregisseur am Dresdner Hoftheater trägt am 6. März 1848 ins »Tagebuch« ein: »Abends in der Montagsgesellschaft. Von Politik kamen wir auf tumultuarische Debatte über den Sozialismus...«<sup>15</sup> Eintragungen dieser Art wiederholten sich. Den Anstoß zur Gründung der politisierenden Montagsgesellschaft ging vom Freimaurer Ferdinand Hiller (1811–1883) aus, seit 1845 in Dresden wohnhaft. Hiller, der Komponist, gehörte der Loge »Zur aufgehenden Morgenröte« in Frankfurt am Main an. Von derselben Loge<sup>16</sup> kam der Dichter und Publizist Berthold Auerbach (1812–1882), der sich 1845/46 in Dresden aufhielt, 1849 hier seinen Wohnsitz nahm und regelmäßig an Veranstaltungen der Gesellschaft dabei war. Neben anderen Dresdner Freimaurern gehörten Kammermusiker Moritz Fürstenau und der Maler Ferdinand von Rayski, beide Mitglieder der Apfelloge<sup>17</sup>, der Montagsgesellschaft an.

Das Interesse an politischen Themen reflektierte bereits 1848 die Freimaurer Vierteljahresschrift »Latomia«: »So können wir doch nicht umhin, den Socialismus als einen vortrefflichen Bundesgenossen der Maurerei... in dem Streben, Menschenwohl zu fördern, zu betrachten... Socialismus und Maurerei... wollen den materiellen und geistigen Pauperismus möglichst steuern, beabsichtigen weder Ertötung der Persönlichkeit in geistiger noch materieller Hinsicht, aber der Weg, den beide einschlagen, ist ein ganz anderer.«<sup>18</sup>

Nun ging es bei der Mai-Revolution nicht um Sozialismus. Ebenso wenig hatte Franz Jakob

<sup>12</sup> Zitiert nach Wolfgang Reuter: Hermann Schulze-Delitzsch als Freimaurer. In: Quatuor coronati, Jahrbuch 34, Bayreuth 1997, S. 73.

<sup>13</sup> F. A. Peuckert: Die ger. und vollk. St. Johannisloge zu den drei Schwertern und Asträa zur grünenden Raute im Orient Dresden 1738–1882. Leipzig 1883, S.141.

<sup>14</sup> Siegfried Wollgast: Das Kulturhistorische Dresden von 1830, in Dresden Hefte 2(1985), S. 14.

<sup>15</sup> Eduard Devrient: Aus seinen Tagebüchern. Berlin – Dresden. 1836–1852, hrsg. von Rolf Kabel, Weimar 1964, S. 420.

<sup>16</sup> Vgl. Namensverzeichnis Hiller und Auerbach. In: Alfred Tittel: Verzeichnis der Altenburger Logenbücherei, Altenburg 1910.

<sup>17</sup> Die Freimaurerloge Zum goldenen Apfel im Orient Dresden 1776–1876. Festschrift zur Säcularfeier am 26. und 27. November 1876. Handschrift für Brüder Freimaurer. Dresden o. J. Die Mitgliedschaft von Fürstenau und Rayski ermittelt nach der darin enthaltenen Matrikel. Alle weiteren im Text genannten Apfelloge-Mitglieder nach dieser Quelle.

<sup>18</sup> Latomia, Bd. 12, 1848, S. 244 ff. Zitiert nach Reuter, S.73 (wie Anm. 12).

Wigard (1807–1885), seit 1838 Mitglied der Apfelloge, sozialistische Visionen, als er in der Frankfurter Nationalversammlung sich der linken Fraktion anschloß – allerdings wurde er nach Auflösung der Nationalversammlung wegen politischer Unzuverlässigkeit aus dem sächsischen Staatsdienst entlassen.

Mit der politischen Gärung in den Volksschichten nahm unter verschiedenen Freimaurern die Furcht vor gewaltsamer Zuspitzung zu. Im April 1848 drang Freiherr von Lüttichau ganz aufgelöst auf Eduard Devrient ein: Er möge sich zu einem »Führer der Gemäßigten machen«, im »Deutschen Verein« sprechen und für das Frankfurter Parlament kandidieren. »Seltsame Armut an Kapazitäten in diesem Stande«, trug Nichtmaurer Devrient am 17. April ins Tagebuch ein.<sup>19</sup> Der 60jährige Wolf August von Lüttichau war Devrients Dienstherr. Seit 1824 fungierte Oberforstmeister von Lüttichau als Generaldirektor des königlichen Hoftheaters. Seit 1812 zählte er zu den adligen Altkadern in der mittlerweile bürgerlichen Apfelloge.

### Die Freimaurer Gottfried Semper und Karl Theodor Kell auf der Liste der Steckbriefe

Unter den revolutionären Demokraten, die bei den Mai-Ereignissen dabei waren, sind einzelne als Dresdner Logenbrüder ausmachbar. Einer von ihnen ist der Erbauer der ersten deutschen Dampflokomotive Johann Andreas Schubert (1808–1870). Professor Schubert genoß im Vaterlandsverein großes Ansehen, nahm im April 1849 in Richard Wagners Gartenhaus im Marcolini-Palais an geheimen Beratungen teil und gehörte der Akademischen Legion der Kommunalgarde an.<sup>20</sup> Die Lokomotive galt der Zeit als politische Metapher: Das Dampfproß sollte alle künstlichen Trennungen der kleinstaatlichen Verhältnisse hinwegfegen und auch Übeln begegnen wie Hungersnot, Nationalhaß, Arbeitslosigkeit und Unwissenheit (»Staatslexikon« von Rotteck und Welcker, 1846) – das entsprach der freimaurerischen Denkweise von Prof. Schubert, seit 1829 Mitglied der Schwerterloge.<sup>21</sup> Zwei Jahre nach Revolution mußte Schubert wegen Verbindungen zu den Führern des Maiaufstandes Repressionen hinnehmen. Ähnlich erging es den 1812 in Glauchau geborenen und 1848 in Dresden zum ersten Stadtrat gewählten Friedrich Wilhelm Pfothenhauer. Pfothenhauer von der Glauchauer »Loge zur Verschwisterung« erhielt nach der Revolution einen Hochverratsprozeß; 1853 allerdings das Votum als Dresdner Oberbürgermeister (ab 1874 Ehrenmitglied der Schwerterloge, 1877 verstorben). Teilnehmer der Revolution war der heute fast gänzlich vergessene, damals 22jährige Wilhelm Heine (1827–1887), Sohn des Schauspielers Ferdinand Heine. Heine jr., Dekorationsmaler am Hoftheater und gerade erst am 19. April 1849 Mitglied der Schwerterloge geworden, begleitete hoch zu Roß Nahrungsmittelzuzüge in die Stadt hinein.<sup>22</sup> Der junge Heine, mit Richard Wagner befreundet, ging später in die Emigration. In der Ferne brachte er es zum nordamerikanischen General. Er verstarb auf heimatischer Erde in Kötzschenbroda.<sup>23</sup>

Die Namen dieser Freimaurer sind in Eckerts »Beweisschrift« ebensowenig zu finden wie

<sup>19</sup> Devrient, S. 431.

<sup>20</sup> Reiner Groß: Gottfried Sempers Beteiligung an der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 in Dresden und seine Beziehungen zu Sachsen bis 1863. In: Sächsische Heimatblätter, Dresden 25(1979)3, S. 125 f.

<sup>21</sup> Andreas Schuberts Mitgliedschaft in der »Schwerterloge« nach Matrikel aus Anm. 13. Alle weiteren im Text genannten Mitglieder der »Schwerterloge« ebenfalls nach dieser Quelle.

<sup>22</sup> Gustav Adolph Kietz: Richard Wagner. Dresden 1905, S. 106.

<sup>23</sup> Zur Biographie von Wilhelm Heine vergl. ADB, 50. Bd., S. 135 ff.

die nachfolgenden:

Zusammen mit anderen Offizieren hatte sich bereits im Mai 1848 Leutnant Julius Naundorf seit 1844 Apffellogen-Mitglied, an das Kriegsministerium wegen Herausgabe einer neuen, demokratisch orientierten Offiziers-Zeitung gewandt. Der Offiziersverein warf daraufhin ihm und den anderen Mitinitiatoren »Zersetzung und Zerstörungsversuche« vor.<sup>24</sup> Naundorf ist auf dem Höhepunkt des Eckertschen Amoklaufes von der Apfelloge 1852 »entlassen« worden. Ein anderer Bruder der Apfelloge (seit 1847), der Kaufmann Carl Napoleon Lenz, trat von sich aus vom Amt als Kommandant der Kommunalgarde zurück, als in den Maitagen die Gewalt zu sprechen begann. Anders dagegen die Entscheidung von Oberleutnant Carl Adalbert Hugo von Bosse, gleichfalls von der Apfelloge (seit 1840). Vom Kommunalgarde-Adjutanten Leo von Zychlinski wurde zur Seite von Richard Wagner ein »sicherer Mann« zur Beobachtung der feindlichen militärischen Bewegungen gesucht. Die Wahl fiel auf von Bosse.<sup>25</sup> Auch er geriet ins Räderwerk der Reaktion.

Es dürfte keine Zufälligkeit sein, eher politische Affinitäten signalisieren, daß der »Deutsche Volksfreund«, Organ des Dresdner Vaterlandsvereins, daß Röckels »Volksblätter«, dessen Mahnruf »Offener Brief an unsere militärischen Brüder« und ebenso Wagners Revolutions-Flugblatt »Seid Ihr mit uns gegen fremde Truppen?« gerade in der Gärtnerschen Druckerei gedruckt wurden. Politisch nicht risikolos wirkte Buchdrucker Carl Heinrich Gärtner, seit 1836 Mitglied der Apfelloge, so ins »profane« Leben hinein. Unter den erlassenen Steckbriefen gegen Teilnehmer der Revolution sind nach vergleichender Sichtung zumindest zwei als Freimaurer auszumachen: Das ist der Advokat Karl Theodor Kell, Mitglied der Linken im sächsischen Landtag. Kell war seit 1842 Bruder der Schwerterloge. Und das ist Gottfried Semper, seit 1823 Mitglied der Hamburger Loge »Ferdinand zum Felsen«.<sup>26</sup> In Dresden hatte Semper einen Antrag auf »Einbrüderung« in eine der hiesigen Logen nicht gestellt.

#### Freimaurer um August Röckel – darunter ein wahnsinniger Zuchthausdirektor

August Röckel, der gefangengenommene Hofkapellmeister, sollte in seiner langen Haftzeit in merkwürdiger Weise Kontakt mit drei Freimaurern haben. Der Königlich-sächsische Hofrat und Oberbibliothekar Konstantin Karl Falkenstein (1801–1855), seit 1820 Mitglied der Apfelloge, zeigte Zivilcourage, als er Röckel nach der Festung Königstein Bücher auslieh.<sup>27</sup> Dann als Häftling in Waldheim lernte Röckel in Zuchthausdirektor namens Christ, einem vormaligen Hauptmann, einen »rohen Soldaten und Tyrann« kennen, gemildert um »manche versöhnliche Eigenschaften«. Zuchthausdirektor Christ litt an Symptomen von Geistesstörung, weswegen er durch einen »eigens zugestellten Offizier« vor sich selbst bewacht werden mußte. Hauptmann Christ war 1831 in Dresden der Schwerterloge beigetreten. Röckel entwickelte in Waldheim einen Fluchtplan, der durch Verrat scheiterte. Einen der Fluchthelfer, der das Vorhaben »eifrigst unterstützt« habe, nennt Röckel in seinen Memoiren: Dr. Flo-

<sup>24</sup> Vgl. Kurt Kranke: Die Gebrüder Zychlinski aus Dresden an der Seite von Heinrich Heine und Friedrich Engels. In: Sächsische Heimatblätter, Dresden 31(1985)6, S. 259.

<sup>25</sup> Hermann Müller: Richard Wagner in der Mai-Revolution 1849, Dresden 1919, S. 26 f.

<sup>26</sup> 1737–1987. Ein Vierteljahrtausend Freimaurerei in Hamburg. Aus dem Leben und Wirken der ältesten deutschen Loge, hrsg. von Rolf Appel, Hamburg, im Auftrag der Loge »Absalom zu den drei Nessel« Nr.1 Hamburg, S. 49.

<sup>27</sup> Vgl. Jörg Heyne: Karl August Röckel .... In: Dresdner Hefte Nr. 43(1995), S. 79.

rens Schulze in Dresden.<sup>28</sup> Der Arzt gehörte der Apfelloge seit 1843 an.

In den langen Listen der verwundeten und getöteten Barrikadenkämpfer ist nach den Namen als Angabe zur Tätigkeit mehrheitlich vorzufinden: Handarbeiter, Handlungsdiener, Dienstbeflissene und Gesellen. Die Typologie dieses sozialen Standes, der die Hauptakteure und meisten Opfer des Aufstandes stellte, ist grundverschieden von der Sozialstruktur der Freimaurerlogen. Um so auffälliger als Minorität sind daher die Namen jener Männer, die als Freimaurer den Weg politisch mitbereiteten und begleiteten, der zu den Mai-Ereignissen führte. Als Normalverhalten der Freimaurer kann der Ausruf von Kammermusiker Hiebendahl, seit 1840 in der Apfelloge und Hoftheater Kollege des Nichtmaurers Richard Wagners<sup>29</sup>, gelten. Hiebendahl begegnete am 8. Mai auf der Straße Richard Wagner und rief angesichts dessen Aktionismus ganz entsetzt aus: »Aber, Herr Kapellmeister, denken Sie denn gar nicht an Ihre Stellung?«<sup>30</sup>

Wie verhielten sich die Dresdner Logen nach dem Mai zu ihren Brüdern »Revolutionären« ? Die Schwerterloge sprach von Verstrickungen einzelner Brüder in profane Tagesereignisse. In einer Festschrift der Apfelloge von 1876 steht dagegen: »Die Ereignisse des Monat Mai (1849) in Dresden äußerten auf die Loge... nur den Einfluß, daß die gewöhnliche Monatsloge statt in den ersten Tagen in der zweiten Hälfte des Monats abgehalten ward.« Weil noch Kriegszustand in Dresden herrschte, zeigte die Apfelloge ihre Zusammenkunft in einer »vertraulichen Anzeige« dem »Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht« an. Diesem Umstand, so heißt es, war das Erscheinen »militärischer Bundesbrüder zu danken, namentlich des Commandanten des in Dresden stehenden preußischen Regiments Bruder von Hobe, Ehrenmeister der Loge zum goldenen Zepter in Breslau, sowie einige seiner Stabsoffiziere«. Man toastete sich gegenseitig zu.<sup>31</sup>

Protest kam später aus Reihen der Brüder – nicht gegen die preußischen Mit-Exekutoren des Aufstandes. Bedenken und Widerspruch ging an die Adresse eigener Brüder als von der Revolution »compromittierte Genossen«. Die »Freimaurer-Zeitung« (Jahrgang 1849, S. 371) ließ durch einen anonymen Autor wissen: »Von jedem Aufzunehmenden verlangen wir, daß er ein freier Mann von gutem Ruf sei; folgerichtig kann Niemand Bundesmitglied bleiben, der seine Freiheit oder seinen guten Ruf eingebüßt hat... Wer im Gefängnis sitzt, wer landesflüchtig wurde und mit Steckbriefen verfolgt wird, der ist nicht mehr ein freier Mann. Er ist auch nicht mehr in gutem Rufe.«<sup>32</sup> Doch die Logen sprangen offenbar nicht so schnell über den hingehaltenen Stock. Die »compromittierten Genossen« wie beispielsweise die Freimaurer Wigard und Pfothenhauer oder auch Andreas Schubert blieben in den Logen.

Ab 1849 hatte die Apfelloge mit 15 bis 19 aufgenommenen Mitgliedern pro Jahr sogar wieder eine Steigerung bei den Aufnahmen. 1849 bis 1851 gab es bei der Apfelloge, um bei dem Beispiel dieser Loge zu bleiben, je Jahr nur ein bis zwei »Entlassungen« von Mitgliedern. Doch allein 1852 schnellte die Anzahl der »entlassenen« Brüder auf über zehn hoch (bei »Entlassung« stimmen Loge und Mitglied über ein Ausscheiden überein; stellte ein Mitglied einseitig von sich aus den Antrag auf Austritt, so wurde die Loge »gedeckt«). Ab 1849 bis 1854 ist die Apfelloge jährlich immerhin von fünf bis sechs Logendeckungen be-

<sup>28</sup> August Röckel: Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim. Frankfurt a. M. 1865, S. 124 und 136.

<sup>29</sup> Vgl. Kurt Kranke: Freimaurerische Spuren im Leben und Werk von Richard Wagner. In: Die Dresdner Oper im 19. Jahrhundert, hrsg. von Michael Heinemann und Hans John, Laaber 1995, S. 179 ff.

<sup>30</sup> Müller, S. 35.

<sup>31</sup> Die Freimaurerloge (wie Anm. 17), S. 10 ff.

<sup>32</sup> Reuter, S. 77.

troffen, zuvor waren es lediglich ein bis zwei. Der Aderlaß an Mitgliedern kann damit erklärt werden, daß einzelne Freimaurer mit diesem Schritt sich von Logenbeamten und -brüdern distanzieren, die, kaum war der Pulverrauch verzogen, Offiziere der preußischen Armee als Sieger über den Mai-Aufstand hofierten. Im wesentlichen betrafen die Logendeckungen und -entlassungen aber Offiziere sowie Juristen im Staatsdienst, die angesichts der Kampagne des Eckert wohl um ihre Karriere fürchteten.

### Freimaurerorden wird nicht verboten – Eckert endet durch Selbstmord

Eckerts Anklage nahm Kriegsminister von Rabenhorst als Anlaß, um am 14. April 1852 zu befehlen, daß sächsischen Armeemembern die Zugehörigkeit im Freimaurerorden verboten ist (dieser Armeebefehl galt bis 1908). Offiziere hätten in Geheimorden nichts zu suchen.<sup>33</sup>

Rabenhorst ließ sich dabei auch nicht von der gegen Eckert gerichteten Verteidigungsschrift der Dresdner Logen abhalten, die bereits im März des Jahres, also vor dem Befehl, bei der Königlichen Kreisdirektion eingereicht wurde. Ihr war ein Vortrag von Freimaurer Gustav Friedrich Held (1804–1852, Mitglied der Leipziger Apollologe), 1849 für kurze Zeit sächsischer Justizminister, beigelegt.

Bei Eckerts Quellen, so die Kritik der Freimaurer, handle es sich um

- zerstückelte Reden und Rundschreiben, die zum Teil mit der Freimaurerei der Gegenwart nichts mehr zu tun hätten
- auf das vom Jesuitismus beeinflusste untergegangene Freimaurersystem der Strikten Observanz aus der Zeit von 1760–1780 sowie um
- Werke von Gegnern des Bundes von höchst zweideutigem Ruf.<sup>34</sup>

Eckerts Karten standen so oder so nicht gut.

In einem Vortrag am 4. März 1851 »über die innere politische Lage Sachsens« hatte er ausgeführt, daß sich der »Einfluß dieser Humanisten-Verschwörung noch in drei Ministerien fühlbar mache.« Während der Landtag im Frühjahr 1852 noch über Eckerts Antrag dilettierte, machte sich der Ankläger Gedanken über die »Lage der Sächsischen Dynastie« und leitete dem König eine gleichnamige Gedenkschrift zu. Darin sprach Eckert die Behauptung aus: »Noch heute würden in den Ministerien nur Revolutionäre angestellt.«<sup>35</sup> Damit war das Maß voll. Eckert, seine Hintermänner in Österreich<sup>36</sup> und die ihn unterstützenden antifreimaurerischen Kräfte in der Ersten Kammer des Landtags erlitten eine Niederlage – im Auftrag des Königs eröffnete das Gesamtministerium gegen Eckert wegen »Beleidigung« einen Kriminalprozeß.

Am 1. Februar 1852 teilte Eckert der Ersten Kammer weinerlich mit: Nun »soll ich mein Urteil von einem Richterstand erwarten, der zum größten Teil... aus Freimaurern besteht. Der Maurer würde so zum Richter und Rächer in eigener Sache gegen mich.«<sup>37</sup> Wegen der »Beleidigung« wurde die Beweisschrift Eckerts im Landtag nicht mehr behandelt. Sie sei

<sup>33</sup> Alwin Bergmann: Die Grosse Landes-Loge von Sachsen und Bundeslogen. Festschrift zur Jahrhundertfeier am 27. und 28. September 1911, Dresden 1911, S. 146.

<sup>34</sup> DIE BAUHÜTTE. Zeitung für Freimaurer. Handschrift für Brüder, hrsg. von J. G. Findel, II. Jg., Leipzig, Nr. 16 vom 16.10.1858, S. 126.

<sup>35</sup> Bergmann, S. 149.

<sup>36</sup> Eugen Lennhoff, Oskar Posner: Internationales Freimaurerlexikon, Zürich, Leipzig, Wien 1932, Stichwort »Eckert«, S. 395 f.

<sup>37</sup> Eckert (wie Anm. 2), S. 13.

dadurch sowohl als Petition wie als Beschwerde »formell unzulässig«. Nach einem Gnadengesuch Eckerts an den König wurde der Prozeß gegen ihn niedergeschlagen. Er wanderte von Sachsen aus und ging nach Berlin, wo man ihn nach kurzer Zeit polizeilich auswies. Eckert hatte auch dort einen Antrag auf Verbot des Freimaurerordens gestellt, worauf bei ihm eine Hausdurchsuchung stattfand und nun er sich als Verbrecher behandelt fühlte. Den Kampf gegen die Freimaurerei setzte er in Prag, später in Wien, wo Eckert zum Katholizismus übertrat, ergebnislos fort. Der Advokat, dessen Antrag um Aufnahme in eine Loge einst abgelehnt worden war, endete im Jahre 1866 durch Selbstmord in Wien.<sup>38</sup> Damit war die Freimaurerei ihren gleichsam negativen Eckermann los. Nicht aber die von Eckert erneuerte Legende, Freimaurer würden umstürzlerische Kantonisten sein.

<sup>38</sup> Lennhoff/Posner, S. 396.

Der Ratsarchivar Otto Richter argwöhnte über die Verwaltung der sächsischen Residenzstadt: »Neue Aufgaben brauchen neue Männer.«<sup>1</sup> Im Kontext des Dresdner Maiaufstandes hat sich diese Aussage mehr als bestätigt. War mit der ersten Wahl bürgerlicher Communepräsidenten in Dresden 1830 ein grandioser Umbruch auf kommunaler Ebene erreicht worden, der in der Allgemeinen Städteordnung für das Königreich Sachsen vom 2. Februar 1832 seine juristische Legitimation und mit der gefeierten Urwahl von Stadtverordneten 1837 seinen vorläufigen Abschluß fand, vollzog sich der Übergang von der Magistratsverfassung des Ancien Régime zum bürgerlichen Gemeindeliberalismus<sup>2</sup> im Vorfeld der 48er Revolution eher janusköpfig. Meßbare kommunale Erfolge einerseits und wachsende Forderungen wie Konflikte andererseits differenzierten die politischen Kräfte, die mit der unerwarteten Neuaufgabe von Unruhen und Kämpfen während der Maitage von 1849 gehörig überfordert waren. Der Beitrag will der Frage nachgehen, inwieweit das Gremium als Parlament in der Krise Identität wahrte und hinterfragt, wann und wo persönliche Identifikation auseinanderbrach, sozusagen selbst in die Krise geriet.

Seit der Mitte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts artikulierten sich Forderungen bürgerlicher Provenienz in ungewohnt neuer – bzw. seit den Septemberunruhen 1830 nicht mehr gekannter – Schärfe. In der überwiegenden Zahl nahmen Brisanz und Nachdruck der Forderungen von Dresdner Bürgertum gewaltig zu. Insbesondere Presse und Publizistik<sup>3</sup> spiegeln diese Veränderungen. An diesem Aufbegehren hatten Dresdner Stadtverordnete erheblichen Anteil, wenngleich hier nicht von der Gesamtkörperschaft der Stadtverordneten die Rede sein kann. Noch nie vorher gab es einen derart krasen Unterschied zwischen inner- und außerparlamentarischem Engagement einzelner Stadtverordneter in Dresden. Die Differenzierung der Interessenssphären<sup>4</sup> und folglich die Unzufriedenheit von Bürgern mit dem staatlichen wie auch mit dem kommunalen System äußerte sich hauptsächlich in folgenden Fakto-

<sup>1</sup> Dresdner Geschichtsbuch 2, Altenburg 1996, S. 59.

<sup>2</sup> Dazu die von der Autorin jüngst publizierte Dissertation: Politisierung und kommunale Partizipation des Dresdner Gemeindebürgertums im Reformfeld der Allgemeinen Städteordnung für das Königreich Sachsen. Eine Untersuchung zu Intention und parlamentarischem Wirken der Dresdner Communepräsidenten/ Stadtverordneten 1830 – 1848, Diss. Chemnitz 1999.

<sup>3</sup> Kritikschriften, Flugblätter, anonyme Veröffentlichungen, ja sogar ambivalente Texte, die den politischen Gegenstand nur latent durchschimmern lassen.

<sup>4</sup> Entscheidungen des königlich Sächsischen ... über Verwaltung, Dresden 14.11.1848. Petition an das...Ministerium des Innern [Die Reform der Stadtverwaltung Dresdens betr.], Dresden 8.5.1845. Adresse...dem König von Sachsen, überreicht von Stadtrath und Stadtverordneten der Stadt Leipzig, Leipzig, Biedermann 1848. Das Denunziations-System des sächsischen Liberalismus und das kritisch-nihilistische System H. Jellinek's, Leipzig, Weller 1847. Entscheidungen des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern über die von dem städtischen Verein zu Dresden überreichten Beschwerden wegen mehrfacher Übelstände und Ordnungswidrigkeiten der hiesigen städtischen Verwaltung, [vom 14.11.1848], Dresden 1848. G. Schubert, Die Wirksamkeit der Dresdner Stadtverordneten im Jahre 1848, Dresden, Adler & Dietze 1848. H. Semmig, Hermann, Sachsen! Was tut Noth und was thut Blum?, Leipzig, Vollrath 1848. Die Sozialdemokratie im Dresdner Stadtverordnetenkollegium 1927 – 1929, Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, Dresden 1929. Die Stadtverordneten zu Dresden. Ein kritisches Wort, Arnold & Teubner, Dresden Leipzig 1845. T. Nipperdey, Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 32 – 55. Petitionen an das Ministerium des Innern (Reform der Stadtverwaltung Dresdens), Dresden 1848. R. Blum, Robert Blum. Ein Charakterbild für Freunde und Gegner, Zeitz 1864.

beitsweise, Forderungen und Petitionen an den bevorstehenden Landtag, beginnende politische Vereinsbildung, Vorformen konzentrierten Wahlkampfes und zunehmende Kontroverse um den Charakter Sachsens: Republik oder konstitutionelle Monarchie. Eine zentrale Rolle spielten dabei die um den Leipziger Stadtverordneten Robert Blum gruppierten Bürgerlichen. Blum initiierte den größten Teil des Aufbegehrens gegen die Krone, gegen verhaßte Minister, gegen festgefahrene Bürokratie und Unflexibilität, vor allem im starren Verwaltungsgefüge sächsischer Städte. Und nicht nur ob ähnlicher großstädtischer Verhältnisse oder gar der persönlichen Bekanntschaft des langjährigen Dresdner Stadtverordnetenvorstehers Eisenstück mit Blum, sondern vielmehr wegen gleichartiger Bedingungen in der Residenzstadt Dresden, in der ja die Landesverwaltung saß, zündeten die Leipziger Aktionen in der sich interessenmäßig erheblich differenzierenden Großstadt Dresden derart, daß auch dort spontan die Flagge der Kritik in der Öffentlichkeit wehte. So nimmt es also auch nicht wunder, daß es einmal mehr die Städte Leipzig und Dresden waren, die für Sachsen Impulse der Reformwilligkeit setzten. Schließlich lagen beide Städte im Visier der Presse: hier saß die Verwaltung, von hier gingen die wichtigsten Entscheidungen hinsichtlich aller Bereiche des öffentlichen Lebens aus, hier liefen die Handelszentren zusammen und es waren auch die Orte, die ein äußerst differenziertes städtisches Bürgertum hervorbrachten, das mehr oder weniger gelernt hatte, sich politisiert oder partizipatorisch engagiert in seinen vor allem wirtschaftlichen Interessensphären weiterzuentwickeln. Die internen wie externen Kritiken am Dresdner Stadtparlament häuften sich in der 2. Hälfte der 40er Jahre derart, daß die Stadtverordneten nicht umhin konnten, die mehr oder weniger begründeten Kritiken im Stadtparlament zu besprechen. Doch offenbarte sich hier kein typisches Dilemma der Dresdner Abgeordneten, auch in anderen Städten nahmen die Angriffe auf die scheinbar festgefahrenen Strukturen der städtischen Vertretungskörperschaften zu. Presse und Publizistik schürten gleichsam unerbittlich das Feuer der Kritik, und Empörung wie Aufwallung gegen die viel zu bürokratischen Strukturen wichen nicht selten betont scharfen Satiren, die bis zu persönlichen Beleidigungen namentlich erwähnter Stadtverordneter gingen. Die Kritiken an den Dresdner Bürgern wie auch ihren Stadtverordneten waren erheblich: Die Wahlbeteiligung sei niedrig, die Angst vor dem Gewähltwerden sei groß, die Mängel seien unüberschaubar, der Geschäftsgang ermüdend.<sup>5</sup> Die Presse stellte das Problem noch gravierender dar.<sup>6</sup> So versuchte beispielsweise das Collegium vergeblich, den Vorstand zu bewegen, die Sitzungen pünktlich zu beginnen, war der Meinung, daß – statt die Präsenzliste vorzulesen und die fehlenden Mitglieder protokollarisch zu erfassen – lieber ein auf der Tagesordnung befindlicher Gegenstand besprochen werden sollte, » ... was aber in der That nicht der Fall ist und nicht der Fall sein kann, indem bis nach halb 6 Uhr gar nichts vorgenommen werden kann, weil das Collegium früher nicht vollzählig wird.«<sup>7</sup>

Diese Organisationsdefizite suchten andere Stadtverordnete durch politische Aktion wettzumachen. In bisher nicht gekannter Schärfe formulierte der Stadtverordnete Carl Gustav Klette am 08. Mai 1845 einen Antrag an den Dresdner Stadtrat, in dem deutlich liberale Positionen vertreten wurden.<sup>8</sup> Klette forderte a) eine Petition um öffentliche und mündliche

<sup>5</sup> Die Verhandlungsprotokolle der Jahre 1844 / 1845 – sofern aus Akten unterschiedlicher Bezeichnung ersichtlich – weisen den Begriff „beschlußunfähig“ als zunehmend zum Schlagwort werdende Sprachformel aus.

<sup>6</sup> Die Stadtverordneten zu Dresden und ihre Wirksamkeit im Jahre 1845, in: Sächsische Dorfzeitung, S. 14 und 15.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> St II 5, Acta, verschiedene Stadtverordneten-Angelegenheiten betr., 1833.

Gerichtsverfahren mit Geschworenen, b) eine Petition um Befreiung der Presse von den sie bedrückenden schmähhlichen Fesseln und c) eine Petition um ein freieres Wahlrecht der Landtagsabgeordneten. Diese Petitionen sollte der Dresdner Stadtrat in der bevorstehenden Ständeversammlung einreichen. Klette hielt den Politisierungsstand der Dresdner Bürger für entwickelt genug, um Öffentlichkeit der Strafverfahren zu gestatten. Er erinnerte an den letzten Landtag und die klar und bündig ausgesprochene Ansicht des Abgeordneten Braun. Außerdem argumentierte er unmißverständlich für die Unabhängigkeit des Wahlrechts vom Besitz. Des weiteren kritisierte Klette, die Wähler auf bestimmte Bezirke oder auf bestimmte Standesklassen, aus denen sie wählen müssen, zu beschränken. Sachsen habe, so Klette, nicht Landesvertreter, sondern Standesvertreter. Der Stadtrat beantwortete das herausfordernde Schreiben Klettes erst mehr als einen Monat später am 27. Juni 1845. Zwar hatte der Dresdner Stadtrat wohlweislich verstanden, wie brisant die Forderungen der Stadtverordneten waren, denn im Antwortschreiben werden alle genannten Ansprüche noch einmal aufgegriffen. Und klar war dem Rat auch, daß der Antrag Klettes die Meinung der gesamten Körperschaft repräsentierte, denn die Ratserklärung richtete sich nicht an Klette, sondern in Text wie auch in der Anrede an die Herren Communerepräsentanten. Es scheint einer zubilligenden Floskel gleichzukommen, daß der Stadtrat die Antragstellung mit Lob überhäufte. Und marginal schoß Hübler, der als Bürgermeister für den Antwortbrief verantwortlich zeichnete, fast unterschwellig gegen die Kompetenzfähigkeit der Stadtverordneten, indem er auf die Städteordnung verwies und in Frage stellte, ob die Stadtverordneten in ihrer Gesamtheit überhaupt einen solchen Antrag stellen dürften. In vernichtender Form wurde der Antrag der Stadtverordneten abgeschmettert. Der Dresdner Rat würde dem Antrag gern entsprechen, wenn »wir die Ansicht der Stadtverordneten von der Nützlichkeit oder Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes theilten.« Aber nicht nur das, der Rat positionierte sich grundsätzlich zur Problematik der Petitionen: »Wir sind aber der Ansicht, daß es gegenwärtig der Petitionen nicht mehr bedürfe, um die Wünsche des Landes in Beziehung auf obige Fragen zur Kenntniß der Hohen Staatsregierung und der Ständeversammlung zu bringen.«<sup>9</sup> Damit war ein Grundsatzproblem endlich ausgesprochen. Die Rolle der Petition als schrittmachendes Moment im Politisierungsprozeß schien, nach Auffassung des Rates, inzwischen ausgedient zu haben.

Zwei Aspekte werden gleichzeitig deutlich. Erstens unterschied sich das politisierte Bild über das Zeitgeschehen, das Stadtverordnete und Ratsmitglieder jeweils hatten, grundsätzlich voneinander. Während die einen, die Stadtverordneten, die hervorragenden Wirkungen der Petitionen aus den Septembertagen 1830 noch vor Augen geführt sahen, erfaßten die Ratsmitglieder diese Bittschriften als Relikte anderer Situationsbezüge. Zweitens klafften das Repräsentations- und Demokratieverständnis der beiden städtischen Verantwortungsebenen deutlich auseinander. Das zeigt sich in folgenden Argumentationen des Rates: In der letzten Ständeversammlung habe sich bereits die Mehrzahl der Abgeordneten sowie die Öffentlichkeit in zahlreichen Petitionen geäußert. Außerdem habe sich seitdem die öffentliche Meinung zu diesen Fragen in Wort und Schrift genug artikuliert. Insofern seien die ohnehin überflüssigen Petitionen jetzt noch sinnloser, da ja die Zusammensetzung der II. Kammer der Landtagsabgeordneten »dafür Bürgschaft giebt, daß bei der nächsten Ständeversammlung jene Fragen nicht unangeregt bleiben werden.«<sup>10</sup> Alle diese Spannungen zwischen Rat und Stadtverordneten bzw. innerhalb der Gremien blieben den – teilweise aus ei-

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Ebenda.

genen Reihen stammenden – empörten Kritikern nicht verborgen, die umso stärker an den Grundsätzen des gesamten Verwaltungsgefüges in der Stadt rüttelten. Sämtliche für kommunale Entscheidungen zuständigen Gremien oder Personen wurden in Frage gestellt. Landespolitisch relevante Aspekte traten unverblümt als Tagesforderungen hervor. In einer Erklärung von 22 Dresdner Bürgern vom 7. März 1848, alles namhaften Persönlichkeiten, darunter 10 Dresdner, die bereits kommunalpolitisch aktiv waren (meist Stadtverordnete), faßten die Petenten den Forderungskatalog noch konkreter, indem sie ihre Ansprüche in Form von »Sofortforderungen«, ähnlich den Septemberpetitionen, spezifizierten: Pressefreiheit, Freiheit des Versammlungs- und Vereinsrechts, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, Vertretung der deutschen Völker beim Deutschen Bund und Lossagung der sächsischen Regierung von den Karlsbader Beschlüssen 1819, den Frankfurter Beschlüssen 1832 und den Wiener Geheim-Konferenz-Beschlüssen von 1834. Daneben forderten sie – ebenso wie Leipziger Bürger – die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der kirchlichen Vereinigung, die gesetzliche Sicherstellung der Person gegen willkürliche Verhaftung, Haussuchung und Untersuchungshaft, ein verbessertes Wahlgesetz, die Abschaffung der Zensur, öffentliche mündliche Gerichtsverfahren mit Schwurgerichten sowie die Verminderung des stehenden Heeres und eine allgemeine Bürgerbewaffnung.<sup>11</sup> Die städtischen Kritiken und daraus abgeleiteten Forderungen waren ähnlich detailliert und gipfelten in einer äußerst umstrittenen Gruppierung: Als Gegenpol zur amtierenden Stadtverordnetenchaft bildete sich der Städtische Verein von Dresden, der immerhin 1600 Bürger und selbständige Einwohner (und damit auch potentielle Wähler oder Partizipationsträger) band. Stadtverordnete gegen Stadtverordnete. Eine Innovation mit zwiespältiger Intention. »Wir haben von Jahr zu Jahr gehofft, daß unsere gesetzlichen Vertreter, das Collegium der Stadtverordneten, endlich einmal ihrer übergroßen Langmuth ein Ziel setzen und auf durchgreifende Reformen in der städtischen Verwaltung mit Entschiedenheit dringen, so wie diejenigen städtischen Beamten zur Rechenschaft ziehen würden, denen der schlechte Finanzzustand unserer städtischen Verwaltung zur Last fällt.«<sup>12</sup> Da dem nicht so war, blieb dem Städtischen Verein nur der Weg der Petition an das Innenministerium. Er pochte auf das Verfassungsrecht des Innenministeriums und verlich damit seinen Forderungen noch drastischer Ausdruck: Auflösung des momentan agierenden Kollegiums der Stadtverordneten, direkte Wahlen unter Wegfall der Zuordnung nach Ansässigkeit oder Unansässigkeit, Zuordnung eines Stadtverordneten auf 50 stimmberechtigte Bürger<sup>13</sup>, Einsetzen einer Regierungskommission, die gemeinsam mit einem von den neugewählten Stadtverordneten ebenso erwählten städtischen Ausschuß die städtische, insbesondere die Finanzverwaltung untersucht, das Zur-Rechenschaft-ziehen der städtischen Beamten, die das Dilemma verschuldet haben, Reorganisation der gesamten Stadtverwaltung, neues Lokalstatut und Abänderung der Städteordnung, Schaffung städtischer Bezirks-Bürger-Ausschüsse als zweite Instanz der Stadtverordneten, eher in kontrollierender Hinsicht, und Option an den Stadtrat, vor Ausführung städtischer Unternehmungen nicht nur die zuständigen Beamten zu befragen, sondern vor allem andere Sachverständige in die Planung einzubeziehen.<sup>14</sup> Aber auch amtierende Minister wurden attackiert. Am 9. März 1848 erschien eine Bekanntmachung der Staatsminister von Könneritz, von Zeschau,

<sup>11</sup> Petitionen an das Mdl, Bl. 4.

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> D.h. Anpassung der Zahl der Stadtverordneten an die örtlichen Gegebenheiten, eine ursprüngliche Intention der Städteordnung.

<sup>14</sup> Petitionen des Mdl, Bl. 18.

von Wietersheim, von Carlowitz und von Oppell, aus der hervorging, daß der König auf den 20. März 1848 einen außerordentlichen Landtag einberufen hat, damit der Landtag die Frage klärt, ob die Forderung nach Entlassung der Minister die Meinung des gesamten Landes repräsentiere.<sup>15</sup> Charakteristisch für die Angst vor der Zensur und gleichsam für den Einfallsreichtum der publizierenden Autoren war zudem die den Märztagen 1848 zuzuordnende Flugschrift mit dem einerseits ironischen wie andererseits – zumindest für die Zeitgenossen – unmißverständlichen Titel »Dankadresse aller Gräser und Gesträuche an diejenigen hohen Bäume, die sich dem Sturm mit weiser Nachgiebigkeit beugten.«<sup>16</sup>

Zwei weitere Tendenzen wurden unübersehbar: Vereinsbildung und Wahlkampf. Als Bindeglied zwischen den kommunalen und staatlichen Interessen der sächsischen Städte wurde der Deutsche Vaterlands-Verein gesehen, der mit dem Aufruf zur Bildung eines solchen Vereins am 28. März 1848 einen Grundpfeiler des provisorischen »Reichstages« von Frankfurt am Main darstellen sollte. Schon in der Begrifflichkeit stellt sich dar, wie sehr man das Frankfurter Parlament als gesamtdeutsche Institution sehen wollte.<sup>17</sup> Namhafte Kandidaten zur Frankfurter Versammlung, wie die Stadtverordneten Heinrich Eduard Minckwitz<sup>18</sup> oder Gustav Blöde<sup>19</sup>, veröffentlichten für Ihre Wähler das politische Programm, dem sie folgen wollten. Aber auch die im Gründungsprozeß befindlichen politischen Vereine veröffentlichten ihr Programm.<sup>20</sup> Die Vereinsbildung war ein wesentlicher Baustein zur Bekundung differenzierter Interessensphären. Der Verein wie auch die Gemeinschaft politisch Gleichgesinnter<sup>21</sup> artikulierte sich nicht im Sinne der Krone. Sah der republikanische Verein die Republik als »strahlende Sonne am politischen Himmel«, so galten der Deutsche Verein oder auch die entschieden freisinnige Partei eher als Verfechter der konstitutionellen Monarchie. Das Flugblatt von Michaelis »Die Wünsche des Volkes und die Forderungen der Zeit« untermauert letztere Auffassung: »Es lebe das Vaterland. Es lebe der König.«<sup>22</sup> Im Grunde genommen präzisierten sich die Forderungen im Ruf nach Reformen und waren vor allem politisch gehalten: Wahlreform, Justizreform, Verwaltungsreform, Kommunalreform und Militärreform. Daß wirtschaftliche Reformforderungen noch recht zaghaft aufbrachen (Reform der Infrastruktur), war den noch relativ jungen industriellen Verhältnissen in Sachsen geschuldet. Schon allein für diese Problematik bietet die sächsische Presse in der zweiten Hälfte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts reichlich Zündstoff. »Die staatliche Enge deutscher Kleinstaatserei bildete sich in Dresden zu einem Provinzlerium und lokaler Borniertheit (des beamteten Bürgertums, d.V.) heraus ... In den »Dresdner Spiegelreflexen«, eine 1846 in Leipzig erschienene anonyme Schrift, bestätigt der Verfasser, daß sich das aristokratische Element der Stadt in 4 Kategorien spaltete, »in den Adel, das Geld, den Rang, den Künstler- und Gelehrtenstolz ... alle ... würden jede freiwillige Berührung mit dem Volke für eine Be-

<sup>15</sup> Ebenda, Bl. 5.

<sup>16</sup> Ebenda, Bl. 6.

<sup>17</sup> Ebenda, Bl. 7.

<sup>18</sup> Minckwitz offerierte als Kandidat der Frankfurter Versammlung sein Wahlprogramm: liberaldemokratische Forderungen, insbesondere aber auch Beseitigung der Verkehrsschranken, Senkung der Arbeitslosigkeit und eine Steuerreform. Vgl. ebenda, Bl. 10.

<sup>19</sup> Blöde führte einen recht umfangreichen Wahlkampf, wie seine „offene Wahlbewerbung“ vom 28. April 1848 zeigte. Ebenda, Bl. 13

<sup>20</sup> Programm des Deutschen Vereins in Dresden, 11. April 1848. Ebenda, Bl. 9.

<sup>21</sup> Offener Brief an militärische Brüder. Außerdem: Standpunkt israelitischer Bürger, in: Ebenda, Bl. 24, 25.

<sup>22</sup> Ebenda, Bl. 18 – 20 und 26.

fleckung ansehen.«<sup>23</sup> Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit, Servilität, Frömmelheit und Muckertum sowie blinde Königstreue wären die Handlungsmuster. Wenn dem so war, und die Presse spiegelt diese Situation, hatte sich um 1845/1846 die Situation konserviert. Hinzu kam die Handlungsangeshlagenheit der Dresdner Stadtverordneten, die in Bergen von Arsen und vor allem aufgrund bürokratischer Verfahrensweisen unerledigten Aufgaben versanken und den pausenlos auf die Vertretungskörperschaft einstürmenden Bürgergesuchen keine sachlich-solide Entscheidungsbasis mehr anbieten konnten. Das hatten die bewegten Septembertage wohl nicht gemeint, wenn von Forderungen nach einer städtischen Repräsentation die Rede war. Der Druck von und auf Bürgerschaft wuchs dramatisch, kommunale Aufgaben sprengten den Rahmen des Machbaren. Wenn auch für das Wählerpotential nur bedingt durchschaubar, so mag auch hierin ein Grund für die wesentliche, vor allem personelle Parlamentserneuerung – »Neue Aufgaben brauchen neue Männer« – nach 1849 liegen, die über den Generationswechsel, auch über die insbesondere seit 1845 verstärkt erhobenen personellen Kritiken<sup>24</sup> bzw. die Konsequenz der Maiereignisse hinausging.

Die Anbahnung der Maikrise 1849 zeigte sich larviert und sei splitterartig skizziert: a.) Anfang Mai 1849 hatte es verstärkte Aktivitäten seitens des Stadtrates um die Vermehrung der Zahl der Polizeidiener gegeben. Daraus einen Indikator für die bevorstehenden Ereignisse zu schlußfolgern, bleibt vage, aber hypothetisch möglich. b) Die bevorstehende Wahl der Polizei-Bezirksvorsteher flammte in der Stadtverordnetendiskussion auf. c) Zusätzliche Polizeidiener sollten die Zugbegleitung für die Eisenbahnstrecke Leipzig-Dresden stellen. d) Im Büro des Polizeihauses verzeichnete man am 1. Mai 1849 einen Einbruch und Diebstahl, ohne gestohlene Gegenstände zu benennen. Bürgerrechtsgesuche liefen wie gehabt im Stadtverordnetenkollegium zusammen. Die persönliche Identifikation von Rat und Stadtverordneten geriet verdeckt in die Krise, obwohl gerade Ratsmitglieder und Stadtverordnete von 1849 einschlägige Erfahrungen als Mitglieder des jeweils anderen Gremiums hatten. Der Rat mußte veranlaßt werden, doch regelmäßig in den Stadtverordneten-Sitzungen zu erscheinen, und die Wahl von 4 neuen unbesoldeten Ratsmitgliedern wurde wegen unzureichender Vorbesprechung vertagt.<sup>25</sup> Aber auch innerhalb des Kollegiums stand die Identitätsfrage. Neuerdings vermerkte der Protokollant nicht nur die fehlenden Sitzungsmitglieder, der Zusatz »haben Urlaub« läßt zumindest auf Diskussionen um die Gründe für Abwesenheit in den Beratungen schließen.<sup>26</sup> Als marginale Notiz referierte der Stadtverordnete Munz am 25. April 1849 die widrigen Zeitumstände. Munz, der sich über die prekäre Lage der kommunalen Kassen im Vorfeld der Haushaltsplan-Frage äußerte, kritisierte und beschrieb gleichsam das städtische Desaster: eine bürokratische Verwaltung, die nicht kooperativ arbeitet, deren Beamte in einigen Abteilungen mit Aufgaben überhäuft sind, zudem Leitungsmängel und damit eben Ineffizienz.<sup>27</sup> Daß in den Beratungen das politische Zeitgeschehen verfolgt wurde, wird aus der Beratung vom 1. Mai deutlich: Das Kollegium dankte dem Redakteur und Stadtverordneten Walther für die Übersendung von 60 Exemplaren der Verfassung des deutschen Reiches, ein Indiz für den Wunsch nach Information. Brisanter jedoch Punkt 12 der Tagesordnung: Der Stadtverordnete Hirschel trat mit einem Adreß-Entwurf an den König vor die Versammlung, begründete diesen und beantragte im Parlament, die Adresse um

<sup>23</sup> Vgl. G. Thümmeler, Auf den Spuren der Dresdner Geschichte. Reaktion und Fortschritt 1815 – 1849, S. 27.

<sup>24</sup> Siehe dazu: Die Stadtverordneten zu Dresden. Ein kritisches Wort.

<sup>25</sup> Protokolle der Dresdner Stadtverordneten (Prot. SVO), 04.04.1849.

<sup>26</sup> Prot. SVO, 18.04.1849.

<sup>27</sup> Prot. SVO, 25.04.1849.

die Anerkennung der Reichsverfassung gemeinschaftlich mit dem Stadtrat vorzubringen. Seidenschneurs produktiver Vorschlag, eine Abstimmung ohne weitere Debatte vorzunehmen, fand zahlreichen, wenn auch nicht vollständigen Anklang. Debattiert wurde trotzdem, denn Walters Einwand war berechtigt: Was, wenn der Stadtrat diese Intention nicht teilte? Die Versammlung einigte sich nunmehr einstimmig darauf, daß der Versuch eines Zusammengehens mit dem Rat unternommen wird und im Ablehnungsfall das Stadtparlament im Alleingang handeln wird. Der Stadtverordnete Meinert erwirkte auch noch die Zustimmung dazu, in der Adresse an den König die Titulaturen in der Anrede auf »Majestät« zu beschränken. Wie wichtig die Adresse im Kollegium genommen wurde, zeigt die Tatsache, daß nach zwischenzeitlicher Redaktion des Adreß-Entwurfs durch Erheben von den Plätzen, eine relativ seltene Abstimmungsform, in eindrucksvoller Geschlossenheit letztendlich Zustimmung demonstriert wurde.<sup>28</sup> Am 3. Mai 1849 machten Blöde als Stadtverordneten-Vorsteher und seine beiden Stellvertreter Dr. med. Seidenschneur und Dr. jur. Minckwitz durch Plakat bekannt, daß das Stadtverordneten-Kollegium am gleichen Tage eine außerordentliche Sitzung abhalten und die Niedersetzung eines Landesverteidigungsausschusses gegen fremde Truppen beantragen werde. In dieser Sitzung wurde die Aufstellung eines als Sicherheitsausschuß bezeichneten Gremiums beschlossen, das bis zur Wahl der provisorischen Regierung am 4. Mai auf dem Rathause fungierte. Blöde gehört zu den wenigen Stadträten und Stadtverordneten, die während des Aufstandes bis zuletzt auf dem Rathause ausgehalten hatten, um für das Wohl der Stadt und ihrer Bewohner zu wirken.

Die nächste protokollierte Sitzung war eine außerordentliche, fand aber erst am 12. Mai statt. Die Versammlung war laut Protokoll vollständig. Und tatsächlich stimmten 60 Stadtverordnete ab, als Advokat Schmalz zum Vizevorsteher des Parlaments gewählt wurde. Nicht erwähnt wurde, daß diese 60 Stadtverordneten zum großen Teil aus einberufenen Ersatzmännern bestanden, denn die Welle der Verhaftungen setzte am 9. Mai brachial ein, so daß einige Parlamentarier der Sitzung am 10. Mai und der Diskussion um den Stadtverordneten Schmalz nicht beiwohnen konnten. Das Amt des Vizevorstehers, längere Zeit in Vergessenheit geraten, wurde nunmehr »unter den obwaltenden Umständen«<sup>29</sup> dringend gefordert. Außergewöhnlich war die Beschlußfassung auch in der längeren Debatte um die berufliche Karriere des Stadtrats Meisel, der als Direktor der Gitterseer Steinkohlen-Aktien-Gesellschaft umstritten war und nur deshalb in dieser Zweitposition durch die Stadtverordneten nicht angefochten wurde, weil man seine Verdienste in den Maitagen anerkannte. Meisel habe sich »in den Tagen der Gefahr durch unermüdliche Thätigkeit, Berufstreue und Unerschrockenheit« gezeigt. Beschlossen wurde außerdem, die Anzahl der Ersatzmänner vorübergehend zu erhöhen, für die nächste Zeit (also auf unbestimmte Zeit) wöchentlich zwei ordentliche Sitzungen abzuhalten, in dringenden Fällen keine Kommunikate an den Stadtrat abzufassen, sondern lediglich Protokolleextrakte zu überbringen, eine Ermächtigung zur Herstellung des dringlich Nötigen in der Stadt zu erwirken, ohne vorherige Bekanntmachung und bei gleichzeitiger Einforderung finanzieller Mittel. Zudem dankte die Versammlung denjenigen Ratsmitgliedern und städtischen Beamten, die in den »Tagen der Gefahren« mit Eifer und Pflichttreue agierten.<sup>30</sup>

Die Sitzung vom 16. Mai befaßte sich u.a. mit den finanziellen Konsequenzen der Maitage. Man versuchte, die Häuser, die während der Unruhen beschädigt worden waren, von den

<sup>28</sup> Prot. SVO, 01.05.1849.

<sup>29</sup> Prot. SVO, 12.05.1849.

<sup>30</sup> Ebenda.

Einquartierungen zu befreien.<sup>31</sup> Wie bedeutsam die Reflexion der Maiereignisse war, konnte das Parlament noch nicht abschätzen. Der Stadtverordnete Hempel war es, der einen kommunalpolitisch folgenreichen Beschluß verhinderte. Hempel hatte beantragt, in allen Blättern des In- und Auslandes die Herstellung von Ruhe und Ordnung in Dresden bekanntzugeben, Fremde hätten nach wie vor in der Stadt einen sicheren und ruhigen Aufenthalt. Die Beschlußfassung kam am 16. Mai nicht zustande, da Hempel selbst seinen Antrag zurückzog. Erst im Dezember 1849 sprach sich das inzwischen erneuerte Kollegium für eine solche Maßnahme aus. Am 19. Dezember 1849 nämlich formulierten die Stadtverordneten in einem Schreiben an den Dresdner Stadtrat eine Petition »wegen Aufhebung des Kriegszustandes«. Aus der Bittschrift geht hervor, daß die Stadtverordneten die Bedenken des Rates nicht teilen konnten. Die Verfassungsdeputation der Stadtverordneten war nicht untätig und erstellte umfangreiche Gutachten, die als Beweis für die Aufhebungsmöglichkeit des Kriegszustandes dienen sollten. In gewisser Weise brachten die Dresdner Stadtverordneten ihre Kollegen Ratsmitglieder in Zugzwang, denn sie legten dem Rat eine für den Landtag gedachte Petition vor und ersuchten den Rat, »derselben im Interesse der Commun« beizutreten.<sup>32</sup> Die Mitglieder des Stadtrates sollten Stellungnahmen zu den Maitagen formulieren und den Stadtverordneten übersenden. Um einen solchen indirekten Zwang zu umgehen, sahen sich einige der Ratsmitglieder gezwungen, dieses Verfahren als Mißtrauensantrag zu werten und dem vorzugreifen, indem sie selbst um Entlassung aus ihrer Ratsposition antrugen. Eine unmittelbar an die Maiereignisse vom 3. bis 9. Mai 1849 gebundene Parlamentsaktivierung der Dresdner Stadtverordneten blieb aus. Um so mehr setzten die Konsequenzen aus den Maitagen das parlamentarische Leben in Gang, in dem z.B. am 19. Mai 1849 zehn Maßregeln wegen der durch die Unruhen verursachten Schäden veröffentlicht wurden. Eine Welle an Entlassungsgesuchen und Mißtrauensanträgen geriet in Bewegung. So beantragte beispielsweise der Stadtrat die Entlassung der Herren Heydenreich und Lehmann<sup>33</sup>, denen man ein Mißtrauensvotum bekundet hatte.<sup>34</sup> Unbedingt erwähnt werden muß die Schlußnotiz des Sitzungsprotokolls vom 23. Mai 1849, gibt sie doch deutlich Auskunft über Politisierung und Identität. In geheimer Sitzung beriet das Kollegium die vom Stadtrat formulierten Maßregeln gegen die Urheber der »jüngsten betrübenden Ereignisse«.<sup>35</sup> Die Stadtverordneten beschloßen, die Aktivitäten des Stadtrates Heydenreich gutzuheißen, andererseits aber den Ratsvorschlag, die Ansicht der Stadtverordneten zu hören, abzulehnen. Man überließ also derartige Entscheidungen dem Rat, da die Stadtverordneten politisch und moralisch in einer Identitätskrise waren und sie sich kaum in der Lage sahen, ihr eigenes Verhalten zu mißbilligen. Hierin liegt vermutlich auch der Grund dafür, daß die Protokolle der Stadtverordneten so gehalten sind, daß weder größere politische Debatten noch eine Standortbestimmung der

<sup>31</sup> Prot. SVO, 16.05.1849.

<sup>32</sup> St II 9, Die Wahl der Stadtverordneten und die Einberufung der Ersatzmänner, 1848 – 1852.

<sup>33</sup> Die Mitglieder des Stadtrates sollten Stellungnahmen zu den Maitagen formulieren und den Stadtverordneten übersenden. Um einem solchen indirekten Zwang zu umgehen, sahen sich einige der Ratsmitglieder gezwungen, dieses Verfahren als Mißtrauensantrag zu werten und dem vorzugreifen, indem sie selbst um Entlassung aus ihrer Ratsposition antrugen.

<sup>34</sup> C. XX. 84 n, Conception zu den Ausfertigungen auf die eingegangenen Schriften und gefaßten Beschlüsse, 1841 – 1851. Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet wäre interessant zu prüfen, ob einige SVO die Chance der Unruhen nutzten, um ihre städtepolitischen Verpflichtungen zu beenden. Immerhin war das neugewählte Stadtparlament 1852 grundsätzlich anders personell strukturiert, auch wenn sich hier vermutlich erneut ein Generationswechsel anbahnte.

<sup>35</sup> Prot. SVO, 23.05.1849.

einzelnen Parlamentsmitglieder ersichtlich ist. Logisch ist auch, daß während des Maiaufstandes sich die Ereignisse derart überstürzten, daß keine Zeit für großangelegte Protokolle und – aufgrund des unklaren politischen Ausgangs bzw. kaum eingeräumter Erfolgchancen – auf ein kompromittierendes schriftliches Fixieren ebenfalls verzichtet wurde.

Doch auch der Stadtrat mußte aus den Maitagen Konsequenzen ziehen. Durch den plötzlichen Tod des amtierenden Bürgermeisters war Friedrich Wilhelm Pfothenhauer am 2. Januar 1849 kommissarisch mit der Leitung dieses Amtes betraut worden. »Als die meisten der damaligen Stadträte während jedes Aufstandes sich krank meldeten und in's Bett sich legten, wahrten, von den Insurgenten und der provisorischen Regierung in ein Hinterzimmer des Rathhauses zurückgedrängt, die Stadträte Pfothenhauer, Flath und Meusel die Interessen der Stadt gegen die provisorische Regierung.«<sup>36</sup> Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurde gegen Pfothenhauer eine Hochverratsuntersuchung geführt. Zugrunde lagen seine frühere Verbindung zu den linken Demokraten Tzschimmer, Heubner und Todt sowie seine Tätigkeit als Mitglied des Sicherheitsausschusses». Obwohl die Untersuchung ohne Schuldzuweisung beendet worden war, weigerte sich die Regierung noch längere Zeit, die Wahl Pfothenhauers als gesetzlich anzuerkennen. Erst nach wiederholt von den Stadtverordneten an den König herangetragenen Bitten sowie Eingaben an die Regierung wurde Pfothenhauer 1850 als Bürgermeister bestätigt. Im Vorfeld und während der Maiunruhen traten Männer auf, die die Ehre der demokratischen Bewegung retteten, wenn sich auch nicht das gesamte Kollegium dazu durchringen konnte. Zu unterschiedlich geartet waren die eigenen Interessensphären. Maßgeblichen Anteil an den Forderungen der Maitage hatten die Angehörigen des Vaterlandsvereins, die sozial zumeist der elitären Gruppe des Bildungsbürgertums entstammten. An der Spitze standen Gustav Blöde, einer der bekanntesten Dresdner Stadtverordneten, der äußerst engagiert in der städtischen Vertretungskörperschaft wirkte, Einfluß hatte ebenso Dr. H. A. Th. Köchly. Beide hatten maßgeblichen Anteil an der großen Bürgerversammlung im Hotel de Pologne, die bereits am 8. März 1848 abgehalten und auf der eine Erklärung mit zehn demokratischen Forderungen angenommen wurde, sowie an der Gründung des Bürgervereins am 13. März 1848 und seiner Umwandlung in den Vaterlandsverein am 8. April 1848. Dr. Köchly beantragte in der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 3. März 1848, eine Adresse mit demokratischen Forderungen an den König zu richten, die jedoch vom Kollegium abgelehnt wurde. Blöde und Köchly gehörten dem am 3. Mai 1849 gebildeten Sicherheitsausschuß an und blieben auf ihrem Posten im Rathaus bis zur Bildung der provisorischen Regierung. Köchly stellte sogar vom Balkon des Rathauses die provisorische Regierung der versammelten Menge vor. Einer Verurteilung konnte er sich nur durch die Flucht nach Holland entziehen. Gustav Blöde, Abgeordneter in der Nationalversammlung in Frankfurt am Main, wurde am 9. Mai 1849 verhaftet. Am Weihnachtssabend 1849 ordnete das Justizministerium zunächst seine Entlassung ohne Kautions an. Das Appellationsgericht jedoch verurteilte ihn zu zehnjähriger Zuchthausstrafe. Als er die Vorladung zur Bekanntgabe des Urteils erhielt, gelang es ihm jedoch, Dresden zu verlassen und vor Antritt der Strafe in die USA zu entkommen. Am 1. April 1850 wurde ein Steckbrief gegen ihn erlassen. Blöde war in Amerika in Casonville als Redakteur einer der ersten Zeitungen tätig.

Die politische Spaltung des Stadtparlaments nahm zu und erreichte während der Maiunruhen einen bisher nicht gekannten Höhepunkt. Auch der Kürschnermeister Carl Gustav Klette, der sich im Stadtverordnetenkollegium durch sein betont liberales Auftreten einen Namen ge-

<sup>36</sup> Dresdner Geschichtsbuch 2, Altenburg 1996, S. 57.

macht hatte, Mitglied des Vaterlandsvereins, wurde wegen seiner Tätigkeit im Sicherheitsausschuß unter Anklage des Hochverrats gestellt, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und schließlich zu einem Jahr Gefängnis «begnadigt». Bedeutende Unterstützung leistete der Abgeordnete der Nationalversammlung Franz Jacob Wigard, der ab November 1849 die demokratische Richtung im Stadtverordnetenkollegium vertrat. Wegen direkter Beteiligung am Maiaufstand wurden darüber hinaus die Stadtverordneten Heinrich Eduard Minckwitz, ein Advokat, der aus ärmlichen Verhältnissen stammte, Friedrich Robert Bierling, Weißgerbermeister, Curt Ludwig Bromme, Buchhändler, Dr. Johann Heinrich Eberhard Richter und Johann Heinrich Wilhelm Stege, beide Färbermeister, in Untersuchungshaft verwahrt und teilweise mit Strafen belegt. Wenn auch nicht einheitlich in ihren Auffassungen und bedauerlicherweise auch nicht als geschlossene Fraktion operierend, nutzten diese Männer nicht nur das Mittel des Adressensturms, sie schritten bis zur bescheidenen Bildung eines neuen Organs, des kurzlebigen Sicherheitsausschusses, und fanden vor allem den Kontakt zu den demokratisch gesinnten Bürgern der Stadt. Ihre Kraft reichte nicht aus, die von Hilflosigkeit und Angst gepackten Kollegen zu weiterer konstruktiver Arbeit voranzubewegen. Am 16. Juni 1849 beschlossen die Stadtverordneten mit knapper Stimmenmehrheit von 28 zu 26 Stimmen, den Antrag an die Kreisdirektion zu stellen, das inzwischen völlig zerrüttete Kollegium aufzulösen und für den Herbst 1849 Neuwahlen anzusetzen, die eine neue Gruppe von Stadtverordneten bringen sollten. Die Auflösung erfolgte schließlich am 12. September, die Neuwahl am 20. November 1849.

Identität in der Krise: Die bewußt gesetzte Ambivalenz beschreibt das Dilemma der Stadtverordneten: Im Hinblick auf die Bildung des Sicherheitsausschusses bewiesen die Dresdner Stadtverordneten eindrucksvoll Geschlossenheit, Verantwortung und Identität ihrer demokratischen Ambitionen. Darüber hinaus geriet ihre persönliche Integrität und Identität während der Maikrise selbst in eine Krise, als ihr Scheitern offensichtlich wurde und mit der Niederschlagung des Aufstandes Untersuchung, Verfolgung und Verhaftung bevorstanden.

Ralf Pröve

## Bürger, Gemeinde, Volk und Obrigkeit: Bürgerwehren und Kommunalgarden 1848/49

Bürgerwehren und Kommunalgarden oder auch andere milizartige Formationen waren eng mit dem Schicksal der Revolution von 1848/49 verknüpft.<sup>1</sup> Die öffentliche Diskussion über diese milizartigen Ordnungsformationen setzte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Umfeld von Spätaufklärung und Patriotismuskritik ein und reichte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, dem Höhepunkt des Diskurses, als das Thema die Debatten 1848 in den politischen Klubs oder den Parlamenten beeinflusste. Als die Revolution niedergeschlagen wurde und in den 1860er Jahren auch die sogenannte Wehrvereinsbewegung versiegte, verschwanden Idee und Begriff – ablesbar an dem dramatischen Schrumpfungsprozess der lexikalischen Stichworterläuterungen in den 1870er und 1880er Jahren.

Im Lauf dieser Zeit variierte die Semantik der Formel »Volksbewaffnung« ganz erheblich. 1848 verstand man darunter vornehmlich freie Stadt- und Staatsbürger, die selbständig und weitgehend unabhängig von den fürstlich-staatlichen Exekutivorganen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einstehen sollten und daraus politische Mitsprache ableiten wollten.<sup>2</sup>

Trotz dieser langen Diskussionsperiode kam es in dieser Zeit nur zu drei Realisierungsphasen. Erstens während der Reformperiode, der napoleonischen Besetzung und der sogenannten Befreiungskriege 1806 bis 1815 (mit Fokus auf Preußen), zweitens zu Beginn der 1830er Jahre (mit Fokus auf Kurhessen, Sachsen und Braunschweig) und drittens 1848/49.

Schon bei einem ersten intensiveren Zugriff entpuppt sich die gegensätzliche Doppelfunktion, die den Formationen von den Zeitgenossen zugesprochen war. Auf der einen Seite sollte die Einrichtung als Sicherungsorgan für Besitzende und Reiche dienen, um Übergriffe der ärmeren Bevölkerung auf Grundeigentum und Besitz zu verhindern. Auf der anderen Seite aber sollten Bürgerwehren als bewaffneter Arm der Revolution fungieren. Damit verbunden war ihre Funktion als Verfassungsschutz und machtpolitischer Kontrahent des Stehenden Heeres. Die politischen Ordnungsvorstellungen greifen über die Formel von der »Volksbewaffnung« zum einen in den gesamtgesellschaftlichen Bereich und damit in das dichotomische Verhältnis von Staat und Gesellschaft ein. Je nach »Volks«-Definition und machtpolitischer Befugnis sowie organisatorisch-institutioneller Konfiguration reichte die Bandbreite von abhängigen Milizeinheiten, bestehend aus ehemaligen Soldaten oder Besitzbürgern unter militärischem Oberbefehl, wie zum Beispiel der Landwehr, bis hin zur roten Tagelöhnergarde Marx-Engelsscher Prägung.

Zudem wurden auf kommunaler Ebene die Ordnungsformationen zu Trägern und Vehikeln bestimmter Leitbilder und Projektionen einer politisch-gemeindlichen Ordnung. Eng damit verbunden ist die Bestimmung des Personenkreises, also die Frage, welche männlichen Einwohner in der Stadt Aufnahme in die Bürgerwehren finden sollten.

Die weitere Diskussion um Volksbewaffnung wurde vom entstehenden Frühliberalismus und der einsetzenden Restaurationsphase geprägt.<sup>3</sup> Es war vor allem die bereits 1815 ver-

<sup>1</sup> Vgl. zum europäischen Kontext Ralf Pröve, Bürgerwehren in den europäischen Revolutionen 1848, in: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt u. Dieter Langewiesche (Hgg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 901–914.

<sup>2</sup> Vgl. zum Konzept der Volksbewaffnung Ralf Pröve, Politische Partizipation und soziale Ordnung: Das Konzept der »Volksbewaffnung« und die Funktion der Bürgerwehren 1848/49, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 109–132.

faßte Schrift Karl von Rottecks über *Stehende Heere und Nationalmiliz*, die die weitere Diskussion erheblich beeinflusste und ihre Richtung bestimmte. Rotteck nahm die alten Argumente gegen das Stehende Heer auf, präzisierte und verstärkte sie. Er prangerte einen »dreifach verderblichen Jammer« an, den die »Miethstruppen« verursachten, und diagnostizierte einen außenpolitischen, einen ökonomischen und einen innenpolitischen Faktor.<sup>3</sup>

Das Jahr 1830, als im Gefolge der Julirevolution in Frankreich auch Unruhen in einigen deutschen Staaten ausbrachen, brachte eine deutliche Wende. In Sachsen und Kurhessen, aber auch in Hannover und Braunschweig, kam es zur Einrichtung von Bürgergarden. Zwar schlofen diese Formationen nach wenigen Jahren zumindest in den Augen der Außenstehenden wieder ein, immerhin hatte man aber nach den Erfahrungen von 1813 nach fast zwanzigjähriger literarischer Auseinandersetzung zum ersten Mal diesbezügliche liberale Forderungen umsetzen und eine Volksbewaffnung realisieren können, die völlig losgelöst vom Militärapparat stand. Die weitere Diskussion wurde vor allem von zwei Faktoren bestimmt.

Zum einen wurde nun für alle überdeutlich demonstriert, wie sehr Verfassungsfrage und Beteiligung der Bürger an der staatlichen Exekutive miteinander verknüpft waren, wie intensiv die Maxime von der politischen Mitbestimmung, vom gleichberechtigten Staatsbürger, alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfassen konnte. Die Verankerung der Bürgergarde in die kurhessische Verfassungsurkunde hatte dies nachdrücklich unterstrichen und die Ängste der Konservativen vor einem Umsturz nachhaltig geschürt. Beängstigend war in ihren Augen vor allem die Tatsache, daß die Liberalen von der bisher favorisierten Idee der Landwehr, die man wenigstens ansatzweise als militärische Korporation noch akzeptieren konnte, abrückten, und nunmehr in Form von Bürger- und Kommunalgarden rein bürgerliche, vom Militär völlig abgekoppelte und eigenständige Schutzeinrichtungen proklamierten. Der wenig präzise und polemisch gebrauchte Sammelbegriff »Volksbewaffnung« hatte damit eine weitere Variante bekommen: Neben den vor allem in den Befreiungskriegen gespeisten Konnotationen »allgemeine Wehrpflicht« bzw. »Konskription« auf der einen, formellen Formationen wie Landwehr oder Landsturm auf der anderen Seite, kam nun mit der autarken Bürgerbewaffnung eine weitere und radikalere Version hinzu.

Zweiter, die weitere Diskussion bestimmender Faktor war die Sorge vor einem sozialen Umsturz, vor einer Gefährdung des besitzbürgerlichen Eigentums durch den immer zahlreicher werdenden »Pöbel«. Zwar hatte man bürgerliche Schutzformationen, wie etwa in Preußen vornehmlich in den Jahren von 1806 bis 1813, auch und insbesondere als Ordnungsmacht nach »innen« zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt. Doch hatte man hierbei vornehmlich an die sozialen »Folgekosten« der napoleonischen Okkupation und die Auflösung der »Grande Armée«, an französische Deserteure oder »Marodeure« gedacht. Die Vorfälle der Jahre 1830 und 1831 in Kurhessen und Sachsen, die Erstürmungen von Bäckerläden und Lebensmittelständen, die Demolierung von Fenstern und Häusern, hatten demgegenüber den Besitzbürgern mehr denn je in erschreckender Deutlichkeit klar gemacht, daß ihnen nicht nur Gefahr »von oben« durch absolute Monarchie und Stehendes Heer drohte, sondern auch »von unten« durch spontane Hungerunruhen und Revolten unterbürgerlicher Schichten, die in zunehmendem Maße auch sozialrevolutionäre Forderungen artikulierten, und deren Aktivitäten bald von einer radikalpolitischen und sozialistischen Publizistik begleitet wurden.

<sup>3</sup> Vgl. Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/Main 1988.

<sup>4</sup> Carl von Rotteck, *Über stehende Heere und Nationalmiliz*, Freiburg/Brsg. 1816.

Nach 1830 verhärteten und verdichteten sich die Positionen vor allem im Hinblick auf eine offene Frontstellung zum Staat. Eine allmähliche politische Lagerbildung bewirkte, je nach Radikalität des Verfassungs- und Gesellschaftsentwurfes, die weitergehende Auffächerung der Volksbewaffnungsvarianten. Die Möglichkeit, Milizen und Ordnungsformationen nunmehr auch gegen protestierende Unterschichten einzusetzen, führte nicht nur dazu, daß selbst bisherige strikte Gegner der Volksbewaffnung sich mit konstruktiven Vorschlägen zu Wort meldeten. Zugleich rief dies eine Spaltung des liberalen Blocks hervor in jene, die unterbürgerliche Schichten von politischen Entscheidungsprozessen weiterhin ausschließen und damit am Ideal der gebildeten bürgerlichen Sozietät und der Grundbesitzergesellschaft festhalten wollten, sowie in jene, noch wenigen Stimmen, die das Modell vom partizipierenden Staatsbürger auf alle Männer übertragen und damit im Kern nicht nur politische und verfassungsrechtliche Änderungen, sondern grundlegender noch, sozioökonomische Wandlungen im Besitzgefüge durchführen wollten. Die im Gefolge der Julirevolution aufgestellten, am bürokratischen Staatsapparat nur locker angebondenen und vom Militär völlig losgelösten Bürger- oder Kommunalgarden waren nicht nur Ausweis einer zu diesem Zeitpunkt vergleichsweise extremen Form der Volksbewaffnung, sondern auch Anknüpfungspunkt für Leitbilder kommunaler Ordnung.

In Sachsen wurden am 29.11.1830 Kommunalgarden per Gesetz errichtet.<sup>5</sup> Diese Kommunalgarden, so heißt es, sollen für den Zweck der Erhaltung allgemeiner Sicherheit und öffentlicher Ordnung und als ein Mittel zur Beförderung des Gemeinsinns errichtet werden: »Der Zweck derselben ist, durch eine ehrenvolle Vereinigung von Einwohnern aller Stände, die öffentliche Ruhe und gesetzliche Ordnung zu erhalten, sowie das öffentliche und Privatigentum zu sichern.«<sup>6</sup> Zugelassen waren alle »waffenfähigen Bürger« und »selbstständigen Einwohner der Städte« in einem Alter zwischen 21 und 50 Jahren. Almosenempfänger, Dienstboten und alle abhängig Arbeitenden waren vom Dienst ausgeschlossen.<sup>7</sup>

Die Jahre 1848 und 1849 markieren den Höhe- und Wendepunkt des Volksbewaffnungsgedankens. Im Frühjahr duldeten viele Konservative, selbst die Armee, die Einrichtung von Bürgerwehren als notwendiges Übel, schien sie doch zunächst eine geeignete Maßnahme zu sein, die weitere Radikalisierung der Revolution zu verhindern. Noch im Frühsommer schwebte ihnen deshalb eine Effizienzsteigerung der Bürgerwehr vor, eine intensivere Militarisierung und ein freizügigerer Einsatz der Gewehre, um in Zukunft alle Demonstrationen und Tumulte energischer auseinanderzutreiben zu können.

Die Liberalen hatten die Märzverordnungen, die nunmehr endlich im ganzen Deutschen Bund eine Volksbewaffnung ermöglichten, zunächst durchweg freudig begrüßt. Die Erfahrungen mit der Bürgerwehr in den folgenden Monaten und die weitere politische Entwicklung im Sommer und Herbst 1848 blieben nicht ohne Rückwirkung auf den Volksbewaff-

<sup>5</sup> Vorausgegangen war ein erstes Mandat vom 22.3.1828. Das Mandat von 1830 befindet sich in: Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen vom Jahre 1830, S. 197ff.

<sup>6</sup> Weiter heißt es: »Sie haben demnach den mit der Handhabung der öffentlichen Sicherheit beauftragten Personen, auf deren Verlangen, bewaffnete Unterstützung zu gewähren, bei Feuersgefahr die nöthige Wache zu geben, und entstehenden Tumult durch Aufstellung von Commandos, auch, da nöthig, mit ihrer ganzen Masse zu unterdrücken, in dringenden Nothfällen, die nöthigen Patrouillen zu geben...«.

<sup>7</sup> Vgl. hier vor allem auch Volker Ruhland, Untersuchungen zu Rolle und Formen der Bürgermilizen im Prozeß der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalgarden im Königreich Sachsen. Diss. phil. Dresden 1987. Die zeitgenössische Diskussion wird reflektiert in Drzewicki H.E.F. von Nostitz, Die Communalgarden des Königreichs Sachsen in ihrer Entstehung, gesetzlichen Begründung, Organisation und gegenwärtigen Gestalt, Dresden 1832.

nungsdiskurs. Es lassen sich vor allem drei Schwerpunkte erkennen: die Frage nach dem Aufgabenbereich der Ordnungsformationen, also im engeren Sinne die Dichotomie ›Hilfspolizei‹ vs. ›Verfassungswacht‹; die Frage nach dem potentiellen Mitgliederkreis und die Frage nach der Bindung an die Obrigkeit.<sup>8</sup>

Wie bereits die Ereignisse der 1830er Jahre offenbart hatten, blieb der doppelte Aufgabenbereich der Bürgerwehren ein ständiger Reibungspunkt, der nun, im Jahre 1848, eine besondere Brisanz erfuhr. Verstanden sich die Ordnungsformationen in erster Linie als Hilfspolizei, sahen die Bürger also ihre Hauptaufgabe darin, für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen, so drohten sie mit der Veränderung der politischen Großwetterlage zu einem Instrument der Reaktion zu werden; hielten die Bürgerwehnmänner aber an ihrer verkündeten Verfassungsschutzfunktion fest, so gerieten sie in die Gefahr, als ›Revolutionäre‹ und ›Umstürzler‹ bezeichnet zu werden. Unklar war ja vor allem, was denn unter ›öffentlicher Ruhe‹ oder ›gesetzlicher Ordnung‹ zu verstehen sei. In dem Jahr der rasch verkündeten Gesetze und Verordnungen, die oft ebenso so schnell wieder aufgehoben oder geändert wurden, mußte zwangsläufig ein unvereinbarer Widerspruch zwischen polizeilichen Maßregeln und verfassungsmäßiger Freiheit bestehen. Die Konservativen jedenfalls waren an einer ausschließlich hilfspolizeilich orientierten, revolutionsimmunisierten Bürgerwehr interessiert, schien diese doch in der ersten Zeit sogar ein geschmeidigeres Instrument zur Unterdrückung von Unruhen zu sein als das Militär. Als jedoch die Bürgerwehren in den Augen der Konservativen sowohl ihre Fähigkeit als auch ihre Bereitwilligkeit zur Niederschlagung von Demonstrationen oder Protesten verloren, bestanden sie – parallel zum Siegeszug der Reaktion – auf einer Auflösung aller diesbezüglichen Formationen.

Uneinheitlicher war die Haltung der Liberalen. Einerseits wußten die Besitzbürger spätestens seit 1830, wie nützlich eine solche Ordnungsformation sein konnte, wenn man selbst zum Ziel von Protesten wurde und sein Eigentum bedroht sah. So hatte man sich im Frühjahr deshalb ausdrücklich zum Ordnungsaspekt bekannt. Andererseits wollte man sich aber auch nicht zum ständigen Büttel der Polizeiorgane degradieren lassen. Insbesondere die radikaleren Publizisten prangerten dies als unannehmbare Einschränkung an. Die Sozialisten und Frühkommunisten schließlich lehnten den Ordnungscharakter der Bürgerwehr überhaupt ab und forderten volle Souveränität und das allgemeinpolitische Mandat.

Die zweite Grundposition, die sich in der Volksbewaffnungsdebatte manifestierte, war die Frage nach dem geeigneten Personenkreis, der Anfang 1848 eine deutliche Erweiterung erfahren hatte. Hinter diesem Problem verbargen sich verschiedene Gesellschaftskonzeptionen. Die Konservativen wollten nur »die guten Elemente« (oder, wie es in Sachsen 1830 hieß: alle wohlgesinnten Einwohner), also das politisch konforme Besitz- und Beamtenbürgertum in der Bürgerwehr vertreten wissen. Jede Beteiligung des ›Pöbels‹, der unterbürgerlichen Schichten, wurde strikt abgelehnt. Diese Stimmen hielten nicht nur weitgehend an einem ständischen Gesellschaftsmodell rechtlicher Ungleichheit fest, sondern propagierten auch ein Untertanenverhältnis von Staat und Bevölkerung, das Mitsprache möglichst ausschloß oder zumindest stark beschnitt.

Die Haltung der Liberalen zu diesem Problem war uneinheitlich, stand man doch zwischen abstrakten politischen Überzeugungen auf der einen und den konkreten, persönlichen Äng-

<sup>8</sup> Vgl. speziell zu Sachsen: August Röckel, Die Organisation der Volksbewaffnung in Deutschland, mit besonderem Bezüge auf Sachsen. Eine Denkschrift an die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt und an alle deutschen Regierungen. Auf Grund der Beratungen einer vom deutschen Vaterlandsvereine zu Dresden berufenen Commission, Dresden 1848.

nungsdiskurs. Es lassen sich vor allem drei Schwerpunkte erkennen: die Frage nach dem Aufgabenbereich der Ordnungsformationen, also im engeren Sinne die Dichotomie ›Hilfspolizei‹ vs. ›Verfassungswacht‹; die Frage nach dem potentiellen Mitgliederkreis und die Frage nach der Bindung an die Obrigkeit.<sup>8</sup>

Wie bereits die Ereignisse der 1830er Jahre offenbart hatten, blieb der doppelte Aufgabenbereich der Bürgerwehren ein ständiger Reibungspunkt, der nun, im Jahre 1848, eine besondere Brisanz erfuhr. Verstanden sich die Ordnungsformationen in erster Linie als Hilfspolizei, sahen die Bürger also ihre Hauptaufgabe darin, für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen, so drohten sie mit der Veränderung der politischen Großwetterlage zu einem Instrument der Reaktion zu werden; hielten die Bürgerwehnmänner aber an ihrer verkündeten Verfassungsschutzfunktion fest, so gerieten sie in die Gefahr, als ›Revolutionäre‹ und ›Umstürzler‹ bezeichnet zu werden. Unklar war ja vor allem, was denn unter ›öffentlicher Ruhe‹ oder ›gesetzlicher Ordnung‹ zu verstehen sei. In dem Jahr der rasch verkündeten Gesetze und Verordnungen, die oft ebenso so schnell wieder aufgehoben oder geändert wurden, mußte zwangsläufig ein unvereinbarer Widerspruch zwischen polizeilichen Maßregeln und verfassungsmäßiger Freiheit bestehen. Die Konservativen jedenfalls waren an einer ausschließlich hilfspolizeilich orientierten, revolutionsimmunisierten Bürgerwehr interessiert, schien diese doch in der ersten Zeit sogar ein geschmeidigeres Instrument zur Unterdrückung von Unruhen zu sein als das Militär. Als jedoch die Bürgerwehren in den Augen der Konservativen sowohl ihre Fähigkeit als auch ihre Bereitwilligkeit zur Niederschlagung von Demonstrationen oder Protesten verloren, bestanden sie – parallel zum Siegeszug der Reaktion – auf einer Auflösung aller diesbezüglichen Formationen.

Uneinheitlicher war die Haltung der Liberalen. Einerseits wußten die Besitzbürger spätestens seit 1830, wie nützlich eine solche Ordnungsformation sein konnte, wenn man selbst zum Ziel von Protesten wurde und sein Eigentum bedroht sah. So hatte man sich im Frühjahr deshalb ausdrücklich zum Ordnungsaspekt bekannt. Andererseits wollte man sich aber auch nicht zum ständigen Büttel der Polizeiorgane degradieren lassen. Insbesondere die radikaleren Publizisten prangerten dies als unannehmbare Einschränkung an. Die Sozialisten und Frühkommunisten schließlich lehnten den Ordnungscharakter der Bürgerwehr überhaupt ab und forderten volle Souveränität und das allgemeinpolitische Mandat.

Die zweite Grundposition, die sich in der Volksbewaffnungsdebatte manifestierte, war die Frage nach dem geeigneten Personenkreis, der Anfang 1848 eine deutliche Erweiterung erfahren hatte. Hinter diesem Problem verbargen sich verschiedene Gesellschaftskonzeptionen. Die Konservativen wollten nur »die guten Elemente« (oder, wie es in Sachsen 1830 hieß: alle wohlgesinnten Einwohner), also das politisch konforme Besitz- und Beamtenbürgertum in der Bürgerwehr vertreten wissen. Jede Beteiligung des ›Pöbels‹, der unterbürgerlichen Schichten, wurde strikt abgelehnt. Diese Stimmen hielten nicht nur weitgehend an einem ständischen Gesellschaftsmodell rechtlicher Ungleichheit fest, sondern propagierten auch ein Untertanenverhältnis von Staat und Bevölkerung, das Mitsprache möglichst ausschloß oder zumindest stark beschnitt.

Die Haltung der Liberalen zu diesem Problem war uneinheitlich, stand man doch zwischen abstrakten politischen Überzeugungen auf der einen und den konkreten, persönlichen Äng-

<sup>8</sup> Vgl. speziell zu Sachsen: August Röckel, Die Organisation der Volksbewaffnung in Deutschland, mit besonderem Bezüge auf Sachsen. Eine Denkschrift an die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt und an alle deutschen Regierungen. Auf Grund der Beratungen einer vom deutschen Vaterlandsvereine zu Dresden berufenen Commission, Dresden 1848.

sten auf der anderen Seite. Jene, die einen sozialen Umsturz durch die schrankenlose Aufnahme aller Männer befürchteten, richteten ihre Stimmen allerdings kaum noch pauschal gegen einen bestimmten Stand oder eine definierte Bevölkerungsgruppe. Die Kriterien reichten vielmehr von rechtlichen Hürden (Bürgerrecht), wirtschaftlichen Anforderungen (Selbständigkeit), bestimmten Besitzstandards (Immobilienbesitz oder ein genügendes Einkommen oder Vermögen), moralischen Aspekten (›politisch unreif‹), polizeilichen Stigmatisierungen (aufrührerisch) oder schlicht einer vorgeschriebenen Haltung und Lebenseinstellung bis hin zu einem gewissen Mindeststandard an Kleidung und Ausstattung.

Wenn damit auch in spätaufklärerischer Tradition einfachen Menschen wegen ihres vermeintlichen niedrigen Bildungsstandes, ihrer vorgeblich fehlenden sittlichen Erziehung oder schlicht wegen ihrer scheinbaren mangelnden ökonomischen Selbständigkeit das Recht der politischen Mitsprache vorerst noch verweigert wurde, basierten diese Überlegungen letztlich doch sowohl auf der Zielvorstellung von der bürgerlichen Gesellschaft als auch auf dem politischen Staatsbürgermodell. Immerhin ließen die verschwommenen Kriterien durchaus bewußt die sukzessive Berücksichtigung von Gesellen, Tagelöhnern oder Fabrikarbeitern zu. Die Diskussion um den gewünschten Personenkreis zwang denn auch vor allem, zur Problematik ›Bürger‹ Stellung zu beziehen und das Bürgertum als Klasse negativ wie positiv zu definieren.

Entscheidend war ohnehin, daß neben diesen Überlegungen im tagespolitischen Schrifttum auf liberaler Seite die Stimmen überwogen, die sich generell gegen einen Ausschluß bestimmter Männer aussprachen. Dies gab nicht nur die Gesellschaftskonzeption vor, sondern hatte vor allem auch taktische Gründe: Schließe man die Arbeiter aus, wie es in der Nationalzeitung hieß, würde die Bürgerwehr »in die Lage gebracht, den Arbeitern feindlich gegenüber zu stehen«. Damit verband sich die Sorge vor einer den Rechten in die Hände spielenden Trennung des ›Volkes‹ in zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager«, in »eine sogenannte Bourgeoisie und einen Arbeiterstand«, die die Bürgerwehr zum Schauplatz sozialer Auseinandersetzungen und damit handlungsunfähig machen würde. Entschiedene Demokraten warnten sogar ganz dezidiert davor, die Bürgerwehr nur den Besitzenden, nur der »Eitelkeit der Begüterten« zu überlassen und plädierten für eine breite soziale Öffnung der Ordnungsformationen.<sup>9</sup> Sozialisten und Frühkommunisten favorisierten ohnehin statt der ›Bürgerwehr‹ die ›Volksbewaffnung‹. So bezeichnete Friedrich Engels die Erstürmung des Berliner Zeughauses durch Arbeiter und Gesellen lobend als notwendige »Selbstbewaffnung des Volkes«. Besonders die »schiefe Stellung« der Bürgerwehr zum »Volke« sei für die »unglückseligen Zustände« im Herbst 1848 verantwortlich gewesen.<sup>10</sup>

Dritter und letzter Schwerpunkt der Diskussion war die Frage nach der administrativen und organisatorischen Bindung an die Obrigkeit im weiteren Sinne. Die Konservativen wünschten eine straffe Anbindung an die örtlichen Behörden oder sogar an militärische Dienststellen. Dadurch sollte den Formationen eine passive Rolle zugewiesen werden und jene nur auf besondere obrigkeitliche Anforderung zusammentreten dürfen. Eine Selbstalarmierung oder autarke Einberufungsbefugnis und damit einen Einsatz der Bürgerwehren nach Gutdünken der Beteiligten sollte so ausgeschlossen werden. Reaktionäre Kritiker wollten zivile Behörden sogar völlig ausschließen, da ihnen jeder »militärische Sinn« fehle. Die Liberalen lehnten eine solche Einschränkung strikt ab und bestanden auf einer unabhängigen Stellung der Ordnungsformationen, die eine eigenständige Einsatzplanung erlaubte. Neben dieser soge-

<sup>9</sup> Karl Gutzkow, Vor- und Nach-Märzliches, Leipzig 1850, bes. S. 114.

<sup>10</sup> Vermischtes, in: Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter Nr. 7 vom 24.10.1848, S. 24.

nannten Requisitionsfrage, die in den 1830er Jahre etwa in Kurhessen oder Sachsen schon umstritten war, wurde auch die Frage der Vorgesetztenwahlen kontrovers diskutiert. Für Liberale und Radikale waren freie Wahlen der Offiziere und Unteroffiziere durch die einfachen Bürgergardisten unabdingbare Voraussetzung, galt doch die Selbstergänzung der Führer als fundamentaler Ausweis der spezifischen Staatsbürgerlichkeit der Formationen. So leugnete man auch nicht die Vorwürfe, daß die Wahlen »Garantien für demokratische Tendenzen« und daß mit »dem Wahlsystem eine Beschränkung des Einflusses der Regierung« verbunden seien. Vertreter der Reaktion lehnten zwar in der Regel nicht prinzipiell den Wahlmodus ab, wollten aber einige Sicherungsbarrieren errichtet wissen, die eine von der Obrigkeit unkontrollierte Eigenbesetzung der Chargen verhinderte. Extreme Rechte oder Militärs wie etwa der preußische Offizier Andreas von Schepeler lehnten die Selbstergänzung der Anführer jedoch völlig ab; bedeuteten sie doch einen Beginn »der politischen Cholera«, da man doch nicht nur charakterlich gefestigte, sondern vor allem eingübte und ausgebildete Bürgeroffiziere brauche. Solche Männer aber gäbe es unter den Bürgern nicht.<sup>11</sup>

Mit dem Ende der Revolution wurde auch das Sterbeglöcklein von Volksbewaffnung und Bürgerwehr eingeläutet. Die Gründe für dieses Scheitern ebenso wie für das Aufkommen liegen in den Besonderheiten und Spezifika der Sattelzeit begründet, in der Altes mit Neuem rang und die kommende staatliche und gesellschaftliche Ordnung erst in Ansätzen erkennbar war. Daß die Idee jahrzehntelang überhaupt so erfolgreich war, lag an dem attraktiven Modell von der klassenlosen Bürgergesellschaft, an dem Wunschbild eines harmonischen Zusammenlebens selbständiger Bürger und einer spezifischen bürgerlichen Ordnungsvorstellung. Die beginnenden sozialen und ökonomischen Spannungen in der Stadt sollten mit den Werkstoffen Bürgergeist und Gemeinsinn und dem dafür nötigen Werkzeug Ordnungsformation abgebaut werden. Dieser Sicht nach »innen« stand in der Perspektive nach »außen« eine klaffende Sicherungslücke gegenüber. In seiner Umbruchphase vom Ancien Régime zum modernen staatlichen Institutionengefüge standen dem Staat kaum geeignete Exekutivmittel zur Verfügung, um Unruhen und Eigentumsdelikten wirkungsvoll zu begegnen. Überdies war der politische Spielraum der Stadtgemeinden wie der Bürger noch nicht definiert, so daß sich Freiräume ergaben.

Begünstigten diese Entwicklungen die Gründung von Bürgerwehren, so bewirkte die politische und sozioökonomische Doppelkrise wiederum deren Scheitern. Auf der einen Seite erhöhte der Staat den Außendruck auf die Stadtgemeinden. Zunehmend ging man dazu über, mit einem dichten Netz von Gendarmerien die Sicherheitslücke, die für die Ordnungsformationen das ideale Gründungs-Argument gebildet hatte, zu schließen. Überdies hatte das wiedererstarkte Militär im Herbst 1848 seinen militärischen wie politischen Siegeszug angetreten. Weitaus gravierender aber war, daß mit der rapiden Zunahme der sozioökonomischen Verwerfungen in den 1840er Jahren, und vor allem 1848, die durch Klassengegensätze und differierende Interessen von Tagelöhnern und Besitzbürgern ausgelösten Risse nicht mehr gekittet werden konnten. Bereits im Frühjahr 1848 kam es zu alternativen, miteinander konkurrierenden Klassen-Ordnungsformationen, bestehend jeweils aus Tagelöhnern und Arbeitern oder aus Besitzbürgern, in ein und derselben Stadt. Gemeingeist und Bürgersinn oder die innere und äußere Freiheit der Heimatstadt hatten ihre Zugkraft weitgehend verloren; für die Besitzbürger stand einzig die Sicherung ihres Eigentums im Vordergrund. Das Besitzbürgertum floh in Scharen aus dem Ideen-Gebäude einer unsicher gewordenen kommunalen und autarken Bürgergesellschaft unter das sichere Dach des militarisierten und autokratischen Staates. Diesem absoluten Scheitern der Volksbewaffnungsidee insgesamt im Gefolge

<sup>11</sup> Andreas von Schepeler, *Volksbewaffnung und Republik*, Aachen 1848, S. 22.

von 1848 stand im Dunstkreis alltäglicher Probleme das relative Scheitern einzelner Ordnungsformationen in den Jahren davor gegenüber. Angesichts der wortreichen Bekundungen und vollmundigen Versprechungen der Liberalen in Festreden und Versammlungen, aber auch angesichts der Prahlereien einzelner Beteiligten in den Kneipen, sah nämlich die nächtliche Realität in den Straßen und an den Stadttoren oftmals recht ernüchternd und kläglich aus. Die Euphorie über den politischen Erfolg und der Stolz über den eigenen Statuszugewinn verfliegen schnell während eines 24stündigen Wachdienstes. Alkohol im Dienst, schlafende Wachposten oder verwaiste Tore und Mauern gehörten zum Alltag – und waren im übrigen für die Gegner der Einrichtung willkommene Argumentationshilfen. Sowie der Reiz des Neuen verfliegen war, ließen Elan und Einsatzbereitschaft rapide nach, was zunächst die Aufnahme von Männern aus unterbürgerlichen Schichten beförderte, auf längere Sicht aber zu einer *de facto*-Auflösung der Ordnungsformation hinauslief.

Es war jene unheilvolle Allianz von alten Eliten, Militärs und Konservativen auf der einen, frustrierten und verängstigten Besitzbürgern und Liberalen auf der anderen Seite, die das Konzept einer autarken Bürger- oder Volksbewaffnung scheitern ließen und damit dem Weg in eine stärker politisierte und demokratisierte Gesellschaft eine Absage erteilten. Statt dessen wurde das Militär viel mehr als zuvor zum einzigen Instrument sozialer und politischer Ordnung auf- und ausgebaut und zur alleinigen Stütze der alten Eliten, gerichtet gegen Arbeiter und Demokratie, zugeschnitten.

Sächsische Versuche nach 1849, auf die Treue der Kommunalgarden in der Revolutionszeit hinzuweisen und eine »kleine Revue der treubewährten Bürgerwehren Sachsens« zu publizieren, der doch nur eine kleine Zahl »verführter Garden« gegenüberstehe, um auf diese Weise ein Überleben zumindest der Idee der Volksbewaffnung zu erreichen, scheiterten an der einsetzenden Restaurations- und Überwachungswelle.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Die treuen Bürgerwehren im Königreiche Sachsen. Eine kurze Darstellung des Verhaltens der pflichtgetreuen Communalgarden in 39 sächsischen Städten während der Tage des 3. bis 9. Mai 1849, Grimma 1850.

In den Prozeß der bürgerlichen Emanzipation im 19. Jahrhundert ordnet sich die Emanzipation der Juden ein. Jüdische Emanzipation im engeren Sinne bedeutet die rechtliche Gleichstellung mit der übrigen Bevölkerung, die jedoch eine wesentliche Voraussetzung für die Integration der Juden auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet insgesamt ist. Während in Frankreich diese rechtliche Gleichstellung im Zusammenhang mit der bürgerlichen Revolution am Ausgang des 18. Jahrhunderts in einem Gesetzesakt vollzogen wurde, währte derselbe Vorgang in den deutschen Ländern fast 100 Jahre, von ca. 1780 bis zur Gründung des deutschen Kaiserreiches. Damit einher gingen Veränderungen in der Sozial- und Erwerbsstruktur der jüdischen Minderheit sowie Veränderungen auf kulturellem Gebiet, was z. B. Sprache, Bildung und den jüdischen Kultus betrifft. Anders gesagt, es vollzog sich der Prozeß der Akkulturation der Juden an die deutsche Gesellschaft.<sup>1</sup>

Die Ereignisse der europäischen Revolution in der Mitte dieses 19. Jahrhunderts beeinflussten die Situation der Juden in den deutschen Ländern nachhaltig. Zum einen fielen, zumindest zeitweise, die gesetzlichen Beschränkungen hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Zum anderen fanden jedoch gerade in der Revolutionszeit die seit 1819 gewalttätigsten Ausschreitungen gegen Juden vor allem in den ländlichen Gebieten Südwestdeutschlands, in denen ein starkes Landjudentum existierte, statt.

Juden waren aktiv in die revolutionären Ereignissen involviert. Die Durchsetzung von bürgerlicher Freiheit und Demokratie sowie die nationalstaatliche Einigung berührte einerseits spezifisch jüdische Interessen im Sinne ihrer bürgerlichen Gleichstellung. Andererseits fühlten sich die Juden in den deutschen Ländern zunehmend als Bestandteil der sich formierenden deutschen Nation und begriffen somit die allgemeinen Ziele der Revolution als die ihren. Jüdische Politiker traten als Abgeordnete des Frankfurter Vorparlaments bzw. der Nationalversammlung in die Öffentlichkeit. Sie wirkten in Landesparlamenten und verfassungsgebenden Versammlungen mit, waren als Mitglieder liberaler und demokratischer Vereine verbal und publizistisch tätig. Mindestens 130 jüdische Teilnehmer an den bewaffneten Kämpfen der Revolution konnten namentlich nachgewiesen werden. Vermutlich war ihre Zahl jedoch höher.<sup>2</sup>

Während zur Emanzipation der Juden in Sachsen neuere grundlegende Arbeiten vorliegen<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Grundlegend zur Emanzipation der Juden in Deutschland aus einer Fülle von Darstellungen Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« in der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt/Main 1987; Jacob Katz, *Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft. Jüdische Emanzipation, 1770–1870*, Frankfurt/Main 1986; David Sorkin, *The Transformation of the German Jewry, 1780–1840*, New York, Oxford 1987.

<sup>2</sup> Zur Situation der Juden Mitte des 19. Jahrhunderts und ihrem Engagement während der Revolution allgemein Michael Brenner, *Zwischen Revolution und rechtlicher Gleichstellung*. In: *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Band II: *Emanzipation und Akkulturation 1780–1871*, München 1996, S. 287–328; *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*, ed. by Werner E. Mosse, Arnold Paucker and Reinhard Rürup, Tübingen 1991.

<sup>3</sup> Michael Schäbitz, *Die Emanzipation der Juden im Königreich Sachsen*, Magisterarbeit, Berlin 1997; Simone Lässig, *Regionale Spezifika und grenzüberschreitende Beziehungsgeflechte. Juden in Böhmen und Sachsen am Beginn des Emanzipationsprozesses*. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, 130 (1994), S. 111–141; dies., *Vom Mittelalter in die Moderne? Anfänge der Emanzipation der Juden in Sachsen*. In: *Zwischen Integration und Vernichtung. Jüdisches Leben in Dresden im 19. und 20. Jahrhundert*, Dresden 1996, S. 9–18; ferner auch Ingrid Kirsch, *Das Ringen um die rechtliche Gleichstellung der Dresdner Juden*

blieb das Engagement der Juden während der unmittelbaren Revolutionszeit weitgehend unbeleuchtet. Lediglich die Untersuchung über die Familie Jellinek widmet der Stellung Adolf Jellineks, des damaligen Predigers und Religionslehrers der Israelitischen Religionsgemeinde (IRG) zu Leipzig, zu den revolutionären Ereignissen breiteren Raum.<sup>4</sup>

Im Vorfeld der Revolution von 1848/49 lag die rechtliche Gleichstellung der Juden mit der übrigen Bevölkerung in Sachsen noch in weiter Ferne. Gesetzliche Maßnahmen, die u. a. darauf zielten, die Anzahl der Juden im Königreich möglichst gering zu halten, zeigten in etwa bis 1849 Wirkung, wenn auch die zahlenmäßige Zunahme nicht vollständig unterbunden werden konnte. Zwischen 1834 und 1849 wuchs die jüdische Bevölkerung geringfügig von 850 auf etwa 1.000 Personen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung in Sachsen blieb der Anteil der Juden konstant niedrig bei 0,05 Prozent. Lediglich 0,2 Prozent aller Juden in den deutschen Ländern mit Ausnahme Österreichs lebten Mitte des Jahrhunderts in Sachsen.<sup>5</sup>

Infolge gesetzlicher Beschränkungen lebten die Juden in Sachsen zu etwa zwei Dritteln in Dresden und einem Drittel in Leipzig. Eine Mitte der dreißiger Jahre durchgeführte Erhebung über die Juden im Königreich verdeutlichte, daß aufgrund massiver Einschränkungen in den Erwerbsmöglichkeiten Handelstätigkeit unter den Juden dominierte. Dabei variierte die Sozialskala von vermögend bis zu sehr arm. Gerade unter den Dresdner Juden, die im Vergleich zu den Leipzigern auf eine deutlich längere Tradition der Ansiedlung zurückblicken konnten, war es seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zu einer deutlichen Polarisierung zwischen sehr vermögenden und sehr armen Juden gekommen. In Leipzig, das erst seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert stärker von Juden besiedelt war, hatte sich ein solcher Differenzierungsprozeß nicht in dem Maße vollzogen, wengleich auch hier die Sozialskala in ihrer gesamten Breite vertreten war. In ersten Anfängen begann sich gekoppelt an den Handelsplatz ein modernes Wirtschaftsbürgertum zu etablieren.<sup>6</sup>

Seit den ausgehenden zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren seitens der sächsischen Juden in verstärktem Maße Akkulturationsbemühungen zu beobachten. Erste Petitionen an den König mit der Forderung nach der Verbesserung der Erwerbslage der Juden wie auch der Regelung der rechtlichen Stellung insgesamt verbanden sich mit dem Streben nach Bildung. Die Kinder sowohl der Dresdner als auch der Leipziger Juden besuchten, soweit die finanziellen Möglichkeiten dies zuließen, die städtischen Schulen oder erhielten privaten Unterricht in weltlichen Fächern. In direktem Zusammenhang damit steht auch der 1829 in Dresden gegründete Mendelssohnverein, dessen Ziel darin bestand, das Erlernen »produktiver«, vornehmlich handwerklicher Berufe sowie insgesamt den Erwerb höherer Bildung unter der jüdischen Jugend zu fördern. Zu diesem Zweck wurden Darlehen, Stipendien u. ä. finanzielle Hilfen zur Verfügung gestellt. Der in Dresden ab 1835 amtierende Oberrabbiner

von 1830–1871. In: ebenda, S. 19–26; Josef Reinhold, Die Entstehung einer jüdischen Großgemeinde. Vor 150 Jahren konstituierte sich die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig. In: Sächsische Heimatblätter 43 (1997) 3, S. 117–141.

<sup>4</sup> Klaus Kempfer, Die Jellineks 1820–1955. Eine familienbiographische Studie zum deutsch-jüdischen Bildungsbürgertum. Düsseldorf 1998, Kapitel IV. Dieses Kapitel erschien gekürzt als Aufsatz: Adolf Jellinek und die jüdische Emanzipation in der Revolution 1848/49. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden, 8 (1998) 1, S. 179–191.

<sup>5</sup> Vgl. Zeitschrift des Königlich-sächsischen statistischen Bureaus, 48 (1902) 1/2, S. 5; Usiel Schmelz, Demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 8 (1982) 1, S. 37.

<sup>6</sup> Vgl. SächsHStA Dresden, MdI Nr. 826c, Bl. 79–86, 98–146; S. Lässig, Anfänge der Emanzipation, S. 16.

für Sachsen, Zacharias Frankel<sup>7</sup>, setzte sich u. a. vehement für die gemäßigte Reform des Gottesdienstes in dem Bemühen ein, eine kulturelle Annäherung an das ästhetische Empfinden des Bürgertums jener Zeit bei Wahrung der jüdischen Tradition zu erreichen. Einen treuen Anhänger seiner Ideen fand er in dem Leipziger Prediger und Religionslehrer Adolph Jellinek. In das Bemühen um Akkulturation gehört auch die freiwillige Teilnahme von Juden an den 1830 gebildeten Kommunalgarden in Leipzig und Dresden, obwohl sie kein Bürgerrecht besaßen.<sup>8</sup>

Erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, das war im Vergleich zu anderen deutschen Ländern sehr spät, hatte man überhaupt begonnen, die Lage der jüdischen Minorität im Königreich auf gesetzlicher Basis zu regeln. Nachdem 1837 den Juden in Dresden und Leipzig gestattet worden war, sich in Gemeinden zusammenzuschließen und für den Gottesdienst eine Synagoge zu errichten, trat 1838 das *Gesetz wegen einiger Modificationen in den bürgerlichen Verhältnissen der Juden* in Kraft, das v. a. die Lage der bereits in Sachsen ansässigen Juden regelte. Neben Dresden, dem bisher zumindest theoretisch einzig erlaubten Wohnort für Juden in Sachsen, durften sie sich von nun an auch in Leipzig – in der Praxis schon lange Realität – niederlassen. Erstmals gab es für die jüdischen Einwohner Sachsens, die eine Konzession zum bleibenden Aufenthalt besaßen oder evtl. in Zukunft erhalten sollten, die Möglichkeit, ein eingeschränktes Bürgerrecht – ausgenommen blieben die bürgerlichen Ehrenrechte – zu erwerben sowie in den sächsischen Untertanenverband aufgenommen zu werden. Darüber hinaus lokkerten sich die Einschränkungen in der Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen oder nur mit besonderer Genehmigung ausführbar blieben der Klein-, Trödel- und Schacherhandel, das Branntweimbrennen sowie das Halten von Apotheken, von Gast-, Speise- und Schankwirtschaften. Die mögliche Anzahl jüdischer Meister beschränkte sich zahlenmäßig auf den Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung. In dem bereits erwähnten Bemühen, die Anzahl der im Königreich lebenden Juden so gering wie möglich zu halten, zielte dieses Gesetzes außerdem darauf ab, die Einwanderung ausländischer Juden in Zukunft zu unterbinden bzw. lediglich bei »besonders dringende(n) Gründe(n)« zu gestatten.<sup>9</sup>

In der Folgezeit unternahmen die IRG zu Dresden und Leipzig mehrfache, jedoch vergebliche Versuche, auf dem Petitionsweg die Emanzipation der Juden zu erreichen oder doch wenigstens bestimmte Beschränkungen, wie den Ausschluß von den bürgerlichen Ehrenrechten oder die generelle Erlaubnis zum Klein- und Ausschnittshandel zu erlangen. In der Öffentlichkeit wie in den Kammern wurden die Juden bei ihren Bemühungen lediglich von Einzelpersonen, wie z. B. dem Theologieprofessor und Rektor der Leipziger Universität Wilhelm Traugott

<sup>7</sup> Zacharias Frankel (1801–1875) stammte aus Prag. Er war Rabbiner in Leitmeritz (Litomerice) und Teplitz (Teplice), bevor er 1835 auf Wunsch sowohl des reformorientierten Kreises der Dresdner Juden um Bernhard Beer als auch der sächsischen Regierung nach Dresden kam. Als sächsischer Oberrabbiner beeinflusste er maßgeblich die Konstituierung der Gemeinden von Dresden und Leipzig in religiöser Hinsicht. Ab 1854 leitete er bis zu seinem Tod das Jüdisch-Theologische Seminar in Breslau. In der Auseinandersetzung zwischen Orthodoxie und Reform im Judentum nahm er eine Mittelstellung ein. Vgl. Neues Lexikon des Judentums, hg. v. Julius H. Schoeps, München 1992, S. 151, Sp. 3; Simone Lässig, Anfänge der Emanzipation, S. 14–15.

<sup>8</sup> Vgl. StadtA Leipzig, Titel LI Nr. 8a (Kap.), Bl. 41–56b (Abschriften); Zacharias Frankel, Dr. Bernhard Beer. Ein Lebens- und Zeitbild, Breslau 1863, S. 13, 23; Klaus Kempter, Die Jellineks, S. 41–47; Lässig, Anfänge der Emanzipation, S. 13, 16; Kaim Sidor, Geschichte der Juden in Sachsen mit besonderer Rücksicht auf ihre Rechtsverhältnisse, Leipzig 1840, S. 109.

<sup>9</sup> Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen (GVO Sachsen) vom Jahre 1838, Nr. 64, S. 394–396.

Krug<sup>10</sup>, unterstützt, die jedoch immer eine Minderheit blieben.<sup>11</sup>

Im Jahre 1848 in Verbindung mit dem Ringen sächsischer Liberaler und Demokraten um bürgerliche Freiheiten erreichte die Forderung nach der Emanzipation der Juden eine neue Qualität. Sie verband sich eng mit der Frage der Gleichstellung aller Konfessionen im Königreich, die neben den Juden auch christliche Dissidentenbewegungen betrafen.<sup>12</sup> Religiöse Gleichberechtigung gehörte zu den Forderungen sowohl der liberalen wie der demokratischen Kräfte in Sachsen, wengleich die Einbeziehung der Juden nicht unbedingt intendiert war. Die nach dem Sturz des Kabinetts Könneritz eingesetzte liberale Regierung Braun griff diesen Problemkreis zwar auf, kündigte in einer letztlich nichtssagenden Erklärung jedoch lediglich die »Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und der Parität« an.<sup>13</sup>

Die rechtliche Gleichstellung der Juden war damit im Grunde nicht angesprochen, jedoch griff die öffentliche Diskussion neben anderen auch dieses Thema unmittelbar auf. Bereits am 18. März bezog die IRG zu Leipzig in einer Generalversammlung Stellung. Die Gemeindeglieder distanzieren sich von der nichtssagenden Programmatik der neuen Regierung und forderten die »Gleichberechtigung aller Konfessionen in kirchlicher und politischer Hinsicht«, also auch die individuelle Gleichberechtigung der Juden in Sachsen im staatsbürgerlichen sowie die Gleichberechtigung der jüdischen Gemeinden mit den christlichen Konfessionen im korporativen Sinn.<sup>14</sup> Darüber hinaus einigte man sich, auf ein gemeinsames Vorgehen aller Konfessionen hinzuwirken.

Ganz in diesem Sinne stand das Wirken Adolf Jellineks. Neben dem evangelischen Prediger an der Universitätskirche, Dr. Zille, gehörte er zu den Initiatoren einer Resolution im Ergebnis eines Treffens von Vertretern der beiden evangelischen, jüdischen, römisch-katholischen, deutschkatholischen und griechisch-orthodoxen Konfessionen, das Ende März in Leipzig stattfand, an das Frankfurter Vorparlament. Diese beinhaltete die Forderung nach völliger Rechtsgleichheit eines jeden religiösen Bekenntnisses sowie der Trennung von Kirche und Staat. Ebenso gehörte Adolf Jellinek einem Kirchlichen Verein für alle Religionsbekenntnisse an, der sich im April 1848 konstituierte und die geistlichen Vertreter aller Konfessionen vereinigte.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Krug war ein enger Freund des jüdischen Intellektuellen Bernhard Beer aus Dresden, einem der wichtigsten sächsischen Vertreter für innerjüdische Reform und Emanzipation der Juden. Vgl. Lässig, *Anfänge der Emanzipation*, S. 13.

<sup>11</sup> Vgl. Schäbitz, *Die Emanzipation*, S. 67–70.

<sup>12</sup> Die religiösen Dissidentenbewegungen waren u. a. direkte Vorläufer der Parteigründungen in der Revolutionszeit. Während es eine enge Verbindung der Deutschkatholiken zu den Demokraten nicht zuletzt dank des Einflusses von Robert Blum gab, engagierten sich die Liberalen stärker für die protestantischen, in Sachsen verbotenen Lichtfreunde. Vgl. Rolf Weber, *Liberalismus in Sachsen 1840 bis 1849*. In: »Laß Recht und Freiheit nicht verderben!« Zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 in Sachsen. Katalog zur Ausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig 9. November 1998 bis 11. April 1999, hg. v. Volker Rodekamp, Leipzig 1998, S. 34–35.

<sup>13</sup> Vgl. Andreas Neemann, *Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Radikalisierung. Die Revolution von 1848/49 im Königreich Sachsen*. In: »Laß Recht und Freiheit nicht verderben!«, S. 23–24; Kempfer, *Adolf Jellinek*, S. 181.

<sup>14</sup> Die Gleichstellung der jüdischen mit den christlichen Konfessionen in korporativer Hinsicht wurde erst auf der Basis der Weimarer Verfassung im Jahre 1926 in Sachsen verwirklicht, als sich der Sächsische Israelitische Gemeindeverband, als Körperschaft des öffentlichen Rechts etablierte. Bis dahin waren auf Grund eines 1904 erlassenen Gesetzes, das einen Landesverband nicht vorsah, die einzelnen IRG Körperschaften des öffentlichen Rechts.

<sup>15</sup> Vgl. Kempfer, *Adolf Jellinek*, S. 181–182, 185.

Bernhard Hirschel, Mitglied der Dresdner IRG und als Demokrat aktives Mitglied im Dresdner Vaterlandsverein, äußerte sich im Dresdner Morgenblatt zu dem Programm der neuen Regierung, das Problem der Emanzipation der Juden eingeschlossen. Alles in allem war seine Stellungnahme wohlwollend, jedoch nicht unkritisch. Für Hirschel war die Gleichberechtigung der Juden ein Problem unter vielen, das es zu lösen galt. Sein Engagement richtete sich auf die Gesamtheit der demokratischen Forderungen. Bezüglich der Situation der Juden hoffte er angesichts antijüdischer Ressentiments auch unter den liberalen und demokratischen Kräften, daß »das Ministerium den Muth haben (werde), auch den sächsischen Israeliten ihr gutes Recht zu gewähren«. Er forderte, wie auch die Leipziger IRG, die völlige Gleichstellung aller Religionsparteien in kirchlicher, politischer und bürgerlicher Hinsicht.<sup>16</sup> Mit bitterem Beigeschmack schaute Zacharias Frankel auf die Situation bezüglich der Juden nach dem Regierungswechsel im März 1848. Er beklagte später in Erinnerung an die Situation in Dresden, daß mit dem Wechsel von der Regierung Könneritz zum Ministerium Braun auf Grund der bei Demokraten zu konstatierenden antijüdischen Stimmung, die bis in die neue Regierung reichte, und auch mit Rücksicht auf die Volksmeinung die Emanzipation der Juden nicht direkt angesprochen, geschweige denn in Angriff genommen worden war.<sup>17</sup>

Der Gedanke an die rechtliche Gleichstellung der Juden hatte in der öffentlichen Meinung noch nicht Fuß gefaßt, wie auch der bis dahin sehr zögerliche Verlauf der Emanzipation auf gesetzgeberischer Ebene zeigte. Ein in Dresden erschienener Aufruf, der »Die israelit[ischen] Bürger und Einwohner Sachsens« unterschrieben war, wandte sich direkt an die sächsische Bevölkerung mit dem Anliegen, eine »Bitte an S[ein]e Majestät den König, um Vorlage eines Gesetzentwurfes an die Ständeversammlung, betreffend die völlige Gleichstellung der Bekenner aller Confessionen« zu unterzeichnen und so auch die Gleichstellung der Juden voranzutreiben. Dieser Aufruf fand nach den Erinnerungen von Zacharias Frankel jedoch keinen bedeutenden Anklang.<sup>18</sup>

Das für und wider einer Emanzipation der Juden spielte selbstverständlich auch auf nichtjüdischer Seite eine Rolle in der öffentlichen Diskussion. In einer Replik gegen einen antijüdischen Artikel im »Volksfreund«, äußerte sich die bekannte Frauenrechtlerin und Schriftstellerin Louise Otto-Peters »Zur Judenfrage«. Ihr Beitrag ist geprägt von humanistischen Idealen und gipfelt in der eindeutigen und kompromißlosen, für die Verhältnisse in Sachsen durchaus nicht selbstverständlichen Forderung nach der Emanzipation der Juden ohne Vorbedingungen, aber als Bedingung dafür, daß sie sich in die Gesellschaft integrieren und zu deren Nutzen beitragen können.<sup>19</sup>

Es währte jedoch bis zum 2. März 1849, als unter der Ägide der Regierung Held mit der Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes in Sachsen und der am 20. April erlassenen Ausführungsverordnung<sup>20</sup> auch die individuelle rechtliche Gleichstellung der Juden in

<sup>16</sup> Bernhard Hirschel, Das Ministerium Braun, Teil II. In: Dresdner Morgenblatt für Unterhaltung und Belehrung, Nr. 87 (27. März 1848), S. 359–360.

<sup>17</sup> Vgl. Frankel, Dr. Bernhard Beer, S. 183–184.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 182–183. Der Aufruf ist in Auszügen dort abgedruckt.

<sup>19</sup> Louise Otto-Peters, Zur Judenfrage. Ein Wort zur Versöhnung. In: Der Volksfreund. Sächsische Blätter für alle Interessen des Volkes, 1 (1848), Nr. 8 (24. Mai), S. 59–60. Für den Hinweis auf diesen Artikel danke ich Frau Johanna Ludwig.

<sup>20</sup> In der Ausführungsverordnung heißt es u. a.: »Durch § 16 der Grundrechte etc. ist die völlige Gleichstellung der Sächsischen Juden mit den Christen hinsichtlich des Genusses bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte ausgesprochen und alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. Zugleich treten aber auch die inländischen Juden in alle staatsbürgerliche Pflichten ein und dürfen sich der Erfüllung keiner

Sachsen – letztlich durch äußere Umstände und nicht ausgehend von der sächsischen Regierung<sup>21</sup> – erfolgte.

Diese rechtliche Seite der Emanzipation der Juden geriet jedoch bald wieder in Gefahr. Nach der Niederlage der demokratischen Bewegung in Sachsen wurde 1851 per Gesetz auch die Verordnung zur Publikation der Grundrechte wieder aufgehoben. Dem vorausgegangen waren heftige Debatten insbesondere in der I. aber auch der II. Kammer über die Rücknahme der Emanzipation der Juden. In der II. Kammer traten vor allem altbekannte Argumente betreffs des Schutzes der christlichen Handels- und Gewerbetreibenden, also der ökonomischen Konkurrenz zutage. In der I. Kammer hingegen stand die Diskussion neben der Frage der religiösen Unterschiede u. a. im Zeichen von aufkeimendem Nationalismus. Die Juden wurden als »fremder Volksstamm mit fremdem Charakter« dargestellt. In beiden Kammern konnten jedoch die Vorschläge zur Rücknahme der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichstellung der Juden keine Mehrheit finden, so daß letztlich die Regierungsvorlage zum Gesetz erhoben wurde, die zwar die Emanzipation der Juden nicht verfassungsmäßig fest-schrieb – das erfolgte erst im Dezember des Jahres 1868 nach dem Beitritt Sachsens zum Norddeutschen Bund –, aber doch für die inländischen Juden die einmal gewonnenen Rechte als Staatsbürger nicht zurücknahm.<sup>22</sup>

Die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/49 waren für die sächsischen Juden hinsichtlich ihrer rechtlichen Situation durchaus von Erfolg gekrönt. Ihre Gleichstellung, zwar nicht als Konfession, jedoch als Individuen, konnte durchgesetzt und beibehalten werden. Was die Niederlassung ausländischer Juden in Sachsen betraf, kehrte man zu der Praxis aus dem Jahr 1838 zurück. Die Einwanderung ausländischer Juden sollte weiterhin unterbunden werden. Das gelang aber mit fortschreitender Zeit immer weniger.

Ging es bisher um die damals sehr wesentliche Frage der rechtlichen Seite der jüdischen Emanzipation, möchte ich im folgenden das Engagement sächsischen Juden in der Revolution, das bisher nur angeklungen ist, näher beleuchten.

Wie sich die Gemeinden in Leipzig und Dresden zu den revolutionären Ereignissen über die Generalversammlung der Leipziger IRG hinaus stellten, ist nach dem gegenwärtigen Forschungsstand nicht genauer bekannt. Zweifellos dürften sie jedoch die Liberalisierung des öffentlichen Lebens und im Zusammenhang damit ihre Gleichstellung zumindest verbal begrüßt und gefördert haben. Gerade die Dresdner Gemeinde hatte im Vormärz wiederholt versucht, durch Eingaben die Verbesserung der Situation der Juden zu erreichen.

Bekannt sind einige Namen, die sich meist auf demokratischer Seite in der Öffentlichkeit positionierten bzw. aktiv wirkten. Neben den bereits mehrfach erwähnten *Bernhard Hirschel* und *Adolf Jellinek* wären *Julius Fürst* und *Isidor Kaim*<sup>23</sup> zu nennen. Letzterer sprach sich im

derselben aufgrund ihres Glaubens entziehen.« Verordnung, die Ausführung einiger Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volks betreffend vom 20. April 1849. In: GVO Sachsen 1849, Nr. 36, S. 66.

<sup>21</sup> Der Vollständigkeit halber muß hinzugefügt werden, daß das sächsische Innenministerium inzwischen auch einen Gesetzentwurf erstellt hatte. Vgl. Schäbitz, Die Emanzipation, S. 88.

<sup>22</sup> Vgl. ebenda, S. 88–92.

<sup>23</sup> Isidor Kaim (auch Kaim Sidori) war eines von sieben Kindern des vermögenden Juweliers Kaim Samuel aus Dresden. Er studierte Jura und wurde als erster Jude zum Vorbereitungsdienst am Leipziger Stadtgericht zugelassen. Das Gericht hielt die Zulassung für unbedenklich, da das mehrfach erwähnte Gesetz aus dem Jahre 1838 Juden den Staatsdienst nicht verbiete. Isidor Kaim trat bereits mit der in Anm. 8 genannten Geschichte der Juden in Sachsen hervor, die im letzten Kapitel Fragen der Emanzipation der Juden in Sachsen besonders betrachtete. Vgl. SächsHStA Dresden, MdI Nr. 826c, Bl. 121b–122a; Isidor Kaim, Ein

Nachklang der Revolution bezugnehmend auf die »Maiangeklagten«<sup>24</sup> für die vollständige Reform des Strafrechts aus, die zu den demokratischen Forderungen der Revolution gehört hatte. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Generalversammlung sächsischer Vaterlandsvereine im September 1848 wird ein Herr *Kohner* aus Leipzig genannt, der sich auf dieser Versammlung strikt gegen den Entwurf des Wahlgesetzes, den er in der Form für prinzipienlos hielt, aussprach.<sup>25</sup> Kohner ist möglicherweise identisch mit dem späteren Vorsteher der IRG Leipzig *Moritz Kohner*.<sup>26</sup>

Zu den Unterzeichnern des Programms des am 6. April in Leipzig gegründeten liberalen Deutschen Vereins gehörte der Kaufmann »Alb. Leppoc«<sup>27</sup>, wahrscheinlich *Albert Leppoc*. Jener gehörte zu den Mitbegründern der Leipziger IRG, war jedoch bereits im Januar 1847 zum christlichen Glauben konvertiert.<sup>28</sup>

Nicht zuletzt wäre der aus Lissa in Posen stammende Schriftsetzer *Stephan Born* (ursprünglicher Name Simon Buttermilch) zu nennen, der sich nur während der unmittelbaren Revolutionszeit in Sachsen aufhielt. Während der Revolution machte er sich um die Gründung der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung verdient, hatte Kontakte zu Robert Blum und Friedrich Engels. Als verantwortlicher Redakteur der Verbandszeitung »Die Verbrüderung. Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter« übersiedelte er in der Revolutionszeit nach Leipzig, von wo aus er eine rege Tätigkeit entfaltete. In den Tagen des Dresdner Maiaufstandes kommandierte er eine Barrikade gegen sächsisches und preußisches Militär. Nach der Niederlage der Kämpfe gelang ihm die Flucht über Freiberg nach Böhmen. Er war Teilnehmer an der Badischen Reichsverfassungskampagne und emigrierte nach der Niederlage der Revolution in die Schweiz. Dort sagte er sich völlig von der proletarischen Bewegung los und verließ mit der Taufe anlässlich seiner Eheschließung auch offiziell die jüdische Glaubensgemeinschaft, die ihm ohnehin nie etwas bedeutet hatte.<sup>29</sup>

*Adolf*, ursprünglich *Aron Jellineks* Initiative während der Revolution galt vornehmlich dem Interesse der rechtlichen Gleichstellung der Juden in Sachsen wie auch seiner österreichischen Heimat. Er stammte aus einem kleinen Ort unweit des mährischen Ungarisch-Brod

Jahrhundert der Judenemancipation und deren christliche Verteidiger. Ein Rückblick auf Literatur und Geschichte, Leipzig 1869, S. 46–47.

<sup>24</sup> Personen, die im Zusammenhang mit den Kämpfen Anfang Mai 1849 in Dresden inhaftiert und unter Anklage gestellt wurden.

<sup>25</sup> Vgl. Deutscher Volksfreund, Nr. 70 (12. September 1848), S. 291–292.

<sup>26</sup> Moritz Kohner (1818–1877) stammte aus Neumarkt/Böhmen. Er lebte seit 1845 in Leipzig und erhielt 1858 nach mehrmaligen Anträgen das Bürgerrecht. Von Beruf Kaufmann war er seit 1856 Mitinhaber der gut gehenden Firma Samson D. Fleischl – Kommissionshandel mit Wolle und ungarischen Produkten. Von 1868–1877 stand er der IRG zu Leipzig vor. In den Jahren 1860–1863 sowie 1868–1873 war er Stadtverordneter und von 1874–1877 als erster Jude überhaupt Stadtrat in Leipzig. Kohner war 1869 Mitbegründer des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes und bis zu seinem Tode dessen Präsident. Vgl. SächsHStA Dresden, Mdl Nr. 913d, Bl. 225ff.; StadtA Leipzig, Titel LI Nr. 185 (Kap.); Materialien zur Ausstellung »150 Jahre Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig«, Leipzig 1997.

<sup>27</sup> Vgl. Programm des Deutschen Vereins, abgedruckt in: »Laß Recht und Freiheit nicht verderben!«, S. 124.

<sup>28</sup> Albert Leppoc wurde 1806 in Braunschweig geboren und lebte seit 1841 in Leipzig. Er war Mitinhaber der Fa. Heinrich Steegmann zu Leipzig und Hamburg, eines Tüll- und Spitzengeschäftes. Nach seiner Konversion erhielt er nicht nur das Bürgerrecht und wurde in die Kramerinnung aufgenommen, sondern auch 1849 zum Stadtverordneten gewählt. Vgl. StadtA Leipzig, Titel LI Nr. 101, J. Reinhold, Zwischen Aufbruch und Beharrung, S. 22.

<sup>29</sup> Vgl. Walter Grab, Staphan Born. Organisator der deutschen Arbeiterschaft in der Revolution von 1848. In: Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, hg. v. Ludger Heid und Arnold Paucker, Tübingen 1992, S. 19–34.

und durchlief eine Rabbinerausbildung. 1843 kam er nach Leipzig und bezog, nachdem er am Thomasymnasium sein Abitur abgelegt hatte, als ordentlicher Student die Leipziger Universität. Er hörte Vorlesungen bei Julius Fürst, Heinrich Leberecht Fleischer und Christian Hermann Weiße in Philosophie, Philologie und Orientalistik. Bereits 1843 begann er bei der von Julius Fürst herausgegebenen jüdischen Literaturzeitschrift »Der Orient« mitzuarbeiten. Von 1844–1846 war er verantwortlicher Redakteur des »Sabbath-Blattes für Belehrung, Unterhaltung und Kenntnis jüdischer Zustände«, ab 1845 Prediger der sich formierenden IRG zu Leipzig.

Adolf Jellinek begrüßte den Sturz des alten Regimes. Außer den bereits genannten Aktivitäten schrieb er für den Orient eine längere Artikelserie über die Juden in seiner Heimat Österreich, deren Situation er wesentlich schlechter beurteilte als die der sächsischen. Jellinek trat vehement für die Integration der Juden in die christliche Mehrheitsgesellschaft und ihre Akkulturation an die deutsche Kultur, auch in allen damals zur KuK-Monarchie gehörenden Ländern, ein. Sein Bekenntnis zum Deutschtum ging im übrigen so weit, daß er den Sieg der gegenrevolutionären Truppen unter Windischgrätz in Prag begrüßte in der Annahme, diese würden die Freiheit der Deutschen gegen eine panslawische Unterdrückung verteidigen.

In seinen Predigten bezog er sich auf die revolutionären Ereignisse und feierte den Akt der individuellen rechtlichen Gleichstellung der Juden in Sachsen. Zum Gedenken an die Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes wollte er einen religiösen Feiertag einrichten und im April 1849 predigte er zu Pessach: » ... die freigewordenen Kammerknechte des alten deutschen Reiches« können nun ausrufen: »Ein solches Passah wurde in den Gauen unseres geliebten deutschen Vaterlandes noch nie gefeiert. »Denn heute habe ich die Schmach Egyptens von Euch abgewälzt ...« spricht der Herr.« Seine Predigt beendete er mit einem Gebet für das »heißgeliebte Deutschland« und den sächsischen König Friedrich August, »unter dessen Regierung Israel einzog in das gelobte Land der Freiheit.«<sup>30</sup>

Adolf Jellinek wirkte auch außerhalb des Rahmens der IRG und interkonfessioneller Vereinigungen bzw. Zusammenkünften von Geistlichen. Belegt ist sein Auftreten im Vaterlandsverein im Nachklang der Revolution. Auch hier behielt er jedoch den Themenkreis Kirche und Schule bei.<sup>31</sup>

Grundkonstanten seines Denkens waren Liberalismus, Deutschtum, Akkulturation der Juden, gemäßigte innerjüdische Reformen und gegenseitige Verständigung bzw. aufklärerische Tätigkeit zum Abbau von Vorurteilen. Sein Wirken während der Revolution konzentrierte sich auf die verbale Unterstützung des Ziels der Gleichheit der Konfessionen. Darüber hinaus scheint er sich nicht geäußert zu haben. Die Niederlage der Revolution hinterließ bei Adolf Jellinek Niedergeschlagenheit.

Das Letztere trifft auch auf *Bernhard Hirschel* zu. Er wurde als erstes von sieben Kindern des unvermögenden jüdischen Händlers Abraham Hirschel und dessen Frau Bella 1815 in Dresden geboren. Ab 1825 besuchte er die damals noch wenig von jüdischen Kindern frequentierte Kreuzschule. Nach erfolgreichem Abitur konnte er aus finanziellen Gründen vorerst nicht die Universität besuchen, sondern begann seine Studien an der Chirurgisch-medizinischen Akademie in Dresden. Nachdem er mit Hilfe des Mendelssohnvereins und privater Spenden über das nötige Geld verfügte, studierte er an der Leipziger Universität Medizin und wurde 1838 promoviert. Anschließend ließ er sich als praktischer Arzt in Dres-

<sup>30</sup> Vgl. Kempter, Adolf Jellinek, S. 179–189.

<sup>31</sup> Vgl. Berichte über Versammlungen des Vaterlandsvereins in Leipzig. In: *Dresdner Zeitung für sächsische und allgemeine Zustände*, Nr. 132 (9. Juni 1849), S. 840; Nr. 143 (22. Juni 1849), S. 886.

den nieder. Am 16. Oktober 1844 ehelichte er Cäcilie Levi<sup>32</sup> aus Dresden. Aus dieser Ehe gingen mindestens zwei Kinder – Hedwig und Willi – hervor.<sup>33</sup>

Schon im Vormärz widmete Hirschel sich den politischen Ereignissen der Zeit. Zeugnis davon legt die 1846 in Mannheim verlegte Analyse der verschiedenen politischen Gruppierungen im sächsischen Landtag<sup>34</sup>, die aufgrund der Pressezensur nicht in Sachsen erscheinen konnte. Während der Revolution engagierte sich Hirschel, wie bereits erwähnt, im Dresdner Vaterlandsverein. Im Gegensatz zu Adolf Jellinek äußerte er sich öffentlich zu allen politischen Themen der Zeit – sei es die Frage der Schwurgerichte, das Wahlgesetz, die Staatsform, die nationale Frage, die Gleichstellung der Konfessionen bzw. ihrer Bekenner in jeglicher Hinsicht ... – die Emanzipation der Juden in die gesamte Demokratisierung der Gesellschaft einordnend. Bernhard Hirschel gehörte zu den 17 Dresdner Abgeordneten zur Hauptversammlung der Vaterlandvereine im Juli 1848 und war Mitglied des Ausschusses des Dresdner Vaterlandsvereins.<sup>35</sup> Bei den Landtagswahlen im Dezember 1848 unterlag er knapp seinem Gegenkandidaten.<sup>36</sup> Ab 1849 wirkte er als erster jüdischer Stadtverordneter Sachsens in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung mit.<sup>37</sup>

Im Juni 1848 war er zu einem der fünf Vorsteher der IRG Dresden gewählt worden. Die Gemeinde befand sich in einem inneren Strukturierungsprozeß, u. a. stand die Ausarbeitung gültiger Statuten an. Vorstand und Ausschuß der Gemeinde lagen im Widerstreit. Mehrfach wurden Wahlämter niedergelegt oder abgelehnt. Die revolutionären Ereignisse verbreiteten zudem Unruhe unter den Gemeindemitgliedern.<sup>38</sup>

In welcher Form Bernhard Hirschel an dem Maiaufstand in Dresden beteiligt war, ist nicht bekannt. Am 9. Mai des Jahre 1849 wurde er wegen seines Engagements auf seiten der Revolutionäre verhaftet. Erst Ende Juli kam er gegen Kautionsleistung frei. Den Niederschriften in seinem »Tagebuch eines Gefangenen« nach zu urteilen, wirkten die langandauernde Haft und Untersuchung auf den außerdem kranken Hirschel äußerst deprimierend. Mehrfach äußerte er Gedanken an den Rückzug aus öffentlicher politischer Betätigung: »Ich sehe ... , dass ich keine politische Größe bin, kein grosser Charakter überhaupt und dass es für mich nichts taugt, den öffentlichen Charakter zu spielen, da ich in den entscheidenden Momenten nicht

<sup>32</sup> Vgl. CAHJP, G 5 Nr. 976. Cäcilie, die in der Liste der Dresdner Juden aus dem Jahr 1835 noch unter dem Namen Zierel geführt wird, ist eines von vier Kindern des Ehepaares Judith und Wolf Simon Levy. Letzterer zählte zu den vermögenden jüdischen Händlern Dresdens. Vgl. SächsHStA Dresden, Mdl Nr. 826c, Bl. 143b–144a.

<sup>33</sup> Vgl. LBI NY, Archives, Bernhard Hirschel, Meine Lebensgeschichte 1815–1835 (Dresden 1860); ebenda, Tagebuch eines Gefangenen, S. 21.; H. Goullon, Nekrolog zum Andenken an den Sanitätsrath Dr. Bernhard Hirschel. In: Allgemeine Homöopathische Zeitung, 88 (1874), Nr. 7 (9. Februar), S. 49–51, hier S. 49.

<sup>34</sup> Anonym [B. Hirschel], Sachsens Regierung, Stände und Volk, Mannheim 1846.

<sup>35</sup> Vgl. Deutscher Volksfreund, Nr. 38 (29. Juni 1848), S. 150–151; Nr. 43 (11. Juli 1848), S. 177; Nr. 45 (15. Juli 1848), S. 183–187; Nr. 51 (29. Juli 1848), S. 216–217; Nr. 54 (5. August 1848), S. 227–229; Nr. 70 (12. September 1848), S. 291–295; Nr. 76 (26. September 1848), S. 319.

<sup>36</sup> Bernhard Hirschel, Sachsens jüngste Vergangenheit. Ein Beitrag zur Beurtheilung der Gegenwart, Freiberg 1849, S. 50–51.

<sup>37</sup> Vgl. Ines Werner, Politisierung und kommunale Partizipation des Dresdner Gemeindebürgertums im Reformfeld der Allgemeinen Städteordnung für das Königreich Sachsen. Eine Untersuchung zu Intention und parlamentarischem Wirken der Communepräsentanten/Stadtverordneten 1830–1848, Diss. Chemnitz 1999. Erst 1853 wurde mit Jacob Nachod der erste Jude in die Leipziger Stadtverordnetenversammlung gewählt. Vgl. Reinhold, Die Entstehung, S. 126.

<sup>38</sup> Vgl. Emil Lehmann, Aus alten Acten. Bilder aus der Entstehungsgeschichte der IRG zu Dresden, Dresden 1886, S. 73–74; Frankel, Dr. Bernhard Beer, S. 185–186.

das Zeug dazu habe. Deshalb werde ich mich nicht von meiner Überzeugung trennen, aber werde still im Verborgenen lieber ein bescheidenes Glück genießen wollen ... Ich habe die Hoffnung, dass, wenn ich ausschliesslich mich der Praxis widmen werde, als bisher, es noch besser sein wird. Das Vorsteheramt der jüd[ischen] Gemeinde werde ich bestimmt abgeben und kein politisches Ehrenamt wieder annehmen ... Ach, wie lieb ist mir jetzt der Beruf, der mich zuweilen so beengt.«<sup>39</sup>

Aus der Haft entlassen, scheint er diese Gedanken verwirklicht zu haben. Am 2. August 1849 legte er sein Vorsteheramt bei der IRG wegen der Untersuchungen zu den Kämpfen im Mai nieder. Nach mehrfachen Auseinandersetzungen verblieb er bis zur Fertigstellung eines Statuts im Dezember 1852 im Amt. Bei den auf Grundlage des Statuts im Juni 1853 durchgeführten Wahlen taucht sein Name nicht wieder auf. In dem Nekrolog seines Arztkollegen in der Homöopathischen Zeitung erwähnt keine Silbe mehr den Revolutionär oder Politiker Bernhard Hirschel. Einzig seine medizinischen Leistungen als Homöopath erfahren eine Würdigung.<sup>40</sup>

Julius Fürst wurde 1805 in Zerkow in der damals preußischen Provinz Posen geboren. Seinen ursprünglichen Plan, Rabbiner zu werden, gab er auf und ließ sich 1833 in Leipzig, wo er bis zu seinem Tod 1873 lebte, als Privatgelehrter nieder. Ab 1840 arbeitete er als erster jüdischer Lehrer an der Leipziger Universität. An eine ordentliche Professur, die er erst nach 27 Jahren Lehrtätigkeit erhielt, war für ihn als Juden anfangs nicht zu denken. Er galt als bedeutender Sprachwissenschaftler des Aramäischen und Hebräischen sowie Beförderer der Wissenschaft des Judentums, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts als eigene Disziplin entstand. Besonderes Verdienst erwarb er sich durch die Herausgabe der Wochenschrift »Der Orient«, in der die Probleme der Revolution und Emanzipation der Juden breiten Raum fanden. Als einziger Jude Sachsens auf überregionaler Ebene überhaupt war Fürst im Frankfurter Vorparlament vertreten. Über sein Wirken dort ist bisher nichts bekannt.<sup>41</sup>

Wie auch in anderen deutschen Ländern engagierten sich während der Revolution die Juden in Sachsen im Kampf für ihre rechtliche Gleichstellung. Sie waren vornehmlich im liberalen und demokratischen Spektrum zu finden. Die Breite ihres Engagements war durchaus verschieden. Sie konnte sich, wie bei Jellinek, auf die Gleichstellung aller Konfessionen oder, wie bei Hirschel, auf eine breite Demokratisierung der Gesellschaft insgesamt richten. Die Niederlage der Revolution desillusionierte die jüdischen Protagonisten, wengleich die Ergebnisse der Emanzipation für die sächsischen Juden nicht zurückgenommen wurden. Gleich ist allen hier Genannten das Eintreten für eine Akkulturation an die deutsche Mehrheitsgesellschaft, wobei das »Jude sein« von den hier vorgestellten sächsischen Protagonisten, anders als bei Stephan Born, nicht aufgegeben wurde.

Wenig bekannt ist über die Diskussionen innerhalb der jüdischen Gemeinden, wie sie sich als Ganzes zur Revolution verhielten. Offen bleiben muß auch die Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß der Beteiligung von Juden an der Revolution in Sachsen. Hier bietet sich Raum für zukünftige Untersuchungen.

<sup>39</sup> Vgl. LBI NY, Archives, Bernhard Hirschel, Tagebuch eines Gefangenen, Zitate S. 11, 13; Dresdner Zeitung für sächsische und allgemeine deutsche Zustände, Nr. 117 (23. Mai 1849), S. 782; Nr. 174 (28. Juli 1849), S. 1016.

<sup>40</sup> Vgl. Lehmann, Aus alten Acten, S. 74–75; Goullon, Nekrolog.

<sup>41</sup> Vgl. Gustav Cohn, Förderung jüdischer Wissenschaft durch jüdische Gelehrte in Leipzig. In: Jüdisches Jahrbuch für Sachsen und Adreßbuch der Gemeindebehörden, Organisationen und Vereine 1931/32, Ausgabe Leipzig, Berlin 1931 [Reprint Berlin 1994], S. 16–19; Reinhard Rürup, The Revolution of 1848 and Jewish Emancipation. In: Revolution and Evolution, S. 25.

François Melis

Die Berichterstattung über den Dresdner Barrikadenkampf im Mai 1849 durch die »Neue Rheinische Zeitung«

Am 18. Mai 1849 gegen 14 Uhr ging die »Abschiedsnummer« der »Neuen Rheinischen Zeitung« für den folgenden Tag unter die Presse. Der preußischen Regierung war es nunmehr gelungen, durch eine »Polizeifinte« das weit über Deutschland hinaus angesehene »Organ der Demokratie« zu unterdrücken, ohne es offiziell verbieten zu müssen.<sup>1</sup> Ein Augenzeuge berichtete: »[...] keine ihrer Nummern hat das Aufsehen erregt, wie gerade die letzte, welche von A bis Z roth gedruckt war. Der Andrang zur Redaction war wahrlich großartig, gegen 20.000 Exemplare mögen abgesetzt sein, von denen einige jetzt schon um einen Thaler erstanden wurden. Man treibt mit der Ausgabe vom 19. Mai wahre Abgötterei, hin und wieder hört man, daß sie in kostbare Rahmen gefaßt wurde.«<sup>2</sup>

In den Nachmittags- oder Abendstunden platzte in die Redaktion eine Meldung, die höchstwahrscheinlich Marx als Chefredakteur veranlaßte, sie zusätzlich unter der Rubrik »Neueste Nachrichten« einzurücken: »\* Köln, 18. Mai. Beim Schlusse unseres Blattes empfangen wir die Nachricht, daß Christoph Bürgers, der Bruder unseres Mitredakteurs, früher Buchbinder, zuletzt Redakteur der hallischen demokratischen Zeitung und von der preußischen Standrechtsjustiz zu vier Jahren Festung verurtheilt, in dem Heldenkampfe zu Dresden gefallen ist. Er war mit einem Corps Freischärler hingezogen und wurde als Commandeur einer Barrikade ein Opfer der preußischen Kugeln. Er war einer der tapfersten Kämpfer.«<sup>3</sup>

Schlaglichtartig führte die Redaktion in ihrer letzten Stunde noch einmal die Tragik der deutschen Revolution vor Augen, die Friedrich Engels wenige Monate später in seiner Arbeit »Die deutsche Reichsverfassungskampagne« zusammenfaßte: »... denjenigen, die es ernst meinten mit der Bewegung, war es nicht ernst mit der Reichsverfassung, und denen es ernst war mit der Reichsverfassung, war es nicht ernst mit der Bewegung.«<sup>4</sup>

Die von der Frankfurter Nationalversammlung am 27. März 1849 beschlossene erste bürgerliche Verfassung Deutschlands wurde von den radikalen Demokraten u.a. wegen des in ihr verankerten Erbkaisertums und der Beibehaltung der Einzelstaatlichkeit abgelehnt. Als jedoch in Preußen, Sachsen, Hannover und Bayern die Kammern aufgelöst bzw. vertagt wurden, weil sie sich in ihrer Mehrheit für die Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen hatten, begriffen die Demokraten diese Entscheidungen als Kampfansage der wieder

<sup>1</sup> So Marx in seinem Artikel [Die standrechtliche Beseitigung der »Neuen Rheinischen Zeitung«] der Nr. 301 vom 19. Mai 1849, S. 1, Sp. 2. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 6, Berlin 1975, S. 503. Auch die »Karlsruher Zeitung« vom 22. Mai 1849, die zeitweise als Organ des Badischen Landesauschusses herauskam, bezeichnete die Ausweisung von Marx als eine »abgedroschene Polizeifinte«. Karlsruher Zeitung, Nr. 7, 22. 5. 1849, S. 3, Sp. 2.

<sup>2</sup> Jürgen Herres: Köln 1848–1850 in Augenzeugenberichten. Die Korrespondenz des Lehrers Alexander Günther in der Hamburger Modezeitung »Jahreszeiten«. In: Geschichte in Köln. H. 44, Köln 1998, S. 117.

<sup>3</sup> Neue Rheinische Zeitung (NRhZ), Nr. 301, 19. 5. 1849, Beilage, S. 1, Sp. 3 (2. Andruck). Die Redaktion schrieb fälschlich Christoph statt Christian Bürgers. Über die verschiedenen Druckvarianten sowie die Zweite und Dritte Auflage der Nummer 301 vom 19. Mai 1849 siehe François Melis: Neues zur roten »Abschiedsnummer« der »Neuen Rheinischen Zeitung«: verschollen geglaubte bzw. unbekannte Originale aufgefunden. In: MEGA-Studien 1994/2, 1995, S. 68–75.

<sup>4</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA<sup>2</sup>), Erste Abteilung: Werke, Artikel, Entwürfe, Bd. 10. Juni 1849 bis Dezember 1850, Berlin 1984, S. 117; MEW, Bd. 7, S. 196.

erstarkten feudalen Reaktion.<sup>5</sup> Stephan Born begründete in dem Artikel »Worauf wartet Ihr noch?« vom 4. Mai den Sinneswandel: »So lange es sich nur um die Reichsverfassung handelte, erwarteten wir vom deutschen Volke keine Erhebung, denn es giebt nichts Widersinnigeres, als eine Revolution für den Erbkaiser machen zu wollen, einen König zwingen zu wollen, daß er eine Krone annehme. Jetzt ist die Frage eine andere: steht es den Fürsten zu, mit den Vertretern des Volkes zu spielen und sie endlich auseinander zu jagen, sobald es ihnen beliebt? [...] Indem wir die Frankfurter Versammlung unterstützen, wollen wir nicht zugleich den Erbkaiser, wir unterstützen die Volkssouveränität und nichts Anderes.«<sup>6</sup>

Aber auch Vertreter der liberalen Bourgeoisie bekundeten ihre Unzufriedenheit über die Ablehnung der Krone sowie der Reichsverfassung durch Friedrich IV., doch aus anderen Motiven wie die Demokraten. Ihnen kam es darauf an, wie Karl Theodor Welcker, einer der Führer des süddeutschen Liberalismus zum Ausdruck brachte, mit dem Verfassungswerk die Revolution abzuschließen. Mit der ablehnenden Haltung des preußischen König sah Welcker eine erneute Revolution, »größer, furchtbarer und schwerer als die des Jahres 1848« heraufziehen.<sup>7</sup> Aber die Paulskirche, mehrheitlich im Legalitätsdenken eingeschworen, konnte sich am 4. Mai 1849 nur zu dem Beschluß durchringen, die Regierungen, die gesetzgebenden Körperschaften, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesamte deutsche Volk aufzufordern, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März zur Anerkennung und Geltung zu bringen.<sup>8</sup> Es waren dann überwiegend die radikalen Demokraten, die mit der Waffe in der Hand für die Reichsverfassung stritten und, wie Christian Bürgers, sogar ihr Leben dafür gaben.

Über Christian Bürgers wissen wir leider nicht viel. In Köln geboren, erlernte er den Beruf des Buchbinders<sup>9</sup>, wie sein Vater.<sup>10</sup> Er besaß zwei Brüder: Wilhelm Bürgers, der als Lehrer tätig war<sup>11</sup>, und den bereits in der Meldung ausgewiesenen Johann Heinrich Bürgers, Redakteur der »Neuen Rheinischen Zeitung«.<sup>12</sup> Christian Bürgers, der sich vermutlich im Ok-

<sup>5</sup> Als Überblick über die Reichsverfassungskampagne Wolfram Siemann: Die deutsche Revolution von 1848/49. = Neue Historische Bibliothek, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, edition suhrkamp 1266, Neue Folge, Band 266, Frankfurt am Main 1985, S. 204 ff.

<sup>6</sup> [Stephan] B[orn]: Worauf wartet ihr noch? In: Die Verbrüderung Nr. 62, (Leipzig) 4.5.1849, S. 1, Sp. 1; Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber, Leipzig 1975, S. 247.

<sup>7</sup> Reden für die deutsche Nation 1848/49. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hrsg. von Franz Wigard. Neu vorgelegt und mit einer Einleitung versehen von Christoph Stoll, Bd. 9, München 1980, S. 6256.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 6735 ff.

<sup>9</sup> So in dem Nachruf für Christian Bürgers in der NRhZ Nr. 301, 19. 5. 1849, Beilage, S. 1, Sp. 3, »Neueste Nachrichten«.

<sup>10</sup> So in: Die Communisten – Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. Im amtlichen Auftrage zur Benutzung der Polizei-Behörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten auf Grund der betreffenden gerichtlichen und polizeilichen Acten dargestellt von Dr. jur. Wermuth und Dr. jur. Stieber, Berlin 1853. Reprografischer Nachdruck der Ausgabe Berlin. Zwei Teile in einem Band, Hildesheim 1969, Zweiter Teil, S. 35.

<sup>11</sup> Christian Bürgers an die Redaktion der »Neuen Rheinischen Zeitung« in Köln, Halle an der Saale, 21. November 1848. In: MEGA<sup>2</sup>, III/2, S. 511.

<sup>12</sup> Herbert Peters hat in seinem Beitrag »Die Wirkung der 'Neuen Rheinischen Zeitung' auf die demokratische Presse der preußischen Provinz Sachsen« die verwandtschaftliche Beziehung zwischen Christian und Heinrich Bürgers angedeutet, ohne jedoch einen schlüssigen Beweis zu haben. Herbert Peters: Die Wirkung der »Neuen Rheinischen Zeitung« auf die demokratische Presse der preußischen Provinz Sachsen. In: Marx-Engels-Jahrbuch 7, Berlin 1984, S. 129. Dieser konnte nunmehr durch das Auffinden des 2. Andrucks der Nummer 301 der NRhZ mit der zitierten Meldung erbracht werden.

tober 1848 in Halle niederließ und in der Barfüßerstraße Nr. 88b sein Domizil aufschlug, fertigte für seinen Lebensunterhalt Leder- und Galanteriearbeiten an.<sup>13</sup>

Öffentlich bekannt wurde Bürgers durch seine radikaldemokratische Position und durch sein Wirken in Halle und Leipzig. Als der Gerant (Geschäftsführer) der »Halleschen demokratischen Zeitung« und einer der leitenden Köpfe des Halleschen Kreis Ausschusses der Demokraten, Gustav Rawald<sup>14</sup>, am 21. November 1848 nach der Niederschlagung der Landwehrrevolte verhaftet wurde und der Redakteur der Zeitung, ein gewisser Ehrlich, fliehen mußte, übernahm Christian Bürgers die Leitung des demokratischen Blattes.<sup>15</sup> In einem Brief an die Redaktion der »Neuen Rheinischen Zeitung« bat er um Rat, wie er sich gegenüber den Polizeischikanen verhalten solle, da die »Hallesche demokratische Zeitung« mit Beschlag belegt und ihr weiterer Druck behindert werde.<sup>16</sup> Gleichzeitig äußerte er die Bitte, diese Willkür in der Zeitung bloßzustellen, was dann in der Ausgabe vom 25. November unter dem Titel »Verhaftungen« auch geschah.<sup>17</sup> Eine Antwort an Bürgers ist nicht bekannt. Doch wick er wenig später mit seinem Blatt nach Leipzig aus, um es weiter im radikaldemokratischen Geist zu redigieren. Dabei orientierte er sich in der politischen Einschätzung zunehmend an der »Neuen Rheinischen Zeitung.« Das kam nicht nur in dem Abdruck zahlreicher Artikel aus dieser Zeitung zum Ausdruck, sondern er ging auch dazu über, Grundgedanken und Sprache des rheinischen »Organs der Demokratie« in teils freier, teils direkter Form zu übernehmen.<sup>18</sup> Bürgers war darüber hinaus Korrespondent der »Neuen Kölnischen Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten.«<sup>19</sup>

Der ehemalige Wiener Berichterstatte der »Neuen Rheinischen Zeitung« Eduard Müller-Telling – nach der blutigen Niederschlagung des Oktoberaufstandes in der Donaumetropole mußte er aus der Stadt fliehen – teilte am 4. März 1849 in einer Korrespondenz aus Leipzig mit, daß Bürgers vom Halleschen Kriminalgericht in Abwesenheit zu vier Jahren Festung verurteilt sei. Sein »Verbrechen« bestand in einem leitenden Artikel und dem Abdruck von Aufsätzen aus dem »Demokratischen Urwähler« und der »Neuen Rheinischen

<sup>13</sup> Herbert Peters: Die preußische Provinz Sachsen in der Revolution 1848/49. Diss. B Halle 1978, S. 243, Anm. 170. Ders.: Die Wirkung der »Neuen Rheinischen Zeitung«, S. 128 f.

<sup>14</sup> In der MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 1509 wird Gustav Rawald fälschlich als Redakteur der Zeitung »Der Courier. Hallische Zeitung für Stadt und Land« bezeichnet. Siehe auch den Brief Gustav Rawalds an die Redaktion der »Neuen Rheinischen Zeitung« in Köln, Halle an der Saale, 12. Februar 1849. In: MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 217, 1005 f. Rawald, der im bürgerlichen Leben ein gut florierendes Geschäft unterhielt, wurde wegen »Majestätsbeleidigung« und »Anreizung zum Aufruhr« am 19. November zu sechsjähriger Festungshaft verurteilt. Der Naumburger Gerichtshof begründete dies mit der Veröffentlichung des Gedichtes »Die Toten an die Lebenden!« von Ferdinand Freiligrath und des Steuerverweigerungsbeschlusses der preußischen Nationalversammlung in der »Halleschen Demokratischen Zeitung«. Die Haft mußte er vollständig in der Zitadelle von Magdeburg und in der berühmtesten Festung Silberberg in Böhmen verbringen. Gustav Rawald: Aus meiner Festungszeit. Zweites Heft, Halle a. d. Saale 1885, S. 5 ff. 18.

<sup>15</sup> Peters: Die preußische Provinz Sachsen, S. 243, Anmerkung 169.

<sup>16</sup> Christian Bürgers an die Redaktion der »Neuen Rheinischen Zeitung« in Köln, Halle an der Saale, 21. November 1848. In: MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 511.

<sup>17</sup> NRhZ Nr. 152, 25. 11. 1848, S. 2, Sp. 3. Die Korrespondenz von Bürgers über die Verhaftung von Rawald und die Flucht von Ehrlich entsprach teilweise wörtlich der am 22. November 1848 in der »Halleschen demokratischen Zeitung« wiedergegebenen Mitteilung. Peters: Die preußische Provinz Sachsen, S. 243, Anmerkung 169. Die NRhZ übernahm in derselben Nummer unter dem Titel »Landwehr. - Freicorps« einen Beitrag aus der »Halleschen demokratischen Zeitung«. Bürgers hatte dem Brief zwei Exemplare dieser Zeitung beigelegt.

<sup>18</sup> Peters: Die Wirkung der »Neuen Rheinischen Zeitung«, S. 130 f.

<sup>19</sup> Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten, Nr. 115, 20. 5. 1849, S. 2, Sp. 2.

Zeitung«. <sup>20</sup> Die sächsischen Behörden fahndeten in Leipzig nach ihm, doch konnte er untertauchen. <sup>21</sup>

Ein letztes Lebenszeichen von Christian Bürgers stellt die bereits zitierte Meldung dar. Nach Aussage der »Neuen Kölnischen Zeitung« vom 20. Mai 1849 war er »mit einer Schaar junger Männer von Berlin nach Dresden geeilt, hielt dort eine Barrikade besetzt und kämpfte als Führer derselben mit einem wahren Heldenmuth.« <sup>22</sup> Leider fanden sich bisher keine Detailangaben über sein Wirken als Kommandeur der Barrikade, auf der er dann den Tod fand. <sup>23</sup>

Die Nachruf für Christian Bürgers reiht sich ein in die Berichterstattung des Blattes über die revolutionären Vorgänge in Sachsen. <sup>24</sup> Zweifellos stellte dabei die Schilderung und Einschätzung des Maiaufstandes den Höhepunkt dar, die eingebettet war in der politischen Bewertung der nationalen Volksbewegung zur Verteidigung der Reichsverfassung.

Ein Überblick zeigt, daß, beginnend mit der Ausgabe Nummer 287 vom 2. Mai 1849, das Kölner Blatt von Marx insgesamt 37 Artikel, Korrespondenzen und Nachrichten über die sächsische Reichsverfassungskampagne brachte. Darüber hinaus finden sich innerhalb von 17 Beiträgen Aussagen bzw. Kommentierungen zum Dresdner Aufstand. Auffallend ist, daß zu dem brisanten Ereignis in Sachsen nur in zwei Fällen Korrespondenzen <sup>25</sup> aus dem sächsischen Raum kamen, obwohl während des fast einjährigen Bestehens der Zeitung verschiedene Korrespondenten für sie schrieben. <sup>26</sup> Der bereits genannte Eduard Müller-Telling <sup>27</sup>, der im Frühjahr 1849 aus Leipzig und Dresden seine Beiträge nach Köln sandte, weilte zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Dresdner Barrikadenkämpfe nachweislich in Breslau. <sup>28</sup> Wichtige Informationen aus Dresden und Leipzig erhielt die Zeitung von ihrem Berliner Korre-

<sup>20</sup> NRhZ Nr. 239, 7.3.1849, S. 2, Sp. 1, »+ Leipzig, 4. März«.

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten, Nr. 115, 20.5.1849, S. 2, Sp. 2.

<sup>23</sup> Daß er im Dresdner Maiaufstand 1849 gefallen ist, wird durch die Quelle Wermuth/Stieber bestätigt: »Ein Bruder von ihm (Heinrich Bürgers - d. Verf.) ist 1849 im dresdner Mai-Aufstand gefallen.« Die Communisten - Verschwörungen, Zweiter Teil, S. 35.

<sup>24</sup> In seiner Arbeit »Die Revolution in Sachsen 1848/49« hat Rolf Weber zum einen ausführlich die Berichterstattung der »Neuen Rheinischen Zeitung« über die politischen Vorgänge in dem Königreich 1848/49 nachgezeichnet. Zum anderen hat er den Einfluß des Blattes aus Köln auf die sächsische Demokratie überzeugend nachgewiesen. Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen 1848/49. Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Reihe II: Landes- und Regionalgeschichte, Bd 11) Berlin 1970, S. 98ff., 102f. 262ff., 308ff.

<sup>25</sup> NRhZ Nr. 288, 3.5.1849, S. 2, Sp. 2-3; Nr. 294, 10.5.1849, S. 3, Sp. 1.

<sup>26</sup> Hierzu gehörten Emil Ottokar Weller, Franz Reisniger und August Silberstein. Weber: Die Revolution in Sachsen, S. 99, 309f.

<sup>27</sup> Sofia Z. Leviova: Die Redaktionsarbeit der »Neuen Rheinischen Zeitung«. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 8, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Zentralinstitut für Geschichte, hrsg. v. Ernst Engelberg, Horst Bartel, Walter Nimtz, Heinrich Scheel, Berlin 1973, S. 66 f.; Rudolf Zewell: Paul Eduard Müller-Telling. Sein Weg vom Koblenzer Beamten zum revolutionären Journalisten. In: Jahrbuch für westdeutsche Geschichte, Koblenz 1981, S. 317 ff.; Editha Nagl: Die Revolution 1848/49 in Österreich im Spiegel der »Neuen Rheinischen Zeitung« Diss. Berlin 1982. S. 4 ff.

<sup>28</sup> Siehe Eduard Müller-Telling an Karl Marx in Köln, Breslau, nach dem 23. März 1849. Er sandte von dort noch am 8. April 1848 eine Korrespondenz über die sächsische Kammer und eine - allerdings sehr subjektiv und mit antijüdischen Auslassungen gefärbte - Charakteristik über die Wiener Emigranten. NRhZ Nr. 270, 12.4.1849, S. 2, Sp. 3 - S. 3, Sp. 1. Die MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 1143, Erläuterung 342.14-15 gibt an, daß die Korrespondenz vermutlich von Müller-Telling sei. Die darin enthaltenen intimen Kenntnisse über die Wiener Demokraten, die grobschlächtige Ausdrucksweise, die bereits erwähnten antijüdischen Auslassungen und die Aussagen über die Rolle von Friedrich Wilhelm Eberling, die auch im Brief von Müller-Telling an Marx vom 8. April 1849 erwähnt werden, weisen ihn eindeutig als Autor aus.

spondenten mit dem Zeichen »<>«. <sup>29</sup> Auf dem Höhepunkt dieser Kämpfe entnahm die Redaktion vor allem der liberalen »Deutschen Allgemeinen Zeitung« die ausführlichen Berichte. Allerdings trafen die Nachrichten aus Dresden, die über Berlin nach Köln kamen mit einem Zeitverzug von drei bis fünf Tagen ein. Auch die »Neue Rheinische Zeitung« nahm bekanntlich eine kritische Haltung zur Wahl des preußischen König zum deutschen Erbkaiser durch die Frankfurter Nationalversammlung ein. Seine Wahl kommentierte die Redaktion sarkastisch: »Die Paulskirche hat die letzte Höhe ihrer Schellenglorie erreicht.« <sup>30</sup> Die in zweiter Lesung am 28. März mehrheitlich verabschiedete Reichsverfassung charakterisierte Engels zugespitzt als »unschuldiges Machwerk«. <sup>31</sup>

Die Ablehnung der Verfassung durch die Redaktion war vor allem von drei Gesichtspunkten bestimmt worden <sup>32</sup>: Erstens hatte in der Verfassung das monarchische Prinzip gesiegt, das in der Einsetzung eines Erbkaisers seinen sichtbarsten Ausdruck erhielt. Zweitens wurden die im Verfassungswerk verankerten Grundrechte für das Volk als zu bescheiden angesehen, trotz der von den Linken in der Frankfurter Versammlung durchgesetzten Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts, der Beseitigung des kaiserlichen absoluten Vetos und der Einschränkung der Rechte der Landesfürsten. Drittens stand die Verfassung nur auf dem Papier, da ihre praktische Anwendung durch die bereits erstarkte Reaktion verhindert wurde. <sup>33</sup>

Doch angesichts des erneuten Vorstoßes der Reaktion, der sich in der fast gleichzeitigen Auflösung der Zweiten preußischen Kammer und des Parlaments in Hannover manifestierte und somit Marx' Voraussage vom Dezember 1848 bestätigte, daß die Konterrevolution versuchen werde, »das Verfassungsspiel überhaupt aufzugeben« <sup>34</sup>, nahm die »Neue Rheinische Zeitung« von ihrer reservierten Haltung gegenüber der Reichsverfassung Abstand.

Beginnend mit seinem Artikel »Der preußische Fußtritt für die Frankfurter« vom 2. Mai 1849, sah Engels einen Ansatzpunkt, durch die Verteidigung der Reichsverfassung der Einigung Deutschlands, der Beseitigung der Fürstenherrschaft und der sozialen Befreiung einen Schritt näherzukommen. Hierbei ließ er keinen Zweifel, daß der Kampf um ihre Durchsetzung in den Kampf um die Weiterführung der Revolution hinübergeleitet werden müßte. <sup>35</sup> Daß diese Forderung bereits von radikal gesinnten Kräften getragen wurde, unterstrich eine Korrespondenz vom 2. Mai aus Kaiserslautern. Eine Volksversammlung von über 10 000 Teilnehmern brachte nachhaltig zum Ausdruck, »daß die Reichsverfassung lediglich als Provisorium und als eine wahrscheinlich nur ganz kurze Brücke zur deutschen Republik zu betrachten sei.« <sup>36</sup>

Unterhalb des erwähnten Engelsschen Beitrages teilte die »Neue Rheinische Zeitung« mit: »Köln, 1. Mai. Gestern hier angekommene Abgeordnete von Berlin erzählen, daß auch in

<sup>29</sup> NRhZ Nr. 291, 6.5.1849, S. 1, Sp. 3; Nr. 294, 10.5.1849, S. 1, Sp. 3 – S. 3., Sp. 1; Nr. 295, 11.5.1849, S. 1, Sp. 1 – 2, S. 1, Sp. 2; Nr. 298, 15.5.1849, S. 2, Sp. 1.

<sup>30</sup> NRhZ Nr. 259, 30.3.1849, Beilage (2. Andruck), S. 1, Sp. 3, »Neueste Nachrichten.«

<sup>31</sup> Friedrich Engels: Der preußische Fußtritt für die Frankfurter. In: MEW, Bd. 6, S. 459.

<sup>32</sup> Joachim Strey, Gerhard Winkler: Marx und Engels 1848/49. Die Politik und Taktik der »Neuen Rheinischen Zeitung« während der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland, Berlin 1972, S. 290.

<sup>33</sup> Die Redaktion veröffentlichte am 3. April 1849 eine Korrespondenz aus Heidelberg, in der diese zusammenfassende Wertung erfolgt war. Daß diese Wertung genau der Auffassung der Redaktion entsprach, verdeutlichen die fast durchgehenden Anstreichungen von Marx an diesem Beitrag, den er in dem 1998 aufgefundenen Redaktionsexemplar für die Vorbereitung seines Pamphlets »Herr Vogt« vorgenommen hatte.

<sup>34</sup> Karl Marx: Die Bourgeoisie und die Konterrevolution. In: MEW, Bd. 6, S. 124.

<sup>35</sup> Friedrich Engels: Der preußische Fußtritt für die Frankfurter. In: MEW, Bd. 6, S. 460.

<sup>36</sup> NRhZ Nr. 291, 6.5.1849, S. 3, Sp. 1, »Kaiserslautern, 2. Mai.«

Dresden die Kammern aufgelöst sind.«<sup>37</sup> Die bewaffnete Auseinandersetzung in der wettinischen Monarchie warf ihre Schatten voraus.

In der »Neuen Rheinischen Zeitung« zeichnen sich drei Phasen der Berichterstattung über dieses Ereignis ab: In der ersten Phase berichtete das Kölner Blatt über die schnell anwachsende Zuspitzung der politischen Situation vor allem in Dresden. Engels, der zu diesem Zeitpunkt Marx als Chefredakteur vertrat, da dieser sich auf einer Reise in Westfalen und Norddeutschland befand, kommentierte sofort die Kammerauflösung: »Hannover, Berlin, Dresden – in München hat man bis jetzt bloß vertagt – biedrer, deutscher Bürger, merkst Du jetzt wie man Dir aufzuspielen gedenkt? [...] Und es gibt noch Leute in Deutschland, die die Fürsten vertheidigen!«<sup>38</sup>

Da es das Held/Beust-Ministerium ablehnte, die Reichsverfassung in Sachsen zu publizieren und es daraufhin mit einem Steuerverweigerungsbeschluß der ersten Kammer konfrontiert wurde, antwortete der sächsische König, entsprechend dem Vorbild Preußens, mit der Auflösung der Landesvertretung.<sup>39</sup> In der folgenden Nummer teilte ein bisher nicht identifizierter Dresdner Korrespondent das königliche Dekret mit und stellte diesen Affront in den europäischen Kontext des gegenrevolutionären Vorstoßes: »Der französische Michel gegen Italien, der deutsche gegen Ungarn, so erfüllen beide ihre weltgeschichtliche Aufgabe.«<sup>40</sup>

Über den Berlin-Korrespondenten wurde aus Leipzig der Kölner Redaktion die noch unverbürgte Nachricht mitgeteilt, daß »die Aufregung in ganz Sachsen auf den höchsten Punkt gestiegen sei« und der König sich auf die Festung Königstein zurückgezogen habe, »um vor allen Sturmpetitionen gesichert zu sein.«<sup>41</sup> In derselben Ausgabe brachte die Zeitung die Mitteilung über die Neubildung des sächsischen Kabinetts.<sup>42</sup> Da der König trotz Drängens des Kabinetts sich geweigert hatte, das Verfassungswerk der Paulskirche anzuerkennen, demissionierte am 30. April das Ministerium.<sup>43</sup>

Mit der Nummer 292 vom 8. Mai wurde die zweite Phase der Berichterstattung eingeleitet. Sie war den Dresdner Barrikadenkämpfen gewidmet.

Die stereotype Ablehnung der zahlreichen Petitionen durch die sächsischen Krone trieb die politische Krise auf den Siedepunkt. Dazu gehörte auch eine Petition des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums, über die die »Neue Rheinische Zeitung« ihre Leser informierte.<sup>44</sup> Die neue Regierung leitete Maßnahmen ein, die bewußt auf eine militärische Konfrontation hinausliefen. Gleichzeitig ließ der Außenminister Friedrich Ferdinand Graf von Beust ein Ersuchen um militärischen Beistand nach Berlin abgehen.<sup>45</sup>

Anstelle des Leitartikels übernahm die Redaktion in ihrer Ausgabe vom 8. Mai aus dem »Staatsanzeiger« die Mitteilung, »daß das preußische Kaiser-Alexander-Grenadierregiment mit der Eisenbahn nach Dresden befördert wurde.«<sup>46</sup> Unter dem Titel »Die Dresdner Revolution« informierte sie dann über die von Reisenden aus Leipzig und Dresden nach Berlin mitgebrachten Nachrichten, die Altstadt sei vollkommen in der Gewalt des Volkes und es

<sup>37</sup> NRhZ Nr. 287, 2.5.1849, S. 1, Sp. 3.

<sup>38</sup> Friedrich Engels: [Auflösung]. In: MEW, Bd. 6, S. 461.

<sup>39</sup> Weber: Die Revolution in Sachsen, S. 328f.

<sup>40</sup> NRhZ Nr. 288, 3.5.1849, S. 2, Sp. 2–3, »8 Dresden, 29. April.«

<sup>41</sup> Ebenda, Nr. 291, 6.5.1849, S. 1, Sp. 2–3, Zitat Sp. 3.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 2, Sp. 2, »Dresden, 1. Mai.«; »\* Dresden, 2. Mai.«

<sup>43</sup> Weber: Die Revolution in Sachsen, S. 329.

<sup>44</sup> NRhZ Nr. 291, 6.5.1849, S. 2, Sp. 2, »Dresden, 1. Mai.«

<sup>45</sup> Weber: Die Revolution in Sachsen, S. 331 f.

<sup>46</sup> NRhZ Nr. 292, 8.5.1849, S. 1, Sp. 1.

würde zusammen mit der Kommunalgarde das Zeughaus besetzt halten. Allerdings entsprach die gemeinsame Besetzung des Zeughauses nicht den Tatsachen; es verblieb bekanntlich fest in den Händen des sächsischen Militärs.<sup>47</sup> Dieser Umstand sollte sich gravierend für die Aufständischen auswirken, da ihnen dadurch der Zugang zu den Waffen versperrt blieb. Über zwei Spalten der Innenseite waren der detaillierten Berichterstattung über den Beginn und den Verlauf der Kämpfe am 3. und 4. Mai, der wörtlichen Wiedergabe von zwei Proklamationen der provisorischen Regierung sowie den Ereignissen in Leipzig gewidmet. In der Messestadt riß eine aufgebrachte Menge die Eisenbahnschienen auf, um Truppentransporte nach Dresden zu verhindern.<sup>48</sup>

Engels zog dann in der »Außerordentlichen Beilage« derselben Nummer eine erste Bilanz der Bewegung für die Reichsverfassung.<sup>49</sup> Zwei Aspekte hob er besonders hervor: Zum einen machte er auf die zentrale konterrevolutionäre Rolle Preußens aufmerksam, das alles unternahm, um die Volkserhebungen in Dresden und in der Pfalz militärisch zu unterdrücken. Doch noch halte sich die Dresdner provisorische Regierung, wie auch der Pfälzer Landesverteidigungsausschuß und sammle Kräfte für weitere Kämpfe. Ein weiteres revolutionäres Moment sah Engels darin, daß in Rheinpreußen, darunter in Elberfeld und im »schwarzweißen« Wuppertal, die Landwehr sich geweigert hatte, zu den Sammelplätzen zu ziehen.

Zugleich stellte Engels – und das ist der zweite Aspekt – die demokratische Bewegung zur Anerkennung der Reichsverfassung in den europäischen Rahmen. Der Vormarsch der ungarischen Armee gegen Wien Ende April/Anfang Mai 1849 brachte Österreich an den Rand einer Katastrophe, so daß es, um eine Niederlage mit absehbaren internationalen Folgen zu verhindern, das zaristische Rußland wohl oder übel um militärische Hilfe bitten mußte. In dem Erfolg der Ungarn sah Engels einen wichtigen Hebel, um mit dem Sturz der Habsburger Monarchie die zweite deutsche Revolution beginnen zu können: »Der Sieg der Ungarn ist übrigens sicherer als je. Es steht fest, daß die Russen nicht kommen. Noch ein paar Tage also und die Ungarn sind in Wien, die magyarisches Revolution ist beendet und die zweite deutsche in großartigster Weise eröffnet.«<sup>50</sup> Dies erwies sich bekanntlich als Fehlurteil.

Die sich über mehrere Tage hinziehende Übermittlung der Nachrichten, die zudem durch viele Gerüchte unsicher waren<sup>51</sup>, gestatteten der Redaktion nicht, die politischen Hintergründe der zögernden und defensiven Haltung der provisorischen Regierung zu erkennen. Das traf u.a. auch für den 24stündigen Waffenstillstand zu, dessen Abschluß offensichtlich in der Kölner Redaktion unbekannt war. Auch die Auseinandersetzung in Sachsen außerhalb von Dresden und Leipzig blieb ihr mehr oder minder verborgen.<sup>52</sup>

Als dann am 5. Mai in den Mittagsstunden die sächsischen Truppen wieder das Feuer eröffneten, waren allein 16 Beiträge der beiden Ausgaben der »Neuen Rheinischen Zeitung« vom 10. und 11. Mai der neuen Phase des Kampfes gewidmet. Zweifellos erkannte die Redaktion sehr bald die militärische Überlegenheit der konterrevolutionären Truppen. Aber für die Redaktion war es – wie bereits bei der Junischlacht der Pariser Arbeiter und dem Wiener Okto-

<sup>47</sup> Eine neuere Arbeit über den Maiaufstand 1849 in der sächsischen Metropole siehe Volker Ruhland: Der Dresdner Maiaufstand von 1848/49. In: Der Dresdner Maiaufstand von 1849 = Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte, 43(1995), S. 27ff.

<sup>48</sup> NRhZ Nr. 292, 8.5.1849, S. 2. Sp. 2, »Leipzig, 4. Mai.«

<sup>49</sup> Friedrich Engels: [Die preußische Armee und die revolutionäre Volkserhebung]. In: MEW, Bd. 6, S. 373 f.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 474.

<sup>51</sup> Auch der Berlin-Korrespondent beklagte sich am 7. Mai: »Aus Dresden nur Gerüchte«, NRhZ Nr. 294, 10.5.1849, S. 1, Sp. 3.

<sup>52</sup> Hierzu Weber: Die Revolution in Sachsen, S. 348ff.

beraufstand im vorangegangenen Jahr – ein Ausdruck der solidarischen Haltung, in den Berichten den Heldenmut der Aufständischen hervorzuheben. Zugleich brachte sie auch Meldungen über den Zuzug von Freiwilligen nach der Elbestadt. So berichtete ihr Berliner Korrespondent am 8. Mai: »Auch von hier aus begibt sich trotz des Belagerungszustandes ein Freikorps nach Dresden, mit Waffen wohl versehen. Ihm gehören vorzüglich Maschinenbauer an.«<sup>53</sup> Auf die konterrevolutionäre Politik im eigenen Haus verweisend, die die eigentliche Ursache für das Debakel im Nachbarland darstellte, schrieb er: »Wir möchten diesen muthigen Männern zurufen: macht erst die eigene Stadt frei, dann wird auch Dresden und Sachsen mit ihr nimmermehr fallen können.«<sup>54</sup>

In der Berichterstattung aus Sachsen rückte ein weiterer Schwerpunkt in den Vordergrund: die politischen Ereignisse in der Messestadt Leipzig. Die zögerliche, ja destruktive Haltung der städtischen Behörden und der Kommunalgarde besaß einen entscheidenden Einfluß auf das Geschehen in Dresden. Darauf machte die Redaktion der »Neuen Rheinischen Zeitung« in verschiedenen Berichten aufmerksam. Forderungen linker Abgeordneter des Stadtparlaments an den Kommunalgardeausschuß, so in einer Meldung aus Leipzig vom 4. Mai, mehrere Bataillone als Unterstützung für Dresden zu entsenden, wurden abgelehnt.<sup>55</sup> Die daraufhin von Volksmassen erhobene Forderung nach Waffen, die ebenfalls vom Stadtrat abgewiesen wurde, sowie der Einsatz der Kommunalgarde gegen die erregte Menge, führten in den folgenden Tagen ebenfalls zum Bau von Barrikaden. Wie der Berlin-Korrespondent berichtete, mußten in der Auseinandersetzung 14 Tote beklagt werden.<sup>56</sup> In der folgenden Nummer veröffentlichte die Redaktion eine Erklärung von 139 demokratisch gesinnte Studenten an die Bürgerschaft Leipzigs, die die Haltung der städtischen Behörden verurteilten. Obwohl die Stadtvertretung die Reichsverfassung offiziell anerkannt hatte und den »Kampflustigen« freie Fahrt nach Dresden gewährte, machte sie dies durch Verweigerung von Waffen illusorisch; noch mehr, sie ließ die sich immer häufiger und dringender wiederholenden Forderungen nach Waffen durch Gewalt unterdrücken.<sup>57</sup>

Die Aussagen über die letzten Kämpfe am und im Rathaus in der Dresdner Altstadt, die Flucht der provisorischen Regierung und der Freischaren nach Freiberg und ihre Verfolgung durch sächsische Truppen sowie die an Gefangenen verübten Greueltaten bilden die dritte und abschließende Phase der Berichterstattung durch die »Neue Rheinische Zeitung« (Nummer 297 vom 13. Mai bis Nummer 301 vom 19. Mai 1849). Das Blatt brachte in seiner Ausgabe vom 13. Mai 1849 in Fettschrift den Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung, daß »dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen zu treten (ist).«<sup>58</sup> Angesichts der bereits erfolgten blutigen Niederschlagung des Aufstandes konnte dieser Beschluß bestenfalls eine moralische Verurteilung Preußens darstellen.

Sicher war es ein Zufall, daß noch unmittelbar vor der erzwungenen Aufgabe der »Neuen Rheinischen Zeitung« die Nachricht über den Tod von Christian Bürgers auf den Dresdner

<sup>53</sup> NRhZ Nr. 295, 11.5.1849, S. 1, Sp. 1-2.

<sup>54</sup> Ebenda, Sp. 2.

<sup>55</sup> NRhZ Nr. 292, 8.5.1849, S. 2, Sp. 2, »Leipzig, 4. Mai (Nachmittags 5 Uhr).«

<sup>56</sup> NRhZ Nr. 294, 10.5.1849, S. 1, Sp. 3 – S. 2, Sp. 1. Die Berichte aus Leipzig, S. 2., Sp. 1.

<sup>57</sup> NRhZ Nr. 295, 11.5.1849, S. 1, Sp. 3, »Leipzig, 8. Mai.« Eine Einschätzung dieses Aufrufs siehe Rolf Weber: Die Universität Leipzig in der Revolution 1848/49. In: Karl-Marx-Universität Leipzig 1409-1959. Beiträge zur Universitätsgeschichte, Bd. 1, Leipzig 1959, S. 306 f.

<sup>58</sup> NRhZ Nr. 297, 13.5.1849, S. 3, Sp. 3.

Barrikaden in der Redaktion eintraf und sie noch in die Beilage eingerückt werden konnte. Kein Zufall ist jedoch, daß Marx und alle anderen sieben Redakteure mit dieser Geste nachdrücklich ihre öffentliche Reverenz gegenüber dem Mut und der Einsatzbereitschaft der radikalen Demokraten erweisen wollten. Engels, der wenige Wochen später selbst als Adjutant des Willichschen Freikorps an vier Gefechten des badisch-pfälzischen Aufstandes teilnahm, setzte einige Monate später bewußt an den Beginn des IV. Kapitels seiner Geschichte der Reichsverfassungskampagne die Liedzeile:

»Für die Republik zu sterben,  
ist ein Los, hehr und groß, ist das Ziel unsres Muts!«<sup>59</sup>

<sup>59</sup> Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: MEW, Bd. 7, S. 162.

Ansgar Reiß

## Der Dresdner Maiaufstand in der Presse. Mit einem Seitenblick auf Baden.

»Der König und die Minister sind entflohen. Das Land ist ohne Regierung sich selbst überlassen worden, die Reichsverfassung ist verlügnet. Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr, es ist nothwendig geworden, eine **provisorische Regierung** zu bilden. Der Sicherheitsausschuß zu Dresden und die Abgeordneten des Volkes haben nun unterzeichnete Mitbürger zur provisorischen Regierung ernannt, die Stadt Dresden ist dem Vaterlande mit dem rühmlichsten Beispiele vorangegangen, und hat geschworen, mit der Reichsverfassung zu leben und zu sterben. Wir stellen Sachsen unter den Schutz der Regierungen Deutschlands, welche die Reichsverfassung anerkannt haben. Zuzug aus allen Ortschaften wird hiermit angeordnet. [...] Mitbürger! Die große Stunde der Entscheidung ist gekommen, **jetzt oder nie Freiheit oder Sklaverei!** Wählet, wir stehen zu euch, stehet zu uns!«

Diese Proklamation wurde von der neuen provisorischen Regierung in Dresden am 4. Mai 1849 veröffentlicht. Am Sonntag, dem 6. Mai, fand sie sich in Extrablättern von Zeitungen in ganz Deutschland, gleichzeitig mit den ersten Meldungen vom Aufstand, der am Donnerstag Mittag ausgebrochen war.<sup>1</sup> Tatsächlich richtete sich die Proklamation auch selbst an ein Publikum in ganz Deutschland, ja der Sinn des Aufstandes wurde in ihr geradezu dahin gewendet, in ganz Deutschland Publizität zu erlangen. Im »Beispiel« liegt die Aufforderung zur Nachahmung, zum Handeln.

Zwei Dinge greifen hier ineinander. Die Kommunikation in der Revolution und eine bestimmte, nämlich die radikale Konzeption von Politik. Auf beides soll ein Schlaglicht fallen, wenn hier die Frage nach dem Presseecho des Dresdner Aufstandes gestellt wird. Und indem anschließend ein Seitenblick auf Baden geworfen wird, wo die Mairevolution neun Tage später und schwerlich ganz unabhängig vom Geschehen in Dresden ausbrach, findet der Dresdner Aufstand eine nähere historische Einordnung.

Kommen wir zuerst auf die radikale Politik in der Revolution zu sprechen. Ihre positivere Bewertung speziell auch in der populären Historiographie stellt vielleicht die bemerkenswerteste Verschiebung im Bild der Revolution während der Jubiläumsjahre dar. Wie es das Eingangszitat andeutet, war diese Politik geprägt von der Vorstellung eines vorbildlichen, unmittelbare Nachahmung provozierenden Handelns. Zwar kaum in dieser Konzeption, wohl aber in der Konsequenz, in der sie umgesetzt wurde, unterschied sie sich deutlich vom Schema liberaler Oppositionspolitik, wie sie in den langen Jahren des Vormärz eingeübt worden war. Der Fokus verschob sich in ihr von den Honoratioren als Handlungsträgern auf das ›Volk‹. Der Streit tobte nicht mehr allein um die Meinung der Öffentlichkeit und die Stimmen der Wähler, sondern zu allererst darum, wie diese Öffentlichkeit und das Elektorat einzugrenzen und zu bestimmen seien. Wolfram Siemanns vertikale Gliederung der Revolution in verschiedene Handlungsebenen wirkte ungemein traditionsbildend. Indem sie aber zu einfach genommen wurde, drängte sie den gerade grenzverletzenden Charakter der radikalen

<sup>1</sup> Das Zitat ist hier dem Extrablatt der Neuen Deutschen Dorfzeitung vom 6.5.1849 entnommen. Die Kölnische Zeitung (Nr. 108) beispielsweise brachte die entsprechenden Nachrichten an diesem Tag in einer dritten Ausgabe, die Rheinische Volks-Halle (Nr. 124) in ihrer zweiten Ausgabe und dann einer Außerordentlichen Ausgabe am 7.5.; die Deutsche Zeitung 125, 6.5.1849, 993 meldete zunächst Berichte von aus Leipzig in Frankfurt angekommenen Reisenden über einen Aufstand in Dresden und brachte dann ein Extrablatt (es lag mir selbst nicht vor, wird aber in Nr. 126, 7.5.1849, 1004, wo die Nachrichten sich fürs überregionale Publikum wiederabgedruckt finden, in der Anmerkung erwähnt); die Karlsruher Zeitung druckte am 7. Mai eine Extrabeilage.

Politik aus dem Bereich der Wahrnehmung: den Versuch einer Verbindung von populärem Protest und »großer« Politik mittels einer neuen, sozial offeneren Form demonstrativen Handelns.<sup>2</sup>

Von dieser Konzeption her bekommt die Thematik der Kommunikation in einem zweiten Schritt einen überraschend direkten Sinn: die Frage nach der Rezeption des Dresdner Aufstandes in Baden entpuppt sich dann als Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der Politik der radikalen Fraktion.

Wenden wir uns aber der Kommunikation zunächst auf einer allgemeineren Ebene zu. Auch wenn von ihr selten direkt die Rede war, so ist die Feststellung doch kaum übertrieben, daß sie sich gerade in den letzten beiden Jahren als ein zentrales Problem der Revolutionsforschung zu 1848/49 herausgeschält hat. Kommunikation hat viele horizontale und vertikale Facetten. Horizontal, als Kommunikation zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Ländern, Regionen oder Orten scheint sie ebenso der Untersuchung wert, wie vertikal, als Kommunikation zwischen verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen, zwischen verschiedenen Milieus und verschiedenen politischen Einheiten. Auch die oft aufgeworfene Frage nach der Einheit und Vielfalt in der Revolution verweist auf dieses Untersuchungsfeld.

Dabei darf die Tagespresse zweifellos als ein, ja in mancher Hinsicht wohl als das zentrale Medium angesehen werden. Angesichts dessen mag ihre relative Vernachlässigung in der Forschung erstaunen.<sup>3</sup> Das Material ist freilich erheblich komplexer, als es beim ersten Hinsehen scheinen mag. So ist, um nur einige Aspekte anzusprechen, nur Punktuell bekannt zur Korrespondententätigkeit, zur redaktionellen Arbeit mit ihrer breiten Übernahme von Meldungen aus anderen Organen, zur Verfügbarkeit verschiedener Zeitungen an bestimmten Orten, oder schließlich zum Verhältnis von lokaler, regionaler und überregionaler Presse.

Die Frage nach dem Einfluß des Dresdner Aufstandes auf die badische Erhebung ist geeignet, die Vielfalt überregionaler horizontaler Kommunikation deutlich zu machen, aus der hier die Presse herausgehoben werden soll. Erstens wäre daneben an Privatbriefe zu denken; für sie ist freilich das Problem der Zufälligkeit der Erhaltung sehr groß. Zweitens hat es zweifellos in radikalen Kreisen konspirative Nachrichten gegeben: hier wurden Spuren natürlich bewußt verwischt, und um eine großangelegte, verschwörerisch organisierte Aktion dürfte es sich bei der Reichsverfassungskampagne denn doch nicht gehandelt haben. Drittens sind reisende Personen sehr wichtig, freilich werden sie erst in anderen Medien, wie eben den Zeitungen, greifbar. Viertens verdient ein besonderes Phänomen hervorgehoben zu werden: die, wie ich es nennen möchte, Revolutionsmigration, konkret hier das Auftauchen von Beteiligten des Dresdner Aufstandes in Baden. Rolf Dlubek hat in diesem Band über dieses spannende und bislang nicht untersuchte Phänomen gehandelt. Es spielt als Thema bzw. Unterstellung in den Zeitungen eine erhebliche Rolle.<sup>4</sup> Fünftens wäre der Telegraph zu erwähnen, gleich ob optisch oder schon elektrisch. Er kommt hier kaum in Frage, spielt auch

<sup>2</sup> Mit dieser Sicht relativieren sich auch, nebenbei bemerkt, gleichsam von selbst die traditionellen und leider vielfältig weiter kolportierten Urteile über den »unrealistischen« Charakter der radikalen Politik: dieser wurde ihr von der postrevolutionären liberalen Reflexion über die Revolution zugeschrieben.

<sup>3</sup> Obwohl es seit längerem eine spezielle Bibliographie gibt: Martin Henkel, Rolf Taubert: Die deutsche Presse 1848–1850. Eine Bibliographie, München u.a. 1986, und viel Material verfilmt greifbar ist.

<sup>4</sup> Etwa: Kölnische Zeitung 115, 15.5.1849, [3] für Dresden und 131, 2.6.1849, [3] für Baden. Rheinische Volks-Halle, Außerordentliche Ausgabe, 14.5.1849, [1] für die Pfalz (noch vor Ausbruch des Aufstandes). Vossische Zeitung (eigentlich: Königlich privilegierte Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen; hier wird der allgemein übliche Kurzname verwendet) 106, 8.5.1849, [4] (Zuzügler in Dresden). Deutsches Volksblatt 116, 16.5.1849, 469 (Korr. aus Dresden vom 10. Mai).

in den Zeitungen praktisch keine Rolle.<sup>5</sup> Er mag aber erklären, warum das Militär vielerorts gar so prompt schon bereitstand, wenn Unruhen ausbrachen. Schließlich, um das Bild zu vervollständigen, waren natürlich Flugblätter sehr wichtig; sie hatten meist höhere Auflagen als die Zeitungen, doch sind Angaben über die Verbreitung wie über die genaue Datierung oft problematisch.<sup>6</sup>

Wie wurde nun der Dresdner Aufstand in der Presse rezipiert? Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Meldung vom bewaffneten Aufstand am Sonntag, den 6. Mai, allgemeine Verbreitung fand. Zum Teil, vor allem in Berlin, fanden sich Meldungen schon einen Tag früher.<sup>7</sup> Die sächsische Presse selbst war überregional an diesen Tagen wegen der – sei es militärischen, sei es revolutionären – Behinderung des Eisenbahnverkehrs kaum greifbar.<sup>8</sup> Am 12. Mai machte die Meldung von der endgültigen Niederschlagung des Aufstandes die Runde,<sup>9</sup> also noch vor den Nachrichten aus Rastatt. In den ersten Meldungen standen das Gerücht von der Flucht des Königs, der Versuch der Truppenverlegung von Leipzig nach Dresden, der Abmarsch preußischer Truppen in Richtung Dresden und natürlich der Sturm des Zeughauses und der Barrikadenbau in der Altstadt im Mittelpunkt.<sup>10</sup> Die Meldungen wurden unmittelbar von Kommentaren begleitet, ja z. T. fanden sie sich direkt in Kommentare verpackt. Dies konnte die Ursache haben, daß eine Zeitung, die am Sonntag nicht erschienen war, voraussetzte, das Publikum sei bereits informiert,<sup>11</sup> es hatte aber auch den tieferen Grund, daß der Aufstand die Redaktionen alles andere als unvorbereitet traf. Im Gegenteil.

Die politischen Ereignisse, die dem Aufstand vorausgingen, sind bekannt und brauchen lediglich in Erinnerung gerufen zu werden: Die Nichtanerkennung der Reichsverfassung durch einige deutsche Regierungen; die endgültige Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.; die Kammerauflösungen in Berlin, Hannover und besonders natürlich in Dresden;<sup>12</sup> schließlich die Erfolgsmeldungen aus Württemberg, wo der König den Forderungen von Kammer und Regierung nachgab, und Meldungen über Erfolge der Revolutionäre in Ungarn.<sup>13</sup> All dies hatte zur Folge, daß sich um die Monatswende schrill eine Krisenstimmung

<sup>5</sup> Vossische Zeitung 105, 6.5.1849, [4] wird aus einer telegraphischen Depesche zitiert, die eine Behinderung der Eisenbahn meldete.

<sup>6</sup> In den Zeitungen finden sich die Flugblätter meist mißachtet, vgl. die interessante (Werbe-)Zuschrift »Flugblätter«, Vossische Zeitung 113, 16.5.1849, Erste Beilage, 7. Des öfteren tauchen dagegen in den Berichten Anschläge (»Placate«) auf, z. B. Allgemeine Zeitung 129, 9.5.1849, 1982 und 136, 16.5.1849, Beilage, 2097.

<sup>7</sup> Vor allem die auflagenstarke Vossische Zeitung 104, 5.5.1849, [3].

<sup>8</sup> Siehe etwa die Meldung aus Hof vom 7. Mai, Allgemeine Zeitung 129, 9.5.1849, 1982, oder: Kölnische Zeitung 108, 6.5.1849, Zweite Ausgabe, [1]: »Weder aus Leipzig noch aus Dresden sind uns am 5. Mai Abends Blätter und Briefe zugekommen«.

<sup>9</sup> Allgemeine Zeitung 132, 12.5.1849, 2032.

<sup>10</sup> Etwa: Kölnische Zeitung 108, 6.5.1849, Zweite Ausgabe, [1]; zusammengefaßt: Allgemeine Zeitung 127, 7.5.1849 (Dresden 4.5.).

<sup>11</sup> Vergleiche etwa die Korrespondenz aus Leipzig vom 4. Mai, Deutsche Zeitung 126, 7.5.1849, 1005 (»Es wird Ihnen aus Dresden berichtet sein, daß dort der Sturm losgebrochen und daß das Blut in Strömen geflossen ist«).

<sup>12</sup> Für Dresden s. etwa die (falsche, am 30.4. geschriebene) Nachricht über die bevorstehende Annahme der Reichsverfassung in der Allgemeinen Zeitung 123, 3.5.1849, 1888, über die allgemeine Verbreitung dieses Gerüchts ebd. 126, 6.5.1849, 1934 (Dresden, 2.5.) und das Dementi ebd. 124, 4.5.1849, 1903 (Dresden 30.4.).

<sup>13</sup> Auch Meldungen wie die folgende gehören in dieses Bild: Vossische Zeitung 101, 1.5.1849, [8]: »Karlsruhe, 25. April. Es ist hier so eben die Nachricht eingetroffen, daß man einen neuen Freischaarenzug beabsichtigt«.

geltend machte. Groß titelte etwa die Mittelrheinische Zeitung aus Baden-Baden am 30. April: »Das Vaterland ist in Gefahr!«,<sup>14</sup> eine Wendung, die vielerorts auftauchte. Der Korrespondent der demokratischen Mainzer Zeitung gab in seinem am 6. Mai veröffentlichten Beitrag der Überzeugung Ausdruck, man werde den äußersten Kampf nicht scheuen.<sup>15</sup> Die erwähnte Neue Deutsche Dorfzeitung verwendete seit dem 3. Mai den Spruch »Volk rüste Dich für die nahenden Tage der Gefahr, damit sie Dich nicht unvorbereitet ereilen. Auf den Ambos legt das Eisen, Retter soll das Eisen sein« als fett gedrucktes Motto,<sup>16</sup> und das entschieden demokratische Organ schlug im Extrablatt vom 6. Mai im Anschluß an die Meldung von Kossuths Ausrufung der Republik in Ungarn religiöse Töne an: »Wer denkt nicht bei diesen sich Schlag auf Schlag folgenden großen Ereignissen des Bibelspruchs: ›Gottes Hand ist sichtbar allen Völkern.««. Die liberale Deutsche Zeitung aus Frankfurt schrieb am 2. Mai herausfordernd: »Ein freies Volk, aber auch eine freie Regierung! Aus diesem Grunde müssen alle Sicherheitsklappen jetzt verschlossen werden, auf die Gefahr hin, daß das Fahrzeug in die Luft fliegt.«<sup>17</sup> Und die Allgemeine Zeitung aus Augsburg gab noch am 6. Mai – ihre Nachrichten aus Dresden reichten nur bis zum 3. Mai Mittags 12 Uhr – den Fürsten die »incommensurable« Kraft einer Volksbewegung zu bedenken und schrieb: »Die Verfassung mag Mängel haben aber sie ist die Parole der Freiheit geworden; sie nicht anerkennen hieße alle Erwartungen von 1848 in Frage stellen.«<sup>18</sup> Das katholisch-reaktionäre Deutsche Volksblatt aus Stuttgart hingegen sah ebenso wie die ebenfalls katholische Rheinische Volks-Halle schon vor dem Ausbruch des Dresdner Aufstandes den Weg der Umkehr verbaut und eine entscheidende Krise im Anzug.<sup>19</sup> Die konservative Vossische Zeitung wandte sich schon am Monatsbeginn von der verfassunggebenden Versammlung ab und wiegte sich zumindest vorgeblich in Sicherheit:

»Mit größter Ruhe und, soweit die Theilnahme es gestattet, mit einer gewissen Genugthuung haben wir ihre letzten Beschlüsse gelesen, in welchen sie den nur noch übrigen Schritt thut, sich als einen revolutionären Convent hinzustellen – jetzt nach der Revolution. Sie appellirt an die Revolution, aber diese existirt nicht mehr, Deutschland antwortet mit Stillschweigen. Es kommt jetzt die Zeit der Verständigung [...] nicht einmal ein Krawall hat sich machen lassen.«<sup>20</sup>

Bald freilich mußte sie zur Kenntnis nehmen, daß »das durch Deutschland nach Umständen bald heimlich schleichende, bald laut tobende Gespenst des Republikanismus (die Hülle, in der sich die terroristische Anarchie birgt)« wieder zum Vorschein kam.<sup>21</sup> Den Verdacht ge-

<sup>14</sup> Mittelrheinische Zeitung 100, 30.4.1849, 397. 399 als Titel einer »Aufforderung an die Wehrmänner hiesiger Stadt.« Und wieder 102, 2.5.1849, 406.

<sup>15</sup> Mainzer Zeitung 108, 6.5.1849, [3].

<sup>16</sup> Neue Deutsche Dorfzeitung 64, 3.5.1849, [1].

<sup>17</sup> Nr. 121, 2.5.1849, 961.

<sup>18</sup> Nr. 126, 6.5.1849, 1933; sie betonte freilich schon gleichzeitig das »Unnatürliche« der Koalition der constitutionell-monarchischen Liberalen mit den Republikanern; die Meldungen aus Dresden (und Leipzig) 1934.

<sup>19</sup> Deutsches Volksblatt 110, 9.5.1849, 445: »Kein Weg zeigt sich mehr zur Umkehr [...] Die nächste Stunde droht mit einer Entscheidung zwischen den äußersten Gegensätzen, mit einem Kampfe, der selbst die äußere Unabhängigkeit Deutschlands zerstören kann, schwerlich aber irgend ein Gutes wesentlich zu fördern im Stande ist« (Frankfurter Korrespondenz vom 3. Mai). Die Rheinische Volks-Halle 89, 1.4.1849, [1] sagte schon im April den deutschen Brüderkrieg voraus und erzählte später, Nr. 123, 6.5.1849, [1], die Anekdote eines Berliner Leichenwagens, der der kleindeutschen Kaiserdeputation ein Stückweit gefolgt sei.

<sup>20</sup> Vossische Zeitung 103, 4.5.1849, [1f.].

<sup>21</sup> Vossische Zeitung 107, 9.5.1849, [1f.].

gen die Mehrheit der Paulskirche sah sie dann bestätigt. Und damit sind wir beim Thema: Als der Aufstand tatsächlich ausgebrochen war, konnte man verschiedene Erwartungen und Befürchtungen bestätigt sehen. So die liberale Kölnische Zeitung: Sie hatte am 3. Mai, angesichts eines offensichtlichen Versagens Preußens vor seinem deutschen Beruf, ihrer Furcht vor einer Widerkehr der Revolution Ausdruck gegeben,<sup>22</sup> und sie konnte am 8. Mai daran anknüpfen: »Der Conflict der Interessen«, von welchem wir neulich sprachen, hat in der befürchteten unheilvollen Wendung das Stadium des blutigen Kampfes bereits betreten. Zu Dresden zuerst ist die offene Revolution auf den deutschen Boden zurückgekehrt.«<sup>23</sup>

Der Korrespondent der Allgemeinen Zeitung schrieb am 4. Mai nach Augsburg: »So hat es denn geschehen müssen, daß die deutsche Verfassung bei uns ihre Bluttaufe erhalten hat«,<sup>24</sup> und am Sonntag hieß es aus seiner Feder weiter: »Das schöne Dresden baut sich sein Mausoleum mit der deutschen Verfassung.«<sup>25</sup> Am 10. Mai schließlich diagnostiziert er bereits einen »Wendepunkt für Deutschland's Geschichte«.<sup>26</sup>

Die Rheinische Volks-Halle stellte dagegen den Dresdner Maiaufstand von vornherein in den breiteren Rahmen der Wahrnehmung eines sich ausbreitenden Flächenbrandes der Revolution, in dem für sie zugleich die kleindeutschen »Constitutionellen« den Offenbarungseid ablegten.<sup>27</sup> Und die schon genannte Vossische Zeitung schrieb:

»Man wollte nicht glauben, daß die konstitutionelle Partei der Paulskirche einer Lieblingsidee zu Gefallen sich ganz ihren Feinden hingab und auslieferte: jetzt zeigt sich: die Reihen der Rechten sind gelichtet, der Convent ist fertig [...] Jetzt wissen wir, was es heißen sollte, an die »Mithilfe des Volkes« appelliren: die Vorgänge in Dresden und Leipzig geben die authentische Interpretation. Wir behaupteten schon lange, daß in der Verfassung [...] die Republik angelegt, ja enthalten sei.«<sup>28</sup>

Unter umgekehrtem Vorzeichen konnte die Mainzer Zeitung am 7. Mai nur feststellen: »Der Sturm ist losgebrochen!«<sup>29</sup> und veröffentlichte ab sofort zwei Ausgaben pro Tag.<sup>30</sup>

In »Dresden« fanden also Zeitungen verschiedener politischer Richtungen die Inkarnation einer neuen Krise. Dresden erschien als eine Art Fanal für einen neuen, gewaltsamen Revolutionsausbruch. Und: in der Wahrnehmung der Situation in Deutschland klärten sich die Fronten – entsprechend der jeweiligen politischen Richtung hatte man jetzt dezidiert politische Stellung zu beziehen.<sup>31</sup> Dies beeinflusste nun die Perzeption und Beurteilung der badischen Mairevolution.<sup>32</sup>

<sup>22</sup> »Der Conflict der Interessen«, Kölnische Zeitung 105, 3.5.1849, [1].

<sup>23</sup> »Die Ereignisse in Sachsen«, Kölnische Zeitung 109, 8.5.1849, [1].

<sup>24</sup> Nr. 127, 7.5.1849.

<sup>25</sup> Allgemeine Zeitung 128, 8.5.1849, Außerordentliche Beilage, [1].

<sup>26</sup> Allgemeine Zeitung 136, 16.5.1849, Beilage, 2097. Hier werden auch Meldungen kolportiert, Bergleute hätten mit dem Bau unterirdischer Gänge eine Sprengung des Schlosses vorgearbeitet.

<sup>27</sup> »Revolution und Reaction«, Rheinische Volks-Halle 133, 16.5.1849, [1] (die Meldungen aus Rastatt lagen hier noch nicht vor). 135, 17.5.1849, [1]. Rheinische Volks-Halle, Außerordentliche Beilage, 7.5.1849, [1].

<sup>28</sup> Vossische Zeitung 107, 9.5.1849, [2].

<sup>29</sup> Mainzer Zeitung 109, 8.5.1849, [1].

<sup>30</sup> Mainzer Zeitung 109, 8.5.1849, [2].

<sup>31</sup> Ausdrücklich hielt dies z. B. die republikanische Berliner National-Zeitung 127, 13.5.1849, [1] in einem Kommentar mit dem Titel »Die neueste Wendung der europäischen Bewegung« fest. Wendungen wie »Freilich fällt manchem jetzt die Binde von den Augen«, Vossische Zeitung 107, 9.5.1849, [1], gehören auch hierher.

<sup>32</sup> Dies gilt, obwohl sich die Sezession der Pfalz von Bayern schon Ende April abgezeichnet hatte. Vor allem die Volksversammlung in Kaiserslautern ist hier wichtig, z. B. Allgemeine Zeitung 125, 5.5.1849, 1919,

Dabei ist freilich eine deutliche Regionalität der Zeitungen in ihrer Identifikation mit Nord- bzw. Süddeutschland zu berücksichtigen. Scharf zeigt sich dies etwa an der Vossischen Zeitung. Sie erklärte am 12. Mai, wobei hier sicher auch der Wunsch der Vater des Gedankens war, mit dem Eingreifen Preußens in Sachsen sei der Fall entschieden: nämlich für Norddeutschland abgetan; was der Süden täte, sei ohne große Bedeutung.<sup>33</sup> Bezüglich Badens genügt ihr im wesentlichen die Notiz der dort zutage tretenden »Sittenlosigkeit«; <sup>34</sup> ansonsten erscheint Baden als ein rein militärisches Problem. Umgekehrt stellte die demokratische, süddeutsche Mittelrheinische Zeitung schon am 4. Mai die Gefahr einer Trennung von Nord- und Süddeutschland heraus,<sup>35</sup> und der Korrespondent der Mainzer Zeitung schrieb am 14. Mai aus Baden: »Süddeutschland hat jetzt Deutschlands Ehre und Zukunft vielleicht für Jahrzehnte zu retten«;<sup>36</sup> die Besinnung aufs Regionale wirkt hier, auch wenn sie sich als Fortsetzung radikaler Politik verstanden wissen will, doch resignativ. Sie mußte einen Kommentar mit dem Eingeständnis beginnen: »Es scheint, als frage man sich an manchen Orten, warum denn endlich Baden jetzt eine Revolution gemacht habe«.<sup>37</sup>

Tatsächlich war, wenn nicht alles täuscht, das Medienecho der badischen Ereignisse ganz allgemein deutlich geringer, als das der Dresdner. Die »Anarchie auf der breitesten Grundlage«, die man in Baden fand<sup>38</sup> – für die bayerische Pfalz machte sogar das Wort von der »liebenswertesten Anarchie« die Runde<sup>39</sup> –, schien Deutschland als Ganzes nicht mehr so sehr zu berühren. Dies hängt sicher an der regionalen Sonderrolle, die man dem Südwesten zuschrieb, es hat aber eben auch mit einer Klärung der Fronten zu tun, die sich Anfang April und im Zuge des Dresdner Aufstandes vollzog.<sup>40</sup> In der konservativen und der konservativ-liberalen Wahrnehmung hatte sich zudem wohl schlicht das preußische Heer bewährt,<sup>41</sup> die Gefahr schien nicht mehr so groß, und, wie sich die Vossische Zeitung ausdrückte, »die Verhältnisse in Sachsen bieten jetzt Gelegenheit dazu, mit vollster Entschiedenheit gegen die Anführer aller dieser Unterwühlungen« vorzugehen.<sup>42</sup> Und man versuchte rasch, sich politisch umzuorientieren. Die Kölnische Zeitung hatte am 8. Mai an die »Stimme des preußischen Volkes selber« appel-

Korrespondenz aus Speyer vom 4.5.; Neue Deutsche Dorf-Zeitung 67, 8.5.1849, [1] (»In der Pfalz hat die förmliche Revolution begonnen«). Deutsches Volksblatt 110, 9.5.1849, 445f.

<sup>33</sup> Vossische Zeitung 110, 12.5.1849, [2f.]; vgl. auch 107, 9.5.1849, [2]: »Ihr werdet zeitig genug anderen Sinnes werden, wenn vom Südwesten die Anarchie heraufdrängt, dann muß Preußen der Fels sein« etc.; auch folgender Bericht ist bemerkenswert, Vossische Zeitung 118, 23.5.1849, [3]: »Der Umschwung der öffentlichen Meinung, welcher sich in unserer Hauptstadt in so vielfachen und überraschenden Erscheinungen auf die unzweideutigste Weise kund gibt, scheint ein entschiedener zu sein. Die Zeit der Ebbe ist eingetreten, die hochgeschwellenen Wasser ziehen sich zurück. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Bewegung in Norddeutschland im umgekehrten Verhältniß zu jener in Süddeutschland sich gestalten würde«.

<sup>34</sup> Vossische Zeitung 118, 23.5.1849, [2].

<sup>35</sup> Mittelrheinische Zeitung 104, 4.5.1849, 413.

<sup>36</sup> Mainzer Zeitung 118, 17.5.1849, Erste Ausgabe, [1].

<sup>37</sup> Mainzer Zeitung 122, 21.5.1849, [1].

<sup>38</sup> Allgemeine Zeitung 140, 20.5.1849, Beilage, 2162 (Basel, 16.5.).

<sup>39</sup> In einer Korrespondenz vom 5. Mai, Karlsruher Zeitung 108, 8.5.1849, [2] und Deutsches Volksblatt 110, 9.5.1849, 446.

<sup>40</sup> Die Mittelrheinische Zeitung schrieb schon in Nr. 103, 3.5.1849, 409: »Endlich wird es Tag! Endlich fallen die Schuppen von aller Augen! Endlich gibt es keine Verstellung mehr!« Für die demokratische Zeitung ist nach den Kammerauflösungen klar, daß ein umfassender »Plan einer Contrerevolution« nun zur Ausführung kommt, Nr. 104, 4.5.1849, 413; vgl. 102, 2.5.1849, 406.

<sup>41</sup> Die Standhaftigkeit des Militärs beschwört mehrfach die Vossische Zeitung 106, 8.5.1849, [4].

<sup>42</sup> Vossische Zeitung 105, 6.5.1849, [4].

liert<sup>43</sup> und noch am 12. Mai unter dem Eindruck des Aufstandes in Dresden geschrieben: »In der Verzweiflung unseres Herzens rufen wir alles vergossene Blut auf das Haupt der meineidigen Contre-Revolution und flehen zu unseren Mitbürgern, festzuhalten an Mäßigung und Gesetzlichkeit!«<sup>44</sup> – in den ersten Berichten über die Ereignisse in Baden war dagegen nur von den »beispiellosesten Umtrieben und einem teuflischen Betragen der Rothen« die Rede,<sup>45</sup> und das prägte den Tonfall der Berichte in der Folge. Ein Kommentar am 23. Mai schob alle Schuld dem revolutionären Pöbel zu und stellte fest, der badische Aufstand sei »nichts als eine durchaus unsittliche, verdammenswerte Empörung«.<sup>46</sup> Die Analyse der »Deutschen Bewegung« (so der Titel des Kommentars) führte zu der Bereitschaft und Forderung, sich ins vermeintlich unabänderliche Schicksal der Hinwendung zu den Regierungen (und der Abwendung von der Reichsverfassung<sup>47</sup>) zu fügen – nicht ohne freilich diese Regierungen in altgeübter Manier unter Verweis auf die Aufstände zu »mahnen«. Am 27. Mai schließlich erklärte sie sich in diesem Sinne auch mit der »Dictatur« einverstanden.<sup>48</sup>

Ein Kommentar der Allgemeinen Zeitung vom 11. Mai, betitelt »Noch ein vergebliches Wort«, sah unterm Eindruck des Dresdner Aufstandes nun in der Kampagne für die Reichsverfassung eine Revolution »im schlimmsten Sinne des Wortes« entstehen, er gab seiner Gewißheit Ausdruck, daß aus Barrikadenkämpfen nur die »rothe Republik« entstehen könne, und er beschwor eindringlich die nun von der Linken drohende Gefahr.<sup>49</sup>

Wenn schließlich die Deutsche Zeitung am 10. Mai schrieb: »Wer Wind säet wird Sturm ernten« [...] Die Nachrichten aus Sachsen, aus der Rheinpfalz, aus dem ganzen Südwesten Deutschlands verkünden den nahen Sturm, den Deutschland der nichtswürdigen und gewissenlosen Politik jener »Großmächte« zu verdanken hat. [...] Durch den ganzen Süden und Westen sind die Minen gelegt und gefüllt,<sup>50</sup> so sieht dies zwar zunächst nach einer Kontinuität der Krisenwahrnehmung aus; doch während die Klage über das Abkommen vom gesetzlichen Weg in Sachsen noch mit einer Mahnung an die »Könige« verbunden gewesen war,<sup>51</sup> fand sich kurz darauf, nach den Meldungen von der »Meuterei in der Festung Rastatt«,<sup>52</sup> die »Katastrophe« in Baden als ein »wilder und zügelloser Militäraufstand« abgetan. Die Zeitung gab den Grund für ihre Einschätzung wie folgt an: »Während anderwärts das Widerstreben der Regierungen und Dynastien zum Theil einen Vorwand gab für die revolutionäre Praxis, war hier jede Berufung auf die Verfassung ganz sinnlos und das Bestreben über sie hinweg zu einem andern Ziele zu gelangen, war nicht einmal durch einen durchsichtigen Schleier zu verhüllen.«<sup>53</sup> Gleichzeitig würdigte die Zeitung von einem moralischen Standpunkt aus noch zu diesem Zeitpunkt die Revolutionäre in Dresden: »Wenn irgend etwas an diesem traurigsten aller Kämpfe erfreulich sein kann, der mit einer Erhebung für die

<sup>43</sup> Kölnische Zeitung 109, 8.5.1849, [1].

<sup>44</sup> Kölnische Zeitung 113, 12.5.1849, [1].

<sup>45</sup> Kölnische Zeitung 116, 16.5.1849, [3] (Korrespondenz aus Karlsruhe vom 13.5.).

<sup>46</sup> Kölnische Zeitung 122, 23.5.1849, [1].

<sup>47</sup> Die Einstimmung auf eine okroyierte Verfassung in der Fortsetzung des genannten Kommentars, Kölnische Zeitung 124, 25.5.1849, [1].

<sup>48</sup> Kölnische Zeitung 126, 27.5.1849, [1]. In der Allgemeinen Zeitung 128, 8.5., Beilage, 1973, findet sich eine Korrespondenz aus Dresden vom 3.5. nachgetragen, in der gegenüber der Verblendung des preußischen Königs Gagern als »Dictator« vorgeschlagen wurde.

<sup>49</sup> Allgemeine Zeitung 131, 11.5.1849, Beilage, 2021.

<sup>50</sup> Deutsche Zeitung 129, 10.5.1849, 1025.

<sup>51</sup> Deutsche Zeitung 127, 8.5.1849, 1010f.

<sup>52</sup> Deutsche Zeitung 133, 14.5.1849, 1061.

<sup>53</sup> Deutsche Zeitung 135, 16.5.1849, 1073.

Deutsche Sache begann, in der Verwirrung sein Banner an republikanische Fäuste verlor und endlich, die letztere Thatsache steht fest, in Blut und Trümmern erstickt ward, so ist es die Tapferkeit, mit der von beiden Seiten gestritten wurde.«<sup>54</sup> Die Aufständischen fanden deutliches Lob, vor allem angesichts der »rücksichtslosen Mordlust« der Soldaten. Zudem schieben die Dresdner Maiereignisse der Deutschen Zeitung durch Spontaneität geprägt, während ihr der Aufruhr in Baden als ein vorbereiteter Schlag galt.<sup>55</sup>

Auch die katholische Rheinische Volks-Halle, die grundsätzlich froh war, die Reichsverfassung diskreditiert zu sehen, verurteilte erst in einem Kommentar vom 15. Mai den Dresdner Aufstand völlig: »Schon stellt sich heraus, daß der Aufstand in Dresden von den Rothen angezettelt war [...] Die sehr wahrscheinliche Sage geht, daß die größeren und kleineren Aufstände dieser letzten Tage vereinzelte und vielleicht voreilige Ausbrüche einer weitverbreiteten Verschwörung waren. Unverkennbar tritt in Baden zu Tage, was kurz zuvor noch der Schleier deckte.«<sup>56</sup>

Die Vossische Zeitung schließlich brach am 9. Mai den Stab über die Verfassung: erwachsen aus einer Erhebung, die nur zum Teil von nationalem Interesse, zum Teil aber »von socialen Träumereien« geleitet gewesen sei, zeige sich die Verfassung nun, nach den Vorgängen in Leipzig und Dresden, als »durchaus [...] aller Civilisation feindlich«. Mit ihr nämlich lasse sich »auf legalem Wege die Republik, die sociale Republik, und jedenfalls die Anarchie herbeiführen.«<sup>57</sup>

Damit schließt sich der Kreis, der hier gezogen werden sollte: Im Kommunikationsereignis Revolution stellt, so die These, der Dresdner Aufstand eine Wasserscheide dar. Bekannt sind die politischen Weichenstellungen dieser Zeit: Die fragile Koalition radikaler und liberaler Kräfte kam an ihr Ende, der politische Katholizismus fand zur Dankbarkeit gegenüber dem preußischen König,<sup>58</sup> die Konstitutionellen bequemen sich in den Verzicht auf die Reichsverfassung, und die Demokraten sahen sich auf regionale Horizonte zurückgeworfen. Hier ist interessant, daß die badischen Ereignisse tiefer reichten als die Dresdner und deshalb zu Recht von einer Revolution im Gegensatz zu einem Aufstand die Rede ist. Sie zielte im Sinne des Grundgedankens radikaler Politik auf eine deutsche Öffentlichkeit,<sup>59</sup> sie konnte diese aber nicht mehr erreichen. Die Öffentlichkeit in Deutschland hatte am Dresdner Aufstand bereits ihr Exempel gefunden und begonnen, sich auf eine veränderte Realität einzustellen. Die badische Revolution wurde nicht mehr wahrgenommen, jedenfalls nicht so, wie sie dies gewünscht hätte.

<sup>54</sup> »Die sächsischen Ereignisse«, Deutsche Zeitung 135, 16.5.1849, Zweite Beilage, [1f.].

<sup>55</sup> Ebd. (»gerade das Gegentheil von einem festen Plan und von irgend welcher Vorbereitung«) und Deutsche Zeitung 136, 17.5.1849, 1089 (Auch daran glaubten wir nicht zweifeln zu dürfen, daß der Schlag ein vorbereiteter war [...] Man treibt nicht die brodlosen Commis voyageurs der Revolution von allen Ecken und Enden zusammen« etc.).

<sup>56</sup> »Die Irrthümer der bairischen Pfalz«, Rheinische Volks-Halle 135, 17.5.1849, Zweite Ausgabe, [1].

<sup>57</sup> Vossische Zeitung 107, 9.5.1849, [2].

<sup>58</sup> Zum Beispiel: Rheinische Volks-Halle 98, 11.4.1849, [1] und 25.5.1849, [1].

<sup>59</sup> Dies gegen Paul Nolte: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850. Tradition – Radikalismus – Republik, Göttingen 1994, zu begründen, ist hier nicht der Ort.

## Rolf Dlubek

### Sachsen im badisch-pfälzischen Aufstand 1849

In der Reichsverfassungskampagne gingen Sachsen nicht nur als erste von der Agitation zur Insurrektion über, eine Reihe sächsischer Demokraten kämpfte nach der Niederschlagung des Dresdner Aufstandes auch in Baden und der Pfalz weiter, wo der in Deutschland begonnene Endkampf zwischen Revolution und Konterrevolution kulminierte.

Ihre Zahl war allerdings nicht sehr groß. Unter den Insurgenten, die bei der Kapitulation der Festung Rastatt in preußische Gefangenschaft gerieten, rangierten unter den 559 Nichtbadenern die 30 Revolutionssoldaten aus Sachsen deutlich hinter Bürgern von Nachbarstaaten wie Württemberg und Hessen-Darmstadt sowie des viel größeren Preußens.<sup>1</sup> In den badischen Verfolgungsakten werden 51 Mitglieder der Revolutionsarmee und insgesamt 80 Teilnehmer des südwestdeutschen Maiaufstandes von 1849 mit dem Herkunftsland Sachsen genannt.<sup>2</sup> Diese engagierten sich aber durchweg unter den entschiedensten Kräften der Aufstandsbewegung und entwickelten eine große Aktivität, weshalb sie dann nach der Niederschlagung des Aufstandes auch von den Verfolgungsmaßnahmen überproportional betroffen wurden.

Am südwestdeutschen Aufstand beteiligten sich sowohl Flüchtlinge der Dresdner Erhebung als auch in Baden bzw. der Pfalz beruflich tätige sächsische Staatsbürger. Ihre viel beschriebene Mobilität hatte nicht wenige Sachsen nach Südwestdeutschland geführt, so Studenten, bei denen die Universität Heidelberg wegen ihrer Freisinnigkeit beliebt war, namentlich aber Handwerksgesellen, deren traditionelle Wanderwege nach Frankreich und der Schweiz über Baden und die Pfalz gingen. Sie blieben hier politisch nicht untätig. Schon am Hecker-Struve-Aufstand im April 1848 hatten sich Sachsen beteiligt. Präsident des Konstanzer Arbeitervereins, der das Hauptkontingent des kleinen Häufleins gestellt hatte, das Hecker bei seinem Ausmarsch aus der Stadt gefolgt war, war beispielsweise der Schreiner Johann Karl Gottlieb Mittag aus Oschatz gewesen<sup>3</sup>, und unter den in Baden in Gefangenschaft geratenen Mitgliedern der Deutschen Legion aus Paris befand sich rund ein Dutzend Sachsen.<sup>4</sup> Während der Reichsverfassungskampagne suchten sowohl flüchtige Teilnehmer der sächsischen Erhebung als auch bereits zuvor in der Pfalz oder in Baden weilende Sachsen den süddeutschen Aufstand vor dem Schicksal Dresdens, vor der blutigen Niederschlagung, zu bewahren. Das ist wohl die Hauptursache dafür, daß die sich hier engagierenden Sachsen durchweg auf dem linken Flügel der Aufstandsbewegung wirkten.

Sachsen wurden zuerst in der Pfalz aktiv, die durch die Konstituierung des Landesverteidigungsausschusses am 2. Mai in Südwestdeutschland die Initiative für eine Volkserhebung ergriffen hatte. »Viele flüchtige Sachsen sind ins Lager der Pfälzer gezogen«, notierte Arnold Ruge, der sich selbst nach Heidelberg begeben hatte, unter dem 14. Mai 1849 in seinem Tagebuch.<sup>5</sup> Der hessische Militärschriftsteller Christian Pabst kritisierte später, vor allem »Westfalen und Sachsen« hätten in der Pfalz »das Volk auf Versammlungen zu harrangie-

<sup>1</sup> Wolfgang von Hippel: Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49, Stuttgart, Berlin, Köln 1998, S. 374.

<sup>2</sup> Heinrich Raab: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, bearb. v. Alexander Mohr, Stuttgart 1998, CD-ROM.

<sup>3</sup> Raab, S. 630.

<sup>4</sup> Raab, CD-ROM

<sup>5</sup> Arnold Ruge: Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825-1880. Hrg. v. Paul Nerlinger, Bd. 2, Berlin 1886, S. 91.

ren« gesucht.<sup>6</sup> Engels hingegen schrieb anerkennend: »Unter den auswärtigen Demokraten in der Pfalz waren ... diejenigen die besten, die so eben aus dem Kampf in ihrer Heimath kamen: die Sachsen und die Rheinpreußen. Die wenigen Sachsen waren meistens in den Centralbüreaux beschäftigt, arbeiteten fleißig und zeichneten sich durch administrative Kenntnisse, ruhigen klaren Verstand und Abwesenheit aller Ansprüche und Illusionen aus.«<sup>7</sup> Auch zu der »roten Kamarilla« um den Kommunisten Karl d'Ester, die die provisorische Regierung in Kaiserslautern zu allen einigermaßen energischen Schritten vorandrängte, gehörten nach Engels »namentlich Dresdner Flüchtlinge«.<sup>8</sup> Ein wichtigeres Betätigungsfeld als in der kleinen Pfalz fanden die Sachsen aber im Großherzogtum Baden, nachdem dort am 13. Mai der Aufstand ausgebrochen war; denn dessen Verlauf war für das Schicksal der Bewegung in Südwestdeutschland ausschlaggebend.

Zwei namhafte sächsische Politiker gelangten in Baden in leitende Positionen: der Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung Wilhelm Adolph von Trützschler und das vormalige Mitglied der provisorischen sächsischen Regierung Samuel Erdmann Tzschirner.

Trützschler, der seit langem in der sächsischen demokratischen Bewegung wirkte, war als Abgeordneter für den Wahlbezirk Oelsnitz/Vogtland in die Nationalversammlung gewählt worden.<sup>9</sup> Zunächst in engem Kontakt mit Robert Blum hatte er sich der demokratischen Fraktion »Donnersberg« angeschlossen, und bei deren Spaltung am 11. April 1849 war er der Führer ihrer entschiedenen Mehrheit geworden.<sup>10</sup> Bei Beginn der bewaffneten Kämpfe gehörte er zusammen mit Friedrich Wilhelm Schlöffel, Friedrich Martiny und Franz Schmidt zu jenen linken Abgeordneten, die die Parlamentsbank verließen und sich ganz der praktischen revolutionären Tätigkeit widmeten. Das Ansinnen der Frankfurter Reichsregentschaft, das Amt des Reichskommissar für die Pfalz zu übernehmen und diese wieder in die Bahnen gesetzlichen Handelns zu bringen, lehnte Trützschler ab. Er stellte sich dem Landesauschuß der badischen Volksvereine zur Verfügung, und dieser übertrug ihm eine schwierige Aufgabe, als er ihn am 26. Mai zum Regierungsdirektor für den badischen Unterrheinkreis und zum Zivilkommissar der Stadt Mannheim ernannte.<sup>11</sup>

Der badische Unterrheinkreis wurde früh durch die anrückenden Interventionstruppen bedroht, und in Mannheim regte sich unter Beamten und gutsituierten Bürgern Widerstand gegen die Insurrektion. Das positive Urteil, das der zeitgenössische Biograph Trützschlers über dessen Tätigkeit in dieser Bewährungssituation gab<sup>12</sup>, wird durch die Untersuchungsakten im badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe und durch neuere Forschungen bestätigt.<sup>13</sup> Trützschler

<sup>6</sup> [Christian Pabst]: Der Feldzug gegen die badisch-pfälzische Insurrektion im Jahre 1849, mit besonderer Beziehung auf das Neckar-Korps, namentlich die Großherzoglich-Hessische Armeedivision, Darmstadt 1850, S. 20.

<sup>7</sup> Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, In: Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Bd. I/10, Berlin 1977, S. 37-118, hier S. 75.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>9</sup> Zur Biographie siehe Hans Schröter: Wilhelm Adolph von Trützschler – ein vergessener Demokrat, in: Mannheimer Hefte 1 (1981), S. 42-51. Heinrich Best/Wilhelm Weege: Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996, S. 339.

<sup>10</sup> Gunther Hildebrandt: Parlamentsopposition auf Linkskurs. Die kleinbürgerlich-demokratische Fraktion Donnersberg in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Berlin 1975, S. 199f.

<sup>11</sup> Raab, S. 955, 956.

<sup>12</sup> Carl Rosen: Adolph von Trützschler, sein Leben und Ende, Dresden 1850, S. 7.

<sup>13</sup> Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler. Mit Beiträgen von Hans Fenske und Erich Schneider, Ubstadt-Weiher 1998, S. 310–312. Peter Blastenbri: Mannheim in der Revolution 1848/49, Mannheim 1997, passim.

wurde dank seines Organisationstalents und seiner revolutionären Konsequenz zum tüchtigsten der vier badischen Kreisdirektoren. Otto von Corvin-Wiersbitzki, der Kommandeur der Mannheimer Volkswehr, hat in seinen Erinnerungen geschildert, wie Trützschler in seiner blauen Bluse vom frühen Morgen bis zum späten Abend rastlos tätig war und ebenso ruhig und besonnen wie energisch und entschieden handeln konnte.<sup>14</sup>

Trotz zunehmenden Widerstandes trieb Trützschler die Aufstellung der Volkswehren und die Schanzarbeiten zur Verteidigung von Mannheim voran. Er orientierte sich nicht an der provisorischen Regierung in Karlsruhe, die sich bald bemühte, die Bewegung in Baden wieder in konstitutionelle Bahnen zurückzuführen, sondern an Ludwig Mieroslawski, der am 10. Juni das Oberkommando der badisch-pfälzischen Truppen übernahm und eine offensive Verteidigung gegen die anrückenden Invasionstruppen durchzusetzen suchte. Auf Trützschlers Anweisung zahlte die Mannheimer Stadtkasse bis Mitte Juni 7500 Gulden für Ausrüstung und Verpflegung der Volkswehrmänner und Freischärler aus, darunter 1150 Gulden für die durch Mannheim in die Pfalz ziehenden Kompanie Besançon des Willichschen Freikorps, die aus kommunistisch gesinnten Arbeitern bestand.<sup>15</sup> Als beim Anrücken preußischer Truppen Mieroslawski dem Mannheimer Gemeinderat auf der Kettenbrücke den Belagerungszustand über die Stadt verkündete, übersetzte Trützschler seine Rede und identifizierte sich mit dieser durch seine Kommentare.<sup>16</sup> Er scheute sich auch nicht, die ihm von dem General übertragenen diktatorischen Vollmachten anzuwenden. Zwei prominente Rechtsliberale, die sich seinen Anweisungen widersetzen, wurden verhaftet. Da die Bürgerwehr der Herd des Widerstandes war, ließ Trützschler ihre Schützenkompanie entwaffnen.

Nicht zuletzt dank Trützschlers energischem politischen Regime konnten die Revolutions-truppen von Mannheim aus ab 15. Juni ein Bombardement von Ludwigshafen vornehmen, welches tagelang vereitelte, daß das rechts des Rheins anrückende Preußische 2. Armeekorps den Neckar überschritt, und Mieroslawski Luft schaffte für Gegenangriffe gegen das durch den Odenwald vordringenden Armeekorps der Reichstruppen bei Großsachsen am 16. Juni und dann gegen das nach der Einnahme der Pfalz über den Rhein gegangene Preußische 1. Armeekorps bei Waghäusel am 21. Juni. Als nach dem Verlust dieser Schlacht Mannheim nicht mehr zu halten war, suchte Trützschler einen geordneten Abzug aus der Stadt zu organisieren.<sup>17</sup> In letzter Minute wollte er noch die Kreiskasse wegführen. Dabei wurde er von Bürgerwehrmännern und meuternden Dragonern am 22. Juni festgenommen und den Preußen ausgeliefert.

Samuel Erdmann Tzschimer, das energischste Mitglied der sächsischen Revolutionsregierung<sup>18</sup>, stellte sich nach Niederschlagung des Dresdner Aufstandes ebenfalls dem badischen Landesverteidigungsausschuß zur Verfügung. In dessen Auftrag reiste er am 23. Mai zunächst zu Waffenkäufen in die Schweiz.<sup>19</sup> Nach Karlsruhe zurückgekehrt, sah Tzschimer mit zunehmender Beunruhigung und Entrüstung, wie die am 2. Juni gebildete badische provisorische Regierung unter Peter Lorenz Brentano, der seine Hoffnungen auf einen Kompromiß mit dem badischen Großherzog setzte, immer deutlicher einen antirevolutionären Kurs ver-

<sup>14</sup> Otto von Corvin[-Wiersbitzki]: *Erinnerungen aus meinem Leben*. Bd. 3, 2. Aufl., Leipzig 1880, S. 33ff.

<sup>15</sup> Generallandesarchiv Karlsruhe 237/16832: 9.

<sup>16</sup> Ludwig Häusser: *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution*, Heidelberg 1851, S. 569.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 595.

<sup>18</sup> Zur Biographie siehe Rolf Weber: Samuel Erdmann Tzschimer, in: *Männer der Revolution von 1848*. Hrsg. vom Arbeitskreis Vorgeschichte und Geschichte der Revolution von 1848/49, Berlin 1970, 2., durchges. Aufl. Berlin 1987, S. 297-328.

<sup>19</sup> Häusser, S. 448, Raab, S. 957.

folgte. Die Erfahrungen der blutig niedergeschlagenen sächsischen Erhebung vor Augen, war Tzschirner überzeugt, daß nur eine rechtzeitige Offensive gegen die sich sammelnden konterrevolutionären Truppen den badisch-pfälzischen Aufstand vor der Niederschlagung bewahren konnte. Er wurde der Mittelpunkt jener Flüchtlinge aus anderen deutschen Staaten, die im Verein mit den radikalen badischen Republikanern um Gustav Struve in Opposition gegen die Regierung Brentano traten.

Nach dem Urteil von Johann Philipp Becker, dessen Arbeiterfreischärler in der badischen Residenzstadt den wichtigsten Rückhalt der Opposition bildeten, war Tzschirner der Spiritus rector des Klubs des entschiedenen Fortschritts, der am 5. Juni als Organ der Opposition in Karlsruhe gegründet wurde, wenn auch Struve zu dessen Leiter gewählt wurde. Tzschirner bewies nicht nur revolutionäre Energie, sondern auch Augenmaß und diplomatisches Geschick. Sein Auftreten in der Gründungssitzung des Klubs in einem Saal des Karlsruher Rathauses hat Becker eindrucksvoll geschildert: »Tzschirner, der bescheiden hinter einer Fensternische stand, spann sodann in langsamer, sicher gesprochener Rede die Fäden seiner Politik ab. Alle blickten aufmerksam dem kleinen, stämmigen Manne in das feste, helle Auge; sie ahnten, daß er etwas Andres sagen wollte, als in den mäßigen Worten seiner Rede und in dem ruhigen Tone seiner Stimme lag. Er vermied es sorgfältig, die Leidenschaften, die sein Vortrag zu erregen berechnete, selbst zu zeigen. Auch sprach er so, daß die Hauptsache, seine tödtliche Feindschaft gegen die bestehende Regierung, mehr aus den von ihm geschilderten Tatsachen hervorging und erraten werden konnte, als direkt angedeutet wurde. Er entwickelte, wie die gegenwärtige provisorische Regierung von Baden die Revolution nicht in dem Sinne zu begreifen und zu leiten scheine, wie die Gefahr des Vaterlandes es erheische. Er legte sodann einen Antrag vor, welche die allgemeinen Forderungen der Demokraten an die Regierung in elf einzelnen Punkten detaillierte.«<sup>20</sup>

Die von Tzschirner formulierten und begründeten Forderungen des Klubs verlangten eine offensive Kriegsführung nach außen und eine Politik zur Mobilisierung der revolutionären Reserven im Inneren. Sie beinhalteten, was unbedingt getan werden mußte, wenn Baden nicht wehrlos zum Opfer der militärischen Intervention werden wollte, rechtfertigten hingegen keineswegs den von Brentano erhobenen Vorwurf von Putschabsichten. Die entschiedenen Kräfte waren jedoch in Baden und besonders in Karlsruhe zu schwach, um gegenüber der Regierung eine politische Kursänderung durchsetzen zu können. Die scharfe Reaktion Brentanos und die Abkommandierung von Beckers Arbeiterfreischaren an die Front, zwang den Klub zur Auflösung, und Tzschirner verließ daraufhin Baden.

Er begab sich in die Pfalz, wo er in den Verwaltungen in Kaiserslautern gleichgesinnte Landsleute wußte. Auch hier nahm er eine entschiedene Haltung ein. Als Friedrich Engels wegen kritischer Äußerungen über die Unentschlossenheit der pfälzischen Provisorischen Regierung am 10. Juni in Kirchheimbolanden verhaftet und nach Kaiserslautern verbracht wurde, setzte sich Tzschirner, der eben hier eingetroffen war, zusammen mit Karl d'Ester energisch für seine Freilassung ein. Engels gab ihm anschließend eine Nachricht für Freunde in dem in Kirchheimbolanden stationierten Rhein Hessischen Freikorps mit, das Tzschirner aufsuchte.<sup>21</sup> Wie Rolf Weber in seiner biographischen Skizze zu Recht urteilte, wuchs Tzschirner mit seiner Haltung

<sup>20</sup> Johann Philipp Becker/Christian Esselen: Geschichte der süddeutschen Mairevolution des Jahres 1849, Genf 1849, S. 172.

<sup>21</sup> Engels, S. 83, 84.

in Baden und der Pfalz politisch über die Positionen hinaus, die er als Chef der sächsischen Revolutionsregierung eingenommen hatte.<sup>22</sup>

Andere im südwestdeutschen Aufstand tätige sächsische Demokraten gelangten nicht in so hervorgehobene Positionen wie Trützschler und Tzschimer, wurden aber auf mittlerer Ebene aktiv. Nur drei von ihnen können hier genannt werden.

Der bekannteste von ihnen war der Schriftsteller August Friedrich Peters, Freund und späterer Ehemann von Louise Otto.<sup>23</sup> Er hatte vergeblich versucht, mit Freischärlern aus dem Erzgebirge zum Dresdner Aufstand vorzustoßen, und wollte nach dessen Niederschlagung erst recht weiterkämpfen. Zusammen mit einer Reihe seiner Leute schlug er sich durch Thüringen wie andere Sachsen nach der Pfalz durch.<sup>24</sup> Da er einen mehrjährigen Militärdienst hinter sich hatte, konnte er sowohl Verwaltungsarbeiten wie militärische Aufgaben übernehmen. Er wurde zunächst Quartiermeister beim Rheinhessischen Freikorps. Nachdem dieses sich mit den Pfälzer Truppen nach Baden zurückgezogen hatte, war er als solcher vom 21. bis 25. Juni in Karlsruhe tätig. Kurzzeitig soll er auch der Deutschen Legion aus der Schweiz, der radikalsten Freischar in Baden, angehört haben.<sup>25</sup> Später tat er sich in der Festung Rastatt hervor.

Peters arbeitete zeitweise als Kanzlist beim Festungskommandanten Tiedemann und beim Generalstabschef Otto von Corvin-Wirsbitzki. Dann übernahm er den Befehl über eine von ihrem Kommandeur verlassene Volkwehrrabteilung und wurde Hauptmann in der Lunette 33 von Rastatt. Er zeichnete sich aus bei dem bedeutendsten Ausfall aus der Festung, der am 8. Juli 1849 unternommen wurde. Mit dem Säbel in der Hand hielt er eine Volkwehreinheit, das Kenzinger Aufgebot, vom Rückzug ab. Peters trat auch dem Klub des entschiedensten Fortschritts bei, dem radikaleren Nachfolger des Karlsruher Klubs, den sozialrepublikanische Mitglieder der Festungsbesatzung bildeten. Er protokollierte als Schriftführer einen Beschluß des Klubs vom 18. Juli, der vom Gouverneur forderte, die Festung als Fanal des internationalen Kampfes für die soziale Demokratie bis zum Äußersten zu halten.<sup>26</sup>

Zu den Sachsen, die auf mittlerer Ebene tätig wurden, gehörte weiter der Lehrer und Konrektor Eduard Lindemann aus Zwickau, der in Mannheim auf Empfehlung Trützschlers Adjutant des Volkwehrrabteilungskommandanten Otto von Corvin-Wiersbitzki wurde. Dieser bezeichnet ihn als »Vollblutdemokraten«. Er habe ihn allerdings »im Bureau besser brauchen« können »als im Feld, schon weil er mit der Feder bei weitem besser als mit seinem Pferde umzugehen verstand.«<sup>27</sup> Immerhin befahl Lindemann aber die Entwaffnung des Schützenkorps der Mannheimer Bürgerwehr. Am 22. Juni 1849 wurde er mit der Waffe in der Hand festgenommen.<sup>28</sup>

Erwähnt sei noch der Klempner *Heinrich Dietz* aus Schneeberg. Er war mit einer Gruppe von Freischärlern aus seinem Heimatort dem Dresdner Aufstand zu Hilfe geeilt<sup>29</sup> und kam nach dessen Scheitern nach Baden. Am 5. Juni wurde er in Heidelberg zum Offizier in der

<sup>22</sup> Weber, S. 324.

<sup>23</sup> Siegfried Sieber: Ein Romantiker wird Revolutionär. Lebensgeschichte des Freiheitskämpfers August Peters und seiner Gemahlin, Louise Otto-Peters, der Vorkämpferin deutscher Frauen, Dresden o. J. (1948?), Auguste Schmidt/Hugo Rösch: Louise Otto-Peters, die Dichterin und Vorkämpferin für Frauenrechte. Ein Lebensbild, Leipzig 1898.

<sup>24</sup> Sieber, S. 50.

<sup>25</sup> Raab, S. 699.

<sup>26</sup> Staatsarchiv Freiburg: A 27/3 Nr. 330, Der Festungsbote, Rastatt, 21. Juni 1849.

<sup>27</sup> Corvin, S. 50.

<sup>28</sup> Raab, S. 573.

<sup>29</sup> Sieber, S. 50.

hale Rechtsamtskandidaten Ferdinand Luchesi<sup>36</sup>, ein langes Sündenregister auf und verurteilte ihn zum Tode.<sup>37</sup>

Die Kompanie, auch »Robert Blums Rächerkorps« genannt, war verschiedentlich Gegenstand von Kritik. Engels verspottete sie wegen ihres martialischen Auftretens.<sup>38</sup> Aber sie bestand nicht nur aus Renommierern. Während des Feldzugs schloß sie sich den Freischaren an, die dem Oberbefehl August Willichs unterstanden.<sup>39</sup> In der Schlacht an der Murg am 29. Juni kämpfte sie mit den Pfälzer Volkswehren auf dem äußersten linken Flügel der Neckarfront, bei Gernsbach.

In dem entscheidenden Kampf um die Murgbrücke legte sie einen verzweiflungsvollen Enthusiasmus an den Tag. Ein im allgemeinen zuverlässiger zeitgenössischer Autor berichtete darüber 1851 in einem Supplementband zum Brockhaus: Der Feind beschloß »den Ort mit Granaten, in der Absicht, ihn in Brand zu stecken. Unterdessen hielt eine Abteilung der Robert-Blumkompanie vor der Barrikade, und ließ sich von dem aus den gegenüberliegenden Häusern feuernden Feinde dezimieren. 24 Mann dieser Kompanie fielen ... Erst nachdem der Feind Gernsbach am Ende in Brand geschossen, vermochte er herüberzudringen.«<sup>40</sup> Nach einer anderen Quelle wurde die Kompanie in diesem verlustreichen Gefecht durch ihren Trompeter angefeuert, einen Jungen, der schließlich selbst zum Gewehr griff und dann noch glücklich entkam.<sup>41</sup>

Nach der Umgehung der Murgfront suchte ein Teil der Kompanie in der Festung Rastatt Zuflucht – nach einer hier angefertigten Liste 35 Mann<sup>42</sup>, die mit Versprengten anderer Freischaren dem von dem früheren Kommandeur der Deutsch-polnischen Legion Eduard Knoll gebildeten Freikorps eingegliedert wurden<sup>43</sup>. Ein anderer Teil beteiligte sich noch an dem von Johann Philipp Becker mit Freischaren und Artillerie bestrittenen mehrstündigem Gefecht bei Kuppenheim am 30. Juni 1849<sup>44</sup> sowie an dem letzten Rückzugsgefecht bei Oos am gleichen Tage. In dem Gefecht bei Oos erbeuteten todesmutige Freischärler durch einen überraschenden Feuerüberfall auf die siegestrunken vorrückenden Reichstruppen aus den Häusern von Oos noch eine mecklenburgische Haubitze, die sie als Trophäe in die Schweiz mitführten.<sup>45</sup> Die von Pfälzer Sozialrepublikanern 1849 veröffentlichte Darstellung der Reichsverfassungskampagne, betitelt »Die wandernde Barrikade«, enthält unter anderem Gedichte über die Erbeutung der mecklenburgischen Haubitze im Gefecht bei Oos sowie über die Kompanie Robert Blum und ihren kleinen Trompeter.

Entsprechend der Aktivität und Entschiedenheit, mit der Sachsen im badisch-pfälzischen Aufstand hervorgetreten waren, trafen sie die Verfolgungsmaßnahmen der Sieger hart. Von 26 aufgrund von Standgerichtsurteilen füsilierten Teilnehmern des badisch-pfälzischen Auf-

<sup>36</sup> Raab, S. 584.

<sup>37</sup> Joachim Kermann: Der historische Tabakschuppen zu Harthausen (Pfalz), in: Mitteilungen des historischen Vereins der Pfalz, Bd. 94, Speyer 1996, S. 297-365, hier S. 312-338. Rhein-Neckar-Raum, S. 257, 402.

<sup>38</sup> Engels, S. 100, 102.

<sup>39</sup> Staroste, Band 1, S. 320.

<sup>40</sup> Der Pfälzisch-badische Krieg im Jahre 1849, in: Die Gegenwart, Bd. 5, Leipzig 1851, S. 128-168, hier S. 163.

<sup>41</sup> Die wandernde Barrikade, oder: die württembergische, pfälzische und badische Revolution. Wohl geleimt und wohl gereimt in drei Aufzügen, mit der ganzen türkischen Musik, Bern 1849, S. 99-102.

<sup>42</sup> Generallandesarchiv Karlsruhe 237/2954: 87.

<sup>43</sup> Ebenda, 91.

<sup>44</sup> Becker/Esselen, S. 411.

<sup>45</sup> Staroste, Band 2, S. 94.

standes waren vier Sachsen. In Mannheim fiel unter den Kugeln preußischer Hinrichtungspeletons am 14. August Wilhelm Adolph von Trützschler und am 20. September Heinrich Dietz. Große Anteilnahme fand die Exekution Trützschlers, der sich in dem Hochverratsprozeß gegen ihn, der im Saal des Mannheimer Kaufhauses durchgeführt worden war, mutig verteidigt hatte.<sup>46</sup> Über die Füsiliierung von Dietz hielt ein Soldat in seinem heute im Stadtarchiv Rastatt aufbewahrten Tagebuch fest: »Heute früh um 5 Uhr morgens ist der Klempner Heinrich Dietz von Schneeberg in Sachsen erschossen worden, weil er Anhänger der Republik gewesen ist und vom Standgericht in Mannheim als Hochverräter erklärt worden war. Wir haben die Brücke besetzt und die 4. Kompanie hat ihn durch 8 Mann erschossen. 4 Kugeln haben die Brust durch und durch gebohrt und drei den Kopf und eine den linken Arm. Er ist ein sehr hübscher Mensch gewesen von 23 Jahren, hat aber als Hauptmann bei den Aufständischen sehr heftig gewirkt und vielen Aufruhr und Empörung angerichtet ...«. <sup>47</sup> In Rastatt erschossen die Preußen am 6. September den Wehrmann der Kompanie Robert Blum, Hausherr, aus Limbach und am 13. September Konrad Kurtz aus Sachsen, über dessen Biographie nichts bekannt ist.<sup>48</sup> In Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde vom Schwurgericht in Zweibrücken wegen seiner revolutionären Tätigkeit in der Pfalz der Stadtrichter Heinrich Adolf Haußner aus Plauen.<sup>49</sup>

Andere Aufstandsteilnehmer aus Sachsen erhielten hohe Zuchthausstrafen, so August Friedrich Peters acht Jahre, Eduard Lindemann sechs Jahre.<sup>50</sup> Lindemann konnte aus der Haft entfliehen. Peters wurde von Baden 1852 begnadigt, aber an Sachsen ausgeliefert, wo er nochmals zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, von denen er vier Jahre absitzen mußte, liebevoll betreut von seiner Braut Louise Otto, die auch die Öffentlichkeit mit seinem Schicksal und das anderer Gefangener bekannt machte.<sup>51</sup>

In Erinnerung blieb von dem Beitrag, den Sachsen zum badisch-pfälzischen Aufstand geleistet hatten, vor allem das Wirken Trützschlers. Das 1874 für ihn, Heinrich Dietz und drei badische Standgerichtsoffer auf dem Mannheimer Friedhof errichtete Denkmal wurde eine Pilgerstätte von Demokraten und Sozialisten.<sup>52</sup> Tzschirner, der 1863 als schwerkranker Mann aus dem amerikanischen Exil nach Sachsen zurückkehrte, wurde in seinen letzten Lebensjahren von der sächsischen Arbeiterbewegung finanziell unterstützt, und als seine ehemaligen politischen Freunde ihm den letzten Dienst versagten, hielt August Bebel 1870 an seinem Grab die Leichenrede.<sup>53</sup>

Bis heute ist jedoch der Beitrag sächsischer Demokraten und vor allem sächsischer Arbeiter zum südwestdeutschen Aufstand nicht gebührend gewürdigt worden. Sie hatten den Erhebungen in der Pfalz und in Baden das Schicksal des Dresdner Aufstandes nicht ersparen können. Dennoch gehört ihr Einsatz im letzten Kampf gegen die vordringende Konterrevolution zu jenen progressiven Traditionen, die nicht der Vergessenheit anheimfallen sollten.

<sup>46</sup> Wolfgang Duffner: *Der Traum der Helden. 12 Nachrufe auf im Sommer und Herbst 1849 hingerichtete Kämpfer der badischen Revolution*, Lahr 1997, S. 105–116.

<sup>47</sup> Stadtarchiv Rastatt B 330: 15/16

<sup>48</sup> Raab, S. 351, 538.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 352.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 699, 573.

<sup>51</sup> Briefe an den Gefangenen, dessen Welt seine geliebte Freundin ist. Louise Otto an August Peters 1849–1856. Hrsg. von Johanna Lemke. Berlin 1994.

<sup>52</sup> Rhein-Neckar-Raum, S. 332–334, Blastenbrei, S. 132–136.

<sup>53</sup> Der Volksstaat, Nr. 12, 25. Februar 1870. Beilage. August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften*. Bd. 6: *Aus meinem Leben*. München, London, Paris 1995, S. 257.

**Roland Jäger**

## **Ludwig Schreck und die Unterstützung des Dresdner Maiaufstands aus Leipzig**

Im Jahre 1982 erwarb die Universitätsbibliothek Leipzig für ihre Autographensammlung aus Leipziger Privatbesitz ein Handschriftenkonvolut, daß zunächst und vorrangig mit einem längeren eigenhändigen Brief Robert Blums vom 6. Mai 1848 aus Frankfurt am Main<sup>1</sup> Aufmerksamkeit erregt hatte. Zu diesem gehört ein zweiter, nur in zeitgenössischer Abschrift überlieferter Brief Blums, der dem ersten inhaltlich direkt vorausgeht - beide an den Leipziger Buchhändler Ludwig Schreck gerichtet, dem Blum als seinem »lieben Freund« schreibt. Hauptbestandteil des Konvoluts jedoch sind vier beidseitig eng beschriebene DIN A 4-Blätter mit eigenhändig aufgezeichneten Lebenserinnerungen Ludwig Schrecks. Dieser Bericht beginnt mit dem Aufbruch der Organisatoren der Leipziger Unterstützung des Dresdner Maiaufstands nach Dresden, um dort selbst aktiv am Kampf teilzunehmen, und endet im Jahre 1868, mit Schrecks Rückkehr in das heimatische Leipzig nach knapp zwanzigjährigem Exil aus Frankreich.

Es handelt sich um eine lebendige, doch sehr komprimierte Schilderung, die der zur Zeit der Niederschrift todkranke Autor resigniert beschließt: »Ich hätte können ein dickes Buch schreiben, so episodeneich ist vorstehende Zeitperiode und es ist mir oft recht schwer gefallen mich kurz zu fassen.«<sup>2</sup> Ludwig Schrecks Erinnerungen wurden von mir im Katalog der Leipziger Gedenkausstellung für die Revolution von 1848/49 veröffentlicht.<sup>3</sup> Mein Beitrag soll nun die Vorgeschichte zu dem von Schreck Berichteten darstellen, soweit sie zum Thema dieser Tagung gehört.

Der 1812 in Sondershausen geborene Ludwig Schreck war 1832 als mittelloser Buchhandelsgehilfe nach Leipzig gekommen, hatte hier aber eine recht steile Berufskarriere gemacht. Schon 1834 kaufte er für 3000 Taler die Buchhandlung seines Brotgebers, anscheinend mit der Mitgift seiner Braut, einer Leipziger Kaufmanns- und Hausbesitzerstochter, die er kaum ein halbes Jahr später heiratete.

Offenbar war Ludwig Schreck ein durchaus erfolgreicher Geschäftsmann, gehörte aber dennoch, wie eine ganze Anzahl Leipziger Buchhändler seiner Generation, zu den Unzufriedenen, den politisch Unruhigen im Lande. Energie und Richtung seiner Unzufriedenheit wurde erstmals erkennbar, als Schreck 1845 unter den Gründungsmitgliedern des Redeeübungsvereins zu finden war, einem von Robert Blum in Leipzig initiierten Klub zur Propagierung demokratischen Ideenguts und der Vorbereitung einer demokratischen Parteibildung. Fortan galt Schreck als ein enger Gefährte Robert Blums und dessen Freund, der im März 1848 neben den bekannten Vertretern der demokratischen Bewegung in Leipzig, eben Robert Blum, Robert Friese, Georg Günther und Arnold Ruge, als Mitglied des vierundzwanzigköpfigen Ausschusses des Leipziger Deutschen Vaterlandsvereins in Erscheinung trat.

Nach der Spaltung des Leipziger Vaterlandsvereins in den gemäßigten Bertlingschen und einen radikaldemokratischen, gehörte Ludwig Schreck zu den Gründern und Wortführern des radikalen. Dieser radikalen politischen, republikanischen Gesinnung entsprach ein

<sup>1</sup> Robert Blum: Briefe und Dokumente. Hrsg. von Siegfried Schmidt. Leipzig 1981, S. 67, 68.

<sup>2</sup> Universitätsbibliothek Leipzig. Autographensammlung, Ludwig Schreck, eigenhändiges Manuskript [Lebenserinnerungen 1848-1868], 1868

<sup>3</sup> Ich hätte können ein dickes Buch schreiben... Die Erinnerungen des Leipziger Buchhändlers Ludwig Schreck an Revolution und Emigration. Hrsg. von Roland Jäger. In: Laß Recht und Freiheit nicht verderben. Zum 150. Jahrestag der Deutschen Revolution von 1848/49 in Sachsen. Leipzig 1998, S. 88-99.

gleichzeitiges Engagement im sozialen Kampf der Handwerksgehlen und Arbeiter. Schreck wurde Mitglied des Ausschusses der Leipziger Feuerarbeiter. Im Juni 1848 gehörte er zu den Vertretern des Leipziger Arbeitervereins auf der Gründungsversammlung des Landesverbandes der Sächsischen Arbeitervereine und wurde in dessen Hauptausschuß gewählt. Als Buchhändler übernahm er den Vertrieb des Korrespondenzblattes aller deutschen Arbeiter, der »Verbrüderung«, nach dessen Gründung, und aller übrigen Erzeugnisse der Vereinsdruckerei der Arbeiterverbrüderung.

Aus Hinweisen in seinen Lebenserinnerungen: den sich wiederholenden Erkennungsszenen, bei denen ihn auf seiner Flucht durch den mitteldeutschen Raum Demokraten als einen der Ihren identifizieren, und aus einer Anzeige der Merseburger Polizei<sup>4</sup> wird deutlich, daß Schreck unter den Demokraten in Sachsen und jenseits der Landesgrenzen als Demokrat und republikanischer Propagandist geachtet und geschätzt wurde.

In Leipzig selbst stellten sich für Demokraten vom Schlage Ludwig Schrecks die politischen Verhältnisse schwieriger dar. Hier war der radikale Vaterlandsverein in eine Koalition eingebunden, die sich im Interesse der Durchsetzung der Reichsverfassung zu einem Ausschuß der politischen Vereine zusammengeschlossen hatte und das Spektrum der bürgerlichen oppositionellen Bewegung vom liberalen Deutschen Verein über den konstitutionellen Bertlingschen Vaterlandsverein bis zum radikalen Vaterlandsverein republikanischer Orientierung und schließlich sogar den Arbeiterverein umfaßte.

Verwirrend auf die politisch in der schwelenden Krise um die Anerkennung der Reichsverfassung Engagierten wirkte darüber hinaus das Taktieren der liberalen Leipziger Kommunalverwaltung, die sich offiziell für die Reichsverfassung einsetzte, mit ihren Adressen und Deputationen aber offensichtlich mehr Beruhigung in Richtung der Bevölkerung und Ergebenheitsbekundung in Richtung der Regierung beabsichtigte.

So traf die am Abend des 3. Mai ankommende Nachricht von der Volkserhebung in Dresden die Leipziger Demokraten kaum auf eine solche Entwicklung vorbereitet an.

Der gemäßigte Bertlingsche Vaterlandsverein berief noch am selben Abend eine Zusammenkunft des Ausschusses der politischen Vereine im »Hôtel de Saxe« ein, um zu beraten und zu beschließen, auf welche Weise den Dresdner Bürgern in ihrem Kampf um die Anerkennung der Reichsverfassung Hilfe zu leisten sei. Nach langer Debatte kam man unter Dominanz der gemäßigten Ausschlußmehrheit zu dem Beschluß, sich den in ihrer befürwortenden Haltung zur Reichsverfassung erprobten Korporationen des Stadtrats und der Stadtverordneten anzuschließen.

Als jedoch der Ausschuß der politischen Vereine am nächsten Tag zu weiteren Verhandlungen zusammentrat, boten Sozialistischer Klub, Volksklub, Demokratischer Verein und Demokratischer Turnverein ihre Mitwirkung an, die angenommen werden mußte und erreichten mit ihrer Aufnahme im Handumdrehen die Vorherrschaft linker Kräfte im vereinigten Ausschuß. Dennoch war man auch jetzt nicht an einer Brückierung der Gemäßigten, insbesondere des einflußreichen Deutschen Vereins, interessiert und beschloß auch am Morgen des 4. Mai noch einmal, sich mit der Stadtverwaltung in Verbindung zu setzen. Eine Deputation des vereinigten Ausschusses sollte von dieser regulär Waffen, Munition und Geld zur Ausstattung von Freischaren erbitten, darüber hinaus die Entsendung eines Teiles der Kommunalgarde zur Unterstützung des Volkskampfes in Dresden. Zu letzterem Zweck sollten Mitglieder des Leipziger Arbeitervereins in die Kommunalgarde aufgenommen und bewaffnet und als das vorgeschlagene Kontingent nach Dresden entsandt werden. Als Deputation

<sup>4</sup> Stadtarchiv Leipzig, Vereinigtes Kriminalamt, Rep. I, 11788,1, Bl. 37a.

wählte der Ausschuß den liberalen Professor Moritz Haupt, die Demokraten Ludwig Schreck und Arnold Ruge und das Ausschußmitglied des Arbeitervereins, den Redakteur der »Verbrüderung«, Franz Schwenninger. Wie abzusehen konnten die Emissäre des vereinigten Ausschusses nichts in ihrer Mission erreichen. Der Bürgermeister verwies sie an den Kommandeur der Kommunalgarde, der das vorgetragene Ansinnen rundweg ablehnte.

Nach der Rückkehr der erfolglosen Deputation sah sich die neue Mehrheit des vereinigten Ausschusses für weitere Aktivitäten zugunsten der Reichsverfassung und der Dresdner Aufständischen nunmehr auf die schon seit Beginn der Krise virulente Unruhe des Volkes verwiesen. So beschloß der vereinigte Ausschuß, am gleichen Tage noch Volksversammlungen einzuberufen, auf denen die Form der Unterstützung der Dresdner Aufständischen öffentlich zur Sprache gebracht, zur Unterstützung ihres Kampfes durch bewaffnete Freiwillige, und zu Geldspenden für die Ausrüstung sich meldender Freischärler aufgerufen werden sollte. Diese klare Wendung der Ausschußmehrheit vom bloßen Taktieren mit der Stadtobrigade zur offenen Unterstützung des revolutionären Kampfes war allerdings für die gemäßigten Repräsentanten des vereinigten Ausschusses nicht hinzunehmen. Noch am 4. Mai schieden die Ausschußmitglieder des Deutschen Vereins aus dem vereinigten Ausschuß aus, auch die Vertreter des Bertlingschen Vaterlandsvereins zogen sich zurück. Im Ausschuß verblieben die radikalen Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie und der Arbeiter.

Inzwischen hatte am Vormittag des 4. Mai eine Volksversammlung auf dem Markt stattgefunden, auf der das Ausschußmitglied des Sozialistischen Klubs, der Student Gustav Erdmann Weisflog, zur Unterstützung der Dresdner Barrikadenkämpfer durch Zuzug Freiwilliger aufgerufen hatte. Vor dem Rathaus demonstrierende Studenten erreichten vom Stadtrat die Zusage freier Bahnfahrt für alle Freiwilligen mit einem Extrazug nach Dresden. Die erneut erhobene Forderung nach Waffen, Munition und Unterstützung durch einen Teil der Kommunalgarde wurde wiederum abgewiesen.

Es verblieb also das Problem der Bewaffnung gewonnener Freiwilliger.

Während die Studenten es vermochten, mit Hilfe formaler Eingliederung in die Kommunalgarde, sich achtzehn Gewehre aus dem Besitz der Universität aushändigen zu lassen<sup>5</sup>, sollen an die etwa 200 Freischärler, die mit dem Extrazug am 4. Mai nach Dresden fuhren, Waffen von Schreck, Weisflog und anderen auf dem Dresdner Bahnhof ausgegeben worden sein.<sup>6</sup> Zuvor waren nach einer Volksversammlung auf dem Fleischerplatz an die dort gewonnenen Freiwilligen im »Hôtel de Saxe« von Mitgliedern des permanent tagenden vereinigten Ausschusses Gewehre übergeben worden. Auch hier wurde Schreck von einem später vernommenen Zeugen als Verantwortlicher benannt.<sup>7</sup>

Ich möchte jedoch an dieser Stelle zu bedenken geben, daß Ludwig Schreck erst seit dem 23. Mai steckbrieflich gesucht, also als überlebend angesehen wurde. In der Zeit der polizeilichen Verhöre, unmittelbar nach der Niederschlagung des Dresdner Maiaufstands, galt er als tot. Durch verschiedene Zeitungen war eine Meldung gegangen, nach der er bei den Kämpfen in Dresden erschossen worden und anschließend in einem Haus verbrannt sei.<sup>8</sup> Gerade für Freunde und Sympathisanten war es deshalb legitim, den vermeintlich Toten zu belasten, um dafür Lebende schonen zu können.

<sup>5</sup> Rolf Weber: Stadt und Universität Leipzig in der sächsischen Reichsverfassungskampagne. In: Sächsische Heimatblätter 6(1960), S. 39–50, hier S. 44.

<sup>6</sup> Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 35 a.

<sup>7</sup> Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 9 a.

<sup>8</sup> Ich hätte können ein dickes Buch schreiben, S. 95, 96.

Da die Waffenkammer der Leipziger Kommunalgarde allen Forderungen und Angriffen zum Trotz bis zum Ende der Reichsverfassungskampagne für Revolutionäre verschlossen blieb, erhielt der vereinigte Ausschuß tatsächlich nur 33 Gewehre, die »von den Herren Schreck und Hosfeld vom Ausschuß des Deutschen Vaterlandsvereins« auf Vorschuß gekauft waren.<sup>9</sup> Selbst wenn man dieser geringen Zahl eventuell privat gespendete Jagdwaffen oder etwa vereinzelt zur Verfügung gestellte andere Waffen hinzurechnet, kann man nicht einmal davon ausgehen, daß die Freischar, die am 4. Mai in den Kampf nach Dresden fuhr, vollzählig bewaffnet war.

Am 5. Mai gelang es studentischen Freiwilligen noch einmal, acht Gewehre aus dem Besitz der Universität zu erhalten.<sup>10</sup> Das waren die letzten Waffen, die in Leipzig in die Hände von Freischärlern gelangten.

Erst nach Ablauf des Waffenstillstands in Dresden, am 5. Mai, wandte sich die bedrängte provisorische Regierung um Hilfe an den Leipziger Stadtrat und verlangte militärische Unterstützung und Waffen. Doch entzog sich dieser auch jetzt, allen offiziellen Befürwortungen der Reichsverfassung zum Trotz, mit einem durchsichtigen Manöver jeder direkten Entscheidung, indem er in einer veröffentlichten Erklärung die Stadt in den Schutz der Frankfurter Zentralgewalt stellte, solange der Konflikt zwischen sächsischer Krone und sächsischem Volk anhalte. In diesem Augenblick versuchte Ludwig Schreck, der seit 1848 Stadtverordneter war, das im Rathaus versammelte Kollegium der Stadtverordneten zur Anerkennung der provisorischen Regierung zu bewegen<sup>11</sup>, um über diesen eventuell legitimistisch zu deutenden Umweg doch noch Hilfe für die Aufständischen zustande zu bringen.

In gleicher Absicht und nicht zuletzt, um Druck auf Stadtrat und Stadtverordnete zu erzeugen, forderte der vereinigte Ausschuß gleichzeitig in einem öffentlichen Aufruf die Bürger Leipzigs auf, die provisorische Regierung als höchste gesetzliche Behörde anzuerkennen.

»Am 5. Mai war«, erinnert Ludwig Schreck sich, »die letzte Volksversammlung im Hofe der Bürgerschule in Leipzig, deren Zweck war nochmals zum Zuzug nach Dresden aufzufordern, indem wir, die Einberufer dieser Volksversammlung erklärten, daß nun genug gesprochen sei und daß wir, die That dem Worte folgen lassend, unmittelbar nach Dresden abfahren würden.«<sup>12</sup> Diese Nachricht verteilten Mitglieder des vereinigten Ausschusses am folgenden Tag auf Plakaten in der ganzen Stadt. Das Plakat trug vierzehn Namen – und war damit Grundlage späterer Fahndungen – angeführt von dem demokratischen Publizisten Theodor Oelckers und dem Buchhändler Ludwig Schreck. Im Anschluß an die letzte Volksversammlung hatten Schreck und der Buchhändler Heinrich Brüggemann, auch ein radikaler Demokrat, namens des vereinigten Ausschusses bei der Leipzig-Dresdner Eisenbahncompagnie zwei Extrazüge zum Transport von Freischärlern nach Dresden beordert<sup>13</sup>, die auch am 6. Mai früh 5 Uhr und mittags abfahren, obwohl im Verlaufe des Tages bekannt wurde, daß die Bahn vor Dresden bereits unter Kontrolle der preußischen Truppen stand.

Im Zusammenhang mit der Abfahrt dieser letzten Freiwilligenaufgebote erregte wiederum der eklatante, durch die Haltung der Stadtverwaltung verursachte Waffenmangel den Unwillen der beunruhigten Bevölkerung. So kam es am Nachmittag des 6. Mai zu dem Versuch, ein Bürgerwehrebataillon zu entwaffnen, um aus dem Depot der Pleißenburg Waffen

<sup>9</sup> Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 133 a und b.

<sup>10</sup> Weber, Stadt und Universität, S. 44.

<sup>11</sup> Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 127 a.

<sup>12</sup> Ich hätte können ein dickes Buch schreiben, S. 91.

<sup>13</sup> Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 127 a.

und Munition für weitere Freischärler herbeizuschaffen. Der Versuch schlug fehl, die Aufständischen konnten jedoch nicht unmittelbar entwaffnet werden und es entwickelte sich ein Straßen- und Barrikadenkampf, der bis in die Morgenstunden des 7. Mai andauerte. Vermutlich verzögerte dieses Ereignis, das natürlich die Gegenwart der Organisatoren aller bisher mit der Unterstützung des Dresdener Aufstands zusammenhängenden Maßnahmen erforderte, den Tags zuvor verkündeten Aufbruch nach Dresden. Schreck selbst erwähnt die Leipziger Straßenkämpfe vom 6. Mai allerdings nicht.

Da eine Fahrt mit der Eisenbahn nicht mehr möglich war, brachen neun Ausschußmitglieder<sup>14</sup> vermutlich erst am späten Abend des 6. Mai mit einem Pferdeomnibus nach Dresden auf und trafen nach einer Polizeimitteilung nachts in Grimma ein.<sup>15</sup> In Grimma hatte der Brauer Oettler am Nachmittag des 6. Mai zu einer Volksversammlung auf dem Markt aufgerufen und dort mit nur mäßigem Erfolg für »bewaffneten Zuzug nach Dresden« geworben.<sup>16</sup> Hier sprangen die nachts aus Leipzig Angekommenen ein und beriefen für den 7. Mai erneut eine Volksversammlung auf dem Grimmaer Markt ein. Schreck und Oelckers traten noch einmal für die Unterstützung der Dresdner Aufständischen auf und versuchten, Freiwillige anzuwerben.<sup>17</sup>

Die mit einem Pferdefuhrwerk langsam reisende Nachhut der Leipziger Freischärler, die unermüdlichen Organisatoren der Leipziger Hilfe für die Dresdner Aufständischen, kamen schließlich am Abend des 8. Mai in Dresden an, als der Kampf bereits verloren war und die Stadt am folgenden Morgen übergeben wurde.

Die darauf einsetzende erbarmungslose Verfolgungsjagd auf den Dresdner Straßen traf Schreck und seine Gefährten aber genauso, wie alle am Maiaufstand unmittelbar Beteiligten. In seinen Erinnerungen schreibt er über die seiner Ankunft in Dresden folgende Nacht: »Gehen wir gleich zur verhängnisvollen Nacht über, wo die letzte Barrikade (an Engels Haus) fiel und wo im Nu die Stadt mit sieges- u.s.w. trunkenen Preußen und Sachsen angefüllt war, die in ihrer ungeheuren Bravour Jeden niederschossen, der sich auf der Straße befand, die sogar dieses Henkershandwerk fortsetzend in die Häuser drangen.«<sup>18</sup>

Über den Anteil der Leipziger Freiwilligen am Barrikadenkampf in Dresden ist nur wenig bekannt. Rolf Weber berichtet in seinem Aufsatz über »Stadt und Universität Leipzig in der sächsischen Reichsverfassungskampagne 1849« über den Kampf der »akademischen Legion«, einer Gruppe studentischer Freiwilliger aus Leipzig, die mit dem Extrazug vom 4. Mai in Dresden angekommen waren und bei Ausbruch des Kampfes am 5. Mai zunächst als geschlossene Formation unter dem Ehrennamen der revolutionären Wiener Studenten von 1848 kämpften.<sup>19</sup>

<sup>14</sup> In den Quellen werden verschiedene, geschätzte Zahlen genannt. Einzig der Posthalter von Nossen, von dem Schreck auf Kosten der provisorischen Regierung eine Extrapost nach Wilsdruff verlangt hatte, nennt die exakte und sicher zutreffende Anzahl neun. Vgl. Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 58 a. In der Gruppe reisten: Ludwig Schreck, Theodor Oelckers, Karl Albrecht, Friedrich Windwart, Friedrich August Jänich, Albin Warth und Heinrich Brüggemann, vermutlich auch Friedrich Schnake und Oskar Skrobek, Schrecks Fluchtgefährten in der Nacht vom 8. zum 9. Mai. An den Buchdruckergesellen Skrobek, der mit Schreck im Ausschuß des Arbeitervereins tätig war, erinnert dieser sich mit der fehlerhaften Namensschreibung »Schopeck«.

<sup>15</sup> Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 61 a.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Stadtarchiv Leipzig, wie Anm. 4, Bl. 55 a.

<sup>18</sup> Ich hätte können ein dickes Buch schreiben, S. 91.

<sup>19</sup> Weber, Stadt und Universität, S. 45.

Aus der Beilage zum »Dresdner Journal« vom 21. Mai 1849, der Namenliste der Gefallenen und Verwundeten des Maiaufstands, werden unter 95 identifizierten Toten acht aus Leipzig und seiner näheren Umgebung Stammende genannt, von 118 in den Krankenhäusern gezählten Verwundeten kamen neun aus Leipzig.

**Joanna Magacz**

## **Sachsen – Ein bedeutender Mittelpunkt deutsch-polnischer Kooperation**

In der Dresdner Zeitung vom 10. Juni 1849 schreibt ein unbekannter Autor: »Wo man von einer politischen Propaganda redet, wo man Verschwörung wittert, wo man politische Kämpfe ahnt, wo es revolutionäre Bewegungen gibt, überall werden da von gewissen Leuten die Polen damit in Verbindung gebracht.«<sup>1</sup>

Es stellt sich die Frage: Wie kommt es zu dieser Meinung? Liegt es an dem Volk und seiner Mentalität? Liegt es an der Zeit, in der es ein Volk ohne Staat geworden ist? Oder wirken alle diese Umstände zusammen?

Mit Sicherheit spielten im 19. Jahrhundert alle diese Faktoren eine entscheidende Rolle dabei, daß es zu der sogenannten »großen Emigration« von 1831 gekommen ist, während der zum ersten Mal in der Geschichte Polens massenhaft die geistige Elite, zu der Heerführer und Offiziere der Nation zählten, ausgewandert ist. Nach den drei Teilungen Polens (1772, 1793, 1795) hoffte das Volk durch Unterstützung europäischer Freiheitsbestrebungen zu eigener nationaler Einheit zu gelangen.

Das Königreich Sachsen war zu dieser Zeit durch seine zentrale Lage zum Schnittpunkt der beiden wichtigsten Straßen geworden. Gemeint ist hier das Straßennetz von Stettin – Berlin über Dresden nach Prag und Wien sowie von Frankfurt/M. – Leipzig – Dresden – Breslau – Oberschlesien nach Polen zurück.

Infolge der genannten geographischen Lage und der traditionellen sächsisch-polnischen Beziehungen aus dem 18. Jahrhundert sowie der Stärke der liberalen und demokratischen Opposition erwies sich Sachsen im Vormärz als ein bedeutender Mittelpunkt der aktiven deutsch-polnischen Freundschaft und Zusammenarbeit. Das Jahr 1848 lieferte den Beweis, welche tiefen Wurzeln der im Jahre 1831 zum Ausdruck gebrachte und von der Emigration weiter geförderte Gedanke von Freiheit und Volksverbrüderung unter den Polen geschlagen hatte.

Wenn man schon das Jahr 1846 als den Beginn der großen Revolutionen bezeichnen kann, von dem sich die Polen die Wiederherstellung ihres Vaterlandes in den alten Grenzen von 1772 erhofft hatten, um so mehr glaubten sie an das Jahr 1848. Das war für sie das Zeichen, mit neuen Hoffnungen in die Heimat zurückzukehren, die Zeit, in der sich auch Polens größter Nationaldichter, Adam Mickiewicz, zwecks Bildung einer Legion begab nach Italien begab. Die Emigranten kehrten über Sachsen nach Polen zurück. Die aus Belgien und Frankreich meistens mit unvollständigen Reiselegitimationen versehenen polnischen Flüchtlinge kamen über Halle nach Leipzig und Dresden. Bis in das Jahr des Dresdner Aufstandes hinein konnten die Polen sich darauf verlassen, hier ein Unterkommen und eine Unterstützung zu erlangen. Das Jahr 1849 hatte auf jeden Fall wieder den Enthusiasmus in den Polen geweckt.

Die revolutionäre Zusammenarbeit beider Völker wird oft nur auf drei polnische Namen, in Verbindung mit dem Russen Michail Alexandrowitsch Bakunin und der provisorischen Regierung, beschränkt. Tatsache ist jedoch, daß die Polenbegeisterung in Sachsen viele Formen und Namen kannte.

Vor allem in der zweiten Phase der Entwicklung dieses deutsch-polnischen Verhältnisses, die von Mitte April bis Anfang Juni 1848 reichte, entstanden sowohl in Dresden als auch in Leipzig Truppen, die sich für den polnischen Freiheitskampf einsetzten. Dem nationalen Be-

<sup>1</sup> Dresdner Zeitung, Nr. 133, 10. 6. 1849.

freiungskampf wurde zentrale Bedeutung gegeben, die für das Schicksal der deutschen wie der europäischen Revolution sehr wichtig war. Die Entstehung eines demokratischen Polen wurde als Bedingung der Entwicklung eines demokratischen Deutschlands anerkannt. Das bedeutete aber einen völligen Bruch mit der Tradition der antipolnischen Politik der deutschen Feudalklasse.

Einen Versuch, diese Tradition zu bewahren, stellte der am 26. April in Leipzig gebildete »Verein zur Wahrung der deutschen Sache an den östlichen Grenzen« dar. Die Tätigkeit der Organisation, die mit Rücksicht auf verbreitete propolnische Stimmungen in der Volksbewegung auf ein offizielles Programm verzichtet hatte, war vor allem auf die Bekämpfung polenfreundlicher Anschauungen in der deutschen Öffentlichkeit gerichtet.

Repräsentant und Verfechter einer demokratischen Konzeption der polnischen Frage war dagegen eine Gruppe sächsischer Demokraten, die erkannt hatte, daß ein freies und geeintes Polen im Interesse der Herstellung eines demokratischen deutschen Nationalstaates notwendig war.

Der aktivste und publizistisch bedeutendste Vorkämpfer für die Unterstützung des polnischen Freiheitskampfes in Sachsen war Ernst Ludwig Wittig. Seit 1845 unterstützte er die Polnische Demokratische Gesellschaft im revolutionären Bemühen um die Wiederherstellung Polens. Mit Beginn der Revolution vervielfachte er seine Anstrengungen für die polnische Sache. Er gab die sogenannten »Polenlieder« heraus, die er unter demokratischen Gesinnungsgenossen absetzte und deren Erlös er der »polnischen Kriegskasse« zuführte. Wittig kämpfte energisch gegen die Bestrebungen, polnische Patrioten aus Sachsen auszuweisen, und gründete ein festes Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Dresdner Polenkomitee für eine Propolnische Propaganda.

Dank der engen Beziehungen zu einflußreichen Persönlichkeiten der polnischen Emigration, hatte die Centralizacja, das führende Gremium der Polnischen Demokratischen Gesellschaft, im Frühjahr 1849 die Pläne des Dresdner Bakunin-Kreises unterstützt. So wie die im Jahre 1831 entstandenen Polenvereine gab es seit 1849 das Dresdner und Leipziger Polenkomitee mit Arnold Ruge als Präsident und Julius Schanz als Sekretär. Die Wiederherstellung Polens sahen die beiden als eine humanitär-moralische Pflicht Deutschlands und zugleich als ein Mittel an, das die Invasion der Russen würde verhindern können.

Angesichts des industriellen Charakters Sachsens ist es nicht verwunderlich, daß hier die Schaffung eines freien Polen und die Forderung nach Krieg gegen den Zarismus von den Demokraten mit ökonomisch-handelspolitischen Gesichtspunkten begründet wurde. Da die sächsische Industriebourgeoisie großes Interesse an der Öffnung des Marktes jenseits der russischen Grenze hatte, wollte man in der Wirtschaftskrise mit dem Kampf gegen Rußland nicht nur Polen befreien, sondern auch das Arbeitslosenproblem und Absatzschwierigkeiten lösen.

Die Behandlung der polnischen Frage in der Frankfurter Nationalversammlung, von Ende Juli bis Anfang September 1848, leitete die letzte Phase der Stellungnahme zu Polen ein. Es hatte sich eine einheitliche propolnische Haltung herauskristallisiert. Die sächsischen Demokraten erkannten schließlich die gegenseitige Bedingtheit des Kampfes für die Freiheit im eigenen Land an.

Eine große Bedeutung für die in Dresden weilenden polnischen Emigranten hatten regelmäßige Tafelrunden im Hôtel de Luxembourg und im Café Torniamenti, wo seit dem Sommer 1848 bis zum Maiaufstand 1849 die neuesten Nachrichten über die Zukunft Polens, meistens aus Paris, vermittelt wurden. Zu den Besuchern gehörte Józef Akkort, ein Emigrant aus Krakau und ehemaliger Offizier der polnischen Armee, der in den letzten Wochen vor dem Maiaufstand als Mittelsmann für das Einschleusen polnischer Emissäre nach Böhmen tätig war.

Seine revolutionäre Arbeit war so gut getarnt (er trat unter dem Namen Derblich auf), daß der mit der Überwachung der Polen betraute Polizeikommissar, Hugo Schilling, Akkorts Freund, Karl Brzozowski, sowie Juliusz Andrzejkowicz, der ehemalige preußische Offizier Anton Grabski, der Dichter Tomasz Olizarowski, Roman Zelinski, Albin Gorecki, Konstantin Lipski und Kemplicz, der am Wiener Oktoberaufstand beteiligt war, gehörten auch zu der täglichen Tafelrunde. Von den Dresdner Demokraten hatten nur August Martin und der schon genannte Ludwig Wittig täglichen Zutritt.

Wittig war auch sehr stark an den Arbeiten des Dresdner Polenkomitees beteiligt. Sein Wirken stand im Einklang mit der Konzeption des zu der Zeit in Dresden weilenden Russen Michail Bakunin, der die Völker zum Kampf gegen die Konterrevolution vereinen wollte.

Ende Januar 1849 war der polnische Emigrant Andrzejkowicz aus Dresden in Leipzig eingetroffen, um sich mit Bakunin zu treffen. Einen zweiten einsatzbereiten Emissär fand Bakunin in dem Polen Juliusz Heimberger. Dieser ehemalige Wiener Jurastudent war bereits im Sommer 1848 von den Dresdner Polenfreunden illegal unterstützt worden. Im Februar 1849 hatte er sich nach dem Besuch bei seinen Eltern eine kurze Zeit in Prag aufgehalten und die dortigen Verhältnisse beobachtet. In der zweiten Märzhälfte 1849 wechselte er auf Bitte Bakunins nach Prag über. Seitdem war er dort auch unter den Namen Lassogórski und Łysiński vor allem in Studentenkreisen wirksam.

Bakunin plante damals eine Erhebung der slawischen Völker gegen den Zarismus, um Frieden in Europa zu schaffen. Ludwig Wittig hatte deswegen Bakunin mit den sich in Dresden aufhaltenden leitenden Mitgliedern der polnischen Centralizacja, Wiktor Heltmann und Alexander Krzyżanowski, zusammengeführt. Nachdem sie eine Übereinstimmung ihrer Ansichten konstatiert hatten, wurde vereinbart, über Bakunins Vorhaben in Böhmen dem Hauptausschuß der Polnischen Demokratischen Gesellschaft in Paris zu berichten, um Unterstützung für die Pläne zu erwirken. Mitte April 1849 trafen Heltmann und Krzyżanowski mit guten Nachrichten in Dresden ein, nachdem Bakunin um Ostern die gegenüber Krzyżanowski formulierten Bitten durch einen zufällig nach Paris reisenden Polen noch einmal an die Centralizacja hatte herantragen lassen. Inzwischen war aus Paris ein dritter Pole, der ehemalige Krakauer Architekt Gołębiowski, eingetroffen.

Als am 3. Mai 1849 eine spontane Aktion der Dresdner Bevölkerung den Aufstand in der sächsischen Hauptstadt eingeleitet hatte, mußten alle in Sachsen lebenden Angehörigen anderer Staaten zu den neuen politischen Realitäten Stellung beziehen. Sie standen vor der Entscheidung: Teilnahme am Kampf oder Abfinden mit dem Erstarken der von Preußen und Österreich angeführten Reaktion in allen deutschen Territorien. So entschied sich die Mehrheit der nichtsächsischen Staatsangehörigen für den historischen Fortschritt und reihte sich an der Seite der sächsischen Revolutionäre in die Volksbewegung ein.

In einem Schreiben der preußischen Gesandtschaft am Dresdner Hof an das sächsische Außenministerium vom 1. Juni 1849 wurde konstatiert, daß, nach den offiziellen Blättern, sich bei den neuesten Ereignissen hier und in Leipzig eine nicht geringe Anzahl von Polen lebhaft beteiligt habe. Trotz größter Bemühungen sei es den sächsischen Untersuchungsbehörden nicht gelungen, eine umfangreiche Mitwirkung polnischer Insurgenten am Maiaufstand nachzuweisen.

Die Polen reagierten auf dieses Schreiben sofort, indem sie eine Erklärung veröffentlichten: »Es hat sich das Gerücht verbreitet, als ob die in Dresden anwesenden Polen, vorzüglich die Emigranten, bei den jüngsten blutigen Ereignissen in Masse beteiligt wären. Dieses Gerücht auf das Nachdrücklichste zu widerlegen halten wir um so mehr für unsere Pflicht, als es bereits in weiterverbreitete Blätter Eingang gefunden, unseres Wissen aber kein einziger von

unseren Landsleuten sich an dem Kampf beteiligt hat. Ja wir hatten sogar im Anfange an die gesetzlichen Behörden einen Bevollmächtigten aus unserer Mitte mit der Erklärung gesandt, uns vollkommen neutral verhalten zu wollen, indem wir eine unberufene Einmischung unsererseits in die hiesigen Konflikte für eine Verletzung der genossenen Gastfreundschaft hielten. Für das Frankfurter Parlament aber, welches durch die Posener Demokratie unser Vaterland auf's neue zerrissen, nicht die geringste Sympathie zu fühlen im Stande sind, obgleich wir dem sächsischen Volke wie der gesamten deutschen Nation von Herzen die Erreichung ihrer Wünsche nach Einheit und Freiheit gönnen.

Die in Dresden zur Zeit weilenden polnischen Emigranten.«<sup>2</sup>

Mit Sicherheit ist diese Erklärung nur in Zusammenhang mit dem Gesuch der 52 polnischen Emigranten vom 19. Juni 1848 zu sehen, worin die Unterzeichner dem liberalen Märzministerium versichert hatten, in Sachsen weder zu konspirieren noch sich an irgendwelchen Demonstrationen beteiligen zu wollen. Einige der Unterzeichner, wie Akkort und Andrzejkowicz, hatten jedoch in Sachsen oder von hier aus ihre revolutionäre Tätigkeit im Sinne der internationalen Solidarität fortgesetzt. Die Mehrheit hoffte, sich durch ihre Neutralität ihren Aufenthalt in Sachsen zu sichern. Aus anderen Anzeigen ist aber bekannt, daß im Monat April viele Polen aus dem Großherzogtum Posen nach Breslau gegangen sind, um mit anderen weitere Aufträge zu erwarten. Wahrscheinlich haben diese Polen ihren Weg ursprünglich nach Ungarn oder nach Prag nehmen wollen und sind erst nach dem Anstoß, welcher in Sachsen gegeben wurde, nach Dresden gezogen. Infolgedessen war das Bild von der Beteiligung polnischer Revolutionäre an der Maierehebung in Sachsen schon kurz nach dem Ausbruch des Aufstandes durch einander widersprechende Angaben stark verzerrt.

Aus der Reihe der am Beginn der Maierehebung in Dresden weilenden Polen ragten Heltmann, Krzyżanowski und Gołębiowski hervor, die mit Bakunin zusammen den Generalstab der Aufständischen bildeten. Noch am Nachmittag des 3. Mai 1849 hatten sie sich zusammengefunden. In dieser Beratung überwogen zuerst die Befürchtungen, die Dresdner Ereignisse würden sich nicht zur revolutionären Erhebung in ganz Sachsen ausweiten, der Aufstand fände nicht genügend Resonanz in den benachbarten deutschen Territorien, deshalb werde ein Eingreifen preußischer Truppen und eine schnelle Unterdrückung des Aufstandes in Dresden kaum zu verhindern sein. Für die militärische Seite der Erhebung hatte sich, schon vom 3. Mai an, Tzschimmer am meisten verantwortlich gefühlt. Bereits während des Waffenstillstandes schloß er die Möglichkeit eines Neubeginns des Kampfes nicht völlig aus. Dafür spricht, daß er schon zu dieser Zeit Erwägungen über die Ablösung des Oberkommandanten Heinze anstellte und sich deshalb nach der Wahl der provisorischen Regierung am Abend des 4. Mai mit Bakunin in Verbindung setzte, der ihm den Polen Stanisław Poniński als militärischen Führer empfahl. Als dieser wegen der geringen Erfolgsaussichten ablehnte, erklärte sich schließlich Bakunin selbst bereit, gemeinsam mit den polnischen Emigranten Heltmann, Krzyżanowski und Gołębiowski auf dem Rathaus die Leitung der militärischen Operationen zu übernehmen. Mit ihnen schloß Tzschimmer am 5. Mai, ohne Heubner und Todt zu informieren, einen Vertrag ab und ermöglichte es damit Bakunin, alle ihm nötig erscheinenden Kommandoangelegenheiten anzuordnen.

Über die mit den Polen geführten Verhandlungen sagte Bakunin nach seiner Verhaftung im Verhör auf der Festung Königstein aus: »Heltmann und Krzyżanowski versprachen der provisorischen Regierung Hilfe mit ihren Ratschlägen und militärischen Kenntnissen unter folgenden Bedingungen:

<sup>2</sup> Dresdner Zeitung, Nr. 111, 16. 5. 1849.

1. daß die Tätigkeit geheim bleibt und daß ihnen dafür ein besonderes Zimmer zur Verfügung gestellt wird,
2. daß ich als Vermittler zwischen ihnen und Tzschirner auftrete und daß Tzschirner über Heinze die Maßnahmen durchführt, die ich ihm mitteile,
3. daß Tzschirner in dem Falle, wenn die Sache eine schlechte Wendung nimmt, Pässe und Geld zur Verfügung stellt.«

Vom 5. Mai vormittags an fungierten Bakunin, Heltmann, Krzyżanowski und Gołębowski als Generalstab der revolutionären Kampftruppen. Ihre erste Aufgabe sahen sie darin, einen Überblick über die Streitkräfte und Standorte sowie die Besetzung der Barrikaden zu erlangen. Da ihnen niemand diese Information geben konnte, entsandten sie selbst Streifen zur Erkundung. Danach haben sie eine Barrikadenordnung ausgearbeitet. Die am 5. Mai und in der Nacht darauf eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung besserer Kampfbedingungen wurden herbeigeführt.

Am 6. Mai verstärkte sich der Kampfplärm außerordentlich, und im Rathaus häuften sich die Nachrichten vom Vormarsch der preußisch-sächsischen Truppen. In dieser Situation hielt Tzschirner den Aufstand für verloren. Er verbrannte wichtiges Schriftgut der provisorischen Regierung und bedankte sich bei den Polen. Nachdem Gołębowski sich bei den ersten Panikanzeichen Tzschirners entfernt hatte, verließen auch Heltmann und Krzyżanowski die provisorische Regierung. Ihrer Überzeugung über die internationale Solidarität im Kampf gegen die europäische Konterrevolution folgend, fanden sie schließlich in den Reichsverfassungskämpfen in Baden ein neues Wirkungsfeld.

Nachdem im Sommer 1849 die Deutsche Nationalversammlung gescheitert und das Dreiklassenwahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus und das Erfurter Unionsparlament eingeführt worden war, hatten die Deutschen auch keine Tribüne mehr, von der aus sie für Polen hätten eintreten können. Nichtsdestotrotz blieb die Tradition der engen polnisch-sächsischen Beziehungen erhalten. Schon 14 Jahre später (1863), nach dem dritten Versuch der Polen, sich von der Herrschaft der Teilungsmächte zu befreien, strömte erneut die Emigrantenwelle nach Sachsen. Unter den Emigranten war der Schriftsteller J. I. Kraszewski, der in seinen Briefen noch einmal die tief eingewurzelten Beziehungen der Polen und Sachsen bestätigte, indem er schrieb, daß Dresden zu einem Unterschlupf geworden sei, zu einer Raststätte für all die Vielen, für die die eigene Heimat entweder ein für allemal verschlossen wäre oder doch zumindest kaum eine Lebensmöglichkeit mehr böte.

Jana Englová

## Die Idee der mitteleuropäischen Revolution während der Vorbereitung des Dresdner und des Prager Maiaufstandes in den Jahren 1848/49

Jubiläen bieten immer eine Gelegenheit zum Nachdenken, besonders, wenn es sich um historische Ereignisse von grundlegender Bedeutung handelt. Zu solchen gehört auch die Revolution 1848/49 ohne Zweifel. Was für Ideen führten unsere Vorfahren zur Vorbereitung und Teilnahme an diesen revolutionären Ereignissen? Im Namen welcher Ideale waren sie bereit, ihre berufliche Karriere zu riskieren und ihr eigenes Leben einzusetzen?

Die Antwort auf diese Frage können wir in drei Arten von Quellen finden. Die wichtigsten davon sind die Archivquellen. Im Vojenský historický archiv (Militärhistorischen Archiv) in Prag befinden sich die Revolutionäre aus böhmischen Ländern betreffenden Quellen, und zwar im Fonds Militäruntersuchungskommission (UK 1849–1854), die in den Jahren 1849–1854 tagte, weil die Beklagten vor dem Militärgericht standen. Diese Kommission wurde für das Sammeln von Unterlagen für das eigentliche Rechtsverfahren eingerichtet. Die Verhörprotokolle bilden einen bedeutenden Teil der dort hinterlegten Akten. Es ist anzumerken, daß sie sehr ausführlich geführt wurden und oft sehr umfangreich sind. Eines der umfangreichsten war das Protokoll über das Verhör eines der Hauptorganisatoren des Maiaufstandes in Prag, Josef Václav Frič. Es umfaßte insgesamt 401 gestellte Fragen und Antworten auf 516 Seiten. (Numerierung auf 129 Doppelblättern.) Meistens wurden aber Auszüge und Summarien von den durchgeführten Verhören für die nächsten Bedürfnisse der Untersuchung archiviert. Es ist hinzuzufügen, daß die Fragen in einer Reihe der Fälle ausführlicher formuliert wurden, als die eigentlichen Antworten. Es ist aber in Betracht zu ziehen, daß die Aussagen bei den Verhören sicherlich – mehr oder weniger – von der Mühe beeinflusst wurden, sowohl sich selber als auch die anderen nicht zu belasten. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Tatsache stellen sie in der wechselseitigen Kombination mit anderen Quellen für die Historiker eine besonders wertvolle Erkenntnisquelle dar.

Die zweite Quelle sind die zeitgenössischen Zeitungsartikel und selbständigen Broschüren von denen, die den Revolutionsaufstand vorbereiteten. Sie propagierten dadurch ihre Ideen in der Öffentlichkeit und bemühten sich, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Mit ihrer Herausgabe begann die dritte Entwicklungsstufe der Tätigkeit der radikalen demokratischen Strömung, die mit ausschließlich ihrem Programm seit Herbst 1848 aufzutreten begann.<sup>1</sup> In Prag waren das vor allem die seit September im Pražský večerní list (Prager Abendsblatt) das Jan Knedlhans-Liblinský redigierte, und in Občanské noviny (Bürgerliche Zeitung), die seit November 1848 Emanuel Arnold führte, veröffentlichten Artikel. Mit ihrem Geiste bildeten sie ein Gegenüber zur sächsischen Dresdner Zeitung mit der bedeutsamen Persönlichkeit des Redakteurs Ludwig Wittig. Unter den tschechischen Zeitschriften war es noch Noviny Lípy slovanské (Zeitung der Slawischen Linde) dank der Tätigkeit von Karel Sabina.<sup>2</sup>

Die dritte Erkenntnisquelle über die Ideen der Revolutionäre aus den Jahren 1848/49 sind

<sup>1</sup> Karel Kosík: Česká radikální demokracie (Tschechische Radikaldemokratie). Praha 1958, S. 302. Karel Kosík hält den unter dem Titel „Čtenářům našim“ (Unseren Lesern) im Pražský večerní list (Prager Abendsblatt), 30. 9. 1848, mit der Unterschrift „Die Redaktion und Abendsblattmitarbeiter“ veröffentlichten Artikel für die selbständige Programmklärung der tschechischen radikalen Demokratie. Er konstatiert es in dem Buch Čestí radikální demokraté. Výbor politických statí (Tschechische Radikaldemokraten. Auswahl von politischen Artikeln). Hrsg. von Karel Kosík. Praha 1953, S. 48 u. 509.

<sup>2</sup> Jana Englová: Die Zusammenarbeit sächsischer, tschechischer und deutschböhmischer Demokraten in Frühjahr 1849. In: 1848/49 Revolutionen in Ostmitteleuropa. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Robert Luft. München 1996, S. 303–312, hier S. 303.

ihre Memoiren und Erinnerungen. Sie wurden im unterschiedlichen Zeitabstand von den erlebten Ereignissen geschrieben und publiziert. Es kann sich hier, wie übrigens auch immer in Quellen dieser Art, eine Korrektur bemerkbar gemacht haben, die durch unterschiedliches Niveau des Gedächtnisprozesses, durch das Streben nach der Präsentationsstilisierung seiner eigenen Persönlichkeit, durch die Beschränkung in der Möglichkeit, sich ganz offen zu äußern, wegen der politischen Verhältnisse, oder durch späteren Wandel eigener Ansichten beeinflusst wurde. Auch bei allen diesen Vorbehalten kann man diese Erinnerungen effektiv ausnützen. Die umfassendsten Memoiren publizierte Josef Václav Frič, einer der tschechischen Hauptakteure der Vorbereitungen des Prager Maiaufstandes unter tschechischen Studenten, der Vorsitzende des tschechischen Studentenvereins *Česko-moravské bratrstvo* (Böhmisch-mährische Bruderschaft), der seit April 1849 im ununterbrochenen Kontakt mit Michail Bakunin und den Repräsentanten der sächsischen Demokraten war.<sup>3</sup> Noch im Jahre 1849, nach seiner Flucht vor der Verhaftung, in der Zeit seines zeitweiligen Asyls in Leipzig, schrieb Emanuel Arnold seine Broschüre.<sup>4</sup> Ihre Herausgabe und ihre Verbreitung in demselben Jahr führte schließlich zum Ausfindigmachen des Aufenthaltes von Emanuel Arnold und zu seiner Verhaftung. Am 20. Jahrestag der revolutionären Ereignisse wurde in der fortschrittlichen Zeitschrift *Svoboda* (Die Freiheit) im Jahre 1869 eine Serie von vier Memoiraufsätzen unter dem Titel »Desátý máj 1849« (Der zehnte Mai 1849) veröffentlicht. Der Historiker Václav Žáček schreibt sie Karel Sabina zu.<sup>5</sup> Ohne eine Jahresangabe wurden die Memoiren des Dresdner Revolutionärs August Ludwig Röckel veröffentlicht.<sup>6</sup> Ihre Erinnerungen publizierten auch einige Mitglieder des Prager Vereins *Markomania*, der das Hauptrevolutionszentrum deutscher Studenten war.<sup>7</sup> Es ist wenigstens noch eine Serie von Erinnerungszeitungsartikeln anzuführen, die im Jahre 1886 Eduard Siegl in der Deutschen Zeitung veröffentlichte, und auch die von seiner Frau im Jahre 1913 selbständig in memoriam veröffentlichten Memoiren von Wenzel Ernst.<sup>8</sup>

Aufgrund dieser Angaben aus den drei Quellen können wir die Ideen der Anstifter der mitteleuropäischen Revolution in drei Grundbereiche einteilen.

1. Es geht um eine Verschiebung von der eng nationalistischen Auffassung der Revolution im Nationalmaßstab zum Erkennen der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit im breiteren, übernationalen Maßstab. Diese internationale Auffassung setzte sich von Herbst 1848 bis Anfang 1849 immer deutlicher durch. Es trug dazu auch die Gefahr des Aufschwungs der Reaktion bei, die nach der Unterdrückung der revolutionären Ereignisse im Juni in Prag, im Oktober 1848 in Wien und danach durch das gewaltsame Auseinandertreiben des Reichstags

<sup>3</sup> Josef Václav Frič, *Josef Václav: Paměti* (Die Memoiren). Bd. 1–4. Praha 1885–87.

<sup>4</sup> Emanuel Arnold: *Popsání cesty mé z Prahy až na pomezí zahraničné. Následkem násilného prohlášení stavu obležení nad Prahou a zatýkání vlastenců od buřičské vlády.* (Eine Beschreibung meines Wegs von Prag bis an die ausländische Grenze. Infolge der Gewalterklärung des Belagerungszustandes über Prag und Verhaftung der Patrioten von der aufwieglerischen Regierung) Leipzig 1849.

<sup>5</sup> *Desátý máj r. 1849* (Zehnter Mai des Jahres 1849). *Svoboda* (Freiheit), III, 11.5., 25.5., 10.6., 25.6.1869. Václav Žáček: *Josef Václav Frič*. Praha 1979, S. 350.

<sup>6</sup> August Röckel: *Aus dem Grabe eines 48er Revolutionärs*. Leipzig o.J.

<sup>7</sup> Näheres zur *Markomania* bei Jana Englová: *Die Burschenschaft Markomania in Prag und der Maiaufstand 1849*. In: *Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung*. Hrsg. von Helmut Asmus. Berlin 1992, S. 242–253.

<sup>8</sup> Eduard Siegel: *Fünf Jahre im Kerker*. *Deutsche Zeitung* 11., 12., 13., 14., 19., 20., 21., 25. und 26. 8.1886. Wenzel Ernst: *Gefängnisserlebnisse von Prager Studenten in den Jahren 1848–1854*. Hrsg. von seiner Frau. Wien 1913.

von Kreamsier<sup>9</sup> immer aktueller wurde. Das trug ohne Zweifel zur größeren Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte ohne Rücksicht auf die Nationalität bei. Speziell im tschechischen Milieu wirkte auch der »Aufruf an die Slawen« ein, dessen Autor Michail Bakunin war. Der machte sich auch durch die Wirkung auf die Demokraten in Sachsen und auf tschechische und deutsche Demokraten in böhmischen Ländern um die Anknüpfung der engeren gegenseitigen Zusammenarbeit von Anfang 1848 an verdient. August Röckel betont in seinen Erinnerungen eben diesen Zug Bakunins Persönlichkeit. »Ein Mann von seltener Geisteskraft und Charakterstärke, verbunden mit einer imponierenden Persönlichkeit und hinreißender Redebegabung, war es ihm überall leicht geworden, die Jugend zu enthusiastisieren und selbst reifere Männer anzuziehen, zumal sein Standpunkt, frei von nationaler Beschränktheit, der des edelsten, allumfassenden Humanismus war.«<sup>10</sup> Die Untersuchungskommission sprach in der Akte »Kriegsrechtvortrag« vom 4. April 1850 ein großes Erstaunen über die konstatierte Annäherung zwischen dem rein deutschen Verein Markomania und dem slawischen Verein Česko-moravské bratrstvo aus, da »diese beiden Nationalitäten seit dem März 1848 notorisch einander wo nicht offen feindlich gegenüber standen, doch bis dahin gewiß keine Sympathien füreinander hatten.«<sup>11</sup> Die Meinungsannäherung war ein Ergebnis einer länger dauernden Bestrebung und allmählichen Veränderungen der gegenseitigen Beziehungen zwischen der tschechischen und deutschen Nationalität in den böhmischen Ländern und zwischen den tschechischen und sächsischen Revolutionären.<sup>12</sup> Die wiederholten Aufrufe zur übernationalen Einheit erschienen in der sächsischen und tschechischen progressiven Presse. So rief Ludwig Wittig im Aufsatz »Die czechische Demokratie« vom 16. März 1849 in der Dresdner Zeitung zum Kampfbündnis auf, »um so gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind siegen zu können.«<sup>13</sup> In der tschechischen Presse engagierte sich Emanuel Arnold für die tschechisch-deutsche Zusammenarbeit. Als Beispiel kann sein Aufruf vom 18. März 1849 angeführt werden: » ... daß die Völker ihren ganzen alten Haß gegeneinander weglegen.«<sup>14</sup> Zwischen den tschechischen und sächsischen Studenten in Prag wurde unter der Wirkung von Josef Václav Frič und Hans Rittig wirklich eine enge Zusammenarbeit in der Vorbereitung auf den Mairevolutionsauftritt angeknüpft, was nicht nur im Aufteilen von konkreten Aufgaben, gemeinsamer Vorbereitung der Munition, sondern auch in gemeinsamen Vereinstreffen beider Nationalitäten, wo die Teilnehmer ihre übereinstimmenden politischen Ansichten deutlich machten, einschließlich Sympathien mit der ungarischen Revolution und ihrem Führer Lajos Kossuth, zum Ausdruck kam.<sup>15</sup> Diese Sympathien kamen auch in anderen als nur in studentischen Kreisen auf. So wurde im Sommer gegen

<sup>9</sup> Neu siehe Otto Urban: *Kroměřížský sněm 1848–1849 (Der Reichstag von Kreamsier)*. Praha 1998 und der umfassende Sammelband: *Kroměřížský sněm 1848–1849 a tradice parlamentarismu ve střední Evropě (Der Reichstag von Kreamsier 1848–1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa)*. Kroměříž 1998.

<sup>10</sup> Röckel, S. 8.

<sup>11</sup> *Vojenský historický archiv Praha (VHA Praha), Militär-Untersuchungskommission (UK) 1849–1854, Karton 7, 1034 II 4. 4. 1850.*

<sup>12</sup> Detailliert: Amost Klíma: *Češi a Němci v revoluci 1848/49 (Tschechen und Deutschen in der Revolution 1848/49)*. Praha 1995. Neu: Jiří Kořalka: *František Palacký*. Praha 1999.

<sup>13</sup> Roland Zeise und Helmut Zessin: *Ernst Ludwig Wittig. Polenfreund und revolutionärer Publizist*. In: *Männer der Revolution von 1848*, Bd. 2, Berlin 1987, S. 239.

<sup>14</sup> Emanuel Arnold: *Přehled některých evropských událostí a rozvoje demokracie neb občanstva proti mocnárům (Die Übersicht einiger europäischen Ereignisse und der Entwicklung der Demokratie und Bürgerschaft gegen die Monarchen)*. *Občanské noviny (Bürgerliche Zeitung)*, 18. 2. 1849, S. 86.

<sup>15</sup> VHA Praha, UK 1849–1854, Karton 3, 35/58, 27. 11. 1849.

zwei Beklagte – Carl Eisenmann, 20 Jahre alt, Buchdrucklehrling, und Heinrich Kaubek, 18 Jahre alt, Schriftsetzerlehrling, ermittelt. In einem Gasthaus sprachen sie sich laut für die Ungarn aus, nicht ahnend, daß an einem Tisch daneben ein Polizeibeamter saß, und der jüngere von ihnen sagte über Kossuth: » ... denn seine Sache ist gerecht, und es wird nicht lange dauern, so ist Kossuth in Prag.« Eisenmann antwortete danach: »Ja, die Sache des Kossuth ist gerecht, und ich bin zu jeder Stunde bereit, meinen letzten Blutstropfen für seine Sache zu verspritzen.«<sup>16</sup>

Mit der internationalen Auffassung hängt auch die Frage des territorialen Umfangs dieser übernationalen Zusammenarbeit bei den Revolutionsvorbereitungen im Frühjahr 1849 zusammen. Es ging in jedem Fall um eine mitteleuropäische Revolution, deren Zentrum das gemeinsame Auftreten der Revolutionäre in böhmischen Ländern und in Sachsen bilden sollte. Es wurde ursprünglich damit gerechnet, daß das Anfangssignal aus Prag kommt, unter Beistand der Militärführung aus den Reihen der polnischen Offiziere, die ein festes Netz in der Emigration hatten.<sup>17</sup> Mit Prager Revolutionären war nachweislich im schriftlichen Kontakt Leszek Dunin Borkowski und er übergab ihnen ausführliche Instruktionen, die teilweise chiffriert waren. Im unmittelbaren Kontakt mit ihnen war allerdings der in Memoiren hoch bewertete Pole Josef Akkort. »Lieber Freund, wenn du diesen Namen lesen wirst, nimm die Mütze ab. Er war einer der Polen, die damals die Geschichte überall zu bilden halfen, wo auch sie mit der Revolution verbunden war ... Er war noch jung und auf den ersten Blick erweckte er keine besondere Aufmerksamkeit. In der kleinen schmalen Gestalt hätte niemand einen Menschen gesucht, der in allen Ecken Europas an Kämpfen im Felde und auf Barrikaden als Offizier der polnischen Truppen und der im Jahre 1848 einer der tätigsten Mitgliedern der demokratischen Propaganda der Zeit war. Er sprach mehrere Sprachen ... «<sup>18</sup> Außer der polnischen Hilfe wurde wahrscheinlich auch mit der Verbindung zur magyarischen Armee gerechnet. Diskutierbar ist ohne Zweifel die Möglichkeit einer Verbindung mit französischen Revolutionären. Von diesem Gesichtspunkt aus ist sehr interessant, was Josef Václav Frič in seinen ausführlich geschriebenen Memoiren anführt. Dort im zweiten Band erinnert er sich an seinen Besuch bei Michail Bakunin in Dresden am 12. April 1849. Frič traf bei Bakunin den Gesandten der französischen Radikalen Ledru Rollin an. Sie führten dann ein Gespräch. Nach Fričs Erinnerungen rechnete er mit der Entfesselung eines neuen Volksaufstands in Frankreich, für dessen Unterstützung er sich auf die Hilfe der deutschen, tschechischen, polnischen, magyarischen und italienischen Revolutionäre verließ. Frič hielt dieses Treffen für ein großes Erlebnis, und er verwendete in diesem Zusammenhang die Worte: » ... unsere französischen Verbündeten ... «<sup>19</sup> Ich nehme an, daß es nicht möglich ist, daß sich Frič dieses ungeplante Antreffen von Ledru Rollin bei Bakunin ganz ausdachte. Eine andere Frage ist es, ob es sich nur um irrealer und undurchführbare Pläne handelte.

2. Die Grundidee, die die Überwindung von Nationalismus ermöglichte, und eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit der Revolutionäre im breiten internationalen Maßstab war, war ohne Zweifel die Idee des Republikanismus. Die Überzeugung von der Notwendigkeit

<sup>16</sup> Ebenda, 540, 17. 6. 1849.

<sup>17</sup> Detailliert in: Helmut Zessin: Deutsch-polnisch-tschechische revolutionäre Kooperation im Frühjahr 1849 in Sachsen. Ihre Initiatoren und Hauptakteure sowie erste Ergebnisse am Vorabend der Maierhebungen. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14, Berlin 1976, S. 57–83.

<sup>18</sup> Desátý máj r. 1848 (Der zehnte Mai des Jahres 1849). Svoboda (Die Freiheit), III, 11. 5. 1869, S. 259 f.

<sup>19</sup> Josef Václav Frič, Bd. II, S. 361 f. Übrigens wird diese Persönlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbereitung der mitteleuropäischen Revolution auch in den Erinnerungen unter Anmerkung 18., 25. 5. 1869, S. 298 erwähnt.

der Einführung einer republikanischen Ordnung war ihr wichtiges Band. Ihr Endziel war doch die Bildung einer Föderation der Mitteleuropäischen Republiken. Die Habsburger Monarchie sollte keinen Platz auf der Europakarte mehr haben und man rechnete mit ihrer vollständigen Beseitigung. Es ging um eine große Wandlung von den Vorstellungen aus dem Frühjahr 1848 in böhmischen Ländern, die damals Verfechter einer liberalen Richtung durch František Palacký zum Ausdruck brachten. Das Bemühen um diese radikale Änderung der Verhältnisse war auch der Hauptgrund, warum die Anstifter des Maiaufstandes in Österreich vor Militärgericht gestellt wurden und warum die Urteile über sie so hart waren. Nach dem Beginn des Aufstands in Prag sollte hier eine provisorische Regierung gebildet werden, und danach sollte es zur Erklärung der böhmischen Länder zur Republik kommen. Die republikanische Überzeugung der Revolutionäre ergibt sich aus allen drei Quellenarten. So machte zum Beispiel Emanuel Arnold in *Občanské noviny* (Bürgerzeitung) klar: » ... Die Demokraten ... arbeiten daran, daß das Volk sich von Königen abwendet und ihm Lust zur Republik geben wird ... «<sup>20</sup> Die Revolutionäre gaben über ihre republikanischen Ansichten auch nach ihrer Verhaftung Zeugnis, und diese sind ganz klar und eindeutig in den Verhörprotokollen eingetragen. Es geht nicht um vereinzelte Aussagefälle, und es wäre möglich, eine ganze Reihe von konkreten Beispielen anzuführen. Nennen wir zumindest einige von ihnen. So sagt ein Markomanniamitglied, Karl Feyerer,: »... Als Zweck der Bewegung gab er [Hans Rittig] anfangs an, daß eine provisorische Regierung eingesetzt u. unter Aussteckung der rothen Fahnen die Republik proklamirt werden sollte.«<sup>21</sup> Ein ähnliches Zeugnis über die in der Burschenschaft Markomania herrschenden Ansichten gab Adolf Makoviczka: » ... in unserer Verbindung ein sehr freier Geist mit republ. Richtung herrschte, welche letztere Staatsform als das Ideal aller Regierungsformen betrachtet wurde.«<sup>22</sup> Im Verhör von Anton Flek ist zu lesen: » ... bei diesem Gespräch hat Brutus ausdrücklich gesagt, daß der Endzweck der fraglichen Volkserhebung, wenn sie gesiegt haben wird, die Proklamirung der Republik sei.«<sup>23</sup> Es wäre möglich, viele solche Beispiele zu nennen. Charakteristisch war die Aussage von Eduard Siegel: »Da wir alle mehr oder weniger republikanisch gesinnt sind.«<sup>24</sup> Gleichfalls wird in der übersichtlichen Schrift »Kriegsrechts-Vortrag und Untersuchung der Burschenschaft Markomania« genannt, daß der republikanische Geist alles durchdrang und daß sich unter dem Rittig-Einfluß alle zu Republikanern meldeten.<sup>25</sup> Ähnlich war es auch bei Mitgliedern anderer studentischen Vereine, die in die Aufstandsvorbereitungen eingeweiht waren.

Der Beweis dessen, daß die republikanische Gesinnung nicht nur die Angelegenheit junger Studenten war, ist das Untersuchungsprotokoll mit Franz Jenczowsky aus Prag, 35 Jahre alt, Drucker von Profession, der schon das neunte Jahr den Militärdienst leistete. Er wurde am 27. Juli 1849 verhaftet und verhört, weil er auf der Straße als Ausdruck seiner republikanischen Gesinnung eine rote Bandschleife trug.<sup>26</sup> Wegen seiner öffentlich geäußerten republikanischen Gesinnung wurde auch Johann Wagner aus Prag, 34 Jahre alt, Bürger und Goldarbeiter, verhaftet, der im Kaffeehaus proklamierte, daß die Republik sein müsse.<sup>27</sup> Es

<sup>20</sup> Siehe Anm. 14.

<sup>21</sup> VHA Praha, UK 1849–1854, Karton 1, 155, 2.7.1849.

<sup>22</sup> Ebenda, Karton 3, 33/87, 19.7.1849.

<sup>23</sup> Ebd., Karton 3, 563, 26.11.1849.

<sup>24</sup> Ebd., Karton 1, 103, 9.6.1849.

<sup>25</sup> Ebd., Karton 6, 1031, 13.4.1850.

<sup>26</sup> Ebd., Karton 4, 630, 27.7.1849.

<sup>27</sup> Ebd., Karton 3, 397, 5.11.1849.

scheint, daß sich die republikanischen Ansichten nicht nur auf den Kreis derer, die in die Aufstandsvorbereitungen eingeweiht waren, beschränkte. Die Revolutionäre drückten mit ihrer Forderung nach Bildung der Republik die Stellungnahmen breiterer Kreise aus, als allgemein geschlossen wurde.

3. Es ging aber nicht nur um die Idee einer Republik. Für die radikale Richtung, die den Maiaufstand vorbereitete, war auch die soziale Frage wichtig. Einer ähnlichen ökonomischen Entwicklung in Böhmen und Sachsen entsprach auch eine ähnliche, mit der entwickelten Industrialisierung zusammenhängende ökonomische Struktur.<sup>28</sup> Es gilt allgemein, daß in diesen ökonomisch mehr entwickelten Regionen die radikale Strömung mit Volksschichten in Städten und auch auf dem Lande zusammenarbeitete.<sup>29</sup> Durch konkrete Agitation in der Landbevölkerung wurde vor allem Emanuel Arnold berühmt, der ein hinreißender Redner war, und für seine Ansichten in der Bevölkerung auf dem Lande sehr beliebt war. Seine Ansichten über das Volk beweisen auch Zeitungsartikel und Broschüren. So schreibt er in der Dezembernummer von *Občanské noviny* im Aufsatz »Potřeby naše« (Unsere Bedürfnisse): » ... Das Volk muß seine Rechte kennen und wissen, was die Regierung ist und wie sie sein soll ... «<sup>30</sup> Im April 1849 veröffentlichte auch Karel Sabina in *Občanské noviny* seinen Artikel »Co chceme ?« (Was wollen wir ?) mit einem Akzent auf die Volkbedürfnisse. Er führt hier wörtlich an: » ... Was hilft den Völkern die Freiheit mit der Armut verbunden ? Sie bleibt nicht erhalten. Für eine Lüge, ja für eine Niedertracht halten wir, wenn jemand sich denkt, daß die Freiheit, Aufklärung und Wohlstand – diese heilige Dreieinigkeit unserer Berufung – ein Anteil aller nicht ist und nicht sein kann. Darin steckt die Sünde der bisherigen Gesellschaftsübel ... «<sup>31</sup> Ähnlich dachte auch Josef Václav Frič und zwar schon in der Zeit des Prager Juniaufstands 1848, als er der Prager Bürgerschaft diese Anklage ins Gesicht schleuderte: » ... Wenn ihr uns bittet, mit grimmigen Gegnern zu verhandeln und uns ihnen mit euch auf Gnade zu ergeben, so kennt ihr tschechische junge Herzen nicht ... Jedoch wir wissen gut und sprechen euch ins Gesicht, wie die wesentliche Ursache dieses euren Handelns ist. Sie liegt darin, daß unsere Hoffnung und auch unsere Kraft auf dem Volke ruht, während ihr euch nach jenen ruhigen, sorglosen Tagen seht, die ihr in der alten Sklaverei erlebt hattet. Ihr habt Angst vor unserem Volke, während wir es lieben und deshalb kämpfen wir auch für seine Freiheit ... «<sup>32</sup> Es kann deshalb nicht überraschen, wenn es sich bei der Untersuchung ergab, daß es sich nicht nur um Proklamationen für das Volk handelte, sondern auch um konkrete Agitationsarbeit in der Arbeiterschaft in Podskalí, Smíchov und Karlín, entstehenden Industrieagglomerationen am Rande Prags mit zahlenmäßig starker Vertretung des Proletariats. Diese Tatsache wurde nicht nur vereinzelt registriert, sondern sie erscheint in einer ganzen Reihe von Akten. Als Beispiel können wir Materialien über Josef Václav Frič und Ferdinand Umlauf nennen.<sup>33</sup> Es wurde gewiß mit der Eingliederung der Arbeiterschaft in den vorbereiteten Aufstand gerechnet und die Agitation unter den Arbei-

<sup>28</sup> Dieser Frage widmete sich die Autorin in: Jana Englová: Die Sächsische Revolution 1849 und Böhmen. In: Probleme der bürgerlichen Umwälzung in Sachsen 1830–1871. Dresdner Reihe zur Forschung 4/90, Dresden 1990, S. 64ff.

<sup>29</sup> Arnošt Klíma: The Bourgeois Revolution of 1848–9 in Central Europe. In: Revolution in History. Ed. Roy Porter and Mikuláš Teich. Cambridge 1986, S. 76.

<sup>30</sup> *Občanské noviny* (Bürgerliche Zeitung), 7. 12. 1848.

<sup>31</sup> Ebenda, 19. 4. 1849.

<sup>32</sup> *Čestfí radikálnf demokraté*. S. 327 f.

<sup>33</sup> VHA Praha, UK 1849–1854, Karton 8, 1034, 13. 12. 1850 (Kriegsrechts-Vortrag zur Aburteilung des Josef Fritsch) und Karton 3, 495, 24. 8. 1849 (Summar Verhör – Ferdinand Umlauf)

tem wurde durch die Zuteilung von Wirkungsabschnitten in den einzelnen Teilen der Stadtviertel organisiert, wo hauptsächlich in den von der Arbeiterschaft besuchten Gasthäusern agitiert wurde. Es gelang den Untersuchern nicht, Details über diese Kontakte zu entdecken, was Frič in seinen Erinnerungen für einen großen Erfolg hielt.<sup>34</sup> Dieses Nicht-Verraten der Details über die Kontakte mit der Arbeiterschaft bedeutete aber auch, daß wir sie nicht ausführlich analysieren können. Es ist aber ganz sicher, das sie eng waren, weil Frič ihren Verrat sehr befürchtete. Die Beziehungen waren wahrscheinlich also tiefer, als nur das allgemein vom Gericht konstatierte Verlassen der Aufständischen auf die Hilfe vom Proletariat, was man allerdings auch für einen besonders belastenden Umstand hielt.<sup>35</sup> In diesem Zusammenhang dürfen wir uns nicht wundern, daß die Untersuchungskommission von der Polizeidirektion informiert wurde über die gefährliche Ausbreitung der sozialistischen Einflüsse aus Paris nach Europa, dank der Tätigkeit der Société universelle, die nur in Paris 17000 Mitglieder gehabt haben soll. Sie soll ihre Zweigstellen nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen europäischen Städten gebildet haben, wobei sie im Geiste der Proudhon-Lehre gewirkt haben soll.<sup>36</sup> Auch wenn diese Information als übertrieben zu bewerten ist, waren Proudhons Ansichten unter den Radikalen bekannt. Als Teilzeugnis kann eins Stichworte des ursprünglichen Petitionsentwurfs gelten, der für die erste öffentliche Versammlung am 11. März 1848 vorbereitet wurde. Es ging um die 18. Forderung, formuliert als »Die Organisation der Arbeit und des Lohns«, mit der die Radikalen auf die drückende Situation der Arbeiterschaft in Textilindustrie reagierten, die durch große Entlassungen im Zusammenhang mit der Modernisierung der Maschinenausstattung dieser Betriebe hervorgerufen war.<sup>37</sup>

Zum Schluß kann konstatiert werden, daß der Maiaufstand von den Untersuchungsorganen als nicht nationale, sondern ultrademokratische und sozialistisch-republikanische Bewegung bewertet wurde.<sup>38</sup> Diese Charakteristik faßt alle drei Ideenbereiche seiner Organisatoren zusammen.

Viele von den Teilnehmern an diesen Revolutionsereignissen blieben ihren Revolutionsidealen ihr ganzes Leben treu. Das beweisen die Erinnerungen des ehemaligen Markomania-Mitglieds Eduard Siegel an die bitteren Jahre im Gefängnis, die in der Deutschen Zeitung im Jahre 1886 veröffentlicht wurden, d.h. mit einem Zeitabstand von 37 Jahren, und mit den Worten enden: » ... ich bin zufrieden, wenn meine Erzählung den Beweis geliefert hat, wie Jugendkraft und freier Sinn im Stande sind, auch großes Ungemach zu ertragen und zu überdauern; ... «<sup>39</sup>

<sup>34</sup> Frič, S. 386.

<sup>35</sup> VHA Praha, UK 1849–1854, Karton 6, 1031, 13.4.1850 und Karton 7, 1034, 4.4.1850.

<sup>36</sup> Ebenda, Karton 3, 553, 9.9.1849.

<sup>37</sup> Amošt Klíma: Rok 1848 v Čechách (Das Jahr 1848 in Böhmen), Praha 1949, S.30. Detailliert in: Jaroslava Pešková: Utopický socialismus v Čechách v XIX. století (Utopischer Sozialismus in Böhmen im XIX. Jahrhundert), Praha 1965.

<sup>38</sup> VHA Praha, UK 1849–1854, Karton 7, 1034, 4. 4. 1850 (Kriegsrechts Vortrag. Allgemeiner Theil. Thatbestand).

<sup>39</sup> Eduard Siegel: Fünf Jahre im Kerker. 9.Fortsetzung: Schluß. Deutsche Zeitung, 26. 8. 1886, S. 2.

## Irmtraud Götz von Olenhusen Der Dresdner Maiaufstand und seine Revolutionsmythen

Nach dem Scheitern der europäischen Revolutionen von 1848/49 stellten Revolutionsdeutungen Gründungsmythen für zahlreiche demokratische, sozialistische und feministische Bewegungen bereit – so etwa die der deutschen Arbeiterbewegung, der deutschen Frauenbewegung, der DDR und neuerdings auch der BRD.

Doch in den Jahren 1848 und 1849 stützten sich Revolutionsmythen in ganz Europa primär auf Vorbilder und Schreckbilder der großen französischen Revolution von 1789/92.

Solche Mythen der französischen Revolution wurden aus kollektiven Deutungen der Vergangenheit geboren und verliehen den politischen Bewegungen und Gemeinschaften mehr oder weniger bewußt Identität, Zusammenhalt und historische Legitimation. Die französische Revolution gehört gerade deswegen zum »unverwüsthlichen Repertoire der nationalen politischen Inszenierungen, weil ihre dauernd wiederholte Darstellung ... den Ursprungsakt einer neuen Ordnung beschwört.«<sup>1</sup> Die Erinnerung – so Furet<sup>2</sup> – verwandelt das Revolutionsdrama dabei abwechselnd in einen Gegenstand der Verehrung oder des Schreckens. Solche Erinnerungen an die große Revolution von 1789/92 besaßen in den politischen und sozialen Bewegungen der europäischen Revolutionen von 1848/49 einen unterschiedlichen Stellenwert.<sup>3</sup>

Im Königreich Sachsen spielte der Mythos der französischen Revolution im Sinne eines Vorbildes zumindest bis 1848 eine große Rolle.<sup>4</sup> Im Laufe des Jahres 1848 wich dann die Euphorie angesichts der Februarrevolution in Paris der Kritik an der Niederschlagung des Juniaufstandes und an der französischen Außenpolitik. Die Abstinenz der französischen Republikaner, die nicht geneigt waren, andere Befreiungsbewegungen in Europa zu unterstützen und sich in irgendeinen Revolutionskrieg hinziehen zu lassen, war zunächst mit Erleichterung aufgenommen worden. In Deutschland und Italien meinte man, die Umformung der dynastischen Territorialstaaten in einen nationalen Verfassungsstaat aus eigener Kraft bewältigen zu können. Andererseits erwartet man aber, daß Frankreich zumindest den staatenlosen Polen helfen müsse.

Die Niederschlagung des Pariser Juniaufstandes führte schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1848 unter den europäischen Demokraten zu einer deutlichen Ambivalenz gegenüber der Zweiten Republik. So spielte nicht nur in Sachsen die Frankreichreferenz im zweiten Revolutionsjahr – insbesondere während des Dresdner Maiaufstandes<sup>5</sup> – bei den Demokraten nur noch eine untergeordnete Rolle.

<sup>1</sup> Dietrich Harth, *Revolution und Mythos. Sieben Thesen zur Genesis und Geltung zweier Grundbegriffe historischen Denkens*. In: *Revolution und Mythos*, hg. von Dietrich Harth und Jan Assmann, Frankfurt a.M. 1992, S. 11.

<sup>2</sup> François Furet, *1789 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1980, S. 13.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Beiträge in: *1848/49 in Europa und der Mythos der französischen Revolution*, hg. von Irmtraud Götz v. Olenhusen, Göttingen 1998.

<sup>4</sup> Interessant ist es, daß der französische Gesandte in Dresden die Vorbildfunktion Frankreichs für die sächsische März- und Mairevolution als sehr hoch einschätzte, während der Herausgeber der Gesandtschaftsberichte dies – offenbar aus nationalem Stolz heraus – dahingehend interpretiert, daß dieser den politischen Umschwung in Dresden »allzusehr mit der französischen Brille gesehen« habe. Hellmut Kretschmar, Einleitung. In: *Französische und sächsische Gesandtschaftsberichte aus Dresden und Paris 1848-1849*, Berlin 1956, S. 13.

<sup>5</sup> Vgl. zum Ablauf Volker Ruhland, *Der Dresdner Maiaufstand von 1849*. In: *Dresdner Hefte* 13 (1995), S. 27-37.

In seiner Funktion als Schreckbild gewann der Mythos der Französischen Revolution dagegen ohne Zweifel während der blutigen Barrikadenkämpfe eine neue Dimension. So berichtete der österreichische Schriftsteller Ferdinand Kürnberger 1850 von seiner Gefängniszeit in Dresden:

»Einer meiner Mitgefangenen, der einst einen Gang nach außen gemacht, erzählte, als er zurückkam, die ganze Stadt wäre voll von einem neuen gräßlichen Entsetzen. Man hatte in einem Gartenhäuschen eine auf Bakunins Befehl angefertigte – Guillotine entdeckt und wären die rettenden Preußen nur einen Tag später gekommen, so hätte sie der Wüterich am Altmarkte aufgestellt und an den Köpfen der Gutgesinnten arbeiten lassen! [...] Tatsache ist, daß das Untersuchungsgericht selber in der sechstägigen Revolution zwei Epochen unterschied: die erste, eine zahme, lammfromme, amnestiefähige, die mit vielem Anstande revolutionierte und bloß die Reichsverfassung zum Zweck gehabt hätte, die wäre besonders von den genannten sächsischen Untertanemütern und Beamten geleitet gewesen; dann aber eine greuliche, eine gottlose, eine haarsträubende, so eine die »Alles verungenieren wollte, und nichts weniger als die hochrote Republik, Kommunismus und Anarchie übers ›gottgesegnete‹ Sachsenland heraufbeschworen hätte«; dieser wäre Bakunin vorgestanden, der Henker, der Robespierre, das Ungeheuer.«<sup>6</sup>

Der zitierte Barrikadenkämpfer, der an der Wiener Oktoberrevolution und dem Dresdener Maiaufstand teilgenommen hatte, war als »Fremder« ebenso Gegenstand der allgemein verbreiteten Verschwörungstheorien<sup>7</sup> wie Michael Bakunin. Doch niemand eignete sich wohl besser dazu als dieser schwärmerische Russe, ein Reisender in Sachen Revolution,<sup>8</sup> der bis zur Niederschlagung des Pariser Juniaufstandes durch Cavaignac den französischen Revolutionsmythos in einer Weise personifizierte, die ans Grotteske grenzte, aber als symptomatisch gelten kann. Nicht nur mit seiner Schwärmerei für das revolutionäre Frankreich war Bakunin typisch für die Intellektuellen seiner Zeit, sondern auch als glühender Verehrer Rousseaus, der dessen Lehren mit einem guten Schuß deutschen Idealismus', Feuerbach'scher Religionskritik und den Glauben an den Hegel'schen Weltgeist aufgemischt hatte. In den deutsch-französischen Jahrbüchern wurde im Mai 1843 ein von ihm verfaßter fiktiver Brief an die Deutschen abgedruckt, in dem es hieß:

» ... Ich geb' es zu, es ist noch weit hin, bis das deutsche 1789 tagt! [...] O, es ist gewiß, mein Glaube an den Sieg der Menschheit über Pfaffen und Tyrannen ist derselbe Glaube, den der große Verbannte [d. i. Rousseau] in so viel Millionen Herzen goß ... Rousseau und Voltaire, diese Unsterbliche werden wieder jung; in den begabtesten Köpfen der deutschen

<sup>6</sup> Unterhaltungen mit Bakunin, gesammelt von Arthur Lehning, Nördlingen 1987 (Die andere Bibliothek), S. 149/50.

<sup>7</sup> Vgl. exemplarisch die Wirksamkeit solcher Verschwörungstheorien, in denen vor allem Fremde brave Sachsen zur Revolution verführt oder genötigt haben, die zeitgenössische (von Karl Biedermann verfaßte) Darstellung der sächsischen Revolution: Das Königreich Sachsen. In: Die Gegenwart, Bd. 5, Leipzig 1850, S. 571-615 und Bd. 6, Leipzig 1851, S. 613-672 sowie Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Breslau 1886, V.a. S. 300-321.

<sup>8</sup> Vgl. zu Bakunins Rolle 1849 in Sachsen: Boris Nikolaevskij, Einleitung (M.A. Bakunin in der »Dresdner Zeitung«). In: Michail A. Bakunin »Barrikadenwetter« und »Revolutionshimmel«: (1849); Artikel in der »Dresdner Zeitung«, Berlin 1995 (=Ausgewählte Schriften, Bd. 2), S. 23-131; Ger de Bruyn, Die deutsche Revolution, die Reichsverfassungskampagne und die Rolle Bakunins, Sempers und Wagners beim Dresdner Maiaufstand. In: Michael Bakunin, Gottfried Semper und der Dresdner Mai-Aufstand 1849 (Symposium des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. Oktober 1995 in Dresden), hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1995, S. 7-24; Helmut Dahmer, Michael Bakunin, der Don Quijote der Revolution. In: Ebd., S. 25-37;

Nation feiern sie eine Auferstehung; [...]. Die Philosophie wird noch einmal die Rolle spielen, die sie in Frankreich so glorreich durchgeführt; [...]. Es wird nicht immer die Schmach der Germanen, die besten Diener aller Tyrannei zu sein [...] Gehen wir nach Frankreich, setzen wir den Fuß über den Rhein und wir stehen mit einem Schlage mitten in den Elementen, die in Deutschland noch gar nicht geboren sind«.<sup>9</sup>

Um das revolutionäre Vorbild kennenzulernen, empfiehlt er den Deutschen Reisen nach Frankreich bzw. einen längeren Aufenthalt in Paris. Doch damit rennt Bakunin in Sachsen offene Türen ein.

Einflüsse aus Frankreich waren in Sachsen und in der königlichen Residenz Dresden – wie in allen ehemaligen Rheinbundstaaten – von besonderer, wenn auch von jeweils ganz unterschiedlicher Bedeutung. Der Kulturtransfer von Frankreich nach Sachsen spielte, wie neuere Untersuchungen gezeigt haben, insbesondere in den immer schneller wachsenden Buch- und Zeitungsimpporten, aber auch in der Musik, Kunst und Mode insbesondere zwischen 1789 und 1848 eine ungemein bedeutende Rolle. Nachrichten aus Paris erreichten die Messestadt Leipzig und die königliche Residenz immer schneller und die französische Sprache prägte nicht nur in Namen von Hotels und Delikatessen den städtischen Alltag,<sup>10</sup> obwohl Sachsen erst 1806, nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt zu einer Bastion im napoleonischen Machtgefüge geworden war. Im Gegensatz zum Großherzogtum Badens zählte Sachsen, das mehr als die Hälfte seines Gebietes und knapp die Hälfte seiner Bevölkerung an Preußen einbüßte, zu den Verlierern des Wiener Kongresses. So dominierte in Sachsen die Angst vor weiteren Großmachtgelüsten Preußens und Frankreich blieb das positive Vorbild, während in Baden die Angst vor dem angrenzenden Nachbarn Frankreich den Mythos der französischen Revolution mit mehr Ambivalenzen behaftete, obwohl man hier Napoleon die enorme Vergrößerung und schließlich den Verfassungsstaat zu verdanken hatte. So verblaßte in Sachsen auch der Napoleonkult langsamer als im badischen Dreiecksland. Noch 1848 sollen das Bildnis des sächsischen Königs und das Napoleons in so mancher Wohnstube friedlich nebeneinander gehangen haben.<sup>11</sup>

Bereits seit 1791 war der wohlwollenden Berichterstattung über die französischen Revolution in der Leipziger Presse breiter Raum eingeräumt worden.<sup>12</sup> In Sachsen hatten die Nachrichten von der Pariser Julirevolution 1830 heftigere Auswirkungen als in anderen Staaten des Deutschen Bundes; sie wurden zum Auslöser der Leipziger Septembererhebung.<sup>13</sup> Während der andauernden Unruhen formierte sich das männliche Bürgertum Leipzigs nach Pariser Modell in einer Nationalgarde.<sup>14</sup> Das Vorbild der belgischen Verfassung wiederum – verstärkt durch die Unruhen der Polenaufstände – führte zum »Entwurf einer sächsischen Constitution« durch den sozialrevolutionär geprägten Dresdner Bürgerverein. Dieser Verfassungsentwurf, der im September 1831 in wesentlichen Punkten vom sächsischen König ange-

<sup>9</sup> Fritz Brupbacher, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation (1913), Berlin o. J., S. 34-37.

<sup>10</sup> Vgl. dazu: Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert, hg. von Michel Espagne und Matthias Middell., Leipzig 1993.

<sup>11</sup> Hellmut Kretschmar, Einleitung, S. 13.

<sup>12</sup> Matthias Middell, 1789 – 1830 – 1848. Französische Revolutionen in den Leipziger Zeitungen. In: Von der Elbe bis an die Seine. (wie Anm. 10), S. 140-159.

<sup>13</sup> Vgl. Stephanie Vogel, Die Liberalen in Sachsen 1830-1849 (Unter besonderer Berücksichtigung des politischen Zentrums Leipzig), Diss. Bonn 1993, S. 47.

<sup>14</sup> Vogel, Liberale, S. 49.

nommen wurde, atmete – so heißt es – den revolutionären Geist der Ideen von 1789.<sup>15</sup> Nichtsdestotrotz waren die sächsischen Liberalen und Demokraten enttäuscht, daß ihre Verfassung konservativer war als die der süddeutschen Staaten und sich mit der belgischen Verfassung mit ihrem parlamentarisch-monarchischen System auch nicht annähernd vergleichen ließ.

Die deutsche Revolution von 1848/49<sup>16</sup> muß eher als gescheiterte Nationalstaatsgründung charakterisiert werden denn als gescheiterte oder steckengebliebene Revolution, denn von Revolutionen im engeren Sinne kann man in den Einzelstaaten des deutschen Bundes 1848 *nicht* sprechen. Zwar war die Einberufung der deutschen Nationalversammlung am 5. März ein revolutionärer Akt: – ein revolutionärer Akt, der jedoch den Hauptzweck verfolgte, die deutschen Fürsten – vor allem den preußischen König – in eine Situation zu bringen, in der sie diese Revolution von oben absegnen und vollenden sollten. Die Liberalen wollten damit nicht zuletzt auch eine Revolution von unten verhindern, die sie bei Fortdauern des Metternichschen Unterdrückungssystems für unvermeidbar hielten. Damit blieb die Revolution zur Enttäuschung der deutschen Republikaner und Demokraten neben den Thronen stehen – wenn überhaupt hätte eine deutsche Revolution in diesen ersten Monaten eine Chance gehabt. Seit Ende Februar 1848 wurde die Umformung dynastischer Territorialstaaten zu Verfassungsstaaten nicht durch die Februarrevolution als solche unterbrochen, sondern durch ihre subjektive Wahrnehmung als gleichsam magisch wirksames weltgeschichtliches Ereignis.<sup>17</sup> Wie unter Schockwirkung schalteten Liberale *und* die Demokraten die Wahrnehmung von historischer Zeit und historischen Räumen aus. Der Mythos der französischen Revolution als Konstituierung der einen, unteilbaren Nation aus dem Geist der Freiheit war für Liberale und Demokraten gleichermaßen wirksam. Anders als bei den altpreußischen Liberalen – von den Konservativen ganz zu schweigen – galt 1789 in den ehemaligen Bündnisstaaten Napoleons durchweg als groß, gut und edel; das war die revolutionäre Klammer; die Liberale und Demokraten von Zeit zu Zeit zusammenhalten sollte. In der Rheinprovinz wurden die Resultate der rheinbündischen Reformen bekanntermaßen als Verfassungersatz angesehen, Baden verdankte – wie gesagt – Napoleon seine Existenz als Verfassungsstaat und sächsische Liberale und Demokraten hatten – z. B. im Hallgarten-Kreis Itzsteins – regen Anteil daran, die Verfassungsbewegungen und die nationalen Bewegungen im Deutschen Bund zu stärken.

Es waren also nicht zufällig 51 vor allem südwestdeutsche, rheinpreußische und einige sächsische Liberale und Demokraten, die am 5. März in Heidelberg die »Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung« für unaufschiebbar erklärten und einen Ausschuß einsetzten, der sogleich begann, über die Zeitungen das Vorparlament zusammenzurufen. Der Aufruf erging an alle Mitglieder von Ständeversammlungen in allen Staaten und Provinzen des deutschen Bundes.

Die politischen Protagonisten des Jahres 1848 erschien es gleichsam naturgemäß, Nation und Verfassungsstaat gleichzeitig zu erschaffen. Obwohl konkrete Vorstellungen über Gestalt und Umfang des künftigen deutschen Nationalstaates nicht bestanden, kam niemand auf die Idee, die Gunst der Stunde zunächst für die Parlamentarisierung der Einzelstaaten – vor allem Preußens und Österreichs – zu nutzen, um auf dieser Basis dann den deutschen Bund

<sup>15</sup> Vgl. zur Situation 1830/31 in Sachsen: Volker Ruhland, Die bürgerliche Revolution von 1830/31 und Sachsens Übergang zum Verfassungsstaat. In: Dresdner Hefte 9 (1991), S. 5-12 und Vogel, Liberale.

<sup>16</sup> Vgl. als Gesamtdarstellung der deutschen Revolution, die auch die europäischen Hintergründe einbezieht, Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt am Main 1985.

<sup>17</sup> Vgl. dazu Imtraud Götz v. Olenhusen, 1848/49 in Baden. Traum und Trauma der Französischen Revolution. In: 1848/49 in Europa, (wie Anm.3), S. 81-113.

zu reformieren. Auf dem Hintergrund des Mythos von der französischen Revolution wird diese Option verständlich. Die deutschen Liberalen und Demokraten beschworen die Geister der Vergangenheit – sie befürchteten und erhofften unmittelbar nach der Februarrevolution eine Wiederholung der Geschichte.

Zunächst – zwischen dem 24. Februar und dem 5. März – waren Liberale und Demokraten in ihren Entscheidungen durch die Angst vor einem Revolutionskrieg bestimmt. Möglicherweise spielten vor allem unter den Radikalen auch Hoffnungen auf einen europäischen Krieg eine Rolle. Realisten unter ihnen konnten sich eine Entscheidung Friedrich Wilhelms IV., Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen, kaum ohne existenziellen Druck vorstellen. – Nach dem 4. März begann dann die Erklärung Lamartines, daß es keinen Revolutionskrieg geben, ermühtend und beruhigend zu wirken – Agulhon<sup>18</sup> nennt dies den 2. Exorzismus des Jahres II.

Die ersten großen deutschen Volksversammlungen des Jahres 1848 wurden noch von Liberalen und Radikalen gemeinsam einberufen. Die gedruckten Appelle an das Volk waren durch die angebliche Kriegsgefahr aus Westen und Osten dominiert. So hieß es in einer von der Mannheimer Versammlung verabschiedeten Erklärung: »Eine ungeheure Revolution hat Frankreich umgestaltet. Vielleicht in wenigen Tagen stehen französische Heere an unseren Grenzmarken, während Rußland die seinigen im Norden zusammenzieht.«<sup>19</sup>

So lag auch in der vom Leipziger Stadtparlament am 1. März 1848 beschlossenen Adresse an den sächsischen König der Hauptakzent auf der äußeren Bedrohung durch Frankreich und Rußland. Die Revolutionsängste von Fürsten und Volk sollten gleichermaßen durch die Aussicht auf ein einiges, starkes und mächtiges Deutschland kanalisiert werden. Trotz der moderaten Konzeption der Leipziger Adresse stieß sie am Dresdner Hof auf Ablehnung, wurde jedoch zum Auslöser einer Adressenbewegung im ganzen sächsischen Königreich. Daß die Ereignisse der sog. »Märzrevolution«, die bis auf die Einberufung der Nationalversammlung nichts Revolutionäres an sich hatten, in den Archiven unter der Rubrik »Unruhen infolge der politischen Ereignisse im Februar 1848« abgelegt sind, verdeutlicht nicht nur den mythischen Charakter der französischen Revolution, sondern auch den nichtrevolutionären Charakter der politischen Bewegungen in den Staaten des Deutschen Bundes. Die deutsche Revolution bestand aus einer fast durchwegs friedlichen Welle von Volksversammlungen, Petitionen und Adressen, in deren Folge dann aus Furcht vor einer Revolution, die in Deutschland nicht stattfand, die sogenannten »Märzfreiheiten« gewährt wurden. Es war die Revolution neben den Thronen, die von Revolutionsangst und der Hoffnung auf die Kooperation der Fürsten getragen war.

Die meisten Liberalen und Demokraten waren gleichermaßen davon überzeugt, daß sich der »Fortschritt« mit gesetzlicher Notwendigkeit durchsetzen werde. Ob das nun Vorstellungen waren, die sich an idealistischen, geschichtsphilosophischen Vorstellungen hegelscher Prägung oder eher an moderneren, naturwissenschaftlich-materialistischen Fortschrittsdenken orientierten, wäre im einzelnen zu untersuchen. Die Wahrnehmung der Ereignisse in Frankreich hatte jedenfalls eine fast schon magisch zu nennende Qualität: Die Liberalen wollten 1789 schnell antizipieren, bevor potentielle revolutionäre Massen den ansonsten evolutionär vorgestellten Verlauf der Geschichte stören könnten. So wollte man 1792/93 verhindern. Die Radikalen waren auf eine etwas andere Weise von der Wiederholbarkeit gesetzmäßig vorgestellter Segmente im Ablauf einer Revolution überzeugt. Sie zweifelten überhaupt nicht daran, daß sich ein deut-

<sup>18</sup> In der immer noch wichtigsten Gesamtdarstellung der Revolution in Frankreich bzw. der II. Republik von Maurice Agulhon, 1848. *L'apprentissage de la République*, Paris 1973.

<sup>19</sup> Zit. nach Hans Fenske, *Quellen zur deutschen Revolution: 1848-1849*, Darmstadt 1996, S. 3.

ches Vorparlament – wie 1789 die Ständeversammlung in Paris – als permanent erklären werde. Dann – so die Meinung analog zu den französischen Republikanern im Februar/März 1848 – könne man nicht nur eine starke Exekutive aufbauen, sondern den Zeitpunkt der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung möglichst weit hinausschieben und bis dahin die Position der Demokraten stärken. In Sachsen und Baden war ja die Stimmung in den liberaldemokratischen Hochburgen schon weitgehend zugunsten der Radikalen umgeschlagen, und genau das war es auch, was die gemäßigten Liberalen befürchteten.

Im Verlauf des Jahres 1848 überschatteten jedoch die Fehlschläge – die Niederschlagung des Juniaufstandes in Paris und in Prag, des Oktoberaufstandes in Wien, die Reaktion in Preußen und die Niederlagen der italienischen Freiheitskämpfe – und schließlich die Ablehnung der deutschen Einheit durch Österreich und die folgende Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. alle Hoffnungen auf einen schnellen Sieg der liberalen, demokratischen und nationalen Bewegungen. Doch der Revolutionsmythos war stark genug, um Vorstellungen zu stützen, daß es sich hier nur um eine Phase von Niederlagen und nicht um das Scheitern der großen Revolution handele. Dies schien ihre Fortführung im Frühjahr 1849 sowohl in Dresden als auch in der Pfalz und in Baden zu rechtfertigen.

Für die Zeit der zweiten Revolution von 1849 kann man geradezu von einem Doppelmythos sprechen.

In Baden und der Pfalz bestand dieser doppelte Mythos darin, daß in Deutschland im März 1848 eine Revolution begonnen habe, die nun – im Mai 1849 in Form einer republikanisch-demokratischen Revolution vollendet werden müsse, zum anderen, daß das revolutionäre Frankreich den in ganz Europa nahezu gescheiterten Revolutionären dann zu Hilfe eilen werde, wenn andere Großmächte – wie Preußen – sich in die Verhältnisse anderer Staaten einmischten. Dies spielte vor allem ab dem Juni eine große Rolle, als Gerüchte von erfolgreichen Aufstandsversuchen der französischen Linken in Hoffnungen auf einen Regierungswechsel in Frankreich verbreiteten, die sich schnell in Luft auslösten.<sup>20</sup> – Dies erwies sich ebenso als Illusion, wie die Vorstellung, daß sich Frankreich zugunsten der Römischen Republik gegen Österreich wenden werde.

Während die südwestdeutschen Demokraten immer noch verzweifelt auf einen neuerlichen, nun erfolgreichen Aufstand der Linken in Frankreich hofften, der ihrer Meinung nach allein das Blatt noch wenden konnte, hatte sich unter den sächsischen Demokraten – vor allem unter dem Einfluß Michael Bakunins – der Mythos von der französischen Revolution diametral gewandelt. So wie sich in Preußen gezeigt habe, daß ein demokratischer Thron ein Widerspruch in sich selbst sei, so habe sich in Frankreich gezeigt, daß »Republik« dort nur noch als hohler Begriff existiere, der in keiner Weise mehr als Vorbild dienen könne... Für Bakunin wird der »Revolutionshimmel« in Frankreich zur kapitalistischen Hölle und seine Enttäuschung über die Entwicklung der Zweiten französischen Republik beginnt sich, mit antisemitischen Untertönen zu mischen. Ein demokratischer Thron sei dasselbe wie ein rundes Viereck ... und in Frankreich sei die »Republik« gescheitert. Mit seiner Abwendung von Frankreich wird zugleich ein an Marx angelegter antikapitalistischer Appell an das sächsische Volk verbunden. Wenige Tage bevor der preußische König die Kaiserkrone ablehnte, erscheint im April 1849 Bakunins Artikel »Weiß-Blau-Rot« in der Dresdner Zeitung, dem Organ der sächsischen Demokraten, in dem es heißt:

»Die Heulerzeitungen berichten mit Triumph, daß Nathanael Rothschild seine Möbeln von London nach Paris schaffen läßt, und sehen darin die Republik gesichert. Kann es einen schla-

<sup>20</sup> Imtraud Götz v. Olenhusen, 1848/49 in Baden, (wie Anm. 3), S. 104-107.

gengeren Beweis gegen das heutige Frankreich geben? Der König der Börse, des Kapitals kehrt nach Paris zurück [...] Das ist die *blaue* Republik. Mit dieser Republik aber ... wollen wir nichts zu tun haben, sie ist kein Sieg der Demokratie, sondern der bevorrechteten Kasten, des Kapitals. [...] Und doch ist diese *rote* Republik der Schlußstein aller demokratischen Bestrebungen, denn sie ist nicht bloß *staatliche*, sondern zugleich eine *gesellschaftliche* Umwälzung. Frankreich wird uns jedenfalls darin vorausgehen, weil sich dort nur noch die zwei Parteien gegenüberstehen, unter denen der letzte Kampf gekämpft wird, das Kapital und die Arbeit.«<sup>21</sup>

Während des Dresdener Maiaufstandes waren die Verhältnisse in Frankreich so weit davon entfernt, Demokraten Mut zu machen, daß die Illusion, Frankreich werde den sächsischen Demokraten gegen Preußen Waffenhilfe anbieten, erst gar nicht aufkam, obwohl nach der Niederwerfung des Oktoberaufstandes in Wien und nachdem Österreich offen als Gegner eines einheitlichen Deutschland aufgetreten war, im Grunde klar geworden war, daß die deutschen Demokraten der Gegenrevolution ohne massive Unterstützung von außen nicht gewachsen sein konnte. Dies war umso bitterer zu verkraften, als der Sieg der Demokraten in den sächsischen Landtagswahlen im Dezember 1848 für in den Staaten des Deutschen Bundes eine absolute Ausnahme und damit eine politische Sensation ersten Ranges gewesen war. Von 75 Sitzen in der Zweiten Kammer fielen (bei einer extrem hohen Wahlbeteiligung) 66 auf demokratische und republikanische Abgeordnete. Nachdem der sächsische König sich trotz des eindeutigen Votum seines Volkes weigerte, wie die südwestdeutschen Staaten, die Reichsverfassung anzuerkennen und auch der Rücktritt des Märzministeriums Held die Rücksichten auf Preußen in keiner Weise beeinträchtigte, steckten die sächsischen Demokraten mit ihrer überwältigenden parlamentarischen Mehrheit in einem ganz besonderen Dilemma.

Diese Situation stellte einen ausgesprochen günstigen Nährboden für die Propagierung von Bakunins neuen Ideen dar. Er begann, auf die Zentrifugalkräfte der nationalen Bewegungen der Slawen zu setzen. Mit deren Hilfe sollte zunächst die Habsburger Monarchie und dann das Zarenreich gestürzt werden. Dann war aus seiner Sicht der Anschluß der deutschen Teile Österreichs an ein neues Deutsches Reich unter Einschluß Preußens kein Problem mehr. Im Januar 1849 publizierte Bakunin seinen berühmten »Aufruf an die Slawen« und begann mit dem Versuch, in Böhmen revolutionäre deutsch-tschechische Organisationen aufzubauen. Nach der Niederschlagung der Wiener Oktoberrevolution setzte er nicht mehr auf die Deutschen, sondern darauf, daß die Slawen die demokratische Revolution in Mitteleuropa erfolgreich vollenden könnten:

»Sie – die slawischen Völker – sind potentiell revolutionärer als alle anderen«, unter allen Umständen seien sie viel revolutionärer als die Deutschen. In der vielstämmigen österreichischen Monarchie seien lediglich die Slawen, neben den Ungarn und Polen Träger einer »elementaren, wahrhaft revolutionären Verneinung und der Ausbruch dieser Naturgewalt sei viel wahrscheinlicher als die Revolution in irgend einem Teil Deutschlands.«<sup>22</sup>

Die politische Lage im Frühjahr 1849 schien Bakunins demokratischen Panslawismus zu bestätigen. Die Ungarn – nun auch die »Franzosen Osteuropas« genannt – errangen gegen Österreich einen Sieg nach dem anderen und die sächsischen Demokraten, die die Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie wie alle Demokraten und Liberalen durch eine ausgesprochen deutschnationaler Brille wahrgenommen hatte, begannen umzudenken.

Die sächsischen Demokraten hatten die tschechische Frage mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, da die freundschaftsnachbarlichen Beziehungen zwischen Sachsen und Deutsch-

<sup>21</sup> Bakunin, »Barrikadenwetter«, (wie Anm. 8), S. 141-145.

<sup>22</sup> Bakunin, »Barrikadenwetter«, (wie Anm. 8), S. 51.

böhmen eng waren. Sie hatten sich entschieden gegen die Tschechen gestellt, als diese gleich im März 1848 Illusionen auf ein großdeutsch imaginiertes Reich ohne Rücksicht auf nationale Minderheiten – nachhaltig gestört hatten. Ab November 1848 begann sich dann die Haltung der sächsischen Demokraten gegenüber den Tschechen zu wandeln. Zum Teil sah man, daß es propagandistische Verfälschungen gewesen waren, die den Juniaufstand in Prag als einen nationalen tschechischen Aufstand gegen die Dominanz der Deutschen gedeutet hatten. In Wirklichkeit war es primär ein demokratisch orientierter Aufstand gewesen. Bakunins Einfluß, insbesondere auf die Dresdner Zeitung, das Organ der sächsischen Demokraten, erreichte im April 1849 ihren Höhepunkt. Doch der sächsische Demokrat August Röckel<sup>23</sup>, der sich persönlich von der Aussöhnung von Deutschen und Tschechen im Geiste der Demokratie überzeugen wollte, fand ganz andere Verhältnisse vor, als sie Bakunin geschildert hatte.<sup>24</sup> – Die Nachrichten von den Ereignissen in Dresden veranlaßten seine überstürzte Heimkehr am 6. Mai.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kritik an der II. französischen Republik, die auf dem besten Wege war, sich zu dem bonapartistischen System von 1851 zu entwickeln, dazu führte, daß sich die sächsischen Demokraten von dem französischen Republik-Modell als allein gültigem und damit auch vom Mythos der französischen Revolution abwandten.

Nach der von Realisten erwarteten Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. lösen Gerüchte über militärische Maßnahmen und die Konzentration preußischer Truppen an der sächsischen Grenze den Dresdener Maiaufstand aus. Mit dem Plädoyer der linken Majorität für die Bildung bewaffneter Freischaren kommt es zum Bruch mit den Liberalen. Als letzte verzweifelte Geste erklären die Liberalen die Frankfurter Nationalversammlung zu ihrer Schutzmacht, eine Geste, die nach der Niederschlagung des Maiaufstandes auf heftigste Kritik der konservativen Kräfte stößt. Demgegenüber beharren die liberalen Professoren Haupt, Jahn, Mommsen und Fricke – alle Mitglieder des liberalen Deutschen Vereins – darauf, daß sowohl das Scheitern der Reichsverfassungsbewegung wie das der gesamten deutschen Revolution darin begründet sei, daß ausschließlich »gegen links Front« gemacht worden sei, ohne sich auch nach rechts abzugrenzen.<sup>25</sup>

Die Reichsverfassungskampagne, die in den Maiaufständen des Jahres 1849 in Dresden, der Pfalz und in Baden kulminierte, scheiterte aber weniger an ihren inneren Problemen und auch nicht an der Polarisierung zwischen Liberalen und Demokraten, sondern an der Stärke der gegenrevolutionären Mächte. Preußen und Österreich – schließlich gegen die Ungarn im Bunde mit Rußland – verhinderten auch den Erfolg der zweiten Revolutionswelle im Frühjahr. Die Einsicht, daß Demokratie nicht punktuell zu realisieren und daß auch der Dresdner Maiaufstand in das europäische Revolutionsgeschehen eingebettet war, hat Arnold Ruge bereits am 3. Mai 1849 – dem Beginn des Barrikadenkampfes – in einem Brief an seine Frau auf den Punkt gebracht:

»Todt, Heubner und Tzschirmer haben eine provisorische Regierung gebildet. – Ja, wenn Sachsen in der Südsee läge und eine souveräne Insel wäre!«<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Vgl. zu Röckel, Rolf Weber, Samuel Erdmann Tzschirmer. In: Männer der Revolution von 1848, Bd. 1, Berlin 1988, S. 297–328 und August Röckel, Zu lebenslänglich begradigt. Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim, Berlin 1963.

<sup>24</sup> Unterhaltungen mit Bakunin, (wie Anm. 6), S. 139/40.

<sup>25</sup> Vogel, Liberale, (wie Anm. 13), S. 265.

<sup>26</sup> Arnold Ruge an Agnes Ruge, zit. nach: Dresden vom Biedermeier bis zur Revolution 1848/49, hg. von Günter Jäckel, Hanau 1989, S. 290.

## Reinhard Kühnl

### Zum Weiterwirken der Revolution von 1848 in Deutschland.

#### I

Die Frage nach dem Platz dieser Revolution in der neueren deutschen Geschichte wirft schwierige geschichtstheoretische Fragen auf. Die folgenden Überlegungen verstehen sich als ein Gerüst von Thesen, deren empirische Begründung hier leider nicht mitgeliefert werden kann.

Die Revolution von 1848 war Teil eines großen Zyklus bürgerlicher Revolutionen, der mit der holländischen im 16. Jahrhundert begann und über die englische im 17. Jahrhundert und die amerikanische und französische im 18. Jahrhundert Europa und Amerika grundlegend umgestaltete. »Bürgerlich« heißen sie nicht deswegen, weil die Revolutionsbewegung sich hauptsächlich aus den bürgerlichen Schichten rekrutiert hätte, sondern deswegen, weil der soziale Inhalt und die Resultate des Revolutionsprozesses bürgerlich bestimmt waren:

- eine neue, bürgerliche Eigentumsordnung wurde errichtet;
- eine neue politische Ordnung setzte sich durch, die den Staat als Vertrag freier Bürger aufbaute und sich im Fortgang der bürgerlichen Gesellschaft in wachsendem Maße durch das Prinzip der Volkssouveränität legitimierte;
- neue Wertvorstellungen erlangten die Dominanz, die von individueller Freiheit einerseits und der Universalität der Menschenrechte andererseits bestimmt waren.

Die Formulierung dieser Ideen war selbstverständlich nicht identisch mit deren Realisierung. Die besitzenden Klassen drängten darauf, die Bürgerrechte auf die Schichten von Besitz und Bildung zu beschränken, neben den Besitzlosen aber auch die (farbigen) Kolonialvölker und die Frauen von diesen Rechten auszuschließen. Die Geschichte der letzten 200 Jahre seit der Französischen Revolution kann verstanden werden als der Kampf um die Realisierung dieser Bürger- und Menschenrechte für alle Menschen. Es ist kein Zufall, daß die drei Kategorien von Ausgeschlossenen sich als Arbeiterbewegung, als antikoloniale Befreiungsbewegungen und als Frauenbewegung dabei besonders engagiert haben.

#### II

In Deutschland waren die alten Mächte auch nach 1789 an der Macht geblieben: Der Feudaladel, die Monarchie samt Bürokratie und Militär und als ideologische Macht die Kirchen. Diese Mächte begriffen aber – aufgerüttelt durch die Erfolge der napoleonischen Armeen – sehr wohl die Notwendigkeit einer Modernisierung, d. h. einer Öffnung für den Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Dieser deutsche Weg in die bürgerliche Gesellschaft war nun – entsprechend den politischen Machtverhältnissen – dadurch charakterisiert, daß der Staat diese Öffnung und Modernisierung selbst steuerte und unter Kontrolle hielt, also durch Reformen »von oben«. Demokratische Initiativen von unten wurden nicht geduldet. Im Unterschied zu den Ländern mit erfolgreichen bürgerlichen Revolutionen blieb in Deutschland dem Volk das Erlebnis verwehrt, daß es durch eigene Initiative irgend etwas Wesentliches erreichen konnte.

Die Kennzeichen des deutschen Weges bestehen also darin, daß einerseits Modernität und Effektivität der Wirtschaft, des Militärs, der Verwaltung und des Kommunikationswesens durchaus hergestellt, daß aber zugleich demokratische, freiheitliche und emanzipative Be-

strebungen rigoros niedergehalten wurden. Das Resultat waren: autoritäre Strukturen in Staat und Gesellschaft und autoritäre Bewußtseinsformen, geprägt von Staatsvergottung und Untertanengeist bei breiten Schichten der Bevölkerung. Nach der Reichsgründung 1871 konnte dann schließlich der Tugendkodex der preußischen Militärkaste – Autorität, Disziplin, Gehorsam, soldatische Männlichkeit – zur herrschenden Ideologie auch der bürgerlichen Schichten werden. »Freiheit« ist in dieser Vorstellungswelt – durchaus in Übereinstimmung mit der Tradition seit Luther – eine Sache des Innenlebens und mit äußerer Knechtschaft durchaus vereinbar. Heinrich Heine hat diesen deutschen Begriff von Freiheit sarkastisch gezeichnet:

Bei des Nachtwächters Ankunft zu Paris

»Nachtwächter mit langen Fortschrittsbeinen,  
Du kommst so verstört einhergerannt!  
Wie geht es den lieben Meinen,  
Ist schon befreit das Vaterland?

Vortrefflich geht es, der stille Segen,  
Er wuchert im sittlich gehüteten Haus,  
Und ruhig und sicher, auf friedlichen Wegen,  
Entwickelt sich Deutschland von innen heraus.

Nicht oberflächlich wie Frankreich blüht es,  
Wo Freiheit das äußere Leben bewegt;  
Nur in der Tiefe des Gemütes  
Ein deutscher Mann die Freiheit trägt.

Wie konnte unter solchen Bedingungen die Legitimation des Staates beschaffen sein? Die traditionelle Legitimation – »von Gottes Gnaden« – wurde fortgeführt, zumal beträchtliche Teile der Bevölkerung, insbesondere auf dem flachen Lande, noch von religiösen Denkformen geprägt waren. Andererseits konnte man – angesichts der Wirkungen aufklärerischen Denkens und des allmählich steigenden Bildungsniveaus im Gefolge der allgemeinen Schulpflicht – auf profane, innerweltliche Legitimation des Staates nicht mehr verzichten. Hier rückte nun der Begriff des Volkes ins Zentrum, der freilich, unter diesen deutschen Bedingungen, eine gänzlich andere Färbung erhielt als im Kontext der Französischen Revolution. Nicht als demos sondern als ethnos, nicht als Vertragsgemeinschaft und Territorialgemeinschaft, sondern als Abstammungsgemeinschaft wurde hier der Begriff des Volkes interpretiert – ebenso wie der Begriff der Nation. Damit waren die Grundelemente des völkischen Nationalismus geschaffen, der von Fichte über die studentischen Verbindungen bis weit hinein in die liberalen Kräfte das deutsche Geistesleben wesentlich beeinflusste.

### III

Wie stark die Eigentümlichkeiten des deutschen Weges ausgeprägt waren, erwies sich dann während der 48er Revolution insbesondere auch in den Positionen der Liberalen und in den Diskussionen in der Paulskirche. Die Staatsverfassung, die dort schließlich beschlossen wurde, wies zwar eindrucksvolle liberale Freiheitsrechte auf, wollte aber am monarchisch-

autoritären Prinzip durchaus festhalten. Der vorherrschende Nationalismus verband sich mit resoluten Herrschaftsansprüchen gegenüber den kleineren Nachbarvölkern und war in seiner Begründung durchaus deutsch-völkisch geprägt. Die Verfassung konnte in keinem wesentlichen Punkt das historische Niveau der französischen Verfassung von 1793 erreichen.

1849 wurde die Revolution mit aller Härte niedergeworfen. Wie schwer die Niederlage der Demokratie war, läßt sich daran erkennen, daß ein Geschichtsbild in Deutschland sich festigen konnte, das alle Erinnerungen an demokratische Bestrebungen auslöschte. Die Jakobiner zur Zeit der Französischen Revolution? Die hatte es in Deutschland in diesem Geschichtsbild natürlich nicht gegeben! 1848? Das war »das tolle Jahr«, soll heißen: ein paar Abenteurer, ein paar Spinner, von Demagogen, womöglich Ausländern, aufgewiegelt, hatten Volksaufläufe verursacht.

Ausländer, Fremde sind es meist  
Die unter uns gesät den Geist  
Der Rebellion. Dergleichen Sünde  
Gottlob! Sind selten Landeskinder.

So charakterisiert Heinrich Heine die »Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen«. Der Weg zu jenen anderen Feindbildern, die von der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen sind, Juden und Kommunisten, ist hier schon vorgezeichnet.

Dieses Geschichtsbild über das Wesen der Deutschen hat in der Tat 120 Jahre gehalten (wenn man von der regional und zeitlich begrenzten Unterbrechung im östlichen Teil Deutschlands nach 1945 einmal absieht). Die Revolution war also nicht nur politisch-militärisch niedergeschlagen, sondern auch geistig vernichtet. Die demokratisch-jakobinischen Kräfte waren aus der Erinnerung gelöscht. Dergleichen hatte es in Deutschland nicht gegeben. Es entstand Ende der 60er Jahre ein großes Erstaunen, als allmählich herauskam, daß es auch in Deutschland Jakobiner, daß es auch in Deutschland eine revolutionäre Tradition gegeben hatte. Ein israelischer Historiker, Walter Grab, mußte uns darüber erst belehren.

Selbstverständlich blieb auch die niedergeschlagene Revolution nicht gänzlich ohne Folgen. Insbesondere gegenüber der großen Masse der Bauern sahen sich die herrschenden Klassen zu beträchtlichen Konzessionen genötigt, die die Bauern aus der feudalen Knechtschaft befreiten. Prinzipiell aber war nun erneut klargestellt: Demokratische Initiativen von unten werden in Deutschland nicht geduldet. Die Notwendigkeit weiterer Modernisierung war evident, und sie wurde auch vollzogen, aber eben auf deutsche Art: »von oben«.

In der Bevölkerung breitete sich nach 1849 tiefe Resignation aus, auch in den bürgerlichen Schichten. Hier wurde nun Schopenhauer zum vielgelesenen Philosophen, der die Aschermittwochstimmung des deutschen Bürgertums elegant und geistreich ausdrückte. Die Volksmassen hatten erneut die Erfahrung gemacht, daß sie furchtbar aufs Haupt geschlagen wurden, wenn sie versuchten, durch eigene Aktivität politische Veränderungen zu bewirken. Der Untertanengeist wurde erneut gefestigt. Fast 23 Jahre später aber folgte das positive Angebot der herrschenden Kräfte an die bürgerlichen Schichten: die Reichsgründung. 1849 und 1871 bilden eine innere Einheit. Das Bürgertum, das 1849 für seine eigenmächtigen Initiativen aufs härteste bestraft worden war, erhielt nun in allen wesentlichen sozialökonomischen Fragen das, wofür es gekämpft hatte – als Geschenk von oben: einen großen Wirtschafts- und Handelsraum in der Mitte Europas, einen starken Staat, der Expansionschancen auf dem Weltmarkt, sogar »Weltpolitik« versprach, und einen starken Staat, der zugleich die Nieder-

haltung der besitzlosen Massen garantierte.

So entstand ein Deutsches Reich, das in Hinsicht auf Modernität und Effektivität von Wirtschaft, Militär, Verwaltung, Wissenschaft und Kommunikationswesen eine führende Position in Europa einnahm, zugleich aber für die Niederhaltung aller demokratischen Bewegungen zu sorgen versprach und dafür auch die erforderlichen Ideologien produzierte. Die bürgerlichen Schichten akzeptierten sowohl den Nationalismus wie auch die autoritäre Staatsverfassung des Deutschen Reiches wie auch dessen Konzeption, Deutschland zur Weltmacht zu machen. Daß sie 1914 von einem nationalistischen Rausch ergriffen wurden, dessen geistige Emanationen man heute nur noch mit dem allergrößten Erstaunen lesen kann, war nur der (vorläufige) Höhepunkt dieses deutschen Sonderweges. Die Sozialdemokratie war – unter der Führung des rechten Flügels – bereit, sich einzuordnen in die nationale Schicksals- und Kampfgemeinschaft.

1918 schienen die herrschenden Klassen durch eine machtvolle Volksbewegung tatsächlich entmachtet zu sein – wie im Frühjahr 1848. Ihren Retter fanden sie diesmal in der Führung der SPD, die sich als durch und durch geprägt erwies von der deutschen Ideologie: Das dringlichste schien ihr die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu sein. Volksbewegung war in diesem Weltbild identisch mit Chaos und Anarchie. So schloß sie das Bündnis mit den kaiserlichen Offizieren, um die Volksbewegung niederzuschlagen. Nachdem die herrschenden Klassen ihre Machtstellung in Militär und Justiz, Bürokratie und Bildungswesen wieder gefestigt hatten, konnten sie daran gehen, die Errungenschaften der Novemberrevolution wieder abzuräumen: die Demokratie als Staatsform, die Arbeiterbewegung als soziale Kraft. In diesem Kontext konnte ein neuer Anlauf, doch noch Weltmacht zu werden, wieder ins Auge gefaßt werden.

Als Bündnispartner stand die faschistische Bewegung zur Verfügung, die sich rekrutierte aus Millionenmassen, die von Verzweiflung und Wut über die soziale Misere ergriffen waren, nach einem Ausweg und nach Schuldigen suchten und, da sie geprägt waren von der deutschen Ideologie, diesen Ausweg mehrheitlich schließlich dort suchten, wo die Führung der faschistischen Partei ihn aufwies.

#### IV

War der »deutsche Sonderweg« 1945 beendet? Einige Kontinuitätslinien konnten in der Tat abgebrochen werden:

Während nach 1918 im Bewußtsein breiter bürgerlicher Schichten die Demokratie als Staatsform als dem deutschen Wesen durch fremde Mächte aufgezwungen galt – der vielgelesene Oswald Spengler nannte sie »das innere England« –, wurde nach 1945 die Demokratie als Staatsform von der großen Mehrheit nicht mehr als undeutsch begriffen, sie wurde nun sozusagen als Normalität akzeptiert. Die Polemik der Rechten gegen die »Reeducation« blieb relativ unwirksam. Das Militärische gilt seit 1945 nicht mehr als die höchste Daseinsform, die der Mensch erreichen kann. Die (kleine) Kulturrevolution von 1968 sowie die Friedensbewegung zu Beginn der 80er Jahre haben antimilitaristische Bewußtseinsformen und Haltungen noch verstärkt. Auch die in der deutschen Geschichte so einflußreiche Kombination aus preußischer Disziplin und protestantischem Asketismus hat an Wirksamkeit zweifellos verloren.

Andererseits wurden wesentliche Kontinuitätslinien durchaus auch nach 1945 und bis in die Gegenwart hinein fortgesetzt. Dafür drei Beispiele:

Die Begriffe Volk und Nation wurden weiterhin als Abstammungsgemeinschaft definiert –

mit tiefgreifenden Folgen für das Staatsangehörigkeitsrecht und für die politische und soziale Ausgrenzung von Nicht-Deutschen; mit Folgen aber auch für die Frage der Zugehörigkeit von Volksgruppen und Territorien außerhalb des Staatsgebietes der Bundesrepublik. Zwar wird bei offiziellen Anlässen von der Nationalhymne, dem »Deutschlandlied«, nur die dritte Strophe gesungen, aber in »national denkenden Kreisen« und Organisationen wird selbstverständlich auch die erste Strophe gesungen, und in einigen Bundesländern wird die erste Strophe auch in der Schule gelernt. Was sich ein schwäbischer Bub vorstellen mag, wenn er lernt: »Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt«, kann man sich vorstellen.

Daß Demokratie eine Vertragsgemeinschaft freier Bürger ist, also eine profane Einrichtung, die eine Trennung gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften voraussetzt, konnte in Deutschland weder zur Zeit der Französischen Revolution noch nach 1918 noch nach 1945 durchgesetzt werden. Das ständige Gerede davon, daß es sich doch um ein »christliches Land« handle, enthält die latente Drohung, gegebenenfalls Nicht-Christen, also Juden, Moslems, Atheisten usw. von den Bürgerrechten auch (wieder) ausschließen zu können.

Obrigkeitsstaatliche Vorstellungen leben weiter. Sie manifestierten sich zum Beispiel zur Zeit der Berufsverbote nach 1972 in der Bundesrepublik darin, daß die kontrollierenden Behörden von den Bewerbern für den öffentlichen Dienst »Staatstreue« verlangten – eine Abstrichheit in einer Demokratie, die legitimerweise von ihren Bürgerinnen und Bürgern nur Gesetzes- und Verfassungstreue verlangen kann. Daß solche obrigkeitsstaatlichen Vorstellungen und Forderungen in der DDR noch stärker ausgeprägt waren, bedarf wohl keines besonderen Nachweises. Es ist erstaunlich genug, daß trotz gegensätzlicher sozialökonomischer Verfassungen die deutsche Tradition in beiden deutschen Staaten so kraftvoll zur Wirkung gelangte.

Zur Überwindung dieser Defizite in Hinsicht auf das Projekt Aufklärung und Demokratie schlage ich einen Drei-Stufen-Plan vor:

Der Begriff »Volk«, von dem nach der Verfassung alle Staatsgewalt auszugehen hat, muß endlich in aller Konsequenz als demos und nicht mehr als ethnos aufgefaßt werden.

Der Staat ist konsequent als eine weltliche Einrichtung zu fassen, die allen, die hier dauerhaft leben, die gleichen Bürgerrechte zu geben hat; sich um die religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger in keiner Weise zu kümmern hat.

Erst nach der Realisierung dieser beiden Forderungen wäre die Bundesrepublik auf dem Niveau einer durchschnittlichen westeuropäischen Demokratie angelangt. Auf einer solchen Basis könnte dann auch jene politische Haltung besser gedeihen, die Brecht – im Kontrast zum »Deutschlandlied« in seiner Kinderhymne so formuliert:

Und nicht über und nicht unter  
Anderen Völkern wolln wir sein  
Von der See bis zu den Alpen  
Von der Oder bis zum Rhein

Die schwierigste Aufgabe ist freilich die dritte: Entwicklung der Demokratie von einer Staatsform zu einer realen Demokratie. Die Reformprogramme der Antifaschisten von 1945 und die damals entstandenen Länderverfassungen weisen den Weg, der zu einer Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft führen könnte. Gegenüber diesem Projekt, den formalen Volkssouverän in einen realen zu verwandeln, wurden hohe Barrieren errichtet, die sich u. a. in der ständigen Mahnung ausdrücken, daß die Bundesrepublik erstens eine

»parlamentarische«, eine »repräsentative«, eine »streitbare« Demokratie sei und daß zweitens die Politik sich in Angelegenheiten der Privatwirtschaft nicht einzumischen habe. Sie laufen allesamt darauf hinaus, dem Volkssouverän möglichst alle wirksamen Möglichkeiten, den politischen Prozeß zu beeinflussen, abzuerkennen.

Das Scheitern der Revolution von 1848 hat uns also sehr zurückgeworfen, hat den deutschen Sonderweg sehr gefestigt, hat Nachwirkungen zum Teil bis heute. Bemühungen, die Demokratiedefizite aufzuheben, werden ohne Zweifel auch die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahrzehnte bestimmen.

## Diskussion

In der Diskussion, die jedem inhaltlichen Komplex der Tagung folgte, zeichnete sich bald eine Konzentration der Fragen auf drei Schwerpunkte ab. Deshalb bot sich an dieser Stelle eine Zusammenfassung der zu den einzelnen Beiträgen ergänzten Gesichtspunkte an.

In erster Linie wurde von verschiedenen Diskussionsteilnehmern eine stärkere theoretische Reflexion der Einzelergebnisse regionaler Forschung zur Revolution von 1848/49 angeregt. Oftmals, so wurde bemerkt, würden Niederlagen aus der Konstruktion des Geschichtsbildes ausgeblendet. So sei es auch der gescheiterten Revolution von 1848/49 in den Jubiläumsjahren 1998/99 gegangen. Es ergebe sich eine merkwürdige Parallele zur Revolution in Baden, als trotz sich abzeichnender Niederlage am Mythos der Französischen Revolution festgehalten wurde.

Ein gesellschaftlicher Zusammenhang des Revolutionsgeschehens sei bisher nur sehr unvollkommen erforscht. Man kenne einzelne Ereignisse, politische Strömungen und Persönlichkeiten und wisse auch um Zusammenhänge der einzelnen Stränge untereinander. Welcher Art diese Zusammenhänge jedoch seien – ob Wechselbeziehungen oder Kausalbeziehungen – sei enorm schwierig zu ermitteln. So sehe man zum Beispiel Ereignisse vor sich, die nicht ohne weiteres eine Entscheidung darüber zulassen, ob sie genuin politische Prozesse beinhalten, oder ob sich ökonomische Entwicklungen in der Politik widerspiegeln. Dadurch werde für die Bewertung der Revolutionsereignisse ein schwieriges methodologisches Problem aufgeworfen.

Ein zweiter Schwerpunkt der Diskussion zielte auf die Quellenbearbeitung. Ein erheblicher Teil der personengeschichtlichen Quellen rühre aus dem Zusammenhang der politischen Verfolgung der Revolutionsteilnehmer her. Deshalb sei eine kritische Rekonstruktion der Ereignisse erschwert, zum Beispiel im Falle Ludwig Schrecks, dessen Tod einige Tage lang als sicher angenommen worden sei. Gefangene hätten ihn deshalb belastet, um die Lebenden zu schonen. Ob auf Seiten der ermittelnden Behörden und Beamten ein tieferes Interesse am Verständnis für die Motive der Revolutionäre und für die Ursachen der Revolution bestanden habe, oder ob es ihnen während der Verhöre nur um Verfolgung und Bestrafung gegangen sei, bliebe bisher eine offene Frage.

Besonders wurde auch eine weitere Untersuchung zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren vor und während der Revolution gewünscht, die ihr Augenmerk auf die regionalen Besonderheiten Dresdens und Sachsens richten sollte. Dabei wäre die Frage zu beantworten, ob Dresden und Sachsen im Vergleich zu anderen deutschen Territorien eine Sonderentwicklung genommen hätten. Die stark gewerblich orientierten Gebiete in der Oberlausitz und im Vogtland seien bisher bei der Erklärung des Maiaufstandes noch zu wenig berücksichtigt worden.

Drittens wurde die Diskussion durch die Beiträge zur Rolle der Öffentlichkeit bei den Aufständen des Jahres 1849 angeregt. Die direkte Kommunikation durch Emigranten, Flüchtlinge und Emissäre sei stärker in Beziehung zu setzen zur Nachrichtenverbreitung in Zeitungen und Flugschriften. Es wurde festgestellt, daß das Ausmaß der Berichterstattung über revolutionäre Ereignisse sowohl regional als auch in Abhängigkeit von der politischen Ausrichtung der Zeitungen qualitativ und quantitativ große Unterschiede aufwies. Die Sicherheit der Informationsübermittlung habe gerade in bewegten Zeiten zu wünschen übrig gelassen, so daß die Meldungen noch mit Gerüchten und offenen Fragen durchsetzt gewesen seien.

Der Tagung vom 7. und 8. Mai 1999 wurde ein großer Stellenwert bei der Untersuchung des Dresdner Maiaufstandes zugemessen. Sie korrigiere zum Teil das Mißverhältnis in der Darstellung der Revolutionsereignisse in den Jubiläumsjahren, die ihren Schwerpunkt im Südwesten gehabt habe und habe eine Reihe von Forschungsanregungen gegeben. Dabei sei ein breites Panorama angegangen worden, vom biographischen Genre über Semper und Bakunin bis zur Frauenproblematik. Durch sehr viele Spezialbeiträge sei der Maiaufstand als Zäsur in der deutschen Revolution deutlich gemacht worden. Eine umfassende Geschichte des Aufstandes stünde noch aus, deshalb wurde die Anregung gegeben, daß eine der Dresdner historischen Institutionen eine entsprechende Graduierungsarbeit vergeben solle.

Trotz der umfassenden, gründlichen und differenzierten Behandlung von einem der wichtigsten Ereignisse in der sächsischen Hauptstadt seien viele Fragen zu einem breiten Spektrum von Gegenständen noch unbeantwortet geblieben. Das betreffe zum Beispiel die soziale Zusammensetzung der Träger der Revolution, die reaktionäre Verfolgungswelle, den Anteil Preußens am konterrevolutionären Terror. Themen, die der weiteren Bearbeitung bedürften, habe die Tagung sowohl in den Referaten als auch in der Diskussion in ausreichender Menge aufgeworfen.

## Josef Matzerath Gegen die historiographische Selbstzufriedenheit

Die Revolution von 1848/49 gehört zu den spärlichen demokratischen Ansätzen, auf die die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts verweisen kann. Im Kaiserreich und darüber hinaus mühte sich das Gros der Historiker, sie als das »tolle Jahr« beiseite zu schieben. Für Sachsen kulminiert die Verunglimpfung der Demokraten in dem deprivierenden Schlagwort vom »Unverstandslandtag«, der vom 11. Januar 1849 bis zum 30. April 1849 tagte. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die marxistische Geschichtsschreibung der DDR und die bundesrepublikanische Historiographie die Revolution von 1848/49 verständlicher Weise neu bewertet.<sup>1</sup> Dabei unterlagen die Ereignisse in Sachsen weitgehend der Interpretation der marxistischen Regionalgeschichtsforschung, die sich vor allem für die Basisrevolution und die aufkeimende Arbeiterbewegung interessierte. Schon das politische Vereinswesen der Demokraten, Liberalen und Konservativen befand sich nur noch indirekt im Fokus dieser Historiographie. Die Handlungsebenen Presse, Parlament, Ministerium und Militär blieben weitgehend ausgeblendet oder wurden nur ausschnitthaft wahrgenommen.

Das Gros der Veröffentlichungen, die zu diesen Bereichen für Sachsen einschlägig sind, entstand noch im Kaiserreich oder im Nationalsozialismus. Es mangelt an Untersuchungen zur Politik des Märzministeriums und des Beamtenkabinetts vom Frühjahr 1849<sup>2</sup>, zur Rolle des bürokratischen Apparates<sup>3</sup> und des Militärs<sup>4</sup>, zum Parlament<sup>5</sup>, zur Öffentlichkeit<sup>6</sup> und zur Wirtschaft<sup>7</sup>. Für wichtige Akteure wie etwa Samuel Erdmann Tzschirner, den Führer der ä-

<sup>1</sup> Einen Abriss der Forschungsgeschichte bietet Wolfram Siemann: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985, S. 7–16; Nach Kurt Geyer: Politische Parteien und öffentliche Meinung in Sachsen von der März-Revolution bis zum Mai-Aufstand 1849, Diss. Leipzig 1914, S. 157 taucht der Name »Unverstandslandtag« erstmalig in der Dresdner Anzeiger Jg. 1849, Nr. 25 auf.

<sup>2</sup> Für die Politik des Ministeriums Beust vgl. Heinz Georg Holldack: Untersuchungen zur Geschichte der Reaktion 1848–1855, Berlin 1931.

<sup>3</sup> Für die sächsische Zivilverwaltung des 19. Jahrhunderts liegen nur die Beschreibungen ihrer Struktur vor. Vgl. Karlheinz Blaschke: Sächsische Verwaltungsgeschichte, Manuskriptdruck, Berlin 1959; Ders. Die Verwaltung in Sachsen und Thüringen, In: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Hrsg. von Kurt Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh, Bd. 2, S. 608–638 und Bd. 3, S. 778–796.

<sup>4</sup> Reinhard Höhn: Verfassungskampf und Heeresid. Der Kampf des Bürgertums um das Heer. Leipzig 1938.

<sup>5</sup> Zwar bilden die Landtagsprotokolle für viele Historiker das Gerüst ihrer ereignishistorischen Darstellung, eine Analyse der sächsischen Parlamente von 1848, 1849 und 1849/50 ist aber Desiderat. Zum Wahlrecht vgl.: Gerhard Schmidt: Der sächsische Landtag 1833–1918. Sein Wahlrecht und seine soziale Zusammensetzung, In: Der Sächsische Landtag. Geschichte und Gegenwart, hrsg. vom Arbeitsstab Landtag, Dresden 1990, S. 35–47; die ältere Literatur ebd. S. 36, Anm. 5; sowie Alfred Pache: Geschichte des sächsischen Wahlrechts von 1831 bis 1907, Dresden 1907.

<sup>6</sup> Eine analytische Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in Sachsen gibt es nicht. Vgl. jedoch speziell zu 1848/49 Kurt Geyer: Politische Parteien und öffentliche Meinung in Sachsen von der März-Revolution bis zum Mai-Aufstand 1849, Diss. Leipzig 1914. Diese Arbeit reflektiert das Wechselspiel von Parteien, ihren Vertretern im Parlament, ihren Zeitungen, und Regierung vom Adressensturm im März 1848 bis zum Vorabend des Dresdner Maiaufstandes auf der Basis der Zeitungsveröffentlichungen. Fokussiert auf den Anteil der frühen Arbeiterbewegung und der Demokraten, bietet eine begrenzte Auskunft auch Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen 1848/49, Berlin 1970.

<sup>7</sup> Lediglich eine Skizze liefert Hubert Kiesewetter: Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln, Wien 1988, 175–182. Eine beschreibende Übersicht über die Tätigkeit der »Kommission zur Erörterung der Gewerbe- und Arbeitsverhältnisse« findet sich in: Paul Horster: Die Entwicklung der sächsischen Gewerbeverfassung (1780–1861) Diss. Heidelberg 1908, S. 90–107; sowie Albert Herzog zu Sachsen: Die albertinischen Wettiner. Geschichte

Bersten Linken, Martin Gotthard Oberländer, den demokratischen Märzminister, oder Alexander Carl Hermann Braun, den Führer der vormärzlichen Opposition und Märzminister, oder König Friedrich August II.<sup>8</sup> stehen nur Kurzbiographien zur Verfügung. Für eine Analyse der sächsischen Revolution von 1848/49, die den heutigen Standards der Geschichtsforschung standhält, fehlen daher eine Reihe von Vorarbeiten.

Selbst für die Basisrevolution erscheinen die immer noch gängigen Deutungen äußerst fraglich. Beispielsweise gilt häufig der Schloßbrand von Waldenburg als Höhepunkt von Bauernprotesten gegen feudale Abhängigkeit. Die Ereignisse eskalierten aber nicht zufällig auf dem standesherrlichen Gebiet der Familie von Schönburg, sondern in den Gebieten des standesherrlichen Adels in ganz Deutschland nahmen die revolutionären Unruhen eine besondere Schärfe an.<sup>9</sup> Nebenbei war die Mehrzahl der Aufständischen in Waldenburg und Umgebung keine Bauern.<sup>10</sup> Für Sachsen fehlt eine Untersuchung, die die unterschiedlichen frühneuzeitlichen Herrschaftsverhältnisse auf dem Lande berücksichtigt. Es bleibt daher offen, ob die Ereignisse in den Dörfern, die direkt der Landesherrschaft oder adligen, bürgerlichen bzw. korporativen Rittergutsbesitzern<sup>11</sup> unterstanden, sich nach Ablauf und Intensität unterschieden.

Ähnlich unpräzise sind die Rollenzuweisungen an soziale Gruppen, wie Adel, Bourgeoisie, Bauern und Arbeiterschaft. Für den Adel etwa läßt sich auf Ludwig Frhr. v. der Pfordten verweisen, der im Märzministerium die auswärtigen Angelegenheiten wahrnahm. Wilhelm Adolph v. Trützschler gehörte als Demokrat der Paulskirche und dem sächsischen Landtag an. Während des Dresdner Maiaufstands kämpfte Hermann Marschall von Bieberstein, ein prominentes Mitglied der Vaterlandsvereine, auf der Barrikade. Selbst wenn man solches Engagement als untypische Ausnahme abtut, kann das Verhalten der Ersten Kammer des sächsischen Landtages nicht allein mit Gruppenzugehörigkeit erklärt werden. In den Debatten dieses Parlamentshauses profilierten sich eine liberale, eine gemäßigt- und eine streng-konservative Richtung. Für jede Option lassen sich sowohl adelige als auch bürgerliche Abgeordnete benennen. Auf der Handlungsebene der Regierung ergibt sich ein ähnliches Bild. Reformkonservative Adelige wie Albert v. Carlowitz, aber auch bürgerliche Spitzenbürokraten wie Johann Heinrich August Behr weigerten sich vor dem Maiaufstand, in ein Kabinett einzutreten, das die Ablehnung der Reichsverfassung mit Gewalt durchsetzen wollte, während v. Beust, Rabenhorst, Zschinsky und v. Friesen sich auf diesen Kampf einließen. Auch hier erweist sich eine Zuordnung nach gesellschaftlichen Großgruppen als unzuverlässig.

des Sächsischen Königshauses 1763–1932, München 1991, S. 126–132; Fritz Hauptmann: Sachsen Wirtschaft und der soziale Gedanke 1840–1850, In: NASG, Bd. 59 1938, S. 180–189 und 201 f.; Rolf Weber: Revolution, (wie Anm. 6), S. 70–72 deklariert die Kommission zu einem »ausgeklügelten demagogischen Manöver« der Märzregierung, um »die Arbeiterklasse in etatistische Bahnen zu lenken«.

<sup>8</sup> Julius Schladebach: Friedrich August II., König von Sachsen, Dresden 1854 ist ein unkritischer Panegyros.

<sup>9</sup> Heinz Gollwitzer: Die Standesherrn, Göttingen 1964, S. 124 f. Die Sonderstellung der sächsischen Standesherrschaften bestätigt auch der Erste Bericht des Hauptausschusses gegen den Schönburgischen Receß an alle Gemeinden und Corporationen des Receßgebiets, o.O. 1848.

<sup>10</sup> Vgl. Hermann-Josef Rupieper: Die Sozialstruktur der Trägerschichten der Revolution von 1848/49 am Beispiel Sachsens, In: Probleme der Modernisierung in Deutschland, Opladen 1978, S. 92.

<sup>11</sup> Von 841 Rittergütern waren Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts 499 in adliger und 342 in bürgerlicher Hand. Zum Rittergutsbesitz in Sachsen vgl. Axel Flügel: Rittergutsbesitz und Ämterbesetzung des Adels im Königreich Sachsen im 19. Jahrhundert, In: Kurt Adamy, Kristina Hübener: Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1996, S. 334; sowie Ders.: Der Rittergutsbesitz des Adels im Königreich Sachsen im 19. Jahrhundert, In: Geschichte des sächsischen Adels, Hrsg. von Katrin Keller, Josef Matzerath, Köln, Wien, Weimar 1997, S. 71–88.

Als Erklärungsmöglichkeit bietet sich an, für die Moderne kein starres Konzept einer Klassengesellschaft anzunehmen, sondern von einer zunehmenden Pluralisierung der Vergesellschaftungsformen auszugehen. Neben ständisch geprägten Gruppen existierten solche, die idealtypisch als Klasse beschrieben werden können. Ein Nebeneinander verschieden strukturierter Gruppen begann schon in der Frühen Neuzeit, es erreichte aber im 19. Jahrhundert eine andere Qualität, weil es infrastrukturelle Angleichungsprozesse gab, etwa das egalitäre Staatsbürgertum oder die Religionsfreiheit, die das Fundament für eine erhöhte Pluralisierung boten. Die Gemeinsamkeit gesellschaftlicher Gruppen ist daher in der Moderne weniger im Politischen als auf kulturellem Gebiet zu suchen. Im Adel oder dem Bildungsbürgertum beispielsweise konnten deshalb differierende politische Ansichten existieren. Innerhalb des Adels bewirkte jetzt Traditionspflege die Gruppenkohärenz, die ehemals durch die Funktion als Herrschaftsstand hergestellt worden war. Als eine »Erinnerungsgruppe« bestätigte sich der Adel untereinander seine durch Alter garantierte vorzügliche Qualität. Diese weder durch Vermögen noch durch Bildung zu übertreffende selbstreferentielle Stellung gestattete es dem Adel, unter seinen Mitgliedern unterschiedliche politische Ansichten zu tolerieren. Die Revolution von 1848/49 stellt sich demnach weniger als ein Konflikt zwischen gesellschaftlichen Gruppen dar, sondern hat die Tendenz, diese Trennungslinien zu übergreifen. Sie ließe sich auch als Weitungskrise gegen eine noch zu enge gesellschaftliche Klammer verstehen, wie sie z. B. die Forderung nach Pressefreiheit bekundete, die einen öffentlichen Diskurs wollte statt einer einheitlichen staatlichen Deutungsmacht über das politische Handeln.



Una Giesecke | Jayne-Ann Igel  
**Von Maria bis Mary**  
Frauengeschichten aus der Dresdner Neustadt

Rund 150 Jahre Stadtgeschichte, wie sie von Frauen erfahren und auch selbst geprägt wurde, stellt dieses Buch anhand von Dokumenten, konkreten Schicksalen und Bildern vor. Die Autorinnen machten sich auf die Suche nach Alltag und Lebensumständen von Frauen in der Dresdner Neustadt, ihrem Wirken für Andere und für sich selbst. In Archiven und Privatsammlungen suchten und fanden sie bisher unveröffentlichte Dokumente. Vom ersten Frauenverein, der 1814 geschaffen wurde, um sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, bis hin zu den kommunalen Frauenausschüssen der Nachkriegszeit wird die Entwicklung nachgezeichnet, die in ihrer Bedeutung weit über die Einbindung in ein regionales Geschichtsbild hinausweist. Dabei werden nicht nur bedeutende Persönlichkeiten wie Maria

Reiche oder Mary Wigman, sondern auch weniger bekannte wie die Schuldirektorin Anna Nolden oder die Malerinnen Elfriede Lohse-Wächtler und Charlotte Tesdorpf vorgestellt.

»Aus ihrem unverdienten Schatten treten bedeutende und wenig bekannte Frauen, Künstlerinnen, Sozialarbeiterinnen, Vereinsfrauen und Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus«  
(Sächsische Zeitung)

19,80 DM  
200 Seiten  
2. Auflage 1999  
ISBN 3-932434-11-0

ddp goldenbogen



Hrsg. Jüdische Gemeinde zu Dresden  
**Einst und jetzt –**  
Die Dresdner Synagoge und ihre Gemeinde

»Einst und jetzt«, mit diesen Worten umriß 1840 der Dresdner jüdische Reformler Dr. Bernhard Beer seine Gefühle bei der Einweihungsfeier der ersten öffentlichen Synagoge im Sachsen der Neuzeit. Erbaut nach Plänen Gottfried Sempers, wurde sie zum weithin sichtbaren Zeichen des Beginns der nunmehr auch in Sachsen nicht mehr aufzuhaltenden bürgerlichen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung. Daß dieses Haus nicht einmal einhundert Jahre zum Stadtbild gehörte, danach selbst die Erinnerung an ihren Standort getilgt werden sollte und gewärtig fast am selben Platz eine neue Synagoge gebaut wird, ist ebenso in dem geplanten Sammelband mit zahlreichen, bisher nicht veröffentlichten Abbildungen nachzulesen, wie eine Auseinandersetzung mit der baukünstlerischen Leistung Gottfried Sempers. Er konnte in Dresden seinen einzigen Sakralbau errichten. In weiteren Beiträgen wird der schwere Weg der Israeli-

tischen Gemeinde bis zu ihrer rechtlichen Anerkennung nachgezeichnet, beinhaltend auch einen Vergleich zur Entwicklung in Berlin. Der Ausprägung des Gemeindelebens im Dresden der Weimarer Republik und dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung unter der nationalsozialistischen Verfolgung sind weitere Artikel gewidmet. Neue Forschungsergebnisse zum Neubeginn nach 1945 werden vorgestellt und Ausblicke in Gegenwart und Zukunft jüdischen Lebens in Dresden gegeben. Seine Komplettierung erhält der Band durch eine Reihe von Biogrammen zu wichtigen jüdischen Persönlichkeiten aus drei Jahrhunderten.

Ein Teil des Erlöses wird für den Bau der neuen Dresdner Synagoge zur Verfügung gestellt.

ca. 64,00 DM  
ISBN 3-932434-13-7

ddp goldenbogen



Klammer auf  
Klammer zu

einfach gut

Bärensteiner Straße 30  
01277 Dresden  
T 0351-318 70-0  
F 0351-318 70-38

**DRUCK** HAUS  
DRESDEN